Bundesgesetzblatt

Teil II

1955	Ausgegeben zu Bonn am 31. März 1955	Nr. 8

Tag	Inhalt:	Seite
30. 3. 55	Bekanntmachung zum Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland	301

Bekanntmachung
zum Protokoll vom 23. Oktober 1954
über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland.

Vom 30. März 1955.

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes vom 24. März 1955 betreffend das Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland (Bundesgesetzbl. II S. 213) werden nachstehend die durch das Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Abmachungen vom 26. Mai 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik nebst ergänzenden Dokumenten in der nunmehrigen Fassung veröffentlicht.

Bonn, den 30. März 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

Texte der Bonner Verträge

in der durch das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung

nebst ergänzenden Dokumenten

Inhalt

Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten
(in der gemäß Liste I des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes geänderten Fassung) 305

Anhang B: Satzung des Schiedsgerichtes
Abschnitt I: Zusammensetzung, Organisation und Sitz des Schiedsgerichtes 312
Abschnitt II: Zuständigkeit und Befugnisse des Schiedsgerichtes 316
Abschnitt III: Verfahren 318
Abschnitt IV: Rechtsgutachten 320

Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland
(in der gemäß Liste II des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes geänderten Fassung) 321

Erster Teil: Allgemeine Bestimmungen 324
Zweiter Teil: Gerichtsbarkeit und Verfahren 328
Dritter Teil: Verwaltung und Versorgung 340
Vierter Teil: Übergangs- und Schlußbestimmungen 372
Anhang A: Strafvorschriften zum Schutze der Drei Mächte, der Streitkräfte und ihrer Mitglieder 373
Anhang B: Bestimmungen über Funkfrequenzen 378

Finanzvertrag
(in der gemäß Liste III des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes geänderten Fassung) 381

Anhang A: 400
Anhang B: 403

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen
(in der gemäß Liste IV des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes geänderten Fassung) 405

Erster Teil: Allgemeine Bestimmungen 406
Dritter Teil: Innere Rückerstattung 418
Anhang zum Dritten Teil: Satzung des Obersten Rückerstattungsgerichtes 424
Vierter Teil: Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung 431
Fünfter Teil: Äußere Restitutionen 432
Anhang zum Fünften Teil 437
Sechster Teil: Reparationen 439
Siebenter Teil: Verschleppte Personen und Flüchtlinge 441
Neunter Teil: Gewisse Ansprüche gegen fremde Nationen und Staatsangehörige 442
Zehnter Teil: Ausländische Interessen in Deutschland 444
Anhang zum Zehnten Teil 454
Zwölfter Teil: Zivile Luftfahrt 456
Anhang zum Vertrag:
Satzung der Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland 459

Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder
(in der gemäß Liste V des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes geänderten Fassung) 469

Briefe, die am 23. Oktober 1954 in Paris anläßlich der Unterzeichnung des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland ausgetauscht worden sind

I. Liste der in Artikel 2 des Protokolls erwähnten Rechtsvorschriften 478
II. Revision der Abrüstungs- und Entmilitarisierungskontrollen ... 479
III. Das Recht eines Militärbefehlshabers zum Schutze seiner Streitkräfte 481
IV. Kartellpolitik 482
V. Gewährleistung der Weiterführung von Gewerben und freien Berufen 483
VI. Auskünfte über innere Rückerstattung 485
VII. Auskünfte über Entschädigungen für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung 486
VIII. Erleichterungen für Botschaften und Konsulate 488
IX. Luftverkehr nach und von den Berliner Luftschneisen 493
X. Bestätigung von Briefen, die im Jahre 1952 ausgetauscht worden sind 495

Briefe, die im Mai 1952 anläßlich der Unterzeichnung der Bonner Verträge ausgetauscht und durch den Brief X vom 23. Oktober 1954 bestätigt oder abgeändert worden sind

1. Ausübung des von den Drei Mächten vorbehaltenen Rechtes in bezug auf Berlin 500
2. Ausübung des von den Drei Mächten vorbehaltenen Rechtes in bezug auf Deutschland als Ganzes 503
4. Rechte der für die Streitkräfte arbeitenden Banken und ihrer Bediensteten 504
6. Von den Streitkräften ausgestellte Zahlungsermächtigungen .. 505
7. Schadensersatzansprüche gegenüber den Streitkräften 506
8. Aufrechterhaltung gewisser Kontrollratsvorschriften 508
9. Außerwirksamkeitsetzung gewisser Kontrollratsvorschriften ... 510
10. Abkommen und Vereinbarungen, die für eine oder mehrere der westlichen Zonen Deutschlands von einer oder mehreren der drei westlichen Besatzungsmächte mit ausländischen Staaten, Territorien oder Besitzungen oder mit einzelnen internationalen Organisationen geschlossen sind, und ein Vorbehalt hinsichtlich der Verträge, die sich auf die Saar beziehen 511
11. Funkdienste 567
12. Gewerbefreiheit 568
16. Durchführung der Steuerfreiheit von Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften 570
17. Reparationen 572
18. Vermögenswerte der JEIA 572

Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

(in der gemäß Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung)

Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany

(as amended by Schedule I to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954)

Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne

(texte amendé conformément à l'Annexe I du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 Octobre 1954)

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

HABEN zur Festlegung der Grundlagen ihres neuen Verhältnisses den folgenden Vertrag geschlossen:

Artikel 1

(1) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags werden die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik (in diesem Vertrag und in den Zusatzverträgen auch als „Drei Mächte" bezeichnet) das Besatzungsregime in der Bundesrepublik beenden, das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare in der Bundesrepublik auflösen.

(2) Die Bundesrepublik wird demgemäß die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.

Artikel 2

Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrags verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung. Die von den Drei Mächten beibehaltenen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte bestimmen sich nach den Artikeln 4 und 5 dieses Vertrags.

THE UNITED STATES OF AMERICA,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND,

THE FRENCH REPUBLIC

and

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

HAVE entered into the following Convention setting forth the basis for their new relationship:

Article 1

1. On the entry into force of the present Convention the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic (hereinafter and in the related Conventions sometimes referred to as "the Three Powers") will terminate the Occupation regime in the Federal Republic, revoke the Occupation Statute and abolish the Allied High Commission and the Offices of the Land Commissioners in the Federal Republic.

2. The Federal Republic shall have accordingly the full authority of a sovereign State over its internal and external affairs.

Article 2

In view of the international situation, which has so far prevented the reunification of Germany and the conclusion of a peace settlement, the Three Powers retain the rights and the responsibilities, heretofore exercised or held by them, relating to Berlin and to Germany as a whole, including the reunification of Germany and a peace settlement. The rights and responsibilities retained by the Three Powers relating to the stationing of armed forces in Germany and the protection of their security are dealt with in Articles 4 and 5 of the present Convention.

LA REPUBLIQUE FRANÇAISE,

LES ETATS-UNIS D'AMERIQUE,

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD

et

LA REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE,

ONT conclu la Convention suivante qui définit les bases de leurs nouvelles relations :

Article 1

1. — Lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, la République Française, les Etats-Unis d'Amérique, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (parfois dénommés dans la présente Convention et dans les Conventions rattachées « les Trois Puissances ») mettront fin au régime d'occupation dans la République Fédérale, abrogeront le Statut d'Occupation et supprimeront la Haute Commission Alliée et les Commissariats de Land dans la République Fédérale.

2. — La République Fédérale exercera, en conséquence, la pleine autorité d'un Etat souverain sur ses affaires intérieures et extérieures.

Article 2

En raison de la situation internationale, qui a, jusqu'à ce jour, empêché la réunification de l'Allemagne et la conclusion d'un règlement de paix, les Trois Puissances se réservent les droits et les responsabilités antérieurement exercés ou détenus par elles en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble, y compris la réunification de l'Allemagne et un règlement de paix. Les droits et les responsabilités que se réservent les Trois Puissances en ce qui concerne le stationnement des forces armées en Allemagne et la protection de leur sécurité font l'objet des Articles 4 et 5 de la présente Convention.

Artikel 3

(1) Die Bundesrepublik wird ihre Politik in Einklang mit den Prinzipien der Satzung der Vereinten Nationen und mit den im Statut des Europarates aufgestellten Zielen halten.

(2) Die Bundesrepublik bekräftigt ihre Absicht, sich durch ihre Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, die zur Erreichung der gemeinsamen Ziele der freien Welt beitragen, mit der Gemeinschaft der freien Nationen völlig zu verbinden. Die Drei Mächte werden zu gegebener Zeit Anträge der Bundesrepublik unterstützen, die Mitgliedschaft in solchen Organisationen zu erlangen.

(3) Bei Verhandlungen mit Staaten, mit denen die Bundesrepublik keine Beziehungen unterhält, werden die Drei Mächte die Bundesrepublik in Fragen konsultieren, die deren politische Interessen unmittelbar berühren.

(4) Auf Ersuchen der Bundesregierung werden die Drei Mächte die erforderlichen Vorkehrungen treffen, die Interessen der Bundesrepublik in ihren Beziehungen zu anderen Staaten und in gewissen internationalen Organisationen oder Konferenzen zu vertreten, soweit die Bundesrepublik dazu nicht selbst in der Lage ist.

Article 3

1. The Federal Republic agrees to conduct its policy in accordance with the principles set forth in the Charter of the United Nations and with the aims defined in the Statute of the Council of Europe.

2. The Federal Republic affirms its intention to associate itself fully with the community of free nations through membership in international organizations contributing to the common aims of the free world. The Three Powers will support applications for such membership by the Federal Republic at appropriate times.

3. In their negotiations with States with which the Federal Republic maintains no relations, the Three Powers will consult with the Federal Republic in respect of matters directly involving its political interests.

4. At the request of the Federal Government, the Three Powers will arrange to represent the interests of the Federal Republic in relations with other States and in certain international organizations or conferences, whenever the Federal Republic is not in a position to do so itself.

Article 3

1. — La République Fédérale convient qu'elle se conformera dans la conduite de sa politique aux principes inscrits dans la Charte des Nations-Unies et aux buts définis dans le statut du Conseil de l'Europe.

2. — La République Fédérale affirme son intention de s'associer pleinement à la communauté des Nations libres en devenant membre des organisations internationales destinées à promouvoir les objectifs communs du monde libre. Les Trois Puissances soutiendront aux moments appropriés la candidature de la République Fédérale à de telles organisations.

3. — Lorsque les Trois Puissances mèneront des négociations avec des États avec lesquels la République Fédérale n'entretient pas de relations, elles consulteront la République Fédérale au sujet des questions mettant directement en cause ses intérêts politiques.

4. — A la demande du Gouvernement Fédéral, et dans tous les cas où celui-ci ne sera pas en mesure de le faire lui-même, les Trois Puissances prendront les dispositions nécessaires pour représenter les intérêts de la République Fédérale dans ses rapports avec d'autres États et dans certaines organisations ou conférences internationales.

Artikel 4

(1) Bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag behalten die Drei Mächte weiterhin ihre bisher ausgeübten oder innegehabten Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik. Die Aufgabe dieser Streitkräfte wird die Verteidigung der freien Welt sein, zu der die Bundesrepublik und Berlin gehören. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 5 Absatz (2) dieses Vertrags bestimmen sich die Rechte und Pflichten dieser Streitkräfte nach dem Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland (im folgenden als „Truppenvertrag" bezeichnet), auf den in Artikel 8 Absatz (1) dieses Vertrags Bezug genommen ist.

(2) Die von den Drei Mächten bisher ausgeübten oder innegehabten und weiterhin beizubehaltenden Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland werden von den Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt, soweit sie für die Ausübung der im ersten Satz des Artikels 2 dieses Vertrags genannten Rechte erforderlich sind. Die Bundesrepublik ist damit einverstanden, daß vom Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag an Streitkräfte der gleichen Nationalität und Effektivstärke wie zur Zeit dieses Inkrafttretens in der Bundesrepublik stationiert werden dürfen. Im Hinblick auf die in Artikel 1 Absatz (2) dieses

Article 4

1. Pending the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution, the Three Powers retain the rights, heretofore exercised or held by them, relating to the stationing of armed forces in the Federal Republic. The mission of these forces will be the defence of the free world, of which Berlin and the Federal Republic form part. Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 5 of the present Convention, the rights and obligations of these forces shall be governed by the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as "the Forces Convention") referred to in paragraph 1 of Article 8 of the present Convention.

2. The rights of the Three Powers, heretofore exercised or held by them, which relate to the stationing of armed forces in Germany and which are retained, are not affected by the provisions of this Article insofar as they are required for the exercise of the rights referred to in the first sentence of Article 2 of the present Convention. The Federal Republic agrees that, from the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution, forces of the same nationality and effective strength as at that time may be stationed in the Federal Republic. In view of the status of the Federal Republic as defined in Article 1, paragraph 2 of the present

Article 4

1. — Jusqu'à l'entrée en vigueur des arrangements sur la Contribution Allemande à la Défense, les Trois Puissances se réservent les droits antérieurement exercés ou détenus par elles en ce qui concerne le stationnement de forces armées sur le territoire de la République Fédérale. La mission de ces forces sera la défense du monde libre, dont la République Fédérale et Berlin font partie. Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 de l'Article 5 de la présente Convention, les droits et les obligations de ces forces seront régis par la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne (ci-après dénommée « la Convention sur les Forces »), visée au paragraphe 1 de l'Article 8 de la présente Convention.

2. — Les droits des Trois Puissances, antérieurement exercés ou détenus par elles, en ce qui concerne le stationnement des forces armées en Allemagne, qui sont réservés, ne sont pas affectés par les dispositions du présent Article dans la mesure où ils sont nécessaires pour l'exercice des droits visés dans la première phrase de l'Article 2 de la présente Convention. La République Fédérale est d'accord pour qu'après l'entrée en vigueur des arrangements sur la Contribution Allemande à la Défense, des forces armées de même nationalité et de même importance que celles qui se trouveront sur son territoire au moment de cette entrée en vigueur y soient stationnées.

Vertrags umschriebene Rechtsstellung der Bundesrepublik und im Hinblick darauf, daß die Drei Mächte gewillt sind, ihre Rechte betreffend die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik, soweit diese betroffen ist, nur in vollem Einvernehmen mit der Bundesrepublik auszuüben, wird diese Frage in einem besonderen Vertrag geregelt.

Convention and in view of the fact that the Three Powers do not desire to exercise their rights regarding the stationing of armed forces in the Federal Republic, insofar as it is concerned, except in full accord with the Federal Republic, a separate Convention deals with this matter.

Etant donné le statut de la République Fédérale défini à l'Article 1, paragraphe 2, de la présente Convention et étant donné le fait que les Trois Puissances ne désirent pas exercer leurs droits relatifs au stationnement de forces armées sur le territoire de la République Fédérale, pour ce qui concerne celle-ci, sauf en plein accord avec elle, une Convention séparée règle cette question.

Artikel 5

(1) Für die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte gelten bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag die folgenden Bestimmungen:

(a) Die Drei Mächte werden die Bundesregierung in allen die Stationierung dieser Streitkräfte betreffenden Fragen konsultieren, soweit es die militärische Lage erlaubt. Die Bundesrepublik wird nach Maßgabe dieses Vertrags und der Zusatzverträge im Rahmen ihres Grundgesetzes mitwirken, um diesen Streitkräften ihre Aufgabe zu erleichtern.

(b) Die Drei Mächte werden nur nach vorheriger Einwilligung der Bundesrepublik Truppen eines Staates, der zur Zeit keine Kontingente stellt, als Teil ihrer Streitkräfte im Bundesgebiet stationieren. Jedoch dürfen solche Kontingente im Falle eines Angriffs oder unmittelbar drohenden Angriffs ohne Einwilligung der Bundesrepublik in das Bundesgebiet gebracht werden, dürfen dagegen nach Beseitigung der Gefahr nur mit Einwilligung der Bundesrepublik dort verbleiben.

(2) Die von den Drei Mächten bisher innegehabten oder ausgeübten Rechte in bezug auf den Schutz der Sicherheit von in der Bundesrepublik stationierten Streitkräften, die zeitweilig von den Drei Mächten beibehalten werden, erlöschen, sobald die zuständigen deutschen Behörden entsprechende Vollmachten durch die deutsche Gesetzgebung erhalten haben und dadurch in Stand gesetzt sind, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte zu treffen, einschließlich der Fähigkeit, einer ernstlichen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu begegnen. Soweit diese Rechte weiterhin ausgeübt werden können, werden sie nur nach Konsultation mit der Bundesregierung ausgeübt werden, soweit die militärische Lage eine solche Konsultation nicht ausschließt, und wenn die Bundesregierung darin übereinstimmt, daß die Umstände die Ausübung derartiger Rechte erfordern. Im übrigen bestimmt

Article 5

1. Pending the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution, the following provisions shall be applicable to the forces stationed in the Federal Republic:

(a) the Three Powers will consult with the Federal Republic, insofar as the military situation permits, with regard to all questions concerning the stationing of these forces. The Federal Republic will, according to the present Convention and the related Conventions, co-operate, within the framework of its Basic Law, to facilitate the mission of these forces;

(b) the Three Powers will obtain the consent of the Federal Republic before bringing into the Federal territory, as part of their forces, contingents of the armed forces of any nation not now providing such contingents. Such contingents may nevertheless be brought into the Federal territory without the consent of the Federal Republic in the event of external attack or imminent threat of such attack, but, after the elimination of the danger, may only remain with its consent.

2. The rights of the Three Powers, heretofore held or exercised by them, which relate to the protection of the security of armed forces stationed in the Federal Republic and which are temporarily retained, shall lapse when the appropriate German authorities have obtained similar powers under German legislation enabling them to take effective action to protect the security of those forces, including the ability to deal with a serious disturbance of public security and order. To the extent that such rights continue to be exercisable they shall be exercised only after consultation, insofar as the military situation does not preclude such consultation, with the Federal Government and with its agreement that the circumstances require such exercise. In all other respects the protection of the security of those forces shall be governed by the Forces Convention or by the provisions of the Agreement which replaces it and, ex-

Article 5

1. — Jusqu'à l'entrée en vigueur des arrangements sur la Contribution Allemande à la Défense, les dispositions suivantes seront applicables aux forces stationnées sur le territoire de la République Fédérale :

(a) les Trois Puissances consulteront la République Fédérale, dans la mesure où la situation militaire le permettra, en ce qui concerne toutes les questions relatives au stationnement de ces forces. La République Fédérale apportera sa pleine coopération, conformément à la présente Convention et aux Conventions rattachées et dans le cadre de sa Loi Fondamentale, en vue de faciliter la mission de ces forces;

(b) les Trois Puissances devront obtenir le consentement de la République Fédérale avant de faire venir sur le territoire fédéral, pour faire partie de leurs propres forces, des contingents appartenant aux forces armées de toute nation qui ne fournit pas actuellement de tels contingents. Toutefois, ces contingents pourront être amenés sur le territoire fédéral sans le consentement de la République Fédérale en cas d'attaque extérieure ou de menace imminente d'une telle attaque, mais ne pourront être maintenus après disparition du danger qu'avec son consentement.

2. — Les droits des Trois Puissances antérieurement détenus ou exercés par elles en ce qui concerne la protection de la sécurité des forces armées stationnées sur le territoire de la République Fédérale, et qui sont temporairement conservés, disparaîtront lorsque les autorités allemandes compétentes auront obtenu des pouvoirs similaires en vertu de la législation allemande, leur permettant de prendre des mesures effectives pour protéger la sécurité de ces forces, y compris la possibilité de faire face à une atteinte grave portée à la sécurité et à l'ordre publics. Dans la mesure où ces droits continuent à pouvoir être exercés, ils ne seront exercés qu'après consultation du Gouvernement Fédéral, pour autant que la situation militaire n'exclura pas une telle consultation, et si le Gouvernement Fédéral reconnait que les circonstances requièrent que ces droits soient exercés. Sous tous ses autres aspects, la protection de la

sich der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte nach den Vorschriften des Truppenvertrags oder den Vorschriften des Vertrags, welcher den Truppenvertrag ersetzt, und nach deutschem Recht, soweit nicht in einem anwendbaren Vertrag etwas anderes bestimmt ist.

cept as otherwise provided in any applicable agreement, by German law.

sécurité de ces forces sera régie par les dispositions de la Convention sur les Forces ou par les dispositions de l'Accord qui la remplace, et, sauf dispositions contraires figurant dans tout accord applicable, par le droit allemand.

Artikel 6

(1) Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik hinsichtlich der Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Berlin konsultieren.

(2) Die Bundesrepublik ihrerseits wird mit den Drei Mächten zusammenwirken, um es ihnen zu erleichtern, ihren Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin zu genügen.

Article 6

1. The Three Powers will consult with the Federal Republic in regard to the exercise of their rights relating to Berlin.

2. The Federal Republic, on its part, will co-operate with the Three Powers in order to facilitate the discharge of their responsibilities with regard to Berlin.

Article 6

1. — Les Trois Puissances consulteront la République Fédérale au sujet de l'exercice de leurs droits en ce qui concerne Berlin.

2. — La République Fédérale, pour sa part, coopérera avec les Trois Puissances en vue d'aider celles-ci à s'acquitter de leurs responsabilités à l'égard de Berlin.

Artikel 7

(1) Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.

(2) Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.

(3) (gestrichen)

(4) Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik in allen Angelegenheiten konsultieren, welche die Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes berühren.

Article 7

1. The Signatory States are agreed that an essential aim of their common policy is a peace settlement for the whole of Germany, freely negotiated between Germany und her former enemies, which should lay the foundation for a lasting peace. They further agree that the final determination of the boundaries of Germany must await such a settlement.

2. Pending the peace settlement, the Signatory States will co-operate to achieve, by peaceful means, their common aim of a reunified Germany enjoying a liberal-democratic constitution, like that of the Federal Republic, and integrated within the European community.

3. Deleted.

4. The Three Powers will consult with the Federal Republic on all matters involving the exercise of their rights relating to Germany as a whole.

Article 7

1. — Les Etats Signataires conviennent qu'un but essentiel de leur politique commune est un règlement de paix pour l'ensemble de l'Allemagne, librement négocié entre l'Allemagne et ses anciens ennemis et qui devrait poser les bases d'une paix durable. Ils conviennent aussi que la fixation définitive des frontières de l'Allemagne doit attendre ce règlement.

2. — En attendant le règlement de paix, les Etats Signataires coopéreront en vue d'atteindre par des moyens pacifiques leur but commun: une Allemagne réunifiée, dotée d'une constitution libérale et démocratique, telle que celle de la République Fédérale, et intégrée dans la communauté européenne.

3. — Supprimé.

4. — Les Trois Puissances consulteront la République Fédérale sur toutes les questions mettant en cause l'exercice de leurs droits en ce qui concerne l'Allemagne dans son ensemble.

Artikel 8

(1) (a) Die Unterzeichnerstaaten haben die folgenden Zusatzverträge geschlossen:

Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland;

Finanzvertrag;

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen.

(b) Der Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland und das am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichnete Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte

Article 8

1. (a) The Signatory States have concluded the following related Conventions:

Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany;

Finance Convention;

Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation.

(b) The Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany and the Agreement on the Tax Treatment of the Forces and their Members, signed at Bonn on 26 May 1952,

Article 8

1. (a) — Les Etats Signataires ont conclu les Conventions rattachées suivantes:

— Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne;

— Convention Financière;

— Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation.

(b) — La Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale l'Allemagne et l'Accord relatif au Régime Fiscal applicable aux Forces et aux Membres

und ihrer Mitglieder in der durch das Protokoll vom 26. Juli 1952 abgeänderten Fassung bleiben bis zum Inkrafttreten neuer Vereinbarungen über die Rechte und Pflichten der Streitkräfte der Drei Mächte und sonstiger Staaten, die Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik unterhalten, in Kraft. Die neuen Vereinbarungen werden auf der Grundlage des in London am 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikpakts über den Status ihrer Streitkräfte unterzeichneten Abkommens getroffen, ergänzt durch diejenigen Bestimmungen, die im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse in bezug auf die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte erforderlich sind.

(c) Der Finanzvertrag bleibt bis zum Inkrafttreten neuer Vereinbarungen in Kraft, über die gemäß Artikel 4 Absatz (4) jenes Vertrags mit anderen Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation verhandelt wird, die Truppen im Bundesgebiet stationiert haben.

(2) Während der in Artikel 6 Absatz (4) des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vorgesehenen Übergangszeit bleiben die in jenem Absatz erwähnten Rechte der drei Unterzeichnerstaaten erhalten.

as amended by the Protocol signed at Bonn on 26 July 1952, shall remain in force until the entry into force of new arrangements setting forth the rights and obligations of the forces of the Three Powers and other States having forces in the territory of the Federal Republic. The new arrangements will be based on the Agreement Between the Parties to the North Atlantic Treaty Regarding the Status of Their Forces, signed at London on 19 June 1951, supplemented by such provisions as are necessary in view of the special conditions existing in regard to the forces stationed in the Federal Republic.

(c) The Finance Convention shall remain in force until the entry into force of the new arrangements negotiated in pursuance of paragraph 4 of Article 4 of that Convention with other member Governments of the North Atlantic Treaty Organization who have forces stationed in the Federal territory.

2. During the transitional period provided for in paragraph 4 of Article 6 of Chapter One of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation, the rights of the three Signatory States referred to in that paragraph shall be retained.

des Forces signé à Bonn le 26 mai 1952 et amendé par le Protocole signé à Bonn le 26 juillet 1952 resteront en vigueur jusqu'à l'entrée en vigueur de nouveaux arrangements définissant les droits et obligations des forces des Trois Puissances et des autres Etats ayant des forces stationnées sur le territoire fédéral. Les nouveaux arrangements seront fondés sur l'Accord entre les Parties au Traité de l'Atlantique Nord concernant le Statut de leurs Forces, signé à Londres le 19 juin 1951, complété par les dispositions rendues nécessaires en raison des conditions spéciales existantes en ce qui concerne les forces stationnées dans la République Fédérale.

(c) — La Convention Financière restera en vigueur jusqu'à l'entrée en vigueur des nouveaux arrangements négociés, en vertu du paragraphe 4 de l'Article 4 de cette Convention, avec les autres Gouvernements membres de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord ayant des Forces stationnées dans la République Fédérale.

2. — Au cours de la période transitoire prévue au paragraphe 4 de l'Article 6 du Chapitre Premier de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, les droits des Trois Etats Signataires, dont il est fait mention dans ce paragraphe, seront conservés.

Artikel 9

(1) Es wird ein Schiedsgericht errichtet werden, das gemäß den Bestimmungen der beigefügten Satzung tätig werden wird.

(2) Das Schiedsgericht ist ausschließlich zuständig für alle Streitigkeiten, die sich zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten aus den Bestimmungen dieses Vertrags oder der beigefügten Satzung oder eines der Zusatzverträge ergeben und welche die Parteien nicht durch Verhandlungen oder auf eine andere zwischen allen Unterzeichnerstaaten vereinbarte Weise beizulegen vermögen, soweit sich nicht aus Absatz (3) dieses Artikels oder aus der beigefügten Satzung oder aus den Zusatzverträgen etwas anderes ergibt.

(3) Streitigkeiten, welche die in Artikel 2, den ersten beiden Sätzen des Absatzes (1) des Artikels 4, dem ersten Satz des Absatzes (2) des Artikels 4 und den ersten beiden Sätzen des Absatzes (2) des Artikels 5 angeführten Rechte der Drei Mächte oder Maßnahmen auf Grund der Rechte berühren, unterliegen nicht der Gerichtsbarkeit des Schiedsgerichtes oder eines anderen Gerichtes.

Article 9

1. There shall be established an Arbitration Tribunal which shall function in accordance with the provisions of the annexed Charter.

2. The Arbitration Tribunal shall have exclusive jurisdiction over all disputes arising between the Three Powers and the Federal Republic under the provisions of the present Convention or the annexed Charter or any of the related Conventions which the parties are not able to settle by negotiation or by other means agreed between all the Signatory States, except as otherwise provided by paragraph 3 of this Article or in the annexed Charter or in the related Conventions.

3. Any dispute involving the rights of the Three Powers referred to in Article 2, the first two sentences of paragraph 1 of Article 4, the first sentence of paragraph 2 of Article 4 and the first two sentences of paragraph 2 of Article 5, or action taken thereunder, shall not be subject to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal or of any other tribunal or court.

Article 9

1. — Il sera institué un Tribunal d'Arbitrage dont le fonctionnement sera régi par les dispositions de la Charte ci-annexée.

2. — Sous réserve des exceptions prévues au paragraphe 3 du présent Article dans la Charte ci-annexée ou dans les Conventions rattachées, le Tribunal d'Arbitrage sera seul compétent pour régler tous les litiges entre les Trois Puissances et la République Fédérale, résultant de l'application de la présente Convention, de la Charte ci-annexée ou des Conventions rattachées, que les Parties ne parviennent pas à régler par des négociations ou par tous autres moyens agréés par l'ensemble des Etats Signataires.

3. — Aucun litige mettant en cause les droits des Trois Puissances visés à l'Article 2, dans les deux premières phrases du paragraphe 1 de l'Article 4, dans la première phrase du paragraphe 2 de l'Article 4 et dans les deux premières phrases du paragraphe 2 de l'Article 5, ou des mesures prises en application de ces droits, ne relève de la compétence du Tribunal d'Arbitrage ou de tout autre Tribunal ou instance judiciaire.

Artikel 10

Die Unterzeichnerstaaten überprüfen die Bestimmungen dieses Vertrags und der Zusatzverträge:

(a) auf Ersuchen eines von ihnen im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands oder einer unter Beteiligung oder mit Zustimmung der Staaten, die Mitglieder dieses Vertrags sind, erzielten internationalen Verständigung über Maßnahmen zur Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands oder der Bildung einer europäischen Föderation, oder

(b) in jeder Lage, die nach Auffassung aller Unterzeichnerstaaten aus einer Änderung grundlegenden Charakters in den zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrags bestehenden Verhältnissen entstanden ist.

In beiden Fällen werden sie in gegenseitigem Einvernehmen diesen Vertrag und die Zusatzverträge in dem Umfang ändern, der durch die grundlegende Änderung der Lage erforderlich oder ratsam geworden ist.

Artikel 11

(1) (gestrichen)

(2) (gestrichen)

(3) Dieser Vertrag und die Zusatzverträge werden in den Archiven der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese wird jedem Unterzeichnerstaat beglaubigte Ausfertigungen übermitteln und jeden Unterzeichnerstaat vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags und der Zusatzverträge in Kenntnis setzen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter diesen Vertrag unterschrieben.

Geschehen zu BONN am sechsundzwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:

Adenauer

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland
gezeichnet:

Anthony Eden

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:

Dean Acheson

Für die Französische Republik
gezeichnet:

Robert Schuman

Article 10

The Signatory States will review the terms of the present Convention and the related Conventions

(a) upon request of any one of them, in the event of the reunification of Germany, or an international understanding being reached with the participation or consent of the States parties to the present Convention on steps towards bringing about the reunification of Germany, or the creation of a European federation; or

(b) in any situation which all of the Signatory States recognize has resulted from a change of a fundamental character in the conditions prevailing at the time of the entry into force of the present Convention.

In either case they will, by mutual agreement, modify the present Convention and the related Conventions to the extent made necessary or advisable by the fundamental change in the situation.

Article 11

1. Deleted.

2. Deleted.

3. The present Convention and the related Conventions shall be deposited in the Archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which will furnish each Signatory State with certified copies thereof and notify each such State of the date of the entry into force of the present Convention and the related Conventions.

IN FAITH WHEREOF the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective Governments have signed the present Convention.

Done at BONN this twenty-sixth day of May, 1952, in three texts, in the English, French and German languages, all being equally authentic.

For the United States of America
signed:

Dean Acheson

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
signed:

Anthony Eden

For the French Republic
signed:

Robert Schuman

For the Federal Republic of Germany
signed:

Adenauer

Article 10

Les Etats Signataires reconsidéreront les termes de la présente Convention et des Conventions rattachées:

(a) à la demande de l'un d'eux, en cas de réunification de l'Allemagne, ou en cas de conclusion, avec la participation ou le consentement des Etats parties à la présente Convention, d'une entente internationale sur des mesures visant au rétablissement de l'unité, ou en cas de création d'une fédération européenne;

(b) dans toute situation dont les Etats Signataires seront unanimes à reconnaître qu'elle résulte d'un changement fondamental intervenu dans les conditions existant lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Dans l'un ou l'autre de ces cas ils modifieront, d'un commun accord, la présente Convention et les Conventions rattachées, dans la mesure rendue nécessaire ou appropriée par le changement fondamental intervenu dans la situation.

Article 11

1. — Supprimé.

2. — Supprimé.

3. — La présente Convention et les Conventions rattachées seront déposées dans les archives du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne qui en remettra des copies certifiées conformes à chacun des Etats Signataires et qui notifiera à chacun de ces Etats la date d'entrée en vigueur de la Convention et des Conventions rattachées.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements, ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention.

Fait à BONN, le vingt sixième jour du mois de mai 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Pour la République Française
signé:

Robert Schuman

Pour les Etats-Unis d'Amérique
signé:

Dean Acheson

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
signé:

Anthony Eden

Pour la République Fédérale d'Allemagne
signé:

Adenauer

ANHANG A
(gestrichen)

ANHANG B
zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

Satzung des Schiedsgerichtes

ABSCHNITT I

Zusammensetzung, Organisation und Sitz des Schiedsgerichtes

Artikel 1

(1) Das Schiedsgericht besteht aus neun Mitgliedern, welche die erforderlichen Voraussetzungen für die Ausübung der obersten richterlichen Ämter in ihrem Lande erfüllen oder Rechtsgelehrte von anerkannter Sachkenntnis auf dem Gebiet des internationalen Rechts sind.

(2) Die neun Mitglieder des Gerichtes werden folgendermaßen bestellt:

(a) drei Mitglieder werden von der Bundesregierung ernannt;

(b) drei Mitglieder werden von den Regierungen der Drei Mächte ernannt, und zwar von jeder der Drei Mächte ein Mitglied;

(c) ein Präsident und zwei Vizepräsidenten (im folgenden auch als „neutrale Mitglieder" bezeichnet), die weder deutsche Staatsangehörige noch Staatsangehörige einer der Drei Mächte sein dürfen, werden durch Übereinkunft zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte ernannt.

(3) Die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte werden einander spätestens sechzig Tage nach Inkrafttreten dieser Satzung die Namen der Mitglieder mitteilen, die sie erstmalig zu ernennen haben. Innerhalb derselben Frist werden sich die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte über die Namen der drei neutralen Mitglieder einigen, von denen eines zum Präsidenten und die beiden anderen zu Vizepräsidenten zu ernennen sind. Ist bei Ablauf dieser Frist eine Einigung bezüglich eines oder mehrerer neutraler Mitglieder nicht erfolgt, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs um deren Bestimmung ersuchen.

(4) Die Ernennung der Mitglieder für freiwerdende Sitze erfolgt nach demselben Verfahren, das für die Ernennung der zu ersetzenden Mitglieder maßgeblich ist. Bleibt jedoch ein Sitz, dessen Inhaber von der Bundesregierung oder einer der Regierungen

ANNEX A
Deleted.

ANNEX B
to the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany

Charter of the Arbitration Tribunal

PART I

Composition, Organisation and Seat of the Tribunal

Article 1

1. The Tribunal shall be composed of nine members who shall have the qualifications required in their respective countries for appointment to the highest judicial offices or shall be lawyers of recognized competence in international law

2. The nine members of the Tribunal shall be appointed as follows·

(a) three members appointed by the Governments of the Three Powers, one by each Government;

(b) three members appointed by the Federal Government;

(c) a President and two Vice-Presidents (hereinafter refered to also as "the neutral members") appointed by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government, none of whom shall be a national of any one of the Three Powers or a German national.

3. The Governments of the Three Powers and the Federal Government shall make known their first appointments not later than sixty days after the entry into force of the present Charter. Within the same period the Governments of the Three Powers and the Federal Government shall agree upon the three neutral members, one of whom shall be nominated as President and the other two as Vice-Presidents. If, after the expiry of such period, one or more of the neutral members shall not have been agreed upon, either the Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to nominate such neutral member or members.

4. Appointments to fill vacancies shall be made in the same manner as the appointment of the member to be replaced However, if a vacancy to be filled by the Government of one of the Three Powers or the Federal Government is not so filled within

ANNEXE A
— supprimé —

ANNEXE B
à la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne

Charte du Tribunal d'Arbitrage

TITRE I

Composition, organisation et siège du Tribunal

Article 1

1. — Le Tribunal se compose de neuf membres qui doivent réunir les conditions requises pour être nommés dans leurs pays respectifs aux plus hautes fonctions judiciaires, ou être des jurisconsultes possédant une compétence notoire en droit international.

2. — Les neuf membres du Tribunal sont ainsi désignés:

(a) trois membres sont nommés par les Gouvernements des Trois Puissances à raison d'un membre par chacun d'entre eux;

(b) trois membres sont nommés par le Gouvernement Fédéral;

(c) Un Président et deux Vice-Présidents (également ci-après dénommes «les membres neutres»), dont aucun ne doit être ressortissant de l'une des Trois Puissances ou ressortissant allemand, sont nommés par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral.

3. — Les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral notifieront, au plus tard soixante jours après la date d'entrée en vigueur de la présente Charte, les noms des premiers membres qu'il leur appartient de nommer Dans ce même délai, les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral se mettront d'accord sur les noms des trois membres neutres, dont l'un sera désigné en qualité de Président et les deux autres en qualité de Vice-Présidents. Si, après l'expiration de cette période, un accord n'est pas intervenu sur le choix d'un ou de plusieurs membres neutres, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral pourront demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à leur désignation

4. — La nomination aux sièges devenus vacants se fait selon la même méthode que celle qui a été suivie pour la nomination des membres à remplacer. Toutefois, si un siège dont le titulaire doit être nommé par l'un des Gouvernements des Trois Puissan-

der Drei Mächte zu ernennen ist, länger als einen Monat unbesetzt, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, für diesen Sitz vorläufig eine Persönlichkeit zu ernennen, die weder die deutsche noch die Staatsangehörigkeit einer der Drei Mächte besitzt und die für eine Zeit von sechs Monaten oder bis zur Ernennung eines endgültigen Mitgliedes im gewöhnlichen Verfahren im Amte bleibt, falls diese Ernennung nicht innerhalb der genannten Frist erfolgt. Ist das zu ersetzende Mitglied ein neutrales Mitglied, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes um seine Ernennung ersuchen, wenn die in Unterabsatz (c) des Absatzes (2) dieses Artikels vorgesehene Übereinkunft nicht innerhalb eines Monats nach dem Zeitpunkt, in dem der Sitz frei wurde, erzielt werden kann.

(5) Das Gericht kann durch Mehrheitsbeschluß einen Sitz für frei geworden erklären, wenn nach seiner Auffassung ein Mitglied ohne hinreichenden Grund in einer Angelegenheit, an der es mitzuwirken hatte, den Sitzungen ferngeblieben ist oder sich geweigert hat, an ihnen teilzunehmen.

one month of its occurring, either the Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to make an interim appointment to the vacancy of a person who shall not be a national of any one of the Three Powers or a German national and who shall serve for a period of six months or until the vacancy is filled in the normal manner, whichever is longer If the member to be replaced is a neutral member, the Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to make such appointment, if the agreement envisaged by sub-paragraph (c) of paragraph 2 of this Article has not been reached within one month of the vacancy occurring.

5. The Tribunal may, by majority vote, declare a vacancy if, in its opinion, a member has, without reasonable excuse, failed or refused to participate in the hearing or decision of a case to which he has been assigned.

ces ou par le Gouvernement Fédéral reste vacant pendant plus d'un mois, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral peuvent demander au Président de la Cour Internationale de Justice de nommer à titre intérimaire un remplaçant qui ne soit ni ressortissant allemand, ni ressortissant de l'une des Trois Puissances, et qui restera en fonctions pendant un délai de six mois, ou jusqu'à la nomination d'un titulaire définitif par le procédé normal, au cas où cette nomination n'interviendrait qu'après l'expiration de ce délai. Lorsque le membre à remplacer est un membre neutre, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral peuvent demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à la nomination, si l'accord prévu à l'alinéa (c) du paragraphe 2 du présent Article n'a pas été réalisé dans le délai d'un mois après le début de la vacance.

5. — Le Tribunal peut, par vote majoritaire, déclarer une vacance lorsque, à son avis, l'un des membres s'est abstenu ou a refusé, sans excuse valable, de siéger dans une affaire pour laquelle il a été désigné.

Artikel 2

(1) Die Mitglieder des Gerichtes werden für vier Jahre ernannt. Nach Ablauf ihrer Amtszeit können sie wieder ernannt werden

(2) Ein Mitglied, dessen Amtszeit abgelaufen ist, hat dennoch sein Amt weiterzuführen, bis sein Nachfolger ernannt ist. Auch nach dieser Ernennung hat es, sofern der Präsident nicht anders entscheidet, seine Tätigkeit in den anhängigen Angelegenheiten, mit denen es befaßt war, fortzusetzen, bis eine endgültige Entscheidung in diesen Angelegenheiten ergangen ist.

(3) Die Mitglieder des Gerichtes dürfen keine Tätigkeit ausüben, die mit der normalen Wahrnehmung ihres Amtes unvereinbar ist; sie dürfen an der Erledigung einer bestimmten Angelegenheit nicht mitwirken, mit der sie in anderer Eigenschaft bereits befaßt waren oder an der sie unmittelbar interessiert sind. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Absatzes entscheidet das Gericht.

(4) (a) Die Mitglieder des Gerichtes genießen während ihrer Amtsdauer und nach deren Ablauf Immunität gegen gerichtliche Verfolgung wegen Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben.

(b) Die Mitglieder des Gerichtes, die nicht deutscher Staatsangehörigkeit sind, genießen im Bundesgebiet außerdem die Vorrechte und Immunitäten, die den Leitern diplomatischer Missionen zustehen. Werden im Gebiet einer der Drei Mächte

Article 2

1. The members of the Tribunal shall be appointed for four years. They may be reappointed after the expiration of their terms of office.

2. A member whose term of office has expired shall nevertheless continue to discharge his duties until his successor is appointed. After such appointment he shall, unless the President of the Tribunal directs otherwise, continue to discharge his duties respecting pending cases in which he has participated until such cases have been finally decided.

3. Members of the Tribunal shall not engage in any activity incompatible with the proper exercise of their duties, nor shall they participate in the adjudication of any case with which they have previously been concerned in another capacity or in which they have a direct interest. Differences of opinion regarding the applicability of this paragraph shall be resolved by the Tribunal.

4. (a) During and after their terms of office, the members of the Tribunal shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their official duties.

(b) The members of the Tribunal who are not of German nationality shall, moreover, enjoy in the Federal territory the same privileges and immunities as are accorded chiefs of diplomatic missions. If sittings or official acts take place

Article 2

1. — Les membres du Tribunal sont nommés pour quatre ans. Ils peuvent faire l'objet d'une nouvelle nomination à l'expiration de leur mandat.

2. — Un membre dont le mandat est expiré doit cependant continuer à exercer ses fonctions jusqu'à ce que son successeur ait été nommé. Après cette nomination, à moins que le Président n'en décide autrement, il doit encore continuer à exercer ses fonctions dans les affaires en instance dont il avait à s'occuper, jusqu'à ce que ces affaires aient été définitivement réglées.

3. — Les membres du Tribunal ne peuvent se livrer à aucune activité incompatible avec l'exercice normal de leurs fonctions, ni participer au règlement d'aucune affaire dont ils ont eu antérieurement à s'occuper à un autre titre, ou dans laquelle ils ont un intérêt direct. En cas de contestation sur l'application du présent paragraphe, le Tribunal statue.

4. — (a) Pendant la durée de leur mandat et après l'expiration de celui-ci, les membres du Tribunal jouissent de l'immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions.

(b) Les membres du Tribunal qui ne sont pas de nationalité allemande jouissent, en outre, sur le territoire fédéral des mêmes privilèges et immunités que ceux qui sont prévus pour les chefs des missions diplomati-

Sitzungen abgehalten oder Amtshandlungen vorgenommen, so genießen die Mitglieder des Gerichtes, die nicht dem Staate angehören, in dem die Sitzung stattfindet oder die Amtshandlung vorgenommen wird, in diesem Lande die diplomatischen Immunitäten und Vorrechte.

(5) Die Mitglieder des Gerichtes haben sich vor Aufnahme ihrer Tätigkeit in öffentlicher Sitzung zu verpflichten, ihr Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben.

(6) Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes (5) des Artikels 1 dieser Satzung kann ein Mitglied vor Ablauf seiner Amtszeit oder vor Beendigung seiner Amtspflichten gemäß Absatz (2) dieses Artikels nur durch Übereinkunft der Bundesregierung und der Regierungen der Drei Mächte oder, falls es sich um ein von dem Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernanntes Mitglied handelt, nur durch Übereinkunft der Bundesregierung und der Regierungen der Drei Mächte und mit Zustimmung des Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes abberufen werden.

Artikel 3

(gestrichen)

Artikel 4

(1) Das Gericht tagt unter dem Vorsitz des Präsidenten oder eines Vizepräsidenten entweder in Plenarsitzung oder in Kammern von drei Mitgliedern.

(2) Die Plenarsitzung umfaßt grundsätzlich alle Mitglieder des Gerichtes; ein Quorum von fünf Mitgliedern genügt zur Bildung des Plenums; es kann nur bei Anwesenheit einer ungeraden Zahl von Mitgliedern beraten und entscheiden; auf jeden Fall muß die Zahl der von der Bundesregierung ernannten Mitglieder und die Zahl der von den Drei Mächten ernannten Mitglieder gleich sein; ferner muß ihm stets mindestens ein neutrales Mitglied angehören.

(3) Die Kammern bestehen aus je einem von der Bundesregierung ernannten, einem von den Regierungen der Drei Mächte ernannten und einem neutralen Mitglied.

(4) Das Gericht entscheidet in Plenarsitzung über die Verteilung der Mitglieder auf die Kammern, bestimmt die Arten von Angelegenheiten, die von den einzelnen Kammern zu entscheiden sind, oder weist eine bestimmte Angelegenheit einer Kammer zu.

(5) Jede Entscheidung, die eine Kammer in einer ihr zugewiesenen Angelegenheit gefällt hat, gilt als Entscheidung des Gerichtes.

(6) Die endgültige Entscheidung über eine einer Kammer zugewiesene Angelegenheit muß von dem Gericht

in the territory of one of the Three Powers, the members of the Tribunal who are not of the nationality of the country in which the sitting or act takes place shall enjoy diplomatic privileges and immunities in such country.

5. Every member of the Tribunal shall, before taking office, make a declaration at a public session that he will exercise his duties impartially and conscientiously.

6. Subject to the provisions of paragraph 5 of Article 1 of the present Charter, no member may be dismissed before the expiry of his term of office, or before the termination of his duties in accordance with paragraph 2 of this Article, except by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government; or, in the case of a member appointed by the President of the International Court of Justice, by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government, with the consent of the President of the International Court of Justice.

Article 3

Deleted.

Article 4

1. The Tribunal, presided over by the President or one of the Vice-Presidents, shall sit either in plenary session or in Chambers of three members.

2. A plenary session shall, in principle, include all the members of the Tribunal. A quorum of five members shall suffice to constitute a plenary session; it shall be composed of an uneven number of members and in any case shall consist of an equal number of the members appointed by the Governments of the Three Powers and of those appointed by the Federal Government, and at least one neutral member.

3. Chambers shall be composed of one of the members appointed by the Governments of the Three Powers, one of the members appointed by the Federal Government and one neutral member.

4. The Tribunal in plenary session shall nominate the members of such Chambers, define the categories of cases with which a Chamber will be concerned or assign a particular case to a Chamber.

5. Any decision of a Chamber, on a case assigned to it, shall be deemed to be a decision of the Tribunal.

6. The final decision on a case assigned to a Chamber must be taken by the Tribunal in plenary session, if

ques. Si des séances ont lieu sur le territoire de l'une des Trois Puissances ou si des actes officiels y sont accomplis, les membres du Tribunal qui ne sont pas ressortissants du pays dans lequel la séance a lieu ou l'acte est accompli, jouissent dans ce pays des privilèges et immunités diplomatiques.

5. — Tout membre du Tribunal doit, avant d'entrer en fonctions, prendre en séance publique l'engagement d'exercer ses attributions en pleine impartialité et en toute conscience.

6. — Sous réserve des dispositions du paragraphe 5 de l'Article 1 de la présente Charte, aucun membre du Tribunal ne peut être révoqué avant l'expiration de son mandat ou avant la cessation de ses fonctions dans les conditions prévues au paragraphe 2 du présent Article, si ce n'est par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral ou, s'il s'agit d'un membre qui a été nommé par le Président de la Cour Internationale de Justice, par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral, avec le consentement du Président de la Cour Internationale de Justice.

Article 3

— supprimé —

Article 4

1. — Le Tribunal siège sous la présidence du Président ou de l'un des Vice-Présidents, soit en assemblée plénière, soit en Chambre de trois membres.

2. — L'assemblée plénière comprend, en principe, tous les membres du Tribunal. Le quorum de cinq est suffisant pour la constituer; elle ne peut délibérer qu'en nombre impair; elle doit en tout cas comprendre un nombre égal de membres nommés par les Gouvernements des Trois Puissances et de membres nommés par le Gouvernement Fédéral, et au moins un membre neutre.

3. — Les Chambres sont composées d'un des membres nommés par les Gouvernements des Trois Puissances, d'un des membres nommés par le Gouvernement Fédéral et d'un membre neutre.

4. — Le Tribunal, en assemblée plénière, répartit les membres entre les Chambres, détermine les catégories d'affaires dont les Chambres connaissent ou attribue à une Chambre une affaire déterminée.

5. — Toute décision rendue par une Chambre sur une affaire qui lui a été dévolue sera considérée comme rendue par le Tribunal.

6. — La décision définitive sur une affaire dévolue à une Chambre doit être rendue par le Tribunal en

in Plenarsitzung gefällt werden, wenn eine der Parteien es beantragt, bevor die Kammer eine endgültige Entscheidung gefällt hat.

one of the parties so requests before the Chamber itself has pronounced a final decision.

assemblée plénière, si l'une des parties le demande avant que la Chambre n'ait elle-même rendu une décision définitive.

Artikel 5

Die Verhandlungen sind öffentlich, sofern das Gericht nicht anders beschließt. Die Beratungen des Gerichtes sind und bleiben geheim. Das gleiche gilt für Tatsachen, von denen das Gericht in nichtöffentlicher Sitzung Kenntnis erhalten hat.

Article 5

The Tribunal shall sit in public unless it decides otherwise. The deliberations of the Tribunal shall be and shall remain secret as shall all facts brought to its attention in closed session.

Article 5

Les audiences sont publiques, à moins que le Tribunal n'en décide autrement. Les délibérations du Tribunal sont et demeurent secrètes. Il en est de même pour les faits dont il a eu connaissance à huis clos.

Artikel 6

(1) Die Verwaltungsangelegenheiten des Gerichtes werden einem Sekretär übertragen, dem das erforderliche Personal beigegeben ist. Der Sekretär vermittelt den Schriftverkehr; er führt das Register der bei Gericht eingehenden Anträge und ist für das Archiv und die Rechnungsführung verantwortlich.

(2) Der Sekretär wird erstmalig durch Übereinkunft zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten bestellt. Der Sekretär ist auf Dauer im Amt und kann nur durch das Gericht entlassen und durch einen Nachfolger ersetzt werden.

(3) Nach Eingang des ersten Schriftsatzes gemäß Artikel 14 dieser Satzung benachrichtigt der Sekretär unverzüglich den Präsidenten, der daraufhin, sobald dies durchführbar ist, die erste Plenarsitzung des Schiedsgerichtes an dessen Sitz einzuberufen hat, um die Verfahrensordnung festzulegen und sonstige Angelegenheiten zu behandeln. Danach tritt das Schiedsgericht nach Bedarf zusammen.

(4) Die Absätze (3) und (4) des Artikels 2 dieser Satzung treten erst mit der ersten in Absatz (3) dieses Artikels erwähnten Plenarsitzung in Kraft.

Article 6

1. A Registrar shall be responsible for the administration of the Tribunal; he shall have the necessary staff at his disposal. The Registrar shall handle the transmission of documents, keep a record of petitions submitted to the Tribunal and be responsible for the archives and accounts of the Tribunal.

2. The first Registrar shall be appointed by agreement between the Three Powers and the Federal Republic. The Registrar shall be a permanent official subject to dismissal and replacement only by the Tribunal.

3. The Registrar, upon receipt of the first petition filed pursuant to Article 14 of the present Charter, shall immediately notify the President, who shall thereupon call the first meeting of the Tribunal in plenary session at the seat of the Tribunal as soon as practicable, for the purpose of determining the Rules of Procedure and attending to other business. Thereafter the Tribunal shall meet as business requires.

4. Paragraphs 3 and 4 of Article 2 of the present Charter shall not become effective until the first meeting in plenary session referred to in paragraph 3 of this Article.

Article 6

1. — La charge de l'administration du Tribunal est confiée à un Greffier qui a sous ses ordres, à cet effet, le personnel nécessaire. Le Greffier assure la communication des pièces; il tient le rôle des requêtes soumises au Tribunal; il est responsable des archives et de la comptabilité du Tribunal.

2. — Le Greffier est initialement désigné par accord entre les Trois Puissances et la République Fédérale. Il est fonctionnaire permanent et ne peut être révoqué et remplacé que par le Tribunal.

3. — Dès réception de la première requête déposée conformément à l'Article 14 de la présente Charte, le Greffier en avisera immédiatement le Président qui convoquera, dès que possible, le Tribunal pour une première réunion en assemblée plénière au siège du Tribunal, afin d'établir les règles de procédure et de veiller à l'exécution des autres travaux. Par la suite, le Tribunal tiendra ses réunions en fonction des tâches à accomplir.

4. — Les paragraphes 3 et 4 de l'Article 2 de la présente Charte ne recevront pas application avant la première session plénière visée au paragraphe 3 du présent Article.

Artikel 7

Das Gericht hat seinen Sitz an einem Ort des Bundesgebietes, der durch ein ergänzendes Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte festgelegt wird. Es kann, wenn es dies für angebracht hält, auch an anderen Orten Sitzungen abhalten und Amtsgeschäfte wahrnehmen.

Article 7

The seat of the Tribunal shall be located within the Federal territory at such place as shall be determined by a subsidiary administrative agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government. The Tribunal may, however, sit and exercise its functions elsewhere, when it deems it desirable to do so.

Article 7

Le siège du Tribunal sera situé sur le territoire de la République Fédérale et sera déterminé par un accord administratif subsidiaire entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral. Le Tribunal peut, toutefois, siéger et exercer ses fonctions ailleurs lorsqu'il le juge désirable.

Artikel 8

Die Bestimmungen über die Kosten für die Unterhaltung des Gerichtes, einschließlich der Bezüge seiner Mitglieder, sowie die notwendigen Maßnahmen, um die Unverletzlichkeit der Räume des Gerichtes sicherzustellen, werden durch das in Artikel 7 dieser Satzung genannte Verwaltungsabkommen getroffen.

Article 8

Questions pertaining to the operating costs of the Tribunal, including the official emoluments of members, as well as arrangements for securing the inviolability of the premises of the Tribunal, shall be regulated by the subsidiary administrative agreement referred to in Article 7 of the present Charter.

Article 8

Les questions relatives aux frais de fonctionnement du Tribunal, y compris les traitements des membres, ainsi que les dispositions nécessaires pour assurer l'inviolabilité des locaux du Tribunal seront réglées par l'accord administratif subsidiaire visé à l'Article 7 de la présente Charte.

ABSCHNITT II

Zuständigkeit und Befugnisse des Schiedsgerichtes

Artikel 9

(1) Das Gericht ist für alle Streitigkeiten zuständig, die sich zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten aus den Bestimmungen des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (nachstehend als „der Vertrag" bezeichnet) dieser Satzung oder der in Artikel 8 des Vertrages aufgeführten Zusatzverträge ergeben und deren Beilegung durch Verhandlungen oder auf eine andere zwischen allen Unterzeichnerstaaten vereinbarte Weise den Parteien nicht gelingt, soweit nicht in dem Vertrag, dieser Satzung oder den Zusatzverträgen bestimmte Streitigkeiten ausdrücklich von der Zuständigkeit des Gerichtes ausgenommen sind.

(2) (a) Das Gericht ist ferner zuständig für die Entscheidung über Fragen der Zuständigkeit folgender Instanzen:

Der im Ersten Teil des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen bezeichnete Prüfungsausschuß;

das im Dritten Teil desselben Vertrages bezeichnete Oberste Rückerstattungsgericht;

die im Fünften und Zehnten Teil desselben Vertrags bezeichnete Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland:

(b) Die Frage der Zuständigkeit dieser Instanzen kann von der Rechtshängigkeit an jederzeit, auch nach dem Erlaß einer endgültigen Entscheidung, erhoben werden.

(c) In den vorstehenden Fragen sind die Entscheidungen des Gerichtes für die Instanzen, deren Zuständigkeit bestritten war, bindend.

(3) Die Entscheidungen der in Unterabsatz (a) des Absatzes (2) dieses Artikels erwähnten Instanzen unterliegen der Zuständigkeit des Gerichtes nur insoweit, als dies in Unterabsatz (a) des Absatzes (2) dieses Artikels bestimmt ist, falls in einem der Zusatzverträge nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

(4) Die Zuständigkeits- und Sachentscheidungen der in den Zusatzverträgen vorgesehenen oder bezeichneten Instanzen, die nicht in Unterabsatz (a) des Absatzes (2) dieses Artikels erwähnt sind, unterliegen der Zuständigkeit des Gerichtes nur, soweit dies in Absatz (1) dieses Artikels bestimmt ist, falls in einem der Zusatzverträge nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

PART II

Competence and Powers of the Tribunal

Article 9

1. The Tribunal shall have jurisdiction over all disputes arising between the Three Powers and the Federal Republic under the provisions of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as "the Convention") or the present Charter or any of the related Conventions, listed in Article 8 of the Convention, which the parties are not able to settle by negotiation or by other means agreed between all the Signatory States, except disputes expressly excluded from its jurisdiction by the provisions of the Convention or the present Charter or any of the related Conventions.

2. (a) The Tribunal shall, moreover, have jurisdiction in respect of any question as to the extent of the competence of the following authorities:

The Board of Review referred to in Chapter One of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation;

The Supreme Restitution Court referred to in Chapter Three of that Convention;

The Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany referred to in Chapters Five and Ten of that Convention.

(b) A question as to the extent of the competence of these authorities may be raised at any time after the institution of proceedings before them and also after a final decision.

(c) The decisions of the Tribunal on these questions shall be binding on the authorities whose competence has been questioned.

3. The decisions of the authorities specified in sub-paragraph (a) of paragraph 2 of this Article shall be subject to the jurisdiction of the Tribunal only to the extent contemplated in sub-paragraph (a) of paragraph 2 of this Article, unless the contrary is expressly provided in one of the related Conventions.

4. Decisions of the authorities provided for or referred to in the related Conventions, other than those specified in sub-paragraph (a) of paragraph 2 of this Article, shall be subject to review by the Tribunal, whether on questions as to the extent of competence or on the merits, only to the extent contemplated by paragraph 1 of this Article, unless the contrary is expressly provided in one of the related Conventions

TITRE II

Compétence et pouvoirs du Tribunal

Article 9

1. — Le Tribunal est compétent pour statuer sur tous les litiges entre les Trois Puissances et la République Fédérale, résultant de l'application de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne (ci-après dénommée «la Convention»), ou de la présente Charte ou de l'une quelconque des Conventions rattachées énumérées dans l'Article 8 de ladite Convention, que les parties ne parviennent pas à régler par des négociations ou par tous autres moyens agréés par l'ensemble des Etats Signataires à l'exception des litiges expressément exclus de sa compétence par les dispositions de la Convention, de la présente Charte ou de l'une quelconque des Conventions rattachées.

2. — (a) Le Tribunal est en outre compétent pour statuer sur les questions relatives à la compétence des autorités suivantes:

La Commission de Révision visée au Chapitre Premier de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation;

La Cour Suprême des Restitutions visée au Chapitre Troisième de ladite Convention;

La Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne visée aux Chapitres Cinquième et Dixième de cette même Convention.

(b) Toute question relative à l'étendue de la compétence de ces autorités peut être soulevée à tout moment après l'introduction de l'instance auprès de l'une de ces autorités et même postérieurement à une décision définitive.

(c) Les décisions du Tribunal dans les questions indiquées ci-dessus sont obligatoires pour les autorités dont la compétence a été contestée.

3. — Les décisions des autorités énumérées à l'alinéa (a) du paragraphe 2 du présent Article ne relèveront de la compétence du Tribunal que dans la mesure envisagée à l'alinéa (a) du paragraphe 2 du présent Article, sauf dispositions contraires expresses figurant dans l'une des Conventions rattachées.

4. — Les décisions des autorités prévues ou visées dans les Conventions rattachées, autres que celles qui sont énumérées à l'alinéa (a) du paragraphe 2 du présent Article, ne relèveront de la compétence du Tribunal, quant à l'étendue de la compétence ou quant au fond, que dans la mesure envisagée au paragraphe 1 du présent Article, sauf dispositions contraires expresses figurant dans l'une des Conventions rattachées.

(5) Vor dem Gericht können nur die Bundesregierung einerseits und eine oder mehrere der Regierungen der Drei Mächte andererseits Parteien sein. Erhebt die Bundesregierung eine Klage gegen eine oder zwei Regierungen der Drei Mächte oder erheben eine oder zwei der Regierungen der Drei Mächte eine Klage gegen die Bundesregierung, so können die anderen Regierungen der Drei Mächte das Gericht um Zulassung als Streitgenossen ersuchen.

5. Only the Governments of one or more of the Three Powers, on the one hand, and the Federal Government, on the other, may be parties before the Tribunal. If the Federal Government brings a complaint against one or two of the Governments of the Three Powers, or if one or two of the Governments of the Three Powers brings a complaint against the Federal Government, the other Government or Governments of the Three Powers may apply to the Tribunal to be joined as parties.

5. — Seuls peuvent agir devant le Tribunal le Gouvernement Fédéral, d'une part, un ou plusieurs des Gouvernements des Trois Puissances, d'autre part Si le Gouvernement Fédéral engage une action contre un ou deux des Gouvernements des Trois Puissances, ou si un ou deux Gouvernements des Trois Puissances engagent une action contre le Gouvernement Fédéral, les autres Gouvernements des Trois Puissances peuvent demander au Tribunal l'autorisation d'être parties jointes.

Artikel 10

Das Gericht fällt seine Entscheidungen in der Form von Urteilen oder Verfügungen, die für die Parteien verbindlich sind.

Article 10

The Tribunal shall render its decisions in the form of judgments or directives which shall be binding on the parties.

Article 10

Le Tribunal rend ses décisions sous forme d'arrêts ou d'ordonnances qui sont obligatoires pour les parties.

Artikel 11

(1) Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, den Entscheidungen des Gerichtes nachzukommen und die Maßnahmen zu treffen, die ihnen durch diese Entscheidungen auferlegt werden oder die notwendig sind, um Abhilfe zu schaffen.

(2) Ist ein Unterzeichnerstaat, der auf Grund einer Entscheidung des Gerichtes Maßnahmen zur Ausführung dieser Entscheidungen zu treffen hat, außerstande, diese Maßnahmen innerhalb der vom Gericht festgesetzten Frist oder, wenn eine solche nicht festgesetzt ist, innerhalb angemessener Frist zu treffen, oder unterläßt er diese Maßnahmen innerhalb der genannten Fristen, so kann sich dieser Staat oder jeder andere Unterzeichnerstaat, der an dem Streit beteiligt ist, an das Gericht mit der Bitte um eine weitere Entscheidung bezüglich entsprechender anderweitiger Maßnahmen seitens des säumigen Staates wenden.

Article 11

1. The Signatory States undertake to comply with the decisions of the Tribunal and to take the action required of them by such decisions or necessary to remedy the situation.

2. If a Signatory State required by a decision of the Tribunal to take action to give effect to that decision is unable, or fails, to take such action within the time specified by the Tribunal, or if no time is specified, within a reasonable time, then that State, or any other Signatory State a party to the dispute, may apply to the Tribunal for a further decision as to alternative action to be taken by the defaulting State.

Article 11

1. — Les Etats Signataires s'engagent à se conformer aux décisions du Tribunal et à prendre les mesures qui leur sont imposées par ces décisions ou qui sont nécessaires pour remédier à la situation.

2. — Lorsqu'un Etat Signataire, tenu par une décision du Tribunal de prendre les mesures destinées à donner effet à cette décision, se trouve dans l'incapacité, ou s'abstient de prendre de telles mesures dans le délai fixé par le Tribunal ou, à défaut, dans un délai raisonnable, cet Etat, ou tout autre Etat Signataire, partie au litige, peut s'adresser au Tribunal en vue d'obtenir une nouvelle décision concernant les mesures de remplacement qui devront être prises par l'Etat défaillant.

Artikel 12

(1) Das Gericht, oder in dringenden Fällen der Präsident, kann durch Verfügung die einstweiligen Maßnahmen anordnen, die zur Sicherung der Rechte der Parteien bis zum Erlaß des Urteils des Gerichtes erforderlich sind. Die von dem Präsidenten auf Grund dieses Artikels erlassene Verfügung kann von dem Gericht innerhalb von zweiundsiebzig Stunden nach ihrer Zustellung an die Parteien bestätigt, geändert oder aufgehoben werden.

(2) Bevor das Gericht oder der Präsident auf Grund dieses Artikels eine Verfügung erläßt, ist den Parteien Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(3) Bei Abwesenheit des Präsidenten werden die ihm durch diesen Artikel übertragenen Aufgaben durch einen der Vizepräsidenten wahrgenommen, der von ihm dazu bestimmt ist.

Article 12

1. The Tribunal or, in a case of urgency, the President shall have the power, by the issue of directives, to take such measures as may be necessary to conserve the respective rights of the parties pending the judgment of the Tribunal. Any directive issued by the President under this Article may be confirmed, amended or annulled by the Tribunal within seventy-two hours after the notification thereof to the parties.

2. The parties shall be afforded an opportunity to be heard prior to the issue of any directive by the Tribunal or by the President under this Article.

3. In the absence of the President, his powers under this Article shall be exercised by one of the Vice-Presidents to be designated by the President for this purpose.

Article 12

1. — Le Tribunal ou, en cas d'urgence, le Président a le pouvoir de décider, par voie d'ordonnance, les mesures conservatoires du droit de chaque partie qui peuvent être nécessaires en attendant l'arrêt du Tribunal. Toute ordonnance rendue par le Président en application du présent Article peut être confirmée, amendée ou annulée par le Tribunal dans un délai de 72 heures après sa notification aux parties.

2. — Avant que toute ordonnance ne soit rendue par le Tribunal ou par le Président en application du présent Article, la possibilité doit être donnée aux parties de se faire entendre

3. — En cas d'absence du Président, les fonctions que lui confère le présent Article seront exercées par l'un des Vice-Présidents désigné par lui à cet effet.

ABSCHNITT III
Verfahren

Artikel 13

Die Gerichtssprachen sind deutsch, französisch und englisch.

Artikel 14

Das Verfahren wird eingeleitet durch Einreichung eines Schriftsatzes, der eine Darlegung der Tatsachen, die dem Streite zugrunde liegen, die Bezeichnung der Bestimmungen des Vertrags, dieser Satzung oder der Zusatzverträge, auf welche die Partei sich beruft, Rechtsausführungen sowie die Anträge enthält.

Artikel 15

(1) Die Parteien werden durch Prozeßbevollmächtigte vertreten. Sie können Rechtsberater hinzuziehen.

(2) Die Prozeßbevollmächtigten und die Rechtsberater genießen Immunität gegen gerichtliche Verfolgung wegen der in Ausübung ihrer Tätigkeit vorgenommenen Handlungen.

Artikel 16

(1) Der Vorsitzende kann die Prozeßbevollmächtigten einladen, um ihre Wünsche über die Fristen und den Gang des Verfahrens entgegenzunehmen.

(2) Der Vorsitzende setzt die Fristen für die Einreichung der Prozeßschriften fest und verfügt alle Maßnahmen, die für den Gang des Verfahrens erforderlich sind.

(3) Jedes Schriftstück, das von einer der Parteien eingereicht wird, ist von dem Sekretär unverzüglich der anderen Partei in beglaubigter Abschrift zu übermitteln.

Artikel 17

Das Verfahren besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Auf Antrag beider Parteien kann von dem mündlichen Teil abgesehen werden.

Artikel 18

(1) Das schriftliche Verfahren besteht aus Klageschrift, Klagebeantwortung und, sofern das Gericht nicht anders entscheidet, aus einer Replik und einer Duplik.

(2) Widerklage ist zulässig.

Artikel 19

(1) Das mündliche Verfahren besteht aus den Ausführungen des Klägers, der Beantwortung des Beklagten und, sofern das Gericht nicht anders entscheidet, einer Replik und einer Duplik sowie der Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen.

PART III
Proceedings

Article 13

The official languages of the Tribunal shall be French, English, and German

Article 14

Proceedings before the Tribunal shall be instituted by a written petition filed with the Tribunal which shall contain a statement of the facts giving rise to the dispute, reference to the provisions of the Convention or the present Charter or the related Conventions which are invoked, legal argument, and conclusions.

Article 15

1. The parties shall be represented by agents. They may be assisted by counsel.

2. Such agents and counsel shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their duties.

Article 16

1. The presiding member may summon the agents in order to be informed of their wishes concerning the time limits and conduct of the proceedings.

2. The presiding member shall set the time limits for the submission of pleadings and shall prescribe all the measures necessary for the conduct of the proceedings.

3. Certified copies of all documents submitted by either party shall be immediately forwarded to the other party through the Registrar.

Article 17

The proceedings shall consist of two parts; written and oral. Oral proceedings may be dispensed with if both parties so request.

Article 18

1. Written proceedings shall consist of a statement of the complainant's case, the defendant's answer and, unless the Tribunal directs otherwise, a reply and a rejoinder.

2. Counterclaims shall be permissible.

Article 19

1. Oral proceedings shall consist of the complainant's argument, the defendant's argument and, unless the Tribunal directs otherwise, a reply and a rejoinder, as well as hearings of witnesses and experts.

TITRE III
Procédure

Article 13

Les langues officielles du Tribunal sont le français, l'anglais et l'allemand.

Article 14

La procédure est introduite par le dépôt d'une requête écrite, qui contient l'exposé des faits qui donnent lieu au litige, l'indication des dispositions invoquées de la Convention, de la présente Charte ou des Conventions rattachées, l'argumentation juridique et les conclusions.

Article 15

1. — Les parties sont représentées par des agents. Elles peuvent se faire assister par des conseils.

2. — Les agents et les conseils bénéficient de l'immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions.

Article 16

1. — Le Président peut convoquer les agents pour connaître leurs désirs sur les délais et sur la marche de la procédure.

2. — Le Président fixe les délais de remise des pièces de procédure et prescrit toutes les mesures nécessaires pour la marche de la procédure.

3. — Toute pièce produite par l'une des parties doit être aussitôt communiquée à l'autre par le Greffier en copie certifiée conforme.

Article 17

La procédure comprend une phase écrite et une phase orale. La procédure orale peut être supprimée sur demande des deux parties.

Article 18

1. — La procédure écrite comprend un mémoire du demandeur, un contre-mémoire du défendeur et, sauf décision contraire du Tribunal, une réplique et une duplique.

2. — L'action reconventionnelle est admise.

Article 19

1. — La procédure orale comprend l'argumentation du demandeur, la réponse du défendeur, et, sauf décision contraire du Tribunal, une réplique et une duplique, ainsi que l'audition des témoins et des experts.

(2) Das Gericht kann die Vorlegung von Urkunden und sonstigen Beweismitteln verlangen; es kann Zeugen vorladen und anordnen, daß Gutachten erstattet und Ermittlungen angestellt werden.

(3) Bringt eine Partei ein Beweismittel nicht bei, über das sie verfügt oder das sie beschaffen kann und das nach Ansicht des Gerichtes auf die Sache Bezug hat, so entscheidet das Gericht trotz des Fehlens dieses Beweismittels.

(4) Der Vorsitzende und jedes andere Mitglied des Gerichtes können an die Parteien, Zeugen und Sachverständigen Fragen stellen.

(5) Über die mündliche Verhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, das von dem Vorsitzenden und dem Sekretär unterzeichnet wird.

2. The Tribunal shall have power to demand the production of evidence, documentary or other, to require the attendance of witnesses to testify, to request expert opinion, and to direct inquiries to be made.

3. In the event that a party does not produce evidence which in the opinion of the Tribunal is relevant to the issues before it and which such party possesses or is in a position to procure, the Tribunal shall proceed to give its decision notwithstanding the absence of such evidence.

4. The presiding member or any other member of the Tribunal may put questions to the parties, witnesses and experts.

5. A written record of the oral proceedings shall be kept and shall be signed by the presiding member and the Registrar.

2. — Le Tribunal peut exiger la production de documents et de toutes preuves; il peut faire comparaître des témoins et ordonner des expertises et des enquêtes.

3. — Si l'une des parties ne fournit pas des preuves qui, de l'avis du Tribunal, ont trait à une affaire en instance et que cette partie détient ou pourrait obtenir, le Tribunal rend sa décision malgré l'absence de ces preuves.

4. — Le Président et tout autre membre du Tribunal peuvent poser des questions aux parties, aux témoins et aux experts.

5. — Les débats oraux font l'objet d'un procès-verbal qui est signé par le Président et par le Greffier.

Artikel 20

Das Gericht fällt seine Entscheidungen auf Grund des Vertrags, dieser Satzung und der Zusatzverträge. Bei der Auslegung dieser Verträge legt das Gericht die im internationalen Recht allgemein angewandten Auslegungsregeln für Verträge zugrunde.

Article 20

All decisions of the Tribunal shall be based on the Convention, the present Charter and the related Conventions. The Tribunal shall, in the interpretation of such Conventions, apply the generally accepted rules of international law governing the interpretation of treaties.

Article 20

Le Tribunal statue sur la base de la Convention, de la présente Charte et des Conventions rattachées. Pour l'interprétation de ces Conventions, le Tribunal applique les règles d'interprétation des traités généralement acceptées en droit international.

Artikel 21

(1) Das Gericht entscheidet mit Stimmenmehrheit.

(2) Die Urteile sind mit Gründen zu versehen.

(3) Die Urteile werden von dem Vorsitzenden und dem Sekretär unterzeichnet.

(4) Die Urteile sind rechtskräftig und unterliegen keinem Rechtsmittel.

(5) Entstehen Meinungsverschiedenheiten über Sinn und Tragweite eines Urteils, so kann das Gericht auf Antrag einer Partei und nach Anhören beider Parteien die strittigen Punkte durch Urteil auslegen.

Article 21

1. The Tribunal shall decide by majority vote.

2. Judgments shall state the reasons on which they are based.

3. Judgments shall be signed by the presiding member and by the Registrar.

4. Judgments shall be final and not subject to appeal.

5. In the case of a difference of opinion as to the meaning or scope of a judgment, the Tribunal may construe it by an interpretative judgment, on the application of either party and after having heard both parties.

Article 21

1. — Le Tribunal statue à la majorité.

2. — Les arrêts sont motivés.

3. — Les arrêts sont signés par le Président et par le Greffier.

4. — Les arrêts sont définitifs et sans recours.

5. — En cas de contestation sur le sens et la portée d'un arrêt, le Tribunal peut, par arrêt rendu sur demande d'une partie et après avoir entendu les deux parties, interpréter les points litigieux.

Artikel 22

Eine Revision des Urteils kann bei dem Gericht nur auf Grund der Entdeckung einer Tatsache beantragt werden, die geeignet ist, einen entscheidenden Einfluß auf das Urteil auszuüben, und die vor Erlaß des Urteils sowohl dem Gericht wie auch der Partei, welche die Revision beantragt, unbekannt war, ohne daß die Partei wegen der Unkenntnis ein Verschulden trifft.

Article 22

The revision of a judgment may not be requested of the Tribunal except upon the grounds of the discovery of a fact which is of such a nature as to exercise a decisive influence, and of which the Tribunal and the party requesting revision had been unaware before the pronouncement of the judgment, always provided that such ignorance was not due to negligence on the part of the party requesting the revision.

Article 22

La révision d'un arrêt ne peut être demandée au Tribunal qu'en raison de la découverte d'un fait de nature à exercer une influence décisive, et qui, avant le prononcé de l'arrêt, était inconnu du Tribunal et de la partie qui demande la révision, sans qu'il y ait eu de sa part faute à l'ignorer.

Artikel 23

(1) Die Parteien tragen ihre Prozeßkosten, sofern das Gericht nicht anders entscheidet.

Article 23

1. Unless the Tribunal directs otherwise, each party to proceedings before the Tribunal shall pay its own costs.

Article 23

1. — Sauf décision contraire du Tribunal, chaque partie supporte ses frais de procédure.

(2) Das Gericht trägt die Kosten für das Erscheinen der auf sein Verlangen geladenen Zeugen und für die von ihm angeordneten Gutachten und Ermittlungen.

2. The Tribunal shall bear the costs in respect of witnesses whose attendance it has required and expert opinions and inquiries which it has ordered.

2. — Le Tribunal supporte les frais résultant de la comparution des témoins convoqués sur sa demande et des expertises et enquêtes ordonnées par lui.

Artikel 24

Das Gericht gibt sich im Rahmen der Bestimmungen dieser Satzung seine Verfahrensordnung.

Article 24

The Tribunal shall determine its own rules of procedure consistent with the present Charter.

Article 24

Le Tribunal arrête son règlement intérieur de procédure dans le cadre des dispositions de la présente Charte.

ABSCHNITT IV

Rechtsgutachten

Artikel 25

(1) Auf gemeinsames Ersuchen der Bundesregierung und der Regierungen der Drei Mächte kann das Gericht Rechtsgutachten erstatten über alle Fragen über die Anwendung des Vertrags, dieser Satzung und der Zusatzverträge mit Ausnahme der Fragen, für deren Entscheidung das Gericht keine Zuständigkeit besitzt, wenn sie ihm im streitigen Verfahren vorgelegt würden.

(2) Das Gericht kann auch auf Ersuchen einer der in Absatz (2) des Artikels 9 dieser Satzung genannten Instanzen oder ihres Präsidenten Rechtsgutachten über die Zuständigkeit dieser Instanz erstatten.

(3) Die Rechtsgutachten haben keine bindende Wirkung.

PART IV

Advisory Opinions

Article 25

1. The Tribunal may, at the joint request of the Governments of the Three Powers and of the Federal Government, give an advisory opinion on any matter arising out of the Convention or the present Charter or the related Conventions with the exception of those questions with which it would not have been competent to deal if they had been referred to it in the form of a dispute

2. The Tribunal may, at the request of an authority referred to in paragraph 2 of Article 9 of the present Charter or at the request of the presiding member of such an authority, give an advisory opinion on the competence of such authority

3. Advisory opinions shall not be binding

TITRE IV

Avis consultatifs

Article 25

1. — A la demande conjointe des Gouvernements de la République Fédérale et des Trois Puissances, le Tribunal peut donner un avis consultatif sur toute question relative à l'application de la Convention, de la présente Charte et des Conventions rattachées, à l'exception des questions qu'il n'aurait pas compétence pour trancher s'il en était saisi par la voie contentieuse

2. — Le Tribunal peut aussi, à la requête de l'une des autorités visées au paragraphe 2 de l'Article 9 de la présente Charte ou du Président de cette autorité, donner un avis consultatif sur la compétence de cette autorité

3. — Les avis consultatifs n'ont pas force obligatoire.

Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland

(in der gemäß Liste II zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung)

Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany

(as amended by Schedule II to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954)

Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne

(texte amendé conformément à l'Annexe II du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 Octobre 1954)

INHALT

Artikel	Titel
	ERSTER TEIL
	Allgemeine Bestimmungen
1	Begriffsbestimmungen
2	Beachtung des deutschen Rechts. Politische Betätigung
3	Allgemeine Verpflichtungen
4	Gegenseitige Unterstützung und Sicherheit
5	Verbindung
	ZWEITER TEIL
	Gerichtsbarkeit und Verfahren
Abschnitt I:	Strafverfahren
6	Strafbare Handlungen: Gerichtsbarkeit und anwendbares Recht
7	Festnahme, Durchsuchung und Beschlagnahme
8	Verfahren und Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten
Abschnitt II:	Nicht-strafrechtliche Verfahren
9	Gerichtsbarkeit und Verfahren in nicht-strafrechtlichen Angelegenheiten
10	Vollstreckung
Abschnitt III:	Gemeinsame Bestimmungen für strafrechtliche und nicht-strafrechtliche Verfahren
11	Erscheinen vor Gericht. Zeugen. Zustellungen
12	Mißachtung des Gerichtes
13	Rechtsanwälte
14	Ausschluß der Öffentlichkeit. Übertragung von Verfahren
15	Aussagegenehmigung
16	Amtshandlungen

CONTENTS

Article No.	Title
	PART ONE
	General
1	Definitions
2	Observance of German Law. Political Activity
3	General Obligations
4	Reciprocal Assistance and Security
5	Liaison
	PART TWO
	Jurisdiction
Section I:	Criminal Proceedings
6	Criminal Offences: Jurisdiction and Applicable Law
7	Arrest, Search and Seizure
8	Procedure and Co-operation in Criminal Proceedings
Section II:	Non-Criminal Proceedings
9	Jurisdiction and Procedure in Non-Criminal Proceedings
10	Enforcement of Judgments, Decisions and Orders
Section III:	Provisions Common to Criminal and Non-Criminal Proceedings
11	Presence in Court. Witnesses. Service of Process
12	Obstruction of Justice
13	Attorneys
14	Exclusion of Public. Transfer of Proceedings
15	Disclosure of Information
16	Official Acts

SOMMAIRE

Article	Titre
	TITRE PREMIER
	Dispositions générales
1	Définitions
2	Observation de la loi allemande, activité politique
3	Obligations générales
4	Assistance réciproque et sécurité
5	Liaison
	TITRE DEUXIÈME
	Juridiction
Première Partie:	Affaires pénales
6	Infractions d'ordre pénal, compétence et droit applicable
7	Arrestation, fouille et saisie
8	Procédure et coopération dans les affaires pénales
Deuxième Partie:	Affaires autres que pénales
9	Compétence et procédure dans les affaires autres que pénales
10	Exécution des titres exécutoires
Troisième Partie:	Dispositions communes aux affaires pénales et non pénales
11	Comparution devant un tribunal, témoins et assignation en justice
12	Obstruction au cours de la justice
13	Avocats
14	Huis clos, renvoi des procédures
15	Divulgation de renseignements
16	Faits commis dans l'exercice des fonctions

Artikel	Titel	Article No.	Title	Article	Titre
	DRITTER TEIL **Verwaltung und Versorgung**		PART THREE **Administration and Support**		TITRE TROISIÈME **Administration et aide matérielle**
Abschnitt I:	Einzelne Verwaltungsgebiete	Section I:	Rights and Obligations	Première Partie:	Droits et obligations
17	Verkehr	17	Movement	17	Mouvements
18	Post- und Fernmeldewesen	18	Communications	18	Transmissions
19	Manöver und Übungen	19	Manoeuvres and Training Exercises	19	Manoeuvres et exercices d'entraînement
20	Verteidigungsanlagen und Schutzmaßnahmen	20	Defensive Works and Measures	20	Ouvrages et mesures de défense
21	Rechte der Streitkräfte in bezug auf Anlagen	21	Rights of the Forces respecting Installations	21	Droits des Forces en ce qui concerne les installations
22	Anlagen, Archive, Dokumente, Eigentum und Postsendungen	22	Installations, Archives, Documents, Property and Mail	22	Installations, archives, documents, biens et courrier
23	Polizei der Streitkräfte	23	Police of the Forces	23	Police des Forces
24	Identifizierung von Mitgliedern der Streitkräfte	24	Identification of Members of the Forces	24	Identification des membres des Forces
25	Grenz- und Ausländerkontrolle	25	Frontier and Alien Control	25	Contrôle des frontières et des étrangers
26	Ein- und Ausreise	26	Entry and Exit	26	Entrée et sortie
27	Auslieferung	27	Extradition	27	Extradition
28	Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet	28	Right of Presence in the Federal Territory	28	Droit de séjour sur le territoire fédéral
29	Tragen von Waffen	29	Bearing of Arms	29	Port d'armes
30	Gesundheitswesen	30	Health and Sanitation	30	Santé et hygiène
31	Todesfälle und Bestattungswesen	31	Deaths and Burials	31	Décès et inhumation des membres des Forces
32	Devisenverkehr	32	Foreign Currency	32	Monnaies étrangères
33	Steuern	33	Taxation	33	Impôts
34	Zollrechtliche Behandlung der Streitkräfte	34	Customs Treatment of the Forces	34	Traitement douanier des Forces
35	Zollrechtliche Behandlung der Mitglieder der Streitkräfte	35	Customs Treatment of Members of the Forces	35	Traitement douanier des membres des Forces
36	Organisationen und Unternehmen im Dienste der Streitkräfte	36	Organisations and Enterprises Serving the Forces	36	Organisations au service des Forces
Abschnitt II:	Versorgung	Section II:	Support	Deuxième Partie:	Aide matérielle
37	Art und Umfang der Leistungsverpflichtung	37	Scope of Obligations	37	Portée des obligations
38	Liegenschaften	38	Accommodation	38	Immeubles
39	Sach- und Werkleistungen	39	Goods, Materials and Services	39	Marchandises, matériels et services
40	Bauleistungen	40	Building Services	40	Services de constructions
41	Verkehrsleistungen	41	Transport Services	41	Services de transports
42	Post- und Fernmeldeleistungen	42	Communications Services	42	Services de transmissions
43	Sonstige öffentliche Dienste	43	Other Public Services	43	Autres services publics
44	Arbeitskräfte	44	Labour	44	Main-d'oeuvre
45	Zivile Dienstgruppen	45	Civilian Service Units	45	Unités de services civils
46	Jagd und Fischerei	46	Hunting and Fishing	46	Chasse et pêche
47	Berlin	47	Berlin	47	Berlin
48	Überleitung der bestehenden Versorgung	48	Continuation of Existing Support	48	Maintien de l'aide existante
	VIERTER TEIL **Übergangs- und Schlußbestimmungen**		PART FOUR **Transitional and Final Provisions**		TITRE QUATRIÈME **Dispositions transitoires et définitives**
49	(gestrichen)	49	Deleted	49	supprimé
50	(gestrichen)	50	Deleted	50	supprimé
51	Überprüfung	51	Review	51	Clause de révision
	ANHANG A **Strafvorschriften zum Schutze der Drei Mächte, der Streitkräfte und ihrer Mitglieder**		ANNEX A **Penal Provisions for the Protection of the Three Powers, their Forces and the Members of the Forces**		ANNEXE A **Prescriptions pénales pour la protection des Trois Puissances, des Forces et de leurs membres**
	ANHANG B **Bestimmungen über Funkfrequenzen**		ANNEX B **Provisions on Radio Frequencies**		ANNEXE B **Dispositions concernant les fréquences radio**

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

sind wie folgt übereingekommen:

THE UNITED STATES OF AMERICA,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND,

THE FRENCH REPUBLIC

and

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

Agree as follows:

LA REPUBLIQUE FRANCAISE,

LES ETATS-UNIS D'AMERIQUE,

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD

et

LA REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE

Conviennent des dispositions suivantes:

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Vertrag und seinen Anhängen werden die folgenden Ausdrücke in dem nachstehend umschriebenen Sinne gebraucht:

1. Das Bundesgebiet:

   Das Gebiet, in dem die Bundesrepublik die Staatsgewalt ausübt, einschließlich seiner Gewässer und des Luftraumes über diesem Gebiet und den Gewässern.

2. Die Drei Mächte:

   Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik.

3. Anderer Entsendestaat:

   Jede Macht, mit Ausnahme einer der Drei Mächte, die auf Grund einer Vereinbarung mit den Drei Mächten oder mit einer von ihnen bei Inkrafttreten dieses Vertrags Streitkräfte im Bundesgebiet stationiert hat, sowie jede andere Macht, die dort künftig Streitkräfte stationiert, und zwar

   (a) in der Zeit bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag auf Grund einer Vereinbarung mit den Drei Mächten oder einer von ihnen, sofern diese andere Macht nicht mit Zustimmung der Drei Mächte ein besonderes Abkommen mit der Bundesrepublik über die Rechtsstellung ihrer Streitkräfte abschließt;

   (b) nach dem Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag auf Grund einer Vereinbarung mit der Bundesrepublik.

4. Die beteiligte Macht:

   Diejenige Macht, deren Rechte und Verpflichtungen im konkreten Fall betroffen sind, und zwar

   (a) im Falle einer der Drei Mächte — diese Macht,

   (b) im Falle eines anderen Entsendestaates —

PART ONE

General

Article 1

Definitions

In the present Convention and the Annexes hereto the following terms shall be given the meanings hereinafter indicated:

1. The Federal territory:

   The territory in which the Federal Republic exercises jurisdiction, including its waters and the air space over such territory and waters.

2. The Three Powers:

   The United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic

3. Other Sending State:

   Any Power, other than one of the Three Powers, which, by agreement with the Three Powers or any one of them, has Forces stationed in the Federal territory on the entry into force of the present Convention; and any other Power which may in future have Forces stationed in the Federal territory,

   (a) if before the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution, by agreement with the Three Powers, or any one of them, so far as such other Power does not, with the consent of the Three Powers, conclude a separate Convention with the Federal Republic concerning the status of its Forces, and

   (b) if after the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution, by agreement with the Federal Republic.

4. The Power concerned:

   That Power whose rights and obligations are concerned in the particular case, namely:

   (a) in the case of one of the Three Powers, that Power;

   (b) in the case auf another Sending State,

TITRE PREMIER

Dispositions générales

Article 1

Définitions

Dans la présente Convention et les Annexes qui y sont jointes, les expressions suivantes ont la signification indiquée ci-dessous:

1. — «Le territoire fédéral»:

   le territoire sur lequel la République Fédérale exerce son autorité, y compris les eaux qui en dépendent et l'espace aérien au dessus de ce territoire et de ces eaux.

2. — «Les Trois Puissances»:

   la République Française, les États-Unis d'Amérique et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

3. — «Autre Etat fournissant des Forces»:

   toute Puissance, autre que l'une des Trois Puissances, dont des Forces sont stationnées sur le territoire fédéral, à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, en vertu d'un accord avec les Trois Puissances ou l'une d'entre elles, et toute autre Puissance dont des Forces seront stationnées à l'avenir sur le territoire fédéral, à savoir:

   (a) pour la période précédant l'entrée en vigueur des arrangements sur la Contribution Allemande à la Défense, en vertu d'un accord avec les Trois Puissances ou l'une d'entre elles, dans la mesure où cette autre Puissance ne conclut pas avec le consentement des Trois Puissances une convention séparée avec la République Fédérale concernant le statut de ses Forces, et

   (b) pour la période postérieure à l'entrée en vigueur des arrangements sur la Contribution Allemande à la Défense, en vertu d'un accord avec la République Fédérale d'Allemagne.

4. — «La Puissance intéressée»:

   la Puissance dont les droits et obligations sont en cause dans le cas particulier, à savoir:

   (a) dans le cas de l'une des Trois Puissances, cette Puissance;

   (b) dans le cas d'un autre État fournissant des Forces:

(i) diejenige der Drei Mächte, die auf Grund einer der Bundesregierung mitzuteilenden Vereinbarung zwischen dem Entsendestaat und den Drei Mächten oder einer von ihnen als beteiligte Macht benannt worden ist, oder

(ii) der Entsendestaat selbst in dem Umfang, in dem er durch eine nach Konsultierung der Bundesregierung geschlossene Vereinbarung mit den Drei Mächten oder einer von ihnen gegenüber der Bundesrepublik alle oder einzelne sich aus diesem Vertrage ergebenden Rechte oder Verpflichtungen übernimmt und der Bundesregierung förmlich davon Mitteilung macht; für die übrigen Rechte und Verpflichtungen, eine der Drei Mächte, die der Bundesrepublik gemäß Unterabsatz (i) mitzuteilen ist.

5. Die Streitkräfte:

Die im Bundesgebiet stationierten Truppen der Drei Mächte und anderer Entsendestaaten.

6. Behörden der Streitkräfte:

Die Behörden der Streitkräfte der beteiligten Macht.

7. Mitglieder der Streitkräfte:

(a) Personen, die auf Grund ihres militärischen Dienstverhältnisses im Dienste der Truppen der Drei Mächte oder anderer Entsendestaaten stehen und sich im Bundesgebiet befinden (militärisches Personal);

(b) andere Personen, die im Dienst dieser Truppen stehen oder ihnen dienstlich zugeteilt sind, mit Ausnahme von Personen, die weder die Staatsangehörigkeit einer der Drei Mächte noch die eines anderen Entsendestaates haben und im Bundesgebiet angeworben sind; ferner mit der Maßgabe, daß solche anderen Personen, die außerhalb des Bundesgebietes oder Berlins stationiert sind, nur dann als Mitglieder der Streitkräfte gelten, wenn sie sich dienstlich im Bundesgebiet befinden (Gefolge).

Als „Mitglieder der Streitkräfte" gelten: Angehörige, worunter Ehegatten und Kinder von Personen im Sinne der Unterabsätze (a) und (b) oder nahe Verwandte, die von solchen Personen unterhalten werden und für die ihnen materielle Unterstützung seitens der Streitkräfte zusteht, zu verstehen sind. Der Begriff „Mitglieder der Streitkräfte" umfaßt Deutsche nur dann, wenn sie im Staatsgebiet der beteiligten Macht in deren Truppen eingetreten oder

(i) that one of the Three Powers which has been named as the Power concerned on the basis of an agreement, to be notified to the Federal Government, between the Sending State and the Three Powers or any one of them; or

(ii) the Sending State itself to the extent to which it assumes vis-à-vis the Federal Republic, by an agreement concluded with the Three Powers or any one of them, after ascertaining the views of the Federal Government, all or certain of the rights and obligations arising out of the present Convention, and gives the Federal Government formal notification thereof; for the remaining rights and obligations, one of the Three Powers to be notified to the Federal Republic in accordance with item (i) of this subparagraph.

5. The Forces:

The armed Forces of the Three Powers and of other Sending States stationed in the Federal territory.

6. The authorities of the Forces:

The authorities of the Forces of the Power concerned.

7. Members of the Forces:

(a) Persons who, by reason of their military service relationship, are serving with the armed Forces of the Three Powers or other Sending State and are present in the Federal territory (military personnel);

(b) other persons who are in the service of such armed Forces or attached to them, with the exception of persons who are nationals neither of one of the Three Powers nor of another Sending State and have been engaged in the Federal territory; provided that any such other persons who are stationed outside the Federal territory or Berlin shall be deemed to be members of the Forces only if they are present in the Federal territory on duty (followers)

The following are considered "members of the Forces": dependants who are the spouses and children of persons defined in sub-paragraphs (a) and (b) of this paragraph or close relatives who are supported by such persons and for whom such persons are entitled to receive material assistance from the Forces. The definition "members of the Forces" shall include Germans only if they enlisted or were inducted into, or were employed by, the

(i) celle des Trois Puissances qui a été désignée comme Puissance intéressée, sur la base d'un accord à notifier au Gouvernement Fédéral et conclu entre l'État fournissant des Forces et les Trois Puissances ou l'une d'entre elles;

(ii) l'État fournissant des Forces lui-même, dans la mesure où il assume à l'égard de la République Fédérale, en vertu d'un accord conclu avec les Trois Puissances ou l'une d'entre elles, après avoir pris l'avis du Gouvernement Fédéral, tout ou partie des droits et obligations résultant de la présente Convention et avoir donné au Gouvernement Fédéral notification officielle de ce fait; celle des Trois Puissances dont le nom sera notifié à la République Fédérale, conformément à l'alinéa (i) du présent paragraphe, pour les autres droits et obligations.

5. — «Les Forces» :

les Forces armées des Trois Puissances et celles d'autres États fournissant des Forces stationnées sur le territoire fédéral.

6. — «Les autorités des Forces» :

les autorités des Forces de la Puissance intéressée.

7. — «Les membres des Forces» :

(a) les personnes qui, en raison de leurs fonctions militaires, servent dans les Forces armées des Trois Puissances ou d'autres États fournissant des Forces et qui se trouvent sur le territoire fédéral (personnel militaire);

(b) les autres personnes servant dans les Forces ou attachées à celles-ci, à l'exception des personnes qui ne sont ressortissantes ni de l'une des Trois Puissances ni d'un autre État fournissant des Forces et qui ont été engagées sur le territoire fédéral; étant entendu que toutes autres personnes de cette catégorie stationnées hors du territoire fédéral ou de Berlin ne seront considérées comme membres des Forces que si elles se trouvent en mission sur le territoire fédéral (personnel à la suite)

Sont considérés comme «membres des Forces»: les membres des familles, à savoir le conjoint et les enfants des personnes visées aux alinéas (a) et (b) du présent paragraphe, ainsi que les proches parents à la charge de ces personnes et pour lesquels ces dernières ont le droit de recevoir une aide matérielle de la part des Forces. L'expression «membres des Forces» s'applique aux Allemands dans les seuls cas où ils ont été, sur le

von ihnen eingezogen oder angestellt worden sind und dort zu diesem Zeitpunkt entweder ihren ständigen Wohnsitz gehabt oder sich dort seit mindestens einem Jahr aufgehalten haben.

8. Deutsche:

Deutsche im Sinne des deutschen Rechts.

9. Liegenschaften:

Grundstücke samt allen ständig damit verbundenen Sachen und alle Nutzungsrechte an Grundstücken samt allen ständig damit verbundenen Sachen, soweit diese Grundstücke und Rechte von den Streitkräften im Bundesgebiet benutzt werden oder benutzt werden sollen.

10. Anlagen:

Grundstücke, Gebäude oder Teile davon und alle ständig damit verbundenen Sachen, die gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags im ausschließlichen Besitz der Streitkräfte stehen. Diese Begriffsbestimmung gilt nicht für Artikel 20 dieses Vertrags.

armed Forces of the Power concerned in the territory of that Power and at that time either had their permanent place of residence there or had been resident there for at least a year.

8. Germans:

Germans within the meaning of German law.

9. Accommodation:

Land, including all property permanently attached thereto, and all rights of use related to land, including such property, used or to be used by the Forces within the Federal territory.

10. Installations:

Land, buildings or part thereof, and all property permanently attached thereto, which, pursuant to the provisions of the present Convention, are allotted for the exclusive use or occupancy (im ausschließlichen Besitz) of the Forces. This definition shall not apply to Article 20 of the present Convention.

territoire de la Puissance intéressée, engagés dans les Forces armées de cette Puissance, ou incorporés à celles-ci, ou employés par celles-ci et si, à ce moment, ils avaient leur résidence permanente sur ce territoire ou s'ils ont résidé sur ce territoire pendant au moins un an.

8. — « Les Allemands » :

les Allemands au sens du droit allemand.

9. — « Les immeubles » :

les terrains et tous les biens qui y sont attachés de façon permanente, ainsi que tous les droits d'usage relatifs aux terrains et à ces biens, utilisés ou destinés à être utilisés par les Forces sur le territoire fédéral.

10. — « Les installations » :

les terrains, les constructions, ou partie de ceux-ci, et tous les biens qui y sont attachés de façon permanente et qui, en vertu des dispositions de la présente Convention, sont destinés à l'occupation ou à l'usage exclusif (im ausschließlichen Besitz) des Forces. Cette définition n'est pas applicable à l'Article 20 de la présente Convention.

Artikel 2

Beachtung des deutschen Rechts. Politische Betätigung

(1) Soweit in diesem Vertrage oder in anderen einschlägigen Verträgen oder Abkommen nichts anderes bestimmt ist, beachten die Mitglieder der Streitkräfte das deutsche Recht, und die Behörden der Streitkräfte übernehmen die Verpflichtung und Verantwortung für die Durchsetzung dieses Rechts gegenüber den Mitgliedern der Streitkräfte.

(2) Die Mitglieder der Streitkräfte enthalten sich jeder Betätigung, die mit dem Geist dieses Vertrags unvereinbar ist, insbesondere jeder politischen Betätigung.

Article 2

Observance of German Law. Political Activity

1. The members of the Forces shall observe German law, and the authorities of the Forces shall untertake and be responsible for the enforcement of German law against them, except as otherwise provided in the present or in any other applicable Convention or agreement.

2. The members of the Forces shall abstain from any activity inconsistent with the spirit of the present Convention and shall in particular refrain from any political activity.

Article 2

Observation de la Loi allemande. Activité politique

1. — Les membres des Forces observeront le droit allemand et les autorités des Forces se chargeront de l'application du droit allemand à l'égard des membres des Forces et en seront responsables, sauf lorsqu'il en est autrement disposé dans la présente Convention ou dans toute autre convention ou accord applicables.

2. — Les membres des Forces s'abstiendront de toute activité incompatible avec l'esprit de la présente Convention et, en particulier, de toute activité d'ordre politique.

Artikel 3

Allgemeine Verpflichtungen

(1) Die Streitkräfte nehmen bei der Geltendmachung der ihnen in diesem Vertrage eingeräumten Rechte und Immunitäten auf die deutschen öffentlichen und privaten Interessen gebührend Rücksicht, indem sie insbesondere der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie dem wesentlichen innerdeutschen und Ausfuhrbedarf der Bundesrepublik und West-Berlins Rechnung tragen.

Article 3

General Obligations

1. In asserting the rights and immunities accorded to them under the present Convention, the Forces shall give due consideration to German interests, public and private, particularly by taking into account the capacity of the German economy and the essential domestic and export requirements of the Federal Republic and West Berlin.

Article 3

Obligations générales

1. — Lorsqu'elles se prévaudront des droits et immunités qui leur sont accordés en vertu de la présente Convention, les Forces tiendront dûment compte des intérêts allemands, tant publics que privés, en particulier, en prenant en considération la capacité de l'économie allemande, les besoins intérieurs et les besoins dans le domaine de l'exportation qui sont essentiels à la République Fédérale et à Berlin (Ouest).

(2) Die deutschen Behörden üben die ihnen nach dem Grundgesetz auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zustehenden Befugnisse in einer Weise aus, die den Schutz und die Sicherheit der Streitkräfte und ihrer Mitglieder sowie des Eigentums der Streitkräfte und ihrer Mitglieder und ferner nach Maßgabe dieses Vertrags die Befriedigung des Bedarfs der Streitkräfte und die Erfüllung der Verpflichtungen der Bundesrepublik gewährleistet.

(3) Die Vorschriften des Anhangs A zu diesem Vertrag treten gleichzeitig mit diesem Vertrag in Kraft. Sie finden auch Anwendung auf strafbare Handlungen, die im Bundesgebiet gegen die in Berlin stationierten Truppen der Drei Mächte begangen werden. Die Bundesrepublik wird den durch diesen Anhang gewährleisteten Rechtsschutz nicht vermindern.

(4) Die deutschen Behörden unterwerfen die Streitkräfte und ihre Mitglieder oder das Eigentum der Streitkräfte und ihrer Mitglieder keiner anderen benachteiligenden oder weniger günstigen Behandlung, als für Ausländer, die im Bundesgebiet ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und der internationalen Praxis gesetzlich festgelegt ist, noch lassen sie im Rahmen ihrer Befugnisse eine derartige Behandlung zu.

2. The German authorities shall exercise the powers which they have under the Basic Law in the fields of legislation, administration and judicial action so as to ensure the protection and security of the Forces and their members and of the property of the Forces and their members, and to ensure the satisfaction of the requirements of the Forces and the performance of the obligations of the Federal Republic as provided in the present Convention.

3. The provisions of Annex A to the present Convention shall enter into force simultaneously with the present Convention. They shall apply also to offences committed in the Federal territory against the armed Forces of the Three Powers stationed in Berlin. The Federal Republic shall not reduce the legal protection afforded by the provisions of this Annex.

4. The German authorities shall not subject or, within the scope of their powers, permit the subjection of the Forces and their members, or the property of the Forces and their members, to prejudiced or less favourable treatment, other than that which is, in accordance with international law and practice, established by law with respect to aliens ordinarily resident in the Federal territory.

2. — Les autorités allemandes exerceront les pouvoirs qu'elles détiennent en vertu de la Loi Fondamentale en matière législative, administrative et judiciaire, de manière à assurer la protection et la sécurité des Forces et de leurs membres, ainsi que des biens des Forces et de leurs membres, la satisfaction des besoins des Forces et l'exécution des obligations assumées par la République Fédérale en vertu de la présente Convention.

3. — Les dispositions de l'Annexe « A » à la présente Convention entrent en vigueur en même temps que la présente Convention. Elles s'appliquent également aux infractions commises sur le territoire fédéral et dirigées contre les Forces armées des Trois Puissances stationnées à Berlin. La République Fédérale ne diminuera pas la protection juridique accordée aux termes des dispositions de cette Annexe.

4. — Les autorités allemandes n'imposeront, ni ne laisseront imposer dans le cadre de leurs pouvoirs, aux Forces, à leurs membres, aux biens des Forces et de leurs membres, aucun traitement préjudiciable ou moins favorable que celui établi par la Loi, en conformité avec le Droit des Gens et la coutume internationale, à l'égard des étrangers résidant de manière habituelle sur le territoire fédéral.

Artikel 4

Gegenseitige Unterstützung und Sicherheit

(1) Die deutschen Behörden und die Behörden der Streitkräfte arbeiten in vollem Umfang zusammen und unterstützen sich gegenseitig bei der Förderung und Wahrung der Sicherheit der Bundesrepublik und der beteiligten Mächte sowie der Sicherheit der im Bundesgebiet stationierten Streitkräfte und deren Mitglieder sowie des Eigentums der Streitkräfte und deren Mitglieder.

(2) Diese Zusammenarbeit und Unterstützung erstrecken sich, in Übereinstimmung mit einem zwischen den zuständigen Behörden zu treffenden Einvernehmen, auf die Sammlung und den Austausch sowie auf den Schutz der Sicherheit aller einschlägigen Nachrichten.

Article 4

Reciprocal Assistance and Security

1. The authorities of the Forces and the German authorities shall extend full co-operation and assistance to each other to further and safeguard the security of any Power concerned and of the Federal Republic and that of the Forces stationed in the Federal territory, and their members, and of the property of the Forces and their members.

2. Such co-operation and assistance shall extend, in accordance with an understanding to be reached between the appropriate authorities, to the collection, exchange and protection of the security of all pertinent information.

Article 4

Assistance réciproque et sécurité

1. — Les autorités des Forces et les autorités allemandes se prêteront assistance et concours mutuels et entiers en vue de promouvoir et de sauvegarder la sécurité de toute Puissance intéressée et de la République Fédérale, des Forces stationnées sur le territoire fédéral et de leurs biens, des membres des Forces et des biens de ces derniers.

2. — Cette assistance et ce concours s'étendront, conformément à une entente qui devra intervenir entre les autorités compétentes, au rassemblement et à l'échange de tous renseignements pertinents et à la protection de la sécurité de ceux-ci.

Artikel 5

Verbindung

Die deutschen Behörden und die Behörden der Streitkräfte ergreifen geeignete Maßnahmen, um eine enge gegenseitige Verbindung zu gewährleisten.

Article 5

Liaison

The authorities of the Forces and the German authorities shall take appropriate measures to ensure close and reciprocal liaison.

Article 5

Liaison

Les autorités des Forces et les autorités allemandes prendront des mesures appropriées pour assurer une liaison étroite et réciproque.

ZWEITER TEIL
Gerichtsbarkeit und Verfahren

ABSCHNITT I
Strafverfahren

Artikel 6
Strafbare Handlungen: Gerichtsbarkeit und anwendbares Recht

(1) In Strafsachen üben die Behörden der Streitkräfte die ausschließliche Gerichtsbarkeit über Mitglieder der Streitkräfte aus, soweit in diesem Vertrage nichts anderes bestimmt ist. Die Behörden der Streitkräfte vollstrecken im Bundesgebiet kein Todesurteil, solange das deutsche Recht die Todesstrafe nicht vorsieht.

(2) Soweit die Militärgerichte nach dem Recht der beteiligten Macht zur Ausübung der Strafgerichtsbarkeit über ein Mitglied der Streitkräfte nicht zuständig sind, können die deutschen Gerichte und Behörden die Strafgerichtsbarkeit hinsichtlich einer nach deutschem Recht strafbaren Handlung, die sich gegen deutsche Interessen richtet, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ausüben:

(a) Die Strafverfolgung, mit Ausnahme der in Artikel 7 dieses Vertrags vorgesehenen oder von dringenden, möglichst nach Konsultation mit den Behörden der Streitkräfte vorzunehmenden Ermittlungen, wird durch die deutschen Gerichte oder Behörden erst dann eingeleitet, wenn die zuständige deutsche Behörde die Behörden der Streitkräfte konsultiert hat und diesen Gelegenheit gegeben worden ist, innerhalb von einundzwanzig Tagen nach dem Empfang der Mitteilung über den Sachverhalt Vorstellungen zu erheben oder Empfehlungen abzugeben über die Auswirkung der Strafverfolgung auf die Sicherheit der Streitkräfte; die deutschen Gerichte oder Behörden legen jeder derartigen Vorstellung oder Empfehlung angemessenes Gewicht bei. Eine solche Konsultation ist jedoch nicht erforderlich, wenn die zur Last gelegte strafbare Handlung nach deutschem Recht nur mit Haft bis zu sechs Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 150 DM (Übertretung) bedroht ist, es sei denn, die deutschen Behörden sind der Ansicht, daß in dem betreffenden Fall die Sicherheit der Streitkräfte berührt ist oder sein könnte.

(b) Die deutschen Gerichte und Behörden sehen im Rahmen der ihnen nach deutschem Recht gewährten Ermessensfreiheit von der Strafverfolgung in allen Fällen ab, in denen

PART TWO
Jurisdiction

SECTION I
Criminal Proceedings

Article 6
Criminal Offences: Jurisdiction and Applicable Law

1. Except as otherwise provided in the present Convention, the authorities of the Forces shall exercise exclusive criminal jurisdiction over members of the Forces. A death sentence shall not be carried out in the Federal territory by the authorities of the Forces as long as German law does not provide for such penalty.

2. Where, under the law of the Power concerned, the service tribunals are not competent to exercise criminal jurisdiction over a member of the Forces, the German courts and authorities may exercise criminal jurisdiction over him in respect of an offence under German law committed against German interests, in accordance with the following provisions:

(a) No criminal proceedings, other than those provided for in Article 7 of the present Convention, or urgent preliminary investigations, after consultation, as far as practicable, with the authorities of the Forces, shall be instituted by the German courts or authorities until the authorities of the Forces have been consulted by the appropriate German authorities and been given the opportunity, within twenty-one days from the receipt of information as to the facts involved, to make representations and recommendations in regard to the effect upon the security of the Forces of any such criminal proceedings; any such representations and recommendations shall be given due weight by the German courts or authorities. Such consultation shall, however, not be required where the alleged offence is one the penalty for which, under German law, is merely detention for not more than six weeks or a fine not exceeding DM 150 (Übertretung), unless the German authorities consider that the security of the Forces is or might be involved in the case in question.

(b) The German courts and authorities shall, within the discretionary powers conferred on them by German law, abstain from prosecution in any case in which

TITRE DEUXIÈME
Juridiction

PREMIÈRE PARTIE
Affaires pénales

Article 6
Infractions d'ordre pénal: Compétence et droit applicable

1. — Sauf dispositions contraires de la présente Convention, les autorités des Forces sont seules compétentes pour exercer la juridiction pénale sur les membres des Forces. Les autorités des Forces n'exécuteront pas un arrêt de mort sur le territoire fédéral aussi longtemps que le droit allemand ne prévoira une telle peine.

2. — Lorsque, en vertu du droit de la Puissance intéressée, les tribunaux militaires n'ont pas compétence pour exercer une juridiction pénale sur un membre des Forces, les tribunaux allemands et les autorités allemandes peuvent exercer à l'égard de ce dernier, conformément aux dispositions ci-dessous, leur juridiction pénale en ce qui concerne une infraction punissable en droit allemand et commise à l'encontre des intérêts allemands:

(a) Aucune procédure pénale autre que celles prévues à l'Article 7 de la présente Convention ou autre que des enquêtes préliminaires urgentes après consultation, dans toute la mesure du possible, des autorités des Forces, n'est engagée par les tribunaux allemands ou les autorités allemandes avant que les autorités des Forces n'aient été consultées par les autorités allemandes compétentes et n'aient eu la possibilité, dans un délai de vingt et un jours à compter de la réception des informations relatives aux faits en cause, de faire des représentations et des recommandations quant aux répercussions de cette procédure pénale sur la sécurité des Forces; les tribunaux allemands et les autorités allemandes devront tenir dûment compte de ces représentations et recommandations. Une telle consultation, toutefois, n'est pas nécessaire lorsque l'infraction présumée appartient à une catégorie qui, en vertu du droit allemand, n'est sanctionnée que par un simple emprisonnement ne dépassant pas six semaines ou une amende ne dépassant pas 150 DM (Übertretung), à moins que les autorités allemandes ne considèrent que la sécurité des Forces est ou peut être impliquée dans l'affaire en cause.

(b) Les tribunaux allemands et les autorités allemandes, dans le cadre des pouvoirs discrétionnaires qui leur sont dévolus en droit allemand, devront s'abstenir de poursuivre dans tous les cas où:

(i) dies nach deutschem Recht zulässig ist; oder

(ii) der Täter durch Disziplinarmaßnahmen der Behörden der Streitkräfte angemessen bestraft worden ist.

(c) Die deutschen Gerichte und Behörden entscheiden nach deutschem Recht hinsichtlich Festnahme, Haft sowie Strafvollzug. Die Behörden der Streitkräfte werden jede Anordnung auf Festnahme oder Haft vollziehen. Ein Beschuldigter, der dementsprechend von den Behörden der Streitkräfte in Gewahrsam genommen worden ist, verbleibt in deren Gewahrsam, bis er durch rechtskräftige richterliche Entscheidung freigelassen oder verurteilt ist. Die Behörden der Streitkräfte ergreifen die geeigneten Maßnahmen, um jede Verdunkelungsgefahr zu unterbinden. Sie halten den so in Gewahrsam genommenen Beschuldigten zur Verfügung der deutschen Gerichte und Behörden, gewähren deren Beauftragten jederzeit Zutritt zu ihm und führen ihn auf Antrag den deutschen Gerichten oder Behörden zur Durchführung von Untersuchungshandlungen, der Hauptverhandlung und der Verbüßung einer Freiheitsstrafe, auf die erkannt worden ist, vor. Ist der Beschuldigte nicht in Gewahrsam genommen, so treffen die Behörden der Streitkräfte Maßnahmen, um sicherzustellen daß er den deutschen Gerichten und Behörden für die genannten Zwecke zur Verfügung steht.

(d) Jede Freiheitsstrafe wird in einer deutschen Strafvollzugsanstalt verbüßt

Für die Zwecke dieses Absatzes bedeutet der Ausdruck „nach deutschem Recht strafbare Handlung, die sich gegen deutsche Interessen richtet" jede nach deutschem Recht strafbare Handlung, soweit sie sich nicht gegen die Streitkräfte, deren Mitglieder oder das Eigentum der Streitkräfte oder deren Mitglieder richtet.

(3) Die ausschließliche Gerichtsbarkeit der deutschen Behörden über Personen, die der deutschen Strafgerichtsbarkeit unterliegen, umfaßt auch die Fälle, in denen sich die strafbare Handlung gegen die Streitkräfte, deren Mitglieder oder das Eigentum der Streitkräfte oder deren Mitglieder richtet

(4) Die Behörden der Streitkräfte können mit Zustimmung der deutschen Behörden Gruppen von Strafsachen oder einzelne Strafsachen, für die sie nach Absatz (1) dieses Artikels ausschließlich zuständig sind, den deutschen Gerichten oder Behörden zur Untersuchung, Verhandlung und Entscheidung abgeben.

(i) such abstention is permitted by German law; or

(ii) the offender has been suitably punished by disciplinary action of the authorities of the Forces.

(c) The German courts and authorities shall decide upon questions of arrest, detention and execution of punishment in accordance with the provisions of German law The authorities of the Forces shall execute any warrants of arrest and detention An accused person so taken into custody by the authorities of the Forces shall remain in their custody until, by virtue of a final (rechtskräftig) judicial decision, he is released or sentenced. The authorities of the Forces will take appropriate measures to prevent any prejudice to the course of justice (Verdunkelungsgefahr). They will hold an accused person so taken into custody at the disposal of the German courts and authorities will grant access to him at any time by the German courts and authorities and on request present him to the German courts and authorities for the purposes of investigatory proceedings, trial and the serving of any sentence which may be imposed. Where an accused person is not taken into custody, the authorities of the Forces will take measures to ensure that he is at the disposal of the German courts or authorities for the purposes aforesaid.

(d) Any sentence of imprisonment shall be served in a German penal institution

For the purposes of this paragraph, the expression offence under German law committed against German interests" shall mean any offence under German law other than an offence directed against the Forces, their members, or the property of the Forces or their members.

3. The exclusive jurisdiction of the German authorities over persons who are subject to German criminal jurisdiction shall include those cases in which the criminal offence is directed against the Forces, their members, or the property of the Forces or their members.

4. With the consent of the German authorities the authorities of the Forces may transfer to German courts or authorities, for investigation, trial and decision, groups of, or particular, cases for which they are exclusively competent under paragraph 1 of this Article.

(i) une telle abstention est autorisée en vertu du droit allemand;

(ii) le délinquant a fait l'objet d'une mesure disciplinaire appropriée de la part des autorités des Forces.

(c) Les tribunaux allemands et les autorités allemandes prennent des décisions en ce qui concerne l'arrestation, l'emprisonnement et l'exécution des peines conformément aux dispositions du droit allemand Les autorités des Forces exécutent tout ordre d'arrestation et tout ordre d'emprisonnement. Un prévenu incarcéré dans ces conditions par les autorités des Forces reste sous leur garde jusqu'à ce que, en vertu d'une décision judiciaire définitive (rechtskräftig), il soit ou mis en liberté ou condamné. Les autorités des Forces prennent toutes mesures appropriées pour éviter que soit entravée la manifestation de la vérité (Verdunkelungsgefahr). Elles mettent à la disposition des tribunaux allemands et des autorités allemandes le prévenu incarcéré dans ces conditions, et permettent à tout moment aux tribunaux allemands et aux autorités allemandes d'accéder auprès de lui, le présentent sur demande à ces tribunaux ou à ces autorités pour l'instruction, l'audience ou l'exécution de toute peine privative de liberté qui pourrait être prononcée contre lui. Lorsque le prévenu n'est pas incarcéré, les autorités des Forces prennent toutes mesures pour garantir qu'il soit mis à la disposition des tribunaux allemands ou des autorités allemandes aux fins ci-dessus visées.

(d) Toute peine privative de liberté sera purgée dans un établissement pénitentiaire allemand.

Au sens du présent paragraphe, l'expression « infraction punissable en droit allemand et commise à l'encontre des intérêts allemands » s'applique à toute infraction punissable en droit allemand autre qu'une infraction dirigée contre les Forces ou leurs membres ou contre les biens des Forces ou de leurs membres

3. — La compétence exclusive des autorités allemandes à l'égard des personnes soumises à la juridiction pénale allemande comprend les cas dans lesquels l'infraction est dirigée contre les Forces, leurs membres, ou les biens des Forces et de leurs membres.

4. — Avec le consentement des autorités allemandes, les autorités des Forces peuvent renvoyer à des tribunaux allemands ou à des autorités allemandes, aux fins d'instruction, d'examen à l'audience et de décision, des catégories d'affaires, ou des affaires déterminées pour lesquelles elles sont exclusivement compétentes en vertu du paragraphe 1 du présent Article.

(5) Die deutschen Behörden können mit Zustimmung der Behörden der Streitkräfte einzelne Strafsachen der in Absatz (3) dieses Artikels bezeichneten Art an die Behörden der Streitkräfte zur Untersuchung, Verhandlung und Entscheidung abgeben, sofern der Täter nicht Deutscher ist.

(6) In den Strafsachen, die unter die Absätze (1) oder (5) dieses Artikels fallen, wenden die Behörden der Streitkräfte ihr eigenes Recht an. Soweit es sich um strafbare Handlungen handelt, die zwar nach deutschem Recht, nicht aber nach dem Recht der beteiligten Macht strafbar sind, ist das deutsche Recht anzuwenden.

(7) In den Fällen der Absätze (3) und (4) dieses Artikels ist deutsches Recht anzuwenden.

5. With the consent of the authorities of the Forces, the German authorities may transfer to the authorities of the Forces, for investigation, trial and decision, particular cases of the nature described in paragraph 3 of this Article in which the alleged offender is not a German.

6. In cases under paragraphs 1 and 5 of this Article, the authorities of the Forces will apply their own law. If such cases involve acts which are punishable under German law, but not under the law of the Power concerned, German law shall apply.

7. In cases under paragraphs 3 and 4 of this Article, German law shall apply.

5. — Avec le consentement des autorités des Forces, les autorités allemandes peuvent renvoyer aux autorités des Forces, aux fins d'instruction, d'examen à l'audience et de décision, certaines des affaires visées au paragraphe 3 du présent Article lorsque l'auteur présumé n'est pas allemand.

6. — Dans les affaires visées aux paragraphes 1 et 5 du présent Article, les autorités des Forces appliqueront leur propre droit. Si ces affaires mettent en cause des actes punissables selon le droit allemand, mais qui ne le sont pas selon le droit de la Puissance intéressée, il sera fait application du droit allemand.

7. — Dans les affaires visées aux paragraphes 3 et 4 du présent Article, il sera fait application du droit allemand.

Artikel 7

Festnahme, Durchsuchung und Beschlagnahme

(1) Mitglieder der Streitkräfte, die sich durch einen gemäß Artikel 24 dieses Vertrags ausgestellten Personalausweis ordnungsgemäß ausweisen, unterliegen nicht der Festnahme durch deutsche Behörden.

(2) Deutsche Behörden dürfen jedoch ein Mitglied der Streitkräfte, ohne es dem gewöhnlichen Haftverfahren zu unterwerfen, in Gewahrsam nehmen, um es unverzüglich, zusammen mit etwa ihm abgenommenen Waffen oder Gegenständen, den nächstgelegenen zuständigen Behörden der Streitkräfte zu übergeben:

(a) auf Ansuchen der Behörden der Streitkräfte;

(b) in folgenden Fällen, in denen ein rechtzeitiges Eingreifen der Behörden der Streitkräfte nicht möglich ist:

(i) bei Ergreifung auf frischer Tat,

1. wenn eine strafbare Handlung begangen oder versucht worden ist, die ernstliche Schäden an Personen oder Vermögen oder eine ernstliche Beeinträchtigung an anderen Rechtsgütern zur Folge hat oder hätte haben können,

oder

2. soweit es zur Beseitigung einer bereits eingetretenen schweren Störung der öffentlichen Ordnung erforderlich erscheint;

(ii) bei Fluchtverdacht, in Fällen der Begehung oder versuchten Begehung von Landesverrat oder Spionage zum Nachteil der Bundesrepublik.

Article 7

Arrest, Search and Seizure

1. Members of the Forces who properly identify themselves by means of an identity document issued under Article 24 of the present Convention shall not be subject to arrest by German authorities.

2. German authorities may, however, take into custody a member of the Forces, without subjecting him to the ordinary routine of arrest, in order immediately to deliver him, together with any weapons or items seized, to the nearest appropriate authorities of the Forces

(a) when so requested by the authorities of the Forces;

(b) in the following cases in which the authorities of the Forces are unable to act with the necessary promptness:

(i) when apprehended *in flagrante delicto*

(1) for the commission or attempted commission of a criminal offence which results or might result in serious injury to persons or property, or serious impairment of other legally protected rights (Rechtsgüter);

or

(2) insofor as this appears necessary to abate an already existing serious disturbance of public order;

(ii) if there is danger of flight, for the commission or attempted commission of espionage to the prejudice of the Federal Republic.

Article 7

Arrestation, Fouille et Saisie

1. — Les membres des Forces, qui justifient dûment de leur identidé par la production d'un document d'idendité délivré conformément à l'Article 24 de la présente Convention, ne peuvent pas être arrêtés par les autorités allemandes.

2. — Les autorités allemandes peuvent toutefois mettre en état d'arrestation un membre des Forces, sans le soumettre aux formalités ordinaires de l'arrestation, en vue de le remettre sans retard, en même temps que toutes armes ou objets saisis, aux autorités compétentes des Forces les plus proches:

(a) à la demande des autorités des Forces;

(b) dans les cas suivants, dans lesquels les autorités des Forces ne sont pas en mesure d'agir avec toute la célérité nécessaire:

(i) à condition que ce membre des Forces soit pris en flagrant délit:

1) s'il commet ou tente de commettre une infraction entraînant ou pouvant entraîner des dommages graves aux personnes, aux biens ou à d'autres intérêts juridiquement protégés (Rechtsgüter);

2) dans la mesure où l'arrestation apparaît nécessaire pour mettre fin à un trouble grave, déjà commencé, à l'ordre public;

(ii) en cas de danger de fuite, si ce membre des Forces commet ou tente de commettre un acte d'espionage au détriment de la République Fédérale.

(3) (a) Die deutschen Behörden dürfen ein Mitglied der Streitkräfte oder die von ihm mitgeführten Sachen durchsuchen

(i) auf Ansuchen der Behörden der Streitkräfte;

(ii) wenn es gemäß Absatz (2) dieses Artikels in Gewahrsam genommen worden ist, und soweit dies erforderlich ist, um es zu entwaffnen oder ihm Beweismittel für die strafbare Handlung abzunehmen, derentwegen es in Gewahrsam genommen worden ist.

(b) Die Vorschrift in Satz 4 des Absatzes (5) des Artikels 35 dieses Vertrags bleibt unberührt.

(c) Die dienstliche Unterkunft eines Mitgliedes der Streitkräfte oder, in Ermangelung einer solchen, die Wohnung, die er mit Genehmigung der Behörden der Streitkräfte innehat, darf von deutschen Behörden nur auf Ansuchen der Behörden der Streitkräfte durchsucht werden. Ist eine derartige Wohnung eines Mitglieds der Streitkräfte keine Anlage, so genügt für die Durchsuchung seine Zustimmung oder die der Behörden der Streitkräfte.

(4) Die deutschen Behörden machen zuständigen Behörden der Streitkräfte von der Festnahme einer im Dienste der Streitkräfte arbeitenden Person Mitteilung.

(5) Die zuständigen Behörden der Streitkräfte dürfen

(a) Mitglieder der Streitkräfte festnehmen;

(b) eine der deutschen Strafgerichtsbarkeit unterliegende Person, ohne sie dem gewöhnlichen Haftverfahren zu unterwerfen, in Gewahrsam nehmen, um sie unverzüglich, zusammen mit etwa ihr abgenommenen Waffen oder Gegenständen, den nächstgelegenen zuständigen deutschen Behörden zu übergeben:

(i) auf Ansuchen der deutschen Behörden;

(ii) in folgenden Fällen, in denen ein rechtzeitiges Eingreifen der deutschen Behörden nicht möglich ist:

1. bei Ergreifung auf frischer Tat, wenn eine strafbare Handlung begangen oder versucht worden ist, die sich gegen die Streitkräfte, ihre Mitglieder oder gegen die Sicherheit, das Eigentum oder andere Rechtsgüter derselben richtet; oder

2. bei Fluchtverdacht, in Fällen der Begehung oder versuchten Begehung einer strafbaren Handlung im Sinne der §§ 1 bis 9 von Anhang A zu diesem Vertrage;

3. (a) The German authorities may search a member of the Forces or the property in his immediate possession

(i) when so requested by the authorities of the Forces;

(ii) if he is taken into custody under paragraph 2 of this Article, to the extent necessary to disarm him or to seize any item constituting proof of the criminal offence for which he is taken into custody.

(b) The provisions of the fourth sentence of paragraph 5 of Article 35 of the present Convention shall not be affected.

(c) The official quarters of a member of the Forces, or where there are none the residence occupied by him with permission of the authorities of the Forces, may not be searched by German authorities, except at the request of the authorities of the Forces. If such residence of the member of the Forces is not an installation, either his consent or that of the authorities of the Forces to the search shall be sufficient.

4. The German authorities shall notify the appropriate authorities of the Forces of the arrest of any person working in the service of the Forces.

5. The appropriate authorities of the Forces may

(a) arrest members of the Forces;

(b) take into custody a person who is subject to German criminal jurisdiction, without subjecting him to the ordinary routine of arrest, in order immediately to deliver him, together with any weapons or items seized, to the nearest appropriate German authorities

(i) when so requested by the German authorities;

(ii) in the following cases in which the German authorities are unable to act with the necessary promptness:

(1) when apprehended *in flagrante delicto* for the commission or attempted commission of a criminal offence against the Forces, their members, or the security, property or other legally protected rights (Rechtsgüter) of the Forces or their members; or

(2) if there is danger of flight, for the commission, or attempted commission, of a criminal offence under Sections 1 to 9 inclusive of Annex A to the present Convention;

3. — (a) Les autorités allemandes peuvent fouiller un membre des Forces ou les objets dont il est porteur:

(i) à la demande des autorités des Forces;

(ii) si ce membre des Forces est arrêté en vertu du paragraphe 2 du présent Article, dans la mesure nécessaire pour le désarmer ou pour saisir tout objet constituant une preuve de l'infraction en raison de laquelle il a été mis en état d'arrestation.

(b) Les dispositions du présent Article n'affectent pas celles de la quatrième phrase du paragraphe 5 de l'Article 35 de la présente Convention.

(c) Le logement officiel d'un membre des Forces ou, à défaut, l'habitation qu'il occupe avec l'autorisation des autorités des Forces, ne peuvent pas être fouillés par les autorités allemandes, sauf à la demande des autorités des Forces. Si cette habitation ne constitue pas une installation, il suffit du consentement du membre des Forces qui l'occupe ou du consentement des autorités des Forces pour qu'il soit possible de procéder à la fouille.

4. — Les autorités allemandes avertiront les autorités compétentes des Forces de l'arrestation de toute personne au service de ces dernières.

5. — Les autorités compétentes des Forces peuvent:

(a) arrêter les membres des Forces;

(b) incarcérer une personne soumise à la juridiction pénale allemande, sans la soumettre aux formalités ordinaires de l'arrestation, en vue de la remettre immédiatement, en même temps que toutes armes ou objets saisis, aux autorités compétentes allemandes les plus proches:

(i) à la demande des autorités allemandes;

(ii) dans les cas suivants où les autorités allemandes ne sont pas en mesure d'agir avec toute la célérité nécessaire:

1) lorsque cette personne est prise en flagrant délit de commission ou de tentative de commission d'une infraction contre les Forces ou leurs membres, la sécurité, les biens ou tout autre intérêt des Forces ou de leurs membres juridiquement protégé (Rechtsgüter);

2) en cas de danger de fuite, si cette personne commet ou tente de commettre une infraction visée aux paragraphes 1 à 9 inclus de l'Annexe «A» à la présente Convention;

(iii) innerhalb einer Anlage, wenn der dringende Verdacht besteht, daß sie sich dort unbefugt aufgehalten hat oder daß sie eine strafbare Handlung innerhalb der Anlage begangen hat.

(6) Sind die Behörden der Streitkräfte der Auffassung, daß sich eine der deutschen Gerichtsbarkeit unterliegende Person einer strafbaren Handlung im Sinne der §§ 1 bis 11 des Anhanges A zu diesem Vertrag schuldig gemacht hat, so kommen die folgenden besonderen Bestimmungen zur Anwendung:

(a) Wenn der Verdächtige von den deutschen Behörden festgenommen werden soll, so wird dies den Behörden der Streitkräfte, soweit durchführbar, rechtzeitig mitgeteilt, und sie können Untersuchungsführer benennen, um bei der Festnahme des Verdächtigen anwesend zu sein. Diese können auch bei Durchsuchungen und Beschlagnahmen anwesend sein, die im Zusammenhang mit der Untersuchung vorgenommen werden. Die Behörden der Streitkräfte haben das ausschließliche Recht, bis spätestens einundzwanzig Tage nach der Festnahme den Verdächtigen über die ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen und die damit zusammenhängenden Fragen zu vernehmen. Zu diesem Zweck haben ihre Untersuchungsführer jederzeit Zutritt zu dem Verdächtigen. Ein von der deutschen Untersuchungsbehörde benannter Beamter kann bei der Vernehmung anwesend sein, deren Abhaltung den deutschen Untersuchungsbehörden rechtzeitig mitzuteilen ist. Die deutsche Untersuchungsbehörde ergreift die geeigneten Maßnahmen, um jede Verdunkelungsgefahr zu unterbinden und enthält sich jeder eigenen Ermittlungstätigkeit, falls nicht die Untersuchungsführer der Streitkräfte darum ansuchen. Sie wird während der Vernehmungstätigkeit der Untersuchungsführer der Streitkräfte auf deren Ansuchen die in der deutschen Strafprozeßordnung vorgesehenen Anträge stellen und darauf hinwirken, daß die zur Förderung des Ermittlungsverfahrens geeigneten richterlichen Entscheidungen erlassen und die darin angeordneten Maßnahmen durchgeführt werden. Nach Abschluß der Ermittlungen durch die Untersuchungsführer der Streitkräfte, jedoch spätestens einundzwanzig Tage nach der Festnahme, werden die Vernehmungen und das sonstige Ermittlungsverfahren von der deutschen Untersuchungsbehörde fortgeführt. Die Untersuchungsführer der Streitkräfte händigen der deutschen Untersuchungsbehörde alles während der Ermittlungen angefallene Beweismaterial aus, soweit nicht Sicherheitserwägungen dem entgegenstehen.

(iii) within an installation, when there are reasonable grounds to believe (dringender Verdacht) that his presence is unauthorized or that he has committed a criminal offence within the installation.

6. Where the authorities of the Forces believe that a person subject to German jurisdiction has been guilty of a criminal offence under Sections 1 to 11 inclusive of Annex A to the present Convention, the following special provisions shall apply:

(a) If the suspect is to be arrested by the German authorities, the authorities of the Forces shall, if practicable, be given timely notification and may designate investigators to be present at the arrest. The latter may also be present at any searches or seizures undertaken in connection with the investigation. The authorities of the Forces shall have the exclusive right, for a period not to exceed twenty-one days following the arrest, to conduct interrogations of the suspect concerning any offences of which he is suspected and related matters. For this purpose their investigators shall have access to the suspect at any time. An official designated by the German investigating authority may be present at the interrogation, of the conduct of which such authority shall be given timely notification. The German investigating authority shall take appropriate measures to prevent any prejudice to the course of justice (Verdunkelungsgefahr) and shall refrain from any investigation activity of its own unless the investigators of the Forces request such investigation. During the interrogation by the investigators of the Forces, it shall, at their request, make the applications provided for in the German Code of Criminal Procedure and shall see to it that the judicial decisions suited to promote the investigation proceedings are issued and that the measures ordered in such decisions are carried out. At the conclusion of the investigation by the investigators of the Forces, in any event not later than twenty-one days after the arrest, the interrogations and the other investigation proceedings shall be continued by the German investigating authority. The investigators of the Forces shall deliver to the German investigating authority all evidence collected in the course of the investigation, unless security considerations require otherwise;

(iii) à l'intérieur d'une installation, lorsqu'il y a de bonnes raisons de croire (dringender Verdacht) que la présence de cette personne n'est pas autorisée ou qu'elle a commis une infraction à l'intérieur de l'installation.

6. — Lorsque les autorités des Forces estiment qu'une personne soumise à la juridiction allemande est coupable d'une infraction visée aux paragraphes 1 à 11 inclus de l'Annexe «A» à la présente Convention, les dispositions spéciales suivantes s'appliquent:

(a) Si un suspect doit être arrêté par les autorités allemandes, les autorités des Forces seront, si possible, averties à temps et pourront désigner des personnes chargées de l'instruction afin d'assister à l'arrestation. Ces dernières peuvent aussi assister à toutes fouilles ou saisies entreprises du fait de l'instruction. Les autorités des Forces ont le droit exclusif, pendant une période qui ne peut dépasser les vingt et un jours qui suivent l'arrestation, de mener les interrogatoires du suspect au sujet des infractions dont il est soupçonné et de toutes questions connexes. A cette fin, ces personnes chargées de l'instruction peuvent accéder au suspect à tout moment. Une personnalité officielle, désignée par l'autorité allemande chargée de l'instruction, peut assister à l'interrogatoire, ce dont cette autorité sera avertie en temps utile. L'autorité allemande chargée de l'instruction prend toutes mesures appropriées pour éviter que soit entravée la manifestation de la vérité (Verdunkelungsgefahr), et s'abstient de toutes enquêtes de son propre chef, à moins que les personnes chargées de l'instruction par les Forces ne demandent de telles enquêtes. Pendant l'interrogatoire par les Forces et à leur demande elle exécute toute formalité et prend toute mesure prévue par le Code allemand de Procédure Criminelle et veille à ce que les décisions judiciaires nécessaires pour faire progresser la procédure d'enquêtes et à ce que les mesures prévues par ces décisions soient prises. A la fin de l'enquête menée par les personnes chargées de l'instruction par les Forces et, dans tous les cas, au plus tard vingt et un jours après l'arrestation, l'autorité allemande chargée de l'instruction poursuit les interrogatoires et les autres procédures d'enquêtes. Les personnes chargées de l'instruction par les Forces remettent à l'autorité allemande chargée de l'instruction tous les éléments de preuves réunis au cours de l'enquête à moins que des considérations de sécurité ne nécessitent une autre procédure;

(b) Wenn der Verdächtige nicht Deutscher ist, so gelten die Bestimmungen von Unterabsatz (a) dieses Absatzes mit folgender Maßgabe:

Die zuständigen Behörden der Streitkräfte dürfen den Verdächtigen für die Dauer von einundzwanzig Tagen in eigenen Gewahrsam nehmen und selbst alle Vernehmungen und sonstigen Ermittlungen führen. Für die während dieser Zeit erforderlichen richterlichen Maßnahmen, wird den zuständigen deutschen Gerichten ein zur Ausübung richterlicher Funktionen ermächtigtes Mitglied der Streitkräfte als nicht stimmberechtigter Beisitzer zugeteilt.

(7) Die Behörden der Streitkräfte dürfen eine der deutschen Gerichtsbarkeit unterliegende Person oder die von ihr mitgeführten Sachen durchsuchen:

(a) auf Ansuchen der deutschen Behörden;

(b) wenn sie gemäß Unterabsatz (b) des Absatzes (5) dieses Artikels in Gewahrsam genommen worden ist, und soweit dies erforderlich ist, um sie zu entwaffnen oder ihr Beweismittel für die strafbare Handlung abzunehmen, derentwegen sie in Gewahrsam genommen worden ist

(8) Die verfassungsmäßig festgelegten Immunitätsrechte des Bundespräsidenten und der Mitglieder der deutschen gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und der Länder werden durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(b) If the suspect is not a German, the provisions of sub-paragraph (a) of this paragraph shall apply, subject to the following proviso:

The appropriate authorities of the Forces may take the suspect into their own custody for a period of twenty-one days and may themselves conduct all interrogations and other investigations For the judicial measures required for this period, a member of the Forces authorized to exercise judicial functions shall be assigned to the competent German courts as an assessor not entitled to vote.

7. The authorities of the Forces may search a person who is subject to German jurisdiction or the property in his immediate possession

(a) when so requested by the German authorities;

(b) if he is taken into custody under sub-paragraph (b) of paragraph 5 of this Article, to the extent necessary to disarm him or to seize any item constituting proof of the criminal offence for which he is taken into custody.

8. The constitutional immunities of the Federal President and the members of the German Federal and Land legislative bodies shall not be impaired by the provisions of this Article.

(b) lorsque le suspect n'est pas allemand, les dispositions de l'alinéa (a) du présent paragraphe s'appliquent sous réserve de la clause suivante:

« Les autorités compétentes des Forces peuvent incarcérer elles-mêmes le suspect pendant une période de vingt et un jours et peuvent procéder elles-mêmes à tous les interrogatoires et aux autres enquêtes. En ce qui concerne les mesures judiciaires nécessaires pendant cette période, un membre des Forces, autorisé à exercer des fonctions judiciaires, sera délégué auprès des tribunaux allemands compétents en qualité d'assesseur ne disposant pas du droit de vote ».

7. — Les autorités des Forces peuvent fouiller une personne soumise à la juridiction allemande ou les objets dont elle est porteur:

(a) si les autorités allemandes le demandent;

(b) si cette personne est incarcérée en vertu des dispositions de l'alinéa (b) du paragraphe 5 du présent Article et s'il est nécessaire de la désarmer ou de saisir tout objet de nature à prouver l'infraction en raison de laquelle elle est incarcérée.

8. — Il ne sera pas porté atteinte aux immunités constitutionelles du Président Fédéral, des membres des organismes législatifs allemands, fédéraux et des Länder du fait des dispositions du présent Article.

Artikel 8

Verfahren und Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten

(1) Die Behörden der Streitkräfte werden gegen Mitglieder der Streitkräfte, die eine strafbare Handlung gegen deutsche Interessen begangen haben die gleichen Maßnahmen ergreifen, wie wenn die strafbare Handlung gegen die beteiligte Macht, die Streitkräfte, ihre Mitglieder oder gegen das Eigentum derselben begangen wäre.

(2) Die deutschen Behörden werden gegen Personen, die ihrer Strafgerichtsbarkeit unterliegen, wegen strafbarer Handlungen gegen die Streitkräfte und ihre Mitglieder sowie gegen das Eigentum derselben die gleichen Maßnahmen ergreifen, wie wenn die strafbare Handlung gegen die Bundesrepublik, deren Länder, ihre Staatsangehörigen sowie das Eigentum derselben begangen wäre.

(3) (a) Die Behörden der Streitkräfte werden den deutschen Behörden auf deren Ansuchen die Festnahme

Article 8

Procedure and Co-operation in Criminal Proceedings

1. The authorities of the Forces shall take such measures against members of the Forces who have committed criminal offences against German interests as they would take if such offences had been committed against the Power concerned, the Forces or their members, or their property.

2. The German authorities shall take such measures against persons subject to their criminal jurisdiction for criminal offences against the Forces, their members, or the property of the Forces or members as they would take if such offences had been committed against the Federal Republic, its Länder or its nationals, or their property.

3. (a) The authorities of the Forces shall at the request of the German authorities notify the latter of the

Article 8

Procédure et coopération dans les affaires pénales

1. — Les autorités des Forces prendront contre les membres des Forces qui auront commis des infractions à l'encontre des intérêts allemands, les mesures qu'elles prendraient si ces infractions avaient été commises à l'encontre de la Puissance intéressée, des Forces ou de leurs membres ou à l'encontre des biens de cette Puissance, des Forces ou de leurs membres.

2. — Les autorités allemandes prendront contre les personnes soumises à leur juridiction pénale pour des infractions à l'encontre des Forces ou de leurs membres ou des biens des Forces ou de leurs membres, les mesures qu'elles prendraient si ces infractions avaient été commises à l'encontre de la République Fédérale, de ses Länder, de ses ressortissants ou à l'encontre des biens de la République Fédérale, de ses Länder ou de ses ressortissants.

3. — (a) Les autorités des Forces, à la demande des autorités allemandes, avertissent ces dernières

einer Person wegen einer strafbaren Handlung im Sinne von Absatz (1) dieses Artikels mitteilen.

(b) Die deutschen Behörden werden den Behörden der Streitkräfte auf deren Ansuchen die Festnahme einer Person wegen einer strafbaren Handlung im Sinne von Absatz (2) dieses Artikels mitteilen.

(4) Die Verhandlung gegen ein Mitglied der Streitkräfte wegen einer im Bundesgebiet begangenen strafbaren Handlung im Sinne von Absatz (1) dieses Artikels findet innerhalb dieses Gebietes statt, soweit nicht militärische Erfordernisse dem entgegenstehen. Wenn militärische Erfordernisse es gebieten, daß die Verhandlung wegen einer solchen strafbaren Handlung außerhalb des Bundesgebietes stattfindet, so werden die Behörden der Streitkräfte den deutschen Behörden dies unter Angabe von Ort und Termin der Hauptverhandlung mitteilen. Die deutschen Behörden sind berechtigt, sich durch Beobachter vertreten zu lassen, soweit nicht Sicherheitserwägungen dem entgegenstehen, und werden von dem Ergebnis der Verhandlung in Kenntnis gesetzt.

(5) Die deutschen Behörden und die Behörden der Streitkräfte werden sich bei der Verfolgung von strafbaren Handlungen der in Absatz (1) und (2) dieses Artikels genannten Art gegenseitig unterstützen. Sie werden, soweit nicht Sicherheitserwägungen dem entgegenstehen, den Vertretern der zuständigen Behörden gestatten, der Hauptverhandlung beizuwohnen, und diesen dabei Gelegenheit geben, im Rahmen der anwendbaren Bestimmungen tatsächliche und rechtliche Ausführungen zu machen. Außer in den sonst im deutschen Strafverfahrensrecht vorgesehenen Fällen können die Streitkräfte oder ihre Mitglieder auch als Nebenkläger vor deutschen Gerichten auftreten, soweit es sich um strafbare Handlungen handelt, die in dem Anhang A zu diesem Vertrage aufgeführt sind, oder die sich gegen die Sicherheit oder das Eigentum der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder richten. Auf Ansuchen werden die Behörden der Streitkräfte und die deutschen Behörden sich gegenseitig von ihrer Absicht, ein Straf- oder Disziplinarverfahren in die Wege zu leiten, davon Abstand zu nehmen oder es einzustellen, sowie von der Entscheidung unterrichten.

arrest of any person for a criminal offence described in paragraph 1 of this Article.

(b) The German authorities shall at the request of the authorities of the Forces notify the latter of the arrest of any person for a criminal offence described in paragraph 2 of this Article.

4. Trial of a member of the Forces for a criminal offence described in paragraph 1 of this Article, committed within the Federal territory, shall be held within that territory except in cases of military exigency. When military exigency requires that the trial of such an offence be held outside the Federal territory, the authorities of the Forces shall so inform the German authorities, with particulars of the time and place of trial. The German authorities shall be entitled to have observers present unless security considerations require otherwise and shall be informed of the result of the trial.

5. The German authorities and the authorities of the Forces shall extend mutual co-operation in the prosecution of criminal offences under paragraphs 1 and 2 of this Article. Unless security considerations require otherwise, they shall permit representatives of the appropriate authorities to attend the trial and, within the applicable regulations, grant them the opportunity to present their views on questions of law and fact. In addition to the cases provided under German criminal procedure, the Forces or their members shall also have the right to appear as co-prosecutors (Nebenkläger) before German courts, to the extent that the criminal offence is directed against the security or the property of the Forces or their members or is one of the offences listed in Annex A to the present Convention. On request the German authorities and the authorities of the Forces shall inform each other of an intent to initiate, to refrain from initiating, or to discontinue a prosecution of disciplinary proceeding and of the decision.

de l'arrestation de toute personne en raison d'une infraction visée au paragraphe 1 du présent Article;

(b) les autorités allemandes, à la demande des autorités des Forces, avertissent ces dernières de l'arrestation de toute personne en raison d'une infraction visée au paragraphe 2 du présent Article.

4. — Le procès d'un membre des Forces en raison d'une infraction visée au paragraphe 1 du présent Article et commise sur le territoire fédéral, aura lieu sur ce territoire, sauf en cas de nécessité militaire. Lorsque la nécessité militaire exige qu'une telle infraction soit jugée hors du territoire fédéral, les autorités des Forces en informent les autorités allemandes et leur indiquent la date et le lieu de l'audience. Les autorités allemandes ont le droit d'y envoyer des observateurs, à moins que des considérations de sécurité ne nécessitent une autre procédure, et elles sont informées du résultat du jugement.

5. — Les autorités allemandes et les autorités des Forces se prêtent une assistance réciproque dans la poursuite des infractions visées aux paragraphes 1 et 2 du présent Article. A moins que des considérations de sécurité ne nécessitent une autre procédure, elles autorisent les représentants des autorités compétentes à assister au procès et leur donnent la possibilité, dans le cadre des règlements applicables, de présenter leur point de vue en fait et en droit. En dehors des cas prévus par la procédure pénale allemande, les Forces ou leurs membres ont aussi le droit de comparaître, en qualité de co-poursuivants (Nebenkläger) devant les tribunaux allemands, dans la mesure où l'infraction est dirigée contre la sécurité ou les biens des Forces et de leurs membres ou s'il s'agit de l'une des infractions visées à l'Annexe «A» de la présente Convention. Sur demande, les autorités allemandes et les autorités des Forces se feront part réciproquement de leur intention d'entamer, de ne pas entamer, ou de faire cesser une poursuite ou une procédure disciplinaire; elles se communiqueront également les décisions prises.

ABSCHNITT II

Nicht-strafrechtliche Verfahren

Artikel 9

Gerichtsbarkeit und Verfahren in nicht-strafrechtlichen Angelegenheiten

(1) Die deutschen Gerichte und Behörden üben in nicht-strafrechtlichen Angelegenheiten die Gerichtsbarkeit oder ihre sonstigen Befugnisse über

SECTION II

Non-Criminal Proceedings

Article 9

Jurisdiction and Procedure in Non-Criminal Proceedings

1. Subject to the provisions of the present Convention and any other applicable agreement, German courts and authorities shall exercise juris-

DEUXIÈME PARTIE

Affaires autres que pénales

Article 9

Compétence et procédure dans les affaires autres que pénales

1. — Les tribunaux allemands et les autorités allemandes sont compétents en ce qui concerne les membres des Forces dans les affaires autres que

die Mitglieder der Streitkräfte unter Berücksichtigung dieses Vertrags und anderer anwendbarer Abkommen aus.

(2) In nicht-strafrechtlichen Verfahren stellen die deutschen Gerichte und Behörden dem beteiligten Mitglied der Streitkräfte, sofern dieses nicht selbst die Einleitung des Verfahrens beantragt hat, den einleitenden Schriftsatz oder die einleitende Verfügung auch dann zu, wenn dies nach Vorschriften des deutschen Rechts nicht erforderlich ist.

(3) Die deutschen Gerichte und Behörden werden den Mitgliedern der Streitkräfte ausreichend Gelegenheit zur Wahrnehmung ihrer Rechte einräumen. Ist ein Mitglied der Streitkräfte durch dienstliche Obliegenheiten oder eine rechtmäßige Abwesenheit verhindert, in einem nicht-strafrechtlichen Verfahren, an dem es beteiligt ist, seine Interessen zu wahren, so setzt das deutsche Gericht oder die deutsche Behörde auf seinen Antrag das Verfahren bis zur Beseitigung der Verhinderung, jedoch höchstens auf 6 Monate aus. Das Bestehen der Verhinderung ist von dem Mitglied der Streitkräfte glaubhaft zu machen. Eine von den zuständigen Behörden der beteiligten Macht ausgestellte Bescheinigung über den Grund und die Dauer der Verhinderung wird hierbei vom Gericht oder der Behörde angemessen berücksichtigt. Das Verfahren braucht nicht ausgesetzt zu werden, wenn die Interessen des Mitglieds der Streitkräfte durch einen Prozeßbevollmächtigten oder durch einen sonstigen zur Wahrnehmung seiner Rechte berufenen Vertreter hinreichend wahrgenommen werden können.

(4) Die Mitglieder der Streitkräfte genießen hinsichtlich des Armenrechts die gleiche Behandlung wie Deutsche. Sie sind nicht verpflichtet, Sicherheit für Kosten irgendwelcher Art in denjenigen Fällen zu leisten, in denen ein Deutscher davon befreit ist. Die für die Bewilligung des Armenrechts erforderlichen Bescheinigungen werden von der zuständigen konsularischen Behörde nach Vornahme der erforderlichen Feststellungen ausgestellt.

diction over members of the Forces in non-criminal proceedings.

2. Unless proceedings in non-criminal matters are commenced on the application of a member of the Forces, the German courts and authorities will serve upon the member concerned the written documents or court order whereby the proceedings are commenced even if such service is not required by German law and regulations.

3. The German courts and authorities shall grant members of the Forces sufficient opportunity to safeguard their rights. If a member of the Forces is unable because of official duties or authorized absence to protect his interests in a non-criminal proceeding in which he is a participant, the German court or authority shall at his request suspend the proceeding until the elimination of the disability, but for not more than six months. The existence of the disability shall be established (glaubhaft machen) by the member of the Forces. A certificate of the ground and duration of the disability issued by the appropriate authorities of the Power concerned shall be given due weight by the court or authority. The proceeding need not be suspended if the interests of the member of the Forces can adequately be protected by a person authorized to represent him before a court or other representative entitled to safeguard his rights.

4. The members of the Forces shall enjoy the same rights as Germans in respect to the right to free judicial assistance (Armenrecht). They shall not be obligated to post security for costs of any kind in cases where Germans are free from such obligation. Certificates required to establish the right to free judicial assistance shall be issued by the appropriate consular authorities after they have made the necessary investigations.

pénales, sous réserve des dispositions de la présente Convention et de tout autre accord applicable.

2. — Dans les procédures autres que pénales, et sauf si le membre intéressé des Forces a lui-même engagé la procédure, les tribunaux allemands et les autorités allemandes lui signifieront le mémoire ou la disposition introduisant l'instance, même si une telle signification n'est pas requise par les prescriptions du droit allemand et les règlements allemands.

3. — Les tribunaux allemands et les autorités allemandes accorderont aux membres des Forces des possibilités suffisantes de sauvegarder leurs droits. Si un membre des Forces n'est pas en mesure, en raison de ses fonctions officielles ou d'une absence régulière, de protéger ses intérêts dans une procédure autre que pénale à laquelle il est partie, le tribunal allemand ou l'autorité allemande suspendront, à sa demande, la procédure jusqu'à la fin de l'indisponibilité, mais pour une période n'excédant pas six mois. Le membre des Forces établira la vraisemblance (glaubhaft machen) de son indisponibilité. Le tribunal ou l'autorité tiendront dûment compte d'un certificat délivré par les autorités compétentes de la Puissance intéressée et indiquant les motifs et la durée de l'indisponibilité. Il n'y a pas lieu de suspendre la procédure si les intérêts du membre des Forces peuvent être protégés d'une manière appropriée par un mandataire judiciaire ou par toute autre personne habilitée à sauvegarder ses droits.

4. — Les membres des Forces jouissent des mêmes droits que les Allemands en matière d'assistance judiciaire (Armenrecht). Ils ne sont pas tenus de fournir une caution pour les frais de toute sorte, dans les cas où les Allemands en sont dispensés. Les certificats nécessaires pour attester le droit à assistance judiciaire sont délivrés par les autorités consulaires compétentes lorsqu'elles auront procédé aux enquêtes nécessaires.

Artikel 10

Vollstreckung

(1) Die Behörden der Streitkräfte treffen, soweit es die dienstlichen Vorschriften zulassen, alle geeigneten Maßnahmen, um bei Vollstreckungen vollstreckbarer Titel deutscher Gerichte und Behörden in nicht-strafrechtlichen Angelegenheiten Hilfe zu leisten.

(2) Soll die Vollstreckung eines vollstreckbaren Titels deutscher Gerichte und Behörden in nicht-strafrechtlichen Angelegenheiten innerhalb einer Anlage der Streitkräfte erfolgen, so beantragen die deutschen Gerichte oder

Article 10

Enforcement of Judgments, Decisions and Orders

1. The authorities of the Forces shall, insofar as service regulations permit, take all appropriate measures to aid in the enforcement of judgments, decisions and orders (vollstreckbare Titel) of German courts and authorities in non-criminal proceedings.

2. If the enforcement of such judgment, decision or order is to be effected within an installation of the Forces, the German court or authority shall request the authority of the Forces responsible for the administration

Article 10

Exécution des titres exécutoires

1. — Les autorités des Forces prendront, dans la mesure où les règlements de service le permettent, toutes les mesures appropriées pour aider à l'exécution des titres exécutoires émis par les tribunaux allemands et les autorités allemandes dans les affaires autres que pénales.

2. — Lorsqu'il devra être procédé à l'exécution d'un titre exécutoire à l'intérieur d'une installation des Forces, le tribunal allemand ou l'autorité allemande demande à l'autorité des Forces chargée de l'administration de

Behörden bei der für die Verwaltung der Anlage zuständigen Behörde der Streitkräfte, den Titel zu vollstrecken oder die Vollstreckung zu gestatten. Die Behörden der Streitkräfte entsprechen nach Möglichkeit dem Antrag. Die Behörden der Streitkräfte übergeben die von ihnen zur Vollstreckung des vollstreckbaren Titels in Besitz genommenen Gegenstände der zuständigen deutschen Behörde

(3) Gegenstände, die einem Mitglied der Streitkräfte gehören und von ihm gemäß einer Bescheinigung der zuständigen Behörde der Streitkräfte zur Erfüllung seiner dienstlichen Obliegenheiten benötigt werden, sowie andere Sachen und Rechte, die nach deutschem Recht nicht gepfändet werden können, sind nicht der Pfändung auf Grund eines vollstreckbaren Titels unterworfen.

(4) In nicht-strafrechtlichen Verfahren kann eine Haft gegenüber Mitgliedern der Streitkräfte zur Durchführung einer Zwangsvollstreckung oder zur Erzwingung des Offenbarungseides oder aus anderen Gründen von deutschen Gerichten und Behörden nicht angeordnet werden.

(5) Bezüge, die einem Mitglied der Streitkräfte seitens seiner Regierung zustehen, unterliegen der Pfändung, dem Zahlungsverbot oder einer anderen Form der Zwangsvollstreckung auf Anordnung eines deutschen Gerichtes oder einer deutschen Behörde nur insoweit, als die Vorschriften der beteiligten Macht die Zwangsvollstreckung gestatten.

of the installation to enforce or permit the enforcement of the judgment, decision or order. The authorities of the Forces shall, if possible, comply with the request. The authorities of the Forces shall deliver to the appropriate German authority property taken by themselves for satisfaction of the judgment, decision or order.

3. Property of a member of the Forces which is certified by the appropriate authority of the Forces to be needed by him for the fulfilment of his official duties shall be free from seizure for the satisfaction of a judgment, decision or order, together with other property, tangible and intangible, which under German law is not subject thereto.

4. The personal liberty of a member of the Forces shall not be restricted by a German court or authority in a non-criminal proceeding, whether to enforce a judgment, decision or order, to compel an oath of disclosure, or for any other reason.

5. No payment due to a member of the Forces from his Government shall, except to the extent permitted by the laws and regulations of the Power concerned, be subject to any attachment, garnishment or other form of execution ordered by a German court or authority.

cette installation d'exécuter ou d'autoriser l'exécution du titre exécutoire. Les autorités des Forces feront droit à cette requête dans la mesure du possible. Elles remettront à l'autorité allemande compétente les biens qu'elles auront saisis en exécution des titres exécutoires.

3. — Les biens d'un membre des Forces ne seront pas saisis en exécution d'un titre exécutoire si l'autorité compétente des Forces certifie qu'ils lui sont nécessaires pour l'exercice de ses fonctions officielles et il en est de même des autres biens, corporels ou incorporels, qui ne peuvent être saisis d'après le droit allemand.

4. — La liberté individuelle d'un membre des Forces ne pourra faire l'objet d'aucune restriction de la part d'un tribunal allemand ou d'une autorité allemande, à l'occasion d'une affaire autre que pénale, que ce soit pour exécuter un titre exécutoire, pour obliger à faire une révélation sous la foi du serment ou pour toute autre raison.

5. — Aucune somme due à un membre des Forces par son Gouvernement ne peut faire l'objet d'une saisie, d'une saisie-arrêt ou de toute autre mesure d'exécution ordonnée par un tribunal allemand ou une autorité allemande, sauf dans la mesure autorisée par les lois et règlements de la Puissance intéressée.

ABSCHNITT III

Gemeinsame Bestimmungen für strafrechtliche und nicht-strafrechtliche Verfahren

Artikel 11

Erscheinen vor Gericht. Zeugen. Zustellungen

(1) Die Behörden der Streitkräfte tragen, sofern nicht militärische Erfordernisse dem entgegenstehen, dafür Sorge, daß Mitglieder der Streitkräfte, die von deutschen Gerichten oder Behörden geladen werden, der Ladung Folge leisten, soweit dies nach deutschem Recht erforderlich ist. Falls militärische Erfordernisse dem Erscheinen entgegenstehen, erteilen die Behörden der Streitkräfte eine Bescheinigung, in der Grund und Dauer der Behinderung anzugeben sind.

(2) Die deutschen Gerichte und Behörden tragen im Einklang mit den Vorschriften des deutschen Rechts dafür Sorge, daß Personen, die von einem Militärgericht oder einer anderen Behörde der Streitkräfte als Zeugen oder Sachverständige geladen werden, der Ladung Folge leisten.

SECTION III

Provisions Common to Criminal and Non-Criminal Proceedings

Article 11

Presence in Court. Witnesses. Service of Process

1. The authorities of the Forces shall, unless military exigency requires otherwise, secure the attendance of members of the Forces whose presence is required by a German court or authority, provided that such appearance is compulsory under German law. If military exigency prevents such attendance, the authorities of the Forces shall furnish a certificate stating the basis and duration of such disability.

2. German courts and authorities shall, in accordance with the provisions of German law, secure the attendance of persons whose presence as witnesses or experts is required by a service tribunal or other authority of the Forces.

TROISIÈME PARTIE

Dispositions communes aux affaires pénales et non pénales

Article 11

Comparution devant un tribunal, témoins et assignation en justice

1. — Les autorités des Forces assureront, à moins que les nécessités militaires n'imposent une autre procédure, la comparution des membres des Forces, dont la présence est requise par un tribunal allemand ou une autorité allemande, pour autant que le droit allemand exige cette comparution. Si les nécessités militaires s'opposent à cette comparution, les autorités des Forces fournissent un certificat indiquant les motifs et la durée de l'indisponibilité.

2. — Les tribunaux allemands et les autorités allemandes assureront, en accord avec les prescriptions du droit allemand, la comparution des personnes dont la présence en qualité de témoins ou d'experts est requise par un tribunal militaire ou par toute autre autorité des Forces.

(3) Die Vorschriften der Absätze (1) und (2) dieses Artikels gelten entsprechend für alle Verfahren, in denen Beweismittel vorzulegen sind.

(4) Sofern nicht in diesem Vertrag oder einem anderen anwendbaren Abkommen etwas anderes bestimmt ist, genießen Zeugen und Sachverständige vor deutschen Gerichten oder Behörden und vor Militärgerichten oder Behörden der Streitkräfte diejenigen Rechte und Vorrechte, die ihnen nach dem Recht zustehen, das vor dem betreffenden Gericht oder der betreffenden Behörde gilt. Dabei werden auch die Rechte und Vorrechte angemessen berücksichtigt, welche Zeugen und Sachverständige, wenn sie nicht Mitglieder der Streitkräfte sind, vor einem deutschen Gericht, und wenn sie Mitglieder der Streitkräfte sind, vor einem Militärgericht der beteiligten Macht haben würden.

(5) Die Behörden der Streitkräfte werden Zustellungen an Personen innerhalb der Anlagen und an Mitglieder der Streitkräfte entweder zulassen oder selbst durchführen. In allen anderen Fällen werden Zustellungen von den zuständigen deutschen Gerichten oder Behörden entweder durchgeführt oder zugelassen.

(6) Die deutschen Gerichte oder Behörden können Zustellungen an Mitglieder der Streitkräfte nicht durch öffentliche Zustellung bewirken.

Artikel 12

Mißachtung des Gerichtes

Der Meineid, der Versuch der Behinderung der Rechtspflege, andere strafbare Handlungen oder Ordnungsverstöße vor oder gegenüber deutschen Gerichten oder deutschen Behörden oder Militärgerichten oder Behörden der Streitkräfte, sowie die Nichtbefolgung von Vorladungen oder sonstigen gemäß Artikel 11 dieses Vertrags ordnungsgemäß zugestellten Prozeßanordnungen werden von dem Gericht oder der Behörde geahndet, dessen oder deren Straf- oder Disziplinargewalt der Täter unterliegt; die Gerichte oder Behörden behandeln die Tat nach ihrem Recht so, wie wenn die Tat vor oder gegenüber eigenen Gerichten oder Behörden begangen worden wäre.

Artikel 13

Rechtsanwälte

(1) Staatsangehörige einer beteiligten Macht und deutsche Rechtsanwälte dürfen nicht behindert werden, als Verteidiger vor den Gerichten der Streitkräfte gemäß den für diese Gerichte geltenden Regeln und Bestimmungen aufzutreten.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article shall apply *mutatis mutandis* to all proceedings requiring the production of evidence.

4. Subject to the provisions of the present Convention or any other applicable agreement, the privileges and immunities of witnesses and experts before German courts or authorities, and service tribunals or authorities of the Forces, shall be those accorded by the law of the court, tribunal or authority concerned. Appropriate consideration shall also be given to the privileges and immunities which the witness or expert would have before a German court if he is not a member of the Forces, or, if he is a member of the Forces, before a service tribunal of the Power concerned.

5. The authorities of the Forces shall permit, or themselves effect, the service of process upon any person inside an installation, and upon members of the Forces. In all other cases service shall be made or permitted by the appropriate German courts or authorities.

6. Service by German courts and authorities on members of the Forces shall not be effected by publication or advertisement.

Article 12

Obstruction of Justice

Perjury, attempts to obstruct justice, any other criminal offences and contempts committed before or against a German court or authority or a service tribunal or authority of the Forces, and failure to comply with process duly served in accordance with Article 11 of the present Convention shall be dealt with by the court or authority having criminal jurisdiction or disciplinary authority over the person concerned, according to its own law, as if the act had been committed before or against its own courts or authorities.

Article 13

Attorneys

1. Nationals of any Power concerned and German attorneys shall not be hindered from acting as defence counsel before service tribunals in accordance with the rules and regulations prescribed for such service tribunals.

3. — Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent Article s'appliquent *mutatis mutandis* à toutes les procédures nécessitant la production de preuves.

4. — Sous réserve des dispositions de la présente Convention ou de tout autre accord applicable, les privilèges et dispenses dont peuvent se prévaloir les témoins et les experts comparaissant devant les tribunaux allemands ou les autorités allemandes ou devant les tribunaux militaires ou les autorités des Forces, sont ceux accordés par la loi dont relève le tribunal ou l'autorité. Il sera également tenu dûment compte des privilèges et dispenses dont bénéficierait le témoin ou l'expert devant un tribunal allemand, s'il n'est pas membre des Forces, ou, s'il est membre des Forces, devant un tribunal militaire de la Puissance intéressée.

5. — Les autorités des Forces autoriseront ou transmettront elles-mêmes les significations destinées à toutes personnes se trouvant à l'intérieur d'une installation et à tout membre des Forces. Dans tous les autres cas, les tribunaux allemands compétents ou les autorités allemandes compétentes transmettront les significations ou en autoriseront la transmission.

6. — Les tribunaux allemands et les autorités allemandes n'adresseront pas de signification aux membres des Forces par voie de publication ou d'annonce.

Article 12

Obstruction au cours de la justice

Les faux témoignages, les tentatives d'entraver le fonctionnement de la justice, toutes autres infractions et outrages commis devant ou à l'encontre d'un tribunal allemand ou d'une autorité allemande, d'un tribunal militaire ou d'une autorité des Forces, le fait de ne pas donner suite aux citations et ordonnances judiciaires régulièrement signifiées en application de l'Article 11 de la présente Convention, relèveront de la juridiction du tribunal ayant compétence pénale ou de l'autorité ayant compétence disciplinaire, à l'égard de l'auteur ; ce tribunal ou cette autorité appliqueront à ces faits ou omissions leur propre droit, comme s'ils avaient été commis devant ou à l'encontre des tribunaux ou des autorités de leur propre pays.

Article 13

Avocats

1. — Les ressortissants d'une Puissance intéressée et les avocats allemands ne pourront se voir interdire d'exercer en qualité de conseils pour la défense devant les tribunaux militaires, conformément aux règles et règlements applicables à ces tribunaux militaires.

(2) Wer im Staat einer der beteiligten Mächte als Rechtsanwalt zugelassen ist, darf vor deutschen Gerichten in Verfahren, an denen ein Mitglied der Streitkräfte beteiligt ist, neben einem zur Vertretung des Mitglieds der Streitkräfte in diesem Verfahren bevollmächtigten deutschen Rechtsanwalt auftreten, um Ausführungen zu machen.

(3) Soweit in den Absätzen (1) und (2) dieses Artikels nichts anderes bestimmt ist, dürfen ausländische Staatsangehörige im Bundesgebiet nur nach Maßgabe der Vorschriften des deutschen Rechts eine rechtsberatende Tätigkeit ausüben oder vor deutschen Gerichten auftreten.

2. A person admitted to practice as an attorney in the country of one of the Powers concerned may, in proceedings in which a member of the Forces is involved, in association with a German attorney who is authorized to represent the member of the Forces in such proceedings, appear before German courts to make statements (Ausführungen).

3. Except as provided in paragraphs 1 and 2 of this Article, foreign nationals may act as legal consultants, and appear before German courts, in the Federal territory only in accordance with the provisions of German law.

2. — Une personne admise comme avocat dans le pays de l'une des Puissances intéressées peut paraître devant les tribunaux allemands pour faire des déclarations (Ausführungen), au cours d'une procédure où est impliqué un membre des Forces et ce, en collaboration avec un avocat allemand qui aura été chargé de représenter le membre des Forces au cours de la procédure.

3. — Sous réserve des dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent Article, les ressortissants étrangers ne peuvent agir en tant que conseils juridiques et comparaître devant les tribunaux allemands du territoire fédéral que conformément aux dispositions du droit allemand.

Artikel 14

Ausschluß der Öffentlichkeit. Übertragung von Verfahren

Die Vorschriften des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes (§ 172) über den Ausschluß der Öffentlichkeit von Verhandlungen in strafrechtlichen und nicht-strafrechtlichen Verfahren und die Vorschriften der deutschen Strafprozeßordnung (§ 15) über die Möglichkeit der Übertragung von Strafverfahren an das Gericht eines anderen Bezirks finden in Verfahren vor deutschen Gerichten und Behörden, in denen eine Gefährdung der Sicherheit der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder zu besorgen ist, entsprechende Anwendung.

Article 14

Exclusion of Public. Transfer of Proceedings

The provisions of Section 172 of the German Judicature Act on the exclusion of the public from hearings of criminal and non-criminal proceedings, and of Section 15 of the German Code of Criminal Procedure on the transfer of criminal proceedings to a court of a different district, shall be applied *mutatis mutandis* in cases before German courts or authorities where there is a threat to the security of the Forces or their members.

Article 14

Huis clos, renvoi des procédures

Les dispositions du paragraphe 172 de la loi allemande sur l'organisation judiciaire, relatives au huis clos lors des audiences en matière pénale ou non pénale, ainsi que celles du paragraphe 15 du Code allemand de Procédure Criminelle relatives au renvoi des procédures pénales à un tribunal d'un autre district, s'appliquent *mutatis mutandis* aux affaires en instance devant les tribunaux allemands ou devant les autorités allemandes, lorsque la sécurité des Forces ou de leurs membres est menacée.

Artikel 15

Aussagegenehmigung

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (3) dieses Artikels dürfen

(a) deutsche Gerichte oder Behörden in Verfahren, die bei ihnen anhängig sind, keine Person über Informationen, deren Preisgabe die Sicherheit der Streitkräfte oder der beteiligten Macht gefährden würde oder könnte, vernehmen oder eine Aussage darüber zulassen, es sei denn, daß eine Genehmigung der zuständigen Behörde der Streitkräfte oder der beteiligten Macht vorliegt;

(b) Gerichte oder Behörden der Streitkräfte in Verfahren, die bei ihnen anhängig sind, keine Person über deutsche Staats- oder Amtsgeheimnisse vernehmen oder eine Aussage darüber zulassen, es sei denn, daß eine Genehmigung der zuständigen deutschen Behörde vorliegt.

(2) Ergibt sich in einem Verfahren, daß die Preisgabe derartiger Informationen oder Geheimnisse eintreten könnte, so holt das Gericht oder die Behörde, falls nicht auf die Preisgabe verzichtet wird, vor einer Anhörung oder Verhandlung über die Information oder das Geheimnis eine schrift-

Article 15

Disclosure of Information

1. Subject to the provisions of paragraph 3 of this Article,

(a) no German court or authority shall, in any proceeding before it, require or allow any person to disclose information which would or might prejudice the security of the Forces or the Power concerned, except with the consent of the appropriate authority of the Forces or the Power concerned;

(b) no court or authority of the Forces shall, in any proceeding before it, require or allow any person to disclose any German state or official secret, except with the consent of the appropriate German authority.

2. If during proceedings it appears that the disclosure of such information or secret might result, the court or the authority, unless it is decided to dispense with the disclosure, shall, before hearing or dealing with such information or secret, request a written decision of the appropriate

Article 15

Divulgation de renseignements

1. — Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent Article:

(a) les tribunaux allemands et les autorités allemandes, dans les affaires pendantes devant eux, ne peuvent, si ce n'est avec le consentement des autorités compétentes des Forces ou de la Puissance intéressée, inviter ou autoriser une personne à divulguer un renseignement qui porterait atteinte ou pourrait porter atteinte à la sécurité des Forces ou de la Puissance intéressée;

(b) les tribunaux et les autorités des Forces, dans les affaires pendantes devant eux, ne peuvent, si ce n'est avec le consentement des autorités allemandes compétentes, inviter ou autoriser une personne à divulguer un secret d'État allemand ou un secret officiel.

2. — Si, au cours de l'affaire, il apparaît que la divulgation de tels renseignements ou secrets pourrait se produire, le tribunal ou l'autorité, à moins qu'il ne soit décidé de renoncer à la divulgation, demandera, avant d'entendre ou traiter de tels renseignements ou secrets, à l'autorité

liche Entscheidung der zuständigen Behörde darüber ein, ob die nach Absatz (1) dieses Artikels erforderliche Genehmigung erteilt wird. Die Genehmigung wird nicht versagt, wenn nach den Bestimmungen dieses Vertrags oder eines anderen zwischen den Parteien abgeschlossenen Abkommens eine Auskunftspflicht gegenüber den zuständigen Gerichten oder Behörden besteht.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels finden insoweit keine Anwendung, als sie eine an einem Verfahren beteiligte Partei in ihren verfassungsmäßigen Rechten, tatsächliche oder rechtliche Ausführungen zu machen, beschränken würden.

authority as to whether the consent required by paragraph 1 of this Article will be given. The consent will not be refused if, under the terms of the present Convention or any other agreement between the parties, the giving of information to the appropriate courts or authorities is required.

3. The provisions of this Article shall not be applied in such a manner as to limit the constitutional rights of a party to a proceeding to testify or make a factual or legal statement on his own behalf.

compétente de décider par écrit si l'autorisation, requise au paragraphe 1 du présent Article, sera ou non accordée. Cette autorisation ne sera pas refusée si la présente Convention ou tout autre accord conclu entre les parties exige la divulgation de renseignements aux tribunaux compétents ou aux autorités compétentes.

3. — Les dispositions du présent Article ne peuvent s'appliquer de façon à limiter les droits constitutionnels d'une partie à témoigner ou à présenter une déclaration en fait ou en droit pour sa propre défense dans une affaire.

Artikel 16

Amtshandlungen

(1) Wenn in einem strafrechtlichen oder nicht-strafrechtlichen Verfahren vor einem deutschen Gericht oder einer deutschen Behörde über die Frage zu entscheiden ist, ob die Handlung oder Unterlassung, die den Gegenstand des Verfahrens bildet, von der betreffenden Person in Ausübung ihrer Dienstpflichten gegenüber den Streitkräften begangen wurde, so ist das Verfahren auszusetzen und der zuständigen Behörde der Streitkräfte unter Darlegung des Sachverhalts unverzüglich Mitteilung zu machen. Die zuständige Behörde der Streitkräfte wird den Fall untersuchen und innerhalb von einundzwanzig Tagen nach Zugang der Mitteilung dem deutschen Gericht oder der deutschen Behörde eine Bescheinigung über den Umfang des dienstlichen Auftrages zuleiten, den die betreffende Person an dem in Frage stehenden Zeitpunkt und Ort wahrzunehmen hatte. Die Bescheinigung wird von dem rangältesten Vertreter der Streitkräfte, der persönlich Kenntnis von der Angelegenheit hat, unterzeichnet. Die Behörden der Streitkräfte werden alle in Betracht kommenden Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, daß die Bescheinigung in Form und Inhalt gewissenhaft ausgestellt wird. Nach Zugang der Bescheinigung, spätestens jedoch nach Ablauf von einundzwanzig Tagen, nachdem die Mitteilung bei den Behörden der Streitkräfte eingegangen ist, wird das Verfahren fortgesetzt.

(2) Die Behörden der Streitkräfte können die genannte Bescheinigung den deutschen Gerichten oder Behörden auch zuleiten, ohne eine Mitteilung erhalten zu haben.

(3) Die Bescheinigung gilt nur als Beweismittel für den Umfang des dienstlichen Auftrages der betreffenden Person und ist insoweit endgültig. Jedoch darf der Aussteller der Bescheinigung als Zeuge geladen werden, um ihren Inhalt zu erläutern oder zu ergänzen; auch finden die Bestimmungen dieses Absatzes insoweit keine Anwendung, als sie eine an einem

Article 16

Official Acts

1. Whenever, in a criminal or non-criminal proceeding before a German court or authority, it becomes necessary to determine whether the act or omission which is the subject of the proceeding occurred in the performance by the person concerned of official duty for the Forces, the German court or authority shall suspend the proceeding and shall promptly notify the authorities of the Forces, stating the facts of the case. The appropriate authority of the Forces shall investigate the case and within twenty-one days after receipt of the notification transmit to the German court or authority a certificate describing the scope of the official duties of the person concerned at the relevant time and place. The certificate shall be signed by the highest ranking representative of the Forces having personal knowledge of the matter. The authorities of the Forces shall take appropriate measures to ensure that the certificate is compiled conscientiously as to form and content. After receipt of the certificate, but no later than twenty-one days after receipt by the authorities of the Forces of the notification, the proceeding shall be continued.

2. The authorities of the Forces may also submit such certificate to a German court or authority without having received a notification from such court or authority.

3. Such certificate shall be evidence only on the scope of official duties of the person concerned and shall be conclusive to this extent. The person who issued such certificate may, however, be called as a witness to explain or amplify its contents; and further, the provisions of this paragraph shall not be applied in such manner as to limit the constitutional rights of a party to

Article 16

Faits commis dans l'exercice des fonctions

1. — Lorsque, au cours d'une affaire pénale ou autre que pénale, pendante devant un tribunal allemand ou une autorité allemande, il devient nécessaire de déterminer si un acte ou une omission qui fait l'objet de la procédure, a été accompli par la personne en cause dans l'exercice d'une fonction officielle au service des Forces, le tribunal allemand ou l'autorité allemande suspend le cours de l'affaire et en avertit sans délai les autorités des Forces en exposant les faits de la cause. L'autorité compétente des Forces instruira la cause et, dans les vingt et un jours qui suivront la réception de la notification, transmettra au tribunal allemand ou à l'autorité allemande un certificat indiquant l'étendue des fonctions officielles que la personne en question devait remplir à l'époque et au lieu dont il s'agissait. Le certificat sera signé par le plus haut représentant des Forces connaissant personnellement la matière. Les autorités des Forces prendront les mesures nécessaires pour assurer la rédaction consciencieuse du certificat en la forme et quant à la teneur. Après réception du certificat et, au plus tard vingt et un jours après réception de la notification par les autorités des Forces, l'affaire suivra son cours à nouveau.

2. — Les autorités des Forces peuvent également soumettre un tel certificat au tribunal allemand ou à l'autorité allemande sans avoir reçu de notification de ce tribunal ou de cette autorité.

3. — Ce certificat doit fournir seulement la preuve de l'étendue des fonctions officielles de la personne en cause et sera décisif à cet égard. La personne qui a délivré le certificat peut, toutefois, être convoquée en qualité de témoin en vue de fournir des explications ou des précisions complémentaires; en outre, les dispositions du présent paragraphe ne peuvent

Verfahren beteiligte Partei in ihren verfassungsmäßigen Rechten, tatsächliche oder rechtliche Ausführungen zu machen, beschränken würden. Deutsche Gerichte oder deutsche Behörden erkennen der Tatsache, daß die Handlung oder Unterlassung in Ausübung eines dienstlichen Auftrages erfolgt ist, insoweit rechtliches Gewicht und rechtliche Wirkung zu, als sie hierzu nach deutschem Recht berechtigt sind.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels finden in den in Artikel 8 des Finanzvertrags geregelten Fällen keine Anwendung.

a proceeding to testify or make a factual or legal statement on his own behalf The German court or authority shall give to the fact that the act or omission constituted the performance of official duty such legal weight and effect as it is entitled to under German law.

4. The provisions of this Article shall not apply to cases under Article 8 of the Finance Convention

s'appliquer de façon à limiter les droits constitutionnels d'une partie à présenter une déclaration en fait ou en droit pour sa propre défense dans une affaire Le tribunal allemand ou l'autorité allemande donnera au fait que l'acte ou l'omission constitue l'exercice d'une fonction officielle, tous effets et valeur juridique qui lui sont accordés par le droit allemand.

4. — Les dispositions du présent Article ne s'appliquent pas aux cas prévus à l'Article 8 de la Convention Financière.

DRITTER TEIL

Verwaltung und Versorgung

ABSCHNITT I

Einzelne Verwaltungsgebiete

Artikel 17

Verkehr

(1) Die Streitkräfte und ihre Mitglieder sind berechtigt, mit Kraftfahrzeugen, Schiffen und Luftfahrzeugen, deren Eigentümer sie sind oder die von ihnen oder in ihrem Namen betrieben werden, in das Bundesgebiet einzufahren und einzufliegen, sich darin oder darüber zu bewegen und es zu verlassen, ohne anderen als den in diesem Vertrage enthaltenen Beschränkungen unterworfen zu sein. Die Bundesrepublik sichert den Streitkräften und ihren Mitgliedern die Benutzung aller deutschen öffentlichen Verkehrswege und Wasserstraßen und das Recht zu, das Bundesgebiet zu überfliegen und von den den Streitkräften zur Verfügung stehenden Flugplätzen zu starten, auf ihnen zu landen und sie zu benutzen. Die Streitkräfte haben, soweit es für die Sicherheit der Streitkräfte oder zu Übungszwecken erforderlich ist, Anspruch auf Benutzung des Luftraumes und der Flugplätze im Bundesgebiet mit der Maßgabe, daß die Benutzung ziviler Flugplätze zu Übungszwecken bei den deutschen Behörden zu beantragen ist; dieser Antrag bedarf der vorherigen Genehmigung der obersten Luftkommandostelle der beteiligten Streitkräfte.

(2) Die Betriebsrechte der deutschen Eisenbahnen bleiben unberührt. Rollendes Material, das Eigentum der Streitkräfte ist oder von ihnen gemietet oder ausschließlich benutzt wird, kann in das Bundesgebiet herein- und aus ihm hinausgebracht werden Es ist zur Beförderung durch die deutschen Eisenbahnen zugelassen, wenn es im allgemeinen mit deren Betriebsmethoden vereinbar ist.

PART THREE

Administration and Support

SECTION I

Rights and Obligations

Article 17

Movement

1. The Forces and their members shall be entitled to enter, move within and over and depart from the Federal territory with vehicles, vessels and aircraft owned or operated by them or on their behalf without restriction except as contained in the present Convention. The Federal Republic shall ensure to the Forces and their members the use of all German public highways and waterways, and the right to fly in the air space of the Federal territory and to depart from, land on and use the airfields at the disposal of the Forces. The Forces shall be entitled to such use of the air space and airfields in the Federal territory as may be necessary for the security of the Forces or for their training, provided that the use of civil airfields for training purposes shall be requested from the German authorities, such request having been approved by the highest Air Headquarters of the Forces concerned.

2. The operating rights of the German railways shall remain unaffected. Rolling stock owned, rented, or exclusively used by the Forces may be brought into, and taken out of, the Federal territory. It shall be accepted for movement by the German railways if it can be operated in general conformity with the traffic operating methods of the latter.

TITRE TROISIÈME

Administration et Aide matérielle

PREMIÈRE PARTIE

Droits et Obligations

Article 17

Mouvements

1. — Les Forces et leurs membres ont le droit d'entrer, de se déplacer sur le territoire fédéral, de le survoler, et de le quitter avec les véhicules, les navires, les aéronefs dont ils sont propriétaires, qu'ils dirigent ou qui sont dirigés pour leur propre compte, sans autres restictions que celles qui sont contenues dans la présente Convention La République Fédérale garantit aux Forces et à leurs membres l'usage de toutes voies de communication publiques et voies navigables allemandes ainsi que le droit de survoler le territoire fédéral, d'utiliser les aérodromes à la disposition des Forces, d'y atterrir et d'en décoller. Les Forces sont habilitées à faire usage de l'espace aérien et des aérodromes du territoire fédéral qui s'avéreraient nécessaires pour la sécurité des Forces et leur entrainement, pourvu que l'utilisation des aérodromes civils à des fins d'entrainement soit demandée aux autorités allemandes et que cette demande ait reçu l'approbation de l'Etat-Major de l'Air le plus important des Forces intéressées.

2. — Il ne sera pas porté atteinte aux droits d'exploitation des chemins de fer allemands Le matériel roulant appartenant aux Forces, loué ou utilisé exclusivement par elles, sera autorisé à circuler par les chemins de fer allemands, si dans l'ensemble il peut être exploité conformément aux méthodes allemandes d'exploitation.

(3) Soweit in diesem Vertrage oder in anderen einschlägigen Abkommen nichts anderes bestimmt ist, gelten die deutschen Verkehrsgesetze, -verordnungen und -vorschriften für die Streitkräfte und ihre Mitglieder. Abweichungen von deutschen Verkehrsvorschriften sind den Streitkräften in Fällen dringender militärischer Erfordernisse unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gestattet. Derartige Abweichungen sind jedoch für den Eisenbahnverkehr nur im Einvernehmen zwischen den Streitkräften und der zuständigen Eisenbahnverwaltung statthaft.

3. Unless otherwise provided in this Convention or in any other applicable agreement, German traffic laws, ordinances and regulations shall apply to the Forces and their members. Deviations from German traffic regulations shall be permissible to the Forces in cases of military exigency, with due regard to public safety and order. For railway traffic such deviations shall be permitted only by agreement between the Forces and the competent railway administration.

3. — Sous réserve d'autres dipositions figurant dans la présente Convention ou dans tout autre accord applicable, les lois, les ordonnances et les prescriptions allemandes en matière de circulation s'appliquent aux Forces et à leurs membres. Des dérogations en faveur des Forces sont autorisées en cas de nécessité militaire en tenant dûment compte de la sécurité et de l'ordre publics. Pour la circulation ferroviaire, ces dérogations ne sont autorisées que par accord entre les Forces et l'administration ferroviaire compétente.

(4) Kraftfahrzeuge, Seeschiffe und Luftfahrzeuge der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder können von den Behörden der Streitkräfte zugelassen oder registriert werden und sind von ihnen mit Nummernschildern oder anderen geeigneten Erkennungszeichen zu versehen Vorbehaltlich der jeweils anwendbaren internationalen Vorschriften gelten dieselben Bestimmungen für Binnenschiffe der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder, jedoch unter Ausschluß von Schiffen mit fünfzehn oder mehr Tonnen Tragfähigkeit, die Eigentum von Mitgliedern der Streitkräfte sind. Im Falle einer Zulassung durch die deutschen Behörden dürfen diese die übliche Zulassungsgebühr erheben, die keine Form der Besteuerung einschließt. Die Behörden der beteiligten Macht treffen die angemessenen Sicherheitsmaßnahmen, gewährleisten die technische Überwachung der von ihnen zugelassenen Kraftfahrzeuge, Schiffe und Luftfahrzeuge und teilen erforderlichenfalls auf Ansuchen der deutschen Behörde Namen und Anschrift des Eigentümers eines von ihnen zugelassenen Kraftfahrzeuges, Schiffes oder Luftfahrzeuges mit.

4. The vehicles, sea-going vessels and aircraft of the Forces or their members may be licensed or registered, and shall be provided with licence plates or other identification as appropriate, by the authorities of the Forces. Subject to the international regulations applicable in each case, the same provisions shall apply to inland water craft of the Forces or their members, excluding craft owned by members of the Forces of 15 tons carrying capacity or over. In the case of licensing by German authorities, these authorities may collect the normal licence fee, which shall not include any form of taxation. The authorities of the Power concerned shall take adequate safety measures for, and shall ensure the technical supervision of, the vehicles, vessels and aircraft licensed by them and shall, where necessary, and at the request of the German authority, furnish the name and address of the owner of a vehicle, aircraft or vessel licensed by them.

4. — Les véhicules, les navires de mer et les aéronefs des Forces ou de leurs membres peuvent être autorisés et enregistrés par les autorités des Forces qui les doteront de plaques d'immatriculation ou de toutes autres marques d'identification appropriées. Sous réserve des règlements internationaux applicables dans chaque cas, les mêmes dispositions s'appliqueront aux bâtiments fluviaux des Forces ou de leurs membres, à l'exclusion des bâtiments appartenant à des membres des Forces et dont la capacité de chargement atteint ou dépasse 15 tonnes. Lorsque l'autorisation est donnée par les autorités allemandes, ces autorités peuvent percevoir le droit d'immatriculation habituel qui ne doit comprendre aucun impôt. Les autorités de la Puissance intéressée doivent prendre les mesures de sécurité appropriées à l'égard des véhicules, des navires et des aéronefs autorises par elles, assurer leur surveillance technique et fournir, le cas échéant, à la demande des autorités allemandes, les noms et adresses des propriétaires de ces véhicules, navires ou aéronefs.

(5) Die Streitkräfte sind in bezug auf ihre Kraftfahrzeuge von allen deutschen Vorschriften befreit, welche die Achslast oder das Gesamtgewicht der Kraftfahrzeuge beschränken. Kraftfahrzeuge, die Eigentum der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder sind oder von ihnen betrieben werden, sind von deutschen Gesetzen, Vorschriften oder polizeilichen Maßnahmen befreit, die Änderungen oder Ergänzungen in dem Bau, der Ausführung oder Ausrüstung der Fahrzeuge erfordern würden, wie z. B. bei Erkennungszeichen, Warnsignalen, Bremsen, Beleuchtung und Richtungsanzeigern.

5. The Forces shall with regard to their vehicles be exempt from all German regulations limiting axle loads or the total weights of vehicles. Vehicles owned or operated by the Forces or by their members shall be exempt from German laws, regulations or police measures requiring changes or additions in the construction, design or equipment of vehicles, such as markings, warning signals, brakes, lighting and direction indicators.

5. — Les Forces ne sont assujetties, en ce qui concerne leurs véhicules, à aucun des règlements allemands qui limitent la charge par essieu ou le poids total en charge des véhicules. Les véhicules possédés ou dirigés par les Forces ou par leurs membres ne sont pas soumis aux lois allemandes, aux règlements allemands ou aux mesures de police qui pourraient prescrire de modifier ou de compléter la construction, les caractéristiques ou l'équipement des véhicules tel que plaque d'immatriculation, appareils avertisseurs, freins, système d'éclairage et indicateurs de changement de direction.

(6) Von den zuständigen Behörden der beteiligten Macht ausgestellte Urkunden, die Mitglieder der Streitkräfte zum Führen von Kraftfahrzeugen, Seeschiffen oder Luftfahrzeugen berechtigen, sind im Bundesgebiet gültig. Die Berechtigung zum Führen von Binnenschiffen, die durch die Streitkräfte zugelassen sind, richtet sich nach den Vorschriften der Streitkräfte, in denen die deutschen und, soweit anwendbar, die internationalen Binnenschiffahrtsvorschriften gebührend berücksichtigt werden.

6. Documents isued by the appropriate authorities of the Power concerned to a member of the Forces which authorize him to operate vehicles, sea-going vessels or aircraft shall be valid in the Federal territory. Authorization to operate inland water vessels licensed by the Forces shall be governed by regulations of the Forces, which shall take due account of German and, where applicable, international waterway regulations.

6. — Les documents établis par les autorités compétentes de la Puissance intéressée en faveur d'un membre des Forces et l'autorisant à piloter un véhicule, un navire de mer, ou un aéronef, sont valables sur le territoire fédéral. Les autorisations de piloter des bâtiments fluviaux fournis par les Forces sont régies par les règlements des Forces qui tiendront dûment compte des règlements fluviaux allemands et, le cas échéant, internationaux dans la mesure où ces derniers sont applicables.

(7) Die Mitglieder der Streitkräfte dürfen ihnen gehörende private Kraftfahrzeuge und Luftfahrzeuge im Bundesgebiet nur benutzen oder ihre Benutzung gestatten, wenn sie gegen die Haftung aus dieser Benutzung versichert sind. Art und Höhe des erforderlichen Versicherungsschutzes bestimmen sich nach deutschem Recht. Die Versicherung kann auch bei Versicherungsunternehmen abgeschlossen werden, die zur Ausübung dieser Tätigkeit im Gebiet der beteiligten Macht berechtigt und im Rahmen der Bestimmungen über Devisenkontrolle nach Erklärung der beteiligten Macht in der Lage sind, Schadenersatzansprüche im Bundesgebiet und in der Währung der Bundesrepublik zu befriedigen.

7. Members of the Forces shall use or permit to be used in the Federal territory private vehicles and aircraft belonging to them only if such vehicles or aircraft are insured against liability arising out of such use. The required insurance coverage, both in type and amount, shall be determined in accordance with German law This insurance may, however, be effected with any insurance enterprise entitled to carry on such activity in the territory of the Power concerned and able under the exchange control regulations, according to a declaration of the Power concerned, to pay claims in the Federal territory and in the currency of the Federal Republic.

7. — Les membres des Forces n'utilisent ou ne sont autorisés à utiliser, sur le territoire fédérale, des véhicules et aéronefs privés leur appartenant que s'ils sont assurés contre les responsabilités résultant de leur utilisation. Le type et le montant de garantie des polices d'assurances nécessaires seront fixés conformément aux dispositions du droit allemand. L'assurance peut toutefois être contractée auprès de toute compagnie d'assurance qui a le droit d'exercer son activité sur le territoire de la Puissance intéressée et qui est en mesure, en vertu des règlements applicables en matière de contrôle des changes et conformément à une déclaration de la Puissance intéressée, d'indemniser les sinistres sur le territoire fédéral et en monnaie de la République Fédérale.

(8) Es wird ein Ständiger Ausschuß errichtet, bestehend aus Vertretern der Behörden der Bundesrepublik und Vertretern der zuständigen Behörden der Drei Mächte. Der Ausschuß hat die Aufgabe, eine wirksame Koordinierung zwischen der zivilen und militärischen Luftfahrt sicherzustellen.

8. A Standing Commission shall be established, to be composed of representatives of the appropriate authorities of the Three Powers and of representatives of the authorities of the Federal Republic. The duty of this Commission shall be to guarantee effective co-ordination between civil and military air activities.

8. — Il sera établi une Commission Permanente qui sera composé de représentants des autorités compétentes des Trois Puissances et de représentants des autorités de la République Fédérale. Les fonctions de cette Commission seront de garantir une coordination efficace entre les activités aériennes, civiles et militaires.

(9) Alle von den Bundesbehörden und den Streitkräften errichteten und betriebenen Kontrollsysteme für Luftverkehr und die dazu gehörigen Fernmeldesysteme werden technisch und verwaltungsmäßig koordiniert, soweit es erforderlich ist, um die Sicherheit des Luftverkehrs und die gemeinsame Verteidigung zu gewährleisten.

9. All air traffic control and related communications systems developed and carried on by the Federal authorities and by the Forces shall be technically and administratively coordinated to the extent necessary to ensure air traffic safety and the common defence

9. — L'ensemble du contrôle de la navigation aérienne et les systèmes de transmissions connexes établis et exploités par les autorités fédérales et par les Forces seront coordonnés sur le plan technique et administratif dans la mesure nécessaire pour assurer la sécurité de la navigation aérienne et la défense commune.

(10) Die Genehmigung zu Luftaufnahmen durch Privatpersonen oder zivile Stellen und zur Herstellung und Verteilung von Abzügen und Negativen hiervon erteilen die deutschen Behörden vorbehaltlich der Sicherheitsüberprüfung durch die Behörden der Streitkräfte. Der Ständige Ausschuß bestimmt das Verfahren für die Sicherheitsüberprüfung.

10. Permission for aerial photography by private individuals or civilian agencies, and the production and distribution of prints and negatives therefrom, shall be given by the German authorities, subject to security clearance by the authorities of the Forces. The methods of security clearance shall be determined by the Standing Commission.

10. — Sous réserve d'un contrôle de sécurité par les autorités des Forces, les autorités allemandes permettront à des personnes privées ou à des organismes civils de prendre des photographies aériennes, d'en produire et d'en distribuer des épreuves et des clichés. Les méthodes relatives au contrôle de la sécurité seront fixées par la Commission Permanente.

Artikel 18

Post- und Fernmeldewesen

(1) Die Streitkräfte haben das Recht, Militärpostämter zur Behandlung der Postsachen und Telegramme der Streitkräfte und ihrer Mitglieder untereinander, mit Militärpostämtern in anderen Ländern und mit ihren Heimatstaaten einzurichten und zu betreiben. Austauschämter zwischen den Militärpostämtern und den Bundespostämtern können eingerichtet werden. Der Ort dieser Ämter wird im Einvernehmen zwischen den zuständigen Behörden der Bundesrepublik und der Streitkräfte festgelegt.

(2) Die Streitkräfte haben ferner das Recht, innerhalb ihrer Anlagen und in ihren militärischen Land-, Luft- und Wasserfahrzeugen ihre eigenen Fernmeldeanlagen, einschließlich Rundfunksender, für Mitglieder der Streit-

Article 18

Communications

1. The Forces shall have the right to establish and operate military post offices for the purpose of handling postal and telegraphic matter of the Forces and their members between themselves, with military post offices in other countries and with their home countries. Exchange offices between the military post offices and the Federal Post offices may be established. The location of these offices will be fixed in agreement between the competent authorities of the Federal Republic and of the Forces.

2. Furthermore, the Forces shall have the right to establish, operate and maintain their own communications (which include telecommunications and radio facilities), and broadcasting for the members of the Forces,

Article 18

Transmissions

1. — Les Forces ont le droit d'établir et de faire fonctionner des bureaux de poste militaire chargés d'assurer les opérations postales et télégraphiques des Forces et de leurs membres entre eux, avec les bureaux de poste militaire sis dans d'autres pays et avec leur métropole. Des bureaux d'échange entre les bureaux militaires et ceux de la Bundespost peuvent être établis. L'emplacement de ces bureaux est fixé par accord entre les autorités compétentes de la République Fédérale et celles des Forces.

2. — Les Forces ont, en outre, le droit d'établir, de faire fonctionner et d'entretenir, à l'intérieur de leurs installations et sur leurs véhicules militaires, leurs aéronefs et leurs navires, dans la mesure requise pour

kräfte zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten, soweit diese für militärische Zwecke erforderlich sind.

(3) Außerhalb ihrer Anlagen benutzen die Streitkräfte im Regelfall die deutschen öffentlichen Fernmeldeeinrichtungen. Die Streitkräfte können jedoch eigene Fernmeldeeinrichtungen außerhalb ihrer Anlagen errichten, betreiben und unterhalten,

(a) soweit es Gründe der militärischen Sicherheit zwingend erfordern;

(b) soweit und solange die deutschen Behörden nicht in der Lage sind oder im Einvernehmen mit den Streitkräften darauf verzichten, die erforderlichen Einrichtungen zu errichten;

(c) zeitweilig für militärische Übungen.

Die Behörden der Streitkräfte werden von den ihnen nach Satz 2 dieses Absatzes zustehenden Rechten in den Fällen von (a) nur nach angemessener Konsultation, in den Fällen von (b) nur im Einvernehmen mit den deutschen Behörden Gebrauch machen.

(4) Die von den Streitkräften selbst errichteten und betriebenen Einrichtungen können an das öffentliche Fernmeldenetz der Bundesrepublik angeschlossen werden, wenn sie mit diesem technisch und betrieblich vereinbar sind. Die Übergangsstellen werden jeweils im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.

(5) Die im Anhang B zu diesem Vertrag enthaltenen Bestimmungen gelten für Funkfrequenzen, die von Funkstationen benutzt werden, die durch die Streitkräfte betrieben oder benutzt werden. Diese Bestimmungen treten gleichzeitig mit diesem Vertrag in Kraft.

(6) Die Mitglieder der Streitkräfte können gebührenfrei und ohne Einzelgenehmigung Rundfunkempfangsgeräte aufstellen und benutzen.

(7) Die Behörden der beteiligten Macht üben die vollständige Kontrolle über die im Bundesgebiet liegenden, als FK 12 und FK 41 bezeichneten Kabel einschließlich der zugehörigen Ausrüstung aus.

within their installations and in their military vehicles, vessels and aircraft, insofar as they are required for military purposes.

3. Outside their installations the Forces shall normally use the German public telecommunications facilities. The Forces may, however, erect, operate and maintain communications facilities of their own outside their installations

(a) so far as compellingly necessary on the basis of military security;

(b) so far and so long as the German authorities are not in a position to erect, or in understanding with the Forces forego the erection of, the necessary facilities;

(c) temporarily for military exercises.

The authorities of the Forces shall make use of the rights given them under the second sentence of this paragraph, in cases under sub-paragraph (a) only after appropriate consultation, and in cases under sub-paragraph (b) only in agreement, with the German authorities.

4. The facilities erected and operated by the Forces themselves may be interconnected with the public network of the Federal Republic if they are technically and operationally compatible with it. The places of interconnection shall be as mutually agreed.

5. The provisions contained in Annex B to the present Convention shall apply with respect to radio frequencies used by radio stations which are operated or used by the Forces. These provisions shall enter into force at the same time as the present Convention.

6. The members of the Forces may, whithout payment of a fee and without individual authorization, erect and use wireless receiving apparatus.

7. Complete control of the cables identified as FK-12 and FK-41 lying within the Federal territory, including the associated equipment, shall be exercised by the authorities of the Power concerned.

atteindre les buts militaires, leurs propres moyens de transmissions, y compris les systèmes de télécommunications et de radio, ainsi que la radiodiffusion pour les membres des Forces.

3. — A l'extérieur de leurs installations les Forces utilisent, en règle générale, les moyens publics allemands de transmissions. Les Forces peuvent, toutefois, établir, faire fonctionner et entretenir leurs propres moyens de transmissions, à l'extérieur de leurs installations:

(a) dans la mesure où la sécurité militaire l'exige de façon impérative;

(b) dans la mesure où et aussi longtemps que les autorités allemandes ne sont pas à même d'établir les moyens nécessaires, ou renoncent, en accord avec les Forces, à les établir;

(c) d'une façon temporaire, aux fins d'exercices militaires.

Les autorités des Forces ne feront usage des droits mentionnés à la deuxième phrase du présent paragraphe, dans le cas de l'alinéa (a) qu'après consultation appropriée et dans le cas de l'alinéa (b) qu'en accord avec les autorités allemandes.

4. — Les moyens établis et exploités par les Forces elles-mêmes peuvent être reliés au réseau public de la République Fédérale s'ils sont, sur le plan technique et sur le plan du fonctionnement, compatibles avec les services de transmissions publics. Les lieux d'interconnexion sont fixés en accord.

5. — Les dispositions figurant à l'Annexe «B» de la présente Convention s'appliquent aux fréquences radio utilisées par les stations radio exploitées ou utilisées par les Forces. Ces dispositions entrent en vigueur en même temps que la présente Convention.

6. — Les membres des Forces peuvent, sans acquitter de taxe et sans autorisation individuelle, établir et utiliser des appareils récepteurs sans fil.

7. — Les autorités de la Puissance intéressée exercent un contrôle complet sur les câbles situés sur le territoire de la République Fédérale et connus sous le nom FK 12 et FK 41, ainsi que sur leurs installations connexes.

Artikel 19

Manöver und Übungen

(1) Die Streitkräfte sind berechtigt, im Bundesgebiet Manöver und sonstige Übungen abzuhalten. Werden solche Manöver oder andere Übungen außerhalb ihrer Anlagen durchgeführt, so benachrichtigen die Streitkräfte die zuständigen deutschen Behörden recht-

Article 19

Manoeuvres and Training Exercises

1. The Forces shall have the right to conduct manoeuvres and other training exercises throughout the Federal territory. When such manoeuvres or other exercises are carried out outside their installations, the Forces shall inform the competent

Article 19

Manœuvres et exercices d'entraînement

1. — Les Forces ont le droit de se livrer à des manœuvres et à d'autres exercices d'entraînement sur l'ensemble du territoire fédéral. Lorsque ces manœuvres ou autres exercices se déroulent en dehors de leurs installations, les Forces informent en

zeitig vor Beginn derartiger Manöver oder Übungen davon Die für die zufriedenstellende Durchführung dieser Manöver oder Übungen erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen werden auf Antrag der Streitkräfte von den deutschen Behörden nach angemessener vorheriger Konsultation getroffen; dies gilt jedoch mit der Maßgabe, daß die Streitkräfte an der Durchführung dieser Maßnahmen mitwirken können.

(2) Die von den deutschen Behörden getroffenen Verwaltungsmaßnahmen werden genügend weit gehalten sein, daß sie den Streitkräften selbst gestatten, die Einzelmaßnahmen zu treffen, die gegebenenfalls zur Erreichung des militärischen Zweckes des Manövers oder der Übung erforderlich sind.

German authorities in good time before the commencement of such manoeuvres and exercises Any administrative measures required for the satisfactory execution of such manoeuvres or exercises shall, upon request of the Forces, be taken by the German authorities after reasonable previous consultation; provided that the Forces may co-operate in the carrying out of such measures.

2. The administrative measures taken by the German authorities shall be sufficiently broad to permit the Forces themselves to take such particular measures as may be necessary to the achievement of the military aim of the manoeuvres or exercises.

temps utile les autorités allemandes compétentes du commencement de ces manœuvres et exercices Les mesures administratives nécessaires pour l'exécution satisfaisante de ces manœuvres ou exercices seront prises, à la demande des Forces, par les autorités allemandes apres les consultations préalables adéquates, étant entendu que les Forces pourront coopérer à l'exécution de ces mesures.

2. — Les mesures administratives prises par les autorités allemandes seront suffisamment générales pour permettre aux Forces elles-mêmes de prendre telles mesures particulières qui pourraient s'avérer nécessaires pour atteindre le but militaire de ces manœuvres ou exercices.

Artikel 20

Verteidigungsanlagen und Schutzmaßnahmen

(1) Unmittelbar der Verteidigung dienende Anlagen und Werke sowie Sicherheitsvorrichtungen errichtet und ändert die Bundesrepublik in dem Ausmaße, den Gegenden und der Ausführungsart, wie sie für die gemeinsame Verteidigung erforderlich sind. Sofern ein besonderes Geheimhaltungs- oder Sicherheitserfordernis vorliegt, können die Streitkräfte nach vorheriger Konsulation der Bundesregierung derartige Anlagen und Werke selbst errichten oder ändern.

(2) Die Bundesregierung arbeitet mit den Streitkräften zusammen, um zu gewährleisten, daß die aus besonderen Sicherheitsgründen erforderlichen militärischen und zivilen Schutzmaßnahmen von den deutschen Behörden und den Streitkräften unverzüglich wirksam durchgeführt werden können. Sie wird dafür Sorge tragen, daß die zur Durchführung dieser Schutzmaßnahmen erforderlichen Vorbereitungen rechtzeitig und in ausreichendem Maße getroffen werden.

(3) Maßnahmen auf Grund dieses Artikels unterliegen der Zuständigkeit des in Artikel 9 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten angeführten Schiedsgerichts, falls im öffentlichen oder privaten Eigentum stehende Vermögenswerte ernstlich dadurch geschädigt worden sind oder geschädigt werden können. Artikel 12 der Satzung des Schiedsgerichts findet auf derartige Maßnahmen Anwendung, falls dadurch wesentlichen Werten nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt werden würde.

Article 20

Defensive Works and Measures

1. Installations and works directly serving the purpose of defence, as well as safety installations, shall be erected or adapted by the Federal Republic in such amounts areas and types as are needed for the common defence. Where there is a special need for secrecy or security, the Forces themselves may erect or adapt such installations or works, provided that there is prior consultation with the Federal Government

2. The Federal Government shall cooperate with the Forces in order to ensure that military and civil measures of protection necessary to meet special security requirements can be implemented by the Forces and the German authorities efficiently and without delay It shall provide that the preparations necessary for the implementation of such measures of protection will be done in time and in a sufficient amount.

3. Measures taken under this Article shall be subject to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal referred to in Article 9 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, provided that publicly or privately owned property has been or will be seriously damaged thereby Article 12 of the Charter of the Arbitration Tribunal shall apply to such measures provided that irremediable damage may be caused thereby to substantial values.

Article 20

Ouvrages et mesures de défense

1. — Les installations et les ouvrages destinés directement à la défense, ainsi que les installations de sécurité, seront érigés ou adaptés par la République Fédérale dans la mesure, aux emplacements et d'après les types qui seront nécessaires pour la défense commune. Lorsque des besoins spéciaux de secret ou de sécurité l'exigeront, les Forces pourront ériger ou adapter elles-mêmes ces installations ou ces ouvrages, sous réserve qu'une consultation préalable ait lieu avec la République Fédérale.

2. — Le Gouvernement Fédéral coopérera avec les Forces en vue d'assurer que les mesures militaires et civiles de protection, nécessaires pour faire face aux exigences spéciales de sécurité, soient appliquées par les Forces et les autorités allemandes d'une manière efficace et sans retard. Il fera en sorte que les préparatifs nécessaires à l'application de ces mesures de protection soient effectués en temps utile et dans une mesure suffisante.

3. — Les mesures prises en vertu du présent Article relèveront de la compétence du Tribunal d'Arbitrage, visé à l'Article 9 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, pour autant que des dommages sérieux à des biens publics ou privés en sont résultés ou en résultent. L'Article 12 de la Charte du Tribunal d'Arbitrage s'appliquera à ces mesures pour autant que des dommages irrémédiables à des biens d'une valeur considérable puissent en résulter.

Artikel 21

Rechte der Streitkräfte in bezug auf Anlagen

(1) Innerhalb ihrer Anlagen und über ihnen können die Behörden der Streitkräfte alle im Interesse der Durchführung ihrer Aufgabe notwendigen Maß-

Article 21

Rights of the Forces respecting Installations

1. Within and over their installations, the authorities of the Forces may take all the measures necessary for the accomplishment of their mis-

Article 21

Droits des Forces en ce qui concerne les installations

1. — A l'intérieur et au-dessus de leurs installations, les autorités des Forces pourront prendre toutes les mesures nécessaires à l'exercice de

nahmen unter der Voraussetzung treffen, daß sie die deutschen Vorschriften auf den Gebieten der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit befolgen, soweit nicht ihre eigenen Vorschriften auf diesen Gebieten gleichwertige oder höhere Anforderungen stellen. Soweit ihre eigenen Vorschriften auf den Gebieten der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit solche Anforderungen nicht stellen, sowie auf anderen Gebieten, sofern nicht in diesem Vertrage oder in einem anderen einschlägigen Abkommen eine besondere Regelung getroffen worden ist, können die Behörden der Streitkräfte ihre eigenen Vorschriften unter der Voraussetzung anwenden, daß sie hierdurch nicht die öffentliche Gesundheit, Sicherheit und Ordnung außerhalb der Anlagen gefährden. Sie teilen den deutschen Behörden rechtzeitig mit, in welchem Umfange sie von den deutschen Vorschriften auf den Gebieten der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit abzuweichen beabsichtigen.

(2) Soweit die Behörden der Streitkräfte die einschlägigen deutschen Vorschriften innerhalb ihrer Anlagen nicht selbst zu vollziehen beabsichtigen, treffen sie mit den zuständigen deutschen Behörden entsprechende Vereinbarungen, welche die militärischen Erfordernisse und die Erfordernisse der deutschen Verwaltung gleichmäßig berücksichtigen.

(3) Soweit Gebäude sich nur teilweise im Besitz der Streitkräfte befinden, gelten diese Teile für die Zwecke dieses Artikels nicht als Anlagen, wenn sie Mitgliedern der Streitkräfte als Wohnungen dienen.

(4) Auf Antrag der Streitkräfte überwachen oder beschränken die deutschen Behörden in der Umgebung von Anlagen die Bautätigkeit sowie den Verkehr von Personen, Tieren, Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen und Ballonen in dem Ausmaß, das im Interesse der gemeinsamen Verteidigung zum wirksamen Betrieb und zur Sicherung der Anlagen erforderlich ist.

sion, provided that they shall observe German regulations in the fields of public health and safety unless their own regulations in such fields prescribe equal or higher standards. Insofar as their own regulations in the fields of public health and safety do not prescribe such standards, and also in other fields, the authorities of the Forces may, except as otherwise provided in this Convention or in any other applicable agreement, apply their own regulations, provided that in so doing they do not endanger public health, safety and order outside the installations. They shall notify the German authorities in good time of the extent to which they are departing from German regulations in the fields of public health and safety.

2. Where the authorities of the Forces do not themselves intend to implement within their installations applicable German regulations, they shall reach agreements with the competent German authorities which take into account equally military requirements and the requirements of the German administration.

3. Where buildings are partly occupied by (im Besitz) the Forces, the parts so occupied shall not be regarded as installations for the purposes of this Article if they are used as dwellings for members of the Forces.

4. The German authorities shall, upon request of the Forces, supervise or restrict in the vicinity of installations building activities and the movement of persons, animals, all types of vehicles, vessels, aircraft and balloons to the extent necessary, in the interest of common defence, for the effective operation of such installations and their security.

leurs fonctions, pourvu qu'elles observent les règlements allemands dans le domaine de l'hygiène et de la sécurité publique, à moins que leurs propres règlements n'établissent des normes similaires ou plus sévères dans ces domaines. Dans la mesure où leurs règlements, dans les domaines de l'hygiène et de la sécurité publique et dans d'autres domaines ne prévoient pas de telles normes et à moins qu'il n'en soit disposé autrement dans la présente Convention ou dans tout autre accord applicable, les autorités des Forces pourront appliquer leurs propres règlements sous réserve que, ce faisant, elles ne menacent pas l'hygiène, la sécurité et l'ordre publics hors de leurs installations. Elles tiendront informées, en temps utile, les autorités allemandes compétentes de la mesure dans laquelle elles s'écartent de la réglementation allemande en matière d'hygiène, de sécurité et d'ordre publics.

2. — Lorsque les autorités des Forces n'auront pas l'intention d'assurer elles-mêmes l'exécution des lois allemandes au sein de leurs installations, elles devront se mettre d'accord avec les autorités allemandes compétentes qui prendront en considération de manière égale les besoins militaires et les besoins de l'administration allemande.

3. — Lorsque des immeubles sont partiellement occupés (im Besitz) par les Forces, les parties ainsi occupées ne devront pas, au sens du présent Article, être considérées comme installations si elles sont utilisées comme logement par les membres des Forces.

4. — Les autorités allemandes, à la demande des Forces, surveilleront ou restreindront les constructions et le mouvement des personnes, des animaux, des véhicules de tous types, des navires, des aéronefs et des ballons dans le voisinage des installations, dans la mesure nécessaire à la sauvegarde des intérêts de la défense commune et en vue d'assurer le fonctionnement efficace et la sécurité de ces installations.

Artikel 22

Anlagen, Archive, Dokumente, Eigentum und Postsendungen

Anlagen, Archive, Dokumente und, unbeschadet der Bestimmungen der Absätze (2) und (3) des Artikels 7 dieses Vertrags, Eigentum der Streitkräfte sowie als solche erkennbare Postsendungen der Streitkräfte und durch die Postdienste der Streitkräfte beförderte Postsendungen von Mitgliedern der Streitkräfte unterliegen nicht dem Zutritt, der Durchsuchung, der Beschlagnahme oder der Zensur durch deutsche Behörden; diese Bestimmung findet keine Anwendung, soweit die Behörden der Streitkräfte im Einzelfall oder für bestimmte Gruppen von Fällen auf diese Immunität verzichten.

Article 22

Installations, Archives, Documents, Property and Mail

Installations, archives, documents and, subject to the provisions of paragraphs 2 and 3 of Article 7 of the present Convention, property of the Forces and also mail of the Forces recognizable as such, and mail of members of the Forces which is sent through the postal systems of the Forces shall be immune from entry, search, seizure and censorship by the German authorities unless in any case or category of cases such immunity is waived by the authorities of the Forces.

Article 22

Installations, Archives, Documents, Biens et Courrier

Les installations, les archives, les documents et, sous réserve des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'Article 7 de la présente Convention, les biens des Forces, ainsi que le courrier des Forces identifiable comme tel, le courrier des membres des Forces adressé par l'intermédiaire des services postaux des Forces, bénéficient de l'immunité en ce qui concerne le droit d'accès, de perquisition, de saisie ou de censure par les autorités allemandes; cette disposition n'est pas applicable si les autorités des Forces renoncent à l'immunité dans un cas particulier ou dans une catégorie de cas.

Artikel 23

Polizei der Streitkräfte

(1) Die zuständigen Dienststellen der Streitkräfte haben das Recht, innerhalb des Bundesgebietes auf öffentlichen Straßen, in öffentlichen Lokalen und öffentlichen Verkehrsmitteln Streife zu gehen und gegenüber Mitgliedern der Streitkräfte tätig zu werden, um Ordnung und Manneszucht aufrechtzuerhalten.

(2) Ihre Befugnisse gegenüber Personen, die der deutschen Gerichtsbarkeit unterliegen, bestimmen sich nach Artikel 7 dieses Vertrags.

Article 23

Police of the Forces

1. The competent agencies of the Forces shall have the right to patrol on public ways, in places of public resort and on public transport in the Federal territory and to take action with respect to members of the Forces, in order to maintain order and discipline.

2. Their powers with respect to persons subject to German jurisdiction shall be determined in accordance with Article 7 of the present Convention.

Article 23

Police des Forces

1. — Les services compétents des Forces ont le droit de patrouiller sur la voie publique, dans les lieux publics et dans les moyens de transports publics en territoire fédéral, ainsi que de prendre des mesures à l'égard des membres des Forces en vue de maintenir l'ordre et la discipline.

2. — Leurs pouvoirs à l'égard des personnes relevant de la juridiction allemande sont fixés conformément à l'Article 7 de la présente Convention.

Artikel 24

Identifizierung von Mitgliedern der Streitkräfte

(1) Die Mitglieder der Streitkräfte sind durch die zuständigen Behörden der beteiligten Macht mit Personalausweisen auszustatten, die Namen, Geburtsdatum und Dienstgrad des Inhabers und eine Nummer enthalten und, falls der Inhaber keine Uniform trägt, mit einem Lichtbild versehen sind.

(2) Angehörige sind in ihren Personalausweisen als solche zu bezeichnen.

(3) Mitglieder der Streitkräfte haben sich auf Ansuchen der zuständigen deutschen Behörden über ihre Person auszuweisen.

(4) Soweit nicht in Artikel 25 dieses Vertrags etwas anderes bestimmt ist, gelten die gemäß Absatz (1) dieses Artikels ausgestellten Personalausweise als endgültiger Identitätsnachweis.

(5) Mitglieder der Streitkräfte, die auf Grund eines Marschbefehls in Gruppen unter militärischer Führung reisen, werden durch ihre Uniform endgültig ausgewiesen.

(6) Soweit erforderlich, gilt eine Bescheinigung der zuständigen Behörden der beteiligten Macht, daß eine Person ein Mitglied der Streitkräfte im Sinne des Artikels 1 dieses Vertrags ist, als endgültiger Beweis dieser Tatsache.

Article 24

Identification of Members of the Forces

1. The members of the Forces shall be provided by the appropriate authorities of the Power concerned with identity documents which shall indicate the name, date of birth and rank of the holder and shall bear a serial number and, unless the holder is in uniform, a photograph.

2. Dependants shall be designated as such in their identity documents.

3. Members of the Forces shall give proof of their identity upon the request of the competent German authorities.

4. Subject to the provisons of Article 25 of the present Convention, identity documents furnished in accordance with paragraph 1 of this Article shall constitute conclusive proof of identity.

5. When members of the Forces are travelling in groups under orders and military command, their uniforms shall be conclusive proof of identity.

6. When necessary, certification by the appropriate authorities of the Power concerned that a person is a member of the Forces within the definition of Article 1 of the present Convention shall be conclusive proof thereof.

Article 24

Identification des membres des Forces

1. — Les membres des Forces doivent être munis par les autorités compétentes de la Puissance intéressée de pièces d'identité indiquant le nom, la date de naissance et le grade du titulaire, portant un numéro d'ordre et comportant, à moins que le titulaire ne soit en uniforme, une photographie.

2. — Les membres des familles sont désignés comme tels sur leurs pièces d'identité.

3. — Les membres des Forces justifieront de leur identité à la demande des autorités allemandes compétentes.

4. — Sous réserve des dispositions de l'Article 25 de la présente Convention, les pièces d'identité délivrées conformément au paragraphe 1 du présent Article constituent une preuve décisive de l'identité.

5. — Lorsque les membres des Forces voyagent en groupe sur ordre et sous commandement militaire, l'uniforme qu'ils portent constitue la preuve décisive de leur identité.

6. — En cas de nécessité, un certificat, délivré par les autorités compétentes de la Puissance intéressée et attestant qu'une personne a la qualité de membre des Forces au sens de la définition de l'Article 1 de la présente Convention, constitue une preuve décisive de cette qualité.

Artikel 25

Grenz- und Ausländerkontrolle

(1) Mitglieder der Streitkräfte, außer Angehörigen, die sich gemäß Artikel 24 dieses Vertrags ordnungsgemäß ausweisen, sind zur unbeschränkten Einreise in das Bundesgebiet und Ausreise aus ihm berechtigt. Angehörige

Article 25

Frontier and Alien Control

1. Members of the Forces, other than dependants, who properly identify themselves in accordance with Article 24 of the present Convention, shall be entitled to unrestricted entry into, and exit from, the Federal terri-

Article 25

Contrôle des Frontières et des Étrangers

1. — Les membres des Forces, autres que les membres des familles, qui justifient régulièrement de leur identité, conformément aux dispositions de l'Article 24 de la présente Convention ont le droit d'entrer librement sur le

sind hierzu bei Vorlage eines gültigen Passes berechtigt, aus dem ihre Eigenschaft als Angehörige hervorgeht.

(2) Die Behörden der beteiligten Macht können an von ihnen besonders bezeichneten Grenzstellen an der Kontrolle der Reiseausweise von Mitgliedern der Streitkräfte mitwirken.

(3) Mitglieder der Streitkräfte unterliegen nicht den Bestimmungen des deutschen Rechts über die Registrierung und Kontrolle von Ausländern.

(4) Mitglieder der Streitkräfte erwerben kein Recht auf ständigen Aufenthalt oder Wohnsitz im Bundesgebiet. Verliert ein Mitglied der Streitkräfte diese seine Eigenschaft im Sinne des Artikels 1 dieses Vertrags, verbleibt es aber im Bundesgebiet, so haben die zuständigen Behörden der Streitkräfte dies den deutschen Behörden unverzüglich mitzuteilen. Auf eine solche Person sind die allgemeinen ausländerpolizeilichen Vorschriften anzuwenden.

tory. Dependants shall be entitled to such entry and exit upon producing a valid passport indicating their status as such.

2. The authorities of the Power concerned may, at frontier points specified by them, participate in the control of travel documents of members of the Forces.

3. Members of the Forces shall not be subject to German legislation concerning the registration and control of aliens.

4. Members of the Forces shall not acquire the right to permanent residence or domicile in the Federal territory. If a person ceases to be a member of the Forces but remains in the Federal territory, the appropriate authorities of the Forces shall notify the German authorities as soon as possible. The general police provisions concerning aliens shall apply to such persons.

territoire fédéral et d'en sortir de même. Les membres des familles ont le droit d'entrer sur le territoire fédéral et d'en sortir en produisant un passeport valable indiquant leur qualité de membres des familles.

2. — Les autorités de la Puissance intéressée peuvent participer, aux postes frontaliers déterminés par elles, au contrôle des titres de circulation des membres des Forces.

3. — Les membres des Forces ne sont pas soumis à la législation allemande relative à l'enregistrement et au contrôle des étrangers.

4. — Les membres des Forces n'acquièrent pas le droit de résider de façon permanente ou d'être domiciliés sur le territoire fédéral. Si une personne cesse d'être membre des Forces, mais continue à résider sur le territoire fédéral, les autorités compétentes des Forces en avertissent aussitôt que possible les autorités allemandes. Les dispositions générales en matière de police concernant les étrangers s'appliquent à ces personnes.

Artikel 26

Ein- und Ausreise

Die deutschen Behörden arbeiten im Rahmen der Bestimmungen des Grundgesetzes und im Rahmen der internationalen Abkommen über den Reiseverkehr mit den Behörden der Drei Mächte zusammen, um zu verhindern, daß Personen in das Bundesgebiet einreisen oder von dort ausreisen, deren Einreise oder Ausreise von den Behörden einer oder mehrerer der Drei Mächte als der Sicherheit der Streitkräfte abträglich erachtet wird. Unter der Sicherheit der Bundesrepublik im Sinne der deutschen Bestimmungen über Einreise in das Bundesgebiet und Ausreise aus demselben ist auch die Sicherheit der Streitkräfte zu verstehen.

Article 26

Entry and Exit

The German authorities shall cooperate with the authorities of the Three Powers, within the scope of the Basic Law and international agreements on travel, in preventing the entry into, or the exit from, the Federal territory of persons whose entry or departure is regarded by the authorities of any one or more of the Three Powers as prejudicial to the security of the Forces. For the purposes of German laws and regulations respecting entry into, and exit from, the Federal territory, the security of the Federal Republic shall be deemed to include the security of the Forces.

Article 26

Entrée et Sortie

Les autorités allemandes coopèrent avec les autorités des Trois Puissances, dans le cadre de la Loi Fondamentale et des accords internationaux en matière de circulation, en vue d'empêcher l'entrée sur le territoire fédéral ou la sortie de ce territoire, des personnes dont l'entrée ou le départ sont considérés par les autorités de l'une ou de plus d'une des Trois Puissances comme étant de nature à porter atteinte à la sécurité des Forces. Au sens des lois et des règlements allemands concernant le contrôle de l'entrée et de la sortie du territoire fédéral, la sécurité de la République Fédérale sera interprétée comme comprenant la sécurité des Forces.

Artikel 27

Auslieferung

(1) Über Ersuchen um Auslieferung von Mitgliedern der Streitkräfte entscheidet die beteiligte Macht.

(2) Die deutschen Behörden teilen den zuständigen Behörden der Drei Mächte schriftlich mit, wenn sie ein Auslieferungsersuchen von einer anderen Regierung als derjenigen einer der Drei Mächte erhalten, es sei denn, daß eine solche Auslieferung nach deutschem Recht unzulässig ist.

(3) Innerhalb von einundzwanzig Tagen nach dem Eingang der Mitteilung gemäß Absatz (2) dieses Artikels können die Behörden einer oder mehrerer der Drei Mächte den

Article 27

Extradition

1. The Power concerned shall decide on requests for extradition of members of the Forces.

2. The German authorities shall give written notification to the appropriate authorities of the Three Powers when they receive a request for extradition from a Government other than that of one of the Three Powers, unless such extradition is prohibited by German law.

3. Within twenty-one days after receipt of notification under paragraph 2 of this Article, the authorities of any one or more of the Three Powers may notify the German authorities of their

Article 27

Extradition

1. — La Puissance intéressée statue sur toute demande d'extradition de membres des Forces.

2. — Les autorités allemandes avertissent par écrit les autorités compétentes des Trois Puissances de la réception d'une demande d'extradition émanant d'un Gouvernement autre que celui de l'une des Trois Puissances, à moins que l'extradition ne soit interdite par le droit allemand.

3. — Dans les vingt et un jours qui suivront la réception de la notification visée au paragraphe 2 du présent Article, les autorités de l'une ou de plus d'une des Trois Puissances peu-

deutschen Behörden mitteilen, daß sie aus Sicherheitsgründen Einwendungen gegen die Auslieferung erheben

(4) Beabsichtigen die deutschen Behörden dennoch, die Auslieferung zu bewilligen, so wird die Sache zur Entscheidung über die Berechtigung der auf Grund von Absatz (3) dieses Artikels erhobenen Einwendungen einem Schiedsrichter unterbreitet, der nicht die Staatsangehörigkeit einer der Parteien des Streitfalles oder des ersuchenden Staates besitzt und von dem Präsidenten oder einem Vizepräsidenten des im Artikel 9 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten bezeichneten Schiedsgerichtes ernannt wird. Seine Entscheidung ist für alle Parteien verbindlich und unanfechtbar.

(5) Bis zum Ablauf der in Absatz (3) dieses Artikels genannten Frist von einundzwanzig Tagen und bis zur Entscheidung des Streitfalles durch den Schiedsrichter führen die deutschen Behörden ohne Zustimmung der Behörden der die Einwendungen erhebenden Macht oder Mächte die Auslieferung nicht durch.

objection to such extradition on grounds of security.

4. If the German authorities nevertheless intend to grant such extradition, the matter shall be submitted for decision concerning the justification for the objections made under paragraph 3 of this Article to an arbitrator, who shall not be of the nationality of any of the parties to the disagreement or the extradition request and shall be appointed by the President or a Vice-President of the Arbitration Tribunal referred to in Article 9 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany. His decision shall be binding on all parties and shall not be subject to review.

5. Until the period of twenty-one days under paragraph 3 of this Article has expired and until the disagreement has been decided by the arbitrator, the German authorities shall not carry out the extradition without the consent of the authorities of the objecting Power or Powers.

vent faire part aux autorités allemandes de leurs objections à l'extradition pour des raisons de sécurité.

4. — Si les autorités allemandes désirent néanmoins accorder cette extradition, le cas est soumis à un arbitre qui décide de la valeur des objections présentées en application du paragraphe 3 du présent Article. L'arbitre ne doit être de la nationalité ni de l'une des parties en cause ni de l'État qui demande l'extradition et il est désigné par le Président ou l'un des Vice-Présidents du Tribunal d'Arbitrage visé à l'Article 9 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne. Cette décision liera toutes les parties et ne pourra faire l'objet d'aucun recours.

5. — En attendant l'expiration du délai de vingt et un jours, prévu au paragraphe 3 du présent Article, et jusqu'à ce que l'arbitre ait statué en la cause, les autorités allemandes n'opéreront pas l'extradition sans le consentement des autorités de la Puissance ou des Puissances qui ont présenté des objections.

Artikel 28

Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet

(1) Die beteiligte Macht hat das alleinige Recht, Mitglieder der Streitkräfte aus dem Bundesgebiet zu entfernen.

(2) Sind die Behörden der Drei Mächte der Auffassung, daß der Aufenthalt einer Person im Bundesgebiet ihre Sicherheit gefährdet, so können sie den deutschen Behörden die nach dem Grundgesetz zulässigen Maßnahmen hinsichtlich des Aufenthaltes dieser Person empfehlen.

Article 28

Right of Presence in the Federal Territory

1. The Power concerned shall have the exclusive right to remove members of the Forces from the Federal territory.

2. If the authorities of the Three Powers are of the opinion that the presence of a person in the Federal territory endangers their security, they may recommend that the German authorities take in respect of his presence such measures as are permitted by the Basic Law.

Article 28

Droit de séjour sur le territoire fédéral

1. — La Puissance intéressée a le droit exclusif d'éloigner des membres des Forces du territoire fédéral.

2. — Si les autorités des Trois Puissances estiment que la présence d'une personne sur le territoire fédéral porte atteinte à leur sécurité, elles peuvent recommander aux autorités allemandes de prendre toutes mesures autorisées par la Loi Fondamentale en ce qui concerne sa présence sur ce territoire.

Artikel 29

Tragen von Waffen

(1) Die Behörden der Streitkräfte haben das Recht, die Voraussetzungen zu regeln, unter denen Personen, die bei den Streitkräften beschäftigt sind, innerhalb von Anlagen oder soweit ihr Dienst das Tragen von Waffen erfordert, Waffen besitzen und gebrauchen dürfen. Die Bestimmungen über den Waffengebrauch werden sich im Rahmen des deutschen Notwehrrechts halten.

(2) Die in Absatz (1) dieses Artikels bezeichneten Personen müssen im Besitz eines von den Behörden der Streitkräfte ausgestellten Waffenscheins sein. Waffenscheine dürfen nur für Personen ausgestellt werden, gegen deren Zuverlässigkeit keine begründeten Bedenken bestehen. Als Waffenschein gilt auch ein Dienstausweis, der mit einer entsprechenden Eintragung versehen ist.

Article 29

Bearing of Arms

1. The authorities of the Forces shall have the right to prescribe the conditions under which persons employed in the service of the Forces may bear and use arms within an installation or so far as their duties necessitate the bearing of arms. The regulations about the use of arms shall conform to the German law on "self-defence" (Notwehr).

2. The persons referred to in paragraph 1 of this Article must be in possession of a firearms certificate issued by the authorities of the Forces. Firearms certificates may be issued only to persons against whose reliability there are no valid objections. A suitably endorsed identity card shall also be considered a firearms certificate.

Article 29

Port d'armes

1. — Les autorités des Forces ont le droit de déterminer les conditions en vertu desquelles les personnes employées par les Forces peuvent porter ou utiliser des armes à l'intérieur d'une installation ainsi que la mesure dans laquelle les fonctions desdites personnes nécessitent le port d'armes. Les règlements concernant l'usage des armes doivent être conformes au droit allemand en matière de légitime défense (Notwehr).

2. — Les personnes visées au paragraphe 1 du présent Article doivent être munies d'un permis de port d'armes à feu, délivré par les autorités des Forces. Les permis de port d'armes à feu ne peuvent être délivrés qu'aux personnes dont l'honorabilité ne saurait être sérieusement mise en doute. Une carte d'identité annotée d'une manière appropriée peut tenir également lieu de permis de port d'armes à feu.

Artikel 30

Gesundheitswesen

(1) Die deutschen Behörden und die Behörden der Streitkräfte arbeiten in Fragen des Gesundheitswesens und der sanitären Maßnahmen in vollem Umfange zusammen, insbesondere im Hinblick auf die Kontrolle ansteckender Krankheiten; die Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf den Austausch von Informationen und statistischem Material.

(2) Auf Antrag der Behörden der Streitkräfte treffen die deutschen Behörden in der Umgebung von Anlagen der Streitkräfte diejenigen gesundheitlichen und sanitären Maßnahmen, die zum Schutz der Gesundheit der Streitkräfte erforderlich sind. Sind die deutschen Behörden nicht in der Lage, hinsichtlich der Müllabfuhr, der Ungezieferbekämpfung oder der Wassereinigung in Gebieten außerhalb von Städten angemessene Maßnahmen zur Erfüllung der militärischen Erfordernisse zu treffen, so können die Streitkräfte selbst diese Maßnahmen ergreifen. In Städten, in denen Streitkräfte stationiert sind, treffen die städtischen Behörden und die Behörden der Streitkräfte Vereinbarungen über die Normen für die Wasserreinigung, um eine von Ansteckungskeimen freie Wasserversorgung der Streitkräfte sicherzustellen.

Article 30

Health and Sanitation

1. The authorities of the Forces and the German authorities shall extend to each other the fullest co-operation in matters concerning health and sanitation, particularly with respect to the control of communicable diseases; such co-operation shall extend to the exchange of information and statistics.

2. In the vicinity of installations of the Forces the German authorities shall, at the request of the authorities of the Forces, take such health and sanitation measures as are necessary to protect the health of the Forces. When the German authorities are not in a position to take action adequate to meet military requirements with respect to the disposal of waste, insect and rodent control, or water purification in areas outside cities, the Forces may themselves take such measures. Standards for the purification of water in cities where Forces are stationed will be agreed upon by the authorities of the Forces and the municipal authorities to guarantee a water supply free from contamination to the Forces.

Article 30

Santé et hygiène

1. — Les autorités des Forces et les autorités allemandes se prêtent une assistance mutuelle totale en matière d'hygiène et de santé, particulièrement en ce qui concerne la lutte contre les maladies contagieuses, y compris l'échange de renseignements et de statistiques.

2. — Dans le voisinage des installations des Forces, les autorités allemandes prendront, à la demande des autorités des Forces, toutes mesures d'ordre hygiénique et sanitaire nécessaires à la protection de la santé des Forces. Lorsque les autorités allemandes ne sont pas à même de prendre les mesures adéquates pour faire face aux besoins militaires en ce qui concerne l'enlèvement des ordures, la lutte contre les insectes et les rongeurs, la désinfection des eaux dans les secteurs situés en dehors des villes, les Forces peuvent prendre elles-mêmes de telles mesures. Les normes pour la désinfection des eaux dans les villes où sont stationnés les membres des Forces seront fixées par accord entre les autorités municipales et les autorités des Forces en vue de garantir aux Forces un ravitaillement en eau ne présentant aucun danger de contamination.

Artikel 31

Todesfälle und Bestattungswesen

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen eines besonderen Abkommens sind die Behörden der Streitkräfte berechtigt, Friedhöfe anzulegen und zu unterhalten sowie unter Beachtung angemessener, von ihnen selbst zu bestimmender hygienischer Vorschriften Maßnahmen für die Bestattung, Exhumierung und Überführung von Leichen von Mitgliedern der Streitkräfte zu treffen.

(2) Die Behörden der beteiligten Macht können den Leichnam eines im Bundesgebiet verstorbenen Mitglieds der Streitkräfte in ihre Obhut nehmen und darüber verfügen; sie können ferner über seine persönliche Habe verfügen, nachdem die im Bundesgebiet entstandenen Schulden des Verstorbenen gegenüber Personen, die nicht Mitglieder der Streitkräfte sind, geregelt worden sind. Dies gilt nicht, wenn der Verstorbene seinen gewöhnlichen Aufenthalt in dem Bundesgebiet hatte.

Article 31

Deaths and Burials

1. Subject to the provisions of any special agreement, the authorities of the Forces shall have the right to establish and maintain cemeteries and to arrange for burial, disinterment and movement of the bodies of members of the Forces in compliance with adequate hygienic regulations to be determined by themselves.

2. The authorities of the Power concerned may take charge and dispose of the body of a member of the Forces who dies in the Federal territory, and may dispose of his personal property after the debts of the deceased person incurred in the Federal territory and owing to persons not members of the Forces have been settled. This provision shall not apply if the deceased person was ordinarily resident in the Federal territory.

Article 31

Décès et inhumation des membres des Forces

1. — Les autorités de la Puissance intéressée peuvent prendre en charge le corps d'un membre des Forces, décédé sur le territoire fédéral, et en disposer; elles peuvent également disposer des effets personnels de celui-ci, après extinction de ses dettes nées en territoire fédéral et dues à des personnes non membres des Forces. Ces dispositions ne s'appliquent pas lorsque la personne décédée résidait habituellement sur le territoire fédéral.

2. — Sous réserve des dispositions de tout accord particulier, les autorités des Forces ont le droit d'établir et d'entretenir des cimetières et de prendre des dispositions pour l'inhumation, l'exhumation et le déplacement des corps des membres des Forces, conformément aux règlements appropriés d'hygiène qu'elles édicteront.

Artikel 32

Devisenverkehr

(1) Die Behörden der beteiligten Macht sind berechtigt, Zahlungsmittel nicht-deutscher Währung sowie Zahlungsanweisungen oder Militärgutscheine, die auf die Währung einer be-

Article 32

Foreign Currency

1. The authorities of the Power concerned shall have the right to import, export, possess and, subject to the provisions of paragraph 2 of this Article, distribute to the members of the

Article 32

Monnaies étrangères

1. — Les autorités de la Puissance intéressée ont le droit d'importer, d'exporter, de posséder et, sous réserve des dispositions du paragraphe 2 du présent Article, de distri-

teiligten Macht lauten, einzuführen, auszuführen, zu besitzen und unter Beachtung der Bestimmungen von Absatz (2) dieses Artikels an die Mitglieder der Streitkräfte auszugeben.

(2) Die Behörden der beteiligten Macht können ihre Mitglieder mit Zahlungsanweisungen und Militärgutscheinen, die auf die Währung der beteiligten Macht lauten, oder in deutscher Währung oder in der Währung ihres Landes bezahlen; sie führen jedoch ein System der Bezahlung in der Währung ihres Landes nur im Benehmen mit der Bundesregierung ein.

(3) Um eine Gefährdung der deutschen devisenwirtschaftlichen Interessen zu vermeiden, treffen die Behörden der beteiligten Macht im Zusammenwirken mit der Bundesregierung geeignete Maßnahmen gegen einen Mißbrauch der Bestimmungen von Absatz (1) und (2) dieses Artikels.

(4) Die Mitglieder der Streitkräfte unterliegen so lange nicht der deutschen Devisengesetzgebung, als die Behörden der Streitkräfte im Zusammenwirken mit den deutschen Behörden und in Anlehnung an das jeweils geltende deutsche Devisenrecht geeignete Maßnahmen zur Wahrung der deutschen devisenwirtschaftlichen Interessen ergreifen.

Forces any non-German currency or instruments or scrip expressed in the currency of the Power concerned.

2. The authorities of the Power concerned may pay their members in instruments or scrip expressed in the currencies of the Power concerned, or in German currency, or in their own national currency; provided that they shall introduce a system of payment in their own national currency only after consultation with the Federal Government.

3. In order to avoid endangering German foreign exchange interests, the authorities of the Power concerned, in co-operation with the Federal Government, shall take appropriate measures against any abuse of the provisions of paragraphs 1 und 2 of this Article.

4. The members of the Forces shall not be subject to German foreign exchange legislation, provided that the authorities of the Forces in co-operation with the German authorities take appropriate measures, on the basis of the German foreign exchange legislation currently in force, to safeguard German foreign exchange interests.

buer aux membres des Forces toutes monnaies non allemandes ou tous instruments ou monnaies militaires exprimés dans la monnaie de l'une des Trois Puissances.

2. — Les autorités de la Puissance intéressée peuvent payer leurs membres à l'aide d'ordres de paiement ou de bons militaires libellés dans la monnaie de la Puissance intéressée ou en monnaie allemande ou dans leur propre monnaie nationale; un tel système de paiement en monnaie nationale ne peut cependant être introduit qu'après consultation du Gouvernement Fédéral.

3. — En vue de sauvegarder les intérêts allemands en matière de contrôle des changes, les autorités de la Puissance intéressée prennent, en collaboration avec le Gouvernement Fédéral, les mesures nécessaires pour éviter tout abus dans l'application des dispositions du présent Article.

4. — Les membres des Forces ne sont pas soumis à la législation allemande en matière de changes, pour autant que les autorités des Forces prennent, en coopération avec les autorités allemandes et en se basant sur la législation allemande en matière de changes en vigueur à l'époque, les mesures nécessaires pour sauvegarder les intérêts allemands en matière de changes.

Artikel 33

Steuern

(1) (a) Waren, die einer Verbrauchsteuer unterliegen, sind von der Verbrauchsteuer befreit, wenn sie von den Streitkräften unmittelbar aus einem inländischen Herstellungsbetrieb bezogen werden. Das gilt nicht für die Verbrauchsteuern auf Tabak, Kaffee, Tee, Zucker, Branntwein, Schaumwein und Benzin sowie für die zur Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaues erhobene Abgabe von der Kohle. Die Steuerbefreiung gilt nur für Einkäufe durch die amtlichen Beschaffungsstellen der Streitkräfte zum Gebrauch oder Verbrauch durch die Streitkräfte oder ihre Mitglieder.

(b) Die Streitkräfte stellen bei jedem Bezug verbrauchsteuerbarer Waren, für die Steuerbefreiung gemäß Unterabsatz (a) dieses Absatzes beansprucht wird, eine Bescheinigung aus, in der bestätigt wird, daß die Waren, die nach Gattung und Menge genau zu bezeichnen sind, ausschließlich für den Gebrauch oder Verbrauch durch die Streitkräfte oder ihre Mitglieder bestimmt sind.

(c) (gestrichen).

(2) (a) Lieferungen und sonstige Leistungen an die Streitkräfte, die von einer amtlichen Beschaffungsstelle der Streitkräfte in Auftrag gegeben worden sind, sind von der

Article 33

Taxation

1. (a) Goods which are subject to excise tax shall be exempt from the tax if they are procured by the Forces directly from a German manufacturer. This shall not apply to the excise taxes on tobacco, coffee, tea, sugar, alcohol, sparkling wines and gasoline, nor to the levy imposed on coal to subsidize coal miners' housing. The exemption shall apply only if the goods are procured by the official procurement agencies of the Forces for the use of, or consumption by, the Forces or their members.

(b) When procuring excisable goods on which exemption is claimed in accordance with sub-paragraph (a) of this paragraph, the Forces shall certify that the goods, which shall be described exactly as to type and quantity, are intended for the exclusive use of, or consumption by, the Forces or their members.

(c) Deleted.

2. (a) Goods delivered to, and services for, the Forces which are procured by official procurement agencies of the Forces shall be exempt from the turnover tax, provided that

Article 33

Impôts

1. — (a) Les marchandises soumises à l'impôt de consommation sont exemptées de cet impôt lorsqu'elles sont acquises par les Forces directement d'une entreprise productrice allemande. Cette disposition n'est pas applicable aux impôts de consommation sur le tabac, le café, le thé, le sucre, les eaux-de-vie, les vins mousseux et l'essence, ni à la taxe prélevée sur le charbon pour subventionner la construction de logements de mineurs. L'exemption fiscale ne s'applique qu'aux marchandises acquises par les services d'achat officiels des Forces, pour être utilisées ou consommées par les Forces ou leurs membres.

(b) Lors de chaque achat de marchandises assujetties à l'impôt de consommation, dont l'exemption fiscale est demandée conformément à l'alinéa (a) du présent paragraphe, les Forces délivreront une attestation certifiant que ces marchandises, dont la nature et la quantité devront être spécifiées exactement, sont exclusivement destinées à être utilisées ou consommées par les Forces ou leurs membres.

(c) Supprimé.

2. — (a) Toutes fournitures et autres prestations au profit des Forces, commandées par un service d'achat officiel des Forces, sont exemptées de l'impôt sur le chiffre d'affaires,

Umsatzsteuer befreit, vorausgesetzt, daß sich die Lieferung oder die sonstige Leistung auf Gegenstände bezieht, die für den Gebrauch oder den Verbrauch durch die Streitkräfte oder ihre Mitglieder bestimmt sind. Der Unternehmer ist verpflichtet, bei Berechnung des Entgelts für die Lieferung oder sonstige Leistung die Umsatzsteuer außer Ansatz zu lassen.

(b) Wird bei Lieferungen der in Unterabsatz (a) dieses Absatzes genannten Art das Entgelt in der Währung der beteiligten Macht entrichtet, so hat der Lieferer neben der Befreiung nach Unterabsatz (a) dieses Absatzes auf Antrag Anspruch auf Vergütung der Umsatzsteuervorbelastung in Höhe der Ausfuhrvergütung nach § 16 Absatz (2) des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung vom 1. September 1951. Die Vergütung ist vom Entgelt für die Lieferungen abzusetzen.

(c) Wird die Befreiung von der Steuer gemäß Unterabsatz (a) oder die Vergütung gemäß Unterabsatz (b) dieses Absatzes in Anspruch genommen, so bescheinigt die amtliche Beschaffungsstelle der Streitkräfte dem Lieferer, daß der Gegenstand der Lieferung oder sonstigen Leistung ausschließlich für den Gebrauch oder Verbrauch der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder bestimmt ist.

(d) Lieferungen an die Streitkräfte gelten als Lieferungen im Großhandel.

(3) (a) Die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder wird, soweit eine Regelung in diesem Vertrage nicht getroffen ist, durch das am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichnete Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der durch das Protokoll vom 26. Juli 1952 abgeänderten Fassung festgelegt.

(b) (gestrichen).

such goods or services are for the use of, or consumption by, the Forces or their members. Suppliers shall exclude the turnover tax in the calculation of the price of such goods or services.

(b) Where, in the case of goods and services referred to in sub-paragraph (a) of this paragraph, payment is made in the currency of the Power concerned, the supplier shall, on application, be entitled to a refund of the turnover tax already paid on the goods to the extent of the export refund under paragraph 16 (2) of the Turnover Tax Law, in the version of 1 September 1951, as well as to the exemption accorded in sub-paragraph (a). Such refund shall be deducted from the price of the goods or services.

(c) Where the exemption from, or refund of, the turnover tax is claimed under sub-paragraph (a) or (b) of this paragraph, the official procurement agency of the Forces shall certify to the seller that the goods or the service is for the exclusive use of, or consumption by, the Forces or their members.

(d) Deliveries to the Forces shall be deemed to be wholesale deliveries.

3. (a) The tax treatment of the Forces and their members shall be governed, to the extent that provision is not made in the present Convention, by the Agreement on the Tax Treatment of the Forces and their Members signed at Bonn on 26 May 1952, as amended by the Protocol signed at Bonn on 26 July 1952.

(b) Deleted.

à condition que ces fournitures ou autres prestations concernent des objets destinés à être utilisés ou consommés par les Forces ou leurs membres. L'entrepreneur est tenu de ne pas inclure l'impôt sur le chiffre d'affaires dans le calcul du prix de la fourniture ou prestation.

(b) Si, pour les fournitures prévues à l'alinéa (a) du présent paragraphe le prix est acquitté dans la monnaie de la Puissance intéressée, le fournisseur a le droit de demander en plus de l'exonération prévue à l'alinéa (a) du présent paragraphe, le remboursement des sommes antérieurement prélevées au titre de l'impôt sur le chiffre d'affaires, et ce, à concurrence de l'indemnité d'exportation prévue à l'alinéa 2 de l'Article 16 de la Loi relative à l'impôt sur le chiffre d'affaires, et la teneur du 1er septembre 1951. Les sommes remboursées sont à défalquer du prix de la fourniture ou prestation.

(c) Lorsque l'exemption ou le remboursement de l'impôt sur le chiffre d'affaires est demandé en vertu de l'alinéa (a) du présent paragraphe pour l'exemption ou de l'alinéa (b) pour le remboursement, le service d'achat officiel des Forces est tenu de certifier au fournisseur que la fourniture ou autre prestation est destinée à l'usage exclusif ou à la consommation des Forces et de leurs membres.

(d) Toute founiture effectuée au profit des Forces est à considérer comme fourniture du commerce en gros.

3. — (a) Dans la mesure où la présente Convention ne prévoit pas de réglementation à cet effet, le régime fiscal des Forces et de leurs membres sera réglementé par l'Accord relatif au Régime Fiscal applicable aux Forces et aux Membres des Forces signé à Bonn le 26 mai 1952 et amendé par le Protocole signé à Bonn le 26 juillet 1952.

(b) Supprimé.

Artikel 34

Zollrechtliche Behandlung der Streitkräfte

(1) Nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrags und jedes anderen Abkommens zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten oder einer von ihnen sind die Streitkräfte grundsätzlich von der deutschen Zollgesetzgebung und -kontrolle und von den deutschen Bestimmungen befreit, die für das Verbringen von Sachen in das oder aus dem Bundesgebiet gelten.

Article 34

Customs Treatment of the Forces

1. Subject to the provisions of the present Convention and of any other agreement between the Federal Republic and the Three Powers or any one of them, the Forces shall in principle be exempt from German customs legislation and control and German regulations governing the movement of property into or out of the Federal territory.

Article 34

Traitement douanier des Forces

1. — Sous réserve des dispositions de la présente Convention et de tout accord entre la République Fédérale et les Trois Puissances ou l'une d'entre elles, les Forces ne sont pas soumises, en principe, à la législation et au contrôle douaniers allemands, ni aux règlements allemands régissant les mouvements de biens à l'entrée sur le territoire fédéral ou à la sortie de celui-ci.

(2) Die Streitkräfte dürfen die in ihrem Eigentum stehenden oder für ihren eigenen Gebrauch oder den ihrer Mitglieder bestimmten Sachen frei von Zöllen und sonstigen Bundesabgaben und von Beschränkungen und Verboten in das oder aus dem Bundesgebiet verbringen. Die von den Streitkräften im Bundesgebiet gegen Zahlung in der Währung ihres Heimatlandes erworbenen Waren werden im Sinne dieses Artikels als aus dem Bundesgebiet ausgeführt und durch die Streitkräfte eingeführt behandelt. Die Streitkräfte befolgen die deutschen Bestimmungen zum Schutze der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen.

2. The Forces may bring into, and take out of, the Federal territory their property and property intended for their use or that of their members, without payment of any duties or other Federal taxes, and without restrictions or prohibitions. Goods purchased in the Federal territory by the forces against payment in the currency of their country shall, for the purposes of this Article, be treated as exported from the Federal territory and imported by the Forces. The Forces shall observe German regulations designed to preserve the health of humans, animals and plants.

2. — Les Forces peuvent faire entrer sur le territoire fédéral ou en faire sortir leurs biens et les biens destinés à leur usage et à celui de leurs membres sans paiement de droits ou autres taxes fédérales et sans restrictions ou interdictions. Les biens achetés sur le territoire fédéral par les Forces contre paiement dans leur monnaie nationale sont traités, au sens du présent Article, comme s'ils étaient exportés du territoire fédéral et importés par les Forces. Elles observeront les règlements allemands pour la protection sanitaire humaine, animale et végétale.

(3) Die Streitkräfte erteilen amtliche Bescheinigungen für ihre Ein- und Ausfuhren. Die Form dieser Bescheinigungen wird im Benehmen mit der Bundesregierung festgelegt.

3. The Forces shall issue official certificates of authorization in respect of their imports and exports. The form of these certificates shall be established in consultation with the Federal Government.

3. — Les Forces émettent des certificats officiels d'autorisation pour ces importations et exportations. La forme de ces certificats sera établie en consultation avec le Gouvernement Fédéral.

(4) Sendungen der Streitkräfte, die mit ihren dienstlichen Transportmitteln befördert werden, unterliegen der Zollkontrolle durch die Behörden der Streitkräfte. Diese stellen die Durchführung und die Wirksamkeit dieser Kontrolle sicher und gewährleisten die sichere Ankunft dieser Sendungen bei der Bestimmungsstelle. Die Behörden der Streitkräfte unterrichten die deutschen Zollbehörden über die zur Durchführung der Bestimmungen dieses Absatzes getroffenen Maßnahmen.

4. Consignments of the Forces carried in their official transport shall be subject to customs control by the authorities of the Forces. The latter shall ensure the enforcement and adequacy of such control and the safe arrival of these consignments at destination. The authorities of the Forces shall inform the German customs authorities of the measures taken to implement the provisions of this paragraph.

4. — Les expéditions des Forces effectuées par leurs moyens de transports officiels sont soumises au contrôle douanier des autorités des Forces. Ces dernières assurent l'exercice régulier de ce contrôle, l'efficacité des mesures prises pour ce contrôle et garantissent l'arrivée régulière de ces expéditions à destination. Les autorités des Forces informent l'administration douanière allemande des mesures prises pour l'application des dispositions du présent paragraphe.

(5) Sendungen der Streitkräfte, die auf andere Weise als mit ihren dienstlichen Transportmitteln befördert werden, unterliegen der normalen deutschen Zollabfertigung, sollen jedoch hierdurch nicht verzögert werden. Sendungen, die von den Behörden der Streitkräfte oder einer Zollverwaltung versiegelt worden sind, unterliegen jedoch nicht der inneren Beschau, wohl aber können die deutschen Zollbediensteten diese Verschlüsse prüfen und erforderlichenfalls durch deutsche Zollverschlüsse ergänzen. Unstimmigkeiten, die bei diesen Kontrollen festgestellt werden, werden den Behörden der Streitkräfte mitgeteilt.

5. Consignments of the Forces carried in transport other than their official transport shall be subject to normal German customs control but shall not be delayed thereby. However, consignments sealed by the authorities of the Forces or a customs administration shall be exempt from internal examination; this provision shall not be deemed to prevent German customs officials from examining the seals and, if necessary, adding German seals. Discrepancies discovered as a result of these controls shall be notified to the authorities of the Forces.

5. — Les expéditions pour les Forces, faites par d'autres voies que leurs moyens de transports officiels, sont soumises aux contrôles normaux allemands en matière de douane, mais ne doivent subir aucun retard de ce fait. Cependant, les chargements scellés par les Forces ou par une administration douanière sont exemptés de visite intérieure, étant entendu que cette disposition ne s'oppose pas à ce que les douaniers allemands examinent les scellements et les complètent par des scellements allemands si cela s'avère nécessaire. Toutes les irrégularités découvertes à l'occasion de ces contrôles sont portées à la connaissance des autorités des Forces.

(6) Zusätzlich zu den in Artikel 35 dieses Vertrags enthaltenen Befreiungen sind amtliche Kuriere der Streitkräfte hinsichtlich ihres Kuriergepäcks von der Kontrolle durch die deutschen Zollbehörden befreit. Es wird ihnen eine bevorzugte Behandlung gewährt, um sicherzustellen, daß sie nicht aufgehalten werden.

6. Additionally to the exemptions contained in Article 35 official couriers of the Forces shall be exempt from control by German customs authorities with regard to their courier luggage. They shall be accorded preferential treatment to ensure that they are not delayed.

6. — Outre les exemptions prévues à l'Article 35, les courriers officiels des Forces ne sont pas soumis au contrôle des autorités douanières allemandes en ce qui concerne leurs sacs de courrier. Ils bénéficieront d'un traitement préférentiel de manière à ce qu'ils ne subissent aucun retard.

(7) Militärische Einheiten, die dienstlich auf Grund eines Befehls die Grenzen des Bundesgebietes überschreiten, sind von der Kontrolle durch die deutschen Zollbehörden befreit, wenn der verantwortliche Führer schriftlich erklärt, daß alle praktisch möglichen Maßnahmen getroffen sind, um sicherzustellen, daß weder die Einheit noch deren Mitglieder Waren im Widerspruch zu den Bestimmungen

7. Military units moving operationally under orders across the frontiers of the Federal territory shall be exempt from control by German customs authorities; provided that the officer in charge declares in writing that all practicable measures have been taken to ensure that neither the unit nor the members thereof carry goods in contravention of the provisions of this Article or of Article 35

7. — Les unités militaires se déplaçant sur ordre et traversant les frontières du territoire fédéral ne sont pas soumises au contrôle des autorités douanières allemandes, si l'officier responsable déclare par écrit que toutes mesures utiles ont été prises pour s'assurer que, ni l'unité, ni ses membres ne transportent des biens en violation des dipositions du présent Article ou de l'Article 35 de la présente Convention.

dieses Artikels oder des Artikels 35 dieses Vertrags mit sich führen. Soweit es durchführbar ist, werden Truppenbewegungen den deutschen Zollbehörden von den Behörden der Streitkräfte vorher mitgeteilt. Diese Bestimmungen gelten nicht für Grenzüberschreitungen während militärischer Übungen oder Manöver.

(8) Ein- und Ausfuhren von Waren in Luftfahrzeugen, die den Streitkräften gehören oder von ihnen oder in ihrem Namen betrieben werden und auf einem Militärflugplatz landen oder starten, unterliegen der Zollkontrolle durch die Behörden der Streitkräfte. Falls ein solches Flugzeug auf einem Zivilflugplatz landet, unterliegt es der Zollkontrolle durch die Behörden der Streitkräfte; die deutschen Zollbehörden benachrichtigen unverzüglich die Behörden der Streitkräfte. Falls ein Handelsluftfahrzeug auf einem Militärflugplatz landen sollte, so wird die deutsche Zollverwaltung durch die Behörden der Streitkräfte benachrichtigt, die alle notwendigen Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, daß die mit dem Luftfahrzeug beförderten Waren nicht in die deutsche Wirtschaft gelangen, bevor die deutschen Zollbehörden Gelegenheit zur Zollabfertigung hatten.

(9) Mit Ausnahme der in Absatz (11) des Artikels 39 dieses Vertrags angeführten Sachen können die Behörden der Streitkräfte im Bundesgebiet bewegliche Sachen der Streitkräfte veräußern. Sachen, die an einen nicht im Bundesgebiet ansässigen Erwerber zur Ausfuhr veräußert werden, unterliegen nicht den deutschen Ausfuhrbeschränkungen oder Ausfuhrabgaben. Die Bedingungen, unter denen die Veräußerung der in diesem Absatz genannten Sachen durchgeführt wird, werden zwischen den zuständigen deutschen Behörden und den zuständigen Behörden der Streitkräfte gegenseitig vereinbart.

of the present Convention. If practicable, prior notification of troop movements shall be given to the appropriate German customs authorities by the authorities of the Forces. These provisions shall not apply to frontier crossings made during military exercises or manoeuvres.

8. Imports and exports of goods in aircraft owned or operated by the Forces or on their behalf which land at, or take off from, a military airfield shall be subject to customs control by the authorities of the Forces. If such aircraft land at a civil airfield, they shall be subject to customs control by the authorities of the Forces; the German customs authorities shall notify the authorities of the Forces without delay. If commercial aircraft land at a military airfield, the German customs administration shall be notified by the authorities of the Forces, which shall take all necessary measures to ensure that any goods carried shall not enter the German economy before the German customs authorities have had the opportunity to clear them.

9. With the exception of the property referred to in paragraph 11 of Article 39 of the present Convention, the authorities of the Forces may dispose of movable property of the Forces in the Federal territory. Property disposed of for export to a purchaser not resident in the Federal territory shall not be subject to German export restrictions or export duties. The conditions under which the property referred to in this paragraph is disposed of shall be the subject of mutual agreement between the appropriate authorities of the Forces and the appropriate German authorities.

Notification préalable des mouvements de troupes est donnée si possible aux autorités douanières allemandes par les autorités des Forces. Ces dispositions ne sont pas applicables aux franchissements de la frontière dans le cadre d'exercices militaires ou de manoeuvres.

8. — Les importations et exportations de biens par des aéronefs appartenant aux Forces ou dirigés par elles ou pour leur compte, qui atterissent sur un aérodrome militaire ou en décollent, sont soumises au contrôle douanier des autorités des Forces. Les aéronefs militaires atterrissant sur un aérodrome civil sont soumis au contrôle douanier des Forces et, dans ces cas d'atterrissage, les autorités douanières allemandes avertiront sans délai les autorités des Forces. Dans le cas d'atterrissage d'un aéronef commercial sur un aérodrome militaire, les autorités des Forces avertiront l'administration des douanes allemandes qui prendra toutes mesures utiles pour que les marchandises faisant partie du chargement ne puissent être versées dans l'économie allemande avant que les autorités douanières allemandes n'aient eu la possibilité de les contrôler.

9. — A l'exception des biens désignés au paragraphe 11 de l'Article 39 de la présente Convention, les autorités des Forces peuvent disposer, sur le territoire fédéral, des biens meubles appartenant aux Forces.

Les biens dont il est disposé pour l'exportation en faveur d'un acheteur qui ne réside pas sur le territoire fédéral ne sont pas soumis aux restrictions d'exportation ou droits d'exportation allemands.

Les conditions dans lesquelles la disposition des biens est réalisée feront l'objet d'un accord mutuel entre les autorités allemandes et les autorités des Forces.

Artikel 35

Zollrechtliche Behandlung der Mitglieder der Streitkräfte

(1) Nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrags und jedes anderen einschlägigen Abkommens zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten oder einer von ihnen unterliegen die Mitglieder der Streitkräfte grundsätzlich der deutschen Zollgesetzgebung.

(2) Die Strafverfolgung von Zollzuwiderhandlungen einschließlich des Rechts zur Einziehung von Waren unterliegt ausschließlich der Strafgerichtsbarkeit der Behörden der Streitkräfte. Das deutsche Verwaltungsstrafverfahren in Zollsachen findet auf die Mitglieder der Streitkräfte keine Anwendung. Die deutschen Zollbehörden haben auf Waren, die von den Streitkräften als Folge einer Zollzuwiderhandlung ihrer Mit-

Article 35

Customs Treatment of Members of the Forces

1. Subject to the provisions of the present Convention and of any other applicable agreement between the Federal Republic and the Three Powers or any one of them, members of the Forces shall in principle be subject to German customs legislation.

2. The prosecution of customs violations, including the right of confiscation of goods, shall be solely within the criminal jurisdiction of the authorities of the Forces. The German procedure for administrative fines in respect of customs violations shall not apply to members of the Forces. German customs authorities shall have a right to goods confiscated by the Forces, as a result of customs violations by their members, to the ex-

Article 35

Traitement douanier des membres des Forces

1. — Sous réserve des dispositions de la présente Convention ou de tout autre accord entre la République Fédérale et les Trois Puissances ou l'une d'entre elles, les membres des Forces sont, en principe, assujettis à la législation douanière allemande.

2. — La poursuite des infractions de douane, y compris le droit de confisquer les biens, relève exclusivement de la compétence, en matière pénale, des autorités des Forces intéressées. La procédure administrative allemande des amendes en matière de douane ne s'applique pas aux membres des Forces. Les autorités douanières allemandes ont un droit sur les biens confisqués par les Forces à la suite d'infractions douanières commises par

glieder eingezogen worden sind, Anspruch, soweit dies erforderlich ist, um die auf den Waren ruhenden Abgaben im Steuerverfahren einzuziehen.

(3) Gegenüber Mitgliedern der Streitkräfte sind die deutschen Bestimmungen über den Gebrauch von Schußwaffen durch Zollbeamte nicht anwendbar.

(4) Die Mitglieder der Streitkräfte sind von den deutschen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und -verboten und von der Entrichtung von Zöllen und anderen Bundesabgaben für Waren befreit, die von ihnen für ihren persönlichen oder häuslichen Ge- oder Verbrauch in das oder aus dem Bundesgebiet verbracht werden, mit folgender Maßgabe:

(a) Das Recht der Mitglieder der Streitkräfte zur Einfuhr von Waren im Wege der Versendung gilt nicht für solche rationierten Waren, wie sie von den Streitkräften an ihre Mitglieder verkauft oder verteilt werden.

(b) Die Behörden der Streitkräfte beschränken die Einfuhr solcher rationierter Waren, wie sie von ihnen an ihre Mitglieder verkauft oder verteilt werden, in dem von ihren Mitgliedern mitgeführten Gepäck mengenmäßig.

(c) Die Einfuhr von nichtrationierten Waren im mitgeführten Gepäck und im Wege der Versendung wird von den Behörden der Streitkräfte mengenmäßig beschränkt, wenn sie nach Erwägung der Empfehlungen der deutschen Behörden zu dem Ergebnis kommen, daß derartige Waren in besonderem Maße den Gegenstand von Zollzuwiderhandlungen bilden.

(d) Zum Nachweis gegenüber den deutschen Zollbehörden, daß von den Mitgliedern der Streitkräfte auf dem Handelswege oder durch die deutsche Post oder in ihrem mitgeführten Gepäck eingeführte, nichtrationierte Waren für ihren persönlichen oder häuslichen Ge- oder Verbrauch bestimmt sind, können die Mitglieder der Streitkräfte von den Behörden der Streitkräfte Bescheinigungen erhalten, die als Genehmigung zur Einfuhr nach den Bestimmungen dieses Artikels anerkannt werden.

(e) Die deutschen Bestimmungen zum Schutze der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen sind von den Mitgliedern der Streitkräfte zu befolgen.

(5) Für die Zollkontrolle über die Mitglieder der Streitkräfte können die Behörden der Streitkräfte Bedienstete bei solchen Grenzübergängen einsetzen, über die eine erhebliche Anzahl von Mitgliedern der Streitkräfte verkehrt. Die Behörden der Streitkräfte legen diese Übergänge im Benehmen mit der Bundesregierung fest. An diesen Übergängen führen die

tent necessary to recover tax debts on such goods due as the result of a civil action.

3. Members of the Forces shall be exempt from the provisions of German legislation covering the use of firearms by German customs officials.

4. Subject to the following provisions, members of the Forces shall be exempt from German import and export restrictions or prohibitions on imports and exports and from the payment of customs duties and other Federal taxes on goods moved by them for their personal or domestic use or consumption into, or out of, the Federal territory:

(a) the right of unaccompanied import by members of the Forces shall not apply to those rationed goods which the Forces sell or distribute to their members;

(b) the authorities of the Forces shall quantitatively restrict the import by their members in accompanied bagage of those rationed goods which they sell or distribute to their members;

(c) accompanied and unaccompanied import of non-rationed goods shall be quantitatively restricted by the autorities of the Forces when they find, after considering the recommendations of the German authorities, that such goods are peculiarly the subject of customs violations;

(d) in order to certify to German customs authorities that non-rationed goods imported by members of the Forces through commercial channels, the German postal system, or in their accompanied bagage are for their personal or domestic use or consumption, the members of the Forces may obtain certificates from the authorities of the Forces, which shall be accepted as authorization to import in accordance with the terms of this Article;

(e) members of the Forces shall observe German regulations designed to preserve the health of humans, animals and plants.

5. For the purpose of customs control of members of the Forces, the authorities of the Forces may provide officials at frontier crossing points at which substantial numbers of members of the Forces cross. The authorities of the Forces shall establish these points in consultation with the Federal Government. At these points, the officials of the Forces, in co-

leurs membres, dans la mesure nécessaire à la garantie du recouvrement des taxes exigibles au titre de l'action civile.

3. — Les membres des Forces ne tombent pas sous l'application des dispositions de la législation allemande réglant les conditions d'usage des armes à feu par les fonctionnaires des douanes allemandes.

4. — Les membres des Forces ne sont pas soumis aux restrictions et interdictions allemandes en matière d'importation et d'exportation, ni au paiement des droits de douane et autres taxes fédérales sur les biens qu'ils apportent dans le territoire de la République Fédérale ou qu'ils sortent de celui-ci pour leur usage ou leur consommation personnelle ou familiale, sous la réserve que:

(a) le droit, pour les membres des Forces, d'effectuer des importations non accompagnées, ne s'applique pas aux denrées rationnées que les Forces vendent ou distribuent à leurs membres;

(b) les autorités des Forces limiteront quantitativement l'importation par leurs membres, dans des bagages accompagnés, des denrées rationnées que les Forces vendent ou distribuent à leurs membres;

(c) l'importation en bagages accompagnés ou non accompagnés d'une quelconque denrée non rationnée, sera restreinte en quantité par les autorités des Forces, lorsque celles-ci estimeront, après examen des recommandations soumises par les autorités allemandes, que cette denrée fait particulièrement l'objet d'infractions douanières;

(d) pour justifier, à l'égard des autorités douanières allemandes, que les biens non rationnés importés par des voies commerciales, par la poste allemande ou en bagages accompagnés, sont pour leur usage ou leur consommation personnelle ou familiale, les membres des Forces peuvent obtenir des autorités des Forces des certificats qui sont à considérer selon les dispositions du présent Article comme des autorisations d'importation;

(e) les règlements allemands pour la protection sanitaire humaine, animale et végétale seront observés par les membres des Forces.

5. — Pour l'exercice du contrôle douanier sur les membres des Forces, les autorités des Forces peuvent installer des fonctionnaires aux points de passage des frontières empruntés par un nombre important de membres des Forces. Les autorités des Forces déterminent ces points en consultation avec le Gouvernement Fédéral. Auxdits points, les fonction-

Bediensteten der Streitkräfte in Zusammenarbeit mit den deutschen Zollbehörden die Zollabfertigung der Mitglieder der Streitkräfte und ihrer Waren durch. An allen anderen Übergängen unterliegen die Mitglieder der Streitkräfte der normalen Zollabfertigung durch die deutschen Behörden. Die Bestimmungen dieses Absatzes finden auch auf den Verkehr von Mitgliedern der Streitkräfte zwischen dem Bundesgebiet und Berlin Anwendung.

(6) Die Zollkontrolle von Warensendungen an oder durch Mitglieder der Streitkräfte auf dem amtlichen Post- oder Frachtwege der Streitkräfte wird durch die Behörden der Streitkräfte an den von ihnen eingerichteten Stellen ausgeübt. Deutsche Zollbeamte können bei diesen Kontrollen anwesend sein.

(7) Über die nach den Bestimmungen dieses Vertrags abgabefrei eingeführten Waren darf durch Mitglieder der Streitkräfte im Bundesgebiet zugunsten anderer Personen als Mitglieder der Streitkräfte nur nach vorheriger Benachrichtigung und mit Genehmigung der zuständigen deutschen Behörden verfügt werden; dies gilt nicht für übliche Geschenke persönlicher oder häuslicher Art in nicht zum Handel geeigneten Mengen.

(8) Die Behörden der Streitkräfte treffen im Rahmen dieses Vertrags geeignete Maßnahmen, um ihre Mitglieder von Verstößen gegen die Steuer-, Zoll- und Ein- und Ausfuhrbestimmungen der Bundesrepublik abzuhalten. Sie berücksichtigen diese Gesichtspunkte bei der Festsetzung der Rationen für Waren, die vornehmlich den Gegenstand solcher Zuwiderhandlungen bilden, und berücksichtigen dabei die Empfehlungen der Bundesregierung. Die von den Behörden der Streitkräfte festgesetzten Rationen sollen nicht über das Maß dessen hinausgehen, was vernünftigerweise für den persönlichen Gebrauch erforderlich ist. Die Behörden der Streitkräfte arbeiten bei der Bekämpfung von Zollzuwiderhandlungen eng mit den deutschen Zollbediensteten und Strafverfolgungsbehörden zusammen.

(9) Die Behörden der Streitkräfte benachrichtigen die deutschen Zollbehörden von allen Zuwiderhandlungen, um erforderlichenfalls steuerrechtliche Maßnahmen gegen die Täter zu ermöglichen. In gleicher Weise benachrichtigen die deutschen Zollbehörden die Behörden der Streitkräfte von allen Zollzuwiderhandlungen, an denen Mitglieder der Streitkräfte beteiligt sind. Die deutschen Zollbehörden benachrichtigen die Behörden der Streitkräfte von der Beschlagnahme von Sachen oder Zahlungsmitteln bei Mitgliedern der Streitkräfte; derartige Sachen oder Zahlungsmittel sind den Behörden der Streitkräfte zu übergeben. Die deutschen Zollbehörden erteilen den Mitgliedern der Streitkräfte über alle einbehaltenen Sachen oder Zahlungsmittel Empfangsbescheinigungen.

operation with German customs authorities, shall carry out customs control of members of the Forces and their property. At all other crossing points members of the Forces shall be subject to normal customs control by the German authorities. The provisions of this paragraph shall also apply to the movement of members of the Forces between the Federal territory and Berlin.

6. Customs control of goods consigned to and by members of the Forces through postal or freight systems of the Forces shall be exercised by the authorities of the Forces at points established by themselves. German customs officials may be present during these controls.

7. Goods imported duty-free under the provisions of the present Convention may be disposed of in the Federal territory by members of the Forces to a person other than a member of the Forces only on prior notification to, and with the approval of, the appropriate German authorities; this provision shall, however, not apply to customary gifts of a personal or domestic nature in non-commercial quantities.

8. The authorities of the Forces shall take, within the framework of the present Convention, appropriate measures to restrain their members from committing offences against the fiscal, customs, and import and export regulations of the Federal Republic. They shall consider these factors — the recommendations of the Federal Government being taken into account — in the rationing of goods peculiarly subject to such violations. The rations established by the authorities of the Forces shall not exceed the quantity reasonably requrired for personal consumption. The authorities of the Forces shall co-operate closely with German customs officials and law-enforcing agencies in combatting customs violations.

9. The authorities of the Forces shall notify German customs authorities of any violations to enable, if necessary, civil action to the be taken against the violators. Similarly, the German customs authorities shall notify the authorities of the Forces of any customs violations involving their members. The German customs authorities shall notify the authorities of the Forces of property or currency seized from their members, and such property or currency shall be surrendered to the authorities of the Forces. Receipts shall be given by the German customs authorities to the members of the Forces for any property or currency detained.

naires des Forces, en coopération avec les autorités douanières allemandes, procèdent au contrôle douanier des membres des Forces et de leurs biens. A tous les autres points de passage, les membres des Forces sont soumis au contrôle douanier normal par les autorités allemandes. Les dispositions du présent paragraphe sont également applicables en ce qui concerne les déplacements des membres des Forces entre le territoire fédéral et Berlin.

6. — Le contrôle douanier des biens expédiés à ou par des membres des Forces par les services postaux ou les services de transport des Forces sera exercé par les autorités des Forces en des points établis par ces autorités. Les fonctionnaires allemands des douanes peuvent assister à ce contrôle.

7. — Les membres des Forces ne peuvent disposer sur le territoire fédéral des biens importés en franchise de droits de douane en vertu des dispositions de la présente Convention, en faveur d'une personne autre qu'un membre des Forces, qu'après déclaration préalable aux autorités allemandes compétentes et accord de celles-ci, excepté en ce qui concerne les cadeaux courants de caractère personnel ou familial en quantité non commerciale.

8. — Les autorités des Forces prennent, dans le cadre de la présente Convention, toutes mesures pour empêcher leurs membres de commettre des infractions aux règlements de la République Fédérale en matière fiscale, en matière douanière ou en matière d'importation et d'exportation. Elles prennent en considération ces divers points, compte tenu des recommandations du Gouvernement Fédéral, pour le rationnement des denrées qui font plus particulièrement l'object de telles infractions. Le montant des rations, fixé par les Forces, est établi à un niveau de consommation individuelle raisonnable. Les autorités des Forces coopèrent étroitement avec les fonctionnaires allemands des douanes, ainsi qu'avec les organismes chargés de faire respecter les lois, dans la répression des infractions douanières.

9. — Les autorités des Forces avertiront les autorités douanières allemandes des infractions découvertes, de manière à permettre à ces dernières d'intenter, le cas échéant, des poursuites civiles à l'égard des contrevenants. Réciproquement, les autorités douanières allemandes feront connaître aux autorités des Forces les infractions constatées à l'encontre de leurs membres. Les autorités douanières allemandes porteront à la connaissance des autorités des Forces les saisies de biens ou monnaies effectuées par elles sur les membres de ces Forces et ces biens ou monnaies devront être remis aux autorités de ces Forces. Un reçu est délivré par les autorités douanières allemandes pour tout bien ou toute monnaie qu'elles détiennent.

(10) Kraftfahrzeuge von Mitgliedern der Streitkräfte, die zu ihrem persönlichen Gebrauch bestimmt sind, können ohne Zollentrichtung und ohne Beschränkung in das Bundesgebiet einfahren oder ausfahren gegen Vorlage von Registrierbescheinigungen oder anderen Bescheinigungen der Behörden der Streitkräfte, durch die bestätigt wird, daß das Kraftfahrzeug Eigentum eines Mitgliedes der Streitkräfte und für seinen persönlichen Gebrauch bestimmt ist. Die Behörden der Streitkräfte geben auf Ansuchen deutscher Zollbehörden über derartige Fahrzeuge Auskunft. Fahrzeuge für gewerbliche Zwecke sind von dieser Vergünstigung ausgeschlossen.

(11) Die Einfuhr von Waren durch Mitglieder der Streitkräfte zur Verwendung für karitative Zwecke im Bundesgebiet wird durch gegenseitige Vereinbarung zwischen den zuständigen deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte geregelt.

10. Motor vehicles of members of the Forces which are intended for their personal use may enter and leave the Federal territory without payment of customs duties and without restrictions, on presentation of the registration certificate or other certificate issued by the authorities of the Forces certifying that the motor vehicle is owned by a member of the Forces and intended for his personal use. The authorities of the Forces shall, upon request by the German customs authorities, give information about such vehicles. Vehicles for commercial purposes shall be excluded from this preferential treatment

11. The import of goods by members of the Forces for charitable disposal in the Federal territory shall be the subject of mutual agreement between the authorities of the Forces and the appropriate German authorities.

10. — Les véhicules à moteur, à usage personnel, des membres des Forces peuvent entrer sur le territoire fédéral, ou le quitter, sans avoir à supporter de droits de douane ou restrictions douanières sur présentation de certificats d'immatriculation ou autres certificats délivrés par les autorités des Forces, attestant que le véhicule est propriété d'un membre des Forces et à son usage personnel. Les autorités des Forces, à la demande des autorités douanières allemandes, fournissent tous renseignements ayant trait à ces véhicules. Les véhicules à usage commercial ne bénéficient pas de ce traitement préférentiel.

11. — L'importation par les membres des Forces de marchandises destinées à des fins charitables sur le territoire fédéral fera l'objet d'un accord mutuel entre les autorités des Forces et les autorités compétentes allemandes.

Artikel 36

Organisationen und Unternehmen im Dienste der Streitkräfte

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Artikels

(a) können nichtdeutsche Organisationen nichtwirtschaftlichen Charakters, die von den Streitkräften oder der beteiligten Macht zum Nutzen der Mitglieder der Streitkräfte eingerichtet worden sind, oder die der Truppenbetreuung dienen, den Streitkräften nach Mitteilung an die deutschen Behörden, daß diese Organisationen im Dienste der Streitkräfte stehen, ganz oder zum Teil gleichgestellt werden;

(b) kann eine solche Organisation, falls sie ein Klub ist, nur insoweit gleichgestellt werden, als sie einen Teil der Verpflegungs- oder Sporteinrichtungen der Streitkräfte darstellt.

(2) Die Streitkräfte können sich nichtdeutscher wirtschaftlicher Unternehmen bedienen, soweit ihre militärischen Bedürfnisse nicht durch deutsche Unternehmen befriedigt werden können. Diese Unternehmen können den Streitkräften gleichgestellt werden,

(a) soweit sie technische Dienste in einem Vertragsverhältnis für die Streitkräfte leisten, nach Mitteilung an die deutschen Behörden, und

(b) in allen anderen Fällen nach Konsultation mit den deutschen Behörden.

(3) Angestellte der in Absatz (1) dieses Artikels aufgeführten Organisationen und der in Unterabsatz (a) des Absatzes (2) dieses Artikels aufgeführten Unternehmen (mit Ausnahme von Deutschen und Personen, die im Bundesgebiet eingestellt worden

Article 36

Organizations and Enterprises Serving the Forces

1. Subject to the provisions of this Article

(a) non-German organizations of a non-commercial character organized by the Forces or the Power concerned for the benefit of the members of the Forces, or which serve the welfare of the Forces, may be assimilated in whole or in part to the Forces, after notification to the German authorities, which notification shall state that such organizations are in the service of the Forces;

(b) if such organization is a club, it may be assimilated only to the extent that it is part of the catering or sports arrangements of the Forces.

2. The Forces may make use of non-German commercial enterprises provided that their military needs can not be satisfied by German enterprises. Such enterprises may be assimilated to the Forces,

(a) after notification to the German authorities, if they provide technical services under contract for the Forces, and

(b) in all other cases after consultation with the German authorities.

3. Employees of the organizations mentioned in paragraph 1 of this Article and of the enterprises mentioned in sub-paragraph (a) of paragraph 2 of this Article (other than Germans, and persons who are nationals neither of one of the Three

Article 36

Organisations au service des Forces

1. — Sous réserve des dispositions du présent Article

(a) les organisations non allemandes sans but lucratif, organisées par les Forces ou par la Puissance intéressée au profit des membres des Forces, ou qui servent au bien-être des Forces, peuvent être assimilées, en totalité ou en partie, aux Forces, après notification aux autorités allemandes, attestant que ces organisations sont au service des Forces;

(b) si une telle organisation est un club, elle ne peut être assimilée que dans la mesure où elle fait partie des organismes de ravitaillement ou de sports des Forces.

2. — Les Forces peuvent faire usage d'entreprises commerciales non allemandes, si leurs besoins militaires ne peuvent être satisfaits par des entreprises allemandes. Ces organismes peuvent être assimilés aux Forces,

(a) après notification aux autorités allemandes si elles fournissent des services techniques sous contrat pour les Forces et,

(b) dans tous les autres cas, après consultation des autorités allemandes.

3. — Les employés des organisations visées au paragraphe 1 du présent Article et ceux des entreprises visées au paragraphe 2, alinéa (a), du présent Article, (autres que les Allemands et les personnes qui ne sont ressortissantes d'aucune des Trois Puissances

sind und weder die Staatsangehörigkeit einer der Drei Mächte noch die eines anderen Entsendestaates besitzen), können ebenfalls den Mitgliedern der Streitkräfte gleichgestellt werden

(4) Die Gleichstellung mit den Streitkräften oder ihren Mitgliedern ist nur insoweit zulässig, als die Organisationen, Unternehmen oder Angestellten ausschließlich im Dienste der Streitkräfte stehen und nur, soweit ihre Gleichstellung für ihren Beitrag zur Erfüllung der Verteidigungsaufgabe der Streitkräfte notwendig ist. Das Ausmaß der Gleichstellung wird in der Mitteilung oder bei der Konsultation festgestellt. Es kann durch weitere Vereinbarungen auf das erforderliche Maß beschränkt werden. Die Organisationen, Unternehmen und Angestellten haben sich jeder privaten wirtschaftlichen Tätigkeit zu enthalten. Die Behörden der Streitkräfte treffen im Zusammenwirken mit der Bundesregierung geeignete Maßnahmen gegen einen Mißbrauch dieser Rechte.

(5) Die Gleichstellung der in Unterabsatz (b) des Absatzes (2) dieses Artikels aufgeführten wirtschaftlichen Unternehmen beschränkt sich auf

(a) die Zulassung und Registrierung von Kraftfahrzeugen gemäß Artikel 17 dieses Vertrags;

(b) die Versorgung mit Liegenschaften gemäß Artikel 38 dieses Vertrags;

(c) das Recht, im Rahmen des Artikels 34 dieses Vertrags Waren, die an die Streitkräfte weiterveräußert oder ihnen zur Verfügung gestellt werden, frei von Zöllen und sonstigen Bundesabgaben in das Bundesgebiet zu verbringen;

(d) die Steuerbefreiung gemäß den Absätzen (1) und (2) des Artikels 33 dieses Vertrags, soweit es sich um Lieferungen und sonstige Leistungen der wirtschaftlichen Unternehmen an die Streitkräfte handelt; in jeder anderen Hinsicht bleibt die steuerliche Behandlung der wirtschaftlichen Unternehmen dem in Artikel 33 dieses Vertrags erwähnten Abkommen vorbehalten;

(e) die Benutzung von Verkehrs-, Post- und Fernmeldeeinrichtungen der Streitkräfte gemäß Artikel 17 und 18 dieses Vertrags;

(f) die Befreiung von den Vorschriften des deutschen Rechts über Gewerbegenehmigungen und ausländische Gesellschaften bezüglich ihrer Leistungen für die Streitkräfte;

(g) die Erteilung der zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Devisengenehmigungen sowie das Recht zum Besitz und zur Verwendung von Militärzahlungsmitteln.

(6) Sind Angestellte der in Absatz (1) und (2) dieses Artikels aufgeführten Organisationen und Unternehmen außerdem Mitglieder der

Powers nor of another Sending State and have been engaged in the Federal territory) may similarly be assimilated to members of the Forces.

4. Assimilation to the Forces and their members shall be permitted only so far as the organizations, enterprises or employees are exclusively serving the Forces and to the extent that such assimilation is necessary for their contribution to the accomplishment of the defence mission of the Forces. The extent of such assimilation shall be stated in the notification or during the consultation. It may be restricted through further understandings to the necessary measure. The organizations, enterprises and employees may not engage in private commercial activities. The authorities of the Forces shall cooperate with the Federal Government in taking appropriate measures against misuse of these rights.

5. The assimilation of commercial enterprises referred to in sub-paragraph (b) of paragraph 2 of this Article shall be limited to the following:

(a) licensing and registering of motor vehicles in accordance with Article 17 of the present Convention;

(b) accommodation in accordance with Article 38;

(c) the right, under Article 34, to bring into the Federal territory, free from customs duties and other Federal taxes, goods to be sold to the Forces or to be placed at the disposal of the Forces;

(d) exemption from taxation under paragraphs 1 and 2 of Article 33 of the present Convention insofar as deliveries and other services by such undertakings to the Forces are concerned; in all other respects taxation shall be governed by the Agreement referred to in Article 33;

(e) use of transportation and communication facilities of the Forces in accordance with Articles 17 and 18;

(f) exemption, in respect of their services to the Forces, from German legislation on trade licensing and foreign companies;

(g) issuance of the necessary foreign exchange permits to enable them to carry out their functions, and the right to possess and use military scrip.

6. If employees of the organizations and enterprises under paragraphs 1 and 2 of this Article are also members of the Forces as defined in sub-para-

ni d'un autre Etat fournissant des Forces et ont été engagés sur le territoire fédéral) peuvent également être assimilés aux membres des Forces.

4. — L'assimilation aux Forces et à leurs membres ne sera permise que dans la mesure où les organisations, entreprises ou employés sont exclusivement au service des Forces et dans la mesure où cette assimilation s'avère nécessaire pour qu'ils puissent apporter leur contribution à la mission de défense des Forces. L'étendue de cette assimilation sera fixée dans la notification ou au cours de la consultation. Elle peut être restreinte par des accords ultérieurs dans la mesure nécessaire. Les organisations, entreprises et employés ne peuvent se livrer à des activités commerciales privées. Les autorités des Forces coopéreront avec le Gouvernement Fédéral en prenant des mesures appropriées contre l'abus de ces droits.

5. — L'assimilation des entreprises commerciales visées au paragraphe 2, alinéa (b), du présent Article, sera limitée à ce qui suit:

(a) immatriculation et enregistrement des véhicules automobiles conformément à l'Article 17 de la présente Convention;

(b) logements conformément à l'Article 38 de la présente Convention;

(c) droit aux termes de l'Article 34 d'introduire sur le territoire fédéral, en franchise des droits de douane ou d'autres taxes fédérales, les marchandises devant être vendues aux Forces ou mises à leur disposition;

(d) exemption d'imposition aux termes des paragraphes 1 et 2 de l'Article 33 de la présente Convention, dans la mesure affectant les livraisons et autres services fournis aux Forces par ces entreprises; dans tous les autres cas, la taxe sera fixée par l'accord visé à l'Article 33;

(e) usage des services de transports et communications des Forces conformément aux Articles 17 et 18 de la présente Convention;

(f) non application aux services fournis aux Forces de la législation allemande relative à la délivrance de licences commerciales et aux sociétés étrangères;

(g) délivrance des autorisations nécessaires en matière de change pour leur permettre d'exercer leur activité et droit de posséder et d'utiliser la monnaie militaire.

6. — Si les employés des organisations et des entreprises aux termes des paragraphes 1 et 2 du présent Article sont également membres des

Streitkräfte gemäß Unterabsatz (b) der Ziffer 7 des Artikels 1, so können die Streitkräfte das Ausmaß begrenzen, in dem die Bestimmungen dieses Vertrags auf diese Angestellten anwendbar sind. Sie berücksichtigen dabei die Empfehlungen der deutschen Behörden.

(7) Die Zahl der Angestellten von Organisationen und Unternehmen im Dienste der Streitkräfte kann nur im Einvernehmen mit den deutschen Behörden über das Doppelte der bei Inkrafttreten dieses Vertrags vorhandenen Zahl hinaus vermehrt werden.

graph (b) of paragraph 7 of Article 1 of the present Convention, the Forces may limit the extent to which the provisions of the present Convention apply to such employees. In this connection they shall take into consideration the recommendations of the German authorities.

7. The number of employees of the organizations and enterprises serving the Forces may not be increased by more than 100 per cent. of the number present at the entry into force of the present Convention, except in agreement with the German authorities.

Forces, selon la définition de l'Article 1, paragraphe 7, alinéa (b), de la présente Convention, les Forces peuvent limiter l'application à ces employés des dispositions de la présente Convention. A cet égard, ils prendront en considération les recommandations des autorités allemandes.

7. — Sauf accord avec les autorités allemandes, le nombre des employés des organisations et des entreprises au service des Forces ne peut pas être augmenté de plus de cent pour cent du nombre existant au moment de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

ABSCHNITT II

Versorgung

Artikel 37

Art und Umfang der Leistungsverpflichtung

(1) Die Bundesrepublik übernimmt es, nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrags oder anderer Zusatzverträge sicherzustellen, daß der sich im Bundesgebiet ergebende Bedarf der Streitkräfte und ihrer Mitglieder auf den folgenden Gebieten insoweit befriedigt wird, als dies für die Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgabe erforderlich ist:

(a) Liegenschaften (Artikel 38)

(b) Sach- und Werkleistungen einschließlich der öffentlichen Versorgung (Artikel 39 und 40)

(c) Verkehrsleistungen (Artikel 41)

(d) Post- und Fernmeldeleistungen (Artikel 42)

(e) sonstige öffentliche Dienste (Artikel 43).

(2) Die Bundesrepublik trägt dafür Sorge, daß den Streitkräften die für ihren Bedarf im Einklang mit den militärischen Erfordernissen benötigten geeigneten zivilen Arbeitskräfte durch die zuständigen deutschen Stellen vermittelt werden (Artikel 44).

(3) Die Bundesrepublik erläßt zur Erfüllung der von ihr in Absatz (1) dieses Artikels übernommenen Verpflichtungen geeignete Gesetze über die Inanspruchnahme von Sachleistungen, die Beschaffung von Land und die Errichtung von Schutzbereichen.

(4) Bis zum Inkrafttreten der in Absatz (3) dieses Artikels vorgesehenen Bundesgesetze werden diese Verpflichtungen unter Beachtung der Bestimmungen des Grundgesetzes durch angemessene Anwendung der folgenden Gesetzesbestimmungen erfüllt, soweit sie sich auf die Ermächtigung zur Inanspruchnahme von Sachleistungen, die Beschaffung von Land und die Errichtung von Schutzbereichen beziehen: Gesetz über Sachleistungen für Reichsaufgaben (Reichsleistungsgesetz) vom 1. September 1939; Gesetz über die

SECTION II

Support

Article 37

Scope of Obligations

1. So far as is necessary to fulfil the defence purposes of the Forces, the Federal Republic undertakes to ensure that the requirements of the Forces and their members within the Federal territory are satisfied, subject to the provisions of the present Convention, or any other related Convention, in the following fields:

(a) accomodation (Article 38);

(b) goods, materials and services, including public utilities (Articles 39 and 40);

(c) transport services (Article 41);

(d) communication services (Article 42);

(e) other public services (Article 43).

2. The Federal Republic shall ensure that such suitable civilian personnel as is necessary to meet the requirements of the Forces consistently with military needs will be made available to the Forces by the competent German agencies (Article 44).

3. In order to fulfil the obligations undertaken by the Federal Republic in paragraph 1 of this Article, the Federal Republic shall enact legislation adequate to assure the procurement of goods, materials and services, the provision of accommodation and the establishment of restricted areas.

4. Until the Federal legislation referred to in paragraph 3 of this Article enters into force, such obligations shall be fulfilled by the appropriate application, within the framework of the Basic Law, of the provisions of the following Laws so far as they deal with the power to requisition goods, materials and services, to acquire accommodation and to establish restricted areas: the Law concerning Goods and Services for Reich Projects (Reichsleistungsgesetz) of 1 September 1939; the Law concerning the Provision

DEUXIEME PARTIE

Aide matérielle

Article 37

Portée des obligations

1. — Pour autant que la réalisation des buts de défense des Forces le nécessite, la République Fédérale s'engage à garantir que les besoins des Forces et de leurs membres, sur le territoire fédéral, seront satisfaits, sous réserve des dispositions de la présente Convention et de toute autre Convention rattachée, dans les domaines suivants:

(a) immeubles (Article 38)

(b) marchandises, matériels et services, y compris certains services publics (Articles 39 et 40)

(c) services de transports (Article 41)

(d) services de transmissions (Article 42)

(e) autres services publics (Article 43)

2. — La République Fédérale fera en sorte que la main-d'œuvre civile qualifiée nécessaire pour satisfaire les besoins des Forces résultant des nécessités militaires soit mise à leur disposition par les organismes allemands compétents (Article 44).

3. — Afin de remplir les obligations qu'elle assume aux termes du paragraphe 1 du présent Article, la République Fédérale promulguera une législation propre à assurer la fourniture de biens, de matériels, de services et biens fonciers, ainsi que la création de zones à accès limité.

4. — Jusqu'à l'entrée en vigueur de la législation fédérale visée au paragraphe 3 du présent Article, ces obligations seront remplies dans le cadre de la Loi Fondamentale en appliquant de façon convenable les dispositions des lois ci-après, dans la mesure où elles traitent du droit de réquisitionner des marchandises, matériels et services, du droit d'acquérir des biens fonciers et de créer des zones à accès limié: Loi concernant les prestations, les biens et services affectés aux projets du Reich (Reichs-

Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht vom 29. März 1935, und Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum aus Gründen der Reichsverteidigung (Schutzbereichgesetz) vom 24. Januar 1935. Die Anwendung der in Satz 1 erwähnten Reichsgesetze erstreckt sich nicht auf die Bemessung der Vergütungs- und Entschädigungsansprüche, die gemäß Absatz (3) des Artikels 12 des Finanzvertrages erfolgt.

of Land for the Purposes of the Wehrmacht of 29 March 1935; and the Law concerning the Restriction of Real Property for Reasons of Reich Defence (Schutzbereichgesetz) of 24 January 1935. The application of the Reich Laws referred to in the first sentence of this paragraph shall not extend to the computation of claims for remuneration and compensation, which shall be made pursuant to paragraph 3 of Article 12 of the Finance Convention.

leistungsgesetz) en date du 1er septembre 1939; Loi concernant la mise de terrains à la disposition de la Wehrmacht, en date du 29 mars 1935; Loi concernant les restrictions apportées à la propriété immobilière dans des buts de défense du Reich (Schutzbereichgesetz), en date du 24 janvier 1935 L'application des lois du Reich visées à la première phrase du présent paragraphe ne s'étend pas à l'estimation des réclamations en vue de rétributions ou indemnisations, qui sera effectuée en vertu du paragraphe 3 de l'Article 12 de la Convention Financière.

Artikel 38

Liegenschaften

(1) Die Behörden der Streitkräfte melden bei der zuständigen deutschen Bundesbehörde ihren Bedarf an Liegenschaften in Form von periodischen und, falls erforderlich, von zusätzlichen Programmen an. Wenn sich der Liegenschaftsbedarf von Streitkräften zweier oder mehrerer Mächte, die am gleichen Ort stationiert sind oder stationiert werden sollen, überschneidet, so werden gemeinsame Beratungen zwischen ihnen abgehalten, mit dem Ziel, gemeinsame Liegenschaftsprogramme aufzustellen. Einzelanforderungen werden auf ein Mindestmaß beschränkt.

(2) Programme und Einzelanforderungen, über die sich die Bundesbehörde und die Behörden der Streitkräfte geeinigt haben, werden durch die zuständigen deutschen Behörden nach Konsultation mit den Behörden der Streitkräfte und unter besonderer Berücksichtigung von Lage, Normen und Zeitpunkt der Bereitstellung durchgeführt. In diesen Programmen wird besondere Vorsorge getroffen, um den Schwierigkeiten zu begegnen, die für die Streitkräfte aus der Anwendung der Bestimmungen von Absatz (5) Satz 2 dieses Artikels entstehen können. Einzelanforderungen kleineren Ausmaßes können unmittelbar zwischen den zuständigen deutschen regionalen Behörden und den Behörden der Streitkräfte geregelt werden.

(3) Kommt zwischen den regionalen deutschen Behörden und den nachgeordneten Behörden der Streitkräfte eine Einigung nicht zustande, so wird die Angelegenheit an die Bundesbehörde zur weiteren Konsultation mit den Behörden der Streitkräfte verwiesen.

(4) Die Streitkräfte überprüfen laufend ihren Bedarf an Liegenschaften, um sicherzustellen, daß dieser Bedarf auf das Mindestmaß beschränkt bleibt, das mit dem Umfang und den Pflichten der Streitkräfte vereinbar ist. Liegenschaften, die nicht mehr benötigt werden oder für die den Streitkräften befriedigende Ersatzliegenschaften verfügbar gemacht werden, werden von den Streitkräften freigegeben.

(5) Auf die Rückgabe von Liegenschaften an Privatpersonen wird besonders geachtet. Privatwohnungen

Article 38

Accommodation

1. The authorities of the Forces shall each present to the appropriate Federal authority their needs for accommodation in the form of periodical programmes and where neccessary supplementary programmes. When the Forces of two or more Powers stationed or to be stationed in the same locality have competing requirements for accommodation, joint discussions will be held between them with the object of reaching agreed accommodation programmes. Individual requests outside the programmes shall be kept to a minimum.

2. Programmes and individual requests agreed by the authorities of the Forces and the Federal authority shall be carried out by the appropriate German authorities after consultation with the authorities of the Forces and with particular regard to sites, standards and dates of availability. In such programmes, specific provision shall be made to meet any difficulties which may arise for the Forces from the operation of the provisions contained in the second sentence of paragraph 5 of this Article. Requirements of minor importance may be arranged directly between the authorities of the Forces and the appropriate German regional authorities.

3. In case of disagreement between subordinate authorities of the Forces and the German regional authorities, the matter shall be referred to the Federal authority for further joint consultation with the authorities of the Forces.

4. The Forces shall continually review their accommodation requirements in order to ensure that these requirements remain within the minimum consistent with the size and duties of the Forces. Accommodation which is no longer required, or for which alternative accommodation satisfactory to the Forces is made available, shall be released by the Forces.

5. Special attention shall be paid to the release of accommodation to private individuals. Privately owned

Article 38

Immeubles

1. — Les autorités des Forces feront part à l'autorité fédérale compétente de leurs besoins en immeubles, sous forme de programmes périodiques, et, si besoin est, de programmes additionnels. Lorsque les Forces de deux ou plusieurs Puissances stationnées ou devant être stationnées dans la même localité ont des besoins concurrents en immeubles, elles entreront en pourparlers en vue d'établir des programmes d'immeubles en commun accord. Les demandes individuelles, hors programmes, seront réduites à un minimum.

2. — Les programmes et demandes individuelles agréés par les autorités des Forces et l'autorité fédérale seront satisfaits par les autorités allemandes compétentes, après consultation des autorités des Forces, et en tenant particulièrement compte des lieux, normes et dates de mise à la disposition. Les programmes comporteront les dispositions nécessaires pour faire face à toute difficulté que les Forces peuvent rencontrer du fait de l'application du paragraphe 5, seconde phrase, du présent Article. Les demandes de peu d'importance pourront faire l'objet d'arrangements directs entre les autorités des Forces et les autorités régionales allemandes compétentes.

3. — En cas de désaccord entre des autorités subordonnées des Forces et les autorités régionales allemandes, la question sera soumise à l'autorité fédérale en vue de nouvelles consultations communes avec les autorités des Forces.

4. — Les Forces tiendront constamment à jour l'état de leurs besoins en immeubles afin d'assurer le maintien de ces besoins au minimum compatible avec les effectifs et la mission des Forces. Les immeubles qui ne sont plus nécessaires, ou pour lesquels des immeubles de remplacement satisfaisants sont mis à la disposition des Forces, seront libérés par les Forces

5. — La libération des immeubles appartenant à des personnes privées fera l'objet d'une attention particulière.

werden zurückgegeben, wenn sie während einer zusammenhängenden Zeitdauer von sechs Monaten von den Streitkräften nicht benutzt werden. Die deutschen Behörden sind berechtigt, bei den Streitkräften zu beantragen, daß die Freigabe bestimmter Liegenschaften mit den Behörden der Streitkräfte erörtert wird.

(6) Gleichzeitig mit der Freigabe in Anspruch genommener Wohnungen oder Hotels werden alle darin befindlichen beweglichen Sachen, für die eine Nutzungsvergütung gezahlt wird, freigegeben. Bei der Freigabe anderer in Anspruch genommener Liegenschaften werden die Streitkräfte gleichzeitig die darin befindlichen beweglichen Sachen, für die eine Nutzungsvergütung gezahlt wird, freigeben, außer in Fällen, in denen die weitere Benutzung solcher beweglicher Sachen für die Erfüllung der Verteidigungsaufgabe der Streitkräfte erforderlich ist. In diesen Fällen konsultieren die Behörden der Streitkräfte die deutschen Behörden. Derartige bewegliche Sachen werden auch schon vor der Freigabe der Liegenschaften freigegeben, wenn sie für den Bedarf der Streitkräfte nicht mehr erforderlich sind oder wenn durch die deutschen Behörden ein für die Streitkräfte befriedigender Ersatz zur Verfügung gestellt wird. Kunstgegenstände und Antiquitäten werden von den Streitkräften nach einem zu vereinbarenden Verfahren freigegeben.

(7) Bei der Durchführung des ersten Liegenschaftsprogramms haben die Streitkräfte, falls im gleichen Bezirk keine anderweitigen vergleichbaren Liegenschaften zur Verfügung stehen, binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags das erste Anwartschaftsrecht auf diejenigen in öffentlichem Eigentum stehenden Liegenschaften, die zu dem in Artikel 13 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen bezeichneten Eigentum gehören und verfügbar werden. Dies gilt nicht für die Liegenschaften in der Bonner Enklave.

(8) Werden von den Streitkräften in Anspruch genommene Liegenschaften wie Schießplätze, Übungsplätze und Flugplätze vorübergehend von den Streitkräften nicht benutzt, so können sie der Bundesrepublik auf deren Ansuchen zeitweilig mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt werden, daß die Wiederbenutzung durch die Streitkräfte dadurch nicht beeinträchtigt werden darf.

dwellings shall be released if they are not used by the Forces for any period of six consecutive months. The German authorities shall be entitled to make a request to the Forces that the release of specific accommodation be discussed with them.

6. At the time of the release of a requisitioned dwelling or hotel, all requisitioned movable property therein for which rental or hire is being paid shall also be released. When other requisitioned accommodation is released, the Forces will at the same time release requisitioned movable property therein for which rental or hire is being paid, except in cases in which the continued use of such property is requisite to the accomplishment of the Forces' defence mission. In such cases, the authorities of the Forces shall consult the German authorities. Such movable property shall also be released prior to the release of accommodation provided that it is no longer required for use by the Forces or alternative property satisfactory to the Forces is made available by the German authorities. Objects of art and antiques shall be released by the Forces according to procedures to be agreed.

7. In implementing the first accommodation programme, if no comparable alternative accommodation is available in the same area, the Forces shall, for six months after the entry into force of the present Convention, be entitled to the first option on such publicly owned accommodation included in the property referred to in Article 13 of Chapter One of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation as becomes available. This shall not apply to accommodation in the Bonn Enclave.

8. If accommodation occupied by the Forces, such as target ranges, training areas and airfields, is temporarily not being used by the Forces, it may be made temporarily available to the Federal Republic at its request, on condition that its renewed use by the Forces is not impaired thereby.

Les habitations appartenant à des particuliers seront libérées si elles n'ont pas été utilisées par les Forces durant une période de six mois consécutifs. Les autorités allemandes seront habilitées à présenter aux Forces une requête tendant à ce que la libération d'un immeuble déterminé fasse l'objet de discussions avec elles.

6. — Au moment de la libération d'une habitation ou d'un hôtel réquisitionné, tous les biens meubles réquisitionnés qui y sont contenus et qui font l'objet du paiement d'un loyer seront également libérés. Quand d'autres immeubles réquisitionnés seront libérés, les Forces libéreront en même temps les biens meubles réquisitionnés qui y sont contenus et qui font l'objet du paiement d'un loyer, excepté dans les cas où il est nécessaire à l'accomplissement de la mission de défense des Forces qu'elles continuent à faire usage de ces biens. Dans ces cas exceptionnels, les autorités des Forces consulteront les autorités allemandes. Les biens meubles seront libérés antérieurement à la libération des immeubles dans lesquels ils sont contenus si leur usage n'est plus nécessaire aux Forces ou si des biens de remplacement satisfaisants sont mis à la disposition des Forces par les autorités allemandes. Les objets d'art et les antiquités seront libérés par les Forces conformément à des procédures qui devront être fixées d'un commun accord.

7. — Lors de la mise à exécution du premier programme d'immeubles, au cas où des immeubles de remplacement comparables ne sont pas disponibles dans la même localité, les Forces bénéficieront, pendant une période de six mois après l'entrée en vigueur de la présente Convention, d'un droit de première option sur tout immeuble, propriété publique, faisant partie des biens mentionnés à l'Article 13 du Chapitre Premier de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, et qui deviendra disponible. Cette disposition ne s'appliquera pas aux immeubles situés dans l'Enclave de Bonn.

8. — Si des immeubles occupés par les Forces, tels que des champs de tir, des champs d'entraînement et de manœuvre, des terrains d'aviation, sont temporairement inutilisés par elles, ils peuvent, à la demande de la République Fédérale, être mis temporairement à la disposition de celle-ci à condition que la possibilité pour les Forces de réutiliser ces immeubles n'en soit pas affectée.

Artikel 39

Sach- und Werkleistungen

(1) Die Beschaffung von Sach- und Werkleistungen im Bundesgebiet für die Streitkräfte und deren Mitglieder gegen Deutsche Mark oder andere Währungen erfolgt im Rahmen periodischer Programme, wobei die so beschafften Mengen die in diesen Pro-

Article 39

Goods, Materials and Services

1. Procurement of goods and materials in the Federal territory for the Forces and their members against Deutsche Mark or other currencies shall be within periodical programmes, except that the quantities so procured may exceed the quantities settled in

Article 39

Marchandises, matériels et services

1. — La fourniture de marchandises et de matériels aux Forces et à leurs membres sur le territoire fédéral contre des Deutsche Mark ou d'autres monnaies s'effectuera dans le cadre des programmes périodiques, sous réserve que les quantités ainsi fournies

grammen festgelegten Mengen nur mit Zustimmung der deutschen Behörden um mehr als 10 vom Hundert übersteigen dürfen. Die periodischen Programme berücksichtigen den Bedarf an Baumaterialien, wie er in Durchführung der Bestimmungen von Artikel 40 dieses Vertrags entsteht. Nicht unter die Programme fallen kleinere Beschaffungen, die in Übereinstimmung mit den einschlägigen Vorschriften der Streitkräfte erfolgen.

such programmes by not more than 10 per cent. or by such larger quantity as may be agreed by the German authorities. These periodical programmes shall take into account building materials as required for the implementation of Article 40 of the present Convention. The programmes shall not include minor procurements made in accordance with the appropriate regulations of the Forces.

pourront dépasser celles fixées dans ces programmes au plus de dix pour cent ou davantage, au cas où les autorités allemandes en conviendraient. Ces programmes périodiques tiendront compte des matériaux nécessaires à la construction des immeubles en exécution des dispositions de l'Article 40 de la présente Convention. Ces programmes ne s'étendront pas aux fournitures minimes effectuées conformément aux règlements des Forces en la matière.

(2) Es wird ein gemeinsamer Versorgungsausschuß errichtet; er besteht aus Vertretern der Bundesrepublik und Vertretern der zuständigen Behörden der Drei Mächte. Der Ausschuß ist dafür verantwortlich, daß die periodischen Programme für die Deckung des Bedarfs der Streitkräfte im Einvernehmen aufgestellt und die Schwierigkeiten geregelt werden, die sich bei der Durchführung dieser Programme ergeben können.

2. A Joint Supply Board shall be established, to be composed of representatives of the appropriate authorities of the Three Powers and of representatives of the Federal Republic. The Board shall be responsible for establishing by agreement periodical programmes for the procurement of the requirements of the Forces, and for resolving any difficulties which may arise in the course of the implementation of these programmes.

2. — Un Comité Mixte des Fournitures sera créé et se composera de représentants des autorités compétentes des Trois Puissances et de représentants de la République Fédérale. Le Comité sera chargé d'établir, par accord, des programmes périodiques pour la satisfaction des besoins des Forces, et de résoudre toutes difficultés qui peuvent surgir au cours de l'exécution de ces programmes.

(3) Der in die periodischen Programme aufzunehmende Bedarf der Streitkräfte wird dem Gemeinsamen Versorgungsausschuß so früh wie möglich, spätestens jedoch zwei Monate vor Beginn des betreffenden Zeitraums bekanntgegeben. Größere Änderungen des Bedarfs an Leistungen der öffentlichen Versorgung (Gas, Wasser, Elektrizität, Abwässerbeseitigung) teilen die Behörden der Streitkräfte den deutschen Behörden so früh wie möglich im voraus mit.

3. The requirements of the Forces for inclusion in the periodical programmes shall be presented to the Joint Supply Board as early as possible and at least two months before the commencement of the period concerned. The authorities of the Forces shall notify the German authorities, as early as possible, in advance of any major changes in requirements for public utilities (gas, water, electricity, sewage)

3. — Les besoins des Forces devant figurer dans les programmes périodiques seront soumis au Comité Mixte des Fournitures aussitôt que possible et au plus tard deux mois avant le début de la période en cause. Les autorités des Forces informeront les autorités allemandes, dès que possible, de tout changement important dans les besoins concernant les services publics (gaz, eau, électricité, égouts).

(4) Bei Aufstellung der Programme berücksichtigt der Gemeinsame Versorgungsausschuß den wesentlichen Verteidigungs- Ausfuhr- und zivilen Bedarf. Der Ausschuß bestimmt unter Aufstellung entsprechender Listen diejenigen Sach- und Werkleistungen, für welche Beschaffungsengpässe bestehen. Der Ausschuß kann eine ins einzelne gehende Spezifizierung bei solchen Gütern verlangen, die ins Gewicht fallende Mengen der in den genannten Listen aufgeführten Sach- und Werkleistungen erfordern.

4. In arriving at a programme, the Joint Supply Board shall take into account essential defence, export and civilian requirements. The Board shall determine and list goods, materials and services which are in short supply. The Board may require detailed classification of items which require significant quantities of goods, materials or services so listed.

4. — Lors de l'établissement d'un programme, le Comité Mixte des Fournitures devra tenir compte des besoins essentiels de la défense, des besoins dans le domaine de l'exportation et des besoins civils. Le Comité établira et dressera une liste de marchandises, de matériels et de services qui ne peuvent être fournis en quantité suffisante. Il pourra demander une nomenclature détaillée des produits qui nécessitent des quantités importantes de ces marchandises, matériels ou services.

(5) Die Beschaffung von Sach- und Werkleistungen einschließlich Bauleistungen im Rahmen von Absatz (1) dieses Artikels wird entweder unmittelbar durch die Behörden der beteiligten Macht in Übereinstimmung mit ihrem normalen Vertragsverfahren oder auf Antrag der Behörden der beteiligten Macht durch die deutschen Behörden durchgeführt. Die Bundesrepublik erklärt sich bereit, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, daß dem Bedarf der Streitkräfte derjenige Vorrang vor dem nicht der Verteidigung dienenden innerdeutschen und Ausfuhrbedarf gewährt wird, der notwendig und geeignet ist, um die rechtzeitige Belieferung der Streitkräfte sicherzustellen.

5. The procurement of goods, materials and services, including building services, within the scope of paragraph 1 of this Article, shall be undertaken either directly by the authorities of the Power concerned in accordance with their normal contract procedure or, at their request, by the German authorities. The Federal Republic agrees to take appropriate measures to ensure that these requirements are accorded such priority over domestic and export non-defence requirements as is necessary and appropriate to ensure their timely supply to the Forces.

5. — Les autorités des Puissances intéressées sont habilitées, dans le cadre du paragraphe 1 du présent Article, à se procurer directement les marchandises, les matériels et les services, y compris les services de constructions, conformément à la procédure normale en matière de contrats; sinon, et sur demande, ces biens seront fournis par les autorités allemandes. La République Fédérale accepte de prendre les mesures appropriées pour assurer que les besoins des Forces bénéficient, par rapport aux besoins dans le domaine des exportations et aux besoins intérieurs, n'ayant pas trait à la défense, de toute la priorité qui s'avérerait nécessaire pour assurer en temps utile l'approvisionnement satisfaisant des Forces

(6) Beabsichtigen die Behörden der beteiligten Macht im Rahmen der vereinbarten Programme, Aufträge zur Beschaffung von Sach- oder Werkleistungen, die in den Listen über Be-

6. When the authorities of the Power concerned intend to place orders, within the agreed programmes, by direct procurement for goods, materials or services listed as being

6. — Lorsque les autorités de la Puissance intéressée auront l'intention de passer des ordres dans le cadre des programmes adoptés pour se procurer directement des marchandises,

schaffungsengpässe enthalten sind, unmittelbar zu vergeben, so unterrichten sie hiervon die deutschen Behörden. Sind die deutschen Behörden der Ansicht, daß aus Gründen der Versorgung oder Kapazität bestimmte Firmen zur Vorlage von Angeboten aufgefordert werden sollten, so benennen sie solche Firmen spätestens innerhalb von zwei Wochen. Die Behörden der beteiligten Macht berücksichtigen bei der endgültigen Auswahl der Lieferer diese Empfehlungen in gebührender Weise.

(7) Abschriften aller von den Behörden der beteiligten Macht im Rahmen der vereinbarten Programme unmittelbar vergebenen Aufträge werden den deutschen Behörden zur Kenntnisnahme übermittelt.

(8) Wenn der Bedarf der Streitkräfte an Sach- und Werkleistungen im Wege der Beschaffung durch die deutschen Behörden befriedigt wird, so sind die Behörden der beteiligten Macht berechtigt, ihren Bedarf in jeder Beziehung einschließlich der Herstellungsvorschriften, der Lieferzeiten und anderer wesentlicher Bedingungen zu spezifizieren. Die deutschen Behörden sorgen in Zusammenarbeit mit den Behörden der beteiligten Macht dafür, daß diese Bedingungen zur Zufriedenheit der Streitkräfte erfüllt werden. Die Behörden der beteiligten Macht können Angebote aus guten und zwingenden Gründen, über welche die deutschen Behörden zu unterrichten sind, zurückweisen. Die Fertigung wird durch die deutschen Behörden überwacht; Vertreter der beteiligten Macht sind berechtigt, an Fertigungsüberprüfungen teilzunehmen. Die Abnahme von dem Lieferer erfolgt durch die deutschen Behörden, jedoch nur nach schriftlicher Zustimmung der Behörden der beteiligten Macht.

(9) Sach- und Werkleistungen können von den Streitkräften nach Maßgabe der Bestimmungen von Absatz (1) dieses Artikels und von ihren Mitgliedern für ihren eigenen Gebrauch örtlich zu Bedingungen erworben werden, die nicht ungünstiger sind als die für die Bewohner der Bundesrepublik allgemein geltenden Bedingungen.

(10) Alle periodischen Bedarfsprogramme für die Versorgung der Streitkräfte mit Sach- und Werkleistungen, deren Durchführung bereits vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags von den Behörden der beteiligten Macht eingeleitet worden war und für die Leistungen zu diesem Zeitpunkt noch ausstehen, bleiben in Kraft und gelten als von dem Gemeinsamen Versorgungsausschuß aufgestellte Programme.

(11) Bewegliche Sachen, die aus RM- oder DM-Besatzungskosten oder Auftragsausgaben oder aus demjenigen Teil des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik beschafft wurden, der zur Versorgung der Streitkräfte dient, werden aus dem Bundesgebiet nur entfernt, wenn dies zur Versorgung der Streitkräfte aus militärischen

in short supply, they shall inform the German authorities. If the German authorities should find that, for reasons of supply or capacity, certain firms should be invited to bid, they shall nominate such firms within two weeks at the latest. The authorities of the Power concerned shall take these recommendations into due account in arriving at a final choice of contractors.

7. Information copies of all orders placed directly by the authorities of the Power concerned within the agreed programmes shall be forwarded to the German authorities.

8. When the requirements of the Forces for goods, materials and services are satisfied through procurement by the German authorities, the authorities of the Power concerned shall be entitled to specify their requirements in all respects, including specifications, delivery periods and any other essential conditions. The German authorities, in cooperation with the authorities of the Power concerned, shall ensure that these conditions are met to the satisfaction of the Forces. The authorities of the Power concerned may reject any tender for good and cogent reasons, of which the German authorities shall be informed. Control of manufacturing shall be carried out by the German authorities; representatives of the Power concerned are entitled to participate in inspection. The acceptance of the fulfilment of a contract shall be given to the contractor by the German authorities only with the written consent of the authorities of the Power concerned.

9. The Forces, subject to the provisions of paragraph 1 of this Article, and also members of the Forces, may purchase goods and services locally for their own use under conditions not less favourable than those obtaining generally for residents of the Federal Republic.

10. All periodical requirement programmes for goods, materials and services for the support of the Forces, which have been initiated by the authorities of the Power concerned before the date of entry into force of the present Convention and in respect of which requirements are still outstanding at that date, shall remain valid and shall have effect as programmes established by the Joint Supply Board.

11. Goods procured from Reichsmark or Deutsche Mark occupation cost or mandatory expenditures funds, or from that part of the defence contribution of the Federal Republic which serves to support the Forces, shall not be removed from the Federal territory except such as are required for military purposes for the support of the Forces,

matériels ou services considérés comme ne pouvant être fournis qu'en quantité insuffisante, elles en informeront les autorités allemandes. Si les autorités allemandes estiment qu'en raison du ravitaillement ou de la capacité de production, certaines firmes doivent être invitées à faire des offres, elles désigneront ces firmes dans un délai de deux semaines au plus tard. Les autorités de la Puissance intéressée tiendront dûment compte de ces recommandations lors du choix définitif des fournisseurs.

7. — Des copies de toutes les commandes placées directement par les autorités des Forces intéressées, dans le cadre des programmes adoptés, seront transmises pour information aux autorités allemandes.

8. — Lorsque les besoins des Forces en marchandises, matériels et services seront satisfaits par l'intermédiaire des autorités allemandes, les autorités de la Puissance intéressée seront habilitées à spécifier leurs besoins sous tous leurs aspects, y compris les caractéristiques, les délais de livraison et toutes autres conditions essentielles. Les autorités allemandes, en coopération avec les autorités de la Puissance intéressée, doivent s'assurer que ces conditions sont remplies pour satisfaire les besoins des Forces. Les autorités de la Puissance intéressée pourront rejeter toute offre pour des raisons bonnes et impérieuses, et en informeront les autorités allemandes. Le contrôle de la fabrication sera effectué par les autorités allemandes; des représentants de la Puissance intéressée seront habilités à participer à des inspections. Cependant, les autorités allemandes ne donneront décharge au fournisseur qu'après accord écrit des autorités de la Puissance intéressée.

9. — Les Forces, sous réserve des dispositions du paragraphe 1 du présent Article, et les membres des Forces peuvent se procurer sur le plan local des marchandises et des services, pour leur propre usage, à des conditions qui ne sont pas moins favorables que celles obtenues généralement par les habitants de la République Fédérale.

10. — Tous les programmes périodiques relatifs aux marchandises, matériels et services destinés à l'entretien des Forces, qui ont été établis par les autorités de la Puissance intéressée avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et dont l'exécution n'est pas achevée à cette date, restent en vigueur et sont considérés comme des programmes établis par le Comité Mixte des Fournitures.

11. — Les marchandises acquises avec les fonds provenant des frais d'occupation ou des dépenses imposées en RM ou en DM, ou de la part de la contribution à la défense de la République Fédérale qui est consacrée à l'entretien des Forces, ne seront pas enlevées du territoire fédéral, si ce n'est pour tenir compte des nécessités

Gründen erforderlich ist oder wenn es sich um militärische Ausrüstungen handelt, deren Mitnahme bei Verlegung militärischer Einheiten üblich ist. Sofern die Behörden der Streitkräfte feststellen, daß sie solche beweglichen Sachen nicht mehr benötigen, werden diese Sachen den deutschen Behörden übergeben, falls hinsichtlich der Verfügung über diese beweglichen Sachen zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte nichts anderes vereinbart wird.

or unless it is such military equipment as is customary for military units to take with them on moving. Where the authorities of the Forces decide that they no longer require such goods, they shall be transferred to the German authorities, unless a different arrangement for the disposal of such goods is agreed between them.

militaires de l'entretien des Forces ou s'il s'agit de l'équipement militaire qu'il est d'usage pour une unité militaire d'emmener lorsqu'elle se déplace. Lorsque les autorités des Forces décideront qu'elles n'ont plus besoin de ces marchandises, celles-ci seront remises aux autorités allemandes, à moins qu'un arrangement différent pour la cession de ces marchandises ne soit conclu entre les autorités des Forces et les autorités allemandes.

Artikel 40

Bauleistungen

(1) Sofern vereinbart wird, daß ein Teil des Liegenschaftsprogramms, wie es gemäß Artikel 38 dieses Vertrags vorgelegt wird, durch Neubauten zu decken ist, unterrichten die Behörden der Streitkräfte die deutschen Behörden in Zeitabständen, die mit der Programmaufstellung gemäß Artikel 39 dieses Vertrags abgestimmt sind, über ihre Bauprogramme, möglichst mit Einzelheiten über Art, Ausmaß, Lage und den erforderlichen Zeitpunkt der Fertigstellung für jedes einzelne Bauvorhaben und, soweit es notwendig wird, über ergänzende Einzelheiten und Änderungen. Die deutschen Behörden teilen den Behörden der Streitkräfte unverzüglich ihre Stellungnahme mit. Erforderlichenfalls finden gemeinsame Beratungen mit dem Ziele statt, ein Einvernehmen herbeizuführen, das den Streitkräften die Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgabe ermöglicht.

(2) Die Durchführung der Bauvorhaben, die aus dem deutschen Verteidigungsbeitrag bezahlt werden, erfolgt durch die deutschen Baubehörden gemäß den deutschen Rechtsvorschriften und den für das Bauwesen geltenden Bestimmungen. Die Behörden der Streitkräfte stellen ihre spezifizierten Einzelanforderungen auf und teilen sie den deutschen Behörden mit; sie beteiligen sich an der Aufstellung der Pläne, der Ausschreibung, der Angebotseröffnung und der Vergebung der Aufträge; sie können Angebote aus guten und zwingenden Gründen, über welche die deutschen Behörden zu unterrichten sind, zurückweisen. Die Behörden der Streitkräfte können sich jederzeit über den Fortgang der Bauarbeiten unterrichten, die Bauunterlagen einsehen und Auskünfte verlangen. Die Behörden der Streitkräfte können zu jeder Zeit die Bauarbeiten besichtigen, üben jedoch die Überwachung des Bauvorhabens durch die deutschen Baubehörden aus. Soweit die Behörden der Streitkräfte nachträgliche Abweichungen von Verträgen verlangen, teilen sie den deutschen Behörden ihren Bedarf schriftlich mit. Die Abnahme der Bauleistung von dem Bauunternehmer erfolgt durch die deutschen Behörden, jedoch nur nach schriftlicher Zustimmung der Behörden der Streitkräfte.

Article 40

Building Services

1. When it has been agreed that a portion of the accommodation programmes submitted under Article 38 of the present Convention shall be met by new construction, the authorities of the Forces shall inform the appropriate German authorities, at intervals related to the programmes under Article 39, of their building programmes, furnishing if possible details of the character, extent, location and required completion date of construction for each project and, as far as becomes necessary, supplementary details and alterations. The German authorities shall, without delay, communicate their comments to the authorities of the Forces. If necessary, joint consultation shall thereupon take place for the purpose of achieving an agreement which will enable the Forces to meet their defence mission.

2. The implementation of the building projects to be paid for from the German defence contribution shall be carried out by the German building authorities according to German legal provisions and established building regulations. The authorities of the Forces shall establish and notify to the German authorities their requirements as to specifications, shall participate in the planning, the invitation and opening of tenders and the letting of contracts and may reject any tender for good and cogent reasons, of which the German authorities shall be informed. The authorities of the Forces may inform themselves of the progress of the building operations at any time, inspect building records and demand information. The authorities of the Forces may at any time inspect the building operations but shall exercise supervision of the project through the German building authorities. Where the authorities of the Forces require subsequent deviation from contracts, their requirements shall be communicated to the German authorities in writing. The acceptance of the fulfilment of a contract shall be given to the contractor by the German authorities only with the written consent of the authorities of the Forces.

Article 40

Services de constructions

1. — Lorsqu'il aura été admis qu'une tranche des programmes d'immeubles, soumise conformément à l'Article 38 de la présente Convention, nécessite de nouvelles constructions, les autorités des Forces informeront les autorités allemandes compétentes aux périodes correspondant à l'établissement des programmes visés à l'Article 39 de la présente Convention, de leurs projets de construction en fournissant, si possible, pour chaque projet, tous détails sur les caractéristiques, l'étendue, l'emplacement, la date requise pour l'achèvement des travaux et, dans la mesure nécessaire, tous détails supplémentaires et toutes modifications proposées. Les autorités allemandes communiqueront sans délai leurs commentaires aux autorités compétentes des Forces. En cas de nécessité, des consultations communes auront lieu, en vue d'aboutir à un accord qui permettra aux Forces de faire face à leur mission de défense.

2. — Les projets de construction, dont le paiement est imputé à la contribution allemande à la défense, seront exécutés par les autorités allemandes en matière de constructions, conformément aux prescriptions du droit allemand et aux règlements en vigueur en la matière. Les autorités des Forces établiront leurs demandes relatives aux caractéristiques et en avertiront les autorités allemandes; elles participeront à l'établissement des plans, aux appels d'offres, à l'ouverture des plis et aux adjudications, et pourront rejeter tout ou partie des offres pour de bonnes et impérieuses raisons dont les autorités allemandes seront informées. Les autorités des Forces pourront s'informer, à tout moment, des progrès dans la construction, examiner les documents afférents à la construction et demander des renseignements. Les autorités des Forces pourront, à tout moment, inspecter les travaux de construction mais exerceront leur contrôle sur les travaux par l'intermédiaire des autorités allemandes en matière de construction. Si les autorités des Forces demandent des modifications ultérieures aux contrats, leurs besoins seront communiqués par écrit aux autorités allemandes. Cependant, les autorités allemandes ne donneront décharge au fournisseur qu'après accord écrit des autorités des Forces.

(3) Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten werden von den deutschen Behörden durchgeführt, wenn dies von den Behörden der Streitkräfte in Übereinstimmung mit beiderseitigen Vereinbarungen beantragt wird. Die Bestimmungen des Absatzes (2) dieses Artikels finden entsprechende Anwendung

(4) Nicht unter diesen Artikel fallen kleinere Bauvorhaben, Bauaufträge, die vor Inkrafttreten dieses Vertrags erteilt worden sind, oder Bauaufträge, über die besondere Absprachen getroffen worden sind. Der Begriff „kleinere Bauvorhaben" wird durch zweiseitige Vereinbarungen festgelegt.

3. Repairs and maintenance shall be carried out by German authorities if requested by the authorities of the Forces in accordance with mutual agreements. The provisions of paragraph 2 of this Article shall apply *mutatis mutandis*.

4. This Article shall not apply to minor building projects, to building orders which have been placed before the entry into force of the present Convention or to building orders as to which special understandings have been reached The definition of minor building projects shall be fixed by bilateral agreement.

3. — Les réparations et l'entretien des immeubles seront assurés par les autorités allemandes si les autorités des Forces le demandent, conformément à des accords mutuels. Les dispositions du paragraphe 2 du présent Article s'appliqueront *mutatis mutandis*.

4. — Le présent Article ne s'appliquera pas aux projets de construction de peu d'importance ou aux commandes de constructions qui auront été placées avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, ni aux commandes de constructions qui auront fait l'objet d'accords spéciaux. Des accords bilatéraux définiront ce qu'il convient d'entendre par projets de construction de peu d'importance.

Artikel 41

Verkehrsleistungen

(1) Die Streitkräfte sind berechtigt, die deutschen Verkehrsmittel auf Straßen, Eisenbahnen, Wasserstraßen und in der Luft für die Beförderung von Personen, Tieren und Material in das Bundesgebiet hinein, in ihm und aus ihm hinaus zu benutzen. Die Streitkräfte genießen dabei die bevorzugte Behandlung, die für eine befriedigende Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgabe erforderlich und mit einem angemessenen Ausgleich zwischen ihrem daraus sich ergebenden Bedarf und dem wesentlichen zivilen und Verteidigungsbedarf der Bundesrepublik vereinbar ist. Sie sind berechtigt, Verträge über Verkehrsleistungen mit Verkehrsunternehmungen abzuschließen.

(2) Verkehrsleistungen der öffentlichen Verkehrsunternehmungen, die über den Rahmen der unter allgemein geltenden Verkehrsvorschriften frei erhältlichen Leistungen hinausgehen, werden von den Transportbehörden der Streitkräfte, die für einen größeren Bereich zuständig sind, bei den deutschen Behörden beantragt. Das gleiche gilt für Verkehrsleistungen nichtöffentlicher Verkehrsunternehmungen, wenn sie den Rahmen der alltäglichen Leistungen überschreiten oder in Zeiten einer Verknappung von Transportmitteln fallen; eine Verknappung gilt als erwiesen, wenn die Transportleistungen für die zivile Wirtschaft Einschränkungen unterliegen. Einzelheiten und Verfahren werden durch besondere Vereinbarungen geregelt.

(3) Die Vorschriften der folgenden zwischen den Streitkräften und den deutschen Verkehrsbehörden vereinbarten technischen Abkommen und Arbeitsvereinbarungen, einschließlich des Abfertigungsverfahrens, mit den gegenseitig vereinbarten Nachträgen bleiben bis zum Zeitpunkt ihres Ablaufs in Kraft:

(a) die drei Tarif- und Arbeitsvereinbarungen zwischen der deutschen Bundesbahn und den amerikani-

Article 41

Transport Services

1. The Forces shall be entitled to use the German road, rail, water and air transport facilities for the transportation of persons, animals and materials into, throughout and from the Federal territory In this respect the Forces shall enjoy such preferential treatment as is necessary for the satisfactory fulfilment of their defence mission and as is consistent with the reasonable reconciliation of the requirements resulting thereform and the essential civilian and defence requirements of the Federal Republic. They shall be entitled to make contracts for transport services with transport undertakings.

2. Where the services required from public transport undertakings are in excess of those freely obtainable under generally applicable transport regulations, they shall be requested from the German authorities by the authorities of the Forces competent for transport matters for a major area. The same shall apply to transport services required from non-public transport undertakings, if these services are either in excess of routine services, or are required during periods of known short supply of transport as evidenced by restrictions placed on the furnishing of such transport services to the civilian economy. Details and procedure shall be regulated by special agreements.

3. The provisions of the following technical agreements and working arrangements, including documentation, between the Forces and the German transport authorities, as amended by mutual agreement, shall remain applicable until their dates of expiration:

(a) the three Tariff and Working Arrangements between the German Federal Railways and the United

Article 41

Services de transports

1. — Les Forces sont habilitées à utiliser les facilités de transports allemandes par route, par rail, par eau et par air pour le transport de personnes, d'animaux et de matériel à l'intérieur du territoire fédéral, pour y entrer et pour en sortir. A cet égard, les Forces bénéficieront du traitement préférentiel qui s'avérera nécessaire pour leur permettre de remplir de manière satisfaisante leur mission de défense et qui sera compatible avec une conciliation raisonnable des besoins résultant de cette mission et des besoins essentiels civils et de défense de la République Fédérale. Elles sont habilitées à passer des contrats de services de transports avec des entreprises de transports.

2. — Lorsque les services demandés à des entreprises de transports publics excèdent ceux qu'il est possible d'obtenir librement en vertu des règlements généralement applicables en matière de transports, ces services sont demandés aux autorités allemandes par les autorités des Forces compétentes en matière de transports pour une région importante. Les mêmes dispositions s'appliquent pour les services de transports demandés à des entreprises de transports privés, si ces services dépassent les services courants ou sont nécessaires pendant des périodes où peut se faire sentir une pénurie de moyens de transports; l'existence de cette pénurie sera prouvée lorsque les services de transports du secteur civil subiront des restrictions. Des accords particuliers régleront les détails d'application et la procédure à suivre.

3. — Les dispositions des conventions techniques et des accords de travail suivants, y compris des formalités d'expédition, intervenus entre les Forces et les autorités de transports allemandes et modifiées par accord mutuel, resteront applicables jusqu'à leur date d'expiration:

(a) les trois accords de tarifs et d'exploitation entre les chemins de fer fédéraux et les Forces américaines,

schen, britischen und französischen Streitkräften vom 31. März 1950, 1. April 1950 und 1. September 1950;

(b) die beiden Abkommen zwischen dem amerikanischen und dem britischen Heer und der Deutschen Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft vom 30. April 1950 und 19. Dezember 1950;

(c) die Abkommen der alliierten Streitkräfte mit der Vereinigten Tanklager und Transportmittel G.m.b.H., dem Bundesministerium für Verkehr und dem Bundesministerium der Finanzen vom 13. September 1951, 17. Dezember 1951 und 27. Februar 1952.

Die vorstehenden Abkommen unterliegen auf Antrag der Bundesrepublik oder der Drei Mächte vor dem Ablauf ihrer Gültigkeit einer Überprüfung und Änderung, soweit sie dem Grundgedanken dieses Vertrags nicht entsprechen. Falls sie nicht durch gegenseitige Vereinbarung über ihre zur Zeit laufende Geltungsfrist hinaus erneuert werden, werden rechtzeitig entsprechende Abkommen über die nach ihrem Ablauf geltenden Leistungsbedingungen geschlossen, die mit den Bedürfnissen der Streitkräfte und der dienstlichen Stellung ihrer Mitglieder bei der Durchführung der Verteidigungsaufgabe der Streitkräfte vereinbar sind.

(4) Die Streitkräfte machen den deutschen Behörden so frühzeitig wie möglich Mitteilung über den Bedarf ihres Militärverkehrs.

(5) Die Streitkräfte sind berechtigt, bei Inkrafttreten dieses Vertrags alle Verkehrsmittel und -einrichtungen zu behalten, die bisher ihrem Gebrauch vorbehalten waren, vorbehaltlich einer gemeinsamen Überprüfung dieser Benutzung gemäß den Grundsätzen dieses Vertrags.

(6) Die Mitglieder der Streitkräfte sind berechtigt, die deutschen Verkehrsmittel im Rahmen der allgemein geltenden Verkehrsvorschriften zu benutzen.

(7) Reichen die vorhandenen Verkehrsmittel und -einrichtungen zur Befriedigung des Bedarfs der Streitkräfte nicht aus, so erweitern die deutschen Behörden auf einen durch die obersten Kommandostellen der betreffenden Streitkräfte genehmigten Antrag in dem erforderlichen Umfang die vorhandenen Verkehrsmittel und -einrichtungen, ändern sie oder errichten neue. Absatz (4) dieses Artikels findet entsprechende Anwendung.

(8) Die Streitkräfte sind berechtigt, innerhalb ihrer Anlagen Verkehrseinrichtungen zu errichten, soweit dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung außerhalb der Anlagen nicht beeinträchtigt wird. Vor Durchführung solcher Bauvorhaben werden die deutschen Behörden in angemessener Weise konsultiert.

States, British and French Forces of 31 March 1950, 1 April 1950 and 1 September 1950 respectively;

(b) the two agreements between the United States and British Armies and the Deutsche Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft of 30 April 1950 and 19 December 1950 respectively;

(c) the agreements between the Allied Forces and the Vereinigte Tanklager und Transportmittel G.m.b.H. and the Federal Ministries for Transport and Finance of 13 September 1951, 17 December 1951 and 27 February 1952.

The provisions of these agreements shall be subject to review and modification at the request of either the Federal Republic or the Three Powers prior to their termination dates where they are inconsistent with the present Convention If any of these agreements is not renewed by mutual consent beyond its present period of validity, timely agreement shall be reached upon the respective conditions of service to be effective after its termination, which conditions shall be consistent with the needs of the Forces and the conditions of service of their members in the performance of the defence mission of the Forces.

4. The Forces shall give the German transport authorities as much advance notice of their military movements' requirements as practicable.

5. The Forces shall, upon the entry into force of the present Convention, have the right to retain any transport facilities and equipment hitherto reserved for their use, subject to joint re-examination of such use under the principles of the present Convention.

6. Members of the Forces shall be entitled to use German transport facilities within the scope of the generally valid traffic regulations.

7. Where the existing transport facilities and equipment available are not sufficient to meet the requirements of the Forces, the German authorities shall, on request approved by the highest Headquarters of the Forces concerned, extend or modify existing facilities or equipment already available or construct new facilities or equipment to the extent required. Paragraph 4 of this Article shall apply *mutatis mutandis*.

8. The Forces shall be entitled to undertake the construction of transport facilities within their installations insofar as public safety and order outside such installations are not thereby prejudiced. Prior to the execution of such work appropriate consultations shall take place with the German authorities.

britanniques et françaises des 31 mars 1950, 1er avril 1950 et 1er septembre 1950;

(b) les deux accords entre les armées américaine et britannique et la Deutsche Schlafwagen- und Speisewagengesellschaft, en date des 30 avril 1950 et 19 décembre 1950;

(c) les accords entre les Forces alliées d'une part et, d'autre part, les Vereinigten Tanklager und Transportmittel G.m.b.H., le Ministre Fédéral des Transports et le Ministre Fédéral des Finances des 13 septembre 1951, 17 décembre 1951 et 27 février 1952.

Les dispositions de ces accords seront révisées et modifiées à la demande, soit de la République Fédérale, soit des Trois Puissances avant leur date d'expiration, si elles s'avèrent incompatibles avec la présente Convention. Si l'un quelconque de ces accords n'est pas révisé par consentement mutuel, après sa période actuelle de validité, un arrangement devra intervenir en temps utile sur les conditions de service à appliquer après l'expiration de l'accord en cause; ces conditions seront compatibles avec les besoins des Forces et les conditions de service de leurs membres dans l'exécution de la mission de défense des Forces.

4. — Les Forces informeront, aussitôt que possible, les autorités de transports allemandes de leurs besoins en matière de transports militaires.

5. — Les Forces auront le droit, lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, de conserver tous services, moyens fixes et matériels de transports jusque là réservés à leur usage, sous réserve que cet usage fasse l'objet d'un nouvel examen en commun, conformément aux principes de la présente Convention.

6. — Les membres des Forces sont autorisés à utiliser les facilités de transports allemandes, dans le cadre des règlements généraux en vigueur en matière de circulation.

7. — Lorsque les services, moyens fixes et matériels de transports existants et disponibles ne sont pas suffisants pour faire face aux besoins des Forces, les autorités allemandes, sur demande approuvée par l'Etat-Major le plus important des Forces intéressées, accroîtront ou modifieront les facilités existantes, ou les équipements déjà disponibles ou établiront de nouvelles facilités ou équipements dans la mesure nécessaire. Le paragraphe 4 du présent Article s'applique *mutatis mutandis*.

8. — Les Forces sont habilitées à entreprendre la construction de facilités de transports à l'intérieur de leurs installations pour autant que la sécurité publique et l'ordre public hors de ces installations ne s'en trouveront pas menacés. Avant l'exécution de ces travaux les autorités allemandes seront dûment consultées.

(9) Die Streitkräfte können mit der zuständigen obersten Bundesbehörde Vereinbarungen treffen für den dienstlichen Gebrauch der besonderen deutschen Fernsprechnetze durch die Behörden der Streitkräfte, die für die Durchführung des Militärverkehrs verantwortlich sind, vorausgesetzt, daß dieser Gebrauch den Betrieb dieser Netze nicht beeinträchtigt.

9. The Forces may conclude agreements with the highest appropriate Federal authority for the official use, by the authorities of the Forces responsible for the arrangement of military movements, of German specialized telecommunications systems, provided that such use does not prejudice the operation of those systems.

9. — Les Forces peuvent conclure des accords avec la plus haute autorité fédérale compétente pour l'usage, à titre officiel, par les autorités des Forces responsables de l'organisation des mouvements militaires, des systèmes spécialisés allemands de télécommunications, sous réserve que cet usage ne porte aucun préjudice au bon fonctionnement de ces systèmes.

Artikel 42

Post- und Fernmeldeleistungen

(1) Die öffentlichen Dienste des Post- und Fernmeldewesens der Bundesrepublik stehen den Streitkräften und deren Mitgliedern zur Verfügung. Die Streitkräfte genießen dabei die bevorzugte Behandlung, die für eine befriedigende Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgaben erforderlich und mit einem angemessenen Ausgleich zwischen ihrem daraus sich ergebenden Bedarf und dem wesentlichen zivilen und Verteidigungsbedarf der Bundesrepublik vereinbar ist. Die beim Inkrafttreten dieses Vertrags geltenden Leistungsbedingungen bleiben in Kraft. Diese Leistungsbedingungen unterliegen einer Überprüfung und Abänderung auf Antrag eines der Unterzeichnerstaaten, soweit sie dem Grundgedanken dieses Vertrags nicht entsprechen. Im Falle einer solchen Überprüfung müssen die festzulegenden Leistungsbedingungen mit den Bedürfnissen der Streitkräfte und der dienstlichen Stellung ihrer Mitglieder bei der Durchführung der Verteidigungsaufgaben ihrer Streitkräfte vereinbar sein.

(2) Auf Antrag werden den Streitkräften für dauernde oder vorübergehende Zwecke Fernmeldestromkreise unter den in Absatz (1) dieses Artikels genannten Bedingungen zur ausschließlichen Benutzung überlassen.

(3) Reichen die deutschen öffentlichen Post- und Fernmeldeeinrichtungen zur Befriedigung des Bedarfs der Streitkräfte nicht aus, so erweitern die deutschen Behörden auf Antrag bevollmächtigter Vertreter der höchsten Kommandoinhaber der Streitkräfte in dem erforderlichen Umfang die vorhandenen Einrichtungen oder errichten neue. Die Streitkräfte machen den deutschen Behörden so frühzeitig wie möglich Mitteilung über diesen Bedarf. Der Betrieb derartiger Einrichtungen ist Sache der Bundesrepublik, soweit nichts anderes vereinbart wird.

(4) Die Bestimmungen des Artikels 48 dieses Vertrags finden auf die bisher von den Streitkräften benutzten Fernmeldeeinrichtungen und -ausrüstungen entsprechende Anwendung.

(5) Fernmeldeeinrichtungen innerhalb Deutschlands, die den Streitkräften gehören, können der Bundesrepublik zur Verfügung gestellt werden, soweit die Streitkräfte bestimmen, daß diese Ein-

Article 42

Communications Services

1. The public services of the posts and telecommunications system of the Federal Republic shall be available to the Forces and their members. In this respect the Forces shall enjoy such preferential treatment as is necessary for the satisfactory fulfilment of their defence mission and is consistent with the reasonable reconciliation of the requirements resulting therefrom and the essential civilian and defence requirements of the Federal Republic. The conditions of service effective on the entry into force of the present Convention shall remain in force. These conditions of service shall be subject to review and modification at the request of any one of the Signatory States, where they are inconsistent with the present Convention. In the event of such a review the conditions of service to be determined shall be consistent with the needs of the Forces and the conditions of service of their members in the performance of the defence mission of the Forces.

2. Upon demand, the Forces shall receive for permanent or temporary purposes telecommunications circuits for their exclusive use under the conditions set forth in paragraph 1 of this Article.

3. In case the German public post and telecommunications facilities are not sufficient to meet the requirements of the Forces, the German authorities will, upon request by authorized representatives of the highest comanding officers of the Forces, enlarge the existing facilities or erect new facilities to the extent necessary. The Forces shall give the German authorities as much advance notice of these requirements as practicable. Such facilities shall be operated by the Federal Republic unless otherwise mutually agreed.

4. The provisions of Article 48 of the present Convention shall apply *mutatis mutandis* to communications facilities and equipment hitherto used by the Forces.

5. Communications facilities within Germany belonging to the Forces may be made available to the Federal Republic when such facilities are available as determined by the

Article 42

Services de transmissions

1. — Les services publics des postes et télécommunications de la République Fédérale sont à la disposition des Forces et de leurs membres. A cet égard, les Forces bénéficieront du traitement préférentiel qui leur sera nécessaire pour accomplir, de manière satisfaisante, leur mission de défense et qui sera compatible avec une conciliation raisonnable des besoins résultant de cette mission et des besoins essentiels civils et de défense de la République Fédérale. Les conditions d'usage applicables lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention resteront valables. Ces conditions d'usage seront soumises à révision et à modification, à la demande de l'un des Etats Signataires, dans la mesure où elles se révéleraient incompatibles avec la présente Convention. Dans le cas où une telle révision interviendrait, les conditions d'usage à déterminer devront être compatibles avec les besoins des Forces et les conditions de service de leurs membres dans l'exécution de la mission de défense des Forces.

2. — Sur leur demande, les Forces recevront, à des fins permanentes ou temporaires, des circuits de télécommunications pour leur usage exclusif, dans les conditions visées au paragraphe 1 du présent Article.

3. — Lorsque les facilités publiques allemandes, en matière de postes et télécommunications, ne sont pas suffisantes pour faire face aux besoins des Forces, les autorités allemandes, à la demande des représentants dûment mandatés du Haut Commandement des Forces, étendront les facilités existantes ou établiront de nouvelles facilités dans la mesure nécessaire. Les Forces aviseront au préalable, et aussitôt que possible, les autorités allemandes de leurs besoins. Ces facilités seront exploitées par la République Fédérale, à moins qu'il n'en soit décidé autrement à la suite d'un accord.

4. — Les dispositions des paragraphes 1 et 2 de l'Article 48 de la présente Convention s'appliquent *mutatis mutandis* aux facilités, moyens et matériels de transmissions utilisés jusqu'à présent par les Forces.

5. — Les facilités de transmissions en Allemagne, appartenant aux Forces, pourront être mises à la disposition de la République Fédérale lorsque les Forces estimeront qu'elles

richtungen verfügbar sind. Die im Absatz (1) dieses Artikels erwähnten Leistungsbedingungen finden auf diese Einrichtungen entsprechende Anwendung.

Forces. The conditions of service referred to in paragraph 1 of this Article shall apply *mutatis mutandis* to such facilities.

deviennent disponibles. Les conditions d'usage visées au paragraphe 1 du présent Article s'appliqueront *mutatis mutandis* à ces facilités.

Artikel 43

Sonstige öffentliche Dienste

(1) Die Streitkräfte und ihre Mitglieder sind berechtigt, deutsche öffentliche und Verwaltungsdienste, die an keiner anderen Stelle dieses Vertrags besonders erwähnt sind, in dem Ausmaße zu benutzen oder zu erhalten, in dem dies für die Verteidigungsaufgabe der Streitkräfte erforderlich ist oder in dem die Bewohner der Bundesrepublik diese gewöhnlich erhalten.

(2) Auf dem Gebiet der Meteorologie und Kartographie arbeiten die deutschen Behörden und die Behörden der Streitkräfte zusammen, um die Verteidigungserfordernisse der Streitkräfte zu befriedigen.

Article 43

Other Public Services

1. The Forces and their members are entitled to use or receive German public and administrative services not specifically provided for elsewhere in the present Convention, to the extent required by the defence mission of the Forces or normally received by the residents of the Federal Republic.

2. The authorities of the Forces and the German authorities shall cooperate in the meteorological and cartographical fields in order to fulfil the defence requirements of the Forces.

Article 43

Autres services publics

1. — Les Forces et leurs membres sont habilités à utiliser les services publics et administratifs allemands non expressément visés dans d'autres articles de la présente Convention ou à en bénéficier dans la mesure requise pour l'accomplissement de leur mission de défense ou dans les conditions auxquelles les habitants de la République Fédérale bénéficient normalement desdits services.

2. — Les autorités des Forces et les autorités allemandes devront collaborer dans les domaines météorologique et cartographique pour satisfaire aux besoins de défense des Forces.

Artikel 44

Arbeitskräfte

(1) Die Streitkräfte melden möglichst frühzeitig ihren Bedarf an zivilen Arbeitskräften bei den zuständigen deutschen Behörden an und erhalten im Regelfall die Arbeitskräfte durch deren Vermittlung. Den Mitgliedern der Streitkräfte stehen für die Beschaffung geeigneter ziviler Arbeitskräfte die Dienste der zuständigen deutschen Behörden zur Verfügung.

(2) Deutsche, die im Dienst der Streitkräfte arbeiten, unterliegen allen Verpflichtungen, die sich aus den Abmachungen über einen deutschen Verteidigungsbeitrag ergeben. Sie werden nur zu Diensten nichtsoldatischer Art, einschließlich ziviler Wachdienste, verwendet.

(3) Die für die deutschen Bundesbehörden maßgebenden arbeitsrechtlichen Vorschriften mit Ausnahme der tariflichen Bestimmungen gelten für die Beschäftigung bei den Streitkräften, soweit nicht dieser Artikel etwas anderes bestimmt. Erforderlichenfalls überprüft eine gemäß Absatz (10) dieses Artikels errichtete gemischte Kommission auf Antrag der höchsten Behörden der Streitkräfte, ob und inwieweit einzelne Vorschriften des deutschen Arbeitsrechts mit den militärischen Erfordernissen der Streitkräfte unvereinbar sind. Die Feststellungen dieser Kommission sind gemäß Artikel 3 dieses Vertrags durch die zuständigen deutschen Behörden in angemessener Weise zu berücksichtigen.

(4) Die Tätigkeit bei den Streitkräften gilt nicht als Tätigkeit im deutschen öffentlichen Dienst.

Article 44

Labour

1. The Forces shall notify the competent German authorities as soon as possible of their requirements for civilian personnel and shall normally obtain labour through these authorities. The services of the competent German authorities shall be made available to members of the Forces for obtaining suitable civilian labour.

2. Germans who are working in the service of the Forces shall be subject to all obligations arising from the arrangements for the German Defence Contribution. They shall only be engaged on services of a non-combatant character including civilian guard duties.

3. German labour law, as applicable to the Federal authorities, with the exception of tariff regulations, shall apply to work with the Forces except as otherwise provided in this Article. When necessary, a Mixed Commission, established under paragraph 10 of this Article, shall, at the request of the highest authorities of the Forces, examine whether and to what extent particular provisions of German labour law are inconsistent with the military needs of the Forces. The findings of this Commission shall be duly taken into account by the appropriate German authorities in accordance with Article 3 of the present Convention.

4. Work with the Forces shall not be deemed employment with the German public service.

Article 44

Main-d'œuvre

1. — Les Forces font part le plus tôt possible aux autorités allemandes compétentes de leurs besoins en main-d'œuvre civile et obtiennent en règle normale la main-d'œuvre par l'entremise de ces autorités. Les services des autorités allemandes compétentes sont à la disposition des membres des Forces pour leur procurer la main-d'œuvre civile convenant à leurs besoins.

2. — Les Allemands au service des Forces sont soumis à toutes les obligations résultant des arrangements sur la Contribution Allemande à la Défense. Ils ne remplissent que des fonctions de non combattants, y compris les services de garde civile.

3. — La législation allemande du travail, à laquelle se conforment les autorités fédérales allemandes, à l'exclusion des règlements concernant les tarifs, s'applique aux conditions de travail auprès des Forces, sauf dans la mesure où le présent Article en dispose autrement. Si besoin est, une Commission Mixte, établie conformément au paragraphe 10 du présent Article, à la demande du Haut Commandement des Forces, examine si, et dans quelle mesure, des dispositions particulières de la législation allemande du travail sont incompatibles avec les besoins militaires des Forces. Les autorités allemandes compétentes tiennent dûment compte des décisions de cette Commission conformément à l'Article 3 de la présente Convention.

4. — Les emplois auprès des Forces ne sont pas considérés comme des emplois auprès des services publics allemands.

(5) Den deutschen Behörden obliegt im Einvernehmen mit den Behörden der Streitkräfte

(a) die Festlegung der den einzelnen Arbeitsverhältnissen zugrunde zu legenden Arbeitsbedingungen einschließlich der Löhne, der Gehälter und der Einordnung der einzelnen Tätigkeitsarten in Lohn- und Gehaltsgruppen sowie gegebenenfalls der Abschluß von Tarifverträgen,

(b) die Regelung des Entlohnungsverfahrens

(6) Die Behörden der Streitkräfte haben gegenüber den Arbeitskräften die Befugnis zur Einstellung, Zuweisung des Arbeitsplatzes, Ausbildung, Versetzung im Einvernehmen mit dem Arbeitnehmer, Kündigung und Entgegennahme von Kündigungen

(7) Die Behörden der Streitkräfte bestimmen die Zahl und Art der benötigten Arbeitsplätze gemäß der Einordnung der Tätigkeitsarten im Sinne des Unterabsatzes (a) des Absatzes (5) dieses Artikels. Der einzelne Arbeitnehmer wird durch die Behörden der Streitkräfte in vorläufiger Weise in die entsprechende Lohn- oder Gehaltsgruppe eingestuft. Diese Einstufung unterliegt der Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden. Die Zustimmung gilt als gegeben, wenn die deutsche Behörde nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der vorläufigen Einstufung widerspricht. In derartigen Fällen wird die entsprechende Einstufung im Benehmen zwischen den Behörden der Streitkräfte und den deutschen Behörden entschieden. Das Arbeitsentgelt für die Zeit der vorläufigen Einstufung wird gemäß der endgültigen Einstufung gezahlt. Der Arbeitnehmer wird bei der vorläufigen Einstufung darauf hingewiesen.

(8) Ansprüche der einzelnen Arbeitnehmer aus der Beschäftigung bei den Streitkräften richten sich gegen die Bundesrepublik. Sie unterliegen der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit. In Rechtsstreitigkeiten wegen Kündigungen aus Sicherheitsgründen entscheidet jedoch auf Antrag der hierfür bestimmten Behörden der Streitkräfte eine gemäß Absatz (10) dieses Artikels errichtete gemischte Kommission mit bindender Wirkung für die deutschen Arbeitsgerichte über die Frage, ob die Kündigung als fristlose oder fristgemäße gerechtfertigt ist. Der Antrag ist unverzüglich zu stellen, spätestens jedoch innerhalb eines Monats, nachdem die Mitteilung über die Klageerhebung bei den Behörden der Streitkräfte eingegangen ist. Der Beteiligte hat Anspruch darauf, vor der Kommission tatsächliche und rechtliche Ausführungen zu machen

(9) Die bei den Streitkräften Beschäftigten können zur Wahrnehmung ihrer Interessen Betriebsräte bilden, deren Aufgabe es ist, Vorschläge zu machen

5. The German authorities, in agreement with the authorities of the Forces, shall

(a) establish the terms and conditions of employment, including wages, salaries and job groupings (which shall serve as the basis for individual working agreements), and may conclude tariff agreements;

(b) regulate payment procedures.

6. The authorities of the Forces have, in connection with the labour referred to in this Article, the rights of engagement, placement, training, transfer with the consent of the worker, dismissal and acceptance of resignations.

7. The authorities of the Forces shall determine the number of jobs required and classify such jobs in accordance with the job groupings established under sub-paragraph (a) of paragraph 5 of this Article. The individuals to fill such jobs shall be provisionally classified by the authorities of the Forces into the appropriate wage and salary groups. The latter classification shall be subject to the approval of the competent German authorities. Such approval shall be deemed to have been given, unless the German authorities notify an objection within two weeks of the date of receipt of notification of the provisional classification. In such cases the appropriate classification shall be determined by consultation between the authorities of the Forces and the German authorities. The remuneration for the period covered by the provisional classification shall be paid according to the final classification. The worker shall be so informed at the time of the provisional classification.

8. Claims of individuals workers arising out of work with the Forces shall be lodged against the Federal Republic. They shall be subject to German labour jurisdiction. However, in disputes arising out of dismissals on security grounds, a Mixed Commission, established under paragraph 10 of this Article, shall, upon request of the designated authorities of the Forces, determine whether the dismissal with or without notice was justified; the decision shall be binding on German labour courts. Such request shall be made without delay and at the latest within one month after notification to the authorities of the Forces of the filing of the suit. The individual concerned shall be entitled to make a factual or legal statement before the Commission.

9. For the protection of their interests, those engaged on work with the Forces may set up Works Councils, whose task shall be to make

5. — Il appartient aux autorités allemandes, en accord avec les autorités des Forces:

(a) de fixer les conditions de travail, y compris les salaires, les traitements et les échelles de classement des catégories professionnelles (qui serviront de base aux contrats de travail individuels) ainsi que de conclure des conventions collectives;

(b) de déterminer les modalités de paiement des salaires.

6. — Les autorités des Forces ont le droit de procéder, en ce qui concerne la main-d'œuvre visée au présent Article, à l'embauchage, à l'affectation, à la formation professionnelle, aux mutations avec le consentement des salariés, aux licenciements et à l'acceptation des démissions

7. — Les autorités des Forces fixent le nombre des emplois nécessaires et classent ces emplois conformément au plan de classement des catégories professionnelles prévu à l'alinéa (a) du paragraphe 5 du présent Article. Les autorités des Forces intéressées classent provisoirement chaque salarié dans l'échelon de salaire ou de traitement correspondant au travail qu'il accomplit. Ce classement est sujet à l'approbation de l'autorité allemande compétente. L'approbation est considérée comme acquise si l'autorité allemande ne fait pas opposition dans un délai de deux semaines après réception de la notification du classement provisoire. En cas d'opposition, il sera procédé au classement par voie de consultation entre les autorités des Forces intéressées et les autorités allemandes. La rémunération pour la période de classement provisoire sera versée conformément au classement définitif. Le salarié sera informé de cette disposition au moment de son classement provisoire.

8. — Les réclamations présentées par des travailleurs individuels au cours de leur emploi par les Forces seront formulées à l'encontre de la République Fédérale. Elles seront soumises à la juridiction allemande du travail. Cependant, en ce qui concerne les litiges résultant de licenciements pour des motifs de sécurité, une Commission Mixte, établie conformément au paragraphe 10 du présent Article, déterminera, sur la demande des autorités désignées des Forces, si le licenciement, avec ou sans préavis, était justifié. Les décisions lieront les tribunaux allemands du travail. Ces demandes doivent être présentées sans délai et au plus tard un mois après la notification de la plainte aux autorités des Forces. Les intéressés sont admis à faire devant la Commission des déclarations de fait ou des dépositions en forme légale.

9. — En vue de protéger leurs intérêts, les salariés employés par les Forces peuvent établir des conseils d'entreprises dont la tâche sera de

und Anliegen oder Beschwerden bei den zuständigen Behörden der Streitkräfte vorzubringen. Die Betriebsräte haben Anspruch darauf, von den zuständigen Behörden der Streitkräfte gehört zu werden. Anliegen und Beschwerden, die auf diese Weise nicht behoben werden, können den zuständigen deutschen Behörden zur weiteren Beratung mit den Behörden der Streitkräfte zugeleitet werden.

(10) Die in den Absätzen (3) und (8) dieses Artikels vorgesehenen gemischten Kommissionen bestehen aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Bundesrepublik und Vertretern der zuständigen Behörden der Drei Mächte. Die Kommissionen entscheiden mit Stimmenmehrheit; sie geben sich ihre eigenen Verfahrensordnungen, die auch Bestimmungen über die Tätigkeit von Unterausschüssen enthalten können. Falls eine Kommission oder ein Unterausschuß keine Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß erzielen kann, ernennen die Bundesrepublik und die beteiligte Macht oder die beteiligten Mächte ein weiteres Mitglied, das an der Entscheidung teilnimmt.

suggestions and to present grievances or complaints to the appropriate authorities of the Forces. Such Councils shall be entitled to be heard by the appropriate authorities of the Forces. Grievances or complaints not resolved in this manner may be referred to the competent German authorities for further discussion with the authorities of the Forces.

10. The Mixed Commissions referred to in paragraphs 3 and 8 of this Article shall be composed equally of representatives of the appropriate authorities of the Three Powers and of representatives of the Federal Republic. They shall decide by majority vote; they shall establish their own rules of procedure, which may include provisions for action by sub-committees. If a Commission or sub-committee can not reach a decision by majority vote, the Power or Powers concerned and the Federal Republic shall appoint an individual who shall participate in the decision.

faire des suggestions et de présenter des doléances et des réclamations aux autorités compétentes des Forces. Ces conseils auront le droit d'être entendus par les autorités compétentes des Forces. Les doléances et réclamations qui ne seront pas réglées par cette voie pourront être transmises aux autorités allemandes compétentes pour discussion ultérieure avec les autorités des Forces.

10. — Les Commissions Mixtes visées aux paragraphes 3 et 8 du présent Article se composeront en nombre égal de représentants des autorités compétentes des Trois Puissances et de représentants de la République Fédérale. Elles prendront leurs décisions à la majorité; elles établiront leur propre règlement qui pourra inclure des dispositions autorisant la création de sous-comités. Si la Commission ou un Sous-Comité ne peut pas parvenir à une décision à la majorité des voix, la Puissance ou les Puissances intéressées et la République Fédérale désigneront une personnalité qui participera au vote.

Artikel 45

Zivile Dienstgruppen

(1) Die Streitkräfte sind berechtigt, Dienstgruppen zu unterhalten, die sich aus nichtdeutschen Staatsangehörigen zusammensetzen.

(2) Bestehende zivile Dienstgruppen, die sich aus Deutschen zusammensetzen, werden

(a) im Benehmen mit den zuständigen Behörden der Bundesrepublik spätestens vierundzwanzig Monate nach Inkrafttreten dieses Vertrags aufgelöst. Die Bundesrepublik und die Drei Mächte treten vor dem Ende der Übergangsperiode in Verhandlungen ein, um Maßnahmen zu treffen, die gewährleisten sollen, daß die Stärke und die Schlagkraft der Streitkräfte infolge dieser Auflösung nicht beeinträchtigt werden;

(b) nicht zu Diensten außerhalb des Bundesgebietes verwendet.

(3) Artikel 44 dieses Vertrags findet Anwendung, soweit in diesem Artikel nicht etwas anderes vorgesehen ist.

(4) Den Mitgliedern der zivilen Dienstgruppen kann als Teil des Arbeitsentgelts Kost und Unterkunft gewährt werden. Es kann von ihnen verlangt werden, daß sie während der Arbeitszeit, soweit es angebracht ist, einheitliche Arbeitskleidung tragen.

(5) Die bei Inkrafttreten dieses Vertrags geltenden Arbeitsbedingungen im Sinne des Unterabsatzes (a) des Absatzes (5) des Artikels 44 werden alsbald im Einvernehmen zwischen

Article 45

Civilian Service Units

1. The Forces shall have the right to maintain civilian service organizations consisting of non-German nationals.

2. The existing civilian service organizations consisting of Germans

(a) shall be disbanded in co-operation with the competent authorities of the Federal Republic not later than at the end of the two-year period commencing on the entry into force of the present Convention. The Three Powers and the Federal Republic shall enter into discussions before the end of this period with a view to taking measures to ensure that the strength and effectiveness of the Forces shall not be impaired as a result of such disbandment;

(b) shall not be required to serve outside the Federal territory.

3. Article 44 of the present Convention shall apply except as otherwise provided in this Article.

4. Members of the civilian service organizations may receive housing and subsistence as a part of their remuneration. When at work, they may be required to wear uniform working clothing when appropriate.

5. The terms and conditions of employment, within the meaning of subparagraph (a) of paragraph 5 of Article 44 of the present Convention, in effect on the entry into force of the present

Article 45

Unités de services civils

1. — Les Forces ont le droit de conserver des organisations de services civils composées de ressortissants non allemands.

2. — Les organisations de services civils existantes composées de ressortissants allemands:

(a) seront dissoutes en coopération avec les autorités compétentes de la République Fédérale vingt-quatre mois au plus tard après l'entrée en vigueur de la présente Convention. Avant la fin de cette période, la République Fédérale et les Trois Puissances entameront des négociations en vue de prendre des mesures pour assurer que les effectifs et l'efficacité des Forces ne seront pas affectés par une telle dissolution;

(b) ne devront pas être appelées à servir hors du territoire fédéral.

3. — L'Article 44 de la présente Convention s'applique sous réserve des dispositions du présent Article.

4. — Les membres de ces organisations de services civils peuvent recevoir une partie de leur salaire en nature sous forme de logement et de nourriture. Au cours de leur travail, il peut leur être demandé, le cas échéant, de porter des vêtements de travail uniformes.

5. — Les salaires et conditions d'emploi, au sens de l'Article 44, paragraphe 5 (a), de la présente Convention, applicables à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, seront ré-

den deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte überprüft und im wesentlichen einheitlich festgelegt.

(6) Die Behörden der Streitkräfte führen die Einstufung der Mitglieder der Dienstgruppen durch, teilen die Einstufung den zuständigen deutschen Behörden mit und berücksichtigen deren Änderungsvorschläge in angemessener Weise.

Convention shall as soon as possible be reviewed and made broadly uniform by agreement between the authorities of the Forces and the German authorities.

6. The authorities of the Forces shall carry out the classification of the members of the civilian service organizations; they shall inform the appropriate German authorities of such classification and shall give due consideration to any suggestions for amendment made by the latter.

visés et dans une certaine mesure uniformisés, le plus tôt possible, par accord entre les autorités des Forces intéressées et les autorités allemandes.

6. — Les autorités des Forces procéderont à un classement des membres des organisations des services civils. Les autorités compétentes allemandes seront tenues informées de ce classement et les Forces tiendront dûment compte de toutes modifications que pourraient suggérer les autorités allemandes.

Artikel 46

Jagd und Fischerei

(1) Die Bundesrepublik unternimmt im Rahmen ihrer Zuständigkeit Schritte, um den Mitgliedern der Streitkräfte besondere Jagd- und Fischereiprivilegien auf bundeseigenem Land zu gewähren und gewähren zu lassen. Sie verwendet ihre guten Dienste bei den Ländern, den deutschen Behörden und den Gebietskörperschaften dafür, daß diese hinsichtlich anderen Landes in öffentlichem Eigentum das gleiche tun. Bei der Gewährung dieser besonderen Privilegien werden die folgenden allgemeinen Richtlinien beachtet.

(2) Die Mitglieder der Streitkräfte

(a) befolgen die deutschen Jagd- und Fischereivorschriften insbesondere in bezug auf Weidgerechtigkeit beim Jagen und Fischen;

(b) richten sich nach deutschen Abschußplänen;

(c) werden beim Jagen auf Schalenwild stets von einem zugelassenen Jäger oder Förster begleitet sein, für dessen Dienste angemessene Gebühren zu entrichten sind;

(d) zahlen eine pauschale Jahresgebühr für die Jagd, deren Höhe im Einvernehmen mit den zuständigen Bundes- oder Landesbehörden festgesetzt wird. Diese Gebühr tritt an die Stelle aller anderen einschlägigen Steuern, Gebühren, Kosten und Abgaben. Bei der Festsetzung dieser Gebühr sind die Umstände, unter denen die Mitglieder der Streitkräfte im Bundesgebiet leben, gebührend zu berücksichtigen;

(e) entrichten in gleicher Weise eine angemessene Gebühr für Fischereiprivilegien.

(3) Die Streitkräfte sind berechtigt, Jagd- und Fischereischeine auszugeben, jedoch nur an Mitglieder der Streitkräfte, die mit den deutschen Jagd- und Fischereigesetzen und, im Falle der Jagd, mit dem Gebrauch von Jagdwaffen vertraut sind. Die Mitglieder der Streitkräfte respektieren private Vermögensrechte.

Article 46

Hunting and Fishing

1. The Federal Republic shall take such steps as lie within its competence in order to grant and have granted to the members of the Forces special hunting and fishing privileges on Federal lands. It shall use its good offices with the Länder and all German authorities and political sub-divisions to do the same in respect of other public lands. In granting such special privileges the following general principles shall be observed.

2. The members of the Forces shall

(a) observe German regulations on hunting and fishing, in particular as regards proper hunting and fishing methods;

(b) comply with German game plans (Abschußpläne);

(c) for cloven-hoofed game (Schalenwild) always be accompanied by a licensed hunter or forester, for whose services reasonable fees shall be paid;

(d) pay a combined annual fee for hunting, the amount of such fee to be determined in agreement with the Federal or Land authorities as appropriate. Such fee shall be in place of all other applicable taxes, fees, charges and expenses. In fixing such fee, due regard shall be paid to the circumstances under which members of the Forces live in the Federal territory;

(e) in like manner pay a reasonable fee for fishing privileges.

3. The Forces shall have the right to issue hunting and fishing licenses but only to members of the Forces familiar with German hunting and fishing legislation, and, in the case of hunting, with the use of hunting weapons. The members of the Forces shall respect private property rights.

Article 46

Chasse et Pêche

1. — La République Fédérale prendra toutes les mesures de sa compétence pour accorder et faire accorder aux membres des Forces des privilèges spéciaux en matière de chasse et de pêche sur les terrains fédéraux. Elle usera de ses bons offices auprès des autorités des Länder et toutes autres autorités allemandes ainsi qu'auprès des subdivisions politiques pour parvenir à ces résultats en ce qui concerne les autres terrains publics. En accordant ces privilèges spéciaux, les principes généraux suivants seront observés.

2. — Les membres des Forces devront :

(a) se conformer aux règlements allemands sur la chasse et la pêche et notamment à ceux concernant les procédés corrects de chasse et de pêche ;

(b) reconnaître les plans de tir allemands (Abschußpläne) ;

(c) toujours être accompagnés, lorsqu'ils chasseront le gibier fissipède (Schalenwild), par un chasseur ou un garde titulaire d'une licence, dont les services feront l'objet d'une rémunération raisonnable ;

(d) payer pour la chasse une redevance annuelle globale dont le montant sera fixé en consultation avec les autorités fédérales ou les autorités de Land selon les cas. Cette redevance tiendra lieu de toutes les autres taxes, impôts, charges ou frais applicables. Pour la fixation du montant de cette redevance, il devra être dûment tenu compte des conditions de vie sur le territoire fédéral des membres des Forces ;

(e) payer de même une redevance raisonnable pour les privilèges de pêche

3. — Les Forces auront le droit de délivrer des autorisations de chasse et de pêche, mais uniquement à ceux de leurs membres qui connaissent les lois allemandes de chasse et de pêche, et, en ce qui concerne la chasse, à ceux qui sont familiarisés avec l'emploi des armes de chasse. Les membres des Forces respecteront les droits de propriété privée.

(4) Soweit private Vermögensrechte berührt werden, unternehmen die Bundesbehörden alles, was in ihren Kräften steht, um freiwillige Abmachungen mit den Mitgliedern der Streitkräfte anzuregen; sie wirken darauf hin, daß seitens der Eigentümer oder Pächter privater Jagden und Fischereibezirke oder seitens der Inhaber entsprechender Rechte Einladungen an Mitglieder der Streitkräfte ergehen.

(5) Privatrechtliche Verträge, die Jagd- und Fischereirechte zum Gegenstand haben und bei Inkrafttreten dieses Vertrags wirksam sind, gelten fort, sofern sie nach deutschem Recht freiwillig geschlossen wurden und die Zahlung des jeweiligen Marktpreises für derartige Rechte vorsehen. Alle anderen bisher in Anspruch genommenen oder vorbehaltenen Rechte in bezug auf Jagd und Fischerei erlöschen spätestens einen Monat nach Inkrafttreten dieses Vertrags.

(6) Die Rechte und Pflichten der Streitkräfte auf diesem Gebiet werden gegebenenfalls durch besondere Vereinbarungen zwischen den Streitkräften und den Bundes- oder Länderbehörden näher bestimmt.

4. The Federal authorities shall take all measures within their power to stimulate voluntary arrangements with members of the Forces where private property rights are involved, and shall encourage invitations to the members of the Forces on the part of owners or lessees of private preserves or on the part of holders of corresponding rights.

5. Contracts pertaining to hunting and fishing rights in effect at the entry into force of the present Convention shall remain in force if such contracts have been freely made under German law and provide for payment for such rights at the then market price. All other rights relating to hunting and fishing heretofore requisitioned or reserved shall expire not later than one month after the entry into force of the present Convention.

6. The rights and obligations of the Forces in this field may be more closely defined in special agreements between the Forces and the Federal or the Land authorities.

4. — Les autorités fédérales prendront toutes mesures en leur pouvoir pour encourager la conclusion d'accords volontaires avec les membres des Forces, lorsqu'il s'agira de droits de propriété privée, et encourageront l'invitation de membres des Forces par les propriétaires ou locataires de terrains privés de chasse ou par tous détenteurs de droits similaires.

5. — Les contrats relatifs aux droits de chasse et de pêche existant au moment de l'entrée en vigueur de la présente Convention resteront applicables s'ils ont été librement conclus en vertu du droit allemand et s'ils prévoient le paiement de ces droits aux prix courants alors pratiqués. Tous les autres droits en matière de chasse et de pêche qui antérieurement étaient réservés, ou dont il était fait usage par voie de réquisition, deviendront caducs au plus tard un mois après l'entrée en vigueur de la présente Convention.

6. — Les droits et obligations des Forces dans ces domaines pourront être définis d'une manière plus précise par des accords spéciaux conclus entre les Forces et les autorités fédérales ou des Länder.

Artikel 47

Berlin

(1) Auf Grund dieses Vertrags zur Verfügung gestellte Sach- und Werkleistungen können von den in Berlin stationierten Truppen der beteiligten Mächte genutzt und verwendet werden.

(2) (gestrichen)

Article 47

Berlin

1. Goods, materials and services provided in accordance with the present Convention may be used and enjoyed by the armed Forces of any Power concerned, stationed in Berlin.

2. Deleted.

Article 47

Berlin

1. — Les Forces armées de toute Puissance intéressée stationées à Berlin peuvent utiliser les marchandises, matériels et services fournis conformément à la présente Convention et en bénéficier.

2. — Supprimé.

Artikel 48

Überleitung der bestehenden Versorgung

(1) Sind Sachen, Werkleistungen oder Liegenschaften vor Inkrafttreten dieses Vertrags durch die Behörden der beteiligten Macht in Anspruch genommen oder zu Lasten des Besatzungskosten- oder Auftragsausgabenhaushalts beschafft worden und dauert die Inanspruchnahme durch die Streitkräfte danach noch an, so gelten diese Sachen, Werkleistungen und Liegenschaften von diesem Zeitpunkt an für die Dauer eines Jahres als nach den gemäß Absatz (3) und (4) von Artikel 37 dieses Vertrags anzuwendenden Gesetzesbestimmungen unanfechtbar in Anspruch genommen.

(2) Sofern die Inanspruchnahme von Sachen, Werkleistungen oder Liegenschaften für Zwecke der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder über die in Absatz (1) dieses Artikels genannte Frist hinaus erforderlich ist, gewährleistet die Bundesrepublik die weitere Zurverfügungstellung nach Maßgabe des Verfahrens der einschlägigen Bundesgesetze.

Article 48

Continuation of Existing Support

1. Where goods, materials, services or accommodation have been requisitioned by the authorities of the Power concerned or procured on occupation costs or mandatory expenditures budgets before the date of entry into force of the present Convention and continue thereafter to be required by the Forces, they shall be deemed to be requisitioned with binding legal effect for a period of one year from that date under the provisions of the applicable legislation referred to in paragraphs 3 and 4 of Article 37 of the present Convention.

2. Where the goods, materials, services or accommodation are required for the purposes of the Forces and their members beyond the period fixed in paragraph 1 of this Article, the Federal Republic shall guarantee their continued availability in accordance with the procedure of the applicable Federal legislation.

Article 48

Maintien de l'aide existante

1. — Lorsque des biens, matériels, services ou immeubles ont été réquisitionnés par les autorités de la Puissance intéressée ou acquis sur les budgets des frais d'occupation ou des dépenses imposées avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et continuent, par la suite, à être nécessaires aux Forces, ils seront considérés comme réquisitionnés avec effet juridique obligatoire pour une période d'une année à compter de cette date, en vertu des dispositions des textes législatifs applicables visés aux paragraphes 3 et 4 de l'Article 37 de la présente Convention.

2. — Lorsque les biens, matériels, services et immeubles sont nécessaires aux Forces et à leurs membres au-delà de la période fixée au paragraphe 1 du présent Article, la République Fédérale assurera leur maintien ininterrompu à la disposition des Forces, conformément aux procédures de la législation fédérale applicable.

VIERTER TEIL

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 49

(gestrichen)

Artikel 50

(gestrichen)

Artikel 51

Überprüfung

Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 10 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten kann dieser Vertrag auf Antrag eines der Unterzeichnerstaaten nach Ablauf von zwei Jahren nach seinem Inkrafttreten jederzeit überprüft werden.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter diesen Vertrag, einen der in Artikel 8 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten aufgeführten Verträge, unterschrieben.

Geschehen zu BONN am sechsundzwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland

gezeichnet:

Adenauer

Für die Vereinigten Staaten von Amerika

gezeichnet:

Dean Acheson

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland

gezeichnet:

Anthony Eden

Für die Französische Republik

gezeichnet:

Robert Schuman

PART FOUR

Transitional and Final Provisions

Article 49

Deleted.

Article 50

Deleted.

Article 51

Review

Without prejudice to the provisions of Article 10 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany the present Convention may be reviewed at the request of one of the Signatory States at any time after two years after its entry into force.

IN FAITH WHEREOF the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective Governments have signed the present Convention, being one of the related Conventions listed in Article 8 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany.

Done at BONN this thwenty-sixth day of May, 1952, in three texts, in the English, French and German languages, all being equally authentic.

For the United States of America

signed:

Dean Acheson

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

signed:

Anthony Eden

For the French Republic

signed:

Robert Schuman

For the Federal Republic of Germany

signed:

Adenauer

TITRE QUARTIEME

Dispositions Transitoires et Définitives

Article 49

— supprimé —

Article 50

— supprimé —

Article 51

Clause de révision

Sans préjudice des dispositions de l'Article 10 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, la présente Convention peut être soumise à révision sur demande de l'un des États Signataires et à tout moment, à la fin de la période de deux ans après son entrée en vigueur.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention qui constitue l'une des Conventions rattachées énumérées dans l'Article 8 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne.

Fait à BONN, le vingt-sixième jour du mois de mai 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Pour la République Française

signé:

Robert Schuman

Pour les Etats-Unis d'Amérique

signé:

Dean Acheson

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

signé:

Anthony Eden

Pour la République Fédérale d'Allemagne

signé:

Adenauer

ANHANG A

zum Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland

(Artikel 3 Absatz 3)

Strafvorschriften zum Schutze der Drei Mächte, der Streitkräfte und ihrer Mitglieder

ABSCHNITT I

Verrat in militärischen Angelegenheiten

§ 1

(1) Militärische Geheimnisse im Sinne dieses Abschnitts sind Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, insbesondere Schriften, Zeichnungen, Modelle oder Formeln einschließlich Schlüsselbücher, oder Nachrichten darüber, die mit Rücksicht auf die Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte (im Sinne von Artikel 1 des Vertrags über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland) geheimgehalten werden.

(2) Verrat im Sinne dieses Abschnitts begeht, wer vorsätzlich ein militärisches Geheimnis an einen Unbefugten gelangen läßt oder es öffentlich bekanntmacht und dadurch die Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte gefährdet.

§ 2

(1) Wer ein militärisches Geheimnis verrät, wird mit Zuchthaus bestraft.

(2) Wer sich ein militärisches Geheimnis verschafft, um es zu verraten, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

(3) Wer es unbefugt unternimmt, sich ein militärisches Geheimnis zu verschaffen, oder wer, wenn er sonst unbefugt in den Besitz eines solchen Geheimnisses gelangt, es unterläßt, der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte unverzüglich Anzeige zu erstatten oder das Geheimnis, soweit es sich um einen Gegenstand handelt, auf Verlangen herauszugeben, wird mit Gefängnis bestraft.

(4) § 100 Absatz 3 des Strafgesetzbuchs in der Fassung vom 30. August 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 739) findet auf militärische Geheimnisse keine Anwendung.

§ 3

(1) Wer vorsätzlich ein militärisches Geheimnis an einen Unbefugten gelangen läßt oder es öffentlich bekanntmacht und dadurch fahrlässig die

ANNEX A

to the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany

(Article 3, paragraph 3)

Penal Provisions for the Protection of the Three Powers, their Forces and the Members of the Forces

TITLE I

Treason in Military Matters

Section 1

1. For the purpose of this Title, the term "military secrets" shall mean facts, objects, conclusions and discoveries, in particular writings, drawings, models or formulas, including codes, or information concerning them, which are kept secret out of consideration for the security of one of the Three Powers or of the Forces, as defined in Article 1 of the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany.

2. For the purpose of this Title, treason shall be deemed to be committed by anyone who wilfully lets an unauthorized person have access to a military secret or makes such secret public and thereby endangers the security of one of the Three Powers or of the Forces.

Section 2

1. Whoever betrays a military secret shall be punished by imprisonment with hard labour (Zuchthaus).

2. Whoever procures a military secret in order to betray it shall be punished by imprisonment with hard labour (Zuchthaus) not exceeding ten years.

3. Whoever, without authority, procures or attempts to procure a military secret or whoever, having otherwise without authority obtained possession of such secret, fails to report it forthwith to the competent authority of the Forces or, in the event that the secret is an object, fails to deliver it on demand shall be punished by imprisonment.

4. Paragraph 3 of Section 100 of the Criminal Code, as amended by the Law of 30 August 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 739), shall not apply to military secrets.

Section 3

1. Whoever wilfully lets an unauthorized person have access to a military secret or makes it public and thereby, through negligence, en-

ANNEXE A

à la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangéres et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne

(Article 3, Paragraphe 3)

Prescriptions pénales pour la protection des Trois Puissances, des Forces et de leurs membres

SECTION I

La Trahison en matière militaire

Paragraphe 1

1. — Au sens de la présente Section, sont réputés «secrets militaires» les faits, objets, constatations et découvertes, notamment les écrits, dessins, modèles et formules, y compris les codes, de même que les renseignements s'y rapportant qui sont tenus secrets eu égard à la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces, telles que ces Trois Puissances et Forces sont définies dans l'Article 1 de la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne.

2. — Au sens de la présente Section, sera coupable de trahison quiconque, volontairement, laissera un secret militaire parvenir à une personne non qualifiée ou le portera à la connaissance du public, et mettra ainsi en danger la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces.

Paragraphe 2

1. — Quiconque trahira un secret militaire sera puni de réclusion (Zuchthaus).

2. — Quiconque se procurera un secret militaire en vue de le trahir sera puni d'une peine de réclusion (Zuchthaus) dont la durée ne pourra excéder dix ans.

3. — Quiconque, sans être qualifié, entreprendra de se procurer un secret militaire, ou quiconque, étant entré d'une autre manière en possession d'un tel secret sans être qualifié, s'abstiendra d'en informer sans retard l'autorité compétente des Forces, et, s'il s'agit d'un objet, d'en effectuer la remise sur demande, sera puni d'emprisonnement.

4. — L'alinéa 3 du paragraphe 100 du Code Pénal modifié par la Loi du 30 août 1951 (Bundesgesetzblatt, Teil I, Seite 739) n'est pas applicable en ce qui concerne les secrets militaires.

Paragraphe 3

1. — Quiconque, volontairement, laissera un secret militaire parvenir à une personne non qualifiée ou le rendra public, et mettra ainsi en danger, par

Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte gefährdet, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Wer fahrlässig ein militärisches Geheimnis, das ihm kraft seines Amtes oder seiner dienstlichen Stellung oder eines von einer Dienststelle erteilten Auftrags zugänglich war, an einen Unbefugten gelangen läßt und dadurch die Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte gefährdet, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Die Tat wird nur mit Ermächtigung der beteiligten Macht oder der Streitkräfte verfolgt, deren Sicherheit gefährdet worden ist.

dangers the security of one of the Three Powers or of the Forces shall be punished by imprisonment.

2. Whoever, through negligence, lets an unauthorized person have access to a military secret to which the offender had access by virtue of his office or position in the service, or by virtue of a commission received from an official agency and thereby endangers the security of one of the Three Powers or of the Forces shall be punished by imprisonment not exceeding two years. The offence shall be prosecuted only upon authorization of that Power concerned or of those Forces whose security has been endangered.

négligence ou imprudence, la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces, sera puni d'emprisonnement.

2. — Quiconque, par négligence ou imprudence, laissera parvenir à une personne non qualifiée un secret militaire qui lui était accessible de par ses fonctions, sa situation de service ou en vertu d'un mandat de l'autorité, et mettra ainsi en danger la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces, sera puni d'un emprisonnement dont la durée ne pourra excéder deux ans. Les poursuites n'auront lieu qu'avec l'autorisation de la Puissance intéressée ou des Forces dont la sécurité aura été mise en danger.

§ 4

(1) Wer in der Absicht, die Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte zu beeinträchtigen, Nachrichten über militärische Angelegenheiten der Streitkräfte sich verschafft, sammelt, veröffentlicht oder einem anderen mitteilt oder zu diesem Zwecke einen Nachrichtendienst betreibt, für eine solche Tätigkeit anwirbt oder sie unterstützt, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

Section 4

1. Whoever, with intent to prejudice the security of one of the Three Powers or of the Forces, procures, collects, publishes or communicates to another person information concerning military affairs of the Forces, or for such purpose operates an information service, or hires others to engage in, or supports, such activities shall be punished by imprisonment. The attempt is punishable

2. In especially serious cases, the penalty shall be imprisonment with hard labour (Zuchthaus) not exceeding five years.

Paragraphe 4

1. — Quiconque, dans l'intention de porter atteinte à la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces, se procurera, rassemblera, publiera ou communiquera à autrui des renseignements relatifs aux affaires militaires des Forces, ou, à ces fins, fera fonctionner un service de renseignements, recrutera ou prêtera aide et assistance pour de telles activités, sera puni d'emprisonnement. La tentative sera punissable.

2. — Dans les cas particulièrement graves, la peine sera la réclusion (Zuchthaus), dont la durée ne pourra être supérieure à cinq ans.

§ 5

(1) Wer in der Absicht, sich unbefugt ein militärisches Geheimnis zu verschaffen oder zum Zwecke der Beeinträchtigung der Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte Nachrichten über militärische Angelegenheiten zu sammeln (§ 2 Absätze (2) und (3), § 4), eine militärische Anlage, ein Kriegsschiff oder ein Luftfahrzeug der Streitkräfte betritt oder sich in deren Nähe aufhält, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Als militärische Anlagen gelten auch die amtlich bekanntgemachten Sicherungsbereiche sowie gewerbliche Anlagen, in denen Gegenstände des Bedarfs der Streitkräfte hergestellt, ausgebessert oder aufbewahrt werden.

Section 5

1. Whoever, with intent to procure without authority a military secret, or to collect information on military matters for the purpose of prejudicing the security of one of the Three Powers or of the Forces (paragraphs 2 and 3 of Section 2; Section 4) enters, or loiters in the vicinity of, military installations, war vessels or aircraft of the Forces shall be punished with imprisonment.

2. The term "military installations" shall include, but not be limited to, areas restricted for security reasons by official notice and industrial establishments where supplies required for the Forces are produced, repaired or stored.

Paragraphe 5

1. — Toute personne non qualifiée qui, dans l'intention de se procurer un secret militaire ou de rassembler, dans le but de porter atteinte à la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces, des renseignements relatifs à des questions militaires (alinéas 2 et 3 du paragraphe 2 et paragraphe 4 de la présente Annexe), pénétrera dans une installation militaire, un navire de guerre ou un aéronef des Forces ou séjournera à proximité desdites installations, navires de guerre ou aéronefs, sera punie d'emprisonnement.

2. — Sont réputées « installations militaires » les zones de sécurité officiellement désignées comme telles, ainsi que les installations industrielles destinées à la fabrication, à la réparation ou au dépôt d'objets servant aux besoins des Forces, sans que cette énumération soit limitative.

§ 6

Wer ohne Erlaubnis der zuständigen Behörde innerhalb eines amtlich bekanntgemachten Sicherungsbereichs oder von einem Gebäude, in dem Waffen oder andere Gegenstände des Bedarfs der Streitkräfte hergestellt oder gelagert werden, oder von einer anderen militärischen Anlage Aufnahmen macht oder von solchen Gegenständen Skizzen anfertigt oder

Section 6

Whoever, without permission of the competent authority, takes photographs within an area restricted for security reasons by official notice, takes photographs of a building in which arms or other supplies required for the Forces are produced or stored, or of any other military installation, makes sketches of such objects, or puts such photographs or sketches into cir-

Paragraphe 6

Quiconque, sans la permission de l'autorité compétente, exécutera des photographies ou croquis à l'intérieur d'une zone de sécurité officiellement désignée comme telle, ou exécutera des photographies ou croquis d'un bâtiment dans lequel sont fabriqués ou entreposés des armes ou autres objets servant aux besoins des Forces, ou de toute autre installation militaire, de

solche Aufnahmen oder Skizzen in Verkehr bringt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer von beiden Strafen bestraft.

culation shall be punished by imprisonment or a fine or both.

même que celui qui mettra en circulation des photographies ou croquis de cette nature, sera puni d'emprisonnement et d'amende ou de l'une de ces deux peines seulement.

§ 7

(1) Wer zu einer Regierung, einer Partei, einer anderen Vereinigung oder einer Einrichtung außerhalb des Bundesgebietes und von Berlin (West) oder zu einer Person, die für eine solche Regierung, Partei, Vereinigung oder Einrichtung tätig ist, Beziehungen aufnimmt oder unterhält, welche auf Mitteilungen im Sinne von § 1 oder § 4 gerichtet sind, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer für eine Regierung, eine Partei, eine andere Vereinigung oder eine Einrichtung außerhalb des Bundesgebietes und von Berlin (West) tätig ist und Beziehungen der in Absatz (1) bezeichneten Art zu einem anderen aufnimmt oder unterhält.

Section 7

1. Whoever establishes or maintains relations the object of which is supplying information within the meaning of Sections 1 and 4 with a government, a party, any other association or an institution outside the Federal territory and Berlin (West), or with a person acting for such government, party, association or institution shall be punished with imprisonment.

2. Whoever, acting for a government, a party, any other association or an institution outside the Federal territory and Berlin (West), establishes relations of the type described in paragraph 1 of this Section with another person or maintains such relations shall be punished in like manner.

Paragraphe 7

1. — Quiconque établira ou entretiendra des intelligences tendant à des communications de la nature de celles visées aux paragraphes 1 et 4 avec un gouvernement, un parti, toute autre association ou une institution se trouvant en dehors du territoire fédéral et de Berlin (Ouest), ou avec une personne agissant pour le compte de ce gouvernement, parti, association ou institution, sera puni d'emprisonnement.

2. — Sera puni de la même peine quiconque, agissant pour le compte d'un gouvernement, d'un parti, de toute autre association ou d'une institution se trouvant en dehors du territoire fédéral et de Berlin (Ouest), établira ou entretiendra avec autrui des intelligences de la nature de celles visées au premier alinéa du présent paragraphe.

§ 8

(1) Wer in der Absicht, einen Krieg, ein bewaffnetes Unternehmen oder Zwangsmaßregeln gegen eine der Drei Mächte oder die Streitkräfte herbeizuführen oder zu fördern, zu einer Regierung, einer Partei, einer anderen Vereinigung oder einer Einrichtung außerhalb des Bundesgebietes und von Berlin (West) oder zu einer Person, die für eine solche Regierung, Partei, Vereinigung oder Einrichtung tätig ist, Beziehungen aufnimmt oder unterhält, wird mit Zuchthaus bestraft.

(2) Handelt der Täter in der Absicht, sonstige Maßregeln oder Bestrebungen einer Regierung, einer Partei, einer anderen Vereinigung oder einer Einrichtung außerhalb des Bundesgebietes und von Berlin (West) herbeizuführen oder zu fördern, die darauf gerichtet sind, die Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte zu beeinträchtigen, so ist die Strafe Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

(3) Wer in der Absicht, eine der in den vorstehenden Absätzen (1) und (2) bezeichneten Maßnahmen oder Bestrebungen herbeizuführen oder zu fördern, unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(4) In besonders schweren Fällen des Absatzes (1) kann auf lebenslanges Zuchthaus, in besonders schweren Fällen der Absätze (2) und (3) auf Zuchthaus erkannt werden.

Section 8

1. Whoever, with intent to cause or promote a war, an armed enterprise or measures of compulsion against one of the Three Powers or the Forces, establishes or maintains relations with a government, a party, any other association or an institution outside the Federal territory and Berlin (West), or with a person acting for such government, party, association or institution, shall be punished by imprisonment with hard labour (Zuchthaus).

2. If the offender acts with intent to cause or promote such other measures or plans of a government, a party, any other association or an institution outside the Federal territory and Berlin (West) as are designed to prejudice the security of one of the Three Powers or of the Forces, the penalty shall be imprisonment. The attempt is punishable.

3. Whoever, with intent to cause or promote one of the measures or plans specified in paragraphs 1 and 2 of this Section, makes or circulates untrue or grossly distorted statements of facts shall be punished by imprisonment. The attempt is punishable.

4. In especially serious cases under paragraph 1 of this Section the penalty may be imprisonment with hard labour (Zuchthaus) for life; in especially serious cases under paragraphs 2 and 3, the penalty may be imprisonment with hard labour (Zuchthaus).

Paragraphe 8

1. — Quiconque, dans l'intention de provoquer ou de favoriser une guerre, une entreprise armée ou des mesures coercitives contre l'une des Trois Puissances ou les Forces, établira ou entretiendra des intelligences avec un gouvernement, un parti, toute autre association ou une institution se trouvant en dehors du territoire fédéral et de Berlin (Ouest), ou avec une personne agissant pour le compte de ce gouvernement, parti, association ou institution, sera puni de réclusion (Zuchthaus).

2. — Lorsque l'auteur aura agi dans l'intention de provoquer ou de favoriser d'autres mesures ou tendances émanant d'un gouvernement, d'un parti, de toute autre association ou d'une institution se trouvant en dehors du territoire fédéral et de Berlin (Ouest), et qui ont pour but de porter atteinte à la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces, la peine sera l'emprisonnement. La tentative sera punissable.

3. — Quiconque, dans l'intention de provoquer ou de faire progresser l'une des mesures ou tendances visées aux alinéas 1 et 2 du présent paragraphe, aura émis ou propagé des affirmations de fait mensongères ou grossièrement déformées, sera puni d'emprisonnement. La tentative sera punissable.

4. — Si les faits sont particulièrement graves, la peine pourra être la réclusion (Zuchthaus) à perpétuité dans le cas visé à l'alinéa 1 du présent paragraphe, et la réclusion (Zuchthaus) dans les cas visés aux alinéas 2 et 3.

§ 9

(1) Wegen der in diesem Abschnitt mit Strafe bedrohten Handlungen kann erkannt werden neben

den Strafen aus den §§ 2 und 8 Absatz (1)

auf Geldstrafe von unbegrenzter Höhe;

den Strafen aus den §§ 3, 4, 7 und 8 Absatz (2) und (3)

auf Geldstrafe;

einer wegen einer vorsätzlichen Tat verhängten Gefängnisstrafe von mindestens drei Monaten

für die Dauer von einem bis zu fünf Jahren auf die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter und den Verlust des Wahl- und Stimmrechts und der Wählbarkeit sowie auf den Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte;

jeder Freiheitsstrafe aus den §§ 2, 4, 5, 7 und 8

auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

(2) § 86 des Strafgesetzbuchs in der Fassung vom 30. August 1951 gilt entsprechend.

Section 9

1. For acts punishable under this Title there may be imposed:

in addition to the penalties under Section 2 and paragraph 1 of Section 8, a fine of unlimited amount;

in addition to the penalties under Sections 3, 4 and 7 and paragraphs 2 and 3 of Section 8, a fine;

in addition to imprisonment of not less than three months imposed for a wilfully committed offence, for the period of one to five years, incapacity to hold public office and the loss of the right to vote and to be elected as well as the loss of rights acquired through public election;

in addition to imprisonment of any type imposed under Sections 2, 4, 5, 7 and 8, authorization to place the convicted person under police supervision

2. Section 86 of the Criminal Code, as amended by the Law of 30 August 1951, shall apply *mutatis mutandis*.

Paragraphe 9

1. — Pour les infractions visées à la présente Section les peines complémentaires suivantes pourront être prononcées:

— outre les peines prévues au paragraphe 2 et à l'alinéa 1 du paragraphe 8 de la présente Annexe, une amende d'un montant illimité;

— outre les peines prévues aux paragraphes 3, 4 et 7 et aux alinéas 2 et 3 du paragraphe 8 de la présente Annexe, une amende;

— outre toute condamnation à un emprisonnement de trois mois au moins, prononcée pour une infraction commise volontairement, l'incapacité d'exercer une fonction publique et la perte du droit de vote et de l'éligibilité, de même que la perte des droits résultant de scrutins publics, pendant une période d'un à cinq ans;

— outre toute peine privative de liberté prévue aux paragraphes 2, 4, 5, 7 et 8 de la présente Annexe, le coupable pourra être placé sous la surveillance de la police

2. — Le paragraphe 86 du Code Pénal modifié par la Loi du 30 août 1951 sera applicable par analogie.

ABSCHNITT II

Sabotage

§ 10

(1) Wer vorsätzlich ein Wehrmittel der Streitkräfte oder eine Einrichtung, die der Verteidigung im Sinne von Artikel 4 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten dient, beschädigt, zerstört, unbrauchbar macht oder beiseite schafft und dadurch vorsätzlich die Sicherheit oder Schlagkraft der Streitkräfte gefährdet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. In schweren Fällen ist auf Zuchthaus zu erkennen.

(2) Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich ein Wehrmittel oder eine Verteidigungseinrichtung oder den dafür bestimmten Werkstoff fehlerhaft herstellt oder liefert und dadurch vorsätzlich die Sicherheit oder Schlagkraft der Streitkräfte gefährdet.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) Wer leichtfertig handelt und dadurch fahrlässig die Sicherheit oder Schlagkraft der Streitkräfte gefährdet, wird mit Gefängnis bestraft.

TITLE II

Sabotage

Section 10

1. Whoever wilfully damages, destroys, renders unserviceable or displaces military equipment of the Forces or an installation intended for defence within the meaning of Article 4 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany and thereby wilfully endangers the security of the Forces or their readiness for action shall be punished by imprisonment for not less than three months. In serious cases, imprisonment with hard labour (Zuchthaus) shall be imposed

2. Whoever wilfully manufactures or delivers in a defective manner military equipment or a defence installation or raw material reserved for defence and thereby wilfully endangers the security of the Forces or their readiness for action shall punished in like manner.

3. The attempt is punishable.

4. Whoever acts in a grossly negligent manner and thereby endangers negligently the security of the Forces or their readiness for action shall be punished by imprisonment.

SECTION II

Du Sabotage

Paragraphe 10

1. — Quiconque, volontairement, aura détérioré, détruit, rendu inutilisable ou détourné du matériel militaire des Forces ou une installation servant à la défense au sens de l'Article 4 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, et mis ainsi volontairement en danger la sécurité ou le potentiel militaire des Forces, sera puni d'un emprisonnement de trois mois au moins Dans les cas particulièrement graves, la peine sera la réclusion (Zuchthaus).

2. — Sera puni de la même peine quiconque, volontairement, aura pratiqué des malfaçons lors de la fabrication ou de la livraison de matériel militaire, d'installations de défense ou matériaux destinés à la défense et mis ainsi en danger volontairement la sécurité ou le potentiel militaire des Forces.

3. — La tentative sera punissable.

4. — Quiconque aura agi par légèreté et, de cette manière, par négligence ou imprudence, mis en danger la sécurité ou le potentiel militaire des Forces, sera puni d'emprisonnement.

§ 11

Wer die Streitkräfte oder einzelne Mitglieder der Streitkräfte rechtswidrig in der Ausübung ihrer Dienstpflichten behindert oder stört und dadurch vorsätzlich die Sicherheit oder Schlagkraft der Streitkräfte gefährdet, wird, soweit die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bestraft.

Section 11

Whoever unlawfully obstructs or disturbs the Forces or individual members of the Forces in the exercise of their official duties and thereby wilfully endangers the security of the Forces or their readiness for action shall be punished by imprisonment, unless a more severe penalty is provided for the act by other provisions.

Paragraphe 11

Quiconque, illicitement, aura gêné ou troublé les Forces ou les membres des Forces, pris individuellement, dans l'exercice de leurs fonctions officielles, et mis ainsi en danger volontairement la sécurité ou le potentiel militaire des Forces, sera puni d'emprisonnement, à moins que les faits ne soient passibles d'une peine plus grave en vertu d'autres prescriptions.

ABSCHNITT III

Untergrabung der Dienstbereitschaft und Manneszucht der Streitkräfte

TITLE III

Undermining the Willingness to Serve and the Discipline of the Forces

SECTION III

Des faits tendant à saper la volonté de servir et la discipline des Forces

§ 12

(1) Wer auf Mitglieder der Streitkräfte in der Absicht einwirkt, die pflichtmäßige Bereitschaft zum Dienst in den Streitkräften zu untergraben, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen kann auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren erkannt werden.

Section 12

1. Whoever influences members of the Forces with intent to undermine their willingness to serve with the Forces shall be punished by imprisonment.

2. The attempt is punishable.

3. In especially serious cases, imprisonment with hard labour (Zuchthaus) not exceeding five years may be imposed.

Paragraphe 12

1. — Quiconque aura agi sur des membres des Forces dans l'intention de saper la volonté de servir dans les Forces, sera puni d'emprisonnement.

2. — La tentative sera punissable.

3. — Dans les cas particulièrement graves, la peine pourra être la réclusion (Zuchthaus), dont la durée ne pourra être supérieure à cinq ans.

§ 13

(1) Wer ein Mitglied der Streitkräfte zur Fahnenflucht verleitet oder die Fahnenflucht eines Mitgliedes der Streitkräfte erleichtert, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen kann auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren erkannt werden.

Section 13

1. Whoever induces a member of the Forces to desert or facilitates the desertion of a member of the Forces shall be punished by imprisonment for not less than three months.

2. The attempt is punishable.

3. In especially serious cases, imprisonment with hard labour (Zuchthaus) not exceeding ten years may be imposed.

Paragraphe 13

1. — Quiconque incitera à la désertion un membre des Forces ou facilitera la désertion d'un membre des Forces sera puni d'emprisonnement de trois mois au moins.

2. — La tentative sera punissable.

3. — Dans les cas particulièrement graves, la peine pourra être la réclusion (Zuchthaus), dont la durée ne pourra être supérieure à dix ans.

§ 14

Wer ein Mitglied der Streitkräfte auffordert oder anreizt, dem Befehl des Vorgesetzten nicht zu gehorchen, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Section 14

Whoever solicits or incites a member of the Forces to disobey a superior shall be punished by imprisonment not exceeding two years.

Paragraphe 14

Quiconque aura invité ou provoqué un membre des Forces à désobéir aux ordres d'un supérieur, sera puni d'un emprisonnement dont la durée ne pourra être supérieure à deux ans.

ABSCHNITT IV

Beschimpfung der Streitkräfte

§ 15

Wer öffentlich die Streitkräfte beschimpft oder böswillig und mit Überlegung verächtlich macht, wird mit Gefängnis bestraft.

TITLE IV

Vilifying the Forces

Section 15

Whoever publicly vilifies the Forces or maliciously and deliberately exposes them to contempt shall be punished by imprisonment.

SECTION IV

Diffamation envers les Forces

Paragraphe 15

Quiconque, publiquement, insultera les Forces ou, par malveillance et délibérément, les exposera à des outrages, sera puni d'emprisonnement.

ABSCHNITT V

Anwendung von Vorschriften des Strafgesetzbuchs zugunsten der Streitkräfte

§ 16

Folgende Vorschriften des Strafgesetzbuchs sind zugunsten der Streitkräfte entsprechend anzuwenden:

(a) § 96 Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 2 auf Taten gegen die nationalen Symbole der Streitkräfte;

(b) §§ 113, 115 und 116 auf den Widerstand, Aufruhr oder Auflauf gegen die Streitkräfte, ihre Soldaten, Beamten oder die von ihnen zur Unterstützung zugezogenen Angestellten;

(c) § 115 auf Nötigungen, die gegen die Streitkräfte, ihre Soldaten oder Beamten gerichtet sind;

(d) §§ 120, 121, 122b und 347 auf Taten gegen den Gewahrsam der Gefangenen der Streitkräfte oder der auf ihre Anordnung in einer Anstalt untergebrachten Personen;

(e) §§ 123 und 124 auf Taten gegen den Hausfrieden der zum öffentlichen Dienst oder Verkehr bestimmten Räume der Streitkräfte;

(f) § 132 auf die Anmaßung der Dienststellung eines Soldaten oder Beamten der Streitkräfte und auf die unbefugte Ausübung dienstlicher Befugnisse einer solchen Person;

(g) § 333 auf die Bestechung von Soldaten, Beamten oder solchen Angestellten der Streitkräfte, die auf Grund einer allgemeinen oder besonderen Anweisung einer höheren Dienststelle zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten förmlich verpflichtet worden sind.

TITLE V

Applicition of Provisions of the German Criminal Code in Favour of the Forces

Section 16

The following provisions of the Criminal Code shall apply *mutatis mutandis* in favour of the Forces:

(a) Sub-paragraph 2 of paragraph 1 and paragraph 2 of Section 96 to acts directed against the national symbols of the Forces;

(b) Sections 113, 115 and 116 — to resistance, riot and unlawful assembly, if these offences are committed against the Forces, their soldiers, officials or such of their employees as were summoned to assist them;

(c) Section 115 — to coercion committed against the Forces, their soldiers and officials;

(d) Section 120, 121, 122b and 347 — to acts against the detention of prisoners held by the Forces or committed upon their orders to an institution;

(e) Sections 123 and 124 — to trespass committed against the peace of the premises of the Forces which are assigned to public service and traffic;

(f) Section 132 — to falsely impersonating a soldier or an official of the Forces and to unauthorized exercise of official functions of such persons;

(g) Section 333 — to bribing soldiers or officials of the Forces or such of their employees as have been formally bound to conscientious fulfilment of their duties under general or special instructions of a superior authority.

SECTION V

De l'application, en faveur des Forces, de certaines dispositions du Code Pénal allemand

Paragraphe 16

Les dispositions suivantes du Code Pénal allemand seront applicables par analogie en faveur des Forces:

(a) le N° 2 de l'alinéa 1 et l'alinéa 2 du paragraphe 96, aux actes dirigés contre les symboles nationaux des Forces;

(b) les paragraphes 113, 115 et 116, lorsque les faits de résistance, d'émeute ou d'attroupement sont dirigés contre les Forces, leurs soldats ou fonctionnaires ou ceux de leurs employés appelés à leur prêter aide et assistance;

(c) le paragraphe 115, à la contrainte exercée envers les Forces, envers les militaires ou fonctionnaires des Forces;

(d) les paragraphes 120, 121, 122 (b) et 347, aux infractions commises par ceux qui favorisent ou rendent possible l'évasion d'individus incarcérés par les Forces ou internés par ordre des Forces;

(e) les paragraphes 123 et 124, à la violation des locaux de service ou autres locaux affectés à l'usage des Forces;

(f) le paragraphe 132, à l'usurpation de la qualité de militaire ou fonctionnaire des Forces, et à l'exercice, sans y être habilité, des attributions de service desdites personnes;

(g) le paragraphe 333, à la corruption des militaires ou fonctionnaires des Forces, de même que des employés des Forces qui, en vertu d'une instruction générale ou spéciale d'une Autorité Supérieure, ont été formellement obligés de remplir, consciencieusement les devoirs de leur emploi.

ANHANG B

zum Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland

(Artikel 18 Absatz 5)

Bestimmungen über Funkfrequenzen

1. Im Sinne dieser Bestimmungen

(a) wird der Begriff „Funkstelle" durch Artikel 1 Abschnitt II der Vollzugsordnungen für den Funkdienst, Anhang zum Internationalen Fernmeldeabkommen, Atlantic City 1947, bestimmt;

ANNEX B

to the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany

(Article 18, paragraph 5)

Provisions on Radio Frequencies

1. For the purpose of these provisions

(a) the term "radio station" shall be determined by Article 1 of the Radio Regulations annexed to the International Telecommunication Convention, Atlantic City, 1947;

ANNEXE B

à la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangéres et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne

(Article 18, Paragraphe 5)

Dispositions concernant les fréquences radio

Paragraphe 1

Au sens du présent Accord:

(a) le terme « Station radio » est défini par l'Article 1 des règlements radio annexés à la Convention Internationale sur les Télécommunications d'Atlantic City, 1947;

(b) sind „Sicherheitsfrequenzen" Funkfrequenzen, die nur von den Streitkräften für militärische und verwandte Zwecke einschließlich Rundfunk für die Mitglieder der Streitkräfte, aber nicht für Propagandazwecke benutzt werden;

(c) sind „Sperrbereiche" Frequenzbereiche des Funkspektrums, die nur von den Streitkräften für militärische und verwandte Zwecke einschließlich Rundfunk für die Mitglieder der Streitkräfte, aber nicht für Propagandazwecke benutzt werden;

(d) sind „gemischte Sperrbereiche" Frequenzbereiche des Funkspektrums, die von den Streitkräften für militärische und verwandte Zwecke einschließlich Rundfunk für die Mitglieder der Streitkräfte, aber nicht für Propagandazwecke benutzt werden und in denen zivile Funkstellen zugleich unter bestimmten Bedingungen betrieben werden können.

2. Die Funkstellen der Streitkräfte werden nur auf den in Ziffer 1 (b) bis (d) dieser Bestimmungen festgelegten Frequenzen und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 47 des Internationalen Fernmeldeabkommens, Atlantic City 1947, oder den an dessen Stelle tretenden Bestimmungen betrieben.

3. Es wird ein Frequenzausschuß gebildet; dieser besteht aus Vertretern der Bundesrepublik und Vertretern der zuständigen Behörden der Drei Mächte. Der Frequenzausschuß faßt seine Beschlüsse einstimmig.

4. Die für die Funkstellen der Streitkräfte benötigten Sicherheitsfrequenzen, Sperrbereiche und gemischten Sperrbereiche, einschließlich der in den gemischten Sperrbereichen gemäß Ziffer 1 (d) dieser Bestimmungen festzulegenden technischen Bedingungen, und die Änderungen in den bei Inkrafttreten dieses Vertrags den Streitkräften zugewiesenen oder zugeteilten Frequenzen werden von dem Frequenzausschuß festgelegt. Die Mitglieder des Frequenzausschusses koordinieren alle Frequenzzuweisungen, soweit es zur Vermeidung von Störungen notwendig ist. Dem Frequenzausschuß stehen die Funküberwachungsdienste zur Verfügung. Funküberwachungsberichte mit Auskünften über Frequenzen, wie sie in Ziffer 1 (b) bis (d) dieser Bestimmungen festgelegt worden sind, werden internationalen Organisationen nur mit Zustimmung des Frequenzausschusses zugeleitet. Auskünfte über zivile Frequenzen sind dem Frequenzausschuß zugänglich. Es werden keine

(b) "security frequencies" are those frequencies used solely by the Forces for military and related purposes, including broadcasts for members of the Forces, but not for propaganda purposes;

(c) "security bands" are those frequency areas of the radio spectrum used solely by the Forces for military and related purposes, including broadcasts for members of the Forces, but not for propaganda purposes;

(d) "mixed bands" are those frequency areas of the radio spectrum which are used by the Forces for military and related purposes, including broadcasts for members of the Forces, but not for propaganda purposes, and in which at the same time civil radio stations may be operated under specified conditions.

2. The radio stations of the Forces shall only be operated on the frequencies defined in sub-paragraphs (b) to (d) inclusive of paragraph 1 of these provisions and in conformity with the provisions of Article 47 of the International Telecommunication Convention, Atlantic City, 1947, or such provisions as may replace them.

3. A Frequency Committee is hereby established, to be composed of representatives of the appropriate authorities of the Three Powers and of representatives of the Federal Republic. The Frequency Committee shall make its decisions by unanimous vote.

4. Security frequencies, security bands and mixed bands, including the technical conditions to be fixed in the mixed bands pursuant to sub-paragraph (d) of paragraph 1 of these provisions, which are required for the radio stations of the Forces, and the modifications in the frequencies allocated or assigned to the Forces on the entry into force of the present Convention, shall be fixed by the Frequency Committee. The members of the Frequency Committee shall coordinate all frequency allocations as far as necessary to avoid harmful interference. Monitoring services shall be available to the Frequency Committee. Monitoring reports containing information on frequencies defined in sub-paragraphs (b) to (d) inclusive of paragraph 1 shall be transmitted to international bodies only as agreed by the Frequency Committee. Information on civil frequencies shall be available to the Frequency Committee. No frequency allocations will

(b) les «fréquences de sécurité» sont les fréquences exclusivement utilisées par les Forces à des fins militaires et connexes, y compris les émissions destinées aux membres des Forces, mais non à des fins de propagande;

(c) les «bandes de sécurité» sont les bandes de fréquences du spectre radio exclusivement utilisées par les Forces à des fins militaires et connexes, y compris les émissions destinées aux membres des Forces, mais non à des fins de propagande;

(d) les «bandes mixtes» sont les bandes de fréquences du spectre radio qui sont utilisées par les Forces à des fins militaires et connexes, y compris les émissions destinées aux membres des Forces, mais non à des fins de propagande, et que peuvent également utiliser, sous certaines conditions, des stations d'émissions civiles.

Paragraphe 2

Les stations radio des Forces seront exploitées exclusivement avec les fréquences définies par le paragraphe 1, alinéas (b) à (d) inclus, de la présente Annexe et suivant les dispositions de l'Article 47 de la Convention Internationale des Télécommunications d'Atlantic City de 1947, ou des dispositions qui pourraient les remplacer.

Paragraphe 3

Il est institué un Comité des Fréquences qui sera composé de représentants des autorités compétentes des Trois Puissances et de représentants de la République Fédérale. Les décisions du Comité des Fréquences seront prises à l'unanimité.

Paragraphe 4

Les fréquences de sécurité, les bandes de sécurité et les bandes mixtes, ainsi que les conditions techniques à fixer dans les bandes mixtes, conformément à l'alinéa (d) du paragraphe 1 de la présente Annexe, qui sont nécessaires aux stations radio des Forces, et les modifications aux fréquences actuellement attribuées ou assignées aux Forces à la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention seront fixées par le Comité des Fréquences. Les membres du Comité des Fréquences procéderont à la répartition des fréquences de façon à éviter les interférences nuisibles. Le Comité des Fréquences dispose du contrôle radio. Les rapports de contrôle radio contenant des renseignements afférents aux fréquences visées aux alinéas (b) à (d) inclus du paragraphe 1 de la présente Annexe, ne seront transmis à des organismes internationaux qu'avec l'approbation du Comité des Fréquences. Les informations concernant les fré-

Frequenzzuweisungen vorgenommen und keine Funkbetriebe zugelassen, durch die entweder die bei Inkrafttreten des Vertrags gültigen oder die entsprechend dieser Ziffer vom Ausschuß vorgenommenen Frequenzzuweisungen beeinträchtigt werden.

5. Werden bei internationalen Konferenzen Fragen berührt, für die der Frequenzausschuß zuständig ist, so werden die deutschen Vertreter die etwaigen Beschlüsse des Frequenzausschusses in angemessener Weise berücksichtigen und sich für den Schutz der in die Zuständigkeit des Frequenzausschusses fallenden Frequenzbereiche und Frequenzen einsetzen.

be made and no operations permitted which shall interfere either with the frequency allocations in effect on the entry into force of the present Convention or with the frequency allocations made by the Frequency Committee in accordance with this paragraph.

5. If at international conferences problems are raised for which the Frequency Committee is competent, the German representatives shall take into adequate consideration the decisions, if any, made by the Frequency Committee and use all their influence to protect the frequency bands and frequencies which are within the competence of the Frequency Committee.

quences civiles seront à la disposition du Comité. Aucune attribution de fréquences ne sera faite, ni aucune opération ne sera autorisée qui pourrait interférer, soit avec les attributions de fréquences pratiquées lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, soit avec les attributions de fréquences effectuées par le Comité des Fréquences, conformément au présent paragraphe.

Paragraphe 5

Si, au cours des conférences internationales, des questions relevant de la compétence du Comité des Fréquences sont soulevées, les représentants allemands tiendront dûment compte des décisions éventuelles du Comité des Fréquences et useront de toute leur influence pour protéger, de façon efficace, les bandes de fréquences et les fréquences relevant de la compétence du Comité.

Finanzvertrag

(in der gemäß Liste III zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung)

Finance Convention

(as amended by Schedule III to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954)

Convention Financière

(texte amendé conformément à l'Annexe III du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 Octobre 1954)

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

sind wie folgt übereingekommen:

THE UNITED STATES OF AMERICA,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND,

THE FRENCH REPUBLIC

and

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

Agree as follows:

LA REPUBLIQUE FRANCAISE,

LES ETATS-UNIS D'AMERIQUE,

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD

et

LA REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE,

conviennent des dispositions suivantes:

Artikel 1

(1) Soweit sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, haben im vorliegenden Vertrage die folgenden Ausdrücke dieselbe Bedeutung, die ihnen in Artikel 1 des Vertrags über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland (im folgenden als „Der Truppenvertrag" bezeichnet) beigelegt sind:

das Bundesgebiet;

die Drei Mächte;

anderer Entsendestaat;

die beteiligte Macht;

die Streitkräfte;

Behörden der Streitkräfte;

Mitglieder der Streitkräfte;

Liegenschaften.

(2) Im vorliegenden Vertrage haben folgende weitere Ausdrücke die ihnen nachstehend jeweils beigelegte Bedeutung:

(a) Behörden der beteiligten Macht:

Die Behörden der beteiligten Macht, einschließlich der Behörden ihrer Streitkräfte.

(b) (gestrichen)

(c) Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte:

Mittel der Bundesrepublik, die gemäß den Absätzen (1) bis (3) des Artikels 4 dieses Vertrags den beteiligten Mächten als Beitrag zur Deckung der Kosten der im Bundesgebiet stationierten Streitkräfte und ihrer Mitglieder zur Verfügung gestellt werden.

Article 1

1. In the present Convention the following terms shall, unless the context otherwise requires, have the same meanings as are given to them in Article 1 of the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as "the Forces Convention"):

The Federal territory;

The Three Powers;

Other Sending State;

The Power concerned;

The Forces;

Authorities of the Forces;

Members of the Forces;

Accommodation.

2. In the present Convention the following additional terms shall be given the meanings hereinafter indicated:

(a) Authorities of the Power concerned:

The authorities of the Power concerned, including the authorities of its Forces.

(b) Deleted.

(c) Funds for the support of the Forces:

Funds of the Federal Republic which are made available in accordance with paragraphs 1 to 3 of Article 4 of the present Convention to the Powers concerned to assist in meeting the costs of the Forces stationed in the Federal territory and their members.

Article 1

1. — Au sens de la présente Convention, les expressions suivantes ont, à moins que le contexte ne requière un autre sens, la même signification que celle qui leur est donnée à l'Article 1 de la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne (ci-après dénommée «la Convention sur les Forces»):

— le Territoire fédéral;

— les Trois Puissances;

— autre État fournissant des Forces;

— la Puissance intéressée;

— les Forces;

— les autorités des Forces;

— les membres des Forces;

— les immeubles.

2. — Au sens de la présente Convention, les expressions nouvelles suivantes ont la signification indiquée ci-dessous:

(a) «les autorités de la Puissance intéressée»:

les autorités de la Puissance intéressée, y compris les autorités de ses Forces;

(b) supprimé;

(c) «les fonds destinés à l'entretien des Forces»:

les fonds de la République Fédérale qui, conformément aux paragraphes 1 à 3 de l'Article 4 de la présente Convention, sont mis à la disposition des Puissances intéressées pour les aider à faire face aux dépenses des Forces stationnées sur le territoire fédéral et de leurs membres.

Artikel 2

Die deutschen Behörden und die Behörden der beteiligten Mächte haben zur Förderung der Zwecke dieses Vertrags uneingeschränkt zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen; sie haben die für die Durchführung dieses Vertrags erforderlichen, ihnen jeweils zur Verfügung stehenden Informationen auszutauschen und haben einander zur Förderung der zufriedenstellenden Durchführung dieses Vertrags die Dienste ihrer jeweiligen Dienststellen zur Verfügung zu stellen.

Article 2

The authorities of the Powers concerned and the German authorities shall extend to each other full co-operation and assistance to further the purposes of the present Convention, shall exchange all information available to any of them which may be necessary for the implementation of the present Convention, and shall afford to each other the services of any of their respective agencies to assist in the satisfactory implementation of the present Convention.

Article 2

Les autorités des Puissances intéressées et les autorités allemandes se prêtent mutuellement une entière collaboration et toute l'aide nécessaire pour réaliser les objectifs de la présente Convention; elles échangent tous renseignements en leur possession qui s'avéreraient nécessaires à l'application de la présente Convention et se prêtent les services de tous leurs organismes respectifs pour contribuer à une mise en application satisfaisante de la présente Convention.

Artikel 3

(gestrichen)

Article 3

Deleted.

Article 3

— supprimé —

Artikel 4

(1) (a) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag wird die Bundesrepublik einen monatlichen Durchschnittsbeitrag von 600 Millionen DM als Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte zur Verfügung stellen.

(b) Von dem im Unterabsatz (a) dieses Absatzes genannten Betrag von 600 Millionen DM ist ein Betrag von monatlich 100 Millionen DM für besondere zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik gemeinsam vereinbarte Verteidigungsmaßnahmen bestimmt. Aufwendungen für das NATO - Infrastrukturprogramm sind in diesem Betrag enthalten. Entschädigungszahlungen für Besatzungsschäden können darin einbezogen werden.

(c) Die Bestimmungen der Unterabsätze (a) und (b) dieses Absatzes gelten auf jeden Fall nur bis zum 30. Juni 1955. Treten die Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag nach diesem Zeitpunkt in Kraft, so werden Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten über den Beitrag der Bundesrepublik zum Unterhalt der Streitkräfte für den Zeitraum nach dem 30. Juni 1955 und vor dem Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag stattfinden.

(2) Während der ersten zwölf Monate nach dem Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag wird die Bundesrepublik einen Gesamtbetrag von 3200 Millionen DM als Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte zur Verfügung stellen. Diese Mittel werden wie folgt bereitgestellt:

Article 4

1. (a) From the entry into force of the present Convention until the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution, the Federal Republic will provide a monthly average contribution of DM 600 million as funds for the support of the Forces.

(b) Out of the sum of DM 600 million referred to in sub-paragraph (a) of this paragraph a sum of DM 100 million a month will be earmarked for particular defence measures agreed jointly between the Three Powers and the Federal Republic, which latter sum will include expenditure for the NATO Infrastructure Programme. Payment of claims for Occupation damages can be included.

(c) The provisions of sub-paragraphs (a) and (b) of this paragraph apply in any case only until 30 June 1955. If the arrangements for the German Defence Contribution enter into force after that date, negotiations shall take place between the Federal Republic and the Three Powers concerning the contribution of the Federal Republic to the support of the Forces for the period after 30 June 1955 and before the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution.

2. During the first twelve months after the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution, the Federal Republic will make available as funds for the support of the Forces a total amount of DM 3,200 million. These funds shall be made available as follows: —

Article 4

1. — (a) A compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et jusqu'à l'entrée en vigueur des arrangements relatifs à la Contribution Allemande à la Défense, la République Fédéral fournira une contribution mensuelle moyenne de 600 millions de DM pour l'entretien des Forces.

(b) Sur la somme de 600 millions de DM visée à l'alinéa (a) du présent paragraphe une somme de 100 millions de DM par mois sera affectée à des mesures particulières de défense qui seront décidées d'un commun accord par les trois Puissances et la République Fédérale; dans cette dernière somme seront comprises les dépenses relatives au programme d'infrastructure de l'OTAN. Le règlement des créances afférentes aux dommages d'occupation pourra y être inclus.

(c) Les dispositions des alinéas (a) et (b) du présent paragraphe ne s'appliqueront dans tous les cas que jusqu'au 30 juin 1955. Si les arrangements relatifs à la Contribution Allemande à la Défense entrent en vigueur après cette date, des négociations auront lieu entre la République Fédérale et les Trois Puissances au sujet de la contribution de la République Fédérale à l'entretien des Forces pour la période postérieure au 30 juin 1955 et précédant l'entrée en vigueur des arrangements relatifs à la Contribution Allemande à la Défense.

2. — Pendant les douze premiers mois qui suivront l'entrée en vigueur des arrangements relatifs à la Contribution Allemande à la Défense, la République Fédérale mettra à la disposition des Forces, au titre des frais d'entretien, un montant total de 3.200 millions de DM. Ces fonds seront mis à la disposition des Forces dans les conditions suivantes:

400 Millionen DM monatlich für die ersten beiden Monate

300 Millionen DM monatlich für die folgenden vier Monate

200 Millionen DM monatlich für die letzten sechs Monate.

Treten die Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag nach dem 30. Juni 1955 in Kraft, so findet diese Bestimmung keine Anwendung, und es werden Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten über den Beitrag der Bundesrepublik zum Unterhalt der Streitkräfte für einen Zeitraum von höchstens zwölf Monaten nach dem Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag stattfinden.

(3) Die Drei Mächte erkennen das Recht der Bundesrepublik an, eine Überprüfung der Bestimmungen des Absatzes (2) dieses Artikels vorzuschlagen, falls sie der Auffassung ist, daß die durch den Aufbau der vereinbarten deutschen Streitkräfte entstehende Belastung eine solche Überprüfung rechtfertigt. In diesem Fall werden die Unterzeichnerstaaten alle einschlägigen Faktoren prüfen und erforderlichenfalls übereinkommen, die vorstehenden Bestimmungen über die Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte zu ändern.

(4) Im Geiste des Artikels 3 des Nordatlantikpakts erklärt die Bundesrepublik ihre Bereitschaft, bei Ablauf des in Absatz (2) dieses Artikels genannten Zeitraums mit anderen Mitgliedsregierungen der Nordatlantikpakt-Organisation, die Streitkräfte im Bundesgebiet stationiert haben, in Verhandlungen über Fragen bezüglich des Unterhalts (z. B. Sach- und Werkleistungen) dieser Streitkräfte einzutreten, wobei der Bedarf der Streitkräfte der Bundesrepublik zu berücksichtigen ist.

(5) Mittel, die gemäß den Absätzen (1) bis (3) dieses Artikels für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung gestellt werden, können nach Maßgabe des Absatzes (6) dieses Artikels in anderen Zeiträumen verwendet werden. Die Drei Mächte werden im Benehmen mit der Bundesregierung die gemäß diesem Artikel zur Verfügung gestellten Beträge unter die beteiligten Mächte verteilen oder neu verteilen. Die Bestimmungen des Artikels 5 dieses Vertrags finden auf die Verausgabung dieser Mittel Anwendung, soweit solche Mittel nicht gemäß Unterabsatz (a) des Absatzes (6) dieses Artikels ausgegeben werden.

(6) Auf die nach den Absätzen (1) bis (3) dieses Artikels für den Unterhalt der Streitkräfte zur Verfügung gestellten Mittel sind nur folgende Ausgaben anzurechnen:

DM 400 million a month for the first two months;

DM 300 million a month for the next four months;

DM 200 million a month for the last six months.

If the arrangements for the German Defence Contribution enter into force after 30 June 1955, these provisions shall not apply, and negotiations shall take place between the Federal Republic and the Three Powers concerning the contribution of the Federal Republic to the support of the Forces for a period not exceeding twelve months after the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution.

3. The Three Powers recognise the right of the Federal Republic to propose that the provisions of paragraph 2 of this Article be re-examined should it consider that the burden imposed by the build-up of the agreed German forces justifies such re-examination. In this event, the Signatory States will examine all the relevant factors and if found necessary will agree to amend the above provisions on funds for the support of the Forces.

4. In accordance with the spirit of Article 3 of the North Atlantic Treaty the Federal Republic agrees that at the end of the period laid down in paragraph 2 of this Article it will be prepared to negotiate with other member Governments of the North Atlantic Treaty Organization who have forces stationed in the Federal territory in respect of questions relating to the support (for example, goods and services) of those forces having regard to the requirements of the forces of the Federal Republic.

5. Funds to be made available in accordance with paragraphs 1 to 3 of this Article for one period of time may be utilized in other periods in accordance with the provisions of paragraph 6 of this Article. The Three Powers will be utilized in other periods in accordallocating among the Powers concerned, after consultation with the Federal Government, the amount made available in accordance with this Article. The provisions of Article 5 of the present Convention shall apply to the expenditure of these funds except to the extent that such funds are expended in accordance with sub-paragraph (a) of paragraph 6 of this Article.

6. The only expenditures chargeable to the funds for the support of the Forces made available in accordance with paragraphs 1 to 3 of this Article shall be:

400 millions de DM par mois pour les deux premiers mois;

300 millions de DM par mois pour les quatre mois suivants;

200 millions de DM par mois pour les six derniers mois.

Si les arrangements relatifs à la Contribution Allemande à la Défense entrent en vigueur après le 30 juin 1955, ces dispositions ne s'appliqueront pas et des négociations auront lieu entre la République Fédérale et les trois Puissances au sujet de la contribution de la République Fédérale à l'entretien des Forces pour une période n'excédant pas douze mois après l'entrée en vigueur des arrangements relatifs à la Contribution Allemande à la Défense.

3. — Les Trois Puissances reconnaissent à la République Fédérale le droit de proposer que les dispositions du paragraphe 2 du présent Article soient reconsidérées si elle estime que la charge imposée par la constitution des forces allemandes agréées le justifie. Dans ce cas, les Etats Signataires prendront en considération tous les facteurs et accepteront, s'ils le jugent nécessaire, de modifier les dispositions ci-dessus relatives aux fonds destinés à l'entretien des Forces.

4. — A la fin de la période visée au paragraphe 2 du présent Article et conformément à l'esprit de l'Article 3 du Traité de l'Atlantique Nord, la République Fédérale est d'accord pour qu'une négociation ait lieu avec les autres Gouvernements membres de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord qui ont des forces stationnées sur le territoire fédéral, au sujet des questions concernant l'entretien (par exemple sous forme de biens et de services) des dites forces, en tenant compte des besoins des forces de la République Fédérale.

5. — Les fonds rendus disponibles pour une période déterminée conformément aux paragraphes 1 à 3 du présent Article, peuvent être utilisés pendant d'autres périodes conformément aux dispositions du paragraphe 6 du présent Article. Les Trois Puissances auront la responsabilité d'allouer et de réallouer, entre les Puissances intéressées, après consultation avec le Gouvernement Fédéral, les fonds rendus disponibles aux termes du présent Article. Les dispositions de l'Article 5 de la présente Convention s'appliqueront à l'utilisation de ces fonds, sauf dans la mesure où ces fonds sont utilisés conformément aux dispositions de l'alinée (a) du paragraphe 6 du présent Article.

6. — Les seules dépenses imputables aux fonds destinés à l'entretien des Forces et rendus disponibles conformément aux dispositions des paragraphes 1 à 3 du présent Article sont les suivantes:

(a) Beträge, die gegen Zahlungsermächtigungen verausgabt werden, welche nach Inkrafttreten dieses Vertrags zum Zwecke der Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen für die Bereitstellung von Liegenschaften, Gütern, Materialien und sonstigen Leistungen ausgestellt werden, die von den Behörden der beteiligten Mächte im Rahmen der Besatzungskosten- und Auftragsausgaben vor Inkrafttreten dieses Vertrags beschafft oder angefordert waren, soweit nicht diese Beträge aus den nicht verbrauchten Besatzungskosten und Auftragsausgabenmitteln geleistet werden, die den Drei Mächten nach dem Inkrafttreten dieses Vertrags zu diesem Zweck zur Verfügung bleiben;

(b) Beträge, die gegen Zahlungsermächtigungen verausgabt werden, welche bis zum Ende des in Absatz (2) dieses Artikels erwähnten Zeitraums im Rahmen der gemäß Artikel 5 dieses Vertrags festgestellten Deutschen-Mark-Haushaltspläne der beteiligten Mächte ausgestellt werden. Soweit die im Absatz (1) dieses Artikels genannten Mittel nicht in voller Höhe zur Abdeckung der bis zum Ende des in diesem Absatz genannten Zeitraums ausgestellten Zahlungsermächtigungen verausgabt worden sind, stehen sie den Streitkräften für einen Zeitraum von 18 Monaten zur Begleichung von Verbindlichkeiten zur Verfügung, die zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehen und bei Ablauf des in Absatz (1) dieses Artikels genannten Zeitraums nicht erfüllt sind. Entsprechendes gilt für die Mittel, die gemäß Absatz (2) dieses Artikels zur Verfügung gestellt werden; jedoch stehen diese letzteren Mittel den Streitkräften für die Dauer von 12 Monaten nach Ablauf des betreffenden Zeitraums zur Verfügung;

(c) Beträge, die für andere zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten vereinbarte Zwecke verausgabt werden.

(7) Die Drei Mächte verpflichten sich, ständige Bemühungen zu machen, um sicherzustellen, daß sich der Überhang nicht erhöht und so schnell wie möglich wesentlich vermindert wird. Die Behörden der Drei Mächte und der Bundesrepublik werden in vollem Umfange zu diesem Zweck zusammenarbeiten und einander durch Austausch einschlägiger Auskünfte und in jeder anderen geeigneten Weise unterstützen. Unter „Überhang" im Sinne dieses Absatzes ist der nicht verausgabte Teil der von der Bundesrepublik für Besatzungskosten und Auftragsausgaben zur Verfügung gestellten Mittel zusammen mit dem gleichfalls nicht verausgabten Teil der nach Absatz (1) dieses Artikels zur Verfügung gestellten Mittel zu verstehen.

(a) amounts expended on payment authorizations issued after the entry into force of the present Convention to satisfy liabilities for accommodation, goods, materials or services procured or ordered before the entry into force of the present Convention by the authorities of the Powers concerned as a charge to occupation costs or mandatory expenditures, to the extent that such amounts are not covered by unexpended occupation costs and mandatory expenditure funds remaining available to the Three Powers for the purpose after the entry into force of the present Convention;

(b) amounts expended on payment authorizations issued before the end of the period covered by paragraph 2 of this Article under the Deutsche Mark budgets of the Powers concerned established in accordance with Article 5 of the present Convention. To the extent that the funds provided under paragraph 1 of this Article have not been fully expended to meet payment authorizations issued before the end of the period covered by that paragraph they will remain available to the Forces for a period of eighteen months for the liquidation of liabilities then outstanding which are chargeable to the funds for the support of the Forces. A corresponding procedure will apply to the funds made available in accordance with paragraph 2 of this Article; however, the latter funds will remain available to the Forces after the end of the relevant period for twelve months; and

(c) amounts expended for such other purposes as may be agreed between the Federal Republic and the Three Powers.

7. The Three Powers undertake to make a consistent effort to ensure that the carry-over will not increase and shall be substantially reduced as rapidly as possible. The authorities of the Three Powers and the Federal Republic will co-operate fully for this purpose and will assist each other by exchanging relevant information and in any other appropriate ways. The carry-over within the meaning of this paragraph is that part of the funds made available by the Federal Republic for occupation costs and mandatory expenditures which has not been disbursed, together with that part of the funds made available in accordance with paragraph 1 of this Article which has similarly not been disbursed.

(a) Les montants des paiements correspondant à des autorisations de paiement émises après l'entrée en vigueur de la présente Convention en vue de régler les obligations afférentes à des immeubles, marchandises, matériels et services que les autorités des Puissances intéressées se sont procurés ou ont commandés avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, au titre des frais d'occupation et des dépenses imposées, dans la mesure où ces montants ne sont pas couverts par les fonds inutilisés au titre des frais d'occupation et des dépenses imposées et qui restent à cet effet à la disposition des Trois Puissances après l'entrée en vigueur de la présente Convention.

(b) Les montants des paiements correspondant à des autorisations de paiement émises avant la fin de la période prévue au paragraphe 2 du présent Article sur les budgets en Deutsche Mark des Puissances intéressées, établis conformément aux dispositions de l'Article 5 de la présente Convention. Dans la mesure où les sommes prévues au paragraphe 1 du présent Article n'ont pas été entièrement dépensées pour couvrir les autorisations de paiement émises avant la fin de la période prévue par ledit paragraphe, ces sommes resteront à la disposition des Forces pendant une période de dix-huit mois afin d'acquitter les obligations encore en instance imputables sur les fonds destinés à l'entretien des Forces. Une procédure semblable s'appliquera à l'utilisation des fonds rendus disponibles au titre du paragraphe 2 du présent Article. Mais, pour ces derniers, le délai pendant lequel ils resteront à la disposition des Forces sera de douze mois après la fin de la période prévue par ledit paragraphe.

(c) Les montants utilisés à toute autre fin qui pourra être convenue entre la République Fédérale et les Trois Puissances.

7. — Les trois Puissances s'efforceront d'éviter une augmentation du reliquat des fonds non dépensés et d'en provoquer aussi rapidement que possible une réduction substantielle. A cette fin, les autorités des trois Puissances et de la République Fédérale coopéreront pleinement en échangeant les informations appropriées et par tout autre moyen. Par reliquat des fonds non dépensés, il faut, au sens de ce paragraphe, entendre la partie non dépensée des fonds rendus disponibles par la République Fédérale au titre des frais d'occupation et des dépenses imposées à laquelle s'ajoute la partie non dépensée des fonds rendus disponibles au titre du paragraphe 1 du présent Article.

Artikel 5

(1) Die Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte sind ausschließlich für diesen Zweck zu verausgaben. Die Drei Mächte verpflichten sich, die zu Lasten dieser Mittel gehenden Aufwendungen in dem mit der militärischen Leistungsfähigkeit der Streitkräfte der beteiligten Mächte vereinbarten Mindestrahmen zu halten und die Mittel wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.

(2) Jede der beteiligten Mächte hat Haushaltspläne aufzustellen. Die Verausgabung der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte hat gemäß den Haushaltspositionen und im Rahmen der Höchstbeträge zu erfolgen, wie sie in den von den beteiligten Mächten zum Zeitpunkt der Übereinkunft über den im Rahmen des vorliegenden Vertrags zur Verfügung zu stellenden Betrag aufgestellten Haushaltsvoranschlägen angesetzt werden. Jeder der beteiligten Mächte ist es freigestellt, Übertragungen zwischen den einzelnen Positionen ihres Haushalts vorzunehmen, jedoch dürfen derartige Übertragungen bei keiner Hauptposition eine Abweichung von mehr als 10 vom Hundert gegenüber dem ursprünglich veranschlagten Betrag ergeben. Die Bundesrepublik wird im voraus von derartigen Übertragungen in Kenntnis gesetzt werden, damit sie Empfehlungen aussprechen kann. Übertragungen, die Veränderungen von mehr als 10 vom Hundert bewirken, können im Einvernehmen zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik vorgenommen werden.

(3) Die Bundesrepublik und die beteiligten Mächte können nach besonderer Übereinkunft die Ausgaben für den Bau von

(a) Liegenschaften für die Streitkräfte der beteiligten Mächte oder für die Streitkräfte deutschen Ursprungs,

(b) den in Artikel 20 des Truppenvertrags erwähnten Einrichtungen und Anlagen

im Bundesgebiet sowie die Ausgaben für den Grunderwerb hierfür in einem besonderen Haushalt zusammenfassen.

Article 5

1. Funds for the support of the Forces shall be expended exclusively for that purpose. The Three Powers undertake to keep the costs chargeable to these funds to the minimum compatible with the military efficiency of the Forces of the Powers concerned, and to utilize the funds efficiently and economically.

2. Budgets will be established by each of the Powers concerned, and the expenditure of funds for the support of the Forces shall be in accordance with such budget categories and within such limits of amount as are established in the estimates prepared by the Powers concerned at the time of the agreement on the sum to be made available under the present Convention. Each of the Powers concerned may freely transfer amounts among the different categories of its budget provided that such transfers result in a change of not more than 10 per cent. in the amount originally established for any major category. Advance notice of such transfers will be given to the Federal Republic in order to enable it to make its recommendations. Transfers which result in a change of more than 10 per cent. may be effected by agreement between the Three Powers and the Federal Republic.

3. The Powers concerned and the Federal Republic may, by special agreement, consolidate in a special budget the expenditures for construction in the Federal terrritory of

(a) accommodation for the Forces of the Powers concerned or for the forces of German origin,

(b) the installations and works referred to in Article 20 of the Forces Convention,

and the expenditures for the acquisition of sites therefor.

Article 5

1. — Les fonds destinés à l'entretien des Forces seront dépensés uniquement à cette fin. Les Trois Puissances s'engagent à maintenir les frais imputables sur ces fonds au minimum compatible avec l'efficacité militaire des Forces des Puissances intéressées et à utiliser ces fonds d'une manière efficace et économique.

2. — Des budgets seront établis par chacune des Puissances intéressées, et les dépenses sur les fonds destinés à l'entretien des Forces seront effectuées dans le cadre des chapitres budgétaires établis et des limites fixées selon les prévisions élaborées par les Puissances intéressées lors de la conclusion de l'accord fixant la somme à rendre disponible aux termes de la présente Convention. Chacune des Puissances intéressées peut librement effectuer des transferts de crédits entre les différents chapitres de son budget, pourvu que ces transferts n'aient pas pour conséquence une modification de plus de dix pour cent du montant prévu primitivement pour tout chapitre principal. Le Gouvernement Fédéral recevra notification préalable de ces transferts, afin qu'il puisse présenter des recommandations. Les transferts qui auraient pour conséquence une modification de plus de dix pour cent pourront être effectués par voie d'accord entre les Trois Puissances et la République Fédérale.

3. — Les Puissances intéressées et la République Fédérale peuvent, par accord spécial, faire figurer dans un budget particulier les dépenses de construction sur le territoire fédéral:

(a) d'immeubles pour les Forces des Puissances intéressées ou pour les forces d'origine allemande;

(b) d'installations et de travaux visés à l'Article 20 de la Convention sur les Forces;

et les dépenses d'acquisition des terrains sur lesquels ces constructions sont effectuées.

Artikel 6

(1) Nach Maßgabe der Bestimmungen des Artikels 4 dieses Vertrags trifft die Bundesrepublik alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte nach Bedarf zur Verfügung zu stellen.

(2) Mit Ausnahme der Fälle des Absatzes (4) dieses Artikels sind derartige Mittel durch die zuständigen deutschen Zahlstellen auf Grund von Zahlungsermächtigungen, die von den zuständigen Behörden der Streitkräfte ausgestellt werden, auszuzahlen. Durch diese Zahlungsermächtigungen wird bescheinigt, daß die Zahlung im Rahmen der einschlägigen Haushaltsposition der beteiligten Macht gemäß

Article 6

1. Subject to the provisions of Article 4 of the present Convention, the Federal Republic shall take all steps necessary to make available, as required, the funds for the support of the Forces.

2. Except as provided in paragraph 4 of this Article, such funds shall be disbursed by the appropriate German payment offices on the basis of payment authorizations issued by the appropriate authorities of the Forces. These payment authorizations shall certify that payment within the appropriate budget category of the Power concerned is authorized in accordance with the terms of

Article 6

1. — Conformément aux dispositions de l'Article 4 de la présente Convention, la République Fédérale prendra toutes mesures nécessaires en vue de rendre disponibles, selon les besoins, les fonds destinés à l'entretien des Forces.

2. — Sauf dispositions contraires prévues au paragraphe 4 du présent Article, ces fonds seront déboursés par les bureaux allemands appropriés de paiement sur la base des autorisations de paiement émises par les autorités compétentes des Forces. Ces autorisations de paiement certifieront que le paiement, sur le Chapitre approprié du budget de la Puissance intéressée, est autorisé conformément

den Bestimmungen dieses Vertrags genehmigt ist; entsprechende Belege über bewirkte Leistungen sind beizufügen. Die zuständigen deutschen Zahlstellen haben nach Vorlage der Zahlungsermächtigung die auf diese Weise bescheinigte Zahlung in Höhe des in der Zahlungsermächtigung ausgewiesenen Betrages vorzunehmen. Die bevollmächtigten Vertreter der beteiligten Macht können die deutschen Unterlagen über die von den zuständigen deutschen Zahlstellen geleisteten Zahlungen prüfen.

(3) Bücher über Ausgaben und Einnahmen sind von der Bundesrepublik einerseits und von jeder beteiligten Macht andererseits zu führen; die Verbuchung hat gemäß der von der Bundesrepublik und den Drei Mächten vereinbarten einheitlichen Nomenklatur zu erfolgen. Falls die Bücher der Bundesrepublik mit denen einer der beteiligten Mächte nicht übereinstimmen sollten, nachdem sie jeweils gemäß den nach deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften oder nach Rechts- und Verwaltungsvorschriften der beteiligten Macht anwendbaren Verfahren geprüft worden sind, so erfolgt die Abstimmung gemäß einem Verfahren, das von dem nach Artikel 14 dieses Vertrags zu bildenden Koordinierungsausschuß festzulegen ist. Dem Koordinierungsausschuß sind in regelmäßigen Zeitabständen Berichte über Ausgaben und Einnahmen zu erstatten.

(4) Die beteiligten Mächte können von den deutschen Zahlstellen Mittel erhalten, um Zahlungen durch ihre eigenen Stellen vorzunehmen für

(a) kleinere Ausgaben gemäß den Vorschriften der beteiligten Macht oder

(b) alle anderen Ausgaben, für die vereinbarungsgemäß ein solches Verfahren anzuwenden ist.

Diese Ausgaben sind gemäß Absatz (2) dieses Artikels zu bescheinigen und zu belegen.

the present Convention, and appropriate documentation of services rendered shall be attached. In the amount specified by the payment authorization, the appropriate German payment offices shall, after presentation of the payment authorization, effect the payment so certified. The authorized representatives of the Power concerned may examine the German records relating to the payments made by the appropriate German payment offices.

3. Accounts of expenditures and receipts shall be kept by each Power concerned, on the one hand, and by the Federal Republic, on the other hand, and shall conform with uniform nomenclature agreed by the Three Powers and the Federal Republic. If the accounts of the Federal Republic and those of any of the Powers concerned are not in agreement, after each has been audited in accordance with the procedures applicable under German law or regulations or the law or regulations of the Power concerned, as the case may be, reconciliation shall be made under procedures to be established by the Co-ordinating Committee to be set up pursuant to Article 14 of the present Convention. Reports of expenditures and receipts shall be made periodically to the Co-ordinating Committee.

4. The Powers concerned may obtain from German payment offices funds for payment through their own agencies of

(a) minor expenditures in accordance with the regulations of the Power concerned, or

(b) any other expenditures which it is agreed require such procedure.

These expenditures shall be certified and documented in accordance with paragraph 2 of this Article.

aux termes de la présente Convention, et une documentation appropriée relative aux services rendus y sera jointe. Les bureaux allemands appropriés de paiement effectueront, après présentation de l'autorisation de paiement, le paiement du montant spécifié sur ladite autorisation. Les représentants autorisés de la Puissance intéressée peuvent examiner la comptabilité allemande relative aux paiements effectués par les bureaux allemands appropriés de paiement.

3. — Des comptes de dépenses et de recettes seront tenus par chaque Puissance intéressée, d'une part, et par la République Fédérale, d'autre part, et seront conformes à une nomenclature uniforme adoptée par les Trois Puissances et la République Fédérale. Si les comptes de la République Fédérale et ceux de l'une des Puissances intéressées ne concordent pas, après qu'ils aient été contrôlés, conformément aux procédures applicables en vertu du Droit allemand ou de la réglementation allemande ou du Droit ou de la réglementation de la Puissance intéressée, selon le cas, la réconciliation des comptes sera effectuée selon une procédure à établir par le Comité de Coordination devant être créé en vertu de l'Article 14 de la présente Convention. Des rapports sur les dépenses et les recettes seront présentés périodiquement au Comité de Coordination.

4. — Les Puissances intéressées peuvent obtenir des bureaux allemands de paiement des fonds pour effectuer, par l'entremise de leurs propres services, le paiement:

(a) de dépenses de faible importance, conformément aux règlements de la Puissance intéressée;

(b) de toutes autres dépenses pour lesquelles une telle procédure est admise.

Ces dépenses seront certifiées et appuyées de la documentation nécessaire, conformément aux dispositions du paragraphe 2 du présent Article.

Artikel 7

(1) Die folgenden Arten von Einrichtungen und Leistungen werden von den Streitkräften für eigene Zwecke und für Zwecke ihrer Mitglieder unentgeltlich benutzt oder in Anspruch genommen:

(a) Verwaltungsleistungen oder Verwaltungshilfe deutscher öffentlicher Dienststellen, sofern nicht Einverständnis darüber besteht, daß es sich um Leistungen besonderer Art handelt, für die eine Bezahlung gerechtfertigt ist;

(b) Wege, Straßen, Brücken;

(c) schiffbare Gewässer, sofern nicht nach deutschen für militärische Benutzer jeweils geltenden Vorschriften für geleistete Dienste Gebühren zu entrichten sind;

Article 7

1. The following types of facilities and services shall be used or enjoyed by the Forces, for themselves and for their members, without charge:

(a) administrative services or assistance of German public agencies, unless agreed to be of a special character warranting payment;

(b) roads, highways, bridges;

(c) navigable waters, unless fees for services rendered are payable under German regulations applicable from time to time to military users;

Article 7

1. — Pour elles-mêmes et pour leurs membres, les Forces utiliseront gratuitement les catégories suivantes de facilités et de services ou en bénéficieront à titre gratuit:

(a) services administratifs ou assistance des organismes publics allemands, à moins qu'il ne soit agréé que ces services ou cette assistance présentent un caractère spécial justifiant compensation;

(b) routes, voies de grande communication, ponts;

(c) voies navigables, à moins que des taxes pour services rendus ne soient payables en vertu de règlements allemands applicables aux utilisateurs militaires;

(d) die Leistungen der deutschen Polizei, des deutschen öffentlichen Gesundheitswesens und des deutschen Feuerschutzes, sofern nicht Einverständnis darüber besteht, daß es sich um Leistungen besonderer Art handelt, für die eine Bezahlung gerechtfertigt ist;

(e) andere öffentliche Leistungen und Einrichtungen, die normalerweise von den Bewohnern des Bundesgebiets ohne Entrichtung einer besonderen Gebühr in Anspruch genommen werden;

(f) meteorologische, topographische und kartographische Einrichtungen und Leistungen, sofern nicht Einverständnis darüber besteht, daß es sich um Leistungen besonderer Art handelt, für die eine Bezahlung gerechtfertigt ist;

(g) Vermögensgegenstände der folgenden Art — außer in bezug auf Instandsetzung und Instandhaltung —:

(i) Vermögenswerte, die im Eigentum der Bundesrepublik stehen, es sei denn, daß sie der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost unterliegen, sofern nicht vereinbart wird, daß für Vermögenswerte, die nach Inkrafttreten dieses Vertrags für andere als Verteidigungszwecke erworben werden, eine Ausnahme zu machen ist;

(ii) Vermögenswerte, die im Eigentum des früheren Deutschen Reiches standen und auf Grund des Bundesgesetzes zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligungen vom 21. Juli 1951 (Bundesgesetzblatt I Seite 467) und der Verordnung zur Durchführung des § 6 dieses Gesetzes vom 26. Juli 1951 (Bundesgesetzblatt I Seite 471) der Verwaltung des Bundes unterliegen, es sei denn, daß sie der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost unterliegen;

(iii) Vermögenswerte, die aus Besatzungskosten oder Auftragsausgaben oder aus den Mitteln für den Unterhalt der Streitkräfte erbaut oder beschafft worden sind, mit folgenden Ausnahmen:

1. Sind Vermögenswerte, die nicht nach (i) und (ii) unentgeltlich in Anspruch genommen werden können, aus den zuvor genannten Mitteln wieder aufgebaut worden, so ist eine Nutzungsvergütung zu zahlen, die sich entsprechend dem Anteil der Wiederaufbaukosten an dem Gesamtwert mindert.

2. Für Grund und Boden, der nicht der Bundesrepublik gehört, ist eine Nutzungsvergütung zu zahlen.

(d) german police, public health and fire protection services, unless agreed to be of a special character warranting payment;

(e) other public services and facilities normally enjoyed by residents of the Federal territory without payment of a specific charge;

(f) meteorological, topographical and cartographical facilities and services, unless agreed to be of a special character warranting payment;

(g) the following types of property, except in respect of repairs and maintenance:

(i) property belonging to the Federal Republic, other than property administered by the German Federal Railways or Federal Post, unless it is agreed that an exception should be made in the case of property acquired after the entry into force of the present Convention for use for purposes other than defence;

(ii) property previously owned by the former Reich which is subject to the administration of the Federal Republic in accordance with the Law for a Provisional Settlement of the Legal Status of Reich Property and the Prussian Shares of 21 July 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 467) and the Ordinance for the Implementation of Article 6 of that Law of 26 July 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 471), other than property administered by the German Federal Railways or Federal Post;

(iii) property which has been constructed or procured by expenditures either from occupation costs or mandatory expenditures or from funds for the support of the Forces, except that:

(1) where property, other than property used without charge under items (i) and (ii) of this sub-paragraph, has been reconstructed by such expenditures, rent shall be paid in an amount to be reduced in the same proportion as the cost of reconstruction bears to the total value of the property; and

(2) ground rent shall be paid for sites which are not the property of the Federal Republic.

(d) police allemande, services de santé publique et services de protection contre l'incendie, à moins qu'il ne soit agréé qu'ils présentent un caractère spécial justifiant compensation;

(e) autres services publics et autres facilités dont bénéficient normalement les habitants du territoire fédéral sans payer de redevance ou de taxe particulière;

(f) facilités et services météorologiques, topographiques et cartographiques, à moins qu'il ne soit agréé qu'ils présentent un caractère spécial justifiant compensation;

(g) les catégories suivantes de biens, sauf en ce qui concerne les réparations et l'entretien:

(i) biens appartenant à la République Fédérale, autres que les biens administrés par les Chemins de Fer Fédéraux ou les Postes Fédérales, à moins qu'il ne soit agréé qu'une exception puisse être faite dans le cas de biens acquis après la date d'entrée en vigueur de la présente Convention en vue de leur utilisation à d'autres fins que des fins de défense;

(ii) biens, autres que les biens administrés par les Chemins de Fer Fédéraux ou les Postes Fédérales, antérieurement possédés par l'ancien Reich dont la République Fédérale assure l'administration conformément à la Loi Fédérale relative au Règlement provisoire du Statut juridique des Biens du Reich et des Biens de la Prusse en date du 21 juillet 1951 (Bundesgesetzblatt, Teil I, Seite 467) et à l'Ordonnance du 26 juillet 1951 (Bundesgesetzblatt, Teil I, Seite 471) relative à l'application de l'Article 6 de ladite Loi;

(iii) biens construits ou obtenus par financement au titre soit des frais d'occupation ou des dépenses imposées, soit des fonds destinés à l'entretien des Forces sous réserve que:

(1) lorsqu'il s'agit d'un bien reconstruit à ce titre, autre qu'un bien utilisé gratuitement aux termes des points (i) et (ii) du présent alinéa, un loyer soit payé, dont le montant sera réduit dans la proportion des frais de construction par rapport à la valeur totale dudit bien;

(2) le loyer du terrain soit payé pour des terrains qui ne sont pas propriété de la République Fédérale.

(2) Werden Vermögenswerte der Länder von den Streitkräften für eigene Zwecke oder für Zwecke ihrer Mitglieder in Anspruch genommen, so verpflichtet sich die Bundesrepublik sicherzustellen, daß die Streitkräfte von der Haftung für alle dem betreffenden Land auf Grund deutschen Rechts etwa zustehenden Ansprüche auf Nutzungsvergütung befreit werden.

(3) In bezug auf die gemäß Unterabsatz (g) des Absatzes (1) unentgeltlich in Anspruch genommenen Vermögenswerte und auf die in Absatz (2) dieses Artikels bezeichneten Vermögenswerte wird die Bundesrepublik die nach deutschem Recht etwa bestehende Verpflichtung des Eigentümers zur Entrichtung von Grundsteuern erfüllen.

(4) Mitglieder der Streitkräfte dürfen kraft eigenen Rechts Einrichtungen und Leistungen unentgeltlich in Anspruch nehmen, die normalerweise von anderen Personen im Bundesgebiet unentgeltlich in Anspruch genommen werden.

(5) Für militärische Luftfahrzeuge jeder beteiligten Macht (einschließlich der von den Streitkräften einer solchen Macht eingesetzten Luftfahrzeuge) ist keine Gebühr für das Landen auf Zivilflugplätzen im Bundesgebiet oder den Abflug von solchen Zivilflugplätzen zu entrichten, es sei denn, daß bei Flugplätzen, die nicht im Eigentum der Bundesrepublik stehen oder von ihr verwaltet werden, nach deutschen für militärische Benutzer jeweils geltenden Vorschriften Gebühren zu entrichten sind. Bei Notlandungen derartiger Luftfahrzeuge ist keine Gebühr zu entrichten.

(6) In der Regel gehen die Kosten des Baues, der Instandsetzung und Instandhaltung von sowohl für zivile als auch militärische Zwecke genutzten Verkehrsmitteln, -anlagen und -einrichtungen, Fernmeldeanlagen, -einrichtungen und -ausrüstungen und öffentlichen Versorgungseinrichtungen nicht zu Lasten des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik. Wenn jedoch diese Einrichtungen keinen Ertrag abwerfen und die Inanspruchnahme für zivile Zwecke gering ist oder wenn andere Sonderumstände eine Abweichung von der allgemeinen Regel rechtfertigen, werden die auf die militärischen Bedürfnisse entfallenden Sonderkosten auf Grund vorheriger besonderer Abmachungen von den Streitkräften je nach Lage des Falles teilweise oder ganz getragen.

Artikel 8

(1) Vorbehaltlich der Vorschriften des Artikels 9 dieses Vertrags sind Ansprüche wegen Verlusten oder Schäden, die nach Inkrafttreten des Vertrags im Bundesgebiet infolge von Handlungen oder Unterlassungen der Streitkräfte entstehen, gemäß den Vorschriften dieses Artikels zu behandeln und dürfen nur gemäß diesen Vorschriften geltend gemacht werden.

2. If property of any of the Länder is used by the Forces, for themselves or their members, the Federal Republic undertakes to ensure that the Forces are relieved from liability for any claims of the Land concerned to compensation for such use under German law.

3. With respect to property used free of charge under sub-paragraph (g) of paragraph 1 and property referred to in paragraph 2 of this Article, the Federal Republic will satisfy the owner's liability, if any, under German law to pay land taxes.

4. Members of the Forces shall in their own right receive or enjoy free of charge such services or facilities as are normally enjoyed by other persons in the Federal territory without charge.

5. Military aircraft of any Power concerned (including aircraft operated under the control of the Forces of such Power) shall not be charged a fee for landing on, or departing from, civil airfields in the Federal territory, unless, in the case of airfields not owned or administered by the Federal Republic, fees are payable under German regulations applicable from time to time to military users. No fee shall be charged for landing by such aicraft in distress.

6. In general the cost of the construction, repair and maintenance of transport and communications facilities, installations and equipment, and public utility facilities, which serve common civilian and military use shall not be charged to the defence contribution of the Federal Republic. Where, however, these facilities are not revenue producing and the civil use is small or where there are any other special circumstances which justify a departure from the general rule, the extra costs attributable to the military requirements will by prior specific agreements be shared or borne, as the case may be, by the Forces.

Article 8

1. Subject to the provisions of Article 9 of the present Convention, claims in respect of loss or damage caused, after its entry into force, by acts or omissions of the Forces in the Federal territory shall be dealt with in accordance with the provisions of this Article and shall not be asserted otherwise than in accordance with such provisions.

2. — Si les biens de l'un quelconque des Länder sont utilisés par les Forces, pour elles-mêmes ou pour leurs membres, la République Fédérale s'engage à assurer que les Forces sont dégagées de toute responsabilité à l'égard de toutes réclamations du Land en cause, tendant à une indemnisation pour une telle utilisation, conformément au Droit allemand.

3. — En ce qui concerne les biens utilisés gratuitement, en vertu de l'alinéa (g) du paragraphe 1, et les biens visés au paragraphe 2 du présent Article, la République Fédérale prendra à sa charge l'obligation éventuelle du propriétaire de s'acquitter, en vertu du Droit allemand, des impôts fonciers.

4. — Les membres des Forces bénéficieront gratuitement pour leur propre compte des services ou facilités dont bénéficient normalement à titre gratuit les autres personnes résidant sur le territoire fédéral.

5. — Les aéronefs militaires de toute Puissance intéressée (y compris les aéronefs exploités sous le contrôle des Forces de ladite Puissance) ne paieront aucune redevance pour atterrir sur des aérodromes civils du territoire fédéral ou pour en décoller, à moins que dans le cas d'aérodromes n'appartenant pas à la République Fédérale ou non administrés par celle-ci, des taxes ne soient payables en vertu de règlements allemands applicables aux utilisateurs militaires. Aucune taxe ne sera acquittée pour l'atterrissage de ces aéronefs en détresse.

6. — De façon générale, les frais de construction, de réparation et d'entretien des services, moyens fixes et matériels de transports, des services, moyens et matériels de transmissions, ainsi que des services d'utilité publique, qui servent à des fins communes civiles et militaires, ne seront pas imputés sur la contribution de la République Fédérale à la défense. Lorsque, cependant, ces facilités ne sont pas productives de revenus et que leur utilisation à des fins civiles est restreinte ou lorsque d'autres circonstances spéciales justifient une exception à la règle générale, les frais supplémentaires attribuables à des besoins militaires seront, après conclusion d'accords spéciaux, selon le cas, partagés ou supportés par les Forces.

Article 8

1. — Sous réserve des dispositions de l'Article 9 de la présente Convention, les réclamations afférentes aux pertes et dommages causés, après son entrée en vigueur, par des actes ou omissions des Forces sur le territoire fédéral, seront traitées conformément aux dispositions du présent Article et ne pourront être présentées que dans les conditions prévues par ces dispositions.

(2) Als Handlungen oder Unterlassungen der Streitkräfte sind anzusehen:

(a) Handlungen oder Unterlassungen von Mitgliedern oder Bediensteten der Streitkräfte oder von Personen, die bei den Streitkräften gemäß Artikel 44 oder 45 des Truppenvertrags beschäftigt sind, bei der Erfüllung ihrer dienstlichen Verpflichtungen;

(b) Tätigkeiten der Streitkräfte;

(c) Handlungen oder Unterlassungen, welche Schäden an Liegenschaften oder beweglichen Gegenständen, die den Streitkräften gemäß dem Truppenvertrag zur Nutzung überlassen sind, während der Dauer dieser Nutzung verursachen, soweit die Schäden über das Maß normaler Abnutzung hinausgehen;

(d) Handlungen oder Unterlassungen von an Manövern der Streitkräfte teilnehmenden Mitgliedern der Streitkräfte, die Schäden an Grundstücken verursachen.

(3) Schäden an Liegenschaften oder beweglichen Gegenständen, die den Streitkräften zur Nutzung überlassen sind, gelten als im Zeitpunkt der Freigabe durch die Streitkräfte eingetreten; Entschädigungsansprüche wegen solcher Schäden gelten als erst in diesem Zeitpunkt entstanden.

(4) Bei der Entscheidung, ob und inwieweit für Verluste oder Schäden, die durch Handlungen oder Unterlassungen der Streitkräfte verursacht worden sind, Entschädigung zu zahlen ist, haben die zuständigen Dienststellen der Streitkräfte die Vorschriften des deutschen Rechts zu berücksichtigen, nach denen sich die Haftung der Bundesrepublik unter sonst gleichen Umständen bestimmen würde. Soweit die Streitkräfte nach Absatz (3) und (5) des Artikels 17 des Truppenvertrages von deutschen Verkehrsvorschriften befreit sind, wird über die Ansprüche ohne Rücksicht auf diese Befreiung entschieden.

(5) Im Rahmen dieses Artikels werden nicht berücksichtigt Ansprüche wegen

(a) Beschädigungen öffentlicher Wege, Straßen, Brücken, schiffbarer Wasserstraßen und anderer Verkehrsanlagen infolge ihrer Benutzung durch die Streitkräfte, deren Mitglieder oder Bedienstete für normale Verkehrszwecke;

(b) Verlust oder Beschädigung der von den Streitkräften nach Unterabsatz (g) (iii) des Absatzes (1) des Artikels 7 dieses Vertrags unentgeltlich in Anspruch genommenen Vermögensgegenstände;

(c) Verlusten oder Schäden aus Verträgen oder vertragsähnlichen Rechtsverhältnissen.

2. The following shall be deemed to be acts or omissions of the Forces:

(a) an act or omission of a member or employee of the Forces, or of a person working for the Forces pursuant to Article 44 or 45 of the Forces Convention, in the performance of his official duties;

(b) an activity of the Forces;

(c) an act or omission causing damage in excess of fair wear and tear to accommodation or movable property made available for use by the Forces in accordance with the Forces Convention, where such damage occurs in the course of such use;

(d) an act or omission of a member of the Forces taking part in manœuvres of the Forces causing damage to immovable property.

3. Damage caused to accommodation or movables which have been made available for use by the Forces shall be deemed to be caused on the date of its release by them, and the claim shall be deemed first to arise on that date.

4. In determining whether and to what extent compensation shall be paid for loss or damage caused by acts or omissions of the Forces, the appropriate agencies of the Forces shall give due consideration to the provisions of German law which would determine the liability of the Federal Republic in similar circumstances. Claims shall be determined without regard to the exemptions from German traffic regulations to which the Forces are entitled under paragraphs 3 and 5 of Article 17 of the Forces Convention.

5. No claim shall be dealt with under this Article in respect of

(a) damage to public roads, highways, bridges, navigable waterways and other traffic facilities resulting from their use by the Forces, their members or employees, for normal traffic purposes;

(b) loss of, or damage to, any property used by the Forces free of charge under item (iii) of sub-paragraph (g) of paragraph 1 of Article 7 of the present Convention;

(c) loss or damage arising under contracts or quasi-contractual relationships.

2. — Seront considérés comme actes ou omissions des Forces:

(a) un acte ou une omission d'un membre ou employé des Forces ou d'une personne travaillant pour les Forces aux termes des Articles 44 ou 45 de la Convention sur les Forces, intervenu dans l'accomplissement de ses fonctions officielles;

(b) une activité des Forces;

(c) un acte ou une omission occasionnant des dommages, excédant l'usure et la détérioration normales, aux immeubles ou aux biens meubles mis à la disposition des Forces pour être utilisés par elles conformément à la Convention sur les Forces, lorsque ce dommage intervient au cours d'une telle utilisation;

(d) un acte ou une omission d'un membre des Forces participant à des manœuvres des Forces, qui cause des dommages aux biens immeubles.

3. — Les dommages causés aux immeubles ou aux biens meubles, mis à la disposition des Forces, seront considérés comme ayant été causés à la date à laquelle ils ont été rendus par ces Forces et le droit à réclamation sera considéré comme étant né à cette date.

4. — En déterminant si, et dans quelle mesure, des indemnités doivent être versées pour des pertes ou des dommages causés par des actes ou omissions des Forces, les organismes compétents des Forces prendront dûment en considération les dispositions du Droit allemand qui déterminent la responsabilité de la République Fédérale dans des circonstances analogues. Les réclamations seront examinées sans qu'il soit tenu compte des exemptions de la réglementation allemande sur la circulation dont bénéficient les Forces en vertu des paragraphes 3 et 5 de l'Article 17 de la Convention sur les Forces.

5. — Aucune réclamation relative aux dommages ci-après ne sera examinée en vertu du présent Article:

(a) dommages causés aux routes, voies de grande communication, ponts, voies navigables et autres moyens de circulation, résultant de leur utilisation par les Forces, leurs membres ou employés, à des fins de circulation normale;

(b) pertes ou dommages causés à des biens utilisés gratuitement par les Forces, visés au point (iii) de l'alinéa (g) du paragraphe 1 de l'Article 7 de la présente Convention;

(c) pertes ou dommages intervenus à la suite de contrats ou de quasi-contrats.

(6) Macht ein Anspruchsberechtigter innerhalb von neunzig Tagen von dem Zeitpunkt an, in welchem er von dem Verlust oder Schaden Kenntnis erlangt hat, seinen Anspruch gegen die Streitkräfte nicht geltend, so gilt dies als Verzicht auf den Anspruch, es sei denn, daß ein triftiger Grund für die nicht fristgerechte Geltendmachung vorliegt, insbesondere, wenn ihm nicht bekannt war, gegen wen sich der Anspruch richtet. Ein Entschädigungsantrag, der nicht innerhalb eines Jahres vom Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses oder im Falle eines Verlustes oder Schadens im Sinne des Unterabsatzes (c) des Absatzes (2) dieses Artikels innerhalb eines Jahres vom Zeitpunkt der Freigabe der Vermögensgegenstände ab bei der Dienststelle der Streitkräfte eingegangen ist, wird nicht berücksichtigt.

6. A claimant shall be deemed to have waived his claim against the Forces if he does not file it within ninety days of the time when he first knew of the loss or damage, unless there was reasonable excuse for his failure to file the claim within such period, particularly if he did not know against whom the claim should be asserted. Any claim not received by the agency of the Forces within one year of the date of the incident causing the loss or damage or, in the case of loss or damage referred to in sub-paragraph (c) of paragraph 2 of this Article, within one year from the release of the property, shall not be dealt with.

6. — Un demandeur est considéré comme ayant abandonné sa réclamation à l'encontre des Forces s'il ne la dépose pas dans un délai de quatre-vingt-dix jours à compter de la date à laquelle il a eu, pour la première fois, connaissance de la perte ou du dommage, à moins que son défaut de déposer une réclamation dans le délai prescrit ne soit fondé sur des motifs raisonnables, notamment s'il ignorait à l'encontre de qui la réclamation devait être présentée. Aucune réclamation ne sera examinée si elle n'est pas reçue par l'organisme des Forces dans un délai d'un an à compter de la date de l'incident ayant causé la perte ou le dommage, ou en cas de perte ou de dommage visé à l'alinéa (c) du paragraphe 2 du présent Article, dans le délai d'un an suivant la restitution du bien en cause.

(7) Die Ansprüche sind bei der zuständigen deutschen Behörde in der zwischen den deutschen Behörden und den Streitkräften der beteiligten Macht zu vereinbarenden Form geltend zu machen.

7. Claims shall be filed with the appropriate German agencies in a form to be agreed between the German authorities and the Forces of the Power concerned.

7. — Les réclamations seront déposées auprès des organismes allemands appropriés, sous une forme à adopter entre les autorités allemandes et les Forces de la Puissance intéressée.

(8) Die deutsche Behörde hat

(a) der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte der beteiligten Macht unverzüglich alle diejenigen Angaben über den Anspruch zukommen zu lassen, welche diese Dienststelle benötigt;

(b) in angemessener Frist Ermittlungen über den Anspruch anzustellen und der Dienststelle der Streitkräfte einen mit Gründen versehenen Vorschlag darüber zu unterbreiten.

8. The German agency shall

(a) immediately forward to the appropriate agency of the Forces of the Power concerned such particulars of the claim as the latter agency may require; and

(b) investigate the claim within a reasonable time and make a reasoned recommendation thereon to the agency of the Forces.

8. — L'organisme allemand devra:

(a) transmettre immédiatement à l'organisme approprié des Forces de la Puissance intéressée tous détails, relatifs à la réclamation, que cet organisme pourrait demander;

(b) effectuer des enquêtes au sujet de cette réclamation dans un laps de temps raisonnable et présenter à l'organisme des Forces des recommandations motivées.

(9) Die Dienststelle der Streitkräfte hat zu prüfen, ob und inwieweit eine Entschädigung für den erlittenen Verlust zu leisten ist. Sie hat dem Anspruchsberechtigten und der deutschen Behörde ihre Entscheidung mitzuteilen. Nimmt der Anspruchsberechtigte den von der Dienststelle der Streitkräfte zuerkannten Entschädigungsbetrag als volle Abgeltung seines Anspruches an, so erfolgt die Zahlung gemäß dem zwischen den Bundesbehörden und den Streitkräften der beteiligten Macht zu vereinbarenden Verfahren.

9. The agency of the Forces shall consider whether and to what extent compensation should be paid for the loss suffered. It shall notify the claimant and the German agency of its decision. If the claimant accepts in full satisfaction of his claim the amount of the compensation awarded by the agency of the Forces, payment shall be made in accordance with procedures to be agreed between the Federal authorities and the Forces of the Power concerned.

9. — L'organisme des Forces examinera si, et dans quelle mesure, une indemnité doit être versée pour la perte encourue. Il notifie sa décision au demandeur et à l'organisme allemand. Si le demandeur accepte le montant de l'indemnité accordée par l'organisme des Forces comme lui donnant entière satisfaction, le paiement est effectué conformément à des procédures à adopter entre les autorités fédérales et les Forces de la Puissance intéressée.

(10) Falls der Anspruchsberechtigte den angebotenen Entschädigungsbetrag nicht annimmt oder mit der Abweisung seines Anspruchs nicht einverstanden ist, so kann er bei den ordentlichen deutschen Gerichten gegen die Bundesrepublik wegen seines Anspruchs innerhalb von zwei Monaten nach Mitteilung der Entscheidung Klage erheben.

10. If the claimant does not accept the compensation offered, or does not agree with the rejection of his claim, he may, within two months after he has been notified of the decision, bring an action upon his claim in the ordinary German courts against the Federal Republic.

10. — Si le demandeur n'accepte pas la somme offerte ou n'accepte pas le rejet de sa réclamation, il peut, dans un délai de deux mois après que la décision lui aura été notifiée, intenter à l'encontre de la République Fédérale une action au sujet de cette réclamation devant les tribunaux allemands de droit commun.

(11) Die zuständigen Dienststellen der Streitkräfte stellen den deutschen Behörden auf deren Ersuchen die zur Rechtsverteidigung dienlichen Unterlagen und Beweismittel, welche sich in ihrem Besitz befinden, zur Verfügung, soweit dies nach den Vorschriften der betreffenden Macht zulässig ist.

11. The appropriate agencies of the Forces shall make available to the German authorities, upon request, information and evidence in their possession which would assist in the defence of such an action, insofar as they may do so under the regulations of the Power concerned.

11. — Dans la mesure où ils peuvent le faire en vertu des règlements de la Puissance intéressée, les organismes compétents des Forces mettront, sur demande, à la disposition des autorités allemandes les informations et preuves en leur possession qui pourraient faciliter la défense au cours d'une telle procédure.

(12) Es steht der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte frei, an einem derartigen Prozeß gegen die Bundesrepublik teilzunehmen, indem sie

12. The appropriate agency of the Forces may, if it so desires, participate in any such action against the Federal Republic by

12. — L'organisme compétent des Forces peut, s'il le désire, participer à une telle procédure à l'encontre de la République Fédérale:

(a) von der Bundesrepublik fordert, gewisse Einwendungen zu erheben oder Rechtsmittel einzulegen, oder

(b) als Nebenintervenient gemäß den Vorschriften der deutschen Zivilprozeßordnung auftritt.

(13) Die zuständige deutsche Behörde legt der Dienststelle der Streitkräfte das in einem solchen Prozeß ergangene Urteil nebst Begründung vor. Weicht das Urteil des Gerichtes von der Entscheidung der Dienststelle der Streitkräfte ab, so gilt folgendes:

(a) Haben die Behörden der Streitkräfte an dem Prozeß gegen die Bundesrepublik gemäß Absatz (12) dieses Artikels teilgenommen, so ist die Entscheidung der Dienststelle der Streitkräfte so abzuändern, daß sie mit dem Urteil im Einklang steht.

(b) Haben die Behörden der Streitkräfte nicht an dem Prozeß teilgenommen, so überprüft die Dienststelle der Streitkräfte auf Ersuchen der deutschen Behörde ihre Entscheidung über den Anspruch unter Berücksichtigung des Urteils des Gerichts. Beabsichtigt die Dienststelle nach einer solchen Überprüfung bei ihrer ursprünglichen Entscheidung zu verbleiben, so setzt sie die deutschen Behörden von dieser Absicht in Kenntnis und gibt ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die auf Grund einer endgültigen gemäß diesem Absatz getroffenen Entscheidung zu gewährende Entschädigung ist nach dem in Absatz (9) dieses Artikels festgelegten Verfahren auszuzahlen.

(14) Die auf Grund einer Entscheidung einer Dienststelle der Streitkräfte zugesprochene Entschädigung geht für die in den Absätzen (1) und (2) des Artikels 4 dieses Vertrags genannten Zeiträume zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte der beteiligten Macht, wenn nicht zwischen der Bundesrepublik und der beteiligten Macht etwas anderes vereinbart wird. Ein zwischen der Bundesrepublik und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland hierüber und in bezug auf das dazugehörige Verfahren abgeschlossenes Abkommen ist diesem Vertrag als Anhang A beigefügt. Ein entsprechendes Abkommen zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten von Amerika ist diesem Vertrag als Anhang B beigefügt.

(15) Ungeachtet der übrigen Bestimmungen dieses Artikels werden Ansprüche wegen Schäden an Liegenschaften oder beweglichen Gegenständen, die den Behörden der beteiligten Macht vor Inkrafttreten dieses Vertrags zur Nutzung überlassen und nach Ablauf des in Absatz (2) des Artikels 4 dieses Vertrags genannten Zeitraums

(a) requiring the Federal Republic to plead certain defences or to appeal, or

(b) appearing as a third party defendant (Nebenintervenient) in accordance with the provisions of the German Code of Civil Procedure.

13. The appropriate German agency shall notify the agency of the Forces of the judgment in any such action and the grounds given therefor. Should the judgment of the court differ from the decision of the agency of the Forces, then

(a) if the authorities of the Forces participated in the action against the Federal Republic as provided in paragraph 12 of this Article, the decision of the agency shall be modified so as to accord with the judgment; but

(b) if the authorities of the Forces did not participate in the action, the agency of the Forces shall, upon request of the German authorities, reconsider its decision taking into account the judgment of the court. If upon such reconsideration the agency intends to adhere to its original decision, it shall inform the German authorities of that intention and shall give the German authorities an opportunity to state their views.

Any compensation payable upon a final decision taken in accordance with this paragraph shall be paid under the procedures referred to in paragraph 9 of this Article.

14. Compensation awarded under a decision of an agency of the Forces shall, for the periods specified in paragraphs 1 and 2 of Article 4 of the present Convention, be chargeable to the funds for the support of the Forces of the Power concerned unless otherwise agreed between the Federal Republic and the Power concerned. An agreement between the Federal Republic and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland in that regard and in relation to ancillary procedure is annexed to the present Convention as Annex A. A similar agreement between the Federal Republic and the United States of America is annexed to the present Convention as Annex B.

15. Notwithstanding the other provisions of this Article, claims in respect of damage caused to accommodation or movables which have been made available for use by the Authorities of the Power concerned before the entry into force of the present Convention, and released by them after the end of the period covered by

(a) en demandant à la République Fédérale de présenter certains arguments en faveur de la défense ou de faire appel;

(b) en comparaissant à titre de codéfendeur (Nebenintervenient), conformément aux dispositions du Code allemand de Procédure Civile.

13. — L'organisme compétent allemand notifiera à l'organisme des Forces le jugement intervenu à la suite d'une instance de cette nature et les considérants de ce jugement. Au cas où le jugement du tribunal différerait de la décision de l'organisme des Forces:

(a) si les autorités des Forces ont participé à la procédure intentée contre la République Fédérale, ainsi qu'il est prévu au paragraphe 12 du présent Article, la décision de l'organisme sera modifiée de manière à se conformer au jugement;

(b) si les autorités des Forces n'ont pas participé à la procédure, l'organisme des Forces, à la demande des autorités allemandes, réexaminera cette décision, compte tenu du jugement du tribunal. Si, à la suite de ce nouvel examen, l'organisme a l'intention de maintenir sa décision primitive, il informera de cette intention les autorités allemandes et leur donnera la possibilité d'expliquer leur position.

Toute indemnité payable à la suite d'une décision définitive prise conformément au présent paragraphe est versée selon les procédures visées au paragraphe 9 du présent Article.

14. — Les indemnités accordées en vertu d'une décision d'un organisme des Forces seront, pour les périodes prévues aux paragraphes 1 et 2 de l'Article 4 de la présente Convention, imputées sur les fonds destinés à l'entretien des Forces de la Puissance intéressée, à moins qu'il n'en soit décidé autrement entre la République Fédérale et la Puissance intéressée. Un accord entre la République Fédérale et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à ce sujet et au sujet d'une procédure auxiliaire est joint à la présente Convention, en Annexe «A». Un accord semblable entre la République Fédérale et les Etats-Unis d'Amérique est joint à la présente Convention, en Annexe «B».

15. — Nonobstant les autres dispositions du présent Article, les réclamations concernant les dommages causés à des immeubles ou à des biens meubles mis à la disposition des autorités de la Puissance intéressée avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, et restitués par celles-ci après la fin de la période prévue au

von ihnen freigegeben worden sind, von den deutschen Behörden festgestellt und gehen nicht zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte oder zu Lasten der beteiligten Macht.

(16) Bestehen gegen Personen, die auf Grund ihres Militärdienstverhältnisses Mitglieder der Streitkräfte sind, oder gegen Bedienstete der Streitkräfte, die Staatsangehörige der beteiligten Macht sind, Ansprüche von Bewohnern des Bundesgebietes, die aus Handlungen oder Unterlassungen außerhalb der Erfüllung dienstlicher Verpflichtungen für die Streitkräfte entstehen, so können sie gemäß Absatz (6), (7), (8), (9) und (14) dieses Artikels geltend gemacht, festgestellt und abgegolten werden. Die normalen Rechtsbehelfe des Anspruchsberechtigten gegen die Person, die den Verlust oder Schaden verursacht hat, bleiben unberührt, es sei denn, daß der Anspruchsberechtigte die Zahlung einer von einer Dienststelle der Streitkräfte festgestellten Entschädigung als Abgeltung des Anspruchs annimmt. Die Bestimmungen des Satzes 1 dieses Absatzes gelten nicht für Ansprüche, für die die Person, welche den Verlust oder Schaden verursacht hat, durch einen Haftpflichtversicherungsvertrag gedeckt ist oder Entschädigung aus eigenen Mitteln zahlt

(17) Ergibt sich in einem Zivilprozeß vor einem deutschen Gericht über einen unter diesen Artikel fallenden Anspruch die Notwendigkeit, zu entscheiden, ob eine Handlung oder Unterlassung bei der Erfüllung dienstlicher Verpflichtungen erfolgt ist, so ist eine Bescheinigung über diese Frage von der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte einzuholen. Im Einzelfall wird die Dienststelle der Streitkräfte auf Ersuchen des Gerichtes oder der deutschen Behörden die Bescheinigung überprüfen. Eine solche Bescheinigung ist in bezug auf die betreffende Frage endgültig.

paragraph 2 of Article 4 of the present Convention shall be determined by the German authorities and shall not be charged to the funds for the support of the Forces, or to the Power concerned.

16. Claims of inhabitants of the Federal territory against persons who are members of the Forces by reason of a military service relationship or employees of the Forces who are nationals of the Powers concerned, which arise from acts or omissions outside the performance of official duties for the Forces, may be asserted, determined and satisfied in accordance with paragraphs 6, 7, 8, 9 and 14 of this Article. The normal remedies of the claimant against the person who caused the loss or damage shall remain unaffected, unless the claimant accepts payment of an award made by an agency of the Forces in final settlement of the claim. The first sentence of this paragraph shall not apply to claims for which the person causing the loss or damage is covered by a contract of liability insurance or pays compensation out of his own means.

17. If in any civil action before a German court involving any claim covered by this Article it is necessary to decide whether or not an act or omission occured in the performance of official duties, a certificate on such question shall be obtained from the appropriate agency of the Forces. Upon request of the court or the German authorities in a particular case, the agency of the Forces will review the certificate. Any certificate given shall be conclusive on the question involved.

paragraphe 2 de l'Article 4 de la présente Convention, feront l'objet de décisions de la part des autorités allemandes et ne seront pas imputées sur les fonds destinés à l'entretien des Forces ni à la Puissance intéressée.

16. — Les réclamations formulées par des habitants du territoire fédéral à l'encontre de personnes qui sont membres des Forces en raison de leurs fonctions militaires, ou à l'encontre d'employés des Forces, ressortissants de la Puissance intéressée, à la suite d'actes ou d'omissions intervenus en dehors de l'accomplissement de fonctions officielles, peuvent être présentées, faire l'objet d'une décision et être réglées conformément aux paragraphes 6, 7, 8, 9 et 14 du présent Article. Les recours normaux du demandeur à l'encontre de la personne ayant causé la perte ou le dommage n'en sont pas affectés, à moins que le demandeur n'accepte que le versement d'une indemnité par un organisme des Forces constitue un règlement définitif de sa réclamation. La première phrase du présent paragraphe ne s'applique pas aux cas dans lesquels la personne ayant causé la perte ou le dommage se trouve couverte par un contrat d'assurances ou verse une indemnité sur ses propres fonds.

17. — Si, au cours d'une instance civile devant un tribunal allemand, impliquant une réclamation quelconque visée au présent Article, il est nécessaire de décider si un acte ou une omission est, ou non, intervenu au cours de l'accomplissement de fonctions officielles, un certificat à ce sujet doit être obtenu de l'organisme compétent des Forces. Dans des cas particuliers, les autorités des Forces réexamineront le certificat à la demande du tribunal allemand ou des autorités allemandes. Tout certificat remis tranchera de manière décisive la question en cause.

Artikel 9

(1) Die Bundesrepublik einerseits und jede der beteiligten Mächte andererseits verzichten gegenseitig auf alle Ansprüche wegen Verlusten oder Schäden, die an ihnen gehörenden Vermögensgegenständen im Bundesgebiet nach dem Inkrafttreten dieses Vertrags durch Tätigkeiten, Handlungen oder Unterlassungen von Behörden oder Personen, für deren Handlungen oder Unterlassungen der andere Vertragsteil rechtlich verantwortlich ist, bei der Erfüllung ihrer dienstlichen Verpflichtungen verursacht werden. Dieser Verzicht gilt nicht für Verlust oder Beschädigung von Eigentum der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost oder für Verluste oder Beschädigungen, für die diese Sonderverwaltungen verantwortlich sind.

Article 9

1. Each Power concerned, for its part, and the Federal Republic, for its part, waives all claims against the other for loss of, or damage to, any property in the Federal territory owned by it caused after the entry into force of the present Convention by activities, acts or omissions of agencies or persons, for whose acts or omissions the other is legally responsible, in the performance of their official duties. This waiver shall not apply to loss of, or damage to, property of the German Federal Railways or Federal Post, or to loss or damage for which those organizations are responsible.

Article 9

1. — Chacune des Puissances intéressées, d'une part, et la République Fédérale, d'autre part, renonce à toutes réclamations à l'encontre de l'autre partie pour pertes ou dommages causés, après l'entrée en vigueur de la présente Convention, à tous biens possédés par celle-ci sur le territoire fédéral, en raison d'activités, d'actes ou d'omissions d'organismes ou de personnes agissant dans l'accomplissement de leurs fonctions officielles et dont l'autre partie est juridiquement responsable. Cette renonciation ne s'applique pas aux pertes ou dommages causés à des biens appartenant aux Chemins de Fer Fédéraux ou aux Postes Fédérales, ni à des pertes ou dommages dont ces organismes sont responsables.

(2) In Anwendung des Grundsatzes des Absatzes (1) dieses Artikels gelten Ansprüche wegen Verlustes oder Beschädigung von Vermögensgegenständen, die von den Streitkräften gemäß Unterabsatz (g) (i) und (ii) des Absatzes (1) des Artikels 7 dieses Vertrages unentgeltlich benutzt werden, und Ansprüche aus Werterhöhungen solcher Vermögensgegenstände als gegeneinander ausgeglichen.

(3) Die Bundesrepublik verpflichtet sich, die beteiligten Mächte von der Haftung für Ansprüche zu befreien, die den Ländern aus den in Absatz (2) des Artikels 8 dieses Vertrags aufgeführten Handlungen oder Unterlassungen der Streitkräfte erwachsen.

Jede der beteiligten Mächte verpflichtet sich, entsprechende Ansprüche, die ihr gegen die Länder erwachsen, an die Bundesrepublik abzutreten. Jede der beteiligten Mächte verpflichtet sich ferner, Ansprüche aus Werterhöhungen an den in Absatz (2) des Artikels 7 dieses Vertrags aufgeführten Vermögensgegenständen an die Bundesrepublik abzutreten.

2. In application of the principle expressed in paragraph 1 of this Article, claims for loss of, or damage to, property used by the Forces free of charge pursuant to items (i) and (ii) of sub-paragraph (g) of paragraph 1 of Article 7 of the present Convention, and claims arising from increases in the value of such property, shall be deemed to cancel each other out.

3. The Federal Republic undertakes to ensure that each Power concerned is relieved of liability for claims of any Land of the Federal Republic arising from acts or omissions of the Forces as defined in paragraph 2 of Article 8 of the present Convention.

Each Power concerned undertakes to renounce in favour of the Federal Republic all corresponding claims which it may have against any Land of the Federal Republic. Each Power concerned further undertakes to renounce in favour of the Federal Republic claims in respect of improvements leading to an increase in value of the property referred to in paragraph 2 of Article 7 of the present Convention.

2. — En application du principe défini au paragraphe 1 du présent Article, les réclamations afférentes aux pertes ou dommages causés à des biens utilisés par les Forces à titre gratuit, en vertu des points (i) et (ii) de l'alinéa (g) du paragraphe 1 de l'Article 7 de la présente Convention, et les réclamations résultant de la plus-value de ces biens, seront considérées comme s'annulant.

3. — La République Fédérale s'engage à faire le nécessaire pour que chacune des Puissances intéressées soit dégagée de toute responsabilité à l'égard de toute réclamation formulée par l'un quelconque des Länder de la République Fédérale en raison d'actes ou d'omissions des Forces, selon la définition figurant au paragraphe 2 de l'Article 8 de la présente Convention.

Chaque Puissance intéressée s'engage à renoncer, en faveur de la République Fédérale, à toute réclamation analogue qu'elle pourrait présenter contre l'un quelconque des Länder de la République Fédérale. Chaque Puissance intéressée s'engage en outre à renoncer en faveur de la République Fédérale à toute réclamation en ce qui concerne les améliorations ayant entraîné une plus-value des biens visés au paragraphe 2 de l'Article 7.

Artikel 10

(1) Zahlungen der Bundesrepublik zur Abgeltung der im Artikel 3 des Neunten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen genannten Ansprüche dürfen nur in dem zwischen der Bundesrepublik und den beteiligten Mächten vereinbarten Umfang zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehen.

(2) In Absatz (1) dieses Artikels erwähnte Ansprüche, die von den Dienststellen der beteiligten Macht vor Inkrafttreten des vorliegenden Vertrags nicht festgestellt worden sind, werden den zuständigen Behörden der Bundesrepublik unterbreitet.

Article 10

1. Payments by the Federal Republic in satisfaction of any claims referred to in Article 3 of Chapter Nine of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation may be charged to the funds for the support of the Forces only to the extent agreed between the Federal Republic and the Powers concerned.

2. Any claims referred to in paragraph 1 of this Article which the agencies of the Power concerned have not determined before the entry into force of the present Convention shall be submitted to the appropriate agencies of the Federal Republic.

Article 10

1. — Les paiements effectués par la République Fédérale pour faire droit à toute réclamation visée à l'Article 3 du Chapitre Neuvième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation ne peuvent être imputés sur les fonds destinés à l'entretien des Forces que dans la mesure adoptée par accord entre la République Fédérale et les Puissances intéressées.

2. — Toutes réclamations visées au paragraphe 1 du présent Article, sur lesquelles les organismes de la Puissance intéressée n'ont pas pris de décision avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, seront soumises aux organismes compétents de la République Fédérale.

Artikel 11

(1) Einnahmen aus den folgenden Quellen fließen der Bundesrepublik zu und sind ordnungsgemäß abzurechnen:

(a) Veräußerung von beweglichem Eigentum, das, soweit feststellbar, mit Mitteln des Reichsmark- oder Deutsche Mark-Besatzungskosten- oder Auftragsausgabenhaushalts beschafft worden ist;

(b) Zahlungen von Dritten zum Ausgleich von Werterhöhungen an ihren Vermögensgegenständen durch Verwendung von Reichsmark- oder Deutsche Mark-Mitteln des Besatzungskosten- oder Auftragsausgabenhaushalts;

Article 11

1. Receipts arising from the following sources shall accrue to the Federal Republic and shall be duly accounted for:

(a) the disposal of any movable property which so far as can be ascertained was purchased from Reichsmark or Deutsche Mark occupation costs or mandatory expenditure funds;

(b) payments by third parties of amounts in consideration of improvements which lead to an increase in value of their property as a result of expenditure from Reichsmark or Deutsche Mark occupation costs or mandatory expenditure funds;

Article 11

1. — Les recettes provenant des sources ci-après seront portées au crédit de la République Fédérale et feront l'objet d'une comptabilisation appropriée:

(a) la cession de tout bien meuble qui, dans la mesure où ceci peut être prouvé, a été acheté sur les fonds des frais d'occupation ou des dépenses imposées en Reichsmark ou en Deutsche Mark;

(b) le paiement, par des tiers, de sommes dues en raison d'améliorations qui ont occasionné une plus-value de leurs biens à la suite de dépenses imputées sur les fonds des frais d'occupation ou des dépenses imposées en Reichsmark ou en Deutsche Mark;

(c) Rückzahlungsansprüche gegen Dritte aus Überzahlungen von Mitteln des Reichsmark- oder Deutsche Mark-Besatzungskosten- oder Auftragsausgabenhaushalts.

(2) Der Deutsche Mark-Wert von Einnahmen aus den folgenden Quellen fließt der beteiligten Macht zu und ist gemäß den Vorschriften der Artikel 5 und 6 dieses Vertrags auf Grund von Deutsche Mark-Ergänzungshaushaltsvoranschlägen zu verwenden, die zwischen der beteiligten Macht und der Bundesrepublik zu vereinbaren sind:

(a) Veräußerung von beweglichem Eigentum, das mit Mitteln für den Unterhalt der Streitkräfte beschafft worden ist. Die auf Grund dieses Unterabsatzes anfallenden Beträge entsprechen im Falle eines Verkaufs dem Verkaufspreis des betreffenden Eigentums abzüglich der Veräußerungskosten oder, falls das Eigentum nicht verkauft wird, dem Wert, der durch unparteiische Wertfestsetzung gemäß den zwischen der Bundesrepublik und der beteiligten Macht zu vereinbarenden Bedingungen festgestellt wird.

(b) Alle Deutsche Mark-Einnahmen oder Naturaleinnahmen, die auf Grund der Nutzung der im Rahmen dieses Vertrags oder des Truppenvertrags zur Verfügung gestellten Liegenschaften, Güter, Materialien und sonstigen Leistungen durch die Streitkräfte anfallen, mit der Maßgabe, daß alle Deutsche Mark-Beträge, die von Personen oder Dienststellen, die nicht Mitglieder der Streitkräfte sind, als Nutzungsvergütung für Liegenschaften im Zusammenhang mit Leistungen zu Gunsten der Streitkräfte und deren Mitglieder eingenommen werden, der Bundesrepublik zufließen.

(c) Zahlungen von Dritten zum Ausgleich von Werterhöhungen an ihren Vermögensgegenständen durch Verwendung von Mitteln für den Unterhalt der Streitkräfte. Werden jedoch derartige Zahlungen durch die Länder geleistet, so fließen sie der Bundesrepublik zu.

(d) Rückzahlungsansprüche gegen Dritte aus Überzahlungen mit Mitteln für den Unterhalt der Streitkräfte.

(3) Die Bundesrepublik hat mit der gebotenen Sorgfalt diejenigen Ansprüche geltend zu machen und einzuklagen, die gemäß Unterabsatz (c) und (d) des Absatzes (2) dieses Artikels zu erheben sind. Die Behörden der beteiligten Macht können verlangen, daß

(c) repayment claims against third parties arising out of overpayments from Reichsmark or Deutsche Mark occupation costs or mandatory expenditure funds.

2. The Deutsche Mark value of receipts arising from the following sources shall accrue to the Power concerned and shall be used in accordance with the provisions of Articles 5 and 6 of the present Convention on the basis of supplementary Deutsche Mark budget estimates to be agreed between the Power concerned and the Federal Republic:

(a) the disposal of any movable property purchased by expenditure from funds for the support of the Forces. Any amounts accruing pursuant to this sub-paragraph shall be the sale price of the property concerned if it is sold, less the costs of disposal, or if the property is not sold, a value to be fixed by impartial valuation in accordance with conditions to be agreed between the Federal Republic and the Power concerned;

(b) any receipts in Deutsche Mark or in kind arising out of the use by the Forces of accommodation, goods, materials and services provided under the present Convention or the Forces Convention, provided that any Deutsche Mark amounts received from persons or agencies not members of the Forces, as compensation for the use of accommodation in connection with services performed for the Forces and their members, shall accrue to the Federal Republic;

(c) payments by third parties of amounts in consideration of improvements which lead to an increase in value of their property as a result of expenditure from funds for the support of the Forces. However, such payments by Länder of the Federal Republic shall accrue to the Federal Republic;

(d) repayment claims against third parties arising out of overpayments from funds for the support of the Forces.

3. The Federal Republic shall with due diligence assert and prosecute such claims as fall to be made under subparagraphs (c) and (d) of paragraph 2 of this Article. The authorities of the Power concerned may require that they be consulted in due time before

(c) les demandes contre des tiers aux fins de remboursement des trop-perçus sur les fonds des frais d'occupation ou des dépenses imposées en Reichsmark ou en Deutsche Mark.

2. — La valeur en Deutsche Mark des recettes provenant des sources ci-après sera portée au crédit de la Puissance intéressée et sera utilisée conformément aux dispositions des Articles 5 et 6 de la présente Convention, sur la base de prévisions budgétaires supplémentaires en Deutsche Mark devant faire l'objet d'un accord entre la Puissance intéressée et la République Fédérale:

(a) la cession de tout bien meuble acheté sur les fonds destinés à l'entretien des Forces. Toute somme portée en crédit en vertu du présent alinéa correspondra au prix de vente du bien en cause s'il est vendu, déduction faite des frais de cession, ou, si le bien n'est pas vendu, à une valeur à fixer au moyen d'une évaluation impartiale, conformément à des conditions à adopter entre la République Fédérale et la Puissance intéressée;

(b) toute recette en Deutsche Mark ou en nature, résultant de l'utilisation par les Forces des immeubles, biens, matériels et services fournis en vertu de la présente Convention ou de la Convention sur les Forces, sous réserve que toutes sommes en Deutsche Mark reçues de personnes ou d'organismes qui ne sont pas membres des Forces, à titre d'indemnités pour l'utilisation des immeubles en relation avec les services accomplis pour les Forces ou leurs membres, soient portées au crédit de la République Fédérale;

(c) les paiements, effectués par des tiers, de sommes dues en raison d'améliorations qui ont occasionné une plus-value de leurs biens, à la suite de dépenses imputées aux fonds destinés à l'entretien des Forces. Toutefois de tels paiements effectués par les Länder de la République Fédérale seront portés au crédit de la République Fédérale;

(d) les demandes contre des tiers aux fins de remboursement des trop-perçus sur les fonds destinés à l'entretien des Forces.

3. — La République Fédérale fera valoir et poursuivra, avec toute la diligence nécessaire, les réclamations qui pourraient être présentées en vertu des alinéas (c) et (d) du paragraphe 2 du présent Article. Les autorités de la Puissance intéressée peuvent de-

sie rechtzeitig vor der Geltendmachung eines Anspruchs gemäß Unterabsatz (c) des Absatzes (1) oder Unterabsatz (d) des Absatzes (2) gehört werden.

the assertion of any claim under subparagraph (c) of paragraph 1 or subparagraph (d) of paragraph 2.

mander à être consultées en temps voulu avant la mise en oeuvre de toutes réclamations visées à l'alinéa (c) du paragraphe 1 et à l'alinéa (d) du paragraphe 2.

Artikel 12

(1) Auf Zahlungen für die Bereitstellung von Liegenschaften, Gütern, Materialien und sonstigen Leistungen für die Streitkräfte und deren Mitglieder finden die Vorschriften dieses Artikels Anwendung

(2) Vorbehaltlich der Auswirkungen der im Truppenvertrag oder einem sonstigen anwendbaren Abkommen vorgesehenen Steuer- und Zollbefreiungen haben die zur Deckung des Bedarfs der Streitkräfte gezahlten Entgelte grundsätzlich dem jeweiligen Preis- und Lohnniveau im Bundesgebiet zu entsprechen; es dürfen jedoch den Behörden der beteiligten Mächte keine ungünstigeren Bedingungen gestellt werden, als sie vergleichbaren Käufern eingeräumt werden. Wenn der Bedarf der Streitkräfte im Wege der Beschaffung durch deutsche Behörden gedeckt wird oder andere zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehende Ausgaben von den deutschen Behörden geleistet werden, so erfolgt die Festsetzung des zu zahlenden Betrages im Einvernehmen mit den Behörden der beteiligten Macht Soweit es sich nicht um Waren handelt, die zum Verbrauch durch Personen beschafft werden, die normalerweise im Bundesgebiet wohnhaft sind, darf die beteiligte Macht nicht in den Genuß von Subventionen kommen, die seitens der Bundesrepublik zur Herabsetzung von Preisen im Interesse des deutschen Einzelverbrauchers gewährt werden. Das Verfahren zur Durchführung der in vorstehendem Satz enthaltenen Vorschrift ist durch die in Artikel 17 dieses Vertrags vorgesehenen ergänzenden Abkommen festzulegen.

(3) Die Vergütung für die Bereitstellung von Liegenschaften, Gütern, Materialien oder sonstigen Leistungen, die für die Streitkräfte gemäß den in Absatz 3 des Artikels 37 des Truppenvertrags bezeichneten Bundesgesetzen im Wege der Anforderung beschafft werden, ist von den zuständigen deutschen Behörden im Benehmen mit den Behörden der beteiligten Macht gemäß den Vorschriften dieser Gesetze und den im ersten Satz des Absatzes (2) dieses Artikels festgelegten Grundsätzen festzusetzen. Bis zum Inkrafttreten dieser Bundesgesetze gilt die bisherige Grundlage für die Bemessung der Vergütung für die durch die Streitkräfte im Wege der Anforderung beschafften Liegenschaften, Güter, Materialien und sonstigen Leistungen weiter.

(4) Die Lohn- und Gehaltstarife für Zivilarbeitskräfte im Sinne des Artikels 44 des Truppenvertrags sind gemäß Absatz (5) jenes Artikels festzu-

Article 12

1. Payments for accommodation, goods, materials or services provided for the Forces and their members shall be subject to the provisions of this Article.

2. Subject to the effect of the tax and customs exemptions provided in the Forces Convention or any other applicable agreement, the prices paid in satisfying the requirements of the Forces shall conform in principle to price and wage levels prevailing from time to time in the Federal territory but the authorities of the Power concerned shall receive terms and conditions not less favourable than those afforded to comparable purchasers. When the requirements of the Forces are satisfied through procurement by the German authorities, or other expenditures chargeable to funds for the support of the Forces are made by the German authorities, the amount to be paid shall be determined in agreement with the authorities of the Power concerned. Except in the case of goods procured for consumption by persons normally resident in the Federal territory, the Power concerned shall not benefit from any subsidies granted by the Federal Republic to lessen the price of goods in the interest of the individual German consumer. The procedures for implementation of the preceding sentence shall be established by the subsidiary agreements provided for in Article 17 of the present Convention.

3. Compensation for accommodation, goods, materials or services obtained for the Forces by requisition under the Federal legislation referred to in paragraph 3 of Article 37 of the Forces Convention shall be determined by the appropriate German authorities, in consultation with the authorities of the Power concerned, in accordance with the provisions of that legislation and the principles expressed in the first sentence of paragraph 2 of this Article Until the entry into force of such Federal legislation, the existing basis for assessment of compensation for accommodation, goods, materials and services requisitioned for the Forces shall remain in force.

4. — The wage and salary rates for civilian personnel referred to in Article 44 of the Forces Convention shall be determined in accordance

Article 12

1. — Les dispositions du présent Article s'appliquent aux paiements relatifs aux immeubles, biens, matériels et services fournis aux Forces et à leurs membres

2. — Sous réserve de l'effet des exemptions fiscales et douanières prévues dans la Convention sur les Forces ou dans tout autre accord applicable, les sommes versées pour satisfaire les besoins des Forces seront, en principe, conformes au niveau des prix et salaires en vigueur sur le territoire fédéral, mais les autorités de la Puissance intéressée doivent bénéficier de termes et de conditions qui ne soient pas moins favorables que ceux accordés à des acheteurs comparables. Lorsque les besoins des Forces sont satisfaits au moyen de fournitures assurées par les autorités allemandes ou que d'autres dépenses imputables sur les fonds destinés à l'entretien des Forces sont faites par les autorités allemandes, le montant à payer sera fixé avec l'accord des autorités de la Puissance intéressée. Sauf dans le cas de marchandises fournies pour la consommation de personnes résidant habituellement sur le territoire fédéral, la Puissance intéressée ne bénéficiera d'aucune des subventions accordées par la République Fédérale dans le but de diminuer le prix des marchandises dans l'intérêt des consommateurs allemands individuels Les procédures relatives à l'application de la phrase précédente seront établies par les accords subsidiaires prévus à l'Article 17 de la présente Convention.

3. — Les indemnités pour les immeubles, biens, matériels ou services obtenus pour les Forces par voie de réquisition en vertu de la législation fédérale visée au paragraphe 3 de l'Article 37 de la Convention sur les Forces, seront fixées par les autorités compétentes allemandes en consultation avec les autorités de la Puissance intéressée, conformément aux dispositions de ladite législation et aux principes visés à la première phrase du paragraphe 2 du présent Article. Jusqu'à l'entrée en vigueur de cette législation fédérale, les bases actuelles applicables à la fixation des indemnités pour les immeubles, biens, matériels et services réquisitionnés pour les Forces resteront en vigueur.

4. — Les taux des salaires et traitements pour le personnel civil visé à l'Article 44 de la Convention sur les Forces, seront fixés confor-

setzen. Die Beträge, die zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehen, schließen die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und die nach deutschem Recht zu zahlenden Prämien zur gesetzlichen Unfallversicherung ein.

(5) Die Vergütung für die Inanspruchnahme der Verkehrseinrichtungen und -leistungen, die gemäß den in Absatz (3) des Artikels 41 des Truppenvertrags genannten Abkommen den Streitkräften und ihren Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden, bemißt sich nach den in diesen Abkommen festgesetzten Tarifen. Vor Ablauf der genannten Abkommen sind andere den Grundsätzen des Absatzes (2) dieses Artikels und denen des Artikels 41 des Truppenvertrags entsprechende Tarifabkommen abzuschließen, wie dies in dem letztgenannten Artikel vorgesehen ist.

(6) Die Vergütung für die Inanspruchnahme der Einrichtungen und Leistungen des öffentlichen deutschen Post- und Fernmeldewesens, die den Streitkräften und ihren Mitgliedern gemäß Artikel 42 des Truppenvertrags zur Verfügung gestellt werden, und die Vergütung für die Inanspruchnahme aller Einrichtungen, die den deutschen Behörden gemäß Absatz (5) jenes Artikels von den Streitkräften zur Verfügung gestellt werden, bemißt sich nach den Tarifen, die gemäß Absatz (1) jenes Artikels festgesetzt sind.

with paragraph 5 of that Article. The amounts chargeable to the funds for the support of the Forces shall include the employer's contribution to social insurance funds and the premiums for statutory accident insurance payable under German law.

5. The transport facilities and services afforded to the Forces and their members under the agreements mentioned in paragraph 3 of Article 41 of the Forces Convention shall be paid for at the rates established in those agreements. Before the expiry of the said agreements, other tariff agreements consistent with the principles of paragraph 2 of this Article and Article 41 of the Forces Convention shall be concluded as provided in the latter Article.

6. The facilities and services of the German public posts and telecommunications agencies afforded to the Forces and their members under Article 42 of the Forces Convention, and any facilities made available by the Forces to the German authorities under paragraph 5 of that Article, shall be paid for at rates established in accordance with paragraph 1 of that Article.

mément au paragraphe 5 de cet Article. Les sommes imputables sur les fonds destinés à l'entretien des Forces doivent comprendre la contribution de l'employeur aux fonds d'assurances sociales et les primes d'assurances-accident réglementairement fixées et payables en vertu de la loi allemande.

5. — Les facilités et services de transports accordés aux Forces et à leurs membres en vertu des accords visés au paragraphe 3 de l'Article 41 de la Convention sur les Forces seront payés d'après les tarifs établis par ces accords. Avant la date d'expiration desdits accords, d'autres accords tarifaires, compatibles avec les principes du paragraphe 2 du présent Article et de l'Article 41 de la Convention sur les Forces, seront conclus ainsi qu'il est prévu audit Article.

6. — Les facilités et services des administrations publiques allemandes des postes et télécommunications accordés aux Forces et à leurs membres en vertu de l'Article 42 de la Convention sur les Forces, et toutes facilités mises par les Forces à la disposition des autorités allemandes en vertu du paragraphe 5 dudit Article, seront payés à des tarifs fixés conformément au paragraphe 1 de cet Article.

Artikel 13

(1) Abgesehen von besonderen Fällen, die zum Gegenstand einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und den beteiligten Mächten gemacht werden können, erfolgt die Verausgabung von Mitteln für Bauten gemäß den Bestimmungen dieses Artikels.

(2) Bis zum Ablauf des in Absatz (2) des Artikels 4 dieses Vertrags genannten Zeitraums gehen folgende Kosten für den Bau von Liegenschaften zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte:

(a) Sämtliche Kosten für Material und Arbeitskräfte sowie alle anderen Baukosten einschließlich der Aufschließungskosten;

(b) die Kosten für den Bau von auf dem Baugelände befindlichen oder zum Baugelände führenden Verkehrs-, Fernmelde- und Versorgungseinrichtungen und -anlagen, vorausgesetzt, daß diese Einrichtungen und Anlagen ausschließlich zur Versorgung der betreffenden Liegenschaft erstellt werden;

(c) die Kosten des Ersatzes oder der Umlegung von Verkehrs-, Fernmelde- oder Versorgungseinrichtungen und -anlagen, die wegen des Baues der betreffenden Liegenschaft für die öffentliche Benutzung nicht mehr zur Verfügung stehen, bis zur Höhe des bisherigen Standards.

Article 13

1. Except in special cases which may be the subject of agreement between the Powers concerned and the Federal Republic the expenditure of funds for the purpose of capital works shall be in accordance with the provisions of this Article.

2. Prior to the end of the period covered by paragraph 2 of Article 4 of the present Convention, the following costs for construction of accommodation shall be chargeable to the funds for the support of the Forces:

(a) all material, labour and other costs of construction, including the cost of preparation of the site;

(b) the cost of constructing transport, communications and public utility facilities and installations on, or leading to, the site, provided that such facilities are furnished exclusively to serve the accomodation concerned;

(c) the cost of replacing or re-routing to a standard not higher than that previously existing, transport, communications or public utility facilities and installations no longer available for public use by reason of the construction of the accommodation concerned.

Article 13

1. — Sauf dans des cas particuliers qui pourraient faire l'objet d'accord entre les Puissances intéressées et la République Fédérale, les dépenses aux fins de travaux de construction seront effectuées conformément aux dispositions du présent Article.

2. — Jusqu'à la fin de la période prévue au paragraphe 2 de l'Article 4 de la présente Convention, les frais suivants afférents à la construction d'immeubles seront imputables sur les fonds destinés à l'entretien des Forces:

(a) tous les matériaux, la main-d'oeuvre et autres frais de construction, y compris les frais de préparation du terrain;

(b) les frais pour la construction de moyens et installations de transports, de transmissions et de services d'utilité publique, sur le terrain ou y conduisant, pourvu que de tels moyens et installations servent exclusivement à l'usage de l'immeuble en cause;

(c) les frais de remplacement et de détournement, selon des normes non supérieures à celles existant précédemment, de moyens et installations de transports, de transmissions et de services d'utilité publique dont l'utilisation par le public n'est plus possible en raison de la construction de l'immeuble en cause.

Im Falle der in Unterabsatz (b) und (c) dieses Absatzes bezeichneten Kosten, die den deutschen Behörden für die Streitkräfte entstehen, wird die Höhe der zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehenden Ausgaben im Einvernehmen mit den Behörden der Streitkräfte bestimmt. Werfen die in den Buchstaben (b) und (c) dieser Ziffer erwähnten Einrichtungen und Anlagen einen Ertrag ab oder handelt es sich bei diesen Einrichtungen und Anlagen ganz oder teilweise um Baulichkeiten, die Teil eines deutschen Entwicklungsplans sein können, so gehen deren Kosten in dem zwischen den beteiligten Mächten und der Bundesrepublik vereinbarten Umfang zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte.

(3) Während des in Absatz (1) des Artikels 4 dieses Vertrags genannten Zeitraums gehen die Kosten für die in Artikel 20 des Truppenvertrags genannten Einrichtungen und Anlagen zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte. Während des in Absatz (2) des Artikels 4 dieses Vertrags genannten Zeitraums gehen die Kosten für die vorgenannten Einrichtungen und Anlagen insoweit zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte, als die Haushalte der beteiligten Mächte entsprechende Ansätze enthalten. Sollten Einrichtungen und Anlagen erstellt werden, für die in diesen Haushalten keine Ansätze enthalten sind, so wird deren Finanzierung im Einvernehmen zwischen der Bundesrepublik und den beteiligten Mächten vorher geregelt.

(4) Soweit es sich nicht um die in Absatz (2) dieses Artikels vorgesehenen Ausgaben handelt, gehen Ausgaben, die vor dem Ablauf des in Absatz (2) des Artikels 4 dieses Vertrags genannten Zeitraums geleistet werden und mit dem Erwerb und der Räumung von Liegenschaften für die Streitkräfte zusammenhängen, nicht zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte oder zu Lasten der beteiligten Mächte.

In the case of costs referred to in sub-paragraphs (b) and (c) of this paragraph which are incurred by the German authorities on behalf of the Forces, the amount of expenditures to be charged to the funds for the support of the Forces shall be determined in agreement with the authorities of the Forces. Where the facilities and installations referred to in sub-paragraphs (b) and (c) of this paragraph are revenue producing, or may constitute or form part of improvements included in a German development plan, the costs thereof shall be chargeable to the funds for the support of the Forces in the proportion agreed between the Powers concerned and the Federal Republic.

3. During the period covered by paragraph 1 of Article 4 of the present Convention, the costs of the installations and works referred to in Article 20 of the Forces Convention shall be chargeable to the funds for the support of the Forces. During the period covered by paragraph 2 of Article 4 of the present Convention, the costs of the above mentioned installations and works shall be chargeable to the funds for the support of the Forces to the extent that provision is made therefor in the budgets of the Powers concerned. If installations and works should be carried out for which no provision has been made in such budgets, their financing shall be determined by prior agreement between the Federal Republic and the Powers concerned.

4. Any expenditures, other than those provided for in paragraph 2 of this Article, made prior to the end of the period covered by paragraph 2 of Article 4 of the present Convention and related to the acquisition and evacuation of accommodation for the Forces shall not be charged to the funds for the support of the Forces or to the Powers concerned.

Dans le cas où les frais, visés aux alinéas (b) et (c) du présent paragraphe, sont encourus par les autorités allemandes pour le compte des Forces, le montant des dépenses à imputer sur les fonds destinés à l'entretien des Forces sera fixé en accord avec les autorités des Forces. Lorsque les moyens et installations visés aux alinéas (b) et (c) du présent paragraphe sont productifs de revenus ou sont susceptibles de constituer en totalité ou en partie des améliorations entrant dans le cadre d'un programme allemand de construction, les frais en cause seront imputables sur les fonds destinés à l'entretien des Forces dans les proportions convenues entre les Puissances intéressées et la République Fédérale

3. — Pendant la période prévue au paragraphe 1 de l'Article 4 de la présente Convention, les frais afférents aux installations et travaux visés à l'Article 20 de la Convention sur les Forces seront imputables sur les fonds destinés à l'entretien des Forces. Pendant la période prévue au paragraphe 2 de l'Article 4 de la présente Convention, les frais afférents aux installations et travaux mentionnés ci-dessus seront imputables sur les fonds destinés à l'entretien des Forces, dans la mesure où des crédits ont été prévus à cet effet dans les budgets des Puissances intéressées. S'il devait être exécuté des installations et travaux pour lesquels aucun crédit n'a été prévu dans ces budgets, leur financement sera déterminé par accord préalable entre la République Fédérale et les Puissances intéressées.

4. — Toutes dépenses, autres que celles prévues au paragraphe 2 du présent Article, effectuées avant la fin de la période prévue au paragraphe 2 de l'Article 4 de la présente Convention et se rapportant à l'acquisition et l'évacuation d'immeubles pour les Forces, ne seront pas imputées sur les fonds destinés à l'entretien des Forces, ni mises à la charge des Puissances intéressées.

Artikel 14

Es wird ein ständiger Koordinierungsausschuß aus Vertretern der Bundesrepublik und der Drei Mächte zu dem Zwecke gebildet, die ihm durch diesen Vertrag übertragenen Aufgaben auszuführen, die Durchführung des Vertrags zu koordinieren und sich mit der Beseitigung etwaiger im Zusammenhang hiermit auftretender Zweifel oder Schwierigkeiten zu befassen, die nicht unmittelbar im Benehmen zwischen den zuständigen Behörden und Dienststellen gelöst werden können, sowie den Signatarmächten hierzu Vorschläge zu machen.

Article 14

A permanent Co-ordinating Committee composed of representatives of the Three Powers and of the Federal Republic shall be established to carry out the tasks assigned to it under the present Convention, to co-ordinate the implementation of the present Convention, and to consider and make recommendations to the Signatory States concerning the removal of any doubts or difficulties arising in connection therewith which cannot be resolved directly by consultation between the competent authorities and services concerned.

Article 14

Un Comité de Coordination permanent composé de représentants des Trois Puissances et de la République Fédérale sera créé en vue d'exécuter les tâches qui lui sont assignées aux termes de la présente Convention, de coordonner l'application de la présente Convention, d'examiner tout cas litigieux ou toute difficulté résultant de cette application qui ne pourrait être résolu directement par consultation entre les autorités compétentes et les services intéressés et de présenter des recommandations aux Etats Signataires concernant leur règlement.

Artikel 15

Die beteiligten Mächte können auch in Berlin die Mittel verausgaben, die ihnen im Rahmen des vorliegenden Vertrags für die in Absatz (1) des Artikels 5 genannten Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Article 15

The Powers concerned may expend also in Berlin any funds made available to them under the present Convention for the purposes mentioned in paragraph 1 of Article 5.

Article 15

Les Puissances intéressées peuvent utiliser également à Berlin tous les fonds mis à leur disposition en vertu de la présente Convention pour les buts visés au paragraphe 1 de l'Article 5.

Artikel 16

Auf Ersuchen eines der Unterzeichnerstaaten können Verhandlungen zum Zwecke der Änderung oder Aufhebung von Artikeln des vorliegenden Vertrags eingeleitet werden.

Article 16

At the request of any of the Signatory States discussions may be opened to amend or abrogate any of the Articles of the present Convention.

Article 16

A la demande de l'un quelconque des Etats Signataires, des négociations peuvent être entamées en vue d'amender ou d'abroger l'un quelconque des Articles de la présente Convention.

Artikel 17

(1) Die Bundesrepublik einerseits und die Drei Mächte oder eine der beteiligten Mächte andererseits werden, falls es erwünscht oder erforderlich ist, ergänzende Abkommen über die Durchführung dieses Vertrags, insbesondere der Vorschriften des Artikels 6, abschließen.

(2) Der gemäß Artikel 14 dieses Vertrags zu bildende Koordinierungsausschuß hat die Verhandlungen über diese ergänzenden Abkommen und ihre Durchführung zu koordinieren.

Article 17

1. The Three Powers, or any Power concerned, and the Federal Republic will conclude, where necessary or desirable, subsidiary agreements regarding the implementation of the present Convention, particularly the provisions of Article 6.

2. The negotiation and implementation of these subsidiary agreements shall be co-ordinated through the Co-ordinating Committee established pursuant to Article 14 of the present Convention.

Article 17

1. — Les Trois Puissances ou toute Puissance intéressée, d'une part, et la République Fédérale, d'autre part, concluront, lorsque c'est nécessaire ou souhaitable, des accords subsidiaires pour la mise en application de la présente Convention, notamment en ce qui concerne les dispositions de l'Article 6.

2. — La négociation et l'application de ces accords subsidiaires fera l'objet d'une coordination au sein du Comité de Coordination créé en vertu de l'Article 14 de la présente Convention.

Artikel 18

(1) (gestrichen)

(2) Die Bestimmungen dieses Vertrags finden auf die Streitkräfte anderer Entsendestaaten und auf die Mitglieder dieser Streitkräfte Anwendung, sofern sie nicht durch etwaige zwischen der Bundesrepublik und einem solchen Entsendestaat geschlossene Abkommen für nicht anwendbar erklärt oder abgeändert werden.

Article 18

1. Deleted.

2. The provisions of the present Convention shall apply to the Forces of other Sending States and to the members of such Forces, except where excluded or modified by any agreement which may be made between any of such other Sending States and the Federal Republic.

Article 18

1. — Supprimé.

2. — Les dispositions de la présente Convention seront applicables aux Forces des autres Etats fournissant des Forces, et aux membres de ces Forces, sauf exclusion ou modification qui pourrait être convenue dans tout accord conclu entre l'un de ces autres Etats fournissant des Forces et la République Fédérale.

Artikel 19

Das im Rahmen des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten errichtete Schiedsgericht ist nicht zuständig

(a) für Angelegenheiten, für die in den Absätzen (1) bis (4) des Artikels 4 dieses Vertrags besonders vorgesehen ist, daß sie in Verhandlungen zu regeln sind,

(b) zur Entscheidung von Fragen über die Zuständigkeit der in Artikel 8 dieses Vertrags bezeichneten deutschen Dienststellen und Dienststellen der Streitkräfte oder des nach Artikel 14 dieses Vertrags zu bildenden Koordinierungsausschusses oder zur Überprüfung der Entscheidungen dieser Stellen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter diesen Vertrag, einen der in Artikel 8 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten aufgeführten Verträge, unterschrieben.

Article 19

The Arbitration Tribunal established by the Convention on the Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany shall not have jurisdiction

(a) in matters which under paragraphs 1 to 4 of Article 4 of the present Convention are to be settled by negotiation;

(b) to determine questions as to the extent of the competence or to review the decisions of the German agencies and agencies of the Forces referred to in Article 8 or of the Co-ordinating Committee to be established under Article 14 of the present Convention.

IN FAITH WHEREOF the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective Governments have signed the present Convention, being one of the related Conventions listed in Article 8 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany.

Article 19

Le Tribunal d'Arbitrage créé par la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ne sera pas compétent:

(a) en ce qui concerne les questions qui, en vertu des paragraphs 1 à 4 de l'Article 4 de la présente Convention, doivent être réglées par voie de négociations;

(b) pour décider de questions relatives à l'étendue de la compétence des organismes allemands ou des organismes des Forces visés à l'Article 8, ou du Comité de Coordination établi en vertu de l'Article 14 de la présente Convention, ni pour réviser leurs décisions.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention qui constitue l'une des Conventions rattachées énumérées dans l'Article 8 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne.

Geschehen zu BONN am sechsundzwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:

Adenauer

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:

Dean Acheson

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland
gezeichnet:

Anthony Eden

Für die Französische Republik
gezeichnet:

Robert Schuman

Done at BONN this twenty-sixth day of May, 1952, in three texts, in the English, French and German languages, all being equally authentic.

For the United States of America
signed:

Dean Acheson

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
signed:

Anthony Eden

For the French Republic
signed:

Robert Schuman

For the Federal Republic of Germany
signed:

Adenauer

Fait à BONN, le vingt-sixième jour du mois de mai 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Pour la République Française
signé:

Robert Schuman

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
signé:

Anthony Eden

Pour les Etats-Unis d'Amérique
signé:

Dean Acheson

Pour la République Fédérale d'Allemagne
signé:

Adenauer

ANHANG A

zum Finanzvertrag

Soweit die Streitkräfte des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, Belgiens, Dänemarks und Norwegens betroffen sind, wird Artikel 8 des Finanzvertrags nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ausgeführt:

§ 1

Mit Bezug auf diese Streitkräfte wird die Wahrnehmung der in Absatz (9) des Artikels 8 des Finanzvertrags vorgesehenen Aufgaben der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte auf die Bundesrepublik übertragen.

§ 2

(1) Ist bei der zuständigen deutschen Behörde ein Entschädigungsantrag eingegangen, so teilt diese der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte den Antrag nebst den Einzelheiten mit, welche die letztere Dienststelle benötigt.

(2) Nach Eingang dieser Einzelheiten übermittelt die zuständige Dienststelle der Streitkräfte der zuständigen deutschen Behörde sobald als möglich die in ihrem Besitz befindlichen, für die Bearbeitung des Schadensfalles erforderlichen Informationen und Beweismittel, soweit dies nach den Vorschriften der beteiligten Macht zulässig ist.

ANNEX A

to the Finance Convention

In the case of the Forces of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of the Forces of Belgium, Denmark and Norway the provisions of Article 8 of the Finance Convention shall be implemented in accordance with the following provisions:

Section 1

The functions of the appropriate agency of the Forces set out in paragraph 9 of Article 8 of the Finance Convention shall in respect of these Forces be delegated to the Federal Republic.

Section 2

1. The appropriate German agency shall inform the appropriate agency of the Forces of any claim lodged with it and shall append such particulars as the latter agency may require.

2. After receipt of these particulars, the appropriate agency of the Forces will forward as soon as possible to the appropriate German agency such information and evidence in its possession as is necessary for dealing with the claim insofar as the making available of such information and evidence is permissible under the regulations of the Power concerned.

ANNEXE A

à la Convention Financière

En ce qui concerne les Forces du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et les Forces de la Belgique, du Danemark et de la Norvège, les dispositions de l'Article 8 de la Convention Financière s'appliqueront selon les modalités suivantes:

— 1 —

Les attributions de l'organisme compétent des Forces visé au paragraphe 9 de l'Article 8 de la Convention Financière seront, en ce qui concerne ces Forces, déléguées à la République Fédérale.

— 2 —

1. — L'organisme compétent allemand avisera l'organisme compétent des Forces de toutes réclamations qui lui seront présentées et fournira tous renseignements que ce dernier organisme pourrait demander.

2. — A la réception de ces renseignements, l'organisme compétent des Forces transmettra aussitôt que possible à l'organisme compétent allemand tous renseignements et toutes preuves en sa possession nécessaires pour traiter de la réclamation, dans la mesure où la fourniture de ces renseignements et de ces preuves est autorisée en vertu des règlements de la Puissance intéressée.

(3) Insbesondere hat bei Entschädigungsansprüchen, auf die Unterabsatz (c) und (d) des Absatzes (2) des Artikels 8 des Finanzvertrags Anwendung finden, die zuständige Dienststelle der Streitkräfte innerhalb von 21 Tagen nach Eingang der Mitteilung gemäß Absatz (1) dieses Paragraphen alle diejenigen in ihrem Besitz befindlichen Informationen und Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die eine völlige oder teilweise Ablehnung des Entschädigungsanspruches begründen würden. In diesen Fällen wird die deutsche Behörde nur nach vollständiger Würdigung solcher Informationen und Beweismittel einen Entschädigungsbetrag festsetzen und auszahlen und wird sich im Zweifelsfall vor Auszahlung irgendwelcher Beträge mit der Dienststelle der Streitkräfte ins Benehmen setzen.

3. In the case of claims to which sub-paragraphs (c) and (d) of paragraph 2 of Article 8 of the Finance Convention apply, the agency of the Forces shall in particular make available within twenty-one days of receipt of notification under paragraph 1 of this Section any information or evidence in its possession which would support the rejection of the claim in whole or in part. In such case the German agency shall assess and pay compensation only in the full light of such information and evidence and in any case of doubt shall refer to the agency of the Forces before making any payment.

3. — Lorsqu'il s'agira de réclamations auxquelles s'appliquent les dispositions des alinéas (c) et (d) du paragraphe 2 de l'Article 8 de la Convention Financière, l'organisme des Forces fournira notamment, dans les vingt et un jours suivant la réception de la notification visée à l'alinéa 1 du présent paragraphe, tous renseignements ou toutes preuves en sa possession qui pourraient motiver le rejet de la réclamation, en tout ou partie. Dans ce cas, l'organisme allemand ne devra évaluer et payer les indemnités qu'après avoir pleinement tenu compte de ces renseignements et preuves et, dans tous les cas litigieux, devra en référer à l'organisme des Forces avant de procéder à un paiement.

§ 3

(1) Wird ein Entschädigungsanspruch darauf gestützt, daß ein Verlust oder Schaden durch eine Handlung oder Unterlassung eines Mitglieds oder eines Bediensteten der Streitkräfte oder einer Person, die bei den Streitkräften gemäß Artikel 44 oder 45 des Truppenvertrags beschäftigt ist, bei der Erfüllung ihrer dienstlichen Verpflichtungen oder durch eine Tätigkeit der Streitkräfte verursacht worden sei, so erteilt die zuständige Dienststelle der Streitkräfte eine Bescheinigung darüber, ob die Handlung oder Unterlassung bei der Erfüllung dienstlicher Verpflichtungen der betreffenden Personen begangen worden ist oder ob eine Tätigkeit der Streitkräfte vorliegt.

(2) Die deutsche Behörde wird eine Entschädigung nur dann festsetzen und eine Auszahlung von Entschädigungsbeträgen nur dann vornehmen, wenn von der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte eine Bescheinigung darüber erteilt worden ist, daß die für den Verlust oder Schaden ursächliche Handlung oder Unterlassung bei der Erfüllung dienstlicher Verpflichtungen begangen worden ist oder daß der Verlust oder Schaden durch eine Tätigkeit der Streitkräfte verursacht worden ist.

(3) Ergeben sich im Laufe der weiteren Ermittlungen Umstände, die zu einer von dem Inhalt der erteilten Bescheinigung abweichenden Beurteilung der Frage, ob eine Handlung oder Unterlassung bei der Erfüllung dienstlicher Verpflichtungen begangen worden ist oder ob eine Tätigkeit der Streitkräfte vorliegt, führen können, so wird die zuständige Dienststelle der Streitkräfte auf Ersuchen der zuständigen deutschen Behörde unter Berücksichtigung der Vorstellungen der deutschen Behörde die Bescheinigung überprüfen.

Section 3

1. Where a claim to compensation is based on an allegation of loss or damage caused by an act or omission in the performance of his official duties of a member or employee of the Forces or of a person working for the Forces pursuant to Article 44 or 45 of the Forces Convention or is alleged to arise from an activity of the Forces, the appropriate agency of the Forces will certify whether or not such act or omission occurred in the performance of the official duties of the person concerned or an activity of the Forces was involved as the case may be.

2. The German agency shall not assess or pay any compensation unless the appropriate agency of the Forces has issued a certificate that the act or omission causing the loss or damage occurred in the performance of official duties or that the loss or damage was caused by an activity of the Forces.

3. If during investigations of a claim circumstances appear which would lead to an inference different from that contained in the certificate on the question whether an act or omission occurred in the performance of official duties or an activity of the Forces is concerned, the appropriate agency of the Forces will on the request of the appropriate German agency review its certificate taking into account the representations made by the German agency.

— 3 —

1. — Lorsqu'une demande d'indemnisation est fondée sur une perte ou un dommage présumé causé par un acte ou une omission intervenu dans l'exercice des fonctions officielles d'un membre ou d'un employé des Forces ou d'une personne travaillant pour les Forces, aux termes des Articles 44 ou 45 de la Convention sur les Forces, ou est présumée résulter d'une activité des Forces, l'organisme compétent des Forces certifiera si cet acte ou cette omission est intervenu ou non au cours de l'exécution de fonctions officielles de l'intéressé ou en raison d'une activité des Forces, selon le cas.

2. — L'organisme allemand n'évaluera et ne paiera aucune indemnité, à moins que l'organisme compétent des Forces ait émis un certificat attestant que l'acte ou l'omission ayant causé la perte ou le dommage est intervenu dans l'exercice de fonctions officielles ou que la perte ou le dommage a été causé en raison d'une activité des Forces.

3. — Si l'instruction d'une demande d'indemnisation conduit à des conclusions différentes de celles qui se dégagent du certificat en ce qui concerne la question de savoir si un acte ou une omission est intervenu dans l'exercice de fonctions officielles ou si une activité des Forces est en cause, l'organisme compétent des Forces, à la demande de l'organisme compétent allemand, examinera à nouveau ce certificat en tenant compte des représentations formulées par l'organisme allemand.

§ 4

Erhebt der Entschädigungsberechtigte wegen seines Anspruchs gemäß Absatz (10) des Artikels 8 des Finanzvertrags vor einem ordentlichen deutschen Ge-

Section 4

If a claimant brings an action in the ordinary German court against the Federal Republic pursuant to paragraph 10 of Article 8 of the Finance

— 4 —

Si un demandeur intente une action devant un tribunal allemand de droit commun contre la République Fédérale conformément aux dispositions du

richt Klage gegen die Bundesrepublik, so wird die deutsche Behörde der zuständigen Stelle der Streitkräfte eine Abschrift der Klageschrift übersenden. Sollte die deutsche Behörde mit Rücksicht auf die Klage eine Ergänzung der zur Rechtsverteidigung zu verwendenden Unterlagen und Beweismittel durch die Dienststelle der Streitkräfte für notwendig halten, wird sie die Dienststelle der Streitkräfte sobald als möglich davon in Kenntnis setzen.

Convention, the German agency will forward to the appropriate agency of the Forces a copy of the plaint. Should the German agency deem it necessary in the light of the plaint to obtain from the agency of the Forces supplementary documents or evidence to be used in the defence of the action, it will so inform the agency of the Forces as early as possible.

paragraphe 10 de l'Article 8 de la Convention Financière, l'organisme allemand transmettra à l'organisme compétent des Forces une copie de la plainte. Si l'organisme allemand estime nécessaire, en raison de la plainte, d'obtenir de l'organisme des Forces des documents ou des preuves supplémentaires pour servir à la défense, il en informera l'organisme des Forces le plus tôt possible.

§ 5

Sollte das in einem gemäß Absatz (10) des Artikels 8 des Finanzvertrags angestrengten Prozeß ergangene rechtskräftige Urteil eines Gerichtes von der gemäß Paragraph 1 dieses Anhangs getroffenen Entscheidung der deutschen Behörde abweichen, so ist die Entscheidung so abzuändern, daß sie mit dem Urteil übereinstimmt; dies gilt ohne Rücksicht darauf, ob die Behörden der Streitkräfte ihr Recht zur Teilnahme an dem Prozeß gegen die Bundesrepublik gemäß Absatz (12) des Artikels 8 des Finanzvertrags wahrgenommen haben oder nicht.

Section 5

Should the legally enforceable judgment of a Court in an action brought under paragraph 10 of Article 8 of the Finance Convention differ from the decision of the German agency taken under Section 1 of this Annex, the decision shall be modified so as to make it accord with the judgment; this shall apply whether or not the authorities of the Forces exercised their right to participate in the action against the Federal Republic under paragraph 12 of Article 8 of the Finance Convention.

— 5 —

Si le jugement exécutoire d'un tribunal, dans une action intentée en vertu du paragraphe 10 de l'Article 8 de la Convention Financière, diffère de la décision de l'organisme allemand prise en vertu du paragraphe 1 de la présente Annexe, cette décision sera modifiée de façon à la rendre conforme au jugement. Ces dispositions sont applicables, que les autorités des Forces aient ou non exercé leur droit de participer à l'instance intentée contre la République Fédérale en vertu des dispositions du paragraphe 12 de l'Article 8 de la Convention Financière.

§ 6

Damit derjenige Teil der von den deutschen Behörden oder Gerichten zugesprochenen Entschädigung, der gemäß Paragraph 7 dieses Anhangs zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte der beteiligten Macht gehen soll, in dieser Weise gebucht werden kann, wird die deutsche Behörde bis zum 15. eines jeden Monats der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte eine Liste über die im Laufe des vorhergehenden Monats ausgezahlten Entschädigungsbeträge übersenden.

Section 6

To enable that part of the compensation awarded by the German agencies or Courts which under Section 7 of this Annex is to be charged to the funds for the support of the Forces of the Power concerned to be so charged, the German agency shall by the fifteenth day of each month furnish to the appropriate agency of the Forces a list showing the amounts of compensation paid during the previous month.

— 6 —

Pour permettre que la partie de l'indemnité allouée par les organismes et les tribunaux allemands soit, en vertu des dispositions du paragraphe 7 de la présente Annexe, imputée sur les fonds destinés à l'entretien des Forces de la Puissance intéressée, l'organisme allemand devra, le 15 de chaque mois, fournir à l'organisme compétent des Forces une liste énumérant le montant des indemnités payées au cours du mois précédent.

§ 7

Es wird gemäß Absatz (14) des Artikels 8 des Finanzvertrags vereinbart, daß 75 vom Hundert des von den zuständigen deutschen Behörden oder von dem deutschen Gericht zuerkannten Entschädigungsbetrages zu Lasten der im Rahmen des Finanzvertrags für den Unterhalt der Streitkräfte zur Verfügung gestellten Mittel geht. Die übrigen 25 vom Hundert des Entschädigungsbetrages werden von der Bundesrepublik getragen.

Section 7

It is agreed, as provided for in paragraph 14 of Article 8 of the Finance Convention, that 75 per cent. of the compensation awarded by the appropriate German agencies or by the ordinary German courts shall be charged to the funds for the support of the Forces made available under the Finance Convention. The remaining 25 per cent. of the compensation shall be borne by the Federal Republic.

— 7 —

Il est convenu, conformément au paragraphe 14 de l'Article 8 de la Convention Financière, que 75% de l'indemnité allouée par les organismes compétents allemands ou par les tribunaux allemands de droit commun seront imputés sur les fonds destinés à l'entretien des Forces rendus disponibles en vertu de la Convention Financière Le solde de 25% de l'indemnité sera supporté par la République Fédérale.

§ 8

Die Bestimmungen dieses Anhangs finden keine Anwendung in den Fällen des Absatzes (16) des Artikels 8 des Finanzvertrags.

Section 8

The provisions of this Annex shall not affect the provisions of paragraph 16 of Article 8 of the Finance Convention.

— 8 —

Les dispositions de la présente Annexe n'affectent pas les dispositions du paragraphe 16 de l'Article 8 de la Convention Financière.

ANHANG B
zum Finanzvertrag

Soweit die Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika betroffen sind, wird Artikel 8 des Finanzvertrags nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ausgeführt:

§ 1

Mit Bezug auf diese Streitkräfte wird die Wahrnehmung der in Absatz (9) des Artikels 8 des Finanzvertrags vorgesehenen Aufgaben der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte auf die Bundesrepublik übertragen.

§ 2

(1) Ist bei der zuständigen deutschen Behörde ein Entschädigungsantrag eingegangen, so teilt diese umgehend der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte den Antrag nebst den Einzelheiten mit, welche diese Dienststelle benötigt.

(2) Nach Eingang dieser Einzelheiten übermittelt die zuständige Dienststelle der Streitkräfte der zuständigen deutschen Behörde sobald wie möglich die im Rahmen ihrer Zuständigkeit verfügbaren, für die Bearbeitung des Schadensfalles erforderlichen einschlägigen Informationen und Beweismittel, soweit dies nach den Vorschriften der Vereinigten Staaten zulässig ist. Die deutsche Behörde wird nur nach vollständiger Würdigung dieser Beweismittel Entschädigungsbeträge für den Schadensfall festsetzen und auszahlen.

§ 3

(1) Die zuständige Dienststelle der Streitkräfte wird in die der zuständigen deutschen Behörde nach § 2 Absatz (2) dieses Anhangs zu übersendenden Informationen und Beweismittel eine Erklärung darüber aufnehmen, ob eine Handlung oder Unterlassung der Streitkräfte im Sinne des Artikels 8 Absatz (2) des Finanzvertrags vorliegt.

(2) Die deutsche Behörde wird eine Entschädigung nur dann festsetzen und eine Auszahlung von Entschädigungsbeträgen nur dann vornehmen, wenn die zuständige Dienststelle der Streitkräfte die Erklärung abgegeben hat, daß eine Handlung oder Unterlassung der Streitkräfte im Sinne des Artikels 8 Absatz (2) des Finanzvertrags vorliegt.

(3) Ergeben sich im Laufe der weiteren Ermittlungen Umstände, die zu einer von dem Inhalt der abgegebenen Erklärung abweichenden Beurteilung führen können, so wird die zuständige Dienststelle auf Ersuchen der zuständigen deutschen Behörde unter Berücksichtigung der Vorstellungen der deutschen Behörde die Erklärung überprüfen.

ANNEX B
to the Finance Convention

In the case of the Forces of the United States of America, the provisions of Article 8 of the Finance Convention shall be implemented in accordance with the following provisions:

Section 1

The functions of the appropriate agency of the Forces set out in paragraph 9 of Article 8 of the Finance Convention shall in respect of these Forces be delegated to the Federal Republic.

Section 2

1. The appropriate German agency shall promptly inform the appropriate agency of the Forces of any claim lodged with it and shall append such particulars as the latter agency may require.

2. After receipt of these particulars, the appropriate agency of the Forces shall forward as soon as possible to the appropriate German agency such relevant information and evidence obtainable from its own sources as is necessary for dealing with the claim insofar as the making available of such evidence is permissible under the regulations of the United States. The German agency shall assess and pay any compensation upon the claim only in the full light of this evidence.

Section 3

1. The appropriate agency of the Forces shall include in the information and evidence forwarded to the appropriate German agency under paragraph 2 of Section 2 of this Annex a statement as to whether or not acts or omissions of the Forces as defined in paragraph 2 of Article 8 of the Finance Convention are involved.

2. The German agency shall not assess or pay any compensation unless the appropriate agency of the Forces has issued a statement that acts or omissions of the Forces as defined in paragraph 2 of Article 8 of the Finance Convention are involved.

3. If during investigations of a claim circumstances appear which would lead to an inference different from that contained in the statement, the appropriate agency of the Forces shall, on the request of the appropriate German agency, review its statement taking into account the representations made by the German agency.

ANNEXE B
á la Convention Financière

En ce qui concerne les Forces des Etats-Unis d'Amérique, les dispositions de l'Article 8 de la Convention Financière s'appliqueront selon les modalités suivantes:

Section 1

Les attributions de l'organisme compétent des Forces visées au paragraphe 9 de l'Article 8 de la Convention Financière seront, en ce qui concerne ces Forces, déléguées à la République Fédérale.

Section 2

1. — L'organisme compétent allemand avisera immédiatement l'organisme compétent des Forces de toutes réclamations qui lui seront présentées et fournira tous renseignements que ce dernier organisme pourrait demander.

2. — A la réception de ces renseignements, l'organisme compétent des Forces transmettra aussitôt que possible à l'organisme compétent allemand tous renseignements utiles et toutes preuves provenant de ses propres sources et qui sont nécessaires pour traiter de la réclamation, dans la mesure où la production de ces preuves est autorisée en vertu des règlements des Etats-Unis. L'organisme allemand ne devra évaluer et payer une indemnité au titre de la réclamation qu'à la lumière de ces preuves.

Section 3

1. — L'organisme compétent des Forces devra joindre aux renseignements et preuves transmis à l'organisme allemand compétent, en vertu du paragraphe 2 de la Section 2 de la présente Annexe, une déclaration indiquant s'il s'agit ou non d'actes ou omissions des Forces tels que définis au paragraphe 2 de l'Article 8 de la Convention Financière.

2. — L'organisme allemand n'évaluera et ne paiera aucune indemnité, à moins que l'organisme compétent des Forces n'ait émis une déclaration attestant qu'il s'agit d'actes ou d'omissions des Forces tels que définis au paragraphe 2 de l'Article 8 de la Convention Financière.

3. — Si l'instruction d'une demande d'indemnisation conduit à des conclusions différentes de celles qui se dégagent de la déclaration, l'organisme compétent des Forces, à la demande de l'organisme compétent allemand, examinera à nouveau cette déclaration en tenant compte des représentations formulées par l'organisme allemand.

§ 4

Erhebt der Entschädigungsberechtigte wegen seines Anspruchs gemäß Absatz (10) des Artikels 8 des Finanzvertrags vor einem ordentlichen deutschen Gericht Klage gegen die Bundesrepublik, so wird die deutsche Behörde der zuständigen Stelle der Streitkräfte eine Abschrift der Klageschrift übersenden. Sollte die deutsche Behörde mit Rücksicht auf die Klage es für notwendig halten, von der Dienststelle der Streitkräfte ergänzende Unterlagen und Beweismittel aus deren Zuständigkeitsbereich zwecks Verwendung für die Rechtsverteidigung zu beschaffen, wird die deutsche Behörde die Dienststelle der Streitkräfte sobald wie möglich davon in Kenntnis setzen.

Section 4

If a claimant bings an action in the ordinary German court against the Federal Republic pursuant to paragraph 10 of Article 8 of the Finance Convention, the German agency shall forward to the appropriate agency of the Forces a copy of the complaint. Should the German agency deem it necessary in the light of the complaint to obtain from the agency of the Forces supplementary documents or evidence from its own sources for use in connection with the defence of the action, the German agency shall so inform the agency of the Forces as soon as possible.

Section 4

Si un demandeur intente une action devant un tribunal allemand de droit commun contre la République Fédérale, conformément aux dispositions du paragraphe 10 de l'Article 8 de la Convention Financière, l'organisme allemand transmettra à l'organisme compétent des Forces une copie de la plainte. Si l'organisme allemand estime nécessaire, en raison de la plainte, d'obtenir de l'organisme des Forces des documents ou des preuves supplémentaires provenant de ses propres sources et destinés à servir à la défense, l'organisme allemand en informera l'organisme des Forces le plus tôt possible.

§ 5

Sollte das in einem gemäß Absatz (10) des Artikels 8 des Finanzvertrags angestrengten Prozeß ergangene rechtskräftige Urteil eines Gerichtes von der gemäß Paragraph 1 dieses Anhangs getroffenen Entscheidung der deutschen Behörde abweichen, so ist die Entscheidung so abzuändern, daß sie mit dem Urteil übereinstimmt; dies gilt ohne Rücksicht darauf, ob die Behörden der Streitkräfte ihr Recht zur Teilnahme an dem Prozeß gegen die Bundesrepublik gemäß Absatz (12) des Artikels 8 des Finanzvertrags wahrgenommen haben oder nicht.

Section 5

Should the legally enforceable judgment of a Court in an action brought under paragraph 10 of Article 8 of the Finance Convention differ from the decision of the German agency taken under Section 1 of this Annex, the decision shall be modified so as to make it accord with the judgment; this shall apply whether or not the authorities of the Forces exercised their right to participate in the action against the Federal Republic under paragraph 12 of Article 8 of the Finance Convention.

Section 5

Si le jugement exécutoire d'un tribunal, dans une action intentée en vertu du paragraphe 10 de l'Article 8 de la Convention Financière, diffère de la décision de l'organisme allemand prise en vertu de la Section 1 de la présente Annexe, cette décision sera modifiée de façon à la rendre conforme au jugement. Ces dispositions sont applicables, que les autorités des Forces aient ou non exercé leur droit de participer à l'instance intentée contre la République Fédérale en vertu des dispositions du paragraphe 12 de l'Article 8 de la Convention Financière.

§ 6

Damit derjenige Teil der von den deutschen Behörden oder Gerichten zugesprochenen Entschädigung, der gemäß Paragraph 7 dieses Anhangs zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte der Vereinigten Staaten gehen soll, in dieser Weise gebucht werden kann, wird die deutsche Behörde bis zum 15. eines jeden Monats der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte eine Liste über die im Laufe des vorhergehenden Monats ausgezahlten Entschädigungsbeträge übersenden.

Section 6

To enable that part of the compensation awarded by the German agencies or Courts which under Section 7 of this Annex is to be charged to the funds for the support of the Forces of the United States to be so charged, the German agency shall by the fifteenth day of each month furnish to the appropriate agency of the Forces a list showing the amounts of compensation paid during the previous month.

Section 6

Pour permettre que la partie de l'indemnité allouée par les organismes et les tribunaux allemands soit, en vertu des dispositions de la Section 7 de la présente Annexe, imputée sur les fonds destinés à l'entretien des Forces des Etats-Unis, l'organisme allemand devra, le 15 de chaque mois, fournir à l'organisme compétent des Forces une liste énumérant le montant des indemnités payées au cours du mois précédent.

§ 7

Es wird gemäß Absatz (14) des Artikels 8 des Finanzvertrags vereinbart, daß 75 v. H. des von den zuständigen deutschen Behörden oder von dem deutschen Gericht zuerkannten Entschädigungsbetrags zu Lasten der im Rahmen des Finanzvertrags für den Unterhalt der Streitkräfte zur Verfügung gestellten Mittel gehen. Die übrigen 25 v. H. des Entschädigungsbetrags werden von der Bundesrepublik getragen.

Section 7

It is agreed, as provided for in paragraph 14 of Article 8 of the Finance Convention, that 75 per cent. of the compensation awarded by the appropriate German agencies or by the ordinary German courts shall be charged to the funds for the support of the Forces made available under the Finance Convention. The remaining 25 per cent. of the compensation shall be borne by the Federal Republic.

Section 7

Il est convenu, conformément au paragraphe 14 de l'Article 8 de la Convention Financière, que 75 % de l'indemnité allouée par les organismes compétents allemands ou par les tribunaux allemands de droit commun seront imputés sur les fonds destinés à l'entretien des Forces et rendus disponibles en vertu de la Convention Financière. Le solde de 25 % de l'indemnité sera supporté par la République Fédérale.

§ 8

Die Bestimmungen dieses Anhangs finden keine Anwendung in den Fällen des Absatzes (16) des Artikels 8 des Finanzvertrags.

Section 8

The provisions of this Annex shall not affect the provisions of paragraph 16 of Article 8 of the Finance Convention.

Section 8

Les dispositions de la présente Annexe n'affectent pas les dispositions du paragraphe 16 de l'Article 8 de la Convention Financière.

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen

(in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung)

Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation

(as amended by Schedule IV to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954)

Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation

(texte amendé conformément à l'Annexe IV du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 Octobre 1954)

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

sind wie folgt übereingekommen:

THE UNITED STATES OF AMERICA,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND,

THE FRENCH REPUBLIC

and

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

Agree as follows:

LA REPUBLIQUE FRANCAISE,

LES ETATS-UNIS D'AMERIQUE,

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRELAND DU NORD

et

LA REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE

conviennent des dispositions suivantes:

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Die Organe der Bundesrepublik und der Länder sind gemäß ihrer im Grundgesetz festgelegten Zuständigkeit befugt, von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern, sofern im Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder in den in dessen Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträgen nichts anderes bestimmt ist. Bis zu einer solchen Aufhebung oder Änderung bleiben von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften in Kraft. Vom Kontrollrat erlassene Rechtsvorschriften dürfen weder aufgehoben noch geändert werden. Rechtsvorschriften, durch welche die vorläufigen Grenzen der Bundesrepublik festgelegt worden sind, oder die nach anderen Bestimmungen des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der Zusatzverträge in Kraft bleiben, dürfen nur mit Zustimmung der Drei Mächte geändert oder aufgehoben werden.

(2) Die Drei Mächte übertragen hiermit auf die Bundesrepublik das Recht, nach jeweiliger Konsultation mit den Drei Mächten die Rechtsvorschriften des Kontrollrats innerhalb des Bundesgebietes außer Wirksamkeit zu setzen, die nicht nach anderen Bestimmungen des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei

CHAPTER ONE

General Provisions

Article 1

1. The Federal and Land authorities shall have the power, in accordance with their respective competences under the Basic Law of the Federal Republic, to repeal or amend legislation enacted by the Occupation Authorities, except as otherwise provided in the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany or any of the related Conventions listed in Article 8 thereof. Until such repeal or amendment, legislation enacted by the Occupation Authorities shall remain in force. Legislation enacted by the Control Council shall not be subject to repeal or amendment. Legislation by which the provisional boundaries of the Federal Republic have been established, or which is required to be maintained in force by other provisions of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany or any of the related Conventions, may only be amended or repealed with the consent of the Three Powers.

2. The Three Powers hereby delegate to the Federal Republic the right to deprive of effect within its territory, after consultation in each case with the Three Powers, all such legislation of the Control Council as is not required to be maintained in force by other provisions of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Ger-

CHAPITRE PREMIER

Dispositions générales

Article 1

1. — Les autorités fédérales et les autorités de Land ont le pouvoir, conformément à leur compétence respective en vertu de la Loi Fondamentale de la République Fédérale, d'abroger ou d'amender la législation édictée par les Autorités d'Occupation, sauf dispositions contraires de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées énumérées à l'Article 8 de ladite Convention. Jusqu'à ce qu'intervienne une telle abrogation ou un tel amendement, la législation édictée par les Autorités d'Occupation demeure en vigueur. La législation édictée par le Conseil de Contrôle ne peut faire l'objet d'abrogation ni d'amendement. La législation par laquelle les limites territoriales provisoires de la République Fédérale ont été établies, ou celle dont le maintien en vigueur est exigé par toute autre disposition de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées, ne pourra être amendée ou abrogée qu'avec le consentement des Trois Puissances.

2. — Les Trois Puissances délèguent à la République Fédérale le droit de priver d'effet sur son territoire, après avoir consulté les Trois Puissances dans chaque cas particulier, toute la législation du Conseil de Contrôle dont le maintien en vigueur n'est pas exigé par toute autre disposition de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République

Mächten oder der Zusatzverträge oder auf Verlangen der Drei Mächte in Ausübung ihrer Rechte hinsichtlich Berlins und Deutschlands als Ganzem, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer Friedensregelung, auf die im Vertrage über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten Bezug genommen ist, in Kraft bleiben, und die in einer Mitteilung im Namen der Regierungen der Drei Mächte an den Bundeskanzler vom Tage der Unterzeichnung dieses Vertrags aufgeführt sind.

(3) Der in diesem Vertrag verwendete Ausdruck „Rechtsvorschriften" umfaßt Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen (mit Ausnahme gerichtlicher Entscheidungen), Direktiven, Durchführungsbestimmungen, Anordnungen, Genehmigungen oder sonstige Vorschriften ähnlicher Art, die amtlich veröffentlicht worden sind. Die Bezugnahme auf eine einzelne Rechtsvorschrift schließt alle und jeden ihrer Teile, einschließlich der Präambel, ein, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

(4) Die amtlichen Texte der in diesem Artikel erwähnten Rechtsvorschriften sind diejenigen Texte, die zur Zeit des Erlasses maßgebend waren.

(5) Der Ausdruck „Besatzungsbehörden", wie er in diesem Teil verwendet wird, bedeutet den Kontrollrat, die Alliierte Hohe Kommission, die Hohen Kommissare der Drei Mächte, die Militärgouverneure der Drei Mächte, die Streitkräfte der Drei Mächte in Deutschland, sowie Organisationen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausüben oder — im Falle von internationalen Organisationen und Organisationen anderer Mächte (und der Mitglieder solcher Organisationen) — mit deren Ermächtigung handeln, schließlich die bei den Streitkräften der Drei Mächte dienenden Hilfsverbände anderer Mächte.

many or any of the related Conventions or as shall not have been required to be maintained in force by the Three Powers in the exercise of their rights relating to Berlin and to Germany as a whole, including unification of Germany and a peace settlement, referred to in the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, as listed in a communication on behalf of the Governments of the Three Powers to the Federal Chancellor bearing the date of the signature of the present Convention.

3. The term "legislation" as used in the present Convention includes proclamations, laws, ordinances, decisions (other than Court decisions), directives, regulations, orders, licenses or any other similar enactments which have been officially published. Reference to any specific legislation shall include each and every part thereof, including the preamble, unless otherwise expressly provided.

4. The official text or texts of legislation referred to in this Article shall be the text or texts which was or were official at the time of enactment.

5. The term "Occupation Authorities" as used in this Chapter means the Control Council, the Allied High Commission, the High Commissioners of the Three Powers, the Military Governors of the Three Powers, the Armed Forces of the Three Powers in Germany, and organizations and persons exercising power on their behalf or, in the case of international organizations and organizations representing other Powers (and the members of such organizations), acting with their authorization, and auxiliary contingents of other Powers serving with the Armed Forces of the Three Powers.

Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées, ou dont le maintien en vigueur n'a pas été exigé par les Trois Puissances dans l'exercice de leurs droits en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble, y compris l'unification de l'Allemagne et un règlement de paix, visés dans la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, et qui est énumérée dans une communication adressée au Chancelier Fédéral, au nom des Gouvernements des Trois Puissances, et portant la date de la signature de la présente Convention.

3. — Le terme « législation » utilisé dans la présente Convention comprend les proclamations, les lois, les ordonnances, les décisions (autres que les décisions judiciaires), les directives, les règlements, les arrêtés et ordres, les licences ou tout autre texte analogue, qui ont été officiellement publiés. Sauf dispositions contraires, toute référence à une législation particulière comprendra l'ensemble du texte de cette législation, y compris le préambule.

4. — Le ou les textes officiels de la législation visée au présent Article seront celui ou ceux qui étaient officiels au moment où cette législation a été édictée.

5. — L'expression « Autorités d'Occupation », utilisée dans le présent Chapitre, désigne le Conseil de Contrôle, la Haute Commission Alliée, les Hauts Commissaires des Trois Puissances, les Gouverneurs Militaires des Trois Puissances, les Forces Armées des Trois Puissances en Allemagne, ainsi que les organisations et personnes exerçant le pouvoir en leur nom ou, dans le cas d'organisations internationales et d'organisations représentant d'autres Puissances (et de membres de ces organisations), agissant avec leur autorisation, ainsi que les contingents auxiliaires d'autres Puissances servant avec les Forces Armées des Trois Puissances.

Artikel 2

(1) Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach innerstaatlichem deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

(2) Alle Rechte und Verpflichtungen, die aus den Verträgen und internationalen Abkommen herrühren, die

Article 2

1. All rights and obligations created or established by or under legislative, administrative or judical action of the Occupation Authorities are and shall remain valid for all purposes under German law whether or not their creation or establishment was in conformity with other legislation. Such rights and obligations shall be subject without dicrimination to the same future legislative, judical and administrative measures as similar rights and obligations created or established by or under German municipal law.

2. All rights and obligations arising under the treaties and the international agreements listed in the enclosure

Article 2

1. — Tous les droits et obligations créés ou institués par des mesures législatives, judiciaires ou administratives prises par les Autorités d'Occupation, ou en vertu de telles mesures, sont et demeureront valables à tous égards en droit allemand, qu'ils aient été ou non créés ou institués conformément à d'autres textes législatifs. Ces droits et obligations seront soumis, sans discrimination, aux mêmes mesures d'ordre législatif, judiciaire et administratif qui seront prises à l'avenir, que les droits et obligations similaires créés ou institués par le droit interne allemand ou en vertu de ce droit.

2. — Tous les droits et obligations résultant des traités et des accords internationaux énumérés dans la liste

von den Besatzungsbehörden oder von einer oder mehreren der Regierungen der Drei Mächte vor Inkrafttreten dieses Vertrags für eine oder mehrere der drei westlichen Besatzungszonen abgeschlossen wurden und die in der Anlage zu der Mitteilung der Alliierten Hohen Kommissare im Namen der Regierungen der Drei Mächte an den Bundeskanzler vom Tage der Unterzeichnung dieses Vertrags aufgeführt sind, sind und bleiben in Kraft, als ob sie aus gültigen, von der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträgen und internationalen Abkommen herrührten.

with the communication of the Allied High Commissioners on behalf of the Governments of the Three Powers to the Federal Chancellor bearing the date of the signature of the present Convention and concluded on behalf of one or more of the three Western Zones of Occupation by the Occupation Authorities or by any one or more of the Governments of the Three Powers before the entry into force of the present Convention are and shall remain valid as though they had arisen under effective treaties and international agreements concluded by the Federal Republic

jointe à la communication adressée au Chancelier Fédéral par les Hauts Commissaires au nom des Gouvernements des Trois Puissances et portant la date de la signature de la présente Convention, et conclus pour le compte de l'une ou de plusieurs des trois Zones occidentales d'occupation par les Autorités d'Occupation ou l'un ou plusieurs des Gouvernements des Trois Puissances avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, sont et demeureront valables comme s'ils résultaient de traités et d'accords internationaux valablement conclus par la République Fédérale.

Artikel 3

(1) Niemand darf allein deswegen unter Anklage gestellt oder durch Maßnahmen deutscher Gerichte oder Behörden in seinen Bürgerrechten oder seiner wirtschaftlichen Stellung nur deswegen beeinträchtigt werden, weil er vor Inkrafttreten dieses Vertrags mit der Sache der Drei Mächte sympathisiert, sie oder ihre Politik oder Interessen unterstützt oder den Streitkräften, Behörden oder Dienststellen einer oder mehrerer der Drei Mächte oder einem Beauftragten einer dieser Mächte Nachrichten geliefert oder Dienste geleistet hat. Das gleiche gilt zugunsten von Personen, die den Verbündeten der Drei Mächte bei ihren gemeinsamen Bestrebungen vor Inkrafttreten dieses Vertrags Sympathien bezeigt, Unterstützung gewährt, Nachrichten geliefert oder Dienste geleistet haben. Die deutschen Behörden haben alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um sicherzustellen, daß der Zweck dieses Absatzes erreicht wird.

Article 3

1. No person shall be prosecuted or prejudiced in his civil rights or economic position by the action of German courts or authorities solely on the ground that he has, prior to the entry into force of the present Convention, sympathized with or aided the cause of the Three Powers, or their policies or interests, or furnished information or services to the forces, authorities, or agencies of any one or more of the Three Powers, or to any person acting under the authority of any of them. The same shall apply in favour of persons who, prior to the entry into force of the present Convention, have shown sympathy to, or aided or furnished with information or services, the Allies of the Three Powers in their common cause. The German authorities shall apply all means at their disposal to ensure that the objectives of this paragraph are attained.

Article 3

1. — Aucune personne ne sera poursuivie ou ne sera lésée dans ses droits civiques ou sa situation économique par l'action de tribunaux allemands ou d'autorités allemandes, du seul fait que, avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, elle a manifesté des sentiments de sympathie pour la cause, la politique ou les intérêts des Trois Puissances, ou leur a apporté son aide, ou a fourni des renseignements ou rendu des services aux Forces, aux Autorités, ou à tout organisme de l'une ou de plusieurs des Trois Puissances ou à toute personne agissant sous l'autorité de l'une de ces Puissances. Les mêmes dispositions s'appliqueront en faveur des personnes qui, avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, auront manifesté des sentiments de sympathie envers les alliés des Trois Puissances dans leur cause commune, ou leur auront apporté leur aide, ou leur auront fourni des renseignements ou rendu des services dans cette même cause. Les autorités allemandes emploieront tous les moyens dont elles disposent pour assurer la réalisation des objectifs visés au présent paragraphe

(2) Soweit nicht in Absatz (3) dieses Artikels oder durch besondere Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte oder der betreffenden Macht etwas anderes bestimmt ist, sind deutsche Gerichte und Behörden nicht zuständig in strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, die sich auf eine vor Inkrafttreten dieses Vertrags begangene Handlung oder Unterlassung beziehen, wenn unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrags die deutschen Gerichte und Behörden hinsichtlich solcher Handlungen oder Unterlassungen nicht zuständig waren, ohne Rücksicht darauf, ob sich diese Unzuständigkeit aus der Sache oder aus der Person ergibt.

2. Except as provided in paragraph 3 of this Article, or by special agreement between the Governments of the Three Powers or the Power concerned and the Federal Government, German courts and authorities shall have no jurisdiction in any criminal or non-criminal proceedings relating to an act or omission which occurred before the date of entry into force of the present Convention, if immediately prior to such date German courts and authorities were without jurisdiction with respect to such act or omission whether *ratione materiae* or *ratione personae*.

2. — Exception faite des dispositions prévues au paragraphe 3 du présent Article ou dans un accord spécial conclu entre les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement de la Puissance intéressée et le Gouvernement Fédéral, les tribunaux allemands et les autorités allemandes ne seront pas compétents pour connaître d'instances, pénales ou non, relatives à un acte ou une omission intervenu avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention si, immédiatement avant cette date, les tribunaux allemands et les autorités allemandes n'avaient pas compétence à l'égard de cet acte ou de cette omission soit, *ratione materiae*, soit *ratione personae*.

(3) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (1) dieses Artikels und jeder anderen einschlägigen Bestimmung des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der in seinem Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträge dürfen deutsche Gerichte die ihnen nach deutschem Recht zustehende Gerichtsbarkeit ausüben:

3. Subject to the provisions of paragraph 1 of this Article and to any other relevant provision of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, or of the related Conventions, German courts may exercise such jurisdiction as they have under German law in respect of:

3. — Sous réserve des dispositions du paragraphe 1 du présent Article et de toutes autres dispositions applicables de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées, les tribunaux allemands pourront exercer la compétence qu'ils détiennent en vertu du droit allemand:

(a) in nichtstrafrechtlichen Verfahren, für die das Privatrecht maßgebend ist:

(i) gegen juristische Personen, wenn die Gerichtsbarkeit der deutschen Gerichte vorher allein deswegen ausgeschlossen war, weil diese juristischen Personen der Kontrolle der Besatzungsbehörden nach den Gesetzen Nr. 52 des SHAEF und der Militärregierung, betreffend Sperre und Kontrolle von Vermögen, nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 9, betreffend Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der I. G. Farbenindustrie, oder nach dem Gesetz Nr. 35 der Alliierten Hohen Kommission, betreffend Aufspaltung des Vermögens der I. G. Farbenindustrie A. G., unterworfen waren;

(ii) gegen natürliche Personen, es sei denn, daß solche Verfahren aus Pflichten oder Diensten für die Besatzungsbehörden entstehen oder Handlungen oder Unterlassungen im Zuge der Erfüllung solcher Pflichten oder der Leistung solcher Dienste betreffen oder aus Ansprüchen entstehen, auf die in Artikel 3 des Neunten Teils dieses Vertrags Bezug genommen wird. Für Unterhaltsklagen sind deutsche Gerichte jedoch nur zuständig, soweit Unterhalt für die Zeit nach Inkrafttreten dieses Vertrags verlangt wird;

(b) in Strafverfahren gegen natürliche Personen, es sei denn, daß die Untersuchung wegen der angeblichen Straftat von den Strafverfolgungsbehörden der betreffenden Macht oder Mächte endgültig abgeschlossen war oder diese Straftat in Erfüllung von Pflichten oder Leistung von Diensten für die Besatzungsbehörden begangen wurde.

Entsteht in einem strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, auf das in diesem Absatz Bezug genommen wird, die Frage, ob jemand in Erfüllung von Pflichten oder Leistung von Diensten für die Besatzungsbehörden gehandelt hat, oder ob die Strafverfolgungsbehörden der betreffenden Macht oder Mächte die Untersuchung wegen der angeblichen Straftat endgültig abgeschlossen haben, so wird das deutsche Gericht eine Bescheinigung des Botschafters oder in seiner Abwesenheit des Geschäftsträgers der betreffenden Macht als schlüssigen Beweis für diese Frage in dem in der Bescheinigung angegebenen Umfang anerkennen.

(a) non-criminal proceedings based on private law:

(i) against juristic persons, if the jurisdiction of German courts was previously excluded solely on the ground that such juristic persons were subject to the control of the Occupation Authorities under SHAEF and Military Government Laws No. 52 on Blocking and Control of Property, Control Council Law No. 9 Providing for the Seizure of Property Owned by I. G. Farbenindustrie and the Control thereof, or Allied High Commission Law No. 35 on Dispersion of Assets of I.G. Farbenindustrie A.G.;

(ii) against natural persons, unless such proceedings arise out of, or concern acts or omissions in the course of the performance of, duties or services for the Occupation Authorities, or unless they arise from claims referred to in Article 3 of Chapter Nine of the present Convention. Maintenance cases shall become subject to the jurisdiction of German courts, however, only to the extent to which maintenance is claimed in respect of a period commencing after the entry into force of the present Convention;

(b) criminal proceedings against natural persons, unless investigation of the alleged offence was finally completed by the prosecuting authorities of the Power or Powers concerned, or unless such offence has been committed in the performance of duties or services for the Occupation Authorities.

Whenever in any criminal or non-criminal proceedings referred to in this paragraph a question arises whether or not a person has acted in the performance of duties or services for the Occupation Authorities, or whether or not the prosecuting authorities of the Power or Powers concerned have finally completed the investigation of an alleged offence, the German court shall accept a certificate of the Ambassador, or in his absence the Chargé d'affaires, of the Power concerned as conclusive proof of such question, to the extent covered by such certificate.

(a) en matière non pénale, s'il s'agit d'instances de droit privé:

(i) contre des personnes morales, si la compétence des tribunaux allemands n'était pas reconnue auparavant du seul fait que ces personnes morales étaient sous le contrôle des Autorités d'Occupation en vertu des Lois N° 52 du SHAEF et des Gouvernements Militaires sur le blocage et le contrôle des biens, de la Loi N° 9 du Conseil de Contrôle relative à la saisie des biens appartenant à l'I.G. Farbenindustrie et au contrôle desdits biens, ou de la Loi N° 35 de la Haute Commission Alliée sur la dispersion des biens de l'I.G. Farbenindustrie A.G.;

(ii) contre des personnes physiques, à moins que ces instances ne soient nées de l'accomplissement de fonctions ou de services auprès des Autorités d'Occupation ou ne se rapportent à des actes ou omissions intervenus au cours de l'accomplissement de ces fonctions ou services ou résultent de réclamations visées à l'Article 3 du Chapitre Neuvième de la présente Convention. Toutefois, les instances en matière de pensions alimentaires ne relèveront de la compétence des tribunaux allemands ou des autorités allemandes que dans la mesure où la pension sera demandée pour la période postérieure à l'entrée en vigueur de la présente Convention;

(b) en matière pénale, contre des personnes physiques, à moins que les Autorités de la Puissance ou des Puissances intéressées chargées de la poursuite n'aient pas complètement terminé les enquêtes concernant l'infraction reprochée ou que cette infraction n'ait été commise dans l'accomplissement de fonctions ou de services auprès des Autorités d'Occupation.

Chaque fois que, dans une instance pénale ou non pénale visée au présent paragraphe, la question se pose de savoir si une personne a agi au cours de l'accomplissement de fonctions ou de services auprès des Autorités d'Occupation, ou si les Autorités de la Puissance ou des Puissances intéressées chargées des poursuites ont complètement terminé leurs enquêtes concernant l'infraction reprochée, le tribunal allemand doit accepter, comme preuve décisive en la matière, dans la mesure où il s'y rapporte, un certificat délivré par l'Ambassadeur ou, à défaut, par le chargé d'affaires de la Puissance intéressée.

Artikel 4

(1) Die Drei Mächte werden im Bundesgebiet keine Gerichte unterhalten, die nicht in diesem Vertrag ausdrücklich vorgesehen sind oder

Article 4

1. No tribunals shall be maintained by the Three Powers in the Federal territory except as specifically provided in the present Convention or

Article 4

1. — Les Trois Puissances ne maintiendront aucun tribunal sur le territoire fédéral, sauf dans les cas expressément prévus dans la présente

eine Gerichtsbarkeit entsprechend den Vorschriften des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder den Zusatzverträgen ausüben.

(2) Für die in Absatz (3) dieses Artikels erwähnte Übergangszeit üben das Amerikanische Gericht und das Amerikanische Berufungsgericht der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland, die durch das Gesetz Nr. 20 des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten eingesetzt sind, ferner die durch die Verordnung Nr. 68 der Militärregierung (zweite abgeänderte Fassung) und die Verordnungen Nr. 222 und 244 des britischen Hohen Kommissars eingesetzten Gerichte der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland in der britischen Zone sowie die unter die Verordnung Nr. 242 des französischen Hohen Kommissars fallenden Französischen Gerichte der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland weiterhin Gerichtsbarkeit auf Grund von Rechtsvorschriften der Alliierten Hohen Kommission und der Hohen Kommissare aus, soweit dies erforderlich ist

(a) zur Erledigung aller Angelegenheiten, die bei ihnen bei Inkrafttreten dieses Vertrags anhängig sind;

(b) zur Entscheidung von strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, außer Strafverfahren gegen Deutsche (im Sinne des deutschen Rechts), denen eine Handlung oder Unterlassung vor Inkrafttreten dieses Vertrags zugrunde liegt und die unmittelbar vor diesem Zeitpunkt nicht der Gerichtsbarkeit der deutschen Gerichte unterlagen, falls ein solches Verfahren innerhalb von neunzig Tagen nach Inkrafttreten dieses Vertrags eingeleitet wird;

sie wenden weiterhin das unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrags gültige einschlägige Recht an. Die Bundesrepublik verpflichtet sich, auf Verlangen einer der Drei Mächte Ermittlungen durch die zuständigen deutschen Behörden wegen angeblicher Verstöße von Deutschen (im Sinne des deutschen Rechts) gegen Rechtsvorschriften der Besatzungsbehörden vorzunehmen und Strafverfahren einzuleiten, falls nach dem Ergebnis der Ermittlungen solche Verfahren gerechtfertigt erscheinen.

(3) Die in Absatz (2) dieses Artikels erwähnte Gerichtsbarkeit endet für Berufungsgerichte zehn Monate nach Inkrafttreten dieses Vertrags und für andere Gerichte sechs Monate nach diesem Zeitpunkt, jedoch mit der Ausnahme, daß diese Gerichte Verfahren, die bei Ablauf dieser Fristen anhängig sind, beenden können, falls dies im Hinblick auf den Stand des Verfahrens und die Interessen der be-

except tribunals exercising jurisdiction as contemplated in the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany or any of the related Conventions.

2. For the transitional period referred to in paragraph 3 of this Article, the United States Court and Court of Appeals of the Allied High Commission for Germany, established by Law No. 20 of the United States High Commissioner, the Courts of the Allied High Commission for Germany, British Zone, established by Military Government Ordinance No. 68 (amended 2) and Ordinances No. 222 and 244 of the United Kingdom High Commissioner, and the French Tribunals of the Allied High Commission for Germany, regulated by Ordinance No. 242 of the French High Commissioner, may continue to exercise jurisdiction under legislation of the Allied High Commission and of the High Commissioners to the extent necessary:

(a) to conclude any business before them on the entry into force of the present Convention;

(b) to make a decision in any criminal or non-criminal proceedings, other than criminal proceedings against a German national (within the meaning of German law), based on an act or omission which occurred before the date of entry into force of the present Convention and which was not immediately prior to that date subject to the jurisdiction of the German courts, if such proceedings are instituted within ninety days after the entry into force of the present Convention;

and shall continue to apply the applicable law in force immediately prior to the entry into force of the present Convention. The Federal Republic untertakes that at the request of any one of the Three Powers investigations will be made by the appropriate German authorities regarding alleged violations by German nationals (within the meaning of German law) of legislation of the Occupation Authorities, and that criminal proceedings will be instituted where the investigations show such proceedings to be warranted.

3. The jurisdiction referred to in paragraph 2 of this Article shall, however, terminate ten months after the date of entry into force of the present Convention in the case of appellate tribunals, and six months after that date in the case of other tribunals, except that such tribunals may complete proceedings pending on such termination dates where this appears advisable in view of the status of the

Convention et à l'exception des tribunaux exerçant une compétence conformément à la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou à l'une quelconque des Conventions rattachées.

2. — Au cours de la période transitoire visée au paragraphe 3 du présent Article, le Tribunal américain et la Cour d'Appel américaine de la Haute Commission Alliée en Allemagne, institués par la Loi No 20 du Haut Commissaire Américain, les Tribunaux de la Haute Commission Alliée en Allemagne, Zone britannique, institués par l'Ordonnance du Gouvernement Militaire britannique No 68 (2ème Amendement) et les Ordonnances Nos 222 et 244 du Haut Commissaire Britannique, et les Tribunaux français de la Haute Commission Alliée en Allemagne, régis par l'Ordonnance No 242 du Haut Commissaire Français, pourront continuer à exercer leur compétence en vertu de la législation de la Haute Commission Alliée et des Hauts Commissaires dans la mesure nécessaire pour:

(a) mener à son terme toute affaire en instance devant eux lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention:

(b) statuer sur toutes instances, pénales ou non, autres que des instances pénales dirigées contre un ressortissant allemand (au sens de la loi allemande), fondées sur un acte ou une omission intervenu avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et qui, immédiatement avant cette date, ne relevait pas de la compétence des tribunaux allemands, si ces instances ont été introduites dans un délai de quatre-vingt-dix jours après l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Ils continueront à appliquer le droit applicable en vigueur immédiatement avant l'entrée en vigueur de la présente Convention. La République Fédérale s'engage à ce que des enquêtes soient entreprises par les autorités allemandes compétentes, à la demande de l'une des Trois Puissances, à l'égard des infractions à la législation des Autorités d'Occupation qui sont présumées avoir été commises par des ressortissants allemands (au sens de la loi allemande), et à ce que des instances pénales soient introduites lorsque l'enquête prouve que l'introduction de telles instances est justifiée.

3. — Toutefois, la compétence visée au paragraphe 2 du présent Article prendra fin dix mois après la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, dans le cas des juridictions d'appel, et six mois après cette date, dans le cas des autres juridictions. Ces tribunaux peuvent cependant mener à leur terme les procédures encore en instance aux dates limites prévues, lorsque cela semble

teiligten Personen ratsam erscheint. Die in Absatz (2) dieses Artikels erwähnten Gerichte können, um alle unter ihre Zuständigkeit fallenden Angelegenheiten soweit wie möglich innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraumes zu beenden, jedes bei ihnen anhängige Verfahren an die zuständigen deutschen Gerichte verweisen, wenn der Stand des Verfahrens und die Interessen der beteiligten Personen es erlauben. Die Gerichte haben insbesondere die Möglichkeit einer solchen Verweisung in allen bei Inkrafttreten dieses Vertrags schwebenden Strafverfahren in Betracht zu ziehen, in denen ein Deutscher (im Sinne des deutschen Rechts) angeklagt ist. Das deutsche Gericht, an das diese Verweisung erfolgt, hat das in Absatz (2) dieses Artikels erwähnte einschlägige materielle Recht anzuwenden.

(4) Die in Absatz (2) dieses Artikels genannten Rechtsvorschriften bleiben so lange in Kraft, wie es zur Erreichung der Zwecke des Absatzes (2) erforderlich ist.

proceedings and of the interests of the persons concerned. With a view to completing all matters falling within their jurisdiction, insofar as possible, within the prescribed periods, the courts referred to in paragraph 2 of this Article may transfer any proceedings pending before them to competent German courts whenever the status of the proceedings and the interests of the persons concerned shall permit. In particular, the tribunals shall consider the possibility of such transfer in all criminal proceedings pending on the entry into force of the present Convention in which a German national (within the meaning of German law) is a defendant. The German court to which such transfer is made shall apply the applicable substantive law referred to in paragraph 2 of this Article.

4. The legislation referred to in paragraph 2 of this Article shall be maintained in force for such period as is necessary to effect the purposes of that paragraph.

souhaitable en raison de l'état de la procédure et dans l'intérêt des parties en cause. Afin que soient achevées, dans la mesure du possible, toutes les affaires de leur compétence dans les délais prescrits, les tribunaux visés au paragraphe 2 du présent Article peuvent transférer toute procédure en instance devant eux aux tribunaux allemands appropriés chaque fois que l'état de la procédure et les intérêts des parties en cause le permettront. En particulier, les tribunaux examineront la possibilité de transférer toutes les procédures pénales contre des ressortissants allemands (au sens de la loi allemande) encore en instance lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention. Les tribunaux allemands auxquels ces procédures seront transférées appliqueront les dispositions de fond du droit applicable visé au paragraphe 2 du présent Article.

4. — La législation visée au paragraphe 2 du présent Article sera maintenue en vigueur pendant la durée nécessaire à la réalisation des objectifs mentionnés dans ce paragraphe.

Artikel 5

(1) Alle Urteile und Entscheidungen in nichtstrafrechtlichen Angelegenheiten, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland erlassen worden sind oder später erlassen werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und sind von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln und auf Antrag einer Partei von diesen in der gleichen Weise wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden zu vollstrecken.

(2) Die Rechtskraft wird, soweit sie sich nicht bereits aus der Ausfertigung des Urteils ergibt, durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde der betreffenden Macht schlüssig nachgewiesen.

(3) Im Zusammenhang mit der Vollstreckung von Urteilen können Einwendungen gegen einen durch Urteil festgestellten Anspruch durch ein Verfahren nach § 767 der deutschen Zivilprozeßordnung vor dem zuständigen deutschen Gericht geltend gemacht werden.

Article 5

1. All judgments and decisions in non-criminal matters heretofore or hereafter rendered in Germany by any tribunal or judicial authority of the Three Powers or any of them shall remain final and valid for all purposes under German law, shall be treated as such by German courts and authorities and shall, on the application of a party, be enforced by them in the same manner as judgments and decisions of German courts and authorities.

2. Finality (Rechtskraft) shall, if it does not appear from a certified copy of the judgment, be conclusively proved by a certificate of the appropriate authorities of the Power concerned.

3. In connection with the enforcement of judgments objections affecting a claim reduced to judgment may be asserted by proceedings before the competent German court under Section 767 of the German Code of Civil Procedure.

Article 5

1. — Tous les jugements et décisions en matière non pénale, qui ont été ou qui seront rendus en Allemagne par un tribunal ou par une autorité judiciaire des Trois Puissances ou de l'une d'entre elles, demeureront définitifs et valables à tous égards en droit allemand et seront traités comme tels par les tribunaux allemands et les autorités allemandes, et, à la demande de l'une des parties, exécutés par eux de la même manière que les jugements et les décisions des tribunaux allemands et des autorités allemandes.

2. — Le caractère définitif (Rechtskraft) sera, dans la mesure où il ne ressort pas de l'expédition du jugement, prouvé d'une manière décisive par un certificat émanant des autorités compétentes de la Puissance intéressée.

3. — En ce qui concerne l'exécution des jugements, toute opposition contre les droits constatés par un jugement doit être présentée au moyen d'une instance introduite devant un tribunal allemand approprié, conformément à l'Article 767 du Code allemand de Procédure Civile.

Artikel 6

(1) Hiermit wird ein Gemischter Ausschuß (in diesem Artikel als „der Ausschuß" bezeichnet) errichtet. Aufgabe dieses Ausschusses wird es sein, ohne die Gültigkeit der Urteile in Frage zu stellen, Empfehlungen für die Beendigung oder Herabsetzung der Strafe oder für die Entlassung auf Ehrenwort auszusprechen in bezug auf Personen, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder gegen das Kriegsrecht und den Kriegsbrauch oder wegen während des Krieges begangener Verbrechen — gemeinhin als

Article 6

1. There is hereby established a Mixed Board (referred to in this Article as "the Board"). The task of the Board will be, without calling in question the validity of the convictions, to make recommendations for the termination or reduction of sentences, or for parole, in respect of persons convicted by a tribunal of an Allied Power of crimes against humanity or against the laws and usages of war or of crimes committed during the war, commonly referred to as "war crimes" and confined by the Three

Article 6

1. — Il est institué une Commission Mixte (dénommée dans le présent Article « la Commission »), ayant pour fonction de présenter des recommandations qui ne pourront pas mettre en cause la validité des condamnations, au sujet de la remise ou de la réduction de peine et de la libération conditionnelle en ce qui concerne les personnes condamnées par des tribunaux d'une Puissance Alliée pour crimes contre l'humanité ou contre les lois et usages de la guerre, ou pour crimes commis pendant la guerre, communé-

Kriegsverbrechen bezeichnet — von einem Gericht einer alliierten Macht verurteilt worden sind und von den Drei Mächten zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrags in Haftanstalten der Bundesrepublik in Haft gehalten werden.

(2) Der Ausschuß besteht aus sechs Mitgliedern, von denen drei von der Bundesregierung und je eines von der Regierung jeder der Drei Mächte ernannt werden. Die Mitglieder des Ausschusses müssen unabhängige Personen sein, die keine andere amtliche Tätigkeit außer der eines Richters oder eines Universitätslehrers ausüben und die bei Abfassung ihrer Empfehlungen nicht an Weisungen der Regierungen, die sie ernennen, gebunden sind. Niemand, der in irgendeiner Weise an irgendeinem Verfahren wegen Kriegsverbrechen beteiligt war, darf ernannt werden.

(3) (a) Das Recht, die Strafe für die in Absatz (1) dieses Artikels genannten Personen zu erlassen oder herabzusetzen sowie diese auf Ehrenwort zu entlassen, wird von der Macht ausgeübt, welche die Strafe verhängt hat.

(b) Dieses Recht darf nur ausgeübt werden, wenn der Ausschuß vorher eine Empfehlung ausgesprochen hat. Eine einstimmige Empfehlung des Ausschusses ist für die Macht bindend, welche die Strafe verhängt hat.

(c) Außer in den in Absatz (5) und (8) dieses Artikels behandelten Angelegenheiten wird der Ausschuß nur auf Ersuchen einer der vier Regierungen, das sich auf einen bestimmten Fall bezieht, oder auf Grund eines Gesuchs tätig werden, das von einer oder namens einer der in Absatz (1) genannten Personen eingereicht wird.

(4) Die Drei Mächte behalten sich hinsichtlich des Gewahrsams und der Vollstreckung der Strafen der in Absatz (1) dieses Artikels genannten Personen die Rechte vor, die sie bisher besessen und ausgeübt haben, und werden diese Rechte weiterhin ausüben, bis die Bundesrepublik in der Lage ist, den Gewahrsam dieser Personen zu übernehmen.

(5) Die Bundesrepublik verpflichtet sich, daß sie zu der Zeit, wenn die Drei Mächte ihr den Gewahrsam über die in Absatz (1) dieses Artikels bezeichneten Personen übertragen, diese Personen für den Rest ihrer Strafen, wie sie zu dieser Zeit bestehen oder später nach dem in diesem Artikel vorgesehenen Verfahren geändert werden, unter denselben Bedingungen, wie sie für ihre Haft im Zeitpunkt einer solchen Übertragung des Gewahrsams gelten, in Haft halten wird. Änderungen dieser Bedingungen nach diesem Zeitpunkt dürfen nur in Übereinstimmung mit Entscheidungen des Ausschusses vorgenommen werden. In diesen Angelegenheiten sind die Entscheidungen des Ausschusses endgültig.

Powers in prisons in the Federal Republic on the entry into force of the present Convention.

2. The Board shall consist of six members, of whom one shall be appointed by the Government of each of the Three Powers and three by the Federal Government. The members of the Board shall be independent persons not exercising other official functions except as a judge or university teacher and not subject to instructions of the appointing Governments in formulating their recommendations. No person may be appointed who has participated in any manner in any war crimes trial.

3. (a) The right to terminate or reduce sentences and to grant parole in respect of persons referred to in paragraph 1 of this Article shall be exercisable by the Power which imposed the sentence.

(b) The right shall not be exercised unless the Board has previously made a recommendation. A unanimous recommendation of the Board shall be binding upon the Power which imposed the sentence.

(c) Save on matters dealt with in paragraphs 5 and 8 of this Article, the Board shall act only at the request of one of the Four Governments relating to a particular case or on the receipt of a petition by or on behalf of a person referred to in paragraph 1

4. The Three Powers retain the rights heretofore held and exercised by them relating to the custody and carrying out of sentences of the persons referred to in paragraph 1 of this Article and will continue to exercise such rights until the Federal Republic is in a position to accept the custody of such persons.

5. The Federal Republic undertakes that at the time when the Three Powers transfer custody of the persons referred to in paragraph 1 of this Article to it, it will continue to confine such persons for the remainder of their sentences, as then in effect or as thereafter modified by the procedure provided in this Article, under the same conditions that govern their detention on the date of such transfer of custody. Changes in those conditions after such date shall be made only in accordance with decisions of the Board. In these matters the Board's decisions shall be final.

ment dénommés «crimes de guerre», et détenues par les Trois Puissances à l'intérieur de la République Fédérale à la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

2. — La Commission est composée de six membres, dont un est nommé par chacun des Gouvernements des Trois Puissances, et trois par le Gouvernement Fédéral. Les membres de la Commission doivent être des personnes indépendantes, n'exerçant pas d'autres fonctions officielles que celles de juge ou de professeur d'Université, et ne recevant pas, de la part des Gouvernements qui les ont nommés, d'instructions quant aux recommandations qu'ils sont appelés à formuler. Les personnes qui ont participé, de quelque manière que ce soit, au jugement des crimes de guerre ne peuvent être nommées membres de la Commission.

3. — (a) A l'égard des personnes visées au paragraphe 1 du présent Article, le droit de remettre ou de réduire les peines et d'accorder la libération conditionnelle est exercé par la Puissance qui a prononcé les condamnations.

(b) Ce droit ne peut être exercé sans que la Commission ait, au préalable, présenté une recommandation. Les recommandations unanimes de la Commission lient la Puissance qui a prononcé les condamnations.

(c) Sauf en ce qui concerne les questions faisant l'objet des paragraphes 5 et 8 du présent Article, la Commission ne peut se prononcer que sur une requête de l'un des quatre Gouvernements relative à un cas particulier, ou sur un recours présenté par une personne visée au paragraphe 1 ou en son nom.

4. — Les Trois Puissances se réservent les droits antérieurement exercés ou détenus par elles en ce qui concerne la garde des personnes visées au paragraphe 1 du présent Article et l'exécution des condamnations prononcées contre ces personnes, et continueront à exercer ces droits jusqu'à ce que la République Fédérale soit en mesure d'accepter la garde de ces personnes.

5. — La République Fédérale s'engage à continuer, lorsque les Trois Puissances lui transféreront la garde des personnes visées au paragraphe 1 du présent Article, à détenir ces personnes pendant le reliquat de leurs peines, telles que celles-ci seront alors applicables ou telles qu'elles pourront être ultérieurement modifiées selon la procédure prévue au présent Article, dans les mêmes conditions que celles qui régissent leur détention à la date du transfert de la garde. Aucun changement ne pourra être, après cette date, apporté à ces conditions de détention, si ce n'est en conformité avec une décision de la Commission qui, en cette matière, se prononcera en dernier ressort.

(6) Nach Errichtung des Ausschusses werden seine Mitglieder freien Zugang zu den Haftanstalten haben, in denen die in Absatz (1) dieses Artikels genannten Personen in Haft gehalten werden, und zu diesen Personen selbst.

(7) Der Ausschuß entscheidet durch Mehrheitsbeschluß seiner sechs Mitglieder.

(8) Der Ausschuß hat die ausschließliche Befugnis, im Einklang mit Grundsätzen und Verfahrensvorschriften, die er selbst aufstellt, über Fragen der Aussetzung der Strafe aus persönlichen Rücksichten oder aus anderen Gründen ohne Einholung von Weisungen der Regierungen zu entscheiden. Bis zur Aufstellung solcher Grundsätze und Vorschriften wird der Ausschuß weiter die in dieser Hinsicht bestehende Übung jeder der Drei Mächte auf die im Gewahrsam der betreffenden Macht befindlichen Personen anwenden.

(9) Bis der Ausschuß seine Tätigkeit aufgenommen hat, kann, ungeachtet der Bestimmungen in Absatz (3) und (8) dieses Artikels, jede der Drei Mächte ohne eine Empfehlung des Ausschusses weiterhin nach den bestehenden Verfahren die Strafe herabsetzen, Entlassungen vornehmen und die Strafe aus persönlichen Rücksichten oder aus anderen Gründen aussetzen.

(10) Die in Unterabsatz (a) des Absatzes (3) und in Absatz (4) dieses Artikels erwähnten Rechte der Drei Mächte und — unbeschadet der Bestimmungen des Unterabsatzes (b) des Absatzes (3) und der Absätze (6) und (8) — auf Grund dieser Rechte getroffenen Maßnahmen sind nicht der Gerichtsbarkeit des Schiedsgerichtes oder irgendeines anderen Gerichtes unterworfen.

(11) Auf die in diesem Artikel behandelten Angelegenheiten finden die Bestimmungen des Artikels 7 keine Anwendung.

Artikel 7

(1) Alle Urteile und Entscheidungen in Strafsachen, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland gefällt worden sind oder später gefällt werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und sind von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln.

(2) Die deutschen Behörden werden Personen — mit Ausnahme der Mitglieder der Streitkräfte (nach der Definition im Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland) —, die von einem der in Absatz (1) dieses Artikels erwähnten Gerichte verurteilt sind oder künftig verurteilt werden oder in Untersuchungshaft gehalten werden, bis zur Beendigung ihrer Strafe in deutschen Haftanstalten in Haft halten.

6. After the Board has been constituted, its members shall have free access to the institutions in which the persons referred to in paragraph 1 of this Article are confined and to such persons themselves.

7. The Board shall act by the vote of a majority of its six members.

8. The Board shall have exclusive power to decide, without reference to Governments, questions of interruption of sentences on compassionate or other grounds in accordance with principles and rules of procedure adopted by it. Pending the adoption of such principles and rules, the Board shall continue to apply the existing practices of each of the Three Powers in this field to the persons in the custody of such Power.

9. Notwithstanding the provisions of paragraphs 3 and 8 of this Article, and until the Board shall have commenced to function, each of the Three Powers may continue existing procedures with respect to reduction of sentences, release and interruption of sentences on compassionate or other grounds, without receiving any recommendation from the Board.

10. The rights of the Three Powers referred to in sub-paragraph (a) of paragraph 3 and in paragraph 4 of this Article and, without prejudice to the provisions of sub-paragraph (b) of paragraph 3 and of paragraphs 6 and 8, action taken thereunder shall not be subject to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal or of any other tribunal or court.

11. The provisions of Article 7 of this Chapter shall not apply to the matters dealt with in this Article.

Article 7

1. All judgments and decisions in criminal matters heretofore or hereafter rendered in Germany by any tribunal or judicial authority of the Three Powers or any of them shall remain final and valid for all purposes under German law and shall be treated as such by German courts and authorities.

2. The German authorities will confine in German institutions until the termination of their sentences persons, other than members of the Forces (as defined in the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany), who have been or shall be sentenced by, or who are held for trial before, any tribunal referred to in paragraph 1 of this Article.

6. — Après que la Commission aura été constituée, ses membres auront libre accès aux établissements dans lesquels seront détenues les personnes visées au paragraphe 1 du présent Article, ainsi qu'auprès de ces personnes elles-mêmes.

7. — La Commission se prononce à la majorité de ses six membres.

8. — La Commission a le pouvoir exclusif de se prononcer, sans en référer aux Gouvernements, sur les questions d'interruption de peines pour des raisons humanitaires ou autres, conformément aux principes et aux règles de procédure qu'elle pourra adopter. En attendant l'adoption de ces principes et de ces règlements, la Commission continuera à appliquer les pratiques existantes de chacune des Trois Puissances dans ce domaine aux personnes placées sous la garde de cette Puissance.

9. — Nonobstant les dispositions des paragraphes 3 et 8 du présent Article, et jusqu'à ce que la Commission ait commencé à fonctionner, chacune des Trois Puissances pourra continuer à appliquer les procédures actuelles en ce qui concerne les réductions de peines, les libérations et les interruptions de peines pour des raisons humanitaires ou autres sans recevoir aucune recommandation de la Commission.

10. — Les droits des Trois Puissances visés à l'alinéa (a) du paragraphe 3 et au paragraphe 4 du présent Article, et, sans préjudice des dispositions de l'alinéa (b) du paragraphe 3 et des paragraphes 6 et 8, les mesures prises en application de ces droits ne relèvent pas de la compétence du Tribunal d'Arbitrage ou de tout autre tribunal ou instance judiciaire.

11. — Les dispositions de l'Article 7 du présent Chapitre ne s'appliquent pas aux questions traitées dans le présent Article.

Article 7

1. — Tous les jugements et décisions en matière pénale, qui ont été ou qui seront rendus en Allemagne par un tribunal ou par une autorité judiciaire des Trois Puissances ou de l'une d'entre elles, demeureront définitifs et valables à tous égards en droit allemand, et seront traités comme tels par les tribunaux allemands et les autorités allemandes.

2. — Les autorités allemandes détiendront dans des établissements pénitentiaires allemands, jusqu'à l'expiration de leur peine, les personnes, autres que les membres des Forces (tels qu'ils sont définis dans la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne), qui ont été ou qui seront condamnées par un tribunal visé au paragraphe 1 du présent Article, ou qui sont détenues en instance de jugement devant un tel tribunal.

(3) Die deutschen Behörden werden die gemäß Absatz (2) dieses Artikels in deutschen Haftanstalten in Haft gehaltenen Personen nach den Grundsätzen eines humanen Strafvollzuges und nach den gleichen Vorschriften behandeln wie Personen, die von deutschen Gerichten verurteilt sind oder in Untersuchungshaft gehalten werden. Die Behörden der Drei Mächte haben Zugang zu den deutschen Haftanstalten, in denen solche Personen in Haft gehalten werden, und zu diesen Personen selbst.

3. The German authorities shall treat persons confined in German institutions pursuant to paragraph 2 of this Article in accordance with humane penological principles and in the same manner as is prescribed for persons sentenced by, or held for trial before, German courts. The authorities of the Three Powers shall have access to German institutions in which such persons are confined and to such persons themselves.

3. — Les autorités allemandes traiteront les personnes détenues dans des établissements pénitentiaires allemands en application du paragraphe 2 du présent Article conformément à des principes pénitentiaires humains et de la même manière que celle qui est prescrite pour les personnes condamnées par des tribunaux allemands ou détenues en instance de jugement devant ces tribunaux. Les Autorités des Trois Puissances auront accès aux établissements pénitentiaires allemands dans lesquels ces personnes seront détenues, et auprès de ces personnes elles-mêmes.

(4) Die Kosten der nach diesem Artikel in deutschen Haftanstalten verbüßten Haft werden von den deutschen Behörden getragen.

4. The costs of confinement in German institutions pursuant to this Article shall be borne by the German authorities.

4. — Les frais de la détention dans des établissements pénitentiaires allemands en application du présent Article seront supportés par les autorités allemandes.

(5) Innerhalb von dreißig Tagen nach Inkrafttreten dieses Vertrags ist ein Gemischter Beratender Gnadenausschuß zu bilden, der paritätisch aus mindestens drei von der Bundesregierung ernannten Mitgliedern und mindestens je einem von der Regierung jeder der Drei Mächte ernannten Mitglied besteht. Der Ausschuß wird in Unterausschüssen, jeweils bestehend aus einem der von der Bundesregierung ernannten Mitglieder und einem von der Regierung der betreffenden Macht ernannten Mitglied, tagen, um der Bundesrepublik oder der betreffenden Macht gemäß Absatz (6) und (7) dieses Artikels in Angelegenheiten der Beendigung oder Herabsetzung der Strafe, der Entlassung auf Ehrenwort, der Begnadigung und sonstiger Gnadenmaßnahmen für Personen, die nach den Bestimmungen des Absatzes (2) dieses Artikels in deutschen Haftanstalten in Haft gehalten werden, Empfehlungen auszusprechen.

5. There shall be established within thirty days after the entry into force of the present Convention a Mixed Clemency Advisory Board consisting, on a basis of parity, of not less than one member appointed by the Government of each of the Three Powers and not less than three members appointed by the Federal Government. The Board shall sit in panels consisting of one member appointed by the Government of the Power concerned and one of the members appointed by the Federal Government, for the purpose of making recommendations to the Power concerned or the Federal Republic, as required in paragraphs 6 and 7 of this Article, in matters of termination or reduction of sentence, parole, pardon and other acts of clemency regarding persons confined in German institutions pursuant to the provisions of paragraph 2 of this Article.

5. — Dans un délai de trente jours à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention, il sera institué une Commission Consultative Mixte des Grâces, composée, sur une base paritaire, d'au moins un membre désigné par le Gouvernement de chacune des Trois Puissances et d'au moins trois membres désignés par le Gouvernement Fédéral. La Commission siégera en sous-commissions composées d'un membre désigné par le Gouvernement de la Puissance intéressée et d'un des membres désignés par le Gouvernement Fédéral, afin de soumettre à la Puissance intéressée ou à la République Fédérale, selon le cas, aux termes des paragraphes 6 et 7 du présent Article, des recommandations en matière de remise ou de réduction de peine, de libération conditionnelle, de grâce amnistiante et d'autres mesures de grâce à l'égard des personnes détenues dans des établissements pénitentiaires allemands en application des dispositions du paragraphe 2 du présent Article.

(6) Die Bundesrepublik hat hinsichtlich von Deutschen (im Sinne des deutschen Rechts), die nach Absatz (2) dieses Artikels in deutschen Haftanstalten unter deutscher Kontrolle in Haft gehalten werden, das ausschließliche Recht, in allen Angelegenheiten der Beendigung oder Herabsetzung der Strafe, der Entlassung auf Ehrenwort, der Begnadigung und sonstiger Gnadenmaßnahmen endgültig zu entscheiden. Die Empfehlung des nach Absatz (5) dieses Artikels errichteten Gemischten Beratenden Gnadenausschusses ist vor jeder solchen Entscheidung einzuholen. Handelt es sich um Personen, die wegen strafbarer Handlungen gegen alliiertes Personal oder Vermögen oder gegen die alliierte Verwaltung in Deutschland verurteilt worden sind, so wird die Bundesrepublik Entscheidungen zugunsten solcher Personen nur in Übereinstimmung mit der Empfehlung des zuständigen Unterausschusses treffen.

6. The Federal Republic shall have the exclusive right to make final decisions in all matters of termination or reduction of sentences, parole, pardon and other acts of clemency regarding German nationals (within the meaning of German law) confined, pursuant to paragraph 2 of this Article, in German institutions under German control. The recommendation of the Mixed Clemency Advisory Board established pursuant to paragraph 5 of this Article shall be obtained prior to any such decision. In cases of persons sentenced for offences against Allied personnel or property or against the Allied administration in Germany the Federal Republic shall make decisions in favour of such persons only in accordance with the recommendation of the appropriate panel of the Board.

6. — La République Fédérale aura le droit exclusif de prendre des décisions définitives en matière de remise ou de réduction de peine, de libération conditionnelle, de grâce amnistiante et d'autres mesures de grâce à l'égard des ressortissants allemands (au sens de la loi allemande) détenus, en application du paragraphe 2 du présent Article, dans des établissements pénitentiaires allemands sous contrôle allemand. Avant toute décision de cette nature, la Commission Consultative Mixte des Grâces instituée conformément au paragraphe 5 du présent Article devra être appelée à présenter une recommandation. Dans le cas des personnes condamnées pour des infractions commises contre le personnel ou les biens alliés ou contre l'administration alliée en Allemagne, la République Fédérale ne prendra de décisions en faveur de ces personnes que conformément aux recommandations de la sous-commission compétente de la Commission.

(7) Jede der Drei Mächte hat hinsichtlich aller Personen, die von ihren Gerichten verurteilt sind und nach

7. Each of the Three Powers shall have the exclusive right to make final decisions in all matters of

7. — Chacune des Trois Puissances aura le droit exclusif de prendre des décisions définitives en matière de

Absatz (2) dieses Artikels in deutschen Haftanstalten unter deutscher Kontrolle in Haft gehalten werden — jedoch mit Ausnahme der in Absatz (6) dieses Artikels bezeichneten Personen — das ausschließliche Recht, in allen Angelegenheiten der Beendigung oder Herabsetzung der Strafe, der Entlassung auf Ehrenwort, der Begnadigung und sonstiger Gnadenmaßnahmen endgültig zu entscheiden. Die Empfehlung des nach Absatz (5) dieses Artikels errichteten Gemischten Beratenden Gnadenausschusses ist vor jeder solchen Entscheidung einzuholen.

termination or reduction of sentences, parole, pardon and other acts of clemency regarding all persons, other than those referred to in paragraph 6 of this Article, sentenced by its courts and confined, pursuant to paragraph 2 of this Article, in German institutions under German control. The recommendation of the Mixed Clemency Advisory Board established pursuant to paragraph 5 of this Article shall be obtained prior to any such decision.

remise ou de réduction de peine, de libération conditionnelle, de grâce amnistiante et d'autres mesures de grâce à l'égard de toutes personnes, autres que celles visées au paragraphe 6 du présent Article, condamnées par ses tribunaux et détenues, en application du paragraphe 2 du présent Article, dans des établissements pénitentiaires allemands sous contrôle allemand. Avant toute décision de cette nature, la Commission Consultative Mixte des Grâces, instituée conformément au paragraphe 5 du présent Article, devra être appelée à présenter une recommandation.

Artikel 8

Folgende Personen genießen in bezug auf Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben, während ihrer Amtsdauer und nach deren Ablauf Immunität gegen gerichtliche Verfolgung im Bundesgebiet:

(a) Mitglieder der in Absatz (2) des Artikels 4 dieses Teils bezeichneten Gerichte;

(b) Mitglieder der in Absatz (1) des Artikels 6 des Dritten Teiles dieses Vertrags bezeichneten Gerichte, an deren Stelle das Oberste Rückerstattungsgericht tritt;

(c) von einer der Drei Mächte ernannte Mitglieder des gemäß Absatz (1) des Artikels 6 dieses Teils errichteten Gemischten Ausschusses und des in Absatz (5) des Artikels 7 dieses Teiles bezeichneten Gemischten Beratenden Gnadenausschusses;

(d) von einer der Drei Mächte ernannte Mitglieder des in Absatz (1) des Artikels 12 dieses Teils bezeichneten Prüfungsausschusses;

Während ihrer Amtsdauer genießen diese Personen im Bundesgebiet ferner die gleichen Vorrechte und Immunitäten, die Mitgliedern diplomatischer Missionen gewährt werden.

Article 8

The following persons shall enjoy immunity from suit within the Federal territory during their terms of office and, after the expiry of their terms of office, shall continue to enjoy such immunity in respect of acts performed in the exercise of their official duties:

(a) members of the tribunals referred to in paragraph 2 of Article 4 of this Chapter;

(b) members of the tribunals, referred to in paragraph 1 of Article 6 of Chapter Three of the present Convention, to which the Supreme Restitution Court succeeds;

(c) members, appointed by any of the Three Powers, of the Mixed Board established by paragraph 1 of Article 6 of this Chapter or of the Mixed Clemency Advisory Board established pursuant to paragraph 5 of Article 7 of this Chapter;

(d) members, appointed by any of the Three Powers, of the Board of Review referred to in paragraph 1 of Article 12 of this Chapter.

During their terms of office they shall also enjoy in the Federal territory the same privileges and immunities as are accorded members of diplomatic missions.

Article 8

Les personnes suivantes bénéficient de l'immunité de juridiction sur le territoire fédéral pendant la durée de leur mandat et continuent, après l'expiration de ce mandat, à bénéficier de cette immunité à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions officielles:

(a) les membres des tribunaux visés au paragraphe 2 de l'Article 4 du présent Chapitre;

(b) les membres des tribunaux, visés au paragraphe 1 de l'Article 6 du Chapitre Troisième de la présente Convention, auxquels succède la Cour Suprême des Restitutions;

(c) les membres, désignés par chacune des Trois Puissances, de la Commission Mixte, créée en vertu du paragraphe 1 de l'Article 6 du présent Chapitre, et de la Commission Consultative Mixte des Grâces, créée en vertu du paragraphe 5 de l'Article 7 du présent Chapitre;

(d) les membres, désignés par chacune des Trois Puissances, de la Commission de Révision visée au paragraphe 1 de l'Article 12 du présent Chapitre.

Pendant la durée de leur mandat, ces personnes bénéficient également sur le territoire fédéral des mêmes privilèges et immunités que ceux accordés aux membres des missions diplomatiques.

Artikel 9

(1) Die von der Alliierten Hohen Kommission erlassenen Rechtsvorschriften über die Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie bleiben in dem Umfang, in dem sie am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags gelten, in Kraft, soweit und solange vor diesem Zeitpunkt angeordnete Entflechtungsmaßnahmen noch durchzuführen sind oder Berechtigte noch geschützt werden müssen.

Article 9

1. The Allied High Commission legislation concerning the reorganization of the German coal mining and iron and steel industries, to the extent that such legislation is in force on the date of the entry into force of the present Convention, shall be maintained in force in so far and so long as deconcentration measures ordered before that date are still to be carried out or claimants are still to be protected.

Article 9

1. — La législation de la Haute Commission Alliée non-abrogée à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et relative à la déconcentration des industries charbonnières et sidérurgiques allemandes sera maintenue en vigueur pour autant et aussi longtemps que des mesures de déconcentration ordonnées avant cette date restent à exécuter ou que des ayants-droit restent à protéger.

(2) Die Bundesregierung wird dafür sorgen, daß die in Durchführungsverordnungen oder Anordnungen der Alliierten Hohen Kommission oder der ihr nachgeordneten Dienststellen auf Grund der in Absatz (1) dieses Artikels bezeichneten Rechtsvorschriften angeordneten Maßnahmen sowie die Maßnahmen, die auf Grund der durch diese Anordnungen gebilligten Pläne zu treffen sind, vollständig durchgeführt werden.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels stehen den auf Grund des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zulässigen Erweiterungen oder Zusammenschlüssen von Unternehmen des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie nicht entgegen.

2. The Federal Government shall ensure that the measures decreed under the legislation referred to in paragraph 1 of this Article by regulations or orders of the Allied High Commission or of its subordinate bodies as well as the measures required to be taken in implementation of the plans approved by such orders shall be carried through to completion.

3. The provisions of this Article shall be without prejudice to such expansion or affiliation of enterprises of the German coal mining and iron and steel industries as shall be permitted under the Treaty on the Establishment of the European Community for Coal and Steel.

2. — Le Gouvernement Fédéral fera en sorte que des mesures édictées en application de la législation mentionnée au paragraphe 1 du présent Article par voie de règlements ou d'ordres pris par la Haute Commission Alliée ou ses organismes subordonnés, ainsi que les mesures dont l'application est exigée en application des plans approuvés par de tels ordres, soient entièrement exécutées.

3. — Les dispositions du présent Article ne pourront être opposées aux expansions et aux affiliations d'entreprises des industries allemandes charbonnières et sidérurgiques qui seront permises sous le régime du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier.

Artikel 10

(1) Nach Maßgabe der folgenden Vorschriften wird ein Gemischter Ausschuß von sieben Sachverständigen gebildet. Drei seiner Mitglieder hat die Bundesrepublik und je eines jede der Drei Mächte zu bestellen, sobald bei der Bundesregierung erstmalig ein Antrag gemäß Absatz (3) dieses Artikels eingegangen ist und die Bundesregierung dies den Drei Mächten mitgeteilt hat. Innerhalb von sechs Monaten nach dieser Mitteilung wählen die so bestellten Mitglieder mit Stimmenmehrheit ein siebentes Mitglied. Sollte das siebente Mitglied innerhalb dieser Frist nicht gewählt sein oder die Wahl nicht angenommen haben, so ist der Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zu ersuchen, als siebentes Mitglied einen Sachverständigen zu bestellen, der nicht Staatsangehöriger eines Unterzeichnerstaates ist.

(2) Aufgabe des Gemischten Ausschusses ist es, Anträge auf Verlängerung von Fristen zu prüfen, die für die Veräußerung von Wertpapieren in Durchführungsverordnungen oder Anordnungen der Alliierten Hohen Kommission oder der ihr nachgeordneten Dienststellen oder auf Grund der Bestimmungen eines durch eine solche Anordnung gebilligten Planes als äußerste Fristen festgesetzt sind.

(3) Die Anträge sind bei der Bundesregierung spätestens ein Jahr vor Ablauf der für die Veräußerung der Wertpapiere gesetzten Frist zu stellen. Bis zur Entscheidung des Gemischten Ausschusses kann der Antragsteller seinen Antrag durch Einreichung weiterer Schriftsätze ergänzen.

(4) Der Gemischte Ausschuß verlängert die für die Veräußerung der Wertpapiere gesetzte Frist, sofern der Antragsteller dartut, daß die Wertpapiere trotz zumutbarer Bemühungen zu wirtschaftlich tragbaren Bedingungen und auf einer mit dem deutschen Allgemeininteresse zu vereinbarenden

Article 10

1. A mixed committee of experts composed of seven members shall be established according to the following procedure. Three of its members shall be appointed by the Federal Republic and one by each of the Three Powers immediately after the Federal Government has received the first application under paragraph 3 of this Article and has notified the Three Powers of that fact. The members so appointed shall elect a seventh member by majority vote within six months after this notification. If within that time the seventh member shall not have been elected or shall not have accepted election, the Board of Directors of the Bank for International Settlements shall be requested to appoint as a seventh member an expert who shall not be a national of any of the Signatory States.

2. The function of the Mixed Committee shall be to consider applications for extensions of the final time for the disposition of securities required by regulations or orders of the Allied High Commission or its subordinate bodies or by reason of the terms of a plan approved by any such order.

3. Applications must be filed with the Federal Government not later than one year before the expiration of the time fixed for the disposition of the securities. The applicant shall, until the decision of the Mixed Committee is rendered, be entitled to file any additional supporting papers.

4. The Mixed Committee shall extend the time fixed for the disposition of the securities, provided that the applicant establishes that all of such securities could not, with the exercise of reasonable efforts, be disposed of on reasonable terms and on a basis which is compatible with

Article 10

1. — Un comité mixte d'experts composé de sept membres sera créé conformément aux dispositions ci-après. Trois de ses membres seront nommés par la République Fédérale, et un par chacune des trois autres Puissances, aussitôt que le Gouvernement Fédéral aura reçu la première requête présentée en application du paragraphe 3 du présent Article et en aura informé les trois autres Puissances. Les membres ainsi nommés éliront à la majorité le septième membre dans un délai de six mois à partir de cette notification. Au cas où à l'expiration de ce délai, le septième membre n'aurait pas été nommé ou n'aurait pas accepté sa désignation, il sera demandé au Conseil d'Administration de la Banque des Règlements Internationaux de désigner pour ce poste un expert qui ne soit pas ressortissant de l'un des Etats Signataires.

2. — Les fonctions du Comité Mixte consistent à étudier les requêtes tendant au report du terme final fixé, pour la vente des titres, soit par un règlement ou un ordre émanant de la Haute Commission Alliée ou d'un de ses organismes subordonnés, soit aux termes d'un plan approuvé par un tel ordre.

3. — Les requêtes seront déposées auprès du Gouvernement Fédéral au plus tard un an avant l'expiration du délai fixé pour la vente des titres. Le requérant aura le droit, jusqu'à ce que le Comité Mixte ait pris sa décision, de déposer tous documents supplémentaires à l'appui de sa demande.

4. — Le Comité Mixte prolongera le délai fixé pour la vente des titres pour autant que le requérant établira que tous les titres n'ont pu, en dépit d'efforts sérieux, être vendus à des conditions raisonnables et compatibles avec l'intérêt public en Allemagne, et qu'il n'est pas non plus possible de

Grundlage nicht veräußert werden konnten und eine solche Veräußerung auch innerhalb der restlichen Frist nicht möglich ist, ohne daß eine nachhaltige Störung des deutschen Kapitalmarktes verursacht wird.

(5) Fristverlängerungen gemäß Absatz (4) dieses Artikels werden für einen Zeitraum bis zu einem Jahr gewährt; auf weiteren Antrag ist eine erneute Verlängerung unter den in Absatz (4) bezeichneten Voraussetzungen möglich. Der Gemischte Ausschuß kann jede Verlängerung oder erneute Verlängerung mit zweckdienlichen Auflagen verbinden.

(6) Der Gemischte Ausschuß trifft seine Entscheidungen mit der Mehrheit seiner Stimmen. Er hat sie vor Ablauf der für die Veräußerung der Wertpapiere festgesetzten Frist zu erlassen.

(7) Die Bezüge der Mitglieder des Gemischten Ausschusses tragen die Unterzeichnerstaaten jeweils für die von ihnen bestellten Mitglieder. Die Bezüge des siebenten Mitglieds werden zur Hälfte von der Bundesrepublik und zu je einem Sechstel von jeder der Drei Mächte getragen. Die übrigen Kosten kann der Gemischte Ausschuß den Antragstellern ganz oder teilweise auferlegen.

(8) Der Gemischte Ausschuß bestimmt seine Verfahrens- und Geschäftsordnung selbst.

the German public interest and that such disposition will not be possible within the remaining time without a disruptive effect on the German capital market.

5. Any extension under paragraph 4 of this Article shall be granted for not more than one year but shall be subject to renewal upon a further application on the basis of the standards set forth in that paragraph. The Mixed Committee may attach appropriate conditions to any such extension or renewal.

6. The decision of a majority of the members shall constitute the decision of the Mixed Committee. The Committee shall render its decision before the expiration of the time fixed for the disposition of the securities.

7. The emoluments of the members of the Mixed Committee shall be paid by each of the Signatory States in respect of the member or members appointed by it. One-half of the emoluments of the seventh member shall be paid by the Federal Republic, and one-sixth by each of the Three Powers. The Mixed Committee may charge the remaining costs, in whole or in part, to the applicants.

8. The Mixed Committee shall adopt its own rules for the conduct of its business.

réaliser cette vente dans le délai restant sans troubler de façon durable le marché allemand des capitaux.

5. — Aucune prorogation de délai en application du paragraphe 4 du présent Article ne pourra excéder un an. Toutefois, la prolongation pourra être renouvelée sur le vu d'une nouvelle requête à l'examen de laquelle s'appliqueront les mêmes critères. Le Comité Mixte pourra attacher des conditions appropriées à l'octroi d'une prorogation de délai ou au renouvellement de la prorogation.

6. — Les décisions du Comité Mixte seront prises à la majorité de ses membres. Le Comité devra prendre sa décision avant l'expiration du délai fixé pour la vente des valeurs.

7. — Les traitements et indemnités des membres du Comité Mixte seront payés par les Etats Signataires, chacun supportant les dépenses afférentes aux traitements et idemnités du ou des membres qu'il a nommés. La République Fédérale supportera la moitié des émoluments et des indemnités du septième membre; chacune des Trois Puissances en supportera un sixième. Le Comité Mixte pourra imputer le reste des frais, en totalité ou en partie, aux requérants.

8 — Le Comité Mixte fixera ses propres règles de fonctionnement.

Artikel 11

(1) Die von der Alliierten Hohen Kommission erlassenen Rechtsvorschriften über den Abschluß der Entflechtung und Liquidation der I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. bleiben in dem Umfang, in dem sie im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags gelten, in Kraft, bis die Liquidation der I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. gemäß den genannten Vorschriften vollständig durchgeführt ist. In Satz 1 dieses Absatzes bezeichnete Rechtsvorschriften, die Rechtsverhältnisse regeln, welche die Beendigung der Liquidation der I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. überdauern, bleiben bis zur vollständigen Abwicklung dieser Rechtsverhältnisse in Kraft.

(2) Die Bundesregierung wird dafür sorgen, daß die durch die Durchführungsverordnungen oder Anordnungen der Alliierten Hohen Kommission oder der ihr nachgeordneten Dienststellen auf Grund der in Absatz (1) dieses Artikels bezeichneten Rechtsvorschriften angeordneten Maßnahmen vollständig durchgeführt werden.

Article 11

1. The Allied High Commission legislation concerning the termination of the deconcentration and liquidation of the I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. to the extent that such legislation is in force on the entry into force of the present Convention shall be maintained in force until the liquidation of the I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. in accordance with such legislation has been completely carried out. Those provisions of the legislation referred to in the first sentence of this paragraph which concern rights or obligations (Rechtsverhältnisse) continuing to exist after the completion of the liquidation of I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. shall be maintained in force until such rights and obligations have been completely settled.

2. The Federal Government shall ensure that the measures decreed under the legislation referred to in paragraph 1 of this Article by regulations or orders of the Allied High Commission or of its subordinate bodies shall be carried through to completion.

Article 11

1. — La législation de la Haute-Commission Alliée non-abrogée à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et relative à l'achèvement de la déconcentration et de la liquidation de l'I.G. Farbenindustrie A. G. i. L. sera maintenue en vigueur jusqu'à ce que la liquidation de l'I.G. Farbenindustrie A. G. i. L. soit achevée conformément à cette législation. Les dispositions de la législation précitée, relatives aux droits et obligations (Rechtsverhältnisse) qui continueront à exister après l'achèvement de la liquidation de l'I.G. Farbenindustrie A. G. i. L. resteront en vigueur jusqu'à ce que ces droits et obligations aient été définitivement satisfaits.

2. — Le Gouvernement Fédéral fera en sorte que les mesures, édictées en application de la législation mentionnée au paragraphe 1 du présent Article par voie de réglements ou d'ordres pris par la Haute-Commission Alliée ou ses organismes subordonnés, soient entièrement exécutées.

Artikel 12

(1) Nach Inkrafttreten dieses Vertrags wird der in Artikel 13 (abgeänderte Fassung) des Gesetzes Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission vorgesehene Prüfungsausschuß aus drei von der Bundesrepublik bestellten Mitgliedern und je einem von jeder der Drei Mächte bestellten Mitglied bestehen. In dieser Besetzung bleibt der Prüfungsausschuß die einzige zuständige Stelle, um auf Antrag eines Beteiligten Anordnungen nachzuprüfen, die auf Grund von Artikel 5 Buchstabe c des Gesetzes Nr. 27 oder auf Grund von Artikel 5 Absatz (1) des Gesetzes Nr. 35 der Alliierten Hohen Kommission erlassen worden sind. Die Unabhängigkeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Entscheidungsfreiheit dürfen nicht durch Anweisungen oder andere Maßnahmen ihrer Regierungen beeinträchtigt werden. Vor der Entscheidung hat der Prüfungsausschuß dem Antragsteller rechtliches Gehör zu gewähren.

(2) Die Bezüge der Mitglieder des Prüfungsausschusses tragen die Unterzeichnerstaaten jeweils für die von ihnen bestellten Mitglieder. Die übrigen Kosten des Prüfungsausschusses werden zur Hälfte von der Bundesrepublik und zu je einem Sechstel von jeder der Drei Mächte getragen.

Article 12

1. After the entry into force of the present Convention the Board of Review provided for under Article 13 (as amended) of Allied High Commission Law No. 27 shall consist of one member appointed by each of the Three Powers and three members appointed by the Federal Republic. As so constituted this Board of Review shall continue to be the sole appropriate body to review, on the petition of interested persons, any orders issued under subparagraph (c) of Article 5 of Law No. 27, or under paragraph 1 of Article 5 of Allied High Commission Law No. 35. The independence of the members of the Board of Review and their freedom of decision shall not be impaired by instructions or other actions of their Governments. Before rendering a decision the Board of Review shall grant the claiment a hearing.

2. The emoluments of the members of the Board of Review shall be paid by each of the Signatory States in respect of the member or members appointed by it. One-half of the remaining expenses of the Board of Review shall be borne by the Federal Republic, and one-sixth by each of the Three Powers.

Article 12

1. — Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, la Commission de Révision prévue à l'Article 13 amendé de la Loi N° 27 de la Haute-Commission Alliée se composera de trois membres nommés par la République Fédérale et d'un membre nommé par chacune des Trois Puissances. La Commission de Révision ainsi constituée continuera d'être le seul organisme compétent pour examiner, à la requête de toute personne intéressée, tout ordre édicté en application de l'alinéa (c) de l'Article 5 de la Loi N° 27 ou du paragraphe 1 de l'Article 5 de la Loi N° 35 de la Haute-Commission Alliée. L'indépendance des membres de la Commission de Révision et leur liberté de décision ne seront pas entravées par des instructions ou par toute autre mesure de leurs Gouvernements. La Commission de Révision devra entendre le requérant avant de prendre sa décision.

2. — Les traitements et indemnités des membres de la Commission de Révision seront payés par les Etats Signataires, chacun supportant les dépenses afférentes aux traitements et indemnités du ou des membres qu'il aura nommés. La République Fédérale supportera la moitié des frais restant, chacune des Trois Puissances en supportera un sixiéme.

Artikel 13

Um einen reibungslosen Übergang von dem Besatzungsregime zu normalen diplomatischen Beziehungen zu erleichtern und die Unterbringung der Botschaften und Konsulate des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und der Französischen Republik zu ermöglichen, wird den Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und der Französischen Republik hiermit das Recht gewährt, vorbehaltlich einer Entschädigungszahlung in den in Betracht kommenden Fällen, das im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags von ihnen genutzte Eigentum während einer Übergangszeit weiter zu benutzen, vorausgesetzt, daß dieses Eigentum für den Gebrauch der von ihnen zu errichtenden Botschaften und Konsulate benötigt wird.

Article 13

In order to facilitate the smooth transition from the Occupation regime to normal diplomatic relationships, and to provide for the accommodation of the Embassies and Consulates of the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic, the Governments of the United States, the United Kingdom and the French Republic are hereby granted the right, subject to the payment of compensation in appropriate cases, to the continued use for a transitional period of the property used by them on the entry into force of the present Convention, provided such property is required for use by the Embassies and Consulates to be set up by them.

Article 13

Afin de ménager une transition sans heurts entre le régime d'occupation et un régime fondé sur des relations diplomatiques normales, et en vue de permettre l'installation matérielle des ambassades et des consulats de la République Française, des Etats-Unis et du Royaume-Uni, le droit est accordé aux Gouvernements de la République Française, des Etats-Unis et du Royaume-Uni, sous réserve du paiement d'une redevance dans les cas appropriés, de continuer à utiliser, pendant une période transitoire, les biens dont ils ont l'usage à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, pour autant qu'ils en auront besoin pour les ambassades et consulats qu'ils créeront.

ZWEITER TEIL

Dekartellierung und Entflechtung

(gestrichen)

CHAPTER TWO

Decartelization and Deconcentration

Deleted.

CHAPITRE DEUXIEME

Décartellisation et Déconcentration

— supprimé —

DRITTER TEIL

Innere Rückerstattung

Artikel 1

Dieser Teil bezieht sich auf

(a) die Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte an Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung auf Grund folgender Rechtsvorschriften:

CHAPTER THREE

Internal Restitution

Article 1

This Chapter relates to:

(a) the restitution of identifiable property to victims of Nazi oppression pursuant to the following legislation:

CHAPITRE TROISIEME

Restitutions Internes

Article 1

Le présent Chapitre a trait:

(a) à la restitution des biens identifiables aux victimes de l'oppression nazie, en vertu de la législation suivante:

(i) für die britische Besatzungszone

Gesetz Nr. 59 der Militärregierung, abgeändert oder ergänzt durch die Verordnungen Nr. 205, 212, 225, 232, 233, 237, 240, 243, 252 und 255 des britischen Hohen Kommissars durch die Bekanntmachung Nr. 1 zur Verordnung Nr. 233, sowie die Durchführungsverordnungen Nr. 1 bis 13 in den letzten Fassungen;

(ii) für die amerikanische Besatzungszone

Gesetz Nr. 59 der Militärregierung, abgeändert oder ergänzt durch die Änderungen Nr. 1 und 2, durch die Gesetze Nr. 3, 4, 5, 12, 13, 14, 21 (in abgeänderter Fassung), 30 und 42 des amerikanischen Hohen Kommissars, sowie durch die hierzu erlassenen Durchführungsverordnungen;

(iii) für die französische Besatzungszone

Verordnung Nr. 120 des französischen Oberkommandierenden, abgeändert oder ergänzt durch die Verordnungen Nr. 156, 186 und 213 des französischen Oberkommandierenden und durch die Verordnungen Nr. 268 und 274 des französischen Hohen Kommissars, die Verfügung Nr. 177, erlassen auf Grund der Verordnung Nr. 120 (in abgeänderter Fassung) und die Verordnung Nr. 252 des französischen Hohen Kommissars, abgeändert durch die Verordnung Nr. 255;

(b) die Rückerstattung oder Übertragung von Vermögenswerten, die unter dem nationalsozialistischen Regime bei Genossenschaften, Gewerkschaften, Wohltätigkeitsorganisationen und anderen demokratischen Organisationen beschlagnahmt wurden, auf Grund der Direktive Nr. 50 des Kontrollrats und folgender Rechtsvorschriften:

(i) für die britische Zone

Verordnungen Nr. 150 und 159 der Militärregierung, abgeändert durch die Verordnungen Nr. 208 und 227 des britischen Hohen Kommissars, Absatz (3) des Artikels 4 der Verordnung Nr. 202 der Militärregierung und Verordnung Nr. 254 des britischen Hohen Kommissars;

(ii) für die amerikanische Zone

Gesetz Nr. 58 der Militärregierung, abgeändert oder ergänzt durch den Nachtrag Nr. 1 zu den Durchführungsanweisungen des Gesetzes Nr. 58 der Militärregierung und der Direktive Nr. 50 des Kontrollrats, sowie durch die Durchführungsverordnung Nr. 1 zum Gesetz Nr. 58 der Militärregierung und durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. A-14 der Alliierten Hohen Kommission;

(iii) für die französische Zone

Verordnung Nr. 141 des französischen Oberkommandierenden;

(i) for the British Zone of Occupation

Military Government Law No. 59, as amended or supplemented by Ordinances Nos. 205, 212, 225, 232, 233, 237, 240, 243, 252 and 255 of the United Kingdom High Commissioner, by Notice No. 1 under Ordinance No. 233 and by Regulations Nos. 1 to 13 inclusive in their last amended versions;

(ii) for the United States Zone of Occupation

Military Government Law No. 59, as amended or supplemented by Amendments Nos. 1 and 2, by Laws Nos. 3, 4, 5, 12, 13, 14, 21 (as amended), 30 and 42 of the United States High Commissioner and by the regulations issued pursuant thereto;

(iii) for the French Zone of Occupation

Ordinance No. 120 of the French Commander-in-Chief, as amended or supplemented by Ordinances Nos. 156, 186, and 213 of the French Commander-in-Chief and by Ordinances Nos. 268 and 274 of the French High Commissioner, Order No. 177 under Ordinance No. 120 (as amended) and Ordinance No. 252 of the French High Commissioner, as amended by Ordinance No. 255;

(b) the restitution or reallocation of property seized under the National Socialist regime from co-operative societies, trade unions, charitable organizations and other democratic organizations, pursuant to Control Council Directive No. 50 and to the following legislation:

(i) for the British Zone

Military Government Ordinances Nos. 150 and 159, as amended by Ordinances Nos. 208 and 227 of the United Kingdom High Commissioner, paragraph 3 of Article 4 of Military Government Ordinance No. 202 and Ordinance No. 254 of the United Kingdom High Commissioner;

(ii) for the United States Zone

Military Government Law No. 58, as amended or supplemented by Supplement No. 1 to Instructions Implementing Military Government Law No. 58 and Control Council Directive No. 50, by Regulation No. 1 pursuant to Military Government Law No. 58 and by Article 2 of Allied High Commission Law No. A-14;

(iii) for the French Zone

Ordinance No. 141 of the French Commander-in-Chief;

(i) Pour la Zone Britannique d'Occupation

La Loi N° 59 du Gouvernement Militaire, amendée ou complétée par les Ordonnances N°s 205, 212, 225, 232, 233, 237, 240, 243, 252 et 255 du Haut Commissaire Britannique, l'Avis N° 1 pris en application de l'Ordonnance N° 233 et les Règlements N°s 1 à 13 inclus, dans leur version amendée.

(ii) Pour la Zone Américaine d'Occupation

La Loi N° 59 du Gouvernement Militaire, modifiée ou complétée par les Amendements N°s 1 et 2 ainsi que par les Lois N°s 3, 4, 5, 12, 13, 14, 21 (amendée), 30 et 42 du Haut Commissaire Américain et par les Règlements pris pour leur application.

(iii) Pour la Zone Française d'Occupation

L'Ordonnance N° 120 du Commandant en Chef Français en Allemagne, amendée ou complétée par les Ordonnances N°s 156, 186 et 213 du Commandant en Chef Français en Allemagne et par les Ordonnances N°s 268 et 274 du Haut Commissaire de la République Française, l'Arrêté N° 177 pris en application de l'Ordonnance N° 120 (amendée), et l'Ordonnance N° 252 du Haut Commissaire de la République Française, amendée par l'Ordonnance N° 255.

(b) à la restitution ou la nouvelle attribution des biens saisis, sous le régime national-socialiste, aux sociétés coopératives, syndicats, organisations charitables et autres organisations démocratiques, en vertu de la Directive N° 50 du Conseil de Contrôle et de la législation suivante:

(i) Pour la Zone Britannique d'Occupation

L'Ordonnance N° 150 et l'Ordonnance N° 159 du Gouvernement Militaire, amendées par les Ordonnances N°s 208 et 227 du Haut Commissaire Britannique, le paragraphe 3 de l'Article 4 de l'Ordonnance N° 202 du Gouvernement Militaire et l'Ordannance N° 254 du Haut Commissaire Britannique.

(ii) Pour la Zone Américaine d'Occupation

La Loi N° 58 du Gouvernement Militaire, amendée ou complétée par l'Additif N° 1 aux instructions prises pour l'application de la Loi N° 58 et de la Directive N° 50 du Conseil de Contrôle, par le Règlement N° 1 édicté en vertu de la Loi N° 58 du Gouvernement Militaire, et par l'Article 2 de la Loi N° A-14 de la Haute Commission Alliée.

(iii) Pour la Zone Française d'Occupation

L'Ordonnance N° 141 du Commandant en Chef Français en Allemagne.

(c) die Sperre, Kontrolle, Verwaltung und endgültige Verfügung, im Einklang mit den in den Unterabsätzen (a) und (b) dieses Artikels erwähnten Rechtsvorschriften, bezüglich der in diesen Unterabsätzen ebenfalls erwähnten Vermögenswerte auf Grund der Gesetze Nr. 52 des SHAEF und der Militärregierungen (in den abgeänderten Fassungen), sowie der hierzu erlassenen Durchführungsverordnungen, Anordnungen, Genehmigungen und Anweisungen, soweit sie auf die erwähnten Vermögenswerte oder auf den Ertrag bzw. Erlös aus diesen Vermögenswerten anwendbar sind.

(c) the blocking, control, administration and final disposal, in accordance with the legislation referred to in sub-paragraphs (a) and (b) of this Article, of the property also referred to in those sub-paragraphs pursuant to SHAEF and Military Government Laws No 52 (as amended) and the regulations, orders, licenses, and instructions issued thereunder, so far as applicable to such property or the proceeds thereof.

(c) au blocage, au contrôle, à l'administration et à la disposition définitive, conformément aux textes visés dans les alinéas (a) et (b) du présent Article des biens également visés dans ces alinéas, en vertu des Lois No 52 amendées du SHAEF et des Gouvernements Militaires, et des règlements, arrêtés, licences et instructions édictés pour leur application, dans la mesure où ils sont applicables à de tels biens ou au produit de ces biens.

Artikel 2

Die Bundesrepublik erkennt hiermit die Notwendigkeit an und übernimmt die Verpflichtung, die in Artikel 1 dieses Teils erwähnten Rechtsvorschriften und die dafür vorgesehenen Programme für die Rückerstattung und Übertragung in vollem Umfange und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln beschleunigt durchzuführen. Die Bundesrepublik wird eine Bundesdienststelle damit betrauen, die Erfüllung der in diesem Artikel übernommenen Verpflichtung unter Beachtung der Vorschriften des Grundgesetzes sicherzustellen. Die nachstehenden Artikel dieses Teils sind nicht so auszulegen, als beschränkten sie die auf Grund dieses Artikels übernommene Verpflichtung auf die darin bezeichneten Maßnahmen.

Article 2

The Federal Republic hereby acknowledges the need for, and assumes the obligation to implement fully and expeditiously and by every means in its power, the legislation referred to in Article 1 of this Chapter and the programmes for restitution and reallocation thereunder provided. The Federal Republic shall entrust a Federal agency with ensuring the fulfilment of the obligation undertaken in this Article, paying due regard to the provisions of the Basic Law. The following Articles of this Chapter shall not be construed as limiting to the measures therein specified the obligation assumed under this Article.

Article 2

La République Fédérale reconnaît la nécessité et assume l'obligation d'appliquer entièrement et dans les meilleurs délais, par tous les moyens en son pouvoir, la législation mentionnée à l'Article 1 du présent Chapitre, ainsi que les programmes de restitutions et de nouvelles attributions qu'elle prévoit. La République Fédérale chargera une agence fédérale du soin d'assurer l'exécution de l'obligation assumée dans le présent Article, compte tenu des dispositions de la Loi Fondamentale. Les articles suivants du présent Chapitre ne seront pas interprétés comme limitant, aux mesures qui y sont précisées, l'obligation assumée aux termes du présent Article.

Artikel 3

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 6 dieses Teils bleiben die in Artikel 1 dieses Teils bezeichneten Rechtsvorschriften in der durch Absatz (2) des Artikels 4 abgeänderten Fassung aufrechterhalten, bis alle Verfahren über Ansprüche auf Grund dieser Vorschriften vollständig erledigt sind. Außerdem bleibt der Teil dieser Rechtsvorschriften, der sich auf die Errichtung, die Rechte und den Fortbestand von Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften bezieht, so lange in Kraft, bis alle diese Organisationen und Körperschaften die Aufgaben erfüllt haben, für die sie geschaffen wurden.

(2) Die Bundesrepublik kann alle Rechtssetzungsbefugnisse, die auf Grund solcher Rechtsvorschriften den Drei Mächten oder einer von ihnen zustehen, im Einklang mit diesen Rechtsvorschriften durch ihre Gesetzgebung und durch Verordnungen der Bundesregierung ausüben.

(3) (gestrichen)

(4) Die Bundesrepublik verpflichtet sich hiermit, in den verschiedenen Besatzungszonen der Drei Mächte, so-

Article 3

1. Subject to the provisions of Article 6 of this Chapter, the legislation referred to in Article 1 of this Chapter, as amended in paragraph 2 of Article 4 of this Chapter, shall be maintained in force until all claims filed thereunder have been fully dealt with. Moreover, that portion of such legislation as relates to the establishment, rights and continued existence of successor organizations and trust corporations shall be maintained in force until all such organizations and corporations have completed the tasks for which they were created.

2. The Federal Republic may exercise all legislative powers exercisable by the Three Powers or any of them pursuant to such legislation, in a manner not inconsistent therewith, by means of Federal legislation or of ordinances of the Federal Government.

3. Deleted.

4. The Federal Republic hereby undertakes to maintain and to augment or supplement in the several Zones of

Article 3

1. — Sous réserve des dispositions de l'Article 6 du présent Chapitre, la législation mentionnée à l'Article 1 du présent Chapitre, telle qu'amendée aux termes du paragraphe 2 de l'Article 4 du présent Chapitre, sera maintenue en vigueur, jusqu'à ce qu'il ait été complètement disposé de toutes les demandes présentées en application de ces textes. En outre, la partie de cette législation qui concerne l'institution, les droits ou la continuité de l'existence des organisations successorales et des « trust corporations » sera maintenue en vigueur jusqu'à ce que ces organisations et « corporations » aient achevé les tâches pour lesquelles elles ont été créées.

2. — La République Fédérale peut exercer tous les pouvoirs législatifs dont l'exercice appartient aux Trois Puissances ou à l'une d'entre elles en vertu de cette législation, d'une manière qui ne soit pas incompatible avec celle-ci, par voie de législation fédérale ou d'ordonnance du Gouvernement Fédéral.

3. — Supprimé.

4. — La République Fédérale s'engage à maintenir, à augmenter ou à compléter dans les Zones d'Occu-

weit dies zur wirksamen Durchführung der in Artikel 2 dieses Teils bezeichneten Programme notwendig ist, die bestehenden Verwaltungs- und richterlichen Behörden und Organisationen beizubehalten und auszubauen oder zu ergänzen, die zuständig sind für

(a) die Sperre, Kontrolle, Verwaltung, Freigabe von Vermögenswerten, auf die Ansprüche auf Grund der in Artikel 1 dieses Teils bezeichneten Rechtsvorschriften erhoben werden können, sowie die Verfügung über diese Vermögenswerte;

(b) die Anmeldung, Prüfung, wertmäßige Feststellung, Entscheidung und endgültige Regelung in bezug auf Ansprüche gemäß diesen Rechtsvorschriften.

(5) Die Bundesrepublik verpflichtet sich ferner,

(a) (gestrichen)
(b) (gestrichen)
(c) (gestrichen)

(d) jederzeit nach Inkrafttreten dieses Vertrags auf die nicht im Inland ansässigen Personen, die mit Erfolg Ansprüche nach den in Artikel 1 dieses Teils bezeichneten Rechtsvorschriften geltend gemacht haben, Bestimmungen und Bedingungen bezüglich folgender Geschäfte

(i) Verwendung und Verfügung (einschließlich der Verbringung aus dem Gebiet der Bundesrepublik) hinsichtlich ihnen rückerstatteter oder solcher Vermögenswerte, die als Ersatz aus dem Ertrag bzw. Erlös rückerstatteter Werte erworben worden sind, und

(ii) Verwendung und Verfügung hinsichtlich von Beträgen in Deutscher Mark, die aus der Befriedigung von Rückerstattungsansprüchen und aus der Verwertung rückerstatteter Vermögenswerte herrühren, einschließlich der Umwandlung solcher Beträge in Devisen und deren Ausfuhr

anzuwenden, die nicht ungünstiger sein dürfen als diejenigen, die unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrags anwendbar waren oder als die, welche zur Zeit der Vornahme des Geschäfts auf die Eigentümer anderer Vermögenswerte anwendbar sind, die ihren gewöhnlichen Wohnsitz im Bundesgebiet aufgeben, je nachdem, welche Bedingungen günstiger sind.

(6) Die Verpflichtungen der Bundesrepublik auf Grund dieses Artikels und des Artikels 2 sollen keine unmittelbaren Bindungen hinsichtlich der Einrichtung und der Verwaltungsverfahren von Rückerstattungsbehörden der Länder und von Behörden der Länder, die mit Maßnahmen gemäß Unterabsatz (c) des Artikels 1 befaßt sind, einschließen. Jedoch dürfen die bestehenden Einrichtungen und Verwaltungsverfahren nicht so abgeändert

Occupation of the Three Powers, where necessary for the effective carrying out of the programmes referred to in Article 2 of this Chapter, the existing administrative and judicial agencies or organizations which are concerned with

(a) the blocking, control, administration, unblocking and disposal of property subject to claims under the legislation referred to in Article 1;

(b) the filing, investigation, assessment, adjudication and final settlement of claims under that legislation.

5. The Federal Republic further undertakes

(a) Deleted.
(b) Deleted.
(c) Deleted.

(d) at all times after the entry into force of the present Convention, to apply to non-residents who are successful claimants under the legislation referred to in Article 1 of this Chapter, terms and conditions for the following transactions:

(i) the use and disposal (including the removal from the Federal territory) of property restituted to them, or of property acquired in replacement or with the proceeds thereof, and

(ii) the use and disposal of Deutsche Mark balances resulting from the satisfaction of restitution claims and from the proceeds of the realization of restituted properties including the conversion of such balances into foreign exchange and the transfer abroad of such exchange

which shall be no less favourable than those applicable to them immediately before the entry into force of the present Convention, or than those which may, at the time of the transaction, be applicable to owners of other property who give up their ordinary residence in the Federal territory, whichever are the more favourable.

6. The undertakings of the Federal Republic pursuant to this Article and to Article 2 of this Chapter shall not involve any direct obligation with regard to the establishment of the Restitution Agencies of the Länder, and the agencies of the Länder dealing with the matters referred to in sub-paragraph (c) of Article 1 of this Chapter, and their administrative procedures. However, no changes shall be made with regard to existing estab-

pation des Trois Puissances, lorsque cela sera nécessaire pour accomplir efficacement les programmes visés à l'Article 2 du présent Chapitre, les organismes ou services existants, administratifs ou judiciaires, qui traitent des questions suivantes:

(a) blocage, contrôle, administration, déblocage et disposition des biens faisant l'objet de demandes en vertu de la législation mentionnée à l'Article 1;

(b) dépôt, instruction, évaluation, décision et règlement définitif des demandes présentées en vertu de cette législation.

5. — La République Fédérale s'engage, en outre:

(a) supprimé;
(b) supprimé;
(c) supprimé;

(d) à faire bénéficier, à tout moment après l'entrée en vigueur de la présente Convention, les non-résidants qui ont obtenu gain de cause à la suite de demandes présentées en vertu de la législation mentionnée à l'Article 1 du présent Chapitre, de conditions pour les opérations suivantes:

(i) l'utilisation et la disposition (y compris l'enlèvement hors du territoire fédéral) de biens qui leur out été restitués ou de biens acquis en remplacement de ces biens ou avec le produit de ces biens, et

(ii) l'utilisation et la disposition de soldes en Deutsche Mark résultant du paiement de créances de restitution et du produit de la réalisation de biens restitués, y compris la conversion de ces soldes en devises étrangères et le transfert à l'étranger de ces devises;

qui ne seront pas moins favorables que les conditions qui leur seront applicables immédiatement avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, ou que celles qui pourront, à la date de l'opération, être applicables aux propriétaires d'autres biens qui abandonneront leur résidence habituelle sur le territoire de la République Fédérale, selon celles de ces conditions qui seront les plus favorables.

6. — Les engagements de la République Fédérale, en vertu du présent Article et de l'Article 2 du présent Chapitre, n'impliqueront aucune obligation directe en ce qui concerne l'institution des agences de restitutions des Länder ou les agences des Länder qui traitent des matières visées au paragraphe (c) de l'Article 1 du présent Chapitre, et leurs procédures administratives. Toutefois, il ne sera apporté aux institutions et aux procé-

werden, daß dadurch in irgendeiner Weise die volle und beschleunigte Durchführung der in Artikel 2 dieses Teils erwähnten Rückerstattungsprogramme verhindert oder gefährdet werden könnte.

lishments and administrative procedures which would in any way impede or endanger the full and expeditious implementation of the programmes referred to in Article 2.

dures administratives existantes aucun changement qui entraverait ou mettrait en péril, de quelque manière que ce soit, l'application totale et rapide des programmes visés à l'Article 2.

Artikel 4

(1) Die Bundesrepublik verpflichtet sich hiermit:

(a) die Zahlung an Rückerstattungsberechtigte aus allen Urteilen und Entscheidungen nach Maßgabe des Absatzes (3) zu gewährleisten, die gegen das frühere Deutsche Reich auf Grund der in Artikel 1 dieses Teils bezeichneten Rechtsvorschriften ergangen sind oder ergehen werden;

(b) alsbald durch geeignete Abmachungen mit Berlin die Haftung für die Zahlung aus allen Urteilen und Entscheidungen gegen das frühere Deutsche Reich gemäß dem geltenden inneren Rückerstattungsrecht der Westsektoren Berlins zu den in diesem Artikel festgesetzten Bedingungen zu übernehmen.

(2) Die in Unterabsatz (a) und (b) des Artikels 1 bezeichneten Rechtsvorschriften gelten als dahin ergänzt, daß Urteile und Entscheidungen, die sich auf Reichsmarkverpflichtungen des früheren Reiches gründen und Geldsummenansprüche betreffen, in einem Verhältnis von zehn Reichsmark zu einer Deutschen Mark in Deutsche Mark umzustellen sind. Urteile und Entscheidungen auf Schadenersatz gegen das frühere Reich gemäß den in Unterabsatz (a) und (b) des Artikels 1 bezeichneten Rechtsvorschriften sollen in Deutscher Mark ergehen und in Übereinstimmung mit den allgemeinen Grundsätzen des deutschen Rechts, die für die Bemessung von Schadenersatz gelten, wie sie im deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch festgelegt sind, bemessen werden.

(3) Die Verpflichtung der Bundesrepublik gegenüber den Drei Mächten hinsichtlich von Geldurteilen und -entscheidungen gemäß Absatz (1) dieses Artikels ist erfüllt, wenn diese Urteile und Entscheidungen bezahlt sind, oder wird, wenn die Bundesrepublik dies wünscht, als erfüllt angesehen, wenn die Bundesrepublik hierfür eine Gesamtsumme von 1,5 Milliarden DM gezahlt hat. Die Bundesrepublik kann bei der Festsetzung der Zeit und Methode der Zahlung auf Grund solcher Urteile und Entscheidungen ihre Zahlungsfähigkeit berücksichtigen.

Article 4

1. The Federal Republic hereby undertakes

(a) subject to paragraph 3 of this Article, to ensure the payment to restitutees of all judgments or awards which have been or hereafter shall be given or made against the former German Reich under the legislation referred to in Article 1 of this Chapter;

(b) to assume forthwith, by appropriate arrangements with the City of Berlin, liability for the payment, on terms corresponding to those set out in this Article, of all judgments and awards against the former German Reich under the internal restitution legislation in force in the Western Sectors of Berlin.

2. The legislation referred to in subparagraphs (a) and (b) of Article 1 of this Chapter shall be deemed to be amended so as to provide that judgments or awards based on indebtedness in Reichsmarks of the former Reich for a sum of money (Geldsummenansprüche) shall be converted into Deutsche Marks at the rate of ten Reichsmarks for one Deutsche Mark. Judgments or awards for compensation which may be given against the former Reich under the legislation referred to in sub-paragraphs (a) and (b) of Article 1 shall be made in Deutsche Marks assessed in accordance with the general principles of German law applicable to the assessment of compensation as set forth in the German Civil Code.

3. The obligation of the Federal Republic to the Three Powers with respect to money judgments and awards under paragraph 1 of this Article shall be satisfied when such judgments and awards shall have been paid or shall, if the Federal Republic so requests, be considered to have been satisfied when the Federal Republic shall have paid a total of DM 1,500,000,000 thereon. In determining the time and method of payment of such judgments and awards, the Federal Republic may take into consideration its capacity to pay.

Article 4

1. — La République Fédérale s'engage:

(a) sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent Article, à assurer le règlement en faveur des ayants-droit à restitution de tous jugements ou sentences qui ont été ou seront prononcés ou rendus à l'encontre de l'ancien Reich allemand, en vertu de la législation visée à l'Article 1 du présent Chapitre;

(b) à assumer immédiatement, au moyen d'arrangements appropriés avec Berlin, la responsabilité du paiement, à des conditions correspondant à celles fixées au présent Article, de tous jugements et sentences rendus à l'encontre de l'ancien Reich allemand, en vertu de la législation sur les restitutions internes en vigueur dans les secteurs occidentaux de Berlin.

2. — La législation visée aux alinéas (a) et (b) de l'Article 1 du présent Chapitre sera considérée comme amendée, de façon à prévoir que les jugements ou sentences fondés sur les dettes en Reichsmark de l'ancien Reich pour une somme d'argent (Geldsummenansprüche) seront converties en Deutsche Mark au taux de 10 Reichsmark pour 1 Deutsche Mark. Les jugements et sentences portant indemnisation, qui pourront être rendus contre l'ancien Reich allemand en vertu de la législation visée aux alinéas (a) et (b) de l'Article 1, seront prononcés en Deutsche Mark, évalués conformément aux principes généraux du droit allemand applicable à l'évaluation des indemnisations selon le Code Civil allemand.

3. — L'obligation de la République Fédérale à l'égard des Trois Puissances, en ce qui concerne les jugements ou sentences impliquant un versement en espèces en vertu du paragraphe 1 du présent Article, sera remplie lorsque ces jugements et sentences auront été réglés ou sera, si la République Fédérale le demande, considérée comme ayant été remplie lorsque la République Fédérale aura versé une somme totale de 1.500 millions de DM. à cet effet. En vue de la détermination de l'époque et de la méthode de règlement de ces jugements et sentences, la République Fédérale pourra tenir compte de sa capacité de paiement.

Artikel 5

Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften, die auf Grund der in Unterabsatz (a) des Artikels 1 dieses

Article 5

Successor organizations and trust corporations appointed pursuant to the legislation referred to in sub-

Article 5

Les organisations successorales et les « trust corporations » désignées en application de la législation mentionnée

Teils bezeichneten Rechtsvorschriften bestellt worden sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie nach deutschem Recht errichtet sind, genießen gegenwärtig Steuerfreiheit in der Bundesrepublik Soweit die Steuern ausschließlich dem Bund zufließen, genießen die Organisationen und Körperschaften diese Steuerfreiheit auch weiterhin. Sie sind ferner von allen Sondersteuern, -abgaben und -auflagen befreit, die sich tatsächlich auf das Kapital auswirken und ganz oder zum Teil zu dem besonderen Zweck auferlegt werden, Lasten zu decken, die aus dem Kriege oder aus Reparationen oder Restitutionen an eine der Vereinten Nationen herrühren. Hinsichtlich der Steuern, die ganz oder teilweise den Ländern oder Gemeinden (Gemeindeverbänden) zufließen, wird die Bundesregierung eine Sondervereinbarung treffen, die die gemeinnützigen Zwecke dieser Organisationen und Körperschaften berücksichtigt.

paragraph (a) of Article 1 of this Chapter, whether or not organized under German law, now enjoy immunity from taxation in the Federal Republic. With regard to taxes the proceeds of which accrue exclusively to the Federation, the organizations and corporations shall continue to enjoy this immunity. They shall also be exempt from any exceptional taxes, levies and imposts, the incidence of which is in fact upon capital assets, imposed in whole or in part for the specific purpose of meeting charges arising out of the war, or out of reparation or restitution to any of the United Nations. With regard to taxes the proceeds of which accrue, in whole or in part, to the Länder, Gemeinden or Gemeindeverbände, the Federal Government will enter into a separate arrangement having in mind the charitable purposes of these organizations and corporations.

au paragraphe (a) de l'Article 1 du présent Chapitre, qu'elles soient ou non constituées selon le droit allemand, jouissent actuellement de l'immunité fiscale dans la République Fédérale. En ce qui concerne les impôts dont le produit revient exclusivement à la Fédération, les organisations et «corporations» continueront à jouir de cette immunité. Elles seront également exemptées de tous impôts, taxes ou droits exceptionnels dont l'incidence frappe, en fait, le capital et qui sont prélevés, en tout ou en partie dans le but spécifique de faire face aux charges résultant de la guerre ou des réparations ou restitutions au profit de l'une quelconque des Nations-Unies. En ce qui concerne les impôts dont le produit revient en tout ou en partie aux Länder, aux Gemeinden ou aux Gemeindeverbände, le Gouvernement Fédéral conclura un arrangement séparé en prenant en considération les objectifs charitables de ces organisations ou «corporations».

Artikel 6

(1) Es wird hiermit ein Oberstes Rückerstattungsgericht errichtet, das in Durchführung der in Unterabsatz (a) des Artikels 1 dieses Teils bezeichneten Rechtsvorschriften die Nachfolge übernimmt

(a) des Obersten Rückerstattungsgerichts für die britische Zone;

(b) des Amerikanischen Rückerstattungsberufungsgerichts (Court of Restitution Appeals) für die amerikanische Zone;

(c) des Obergerichts für Rückerstattungssachen (Cour Supérieure pour les Restitutions) in der französischen Zone.

Zusammensetzung, Zuständigkeit, Befugnisse und Obliegenheiten des Obersten Rückerstattungsgerichts richten sich nach der als Anhang beigefügten Satzung des Obersten Rückerstattungsgerichts.

(2) Jedes Gericht, dessen Nachfolge das Oberste Rückerstattungsgericht übernimmt, hat binnen drei Monaten über die bei Inkrafttreten dieses Vertrags im Stadium der endgültigen Erledigung befindlichen Fälle zu entscheiden und alle Fälle, die in diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden sind, auf das Oberste Rückerstattungsgericht überzuleiten. Für die Zwecke dieses Vertrags gelten Fälle, die ein Gericht bei Inkrafttreten dieses Vertrags noch nicht zu untersuchen und richterlich zu würdigen begonnen hat oder lediglich in bezug auf das Verfahren untersucht und richterlich gewürdigt hat, nicht als Fälle, die bei Inkrafttreten dieses Vertrags sich im Stadium der endgültigen Erledigung befinden.

Article 6

1. There is hereby established a Supreme Restitution Court to succeed, under the legislation referred to in sub-paragraph (a) of Article 1 of this Chapter:

(a) The Supreme Restitution Court for the British Zone;

(b) The United States Court of Restitution Appeals of the Allied High Commission for Germany for the United States Zone;

(c) The Higher Court of Restitution (Cour Supérieure pour les Restitutions) for the French Zone.

The composition, jurisdiction, powers and duties of the Supreme Restitution Court shall be as prescribed by the Charter of the Supreme Restitution Court annexed to this Chapter.

2. Each Tribunal to which the Supreme Restitution Court succeeds shall within three months decide those cases in process of final disposition on the entry into force of the present Convention and shall refer to the Supreme Restitution Court all cases not decided at the end of that period. For the purposes of the present Convention, cases which a tribunal, on the entry into force of the present Convention, has not begun to investigate and consider judicially, or has investigated and considered judicially only in regard to matters of procedure, shall not be considered as cases which, on the entry into force of the present Convention, were in process of final disposition.

Article 6

1. — Il est institué une Cour Suprême des Restitutions qui, aux termes de la législation mentionnée à l'alinéa (a) du paragraphe 1 de l'Article 1 du présent Chapitre succédera:

(a) en Zone Britannique, à la Cour Suprême des Restitutions;

(b) en Zone Américaine, à la Cour d'Appel des Restitutions Américaine de la Haute Commission Alliée en Allemagne (United States Court of Restitution Appeals of the Allied High Commission for Germany);

(c) en Zone Française, à la Cour Supérieure pour les Restitutions.

La composition, la compétence, les pouvoirs et les obligations de la Cour Suprême des Restitution sont définis par la Charte de la Cour Suprême des Restitutions annexée au présent Chapitre.

2. — Chaque juridiction à laquelle succède la Cour Suprême des Restitutions statuera dans les trois mois sur les affaires qui, lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, seront en voie d'être définitivement réglées, et soumettra à cette Cour toutes les affaires sur lesquelles une décision définitive n'aura pas été prise à la fin de cette période. Pour l'application de la présente Convention, ne seront pas considérées comme des affaires qui, lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, seraient en voie d'être définitivement réglées, les affaires qu'une juridiction, à l'entrée en vigueur de la présente Convention, n'a pas commencé à instruire ou à examiner judiciairement ou n'a instruites ou examinées judiciairement qu'au point de vue de la procédure.

ANHANG ZUM DRITTEN TEIL

Satzung des Obersten Rückerstattungsgerichtes

Artikel 1

(1) Das Gericht besteht aus

(a) dem Präsidenten des Gerichtes,

(b) dem Präsidium (Presidential Council),

(c) drei Senaten (Divisions).

(2) Jeder Senat besteht aus mindestens fünf Richtern, einem Geschäftsstellenleiter und einer Geschäftsstelle und ausreichendem Personal, um seine Aufgaben wirksam zu erfüllen.

(3) Staatsvertreter können bei jedem der Senate in der Weise ernannt werden, wie die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte dies gegebenenfalls beschließen Absatz (3), (4) und (5) des Artikels 2, Absatz (1), (4), (5) und (6) des Artikels 3 gelten entsprechend.

(4) Ein Senat wird aufgelöst, wenn keine Fälle mehr zu bearbeiten sind. Damit endet die Amtszeit aller seiner Richter. Das Gericht wird mit Auflösung des letzten Senats aufgelöst.

(5) Das Gericht hat seinen Sitz in Herford. Der erste Senat des Gerichts hat seinen Sitz in Rastatt, der zweite in Herford und der dritte in Nürnberg.

(6) Das Präsidium kann jeweils mit Zustimmung der Bundesregierung und der Regierungen der Drei Mächte bestimmen

(a) einen neuen Sitz für das Gericht oder einen seiner Senate;

(b) die Zahl der Richter, die von jedem Senat zusätzlich zu den gemäß Artikel 2 ernannten Richtern benötigt werden;

(c) den Zeitpunkt der Auflösung eines jeden Senats;

(d) die Aufstellung von Verwaltungs- und anderem nichtrichterlichen Personal, das das Gericht oder ein Senat benötigt, soweit dies nicht durch diese Satzung bestimmt ist.

(7) Unbeschadet des Absatzes (6) dieses Artikels reicht das Präsidium bei der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte jährlich Berichte ein, worin sein Bedarf an richterlichem und anderem Personal für die auf den Zeitpunkt des Berichtes folgenden zwölf Monate angegeben wird. Der erste Bericht wird zwischen dem vierzehnten und siebzehnten Monat nach Inkrafttreten dieser Satzung unterbreitet.

ANNEX TO CHAPTER THREE

Charter of the Supreme Restitution Court

Article 1

1. The Court shall consist of

(a) the President of the Court,

(b) the Presidential Council (Präsidium),

(c) three Divisions (Senate).

2. Each Division shall be composed of at least five justices, a Clerk and registry, with sufficient personnel to carry out its functions effectively.

3. State Counsel may be appointed to any of the Divisions in such a manner as the Governments of the Three Powers and the Federal Government may decide. Paragraphs 3, 4 and 5 of Article 2 and paragraphs 1, 4, 5 and 6 of Article 3 of the present Charter shall apply *mutatis mutandis*.

4. A Division shall be dissolved when no further cases remain to be dealt with by it. The terms of office of all its justices shall thereupon terminate. The Court shall be dissolved on the same date as the last active Division is dissolved.

5. The seat of the Court shall be at Herford. The First Division of the Court shall have its seat at Rastatt, the Second Division at Herford and the Third Division at Nuremberg.

6. The Presidential Council may from time to time with the approval of the Governments of the Three Powers and the Federal Government determine

(a) a new seat for the Court or any of its Divisions,

(b) the number of justices required by any of the Divisions in addition to those appointed in accordance with Article 2,

(c) the date of dissolution of each of the Divisions.

(d) the establishment of administrative and other non-judicial staff required by the Court or any of its Divisions, so far as this is not provided for in the present Charter.

7. Without prejudice to the provisions of paragraph 6, the Presidential Council shall render annual reports to the Governments of the Three Powers and the Federal Government setting forth its requirements for judicial and other personnel for the twelve months next following the date of the report. The first report shall be rendered between the fourteenth and seventeenth month after the entry into force of the present Charter.

ANNEXE AU CHAPITRE TROISIEME

Charte de la Cour Suprême des Restitutions

Article 1

1. — La Cour est composée:

(a) du Président de la Cour;

(b) du Conseil des Présidents (Präsidium);

(c) de trois Chambres (Senate).

2. — Chaque Chambre est composée d'au moins cinq juges, d'un greffier et d'un greffe, ainsi que du personnel suffisant pour accomplir efficacement ses travaux.

3. — Un Commissaire du Gouvernement peut être désigné auprès de l'une quelconque des Chambres de la Cour dans les conditions que les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral pourront déterminer. Les paragraphes 3, 4 et 5 de l'Article 2 et les paragraphes 1, 4, 5 et 6 de l'Article 3 de la présente Charte s'appliqueront *mutatis mutandis* aux Commissaires du Gouvernement.

4. — La dissolution d'une Chambre doit être prononcée lorsque celle-ci n'a plus à connaître d'aucune affaire. Les fonctions de ses membres prennent fin à ce moment. La Cour sera dissoute à la date de la dissolution de celle de ses Chambres qui restera la dernière en activité.

5. — Le siège de la Cour est à Herford. La Première Chambre a son siège à Rastatt, la Deuxième Chambre à Herford et la Troisième Chambre à Nuremberg.

6. — Le Conseil des Présidents peut, avec l'approbation des Gouvernements des Trois Puissances et du Gouvernement Fédéral:

(a) désigner un nouveau siège pour la Cour ou l'une de ses Chambres;

(b) fixer le nombre des juges requis par l'une quelconque des Chambres en plus de ceux nommés conformément à l'Article 2;

(c) fixer la date de dissolution de chacune des Chambres;

(d) arrêter, dans la mesure où cette question n'est pas résolue par la présente Charte, le nombre, le statut et l'affectation du personnel administratif ou non judiciaire nécessaire à la Cour ou à l'une de ses Chambres.

7. — Sans préjudice des dispositions du paragraphe 6, le Conseil des Présidents fera aux Gouvernements des Trois Puissances et au Gouvernement Fédéral un rapport annuel exposant ses besoins en personnel judiciaire ou autre pour les douze mois suivant immédiatement la date de ce rapport. Le premier rapport sera établi entre le quatorzième et le dix-septième mois après l'entrée en vigueur de la présente Charte.

Artikel 2

(1) Die fünf in Absatz (2) des Artikels 1 dieses Teils bezeichneten Richter werden wie folgt ernannt:

(a) zwei Richter von der Bundesregierung;

(b) zwei Richter von der Regierung der Französischen Republik im Falle des ersten Senats, zwei von der Regierung des Vereinigten Königreichs im Falle des zweiten Senats und zwei von der Regierung der Vereinigten Staaten im Falle des dritten Senats;

(c) ein Richter, der weder deutscher Staatsangehöriger noch Staatsangehöriger einer der Drei Mächte sein darf, durch Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Regierung der in Unterabsatz (b) dieses Absatzes zur Ernennung von Richtern für den betreffenden Senat bezeichneten Macht (nachfolgend als „die beteiligte Macht" bezeichnet) oder, in Ermangelung einer solchen Vereinbarung, vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes.

(2) Die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte geben ihre gemäß Absatz (1) dieses Artikels erforderlichen ersten Ernennungen spätestens bei Inkrafttreten dieser Satzung bekannt. Zum gleichen Zeitpunkt einigen sich die Bundesregierung und die beteiligte Macht auf den in Unterabsatz (c) des Absatzes (1) dieses Artikels genannten Richter. Ist innerhalb eines Monats nach diesem Zeitpunkt dieser Richter nicht ernannt worden, so können entweder die Bundesregierung oder die beteiligte Macht den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes um eine solche Ernennung ersuchen. Wenn die Bundesregierung und die beteiligte Macht innerhalb eines Monats nach der Genehmigung eines Beschlusses des Präsidiums gemäß Unterabsatz (b) des Absatzes (6) des Artikels 1, daß ein zusätzlicher Richter notwendig ist, hinsichtlich der Ernennung eines Richters, der nicht einseitig von der Bundesregierung oder der beteiligten Macht zu ernennen ist, keine Einigung erzielen können, finden die Bestimmungen des vorstehenden Satzes Anwendung.

(3) Die von den Regierungen der Drei Mächte ernannten Richter müssen die Befähigung nach Maßgabe der in Artikel 1 des vorstehenden Teils dieses Vertrags bezeichneten Rechtsvorschriften besitzen. Die von der Bundesregierung ernannten Richter müssen zum Richteramt in einem Lande der Bundesrepublik befähigt sein. Die anderen Richter müssen die in dem Lande ihrer Staatsangehörig-

Article 2

1. The five justices referred to in paragraph 2 of Article 1 shall be appointed as follows:

(a) two justices appointed by the Government of the French Republic in the case of the First Division; two by the Government of the United Kingdom in the case of the Second Division; and two by the Government of the United States in the case of the Third Division;

(b) two justices appointed by the Federal Government;

(c) one justice who shall be neither a national of any of the Three Powers nor a German national, and who shall be appointed by agreement between the Government of the Power designated in sub-paragraph (a) of this paragraph to appoint justices to the Division concerned (hereinafter referred to as "the Power concerned") and the Federal Government, or failing such agreement, by the President of the International Court of Justice.

2. The Governments of the Three Powers and the Federal Government shall make known their first appointments pursuant to paragraph 1 of this Article not later than the date of entry into force of the Present Charter. By the same date the Power concerned and the Federal Government shall agree upon the justice referred to in sub-paragraph (c) of paragraph 1. If he has not been appointed within one month after that date, either the Power concerned or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to appoint him. The provisions of the preceding sentence shall also apply if the Power concerned and the Federal Government fail to agree on the appointment of an additional justice who is not to be appointed unilaterally by the Power concerned or the Federal Government, within one month after approval of a decision of the Presidential Council under sub-paragraph (b) of paragraph 6 of Article 1 of the present Charter that such an additional justice is required.

3. The justices appointed by the Governments of the Three Powers shall be qualified in accordance with the legislation referred to in Article 1 of the foregoing Chapter. The justices appointed by the Federal Government shall be qualified for judicial office in a Land of the Federal Republic. The other justices shall have the qualifications required in the country of which they are nationals or resi-

Article 2

1. — Les cinq juges, visés au paragraphe 2 de l'Article 1, sont nommés ainsi qu'il suit:

(a) deux juges nommés par le Gouvernement de la République Française pour la Première Chambre, deux juges nommés par le Gouvernement du Royaume-Uni pour la Deuxième Chambre et deux juges nommés par le Gouvernement des États-Unis d'Amérique pour la Troisième Chambre;

(b) deux juges nommés par le Gouvernement Fédéral;

(c) un juge qui n'est ni un ressortissant de l'une des Trois Puissances, ni un ressortissant allemand, nommé par accord entre le Gouvernement de la Puissance chargée, à l'alinéa (a) du présent paragraphe, de nommer des juges à la Chambre intéressée (ci-après désignée «la Puissance intéressée») et le Gouvernement Fédéral, ou, à défaut d'un tel accord, par le Président de la Cour Internationale de Justice.

2. — Les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral notifieront, au plus tard à la date d'entrée en vigueur de la présente Charte, les premières nominations effectuées en vertu du paragraphe 1 du présent Article. A la même date, la Puissance intéressée et le Gouvernement Fédéral se mettront d'accord pour nommer le juge visé à l'alinéa (c) du paragraphe 1. Si, dans un délai d'un mois après la date précitée, ce juge n'a pas été nommé, la Puissance intéressée ou le Gouvernement Fédéral peut prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à cette nomination. Les dispositions de la phrase précédente s'appliqueront également si la Puissance intéressée et le Gouvernement Fédéral ne sont pas parvenus, dans le délai d'un mois après la décision du Conseil des Présidents, prise en application de l'alinéa (b) du paragraphe 6 de l'Article 1 de la présente Charte, et aux termes de laquelle un juge supplémentaire est nécessaire, à un accord sur la nomination d'un juge qui ne doit pas être nommé unilatéralement par le Gouvernement de la Puissance intéressée ou par le Gouvernement Fédéral.

3. — Les juges nommés par les Gouvernements des Trois Puissances doivent remplir les conditions prévues par la législation visée à l'Article 1 du Chapitre qui précède. Les juges nommés par le Gouvernement Fédéral doivent remplir les conditions requises pour accéder aux fonctions judiciaires dans un Land de la République Fédérale. Les autres juges doivent remplir les conditions requises

keit oder ihres Wohnsitzes für die Ernennung zum Richteramt erforderlichen oder gleichwertige Befähigungen besitzen.

(4) Das Präsidium kann den Sitz eines Richters für freigeworden erklären, wenn nach seiner Auffassung der Richter ohne hinreichenden Grund

(a) einer Sitzung ferngeblieben ist, für die er ordnungsgemäß bestimmt war, oder

(b) seine Obliegenheiten in sonstiger Weise gewissenhaft zu erfüllen unterlassen hat.

(5) Die Ernennung zur Besetzung einer Stelle, die durch den Ablauf der Dienstzeit eines Richters, seinen Tod, seinen Rücktritt oder seine Amtsenthebung gemäß dem vorstehenden Absatz frei geworden ist, erfolgt in gleicher Weise wie die Ernennung des zu ersetzenden Mitgliedes innerhalb eines Monats nach Freiwerden der Stelle.

Artikel 3

(1) Unbeschadet der Vorschriften des Absatzes (4) des Artikels 1 werden alle Richter erstmalig für eine Amtszeit von zwei Jahren ernannt, und ihre Amtszeit verlängert sich danach für jeweils ein Jahr. Ein Richter ist mindestens sechs Monate im voraus schriftlich davon zu benachrichtigen, wenn seine Amtszeit nach Ablauf nicht verlängert wird. Diese Benachrichtigung erfolgt im Falle eines von der Bundesregierung ernannten Richters durch diese, im Falle eines von der Regierung einer der Drei Mächte ernannten Richters durch die beteiligte Macht, und im Falle eines von der Bundesregierung und der Regierung einer der Drei Mächte gemeinsam oder von dem Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannten Richters durch die Bundesregierung und die beteiligte Macht. Unterbleibt diese Benachrichtigung, so verbleibt er für ein weiteres Jahr im Amt.

(2) Ein Richter kann jederzeit auf eigenen Wunsch aus seinem Amt ausscheiden. Er hat sein Amt bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers fortzuführen.

(3) Außer in den Fällen des Absatzes (4) des Artikels 2 darf kein Richter während seiner Amtszeit seines Amtes enthoben werden.

(4) Den Richtern dürfen keine nichtrichterlichen Aufgaben übertragen werden; sie dürfen keine Tätigkeit ausüben, die mit der Wahrnehmung ihres Amtes unvereinbar ist, noch bei der Entscheidung in einer Sache mitwirken, mit der sie in irgendeiner Eigenschaft, es sei denn als Mitglied eines Gerichtes, dessen Nachfolge das Oberste Gericht übernommen hat, vorher befaßt waren, oder an der sie unmittelbar interessiert sind. In Zweifelsfällen über die Anwendung der Bestimmungen dieses Absatzes entscheidet der Senat gemäß Artikel 8.

dents for appointment to judicial office or equivalent qualifications.

4. The Presidential Council may declare a vacancy for a justice if in its opinion, a justice has, without reasonable excuse, failed

(a) to attend a meeting for which he has been duly designated, or

(b) otherwise to perform his duties diligently.

5. The appointment to fill a vacancy created by the expiration of the term of office, death, resignation, or removal from office in accordance with the preceding paragraph of a justice shall be made in the same manner as his appointment within one month of the vacancy occuring.

Article 3

1. Subject to the provisions of paragraph 4 of Article 1 of the present Charter, all justices shall be appointed in the first instance for a period of two years and their terms of office may be renewed thereafter for successive periods of one year. At least six months notice in writing shall be given to a justice of intention not to renew his term of office. A justice appointed by the Government of one of the Three Powers shall be notified of such intention by the Power concerned, a justice appointed by the Federal Government shall be notified of such intention by it, and a justice appointed by the Government of one of the Three Powers and the Federal Government jointly or by the President of the International Court of Justice shall be notified of such intention by the Power concerned and the Federal Government. In the absence of notice, a justice shall continue in office for a period of one year.

2. Any justice may at any time resign his office. But he shall continue in office until his successor has taken office.

3. No justice may be dismissed from office, except in accordance with paragraph 4 of Article 2 of the present Charter.

4. No justice shall be assigned to any non-judicial function, engage in any activity incompatible with the exercise of his duties, or participate in the adjudication of any claim with which he has been previously concerned in any capacity, except as a member of a tribunal to which the Court succeeds, or in which he has a direct interest. Differences of opinion regarding the applicability of this paragraph shall be resolved by the appropriate Division in accordance with Article 8 of the present Charter.

dans les pays dont ils sont ressortissants ou dans lesquels ils résident, pour accéder aux fonctions judiciaires, ou remplir des conditions équivalentes.

4. — Le Conseil des Présidents peut déclarer vacant le poste d'un juge s'il estime que celui-ci a, sans excuse valable:

(a) omis d'assister à une audience pour laquelle il avait été régulièrement désigné;

(b) failli de toute autre façon à l'exercice diligent de ses fonctions.

5. — Il est pourvu au siège devenu vacant à l'expiration d'un mandat, ou par la mort d'un juge, sa démission ou sa révocation survenue conformément aux dispositions du paragraphe précédent, selon la méthode suivie pour sa nomination et dans un délai d'un mois à compter de la date à laquelle se produit la vacance.

Article 3

1. — Sous réserve des dispositions du paragraphe 4 de l'Article 1 de la présente Charte, les juges sont nommés en premier lieu pour deux ans et leurs fonctions peuvent être renouvelées par périodes successives d'une année. Lorsqu'il n'est pas envisagé de renouveler les fonctions d'un juge, celui-ci doit en être informé par un préavis de six mois. Les juges nommés par le Gouvernement de l'une des Trois Puissances seront avisés de cette intention par la Puissance intéressée, les juges nommés par le Gouvernement Fédéral seront avisés de cette intention par celui-ci et les juges nommés par le Gouvernement de l'une des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral en commun ou par le Président de la Cour Internationale de Justice seront avisés de cette intention par la Puissance intéressée et le Gouvernement Fédéral. A défaut d'une telle notification ce juge sera maintenu en fonctions pour une nouvelle période d'une année.

2. — Un juge peut, en tout temps, résigner ses fonctions, mais il devra continuer à les exercer jusqu'à l'entrée en fonctions de son successeur.

3. — Aucun juge ne peut être démis de ses fonctions, sauf dans les cas prévus au paragraphe 4 de l'Article 2 de la présente Charte.

4. — Aucun juge ne peut être affecté à des fonctions autres que judiciaires; il ne peut se livrer à aucune activité incompatible avec l'exercice de ses fonctions, ni participer au réglement d'aucune affaire dans laquelle il est intéressé directement ou dont il a eu à connaître à quelque titre que ce soit, à moins qu'il ne s'en soit occupé en qualité de membre d'une juridiction à laquelle la Cour a succédé. En cas de contestation sur l'application du présent paragraphe, la Chambre compétente statue, conformément aux dispositions de l'Article 8 de la présente Charte.

(5) (a) Die Richter haben während ihrer Amtszeit den Rang der entsprechenden Mitglieder des Bundesgerichtshofes und genießen während ihrer Amtszeit und nach deren Ablauf Immunität gegenüber gerichtlicher Verfolgung für Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben.

(b) Die nichtdeutschen Richter genießen im Bundesgebiet während ihrer Amtszeit die Vorrechte und Immunitäten, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen zustehen.

(6) Die Richter haben sich vor Aufnahme ihrer Tätigkeit in öffentlicher Sitzung zu verpflichten, ihr Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben.

5. (a) Every justice shall, during his term of office, have the rank of an equivalent member of the Federal Supreme Court and shall, both during and after his term of office enjoy immunity from suit in respect of acts performed by him in the exercise of his official duties.

(b) A justice who is not a German national shall, during his term of office, enjoy in the Federal territory the same privileges and immunities as are accorded members of diplomatic missions.

6. Each justice shall, before taking office, make a declaration at a public session that he will exercise his duties impartially and conscientiously.

5. — (a) Pendant la durée de leur mandat, les juges ont le même rang que les membres de la Cour Suprême Fédérale exerçant des fonctions équivalentes, et jouissent pendant la durée de leur mandat et après l'expiration de celui-ci de l'immunité de juridiction, à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions.

(b) Les juges qui ne sont pas de nationalité allemande jouissent en outre sur le territoire fédéral des privilèges et immunitées accordés aux membres des missions diplomatiques.

6. — Tout juge doit, avant d'entrer en fonctions prendre, en séance publique, l'engagement d'exercer ses attributions en pleine impartialité et en toute conscience.

Artikel 4

(1) Den Vorsitz in jedem Senat führt der gemäß Unterabsatz (c) des Absatzes (1) des Artikels 2 ernannte Richter (Senatspräsident). Falls er verhindert ist, wird er von einem Richter vertreten, der vom Präsidium aus dem Kreise der anderen Richter, die nicht einseitig von der Bundesregierung oder der beteiligten Macht ernannt worden sind, auszuwählen ist.

(2) Der Senatspräsident oder sein Stellvertreter führt bei allen Sitzungen seines Senats den Vorsitz; er verteilt die Geschäfte unter den Mitgliedern des Senats, bestimmt die Sitzungstermine und ist allgemein für die Verwaltung seines Senats verantwortlich.

Article 4

1. Each Division shall be presided over by the justice appointed pursuant to sub-paragraph (c) of paragraph 1 of Article 2 of the present Charter. When he is unable to act, he shall be replaced by a deputy designated by the Presidential Council from the justices not appointed unilaterally by the Power concerned or the Federal Government.

2. The presiding justice or his deputy shall preside at all sittings of his Division, shall fix the time of the sittings, shall determine how the business of the Division shall be divided between its justices and shall be generally responsible for its administration.

Article 4

1. — Chaque Chambre est présidée par le juge nommé conformément à l'alinéa (c) du paragraphe 1 de l'Article 2 de la présente Charte. Ce juge, lorsqu'il n'est pas en mesure de présider, est remplacé par un juge suppléant désigné par le Conseil des Présidents parmi les juges qui ne sont pas nommés unilatéralement par la Puissance intéressée ou par le Gouvernement Fédéral.

2. — Le juge président d'une Chambre ou son suppléant préside toutes les séances de la Chambre, fixe les dates des audiences, décide de la manière dont les affaires de la Chambre seront distribuées entre ses membres et assume d'une façon générale les responsabilités de l'administration de sa Chambre.

Artikel 5

(1) Der Präsident des ersten Senats führt für den Rest des Kalendermonats, in dem diese Satzung in Kraft tritt, und für die nächsten vier folgenden vollen Kalendermonate das Amt des Präsidenten des Gerichtes. Danach führen es die Senatspräsidenten abwechselnd jeweils für die Dauer von vier Kalendermonaten.

(2) Das Präsidium besteht aus den folgenden neun Mitgliedern:

(a) dem Präsidenten des Gerichtes und den beiden anderen Senatspräsidenten oder ihren Stellvertretern,

(b) einem von der Bundesregierung bestimmten Richter aus jedem Senat oder seinem Stellvertreter.

(c) einem von der beteiligten Macht bestimmten Richter aus jedem Senat oder seinem Stellvertreter.

(3) Das Präsidium entscheidet mit Stimmenmehrheit der neun Mitglieder, im Falle des Absatzes (4) des Artikels 2 mit Zweidrittelmehrheit.

Article 5

1. The presiding justice of the First Division shall act as President of the Court for the remainder of the calendar month in which the present Charter enters into force and for the four full calendar months next following. Thereafter, the presiding justice of each Division in his turn shall so act for four calendar months at a time.

2. The Presidential Council shall consist of the following nine persons:

(a) the President of the Court and the other two presiding justices of Divisions, or their respective deputies;

(b) a justice from each Division or his deputy designated by the Power concerned;

(c) a justice from each Division or his deputy designated by the Federal Government.

3. The Council shall decide by a majority vote of the nine members, except in cases arising under paragraph 4 of Article 2 of the present Charter, when a two-thirds majority shall be necessary.

Article 5

1. — Le juge président de la Première Chambre assumera les fonctions de Président de la Cour pendant le restant du mois au cours duquel la présente Charte entrera en vigueur, et continuera à les exercer pendant les quatre mois suivants. Par la suite, les juges présidents des Chambres assumeront la présidence de la Cour à tour de rôle, chacun pendant quatre mois.

2. — Le Conseil des Présidents est composé des neuf personnes suivantes:

(a) le Président de la Cour et les deux autres juges présidents des Chambres, ou leurs suppléants respectifs;

(b) un juge de chaque Chambre, ou son suppléant, désigné par la Puissance intéressée;

(c) un juge de chaque Chambre, ou son suppléant, désigné par le Gouvernement Fédéral.

3. — Les décisions du Conseil seront acquises à la majorité des neuf membres, sauf dans les cas tombant sous le coup du paragraphe 4 de l'Article 2 de la présente Charte, cas dans lesquels la majorité des deux tiers est nécessaire.

(4) Das Präsidium tritt am Sitze des Gerichtes jeweils zusammen, wenn der Präsident dies bestimmt.

(5) Das Präsidium ist zuständig

(a) auf Verlangen eines seiner Mitglieder Fragen zu prüfen, die von gemeinsamem Interesse für mehr als einen Senat sind, und die Senatspräsidenten entsprechend zu unterrichten,

(b) über die Auslegung oder Anwendung dieser Satzung und über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihm diese Satzung überträgt, zu entscheiden,

(c) die folgenden Befugnisse auszuüben, die durch die in Artikel 1 des vorstehenden Teils bezeichneten Rechtsvorschriften verliehen sind:

(i) (gestrichen)

(ii) die Befugnisse des britischen Hohen Kommissars gemäß Artikel 2 Ziffer 8 und Artikel 3 Ziffer 4 der Durchführungsverordnung Nr. 8 in der Fassung der Durchführungsverordnung Nr 11 zum Gesetz Nr 59 der britischen Militärregierung, Verfahrensvorschriften zu genehmigen, und gemäß Verordnung Nr. 233 des britischen Hohen Kommissars, Organisationen durch Bekanntmachung zuzulassen.

(6) Das Präsidium ernennt die Geschäftsstellenleiter des Gerichts gemäß den Vorschlägen nach Absatz (1) des Artikels 6; diese sind jedoch unmittelbar und ausschließlich dem Präsidenten ihres Senats verantwortlich. Das Präsidium kann auch sein eigenes Verwaltungspersonal ernennen; dieses ist der Aufsicht des Präsidenten des Gerichtes unterworfen und kann von der Bundesregierung vorgeschlagen werden, falls das Präsidium dies wünscht.

(7) Das Präsidium kann seine eigenen Verfahrensvorschriften bestimmen.

4. The Council shall meet at the seat of the Court at such times as the President shall decide.

5. The Council shall be competent

(a) to consider, at the request of any of its members, questions which are of common interest to more than one Division and to inform the presiding justices of the Divisions accordingly;

(b) to decide concerning the interpretation or application of the present Charter, or concerning any other matters assigned to its competence by the present Charter;

(c) to exercise the following powers conferred by the legislation referred to in Article 1 of the foregoing Chapter;

(i) Deleted.

(ii) the powers of the United Kingdom High Commissioner, under paragraph 8 of Article 2 and paragraph 4 of Article 3 of Regulation No. 8, as amended by Regulation No. 11, under British Military Government Law No. 59, to approve rules of procedure; and, under his Ordinance No. 233, to approve agencies by notice.

6. The Presidential Council shall appoint the Court Clerks nominated under paragraph 1 of Article 6 of the present Charter, but they shall be directly and exclusively responsible to the presiding justices of the Divisions to which they are appointed. The Presidential Council may also appoint its own administrative staff, which shall be subject to the control of the President of the Court and may be nominated by the Federal Government if the Presidential Council so desires.

7. The Council may determine its own rules of procedure.

4. — Le Conseil se réunit au siège de la Cour aux dates fixées par le Président.

5. — Le Conseil est compétent pour:

(a) examiner, à la demande d'un de ses membres, les questions qui intéressent simultanément plusieurs Chambres et conseiller en conséquence les juges présidents des Chambres;

(b) statuer sur l'interprétation ou l'application de la présente Charte, ainsi que sur toutes autres questions qui, en vertu de ladite Charte, relèvent de sa compétence;

(c) exercer les pouvoirs suivants conférés par la législation visée à l'Article 1 du Chapitre qui précède:

(i) supprimé;

(ii) les pouvoirs du Haut Commissaire Britannique, en vertu du paragraphe 8 de l'Article 2 et du paragraphe 4 de l'Article 3 du Règlement N° 8 modifié par le Règlement N° 11 pris en application de la Loi N° 59 du Gouvernement Militaire Britannique, d'approuver les règles de procédure et, en vertu de l'Ordonnance N° 233 du Haut Commissaire Britannique, d'approuver des «Agencies» par un avis.

6. — Le Conseil nomme les greffiers sur proposition faite conformément au paragraphe 1 de l'Article 6 de la présente Charte, mais ceux-ci seront directement et exclusivement responsables devant les juges présidents des Chambres auprès desquelles ils sont nommés. Le Conseil peut également nommer son propre personnel administratif qui relèvera du Président de la Cour et pourra être proposé par le Gouvernement Fédéral si le Conseil désire qu'il en soit ainsi.

7. — Le Conseil peut établir ses propres règles de procédure.

Artikel 6

(1) Die Geschäftsstellenleiter des Gerichtes werden wie folgt vorgeschlagen:

(a) der Geschäftsstellenleiter des ersten Senats von der Regierung der Französischen Republik,

(b) der Geschäftsstellenleiter des zweiten Senats von der Regierung des Vereinigten Königreichs,

(c) der Geschäftsstellenleiter des dritten Senats von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika.

(2) Jeder Geschäftsstellenleiter hat die gleichen Befugnisse und Obliegenheiten wie der Geschäftsstellenleiter oder Sekretär des Gerichtes, dessen Nachfolge sein Senat übernimmt, sowie diejenigen zusätzlichen Obliegenheiten, die ihm von seinem Senatspräsidenten zugewiesen werden.

Article 6

1. The Court Clerks shall be nominated as follows:

(a) the Clerk of the First Division, by the Government of the French Republic;

(b) the Clerk of the Second Division, by the Government of the United Kingdom;

(c) the Clerk of the Third Division, by the Government of the United States.

2. Each Court Clerk shall have the same powers and duties as the Clerk or Secretary of the tribunal to which his Division succeeds and such additional duties as shall be assigned to him by the presiding justice of that Division.

Article 6

1. — Les greffiers seront proposés de la façon suivante:

(a) le greffier de la Première Chambre, par le Gouvernement de la République Française;

(b) le greffier de la Deuxième Chambre, par le Gouvernement du Royaume-Uni;

(c) le greffier de la Troisième Chambre, par le Gouvernement des États-Unis d'Amérique.

2. — Les greffiers auront respectivement les mêmes pouvoirs et attributions que les greffiers ou secrétaires de la juridiction à laquelle leur Chambre succède, ainsi que les obligations complémentaires qui pourront leur être assignées par les juges présidents de leurs Chambres respectives.

(3) Absatz (3), (4) und (5) des Artikels 2 und Absatz (4) und (5) des Artikels 3 dieser Satzung finden auf die Geschäftsstellenleiter des Gerichtes entsprechende Anwendung.

3. Paragraphs 3, 4 and 5 of Article 2 and paragraphs 4 and 5 of Article 3 of the present Charter shall apply *mutatis mutandis* to the Court Clerks.

3. — Les paragraphes 3, 4 et 5 de l'Article 2 et les paragraphes 4 et 5 de l'Article 3 de la présente Charte s'appliqueront *mutatis mutandis* aux greffiers de la Cour.

Artikel 7

(1) Die Bundesrepublik unterhält auf ihre Kosten die gegenwärtig bestehenden Einrichtungen und Räumlichkeiten, die von den Gerichten benutzt werden, deren Nachfolge das Gericht übernimmt, und erstellt diejenigen zusätzlichen Einrichtungen und Räumlichkeiten, die das Gericht auf Beschluß des Präsidiums jeweils anfordert.

(2) (a) Die Gehälter und Vergütungen des richterlichen, Verwaltungs- und sonstigen Personals des Gerichtes, das von der Regierung einer der Drei Mächte vorgeschlagen, ernannt oder beschäftigt wird, werden von der beteiligten Macht nach Beratung mit der Bundesregierung festgesetzt und bezahlt und von der Bundesrepublik der beteiligten Macht erstattet.

(b) Die Gehälter und Vergütungen des richterlichen, Verwaltungs- und sonstigen Personals des Gerichtes, das von der Bundesregierung vorgeschlagen, ernannt oder beschäftigt wird, werden von der Bundesregierung nach Beratung mit der beteiligten Macht festgesetzt und von der Bundesrepublik bezahlt.

(c) Die Gehälter und Vergütungen der Richter, die nicht einseitig von der Bundesregierung oder der beteiligten Macht ernannt werden, werden im Einvernehmen zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte festgesetzt und von der Bundesrepublik bezahlt.

(3) Alle in Unterabsatz (a) und (b) des Absatzes (2) genannten Personen unterstehen jeweils der verwaltungsmäßigen und dienststrafrechtlichen Aufsicht der vorschlagenden, ernennenden oder beschäftigenden Regierung, soweit eine solche Aufsicht mit den Bestimmungen dieser Satzung vereinbar ist.

Article 7

1. The Federal Republic shall maintain at its own cost and expense the existing facilities and accommodations in use by the tribunals to which the Court succeds and shall provide such additional facilities and accommodations as the Court may, according to a decision of the Presidential Council, from time to time require.

2. (a) The salaries and allowances of the judicial, administrative and other staff of the Court which is nominated, appointed, or employed by the Government of any of the Three Powers shall be fixed and paid by that Power in consultation with the Federal Government. Such salaries and allowances shall be reimbursed to that Power by the Federal Republic.

(b) The salaries and allowances of the judicial, administrative and other staff which are nominated, appointed, or employed by the Federal Government shall be fixed by the Federal Government, in consultion with the Power concerned, and paid by the Federal Republic.

(c) The salaries and allowances of justices who are not appointed unilaterally by the Power concerned or the Federal Government shall be fixed by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government and paid by the Federal Republic.

3. All persons referred to in subparagraphs (a) and (b) of paragraph 2 of this Article shall be subject to the administrative and disciplinary control of the appointing, nominating or employing Government, so far as such a control is not inconsistent with the present Charter.

Article 7

1. — La République Fédéral maintiendra à ses propres frais et dépens les installations et services actuellement existants et utilisés par les juridictions auxquelles succède la Cour; elle pourvoira à toutes installations ou à tous services supplémentaires dont la Cour pourra éventuellement faire la demande conformément à une décision du Conseil des Présidents.

2. — (a) Les traitements et indemnités du personnel judiciaire, administratif et autre de la Cour, proposé, nommé ou employé par le Gouvernement de l'une des Trois Puissances sont fixés et payés par cette Puissance en consultation avec le Gouvernement Fédéral; ces traitements et indemnités seront remboursés à cette Puissance par la République Fédérale

(b) Les traitements et indemnités du personnel judiciaire, administratif et autre, proposé, nommé ou employé par le Gouvernement Fédéral, sont fixés par celui-ci en consultation avec la Puissance intéressée et payés par la République Fédérale

(c) Les traitements et indemnités des juges qui ne sont pas nommés unilatéralement par la Puissance intéressée ou par le Gouvernement Fédéral sont fixés par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral et payés par la République Fédérale.

3. — Les personnes visées aux alinéas (a) et (b) du paragraphe 2 du présent Article seront soumises au contrôle administratif et disciplinaire du Gouvernement qui les a proposées ou nommées ou qui les emploie, dans la mesure où un tel contrôle n'est pas incompatible avec la présente Charte.

Artikel 8

(1) Alle Angelegenheiten sind von fünf Richtern des zuständigen Senats zu entscheiden, von denen einer der Präsident oder sein Stellvertreter ist, während zwei von der Bundesregierung ernannte Richter und zwei von der beteiligten Macht ernannte Richter sind.

(2) Die Entscheidungen des Senats ergehen mit Stimmenmehrheit und sind endgültig, vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (3) des Artikels 9.

Article 8

1. All matters shall be adjudicated by five justices of the appropriate Division, of whom one shall be the President or his deputy, two shall be justices appointed by the Power concerned, and two shall be justices appointed by the Federal Government.

2. Decisions of the Divisions shall be given by majority vote and shall be final subject only to the provisions of paragraph 3 of Article 9 of the present Charter.

Article 8

1. — Toutes les affaires sont jugées par cinq juges de la Chambre intéressée dont l'un est le Président, ou son suppléant, deux sont des juges nommés par la Puissance intéressée et les deux autres des juges nommés par le Gouvernement Fédéral.

2. — Les décisions d'une Chambre sont prises à la majorité des voix; elles sont définitives sous réserve des dispositions du paragraphe 3 de l'Article 9 de la présente Charte.

(3) Die Öffentlichkeit ist zu allen mündlichen Verhandlungen zugelassen.

(4) Die Beratungen des Präsidiums und der Senate sind geheim.

3. The public shall be admitted to all formal hearings (mündliche Verhandlungen).

4. The deliberations of the Presidential Council and of the Divisions shall be secret.

3. — Le public est admis à assister à tous les débats (mündliche Verhandlungen).

4. — Les délibérations du Conseil des Présidents et des Chambres demeureront secrètes.

Artikel 9

(1) Das Gericht übt seine Gerichtsbarkeit und sonstigen Befugnisse durch seine Senate wie folgt aus:

(a) Der erste Senat übt die Gerichtsbarkeit und sonstigen Befugnisse des durch Verordnung Nr. 252 des französischen Hohen Kommissars errichteten Obergerichtes für Rückerstattungssachen aus;

(b) der zweite Senat übt die Gerichtsbarkeit und sonstigen Befugnisse des durch Verordnung Nr. 255 des Hohen Kommissars des Vereinigten Königreichs errichteten Obersten Rückerstattungsgerichtes aus;

(c) der dritte Senat übt die Gerichtsbarkeit und sonstigen Befugnisse des durch Gesetz Nr. 21 (in abgeänderter Fassung) des amerikanischen Hohen Kommissars errichteten Court of Restitution Appeals aus.

(2) Die in Artikel 1 des vorstehenden Teils bezeichneten Rechtsvorschriften sind demgemäß so auszulegen und anzuwenden, daß bei den in der französischen Zone geltenden Rechtsvorschriften an die Stelle des Obergerichtes für Rückerstattungssachen der erste Senat, bei den in der britischen Zone geltenden Rechtsvorschriften an die Stelle des Obersten Rückerstattungsgerichtes für die britische Zone der zweite Senat und bei den in der amerikanischen Zone geltenden Rechtsvorschriften an die Stelle des Court of Restitution Appeals der dritte Senat tritt.

(3) Die Entscheidungen des Schiedsgerichtes auf Grund des Absatzes (2) des Artikels 9 der Satzung des in Artikel 9 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten bezeichneten Schiedsgerichtes und die Bestimmungen des Artikels 10 jener Satzung sind für das Gericht und alle deutschen Gerichte und Behörden bindend, soweit diese Entscheidungen und Bestimmungen die Zuständigkeit des Gerichtes betreffen.

Article 9

1. The Court shall exercise powers and jurisdiction through its Divisions as follows:

(a) the First Division shall exercise the powers and jurisdiction of the Higher Restitution Court established by Ordinance No. 252 of the French High Commissioner;

(b) the Second Division shall exercise the powers and jurisdiction of the Supreme Restitution Court for the British Zone established by Ordinance No. 255 of the United Kingdom High Commissioner;

(c) the Third Division shall exercise the powers and jurisdiction of the Court of Restitution Appeals established by Law No. 21 (as amended) of the United States High Commissioner.

2. The legislation referred to in Article 1 of the foregoing Chapter shall accordingly be construed and applied by substituting the First Division for the Higher Restitution Court in legislation applicable in the French Zone, the Second Division for the Supreme Restitution Court for the British Zone in legislation applicable in the British Zone, and the Third Division for the Court of Restitution Appeals in legislation applicable in the United States Zone.

3. Decisions of the Arbitration Tribunal pursuant to paragraph 2 of Article 9 of the Charter of the Arbitration Tribunal referred to in Article 9 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany and the provisions of Article 10 of that Charter shall be binding on the Court and on all German courts and authorities, so far as those decisions and provisions concern the extent of the jurisdiction of the Court.

Article 9

1. — La Cour exerce ses pouvoirs et sa compétence par l'intermédiaire de ses Chambres, de la façon suivante:

(a) la Première Chambre a les pouvoirs et la compétence de la Cour Supérieure pour les Restitutions, instituée par l'Ordonnance N° 252 du Haut Commissaire Français;

(b) la Deuxième Chambre a les pouvoirs et la compétence de la Cour Suprême des Restitutions pour la Zone Britannique, instituée par l'Ordonnance N° 255 du Haut Commissaire du Royaume-Uni;

(c) la Troisième Chambre a les pouvoirs et la compétence de la Cour d'Appel des Restitutions (Court of Restitution Appeals) instituée par la Loi N° 21, amendée, du Haut Commissaire des États-Unis.

2. — La législation visée à l'Article 1 du Chapitre qui précède sera, en conséquence, interprétée et appliquée en substituant la Première Chambre à la Cour Supérieure pour les Restitutions dans la législation applicable en zone française, la Deuxième Chambre à la Cour Suprême des Restitutions pour la Zone Britannique dans la législation applicable en zone britannique et la Troisième Chambre à la Cour d'Appel des Restitutions dans la législation applicable en zone américaine.

3. — Les décisions du Tribunal d'Arbitrage, rendues conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'Article 9 de la Charte du Tribunal d'Arbitrage visé à l'Article 9 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne et les dispositions de l'Article 10 de cette Charte, lieront la Cour et toutes les juridictions et autorités allemandes, dans la mesure où ces décisions et dispositions se rapportent à l'étendue de la compétence de la Cour.

Artikel 10

(1) Die Amtssprachen des Präsidiums sind deutsch, französisch und englisch.

(2) Im übrigen sind die Amtssprachen des Gerichtes:

(a) in dem ersten Senat deutsch und französisch,

(b) in dem zweiten und dritten Senat deutsch und englisch.

Article 10

1. The official languages of the Presidential Council shall be French, English and German.

2. Otherwise, the official languages of the Court shall be,

(a) for the First Division, French and German;

(b) for the Second and Third Divisions, English and German.

Article 10

1. — Les langues officielles du Conseil des Présidents sont le français, l'anglais et l'allemand.

2. — Les langues officielles de la Cour sont:

(a) pour la Première Chambre, le français et l'allemand;

(b) pour la Deuxième et la Troisième Chambre, l'anglais et l'allemand.

VIERTER TEIL

Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung

(1) Die Bundesrepublik erkennt die Verpflichtung an, Personen, die wegen ihrer politischen Überzeugung, ihrer Rasse, ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt wurden und hierdurch Schaden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen oder in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen erlitten haben (mit Ausschluß feststellbaren Vermögens, das der Rückerstattung unterliegt), eine angemessene Entschädigung nach Maßgabe der Bestimmungen der Absätze (2) und (3) dieses Teils sicherzustellen Ferner werden Personen, die aus Gründen der Nationalität unter Mißachtung der Menschenrechte verfolgt wurden und gegenwärtig politische Flüchtlinge sind, die den Schutz ihres früheren Heimatlandes nicht mehr genießen, eine angemessene Entschädigung erhalten, soweit ihnen ein dauernder Gesundheitsschaden zugefügt worden ist.

(2) In Erfüllung dieser Verpflichtung übernimmt es die Bundesrepublik:

(a) in Zukunft die einschlägigen Rechtsvorschriften im Bundesgebiet für die Anspruchsberechtigten nicht ungünstiger zu gestalten als die gegenwärtig geltenden Rechtsvorschriften;

(b) ferner beschleunigt Rechtsvorschriften zu erlassen, welche die gegenwärtig in den verschiedenen Ländern geltenden Rechtsvorschriften ergänzen und abändern und welche, vorbehaltlich der Bestimmungen des vorstehenden Unterabsatzes (a), im gesamten Bundesgebiet eine nicht weniger günstige Grundlage für die Entschädigung bilden als die gegenwärtig in den Ländern der amerikanischen Zone geltenden Rechtsvorschriften;

(c) dafür Sorge zu tragen, daß die in Unterabsatz (b) bezeichneten Rechtsvorschriften den besonderen, auf die Verfolgung selbst zurückzuführenden Verhältnissen in billiger Weise Rechnung tragen, einschließlich des durch die Verfolgung oder durch Handlungen der verfolgenden Stellen bedingten Verlustes und der hierdurch herbeigeführten Vernichtung von Akten und Schriftstücken, sowie des durch die Verfolgung verursachten Todes oder Verschwindens von Zeugen und verfolgten Personen;

(d) die wirksame und beschleunigte Verhandlung und Entscheidung über einschlägige Entschädigungsansprüche und ihre Befriedigung ohne Diskriminierung irgendwelcher Gruppen oder Klassen verfolgter Personen sicherzustellen;

CHAPTER FOUR

Compensation for Victims of Nazi Persecution

1. The Federal Republic acknowledges the obligation to assure in accordance with the provisions of paragraphs 2 and 3 of this Chapter adequate compensation to persons persecuted for their political convictions, race, faith or ideology, who thereby have suffered damage to life, limb, health, liberty, property, their possessions or economic prospects (excluding identifiable property subject to restitution). Furthermore, persons persecuted by reason of nationality, in disregard of human rights, who are now political refugees and no longer enjoy the protection of their former home country shall receive adequate compensation where permanent injury has been inflicted on their health.

2. In the discharge of this obligation, the Federal Republic undertakes

(a) that legislation in this field in the Federal territory shall in the future be not less favourable to claimants than the legislation in force;

(b) that, furthermore, there shall be enacted expeditiously legislation supplementing and amending the legislation now in force in the various Länder which shall, subject to the provisions of sub-paragraph (a) of this paragraph, afford a basis throughout the Federal territory for compensation no less favourable than is afforded in the legislation now in force in the Länder of the United States Zone;

(c) that the legislation referred to in sub-paragraph (b) of this paragraph shall adequately take into account the special conditions arising from the persecution itself, including the loss and destruction of records and documents resulting from the conditions of the persecution or the acts of the persecuting agencies and the death or disappearance of witnesses and of persecuted persons as a result of the persecution;

(d) that the effective and expeditious processing, determination and satisfaction of claims for compensation in this field shall be assured without discrimination against any groups or classes of persecuted persons;

CHAPITRE QUATRIEME

Indemnisation des Victimes de la Persécution Nazie

Article unique

1. — La République Fédérale reconnait l'obligation d'assurer, conformément aux dispositions des paragraphes 2 et 3 du présent Article, une indemnisation appropriée aux personnes persécutées en raison de leurs opinions politiques, de leur race, de leur religion ou de leur idéologie, et qui, de ce fait, ont subi un préjudice dans leur vie, dans leur intégrité corporelle, dans leur santé, dans leur liberté ou dans leur patrimoine, ou des dommages relatifs aux biens qu'elles possédaient ou aux avantages économiques qu'elles pouvaient espérer (à l'exception des biens identifiables soumis à restitution). En outre, les personnes persécutées en raison de leur nationalité en méconnaissance des droits de l'homme, qui sont maintenant des réfugiés politiques et qui ne jouissent plus de la protection de leur ancien pays d'origine, recevront une indemnisation appropriée lorsqu'elles auront subi des dommages permanents à leur santé.

2. — Pour s'acquitter de cette obligation, la République Fédérale s'engage:

(a) à ce que la législation édictée dans ce domaine sur le territoire fédéral ne soit, dans l'avenir, pas moins favorable pour les demandeurs que la législation actuellement en vigueur;

(b) à ce qu'en outre, il soit édicté, dans les meilleurs délais, une législation complétant et amendant la législation actuellement en vigueur dans les différents Länder, qui, sous réserve des dispositions de l'alinéa (a) du présent paragraphe, fournira sur l'ensemble du territoire fédéral une base d'indemnisation au moins aussi favorable que celle que fournit la législation actuellement en vigueur dans les Länder de la Zone américaine;

(c) à ce que la législation visée à l'alinéa (b) du présent paragraphe tienne compte, d'une manière équitable, des conditions particulières résultant de la persécution elle-même, y compris la perte et la destruction des archives et des documents, consécutives aux conditions de la persécution ou aux actes des persécuteurs, ainsi que de la mort ou de la disparition des témoins et des victimes à la suite de la persécution;

(d) à ce que soient assurées l'efficacité et la rapidité des procédures, des décisions et de leur exécution, en ce qui concerne les demandes d'indemnisation présentées dans ce domaine, sans qu'il y ait discrimination à l'égard d'aucun groupe ou d'aucune catégorie de personnes persécutées;

(e) in allen Fällen, in denen ein bei den zuständigen Behörden erhobener Entschädigungsanspruch nach den damals geltenden Rechtsvorschriften abgewiesen wurde, in denen aber ein solcher Anspruch auf Grund ergänzender oder an ihre Stelle getretener gemäß Unterabsatz (b) erlassener Rechtsvorschriften begründet wäre, dem Verfolgten die Möglichkeit zu gewähren, seinen Anspruch trotz der früher erfolgten Abweisung erneut geltend zu machen;

(f) die Bereitstellung ausreichender Mittel durch die Bundesrepublik zur Befriedigung aller Ansprüche auf Grund der in Unterabsatz (a) und (b) bezeichneten Rechtsvorschriften nach Maßgabe des Absatzes (3) dieses Artikels sicherzustellen.

(3) Die Zahlungsfähigkeit der Bundesrepublik kann bei der Festsetzung der Zeit und Methode für Entschädigungszahlungen gemäß Absatz (1) dieses Teils sowie bei der Bereitstellung ausreichender Mittel gemäß Unterabsatz (f) des Absatzes (2) dieses Teils berücksichtigt werden.

(e) that in all cases where a claim for compensation submitted to the competent authorities has been disallowed under the legislation then in force, but where such a claim would be admissible under supplementary or replacement legislation enacted in accordance with sub-paragraph (b) of this paragraph, the persecuted person shall be assured the possibility of submitting again his claim in spite of the previous rejection thereof;

(f) that the provision of funds adequate to meet all claims under the legislation referred to in sub-paragraphs (a) and (b) of this paragraph shall be ensured by the Federal Republic in accordance with paragraph 3 of this Chapter.

3. The capacity to pay of the Federal Republic may be taken into consideration in determining the time and method of compensation payments under paragraph 1 of this Chapter and in providing adequate funds under sub-paragraph (f) of paragraph 2.

(e) à ce que, dans tous les cas où une demande d'indemnisation présentée aux autorités compétentes a déjà été rejetée en vertu de la législation alors en vigueur, mais ou cette même demande serait recevable en vertu d'une législation de complément ou de remplacement édictée conformément à l'alinéa (b) du présent paragraphe, la possibilité soit assurée à la victime de présenter à nouveau sa demande, malgré le précédent rejet de celle-ci;

(f) à ce que la fourniture de fonds, dans une mesure appropriée au paiement de toutes les demandes admises en application de la législation visée aux alinéas (a) et (b) du présent paragraphe soit assurée par la République Fédérale conformément au paragraphe 3 du présent Article

3. — La capacité de paiement de la République Fédérale pourra être prise en considération pour la détermination de l'époque et de la méthode des paiements d'indemnisation visés au paragraphe 1 du présent Article et lors de la fourniture des fonds appropriés en application de l'alinéa (f) du paragraphe 2 du même Article.

FÜNFTER TEIL

Äußere Restitutionen

Artikel 1

(1) Mit Inkrafttreten dieses Vertrags wird die Bundesrepublik eine Verwaltungsdienststelle errichten und ausstatten, die nach den in diesem Teil und dem Anhang dazu enthaltenen Bestimmungen nach Schmucksachen, Silberwaren und antiken Möbeln (sofern die einzelnen Gegenstände einen erheblichen Wert haben) sowie nach Kulturgütern zu forschen, sie zu erfassen und zu restituieren hat, falls diese Gegenstände und Kulturgüter während der Besetzung eines Gebiets von den Truppen oder Behörden Deutschlands oder seiner Verbündeten oder von deren einzelnen Mitgliedern (auf Befehl oder ohne Befehl) durch Zwang (mit oder ohne Anwendung von Gewalt), durch Diebstahl, Requisition oder andere Formen erzwungener Besitzentziehung erlangt und aus diesem Gebiet entfernt worden waren.

(2) Bei Kulturgütern, die sich vor dem in Artikel 5 dieses Teils jeweils genannten Zeitpunkt in dem betreffenden Land befanden, ist die Restitution auch durchzuführen,

(a) wenn diese Gegenstände durch Schenkung, sei es unter direktem oder indirektem Druck, sei es mit Rücksicht auf die amtliche Stellung des Beschenkten erworben waren;

CHAPTER FIVE

External Restitution

Article 1

1. Upon the entry into force of the present Convention, the Federal Republic shall establish, staff and equip an administrative agency which shall, as provided in this Chapter and the Annex thereto, search for, recover and restitute jewellery, silverware and antique furniture (where individual articles are of substantial value), and cultural property, if such articles or cultural property were, during the occupation of any territory, removed therefrom by the forces or authorities of Germany or its Allies or their individual members (whether or not pursuant to orders) after acquisition by duress (with or without violence), by larceny, by requisitioning or by other forms of dispossession by force.

2. In the case of cultural property which was present in the country concerned prior to the date applicable to that country as specified in Article 5 of this Chapter, restitution shall also be made

(a) if it was acquired by way of gift made under direct or indirect pressure or in consideration of the official position of the recipient;

CHAPITRE CINQUIEME

Restitutions Externes

Article 1

1. — Lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, la République Fédérale instituera et équipera une agence administrative, dont elle recrutera le personnel, qui sera chargée, dans les conditions prévues dans le présent Chapitre et dans l'Annexe qui lui est jointe, de la recherche, de la récupération et de la restitution des bijoux, de l'argenterie et des meubles anciens (lorsque chacun de ces objets est d'une valeur substantielle) et des biens culturels, si ces objets ou biens culturels ont été au cours de l'occupation d'un territoire, enlevés de ce territoire par les forces ou les autorités de l'Allemagne ou de ses alliés ou par leurs membres individuellement, que ce soit par ordre ou sans ordre, à la suite d'une acquisition par contrainte, avec ou sans violence, par vol, par réquisition ou par toute autre forme de dépossession forcée.

2. — Dans le cas de biens culturels qui se trouvaient dans le pays intéressé antérieurement à la date applicable à ce pays, telle qu'elle est spécifiée à l'Article 5 du présent Chapitre, la restitution sera également opérée

(a) si ces biens ont été acquis par voie de don effectué sous une pression directe ou indirecte, ou en raison de la position officielle du donataire;

(b) wenn sie durch Kauf erworben waren, es sei denn, sie seien zum Zweck des Verkaufs in das betreffende Land gebracht worden.

(3) Bei Schmucksachen, Silberwaren und antiken Möbeln kann die Restitution verweigert werden, wenn nachgewiesen wird, daß die betreffenden Sachen entfernt wurden, nachdem sie von dem ursprünglichen Eigentümer gegen Entgelt auf Grund eines gewöhnlichen Handelsgeschäftes erworben waren, selbst wenn die Bezahlung in Besatzungswährung erfolgt war.

(4) Der Ausdruck „Kulturgüter" umfaßt bewegliche Sachen von religiösem, künstlerischem, urkundlichem, wissenschaftlichem oder historischem Wert oder von entsprechender Bedeutung, einschließlich von Gegenständen, die sich üblicherweise in Museen, öffentlichen oder privaten Sammlungen, Bibliotheken oder historischen Archiven befinden. Der Ausdruck „antik" bezieht sich auf Sachen, die bei Inkrafttreten dieses Vertrags mindestens einhundert Jahre alt sind. Der Ausdruck „erheblicher Wert" bedeutet einen Wert von mindestens 200 000 französischen Franken der Kaufkraft vom 1. Januar 1951.

(5) Die in Absatz (1) dieses Artikels genannte Dienststelle wird den Drei Mächten oder ihren Beauftragten über die von ihr behandelten Angelegenheiten auf Antrag Auskunft erteilen und über ihre Tätigkeit vierteljährlich berichten. Die Unterlagen der Dienststelle sind so lange aufzubewahren, bis etwas anderes vereinbart wird.

(b) if it was acquired by way of purchase, unless it had been brought into the country concerned for the purpose of sale.

3. In the case of jewellery, silverware or antique furniture, restitution may be denied if it is established that the property concerned was removed after acquisition from the original owner for value by way of a regular commercial transaction, even if payment was made in occupation currency.

4. The term "cultural property" shall comprise movable goods of religious, artistic, documentary, scholary or historic value, or of equivalent importance, including objects customarily found in museums, public or private collections, libraries or historic archives. The term "antique" shall mean property which upon the entry into force of the present Convention is one hundred or more years old. The term "substantial value" shall mean a value of not less than 200,000 French francs at the 1 January 1951 purchasing power.

5. The agency referred to in paragraph 1 of this Article will give information on matters dealt with by it to the Three Powers or their representatives on request and submit quarterly reports on its activity. The records of the agency shall be preserved until otherwise agreed.

(b) s'ils ont été acquis par voie d'achat, à moins que les biens n'aient été introduits dans le pays intéressé aux fins de revente.

3. — Dans le cas des bijoux, de l'argenterie ou des meubles anciens, la restitution peut être refusée s'il est établi que le bien en cause a été enlevé après avoir été acquis du propriétaire primitif contre paiement dans le cadre d'une opération commerciale régulière, même si le règlement en a été opéré en monnaie d'occupation.

4. — L'expression « biens culturels » désigne les biens mobiliers présentant une valeur religieuse, artistique, documentaire, éducative ou historique ou une importance équivalente; cette définition comprend les objets du genre de ceux qui se trouvent habituellement dans les musées, les collections publiques ou privées, les bibliothèques ou les archives historiques. Le terme « ancien » s'applique aux meubles datant de cent ans ou plus à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention. L'expression « valeur substantielle » signifie une valeur au moins égale à 200.000 francs français, compte tenu du pouvoir d'achat du france au 1er janvier 1951.

5. — L'agence visée au paragraphe 1 du présent Article communiquera aux Trois Puissances ou à leurs représentants, sur demande, des renseignements sur les matières qu'elle traite et fournira des rapports trimestriels sur son activité. Les archives de l'agence seront conservées jusqu'à ce qu'il en ait été convenu autrement.

Artikel 2

(1) Restitution gemäß Artikel 1 dieses Teils kann bei der Bundesregierung nur von der Regierung des Staates beantragt werden, aus dessen Gebiet die Sache entfernt wurde. Die Bundesregierung kann einen Restitutionsantrag ablehnen, wenn dieser bereits von der zuständigen Dienststelle einer der Drei Mächte als unbegründet abgewiesen worden ist, es sei denn, daß Beweismaterial beigebracht wird, das früher nicht vorgelegt werden konnte.

(2) Eine Restitution von Schmucksachen, Silberwaren und antiken Möbeln kann bei der Bundesregierung nur beantragt werden, wenn ein entsprechender Antrag bereits vor Inkrafttreten dieses Vertrags bei einer Dienststelle einer der Drei Mächte gestellt worden war. Bei Kulturgütern kann ein neuer Restitutionsantrag nach dem 8. Mai 1956 nicht mehr gestellt werden. Sind die Nachforschungen der in Artikel 1 dieses Teils genannten deutschen Dienststelle nach herausverlangten Sachen ohne Erfolg geblieben oder haben sie bis zum 8. Mai 1957 nicht zur Auffindung der herausverlangten Sache geführt und bieten weitere Ermittlungen keine Aussicht auf Erfolg, so hat die Dienststelle das Verfahren einzustellen. Gegen diese Entscheidung kann die

Article 2

1. Restitution pursuant to Article 1 of this Chapter may be requested from the Federal Government only by the Government of the State from the territory of which the property was removed. The Federal Government may reject a restitution request if such request has already been rejected as not well founded by the appropriate agency of one of the Three Powers, except in a case where evidence which could not previously be presented is adduced.

2. Restitution of jewellery, silverware or antique furniture may only be claimed from the Federal Government if a pertinent request has been lodged with an agency of any of the Three Powers prior to the entry into force of the present Convention. In the case of cultural property, no new claim for restitution may be filed after 8 May 1956. Where, in any particular case, the investigations of the German agency referred to in Article 1 of this Chapter with respect to claimed property have been unsuccessful or where they have not led to the discovery of the claimed property by 8 May 1957, and where further investigations are unlikely to be successful, the agency shall discontinue the proceedings. Such a decision may be appealed from by the party con-

Article 2

1. — Toute restitution en application de l'Article 1 du présent Chapitre ne peut être demandée au Gouvernement Fédéral que par le Gouvernement de l'État du territoire duquel le bien a été enlevé. Le Gouvernement Fédéral peut rejeter une demande de restitution si cette demande a été déjà rejetée comme non fondée par l'organisme compétent de l'une des Trois Puissances, sauf dans le cas où est fournie une preuve qui n'a pu être produite antérieurement.

2. — La restitution de bijoux, d'argenterie ou de meubles anciens ne peut être demandée au Gouvernement Fédéral que si une demande s'y rapportant a été reçue par un organisme de l'une des Trois Puissances avant l'entrée en vigueur de la présente Convention. Dans le cas de biens culturels, aucune nouvelle demande de restitution ne pourra être présentée après le 8 mai 1956. Lorsque, dans un cas particulier, les enquêtes menées, en ce qui concerne les biens réclamés, par l'agence allemande visée à l'Article 1 du présent Chapitre, ont été infructueuses ou n'ont pas conduit à la découverte des biens réclamés avant le 8 mai 1957, et que la réussite de nouvelles enquêtes est improbable, l'agence arrêtera la procédure. La partie intéressée

beteiligte Partei die Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland gemäß Artikel 7 anrufen. Wird die herausverlangte Sache nach der Einstellung des Verfahrens identifiziert, so kann das Verfahren wieder eröffnet werden.

(3) Die bei einer Dienststelle einer der Drei Mächte gestellten, aber vor Inkrafttreten dieses Vertrags noch nicht erledigten Anträge, die unter die Bestimmungen der Artikel 1 und 2 dieses Teils fallen, sind von der beteiligten Macht an die in Artikel 1 genannte deutsche Dienststelle zu verweisen. Sie sind von dieser Stelle so zu behandeln, als seien sie von der antragstellenden Regierung unmittelbar bei ihr gestellt worden.

(4) Die Stellung eines Restitutionsantrags gemäß Artikel 1 dieses Teils zu Gunsten einer natürlichen oder juristischen Person schließt die Stellung eines Restitutionsantrags gemäß Artikel 3 dieses Teils aus; ebenso schließt die Erhebung einer Restitutionsklage gemäß Artikel 3 einen Restitutionsantrag gemäß Artikel 1 aus.

cerned to the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany pursuant to Article 7. If, after such discontinuance, the claimed property is identified, the restitution proceedings may be reopened.

3. Claims filed with an agency of any of the Three Powers and not finally disposed of prior to the entry into force of the present Convention and falling within the scope of the provisions of Article 1 of this Chapter and this Article shall be referred by the Power concerned to the German agency referred to in Article 1. They shall be acted upon by the German agency as though filed directly with it by the claimant Government.

4. Submission of a claim for restitution pursuant to Article 1 of this Chapter on behalf on any person or entity shall preclude such submission pursuant to Article 3; likewise, action for restitution pursuant to Article 3 shall preclude submission of a claim for restitution pursuant to Article 1.

pourra se pourvoir en appel contre cette décision devant la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne conformément à l'Article 7. Si, après l'arrêt de la procédure, les biens réclamés sont identifiés, la procédure de restitution peut être ouverte à nouveau.

3. — Les demandes reçues par un organisme de l'une des Trois Puissances, qui n'ont pas été définitivement réglées avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, et qui relèvent du champ d'application des dispositions de l'Article 1 du présent Chapitre et du présent Article, seront renvoyées par la Puissance intéressée à l'agence allemande visée à l'Article 1. Celle-ci prendra toutes mesures à leur égard dans les mêmes conditions que si ces demandes avaient été présentées directement à l'agence allemande par le Gouvernement réclamant.

4. — La présentation d'une demande de restitution en vertu de l'Article 1 du présent Chapitre pour le compte d'une personne physique ou d'une entité juridique fera obstacle à la présentation de cette demande en vertu de l'Article 3; de même, une action en restitution en vertu de l'Article 3 fera obstacle à la présentation d'une demande de restitution en vertu de l'Article 1.

Artikel 3

(1) Abweichend von den Bestimmungen des deutschen Rechts kann eine Person, der oder deren Rechtsvorgänger während der Besetzung eines Gebiets eine Sache durch Diebstahl oder Zwang (mit oder ohne Anwendung von Gewalt) von den Streitkräften oder Behörden Deutschlands oder seiner Verbündeten oder von deren einzelnen Mitgliedern (auf Befehl oder ohne Befehl) entzogen worden ist, von dem gegenwärtigen Besitzer dieser Sache Restitution verlangen: der Kläger hat jedoch

(a) dem Beklagten die wertsteigernden Aufwendungen zu erstatten, die dieser nach dem Erwerb der Sache gemacht hat;

(b) den Wert des Entgelts zu erstatten, das der Kläger oder sein Rechtsvorgänger erhalten hat; der Wert ist ebenso zu behandeln wie deutsche Werte, die sich zur Zeit der Entfernung der Sache in dem Lande befanden, aus dem die Sache entfernt wurde.

Der Anspruch besteht nicht, wenn der gegenwärtige Besitzer die Sache zehn Jahre oder mindestens bis zum 8. Mai 1956 gutgläubig in Besitz gehabt hat.

(2) Der Restitutionsanspruch gemäß Absatz (1) dieses Artikels kann bis zum 8. Mai 1956 oder bis zum Ablauf von zehn Jahren, während derer der Besitzer die Sache gutgläubig in Besitz gehabt hat, je nachdem

Article 3

1. Notwithstanding provisions of German law to the contrary, any person who, or whose predecessor in title, during the occupation of a territory, has been dispossessed of his property by larceny or by duress (with or without violence) by the forces or authorities of Germany or its Allies, or their individual members (whether or not pursuant to orders), shall have a claim against the present possessor of such property for its restitution, subject, however, to:

(a) reimbursement by the claimant to the defendant for expenditures, which have enhanced the value of the property, made after its acquisition;

(b) payment by the claimant of the value of any consideration received by him or his predecessor in title, which shall be treated in the same manner as German assets existing at the date of removal in the country from which the property was removed.

No such claim shall exist if the present possessor has possessed the property bona fide for ten years or until 8 May 1956, whichever is later.

2. Any claim to restitution pursuant to paragraph 1 of this Article may be brought before a German court on or before 8 May 1956 or before the expiration of ten years during which the possessor possessed the

Article 3

1. — Nonobstant les dispositions contraires du droit allemand, toute personne qui a, ou dont le prédécesseur légal a, pendant l'occupation d'un territoire, été dépossédé de ses biens par vol ou par contrainte avec ou sans violence, par les forces ou les autorités de l'Allemagne ou de ses alliés, ou par leurs membres individuellement, que ce soit par ordre ou sans ordre, aura un droit à restitution concernant ces biens à l'encontre de leur possesseur actuel, sous réserve, toutefois :

(a) du remboursement par le demandeur au défendeur des dépenses qui ont augmenté la valeur des biens et qui ont été faites après leur acquisition, et

(b) du paiement par le demandeur de la valeur de toute contrepartie reçue par lui ou par son prédécesseur légal, qui sera traitée de la même manière que les avoirs allemands existant à la date de l'enlèvement dans le pays d'où les biens ont été enlevés.

Un tel droit n'existera pas si le possesseur actuel a exercé sur les biens une possession de bonne foi pendant dix ans ou jusqu'au 8 mai 1956, selon celle de ces deux dates qui sera la plus éloignée.

2. — Tout ressortissant ou résidant d'un État ayant accédé à la Charte de la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne peut introduire devant un tribunal allemand une action en restitution en

welcher Zeitpunkt später liegt, von jedem Angehörigen oder Einwohner eines Staates, welcher der Satzung der Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland beigetreten ist, bei einem deutschen Gericht geltend gemacht werden.

(3) Ein Restitutionsanspruch kann nicht geltend gemacht werden, wenn ein dieselbe Sache betreffender Restitutionsantrag einer Regierung zu Gunsten eines Antragstellers vor Inkrafttreten dieses Vertrags von einer Dienststelle der Drei Mächte als unbegründet abgewiesen worden war, es sei denn, daß Beweismaterial beigebracht wird, das früher nicht vorgelegt werden konnte.

property bona fide, whichever is later, by any national or resident of a State which has acceded to the Charter of the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany.

3. No restitution claim may be asserted, if, prior to the entry into force of the present Convention, a request by a Government on behalf of the claimant for restitution of the property concerned was rejected as not well founded by an agency of one of the Three Powers, except in a case where evidence which could not previously be presented is adduced.

vertu du paragraphe 1 du présent Article, au plus tard le 8 mai 1956, ou avant la date d'expiration d'une période de dix années pendant laquelle le possesseur aura exercé sur les biens une possession de bonne foi, selon celle de ces deux dates qui sera la plus éloignée.

3. — Aucune demande de restitution ne peut être présentée si, avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, une demande présentée par un Gouvernement pour le compte du réclamant et tendant à la restitution des biens en cause a été rejetée comme non fondée par un organisme de l'une des Trois Puissances, sauf dans le cas où est fournie une preuve qui n'a pu être produite antérieurement.

Artikel 4

(1) Ist eine zu restituierende Sache nach ihrer Identifizierung in Deutschland, aber vor Rückgabe an den Restitutionsberechtigten, entweder in Deutschland verwendet oder verbraucht worden, oder vor ihrem Eingang bei der den Anspruch erhebenden Regierung oder bei einer zuständigen Dienststelle einer der Drei Mächte zwecks Ablieferung an den Restitutionsberechtigten zerstört oder gestohlen worden oder abhanden gekommen, so wird die Bundesrepublik die Personen entschädigen, die sonst gemäß Artikel 1 und 3 dieses Teils restitutionsberechtigt wären oder deren Restitutionsansprüche bei Inkrafttreten dieses Vertrags durch eine der Drei Mächte bereits gebilligt waren.

(2) Die in Artikel 1 dieses Teils genannte deutsche Dienststelle entscheidet auf Antrag des Restitutionsberechtigten, der sonst Anspruch auf Restitution hätte, über seinen Entschädigungsanspruch für Sachen, deren Restitution gemäß Artikel 1 und 2 beantragt werden kann. Das in Artikel 3 dieses Teils vorgesehene Gericht entscheidet auf Klage des Restitutionsberechtigten, der sonst Anspruch auf Restitution hätte, über den Anspruch auf Entschädigung für Sachen, deren Restitution gemäß Artikel 3 beantragt werden kann, sofern der Kläger Angehöriger oder Einwohner eines Staates ist, welcher der Satzung der Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland beigetreten ist. Die Einreichung des Antrages und die Erhebung der Klage hat spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrags oder nach der Mitteilung an den Restitutionsberechtigten zu erfolgen, daß die Sache zur Restitution nicht zur Verfügung steht — je nachdem, welcher Zeitpunkt später liegt.

(3) Unbeschadet der Bestimmungen von Absatz (2) dieses Artikels sind Ansprüche gemäß Absatz (1), die bei einer Dienststelle einer der Drei Mächte vor Inkrafttreten dieses Vertrags geltend gemacht wurden, entweder von dieser Macht der in Artikel 1 dieses Teils genannten deut-

Article 4

1. If property to be restituted has, after identification in Germany, either been utilized or consumed in Germany before return to the claimant or been destroyed, stolen or otherwise disposed of before receipt by the claimant Government or by an appropriate agency of one of the Three Powers for despatch to the claimant, the Federal Republic shall compensate claimants who would otherwise be entitled to restitution under Article 1 or 3 of this Chapter, or who, at the entry into force of the present Convention, have had their claims for restitution approved by one of the Three Powers.

2. The German agency referred to in Article 1 of this Chapter shall, upon application by the claimant otherwise entitled to restitution, render a decision on the compensation claim in respect of property the restitution of which could have been requested under Articles 1 and 2. The court stipulated in Article 3 shall, upon suit brought by the claimant otherwise entitled to restitution, render a decision on the compensation claim in respect of property the restitution of which could have been requested under Article 3, provided that the plaintiff is a national or a resident of a State which has acceded to the Charter of the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany. The filing of the application and the bringing of the suit must take place not later than one year after the entry into force of the present Convention or one year after notification to the claimant that the property is not available for restitution, whichever is later.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2 of this Article, claims falling within the scope of paragraph 1 filed with an agency of any of the Three Powers before the entry into force of the present Convention may either be referred by that Power to the German agency referred to in Ar-

Article 4

1. — Si un bien à restituer a été, après son identification en Allemagne, soit utilisé ou consommé en Allemagne avant sa restitution au demandeur, soit détruit ou volé, ou s'il en a été autrement disposé avant sa remise au Gouvernement réclamant ou à l'organisme compétent de l'une des Trois Puissances pour être remis au demandeur, la République Fédérale indemnisera les demandeurs qui auraient autrement droit à restitution en vertu des Articles 1 ou 3 du présent Chapitre ou dont les demandes de restitution ont été, à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, approuvées par l'une des Trois Puissances.

2. — Sur requête du demandeur qui aurait autrement droit à restitution, l'agence allemande visée à l'Article 1 du présent Chapitre rendra une décision sur la demande d'indemnisation relative au bien dont la restitution aurait pu être demandée en vertu des Articles 1 et 2. Sur introduction d'une instance par le demandeur qui aurait autrement droit à restitution, le tribunal visé à l'Article 3 rendra une décision sur la demande d'indemnisation relative au bien dont la restitution aurait pu être demandée en vertu de l'Article 3, à condition que le demandeur soit un ressortissant ou un résidant d'un Etat ayant accédé à la Charte de la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne. Le dépôt de la requête et l'introduction de l'instance doivent être effectués dans l'année qui suit l'entrée en vigueur de la présente Convention ou dans l'année qui suit la notification au demandeur que le bien n'est plus restituable, selon celui des deux délais qui sera le plus long.

3. — Par dérogation aux dispositions du paragraphe 2 du présent Article, les demandes tombant sous le coup du paragraphe 1, qui ont été présentées à un organisme de l'une des Trois Puissances avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, peuvent être renvoyées par cette Puissance à

schen Dienststelle zu überweisen oder von der den Anspruch erhebenden Regierung selbst bei dieser Dienststelle geltend zu machen. Alle Ansprüche auf Grund dieses Absatzes sind der Dienststelle spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Vertrags zu überweisen oder bei ihr geltend zu machen; sie hat über diese zu entscheiden.

(4) Die in Artikel 1 dieses Teils genannte deutsche Dienststelle hat Restitutionsansprüche anzuerkennen, die von einer der Drei Mächte vor Inkrafttreten dieses Vertrags gebilligt worden sind. Die Dienststelle hat auch eine Bescheinigung einer der Drei Mächte als beweiskräftig anzusehen, nach der die mit dem Antrag herausverlangten Sachen bei einer zuständigen Dienststelle dieser Macht zwecks Ablieferung an den Restitutionsberechtigten nicht eingegangen sind.

(5) Die in diesem Artikel vorgesehene Entschädigung ist in der Höhe des Wiederbeschaffungswertes der Sachen zur Zeit der Entscheidung darüber zu leisten.

ticle 1 of this Chapter or be filed with that agency by the claimant Government. All claims under this paragraph shall be referred to or filed with the agency not later than six months after the entry into force of the present Convention and shall be decided by it.

4. The German agency referred to in Article 1 of this Chapter shall recognize claims for restitution which have been approved by any of the Three Powers prior to the entry into force of the present Convention. The agency shall also accept as conclusive a certificate by any one of the Three Powers that the property which was the subject of the claim had not been received by an appropriate agency of that Power for despatch to the claimant.

5. Compensation pursuant to this Article shall be awarded in the amount of the replacement value of the property concerned as of the date of the award.

l'agence allemande visée à l'Article 1 du présent Chapitre ou peuvent être présentées à cette agence par le Gouvernement demandeur. Toutes les demandes visées au présent paragraphe seront renvoyées à l'agence ou lui seront présentées dans les six mois suivant l'entrée en vigueur de la présente Convention et feront l'objet d'une décision de la part de cette agence.

4. — L'agence allemande visée à l'Article 1 du présent Chapitre reconnaîtra les demandes de restitution qui auront été approuvées par l'une des Trois Puissances avant l'entrée en vigueur de la présente Convention. L'agence considérera également comme probant un certificat délivré par l'une des Trois Puissances, indiquant que le bien faisant l'objet de la demande n'a pas été remis à un organisme compétent de cette Puissance, pour transmission au demandeur.

5. — Les indemnisations accordées en vertu du présent Article seront fixées selon la somme correspondant à la valeur de remplacement du bien en cause à la date de la décision d'indemnisation.

Artikel 5

(1) Die Bestimmungen dieses Teils finden auf folgende Länder und von den folgenden Zeitpunkten ab Anwendung:

Land	Zeitpunkt
Österreich	12. März 1938
Tschechoslowakei	1. April 1939
Polen	1. September 1939
Dänemark	9. April 1940
Norwegen	9. April 1940
Belgien	10. Mai 1940
Luxemburg	10. Mai 1940
Niederlande	10. Mai 1940
Frankreich	17. Mai 1940
Griechenland	28. Oktober 1940
Jugoslawien	6. April 1941
Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken	22. Juni 1941
Italien	3. September 1943
Rumänien	12. September 1944
Finnland	19. September 1944
Bulgarien	28. Oktober 1944
Ungarn	20. Januar 1945

(2) Unter die Bestimmungen dieses Teils fällt sowohl privates wie öffentliches Eigentum, das aus den in Absatz (1) dieses Artikels genannten Gebieten entfernt wurde.

Article 5

1. The provisions of this Chapter shall apply in respect of the following countries as of the respective date set forth below:

Country	Date
Austria	12 March 1938
Czechoslovakia	1 April 1939
Poland	1 September 1939
Denmark	9 April 1940
Norway	9 April 1940
Belgium	10 May 1940
Luxembourg	10 May 1940
Netherlands	10 May 1940
France	17 May 1940
Greece	28 October 1940
Yugoslavia	6 April 1941
Union of Soviet Socialist Republics	22 June 1941
Italy	3 September 1943
Rumania	12 September 1944
Finland	19 September 1944
Bulgaria	28 October 1944
Hungary	20 January 1945

2. The provisions of this Chapter shall cover public and private property which was removed from territories referred to in paragraph 1 of this Article.

Article 5

1. — Les dispositions du présent Chapitre s'appliquent à l'égard des pays ci-après, à compter des dates respectives indiquées ci-dessous:

Pays	Date
Autriche	12 mars 1938
Tchécoslovaquie	1er avril 1939
Pologne	1er septembre 1939
Danemark	9 avril 1940
Norvège	9 avril 1940
Belgique	10 mai 1940
Luxembourg	10 mai 1940
Pays-Bas	10 mai 1940
France	17 mai 1940
Grèce	28 octobre 1940
Yougoslavie	6 avril 1941
Union des Républiques Socialistes Soviétiques	22 juin 1941
Italie	3 septembre 1943
Roumanie	12 septembre 1944
Finlande	19 septembre 1944
Bulgarie	28 octobre 1944
Hongrie	20 janvier 1945

2. — Les dispositions du présent Chapitre s'appliquent aux biens publics et privés, qui ont été enlevés des territoires visés au paragraphe 1 du présent Article.

Artikel 6

Schließt die Bundesrepublik mit einer anderen Macht in Angelegenheiten, die unter diesen Teil fallen, Vereinbarungen, die für diese andere Macht günstiger sind als die entsprechenden Bestimmungen dieses Teils, so sind die Vorteile dieser neuen Vereinbarungen ohne weiteres auf alle Mächte auszudehnen, denen die entsprechenden Bestimmungen dieses Teils zugute kommen.

Article 6

If the Federal Republic concludes with any other Power, on matters within the scope of this Chapter, arrangements more favourable to such other Power than the corresponding provisions of this Chapter, the benefits of such new arrangements shall automatically be extended to all powers benefiting from those provisions.

Article 6

Si la République Fédérale conclut avec toute autre Puissance, en des matières couvertes par le présent Chapitre, des arrangements plus favorables pour cette Puissance que les dispositions correspondantes du présent Chapitre, le bénéfice de ces nouveaux arrangements sera étendu automatiquement à toutes les Puissances bénéficiant des dispositions correspondantes du présent Chapitre.

Artikel 7

(1) Die Unterzeichnerstaaten errichten hiermit eine Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland, die ihre Tätigkeit im Einklang mit den Bestimmungen ihrer Satzung ausübt, die diesem Vertrag als Anhang beigefügt ist

(2) Auf Antrag der beteiligten Partei unterliegen die Endentscheidungen der deutschen Dienststelle gemäß Artikel 1, 2 und 4 dieses Teils sowie die der deutschen Gerichte gemäß Artikel 3 und 4 der Nachprüfung durch die Schiedskommission.

(3) Der Antrag an die Kommission ist von der beteiligten Partei innerhalb von dreißig Tagen nach Zustellung der Endentscheidung zu stellen. Entscheidet die deutsche Dienststelle oder das deutsche Gericht nicht innerhalb eines Jahres nach Stellung des Antrages, so kann der Berechtigte den Anspruch innerhalb von dreißig Tagen nach Ablauf der Jahresfrist der Kommission unmittelbar unterbreiten.

(4) Die Kommission kann über jeden ihr unterbreiteten Fall entweder selbst eine Endentscheidung fällen oder ihn an die deutsche Dienststelle oder das deutsche Gericht mit den Weisungen, die sie für erforderlich oder angebracht hält, zurückverweisen

(5) Die Urteile der Kommission sind endgültig und für die Behörden und Gerichte der Unterzeichnerstaaten und anderer Staaten, die ihrer Satzung beitreten, bindend.

Article 7

1. The Signatory States hereby establish an Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany, which shall function in accordance with the provisions of its Charter annexed to the present Convention.

2. Upon application of the party concerned, any final decision (Endentscheidung) by the German agency pursuant to Articles 1, 2 or 4 of this Chapter, or by a German court pursuant to Articles 3 or 4, shall be subject to review by the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany.

3. Application to the Commission shall be submitted by the party concerned within thirty days after service of such decision. If the German agency or the German court does not render a decision within one year after submission of the claim, the claimant may submit his claim directly to the Commission within thirty days following the expiration of the one year period.

4. In any case submitted to it, the Commission may itself render a final decision in regard to such case or may remand it to the German agency or to the German court with such instructions as the Commission deems necessary or appropriate.

5. The judgments of the Commission shall be final and binding on the authorities and courts of the Signatory States and other States acceding to its Charter.

Article 7

1. — Les Etats Signataires instituent une Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne dont le fonctionnement sera régi par les dispositions de la Charte annexée à la présente Convention.

2. — Sur demande de la partie intéressée, toute décision définitive (Endentscheidung) de l'agence allemande en vertu des Articles 1, 2 ou 4 du présent Chapitre, ou d'un tribunal allemand en vertu des Articles 3 ou 4, sera sujette à révision de la part de la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne.

3. — La partie intéressée soumettra sa demande à la Commission dans les trente jours après que cette décision lui aura été signifiée. Si l'agence allemande ou le tribunal allemand ne rend pas de décision dans l'année suivant la présentation de la demande, le demandeur pourra soumettre sa demande directement à la Commission dans les trente jours suivant l'expiration de cette période d'une année.

4. — Dans toute affaire qui lui sera soumise, la Commission pourra rendre elle-même une décision définitive ou renvoyer l'affaire à l'agence allemande ou au tribunal allemand avec les instructions que la Commission estimera nécessaires ou appropriées.

5. — Les jugements de la Commission seront définitifs et lieront les autorités et les tribunaux des Etats Signataires et des autres Etats ayant accédé à la Charte.

ANHANG ZUM FÜNFTEN TEIL

§ 1

(1) Die Bundesregierung wird die in Absatz (1) des Artikels 1 des vorstehenden Teils vorgesehene Verwaltungsdienststelle als Bundesoberbehörde errichten.

(2) Alle deutschen Gerichte und Behörden haben dieser Bundesoberbehörde Rechts- und Amtshilfe gemäß Artikel 35 des Grundgesetzes zu leisten.

ANNEX TO CHAPTER FIVE

Section 1

1. The Federal Government shall establish the administrative agency provided for in paragraph 1 of Article 1 of the foregoing Chapter as a Federal Higher Authority (Bundesoberbehörde).

2. All German courts and authorities shall render the Federal Higher Authority legal and other official assistance pursuant to Article 35 of the Basic Law.

ANNEXE AU CHAPITRE CINQUIEME

Paragraphe 1

1. — Le Gouvernement Fédéral instituera en tant qu'Autorité Fédérale Supérieure (Bundesoberbehörde) l'agence administrative prévue au paragraphe 1 de l'Article 1 du Chapitre qui précède.

2. — Tous les tribunaux allemands et autorités allemandes doivent, conformément à l'Article 35 de la Loi Fondamentale, prêter une aide judiciaire et administrative à cette Autorité Fédérale Supérieure.

§ 2

(1) Anträge auf Restitution gemäß Artikel 1 und 2 des vorstehenden Teils, mit Ausnahme der in Absatz (3) des Artikels 2 bezeichneten, müssen enthalten

(a) eine Bezeichnung der Sache, deren Restitution begehrt wird;

(b) soweit möglich, eine Bezeichnung der Person, in deren Händen sich diese Sache zur Zeit der Antragstellung befindet;

(c) eine Schilderung des Sachverhalts, der den Restitutionsanspruch begründet.

Section 2

1. Applications for restitution pursuant to Articles 1 and 2 of the foregoing Chapter, with the exception of those specified in paragraph 3 of Article 2, shall include

(a) a description of the property restitution of which is demanded;

(b) when possible, identification of the person possessing such property at the time of filing of the application;

(c) a description of the facts on which the restitution claim is based.

Paragraphe 2

1. — Les demandes de restitution présentées conformément aux Articles 1 et 2 du Chapitre qui précède, à l'exclusion de celles désignées au paragraphe 3 de l'Article 2, doivent comporter :

(a) la désignation du bien dont la restitution est demandée ;

(b) autant que possible, l'indication de la personne entre les mains de laquelle se trouve ce bien au moment de la présentation de la demande ;

(c) un exposé des faits motivant la demande en restitution.

(2) Dem Antrag sind die den Restitutionsanspruch begründenden Unterlagen in beglaubigter Abschrift beizufügen oder nachzureichen.

2. Certified copies of the documents supporting the restitution claim shall be attached to the application or shall be subsequently submitted.

2. — Des copies certifiées conformes des pièces venant à l'appui de la demande de restitution doivent être jointes à cette demande ou présentées ultérieurement.

§ 3

(1) Anträge auf Entschädigung gemäß Artikel 4 des vorstehenden Teils, mit Ausnahme der in Absatz (3) dieses Artikels bezeichneten, müssen enthalten

(a) eine Bezeichnung der Sache, für die Entschädigung begehrt wird;

(b) Angaben über die Identifizierung dieser Sache in Deutschland;

(c) Angaben bezüglich der Verwendung, des Verbrauchs, der Zerstörung, des Diebstahls oder des Abhandenkommens dieser Sache;

(d) Angaben des beanspruchten Betrages;

(e) Angaben über alle anderen Umstände, die den Anspruch begründen.

(2) Dem Antrag sind die den Entschädigungsanspruch begründenden Unterlagen in beglaubigter Abschrift beizufügen oder nachzureichen.

Section 3

1. Applications for compensation pursuant to Article 4 of the foregoing Chapter, with the exception of those specified in paragraph 3 of that Article, shall include

(a) a description of the property in respect of which compensation is demanded;

(b) information relating to the identification in Germany of such property;

(c) information relating to the utilization, consumption, destruction, theft or disposal of such property;

(d) notice of the amount claimed;

(e) information concerning any other matters on which the claim is based.

2. Certified copies of the documents supporting the compensation claim shall be attached to the application or shall be subsequently submitted.

Paragraphe 3

1. — Les demandes d'indemnisation présentées conformément à l'Article 4 du Chapitre qui précède, à l'exclusion de celles désignées au paragraphe 3 dudit Article, doivent comporter:

(a) la désignation du bien qui fait l'objet d'une demande d'indemnisation;

(b) les renseignements relatifs à l'identification en Allemagne de ce bien;

(c) les renseignements relatifs à l'utilisation, la consommation, la destruction, le vol ou la cession de ce bien;

(d) une indication de la somme réclamée;

(e) les renseignements relatifs à tout autre fait motivant la demande.

2. — Des copies certifiées conformes des pièces venant à l'appui de la demande d'indemnisation doivent être jointes à cette demande ou présentées ultérieurement.

§ 4

Das Verfahren vor der Bundesoberbehörde ist gebührenfrei.

Section 4

Proceedings before the Federal Higher Authority shall be free of charge.

Paragraphe 4

La procédure devant l'Autorité Fédérale Supérieure est exempte de frais.

§ 5

(1) Die Bundesoberbehörde führt die erforderlichen Ermittlungen durch. Sie kann zu diesem Zweck von Amts wegen beschleunigt Beweise erheben, insbesondere Zeugen, Sachverständige und Personen, deren Rechte betroffen würden, vernehmen oder durch ein Gericht vernehmen lassen. Falls eine Beeidigung erforderlich erscheint, ist der Eid vor einem Gericht zu leisten. Die Bundesoberbehörde ist zuständig für die Abnahme eidesstattlicher Versicherungen.

(2) Als Beteiligte gelten außer der antragstellenden Regierung alle Personen, deren Rechte durch die Restitution betroffen würden.

(2) Den Beteiligten ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Sie können sich durch Prozeßbevollmächtigte oder Rechtsanwälte vertreten lassen. Von den zum Zwecke von Vernehmungen gemäß Absatz (1) Satz 2 dieses Paragraphen anberaumten Terminen sind sie zu benachrichtigen; sie können diesen Vernehmungen beiwohnen. Schriftsätze eines Beteiligten sind den übrigen Beteiligten mitzuteilen.

Section 5

1. The Federal Higher Authority shall conduct the necessary investigations. For this purpose it may on its own motion (von Amts wegen) take evidence by accelerated procedure; in particular, it may hear witnesses, experts and the persons whose rights are affected by the restitution or cause their hearing before a court. Where a hearing under oath appears necessary, such oath shall be sworn before a court. The Federal Higher Authority shall be authorized to accept statements in lieu of oaths (eidesstattliche Versicherungen).

2. In addition to the applying Government, all persons shall be considered parties concerned whose rights would be affected by the restitution.

3. The parties concerned shall be afforded an opportunity to state their views. They may be represented by agents or counsel. They shall be notified of the dates of the hearings ordered for the purpose of interrogations pursuant to the second sentence of paragraph 1 of this Section and may attend these hearings. The documents filed by a party concerned shall be transmitted to the other parties.

Paragraphe 5

1. — L'Autorité Fédérale Supérieure procède aux enquêtes nécessaires. Elle peut, à cet effet, procéder d'office (von Amts wegen) à la recherche de preuves par une procédure accélérée, et, en particulier, procéder ou faire procéder par un tribunal à l'audition de témoins, d'experts ou de personnes dont les droits seraient affectés par la restitution. Chaque fois qu'il apparaît nécessaire de faire prêter serment, ce serment doit être prêté devant un tribunal. L'Autorité Fédérale Supérieure est compétente pour recevoir toute déclaration écrite tenant lieu de serment (eidesstattliche Versicherung).

2. — Sont considérées comme parties intéressées, outre le Gouvernement demandeur, toutes personnes dont les droits seraient affectés par la restitution.

3. — Les parties intéressées doivent se voir accorder la possibilité d'exposer leur point de vue. Elles peuvent se faire représenter par des agents ou des conseils. Elles doivent être avisées des dates des audiences fixées pour les auditions prévues à la seconde phrase de l'alinéa 1 du présent paragraphe, et peuvent assister à ces audiences. Les pièces soumises par l'une des parties intéressées doivent être communiquées aux autres parties.

§ 6

Die Bundesoberbehörde hat, wenn die Verwirklichung des Anspruchs auf Restitution gefährdet erscheint, die zur Sicherstellung der Sache erforderlichen vorläufigen Maßnahmen anzuordnen.

§ 7

Die Entscheidungen der Bundesoberbehörde sind schriftlich zu begründen und den Beteiligten zuzustellen.

§ 8

(1) Die Bundesoberbehörde trifft alle Maßnahmen, die für die Restitution erforderlich sind. Sie ordnet, falls notwendig, die Enteignung der zu restituierenden Sache zugunsten der Bundesrepublik an, welche die enteigneten Sachen dem Restitutionsberechtigten zuleiten wird.

(2) Art und Höhe der Entschädigung der durch die Enteignung Betroffenen regelt ein Bundesgesetz.

(3) Erkennt die Bundesoberbehörde einen Anspruch gemäß Artikel 4 des vorstehenden Teils an, so hat sie den von der Bundesrepublik zu zahlenden Entschädigungsbetrag festzusetzen.

Section 6

Where realization of the restitution claim appears to be endangered, the Federal Higher Authority shall order the necessary interim measures to be taken for safeguarding the property.

Section 7

Decisions of the Federal Higher Authority shall state in writing the reasons on which they are based and shall be served upon the parties concerned.

Section 8

1. The Federal Higher Authority shall take all measures required for the restitution. Where necessary the Federal Higher Authority shall order that property to be restituted shall be expropriated in favour of the Federal Republic, which will forward (zuleiten) it to the restitution claimant.

2. The nature and amount of the compensation to persons affected by the expropriation shall be fixed by a Federal law.

3. Where the Federal Higher Authority allows a claim under Article 4 of the foregoing Chapter, it shall fix the amount of the compensation to be paid by the Federal Republic.

Paragraphe 6

L'Autorité Fédérale Supérieure doit, lorsque la réalisation du droit à restitution lui paraît menacée, ordonner toutes mesures conservatoires nécessaires à la sauvegarde du bien en cause.

Paragraphe 7

Toute décision de l'Autorité Fédérale Supérieure doit être motivée par écrit et notifiée aux parties intéressés.

Paragraphe 8

1. — L'Autorité Fédérale Supérieure prend toutes mesures en vue de la restitution. S'il est nécessaire, elle ordonne que les biens à restituer soient expropriés au profit de la République Fédérale qui les transférera (zuleiten) aux ayants-droit à restitution.

2. — Une loi fédérale réglera la nature et le montant de l'indemnisation de personnes atteintes par l'expropriation.

3. — Lorsque l'Autorité Fédérale Supérieure fera droit à une demande visée à l'Article 4 du Chapitre qui précède, elle fixera le montant de l'indemnisation à verser par la République Fédérale.

SECHSTER TEIL

Reparationen

Artikel 1

(1) Die Frage der Reparationen wird durch den Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern oder vorher durch diese Frage betreffende Abkommen geregelt werden. Die Drei Mächte verpflichten sich, zu keiner Zeit Forderungen auf Reparationen aus der laufenden Produktion der Bundesrepublik geltend zu machen.

(2) Bis zu der in Absatz (1) dieses Artikels vorgesehenen endgültigen Regelung gelten die folgenden Bestimmungen.

Artikel 2

Das Kontrollratsgesetz Nr. 5 verliert, außer für die in dem Verzeichnis zum Gesetz Nr. 63 der Alliierten Hohen Kommission (abgeändert durch Entscheidung Nr. 24 der Alliierten Hohen Kommission) genannten Länder, im Bundesgebiet seine Wirksamkeit, darf aber ohne Zustimmung der Drei Mächte nicht weiter außer Wirksamkeit gesetzt oder geändert werden. Die Bundesrepublik wird das Gesetz Nr 63 der Alliierten Hohen Kommission nur mit Zustimmung der Drei Mächte aufheben oder ändern. Jedoch gilt Artikel 6 Absatz 1 des Gesetzes

CHAPTER SIX

Reparation

Article 1

1. The problem of reparation shall be settled by the peace treaty between Germany and its former enemies or by earlier agreements concerning this matter. The Three Powers undertake that they will at no time assert any claim for reparation against the current production of the Federal Republic.

2. Pending the final settlement envisaged in paragraph 1 of this Article, the following provisions shall apply.

Article 2

Control Council Law No. 5 is deprived of effect in the Federal territory, except in respect of the countries listed in the Schedule to Allied High Commission Law No. 63, as amended by Decision No. 24 of the Allied High Commission, but shall not be further deprived of effect or amended without the consent of the Three Powers. The Federal Republic will not repeal or amend Law No. 63 except with the consent of the Three Powers. However, paragraph 1 of Article 6 of Law No. 63 shall be deemed to be repealed and para-

CHAPITRE SIXIEME

Réparations

Article 1

1. — La question des réparations sera réglée par le Traité de Paix entre l'Allemagne et ses anciens ennemis ou par des accords antérieurs relatifs à cette question. Les Trois Puissances s'engagent à ne pas présenter, à un moment quelconque, de demandes de réparations sur la production courante de la République Fédérale.

2. — En attendant le règlement final prévu au paragraphe 1 du présent Article, les dispositions ci-dessous s'appliqueront.

Article 2

La Loi N° 5 du Conseil de Contrôle est dépourvue d'effet sur le territoire fédéral, sauf en ce qui concerne les pays figurant sur la liste annexée à la Loi N° 63 de la Haute Commission Alliée, modifiée par la Décision N° 24 de la Haute Commission Alliée, mais ne pourra faire, dans l'avenir, l'objet de privation d'effet ou d'amendements sans le consentement des Trois Puissances. La République Fédérale n'abrogera ni n'amendera la Loi N° 63 de la Haute Commission Alliée, sauf consentement des Trois Puissances. Toutefois, le paragraphe 1 de l'Article 6

Nr. 63 als aufgehoben und Absatz 2 als dahin geändert, daß die danach der Alliierten Hohen Kommission zustehenden Befugnisse von der Bundesregierung ausgeübt werden. Die Bundesrepublik verpflichtet sich, die dieser Änderung des Artikels 6 des Gesetzes Nr. 63 entsprechenden geeigneten Entscheidungen zur Streichung der im Verzeichnis zum Gesetz Nr. 63 genannten Länder nach Zustimmung der Drei Mächte zu erlassen.

graph 2 to be amended to provide that the powers therein conferred upon the Allied High Commission may be exercised by the Federal Government. The Federal Republic undertakes that appropriate decisions under Article 6 of Law No. 63, as so amended, removing the countries from the list in the Schedule thereto shall be issued after the Three Powers have consented.

de la Loi No 63 sera considéré comme abrogé, et le paragraphe 2 sera considéré comme amendé en ce sens que les pouvoirs conférés à la Haute Commission Alliée par ces dispositions pourront être exercés par le Gouvernement Fédéral. La République Fédérale s'engage à ce que des décisions appropriées, en vertu de l'Article 6 de la Loi No 63 ainsi amendée, supprimant tout pays de la liste annexée à ladite Loi, soient édictées lorsque les Trois Puissances auront donné leur consentement à une telle mesure.

Artikel 3

(1) Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten, neutralen Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden.

(2) Die Bundesrepublik wird die Bestimmungen über die Behandlung des deutschen Auslandsvermögens in Österreich hinnehmen, die in einem Abkommen enthalten sind, bei dem die gegenwärtigen Besatzungsmächte Österreichs Parteien sind, oder die in dem zukünftigen Staatsvertrag mit Österreich getroffen werden.

(3) Ansprüche und Klagen gegen Personen, die auf Grund der in Absatz (1) und (2) dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen Eigentum erworben oder übertragen haben, sowie Ansprüche und Klagen gegen internationale Organisationen, ausländische Regierungen oder Personen, die auf Anweisung dieser Organisationen oder Regierungen gehandelt haben, werden nicht zugelassen.

Article 3

1. The Federal Republic shall in the future raise no objections against the measures which have been, or will be, carried out with regard to German external assets or other property, seized for the purpose of reparation or restitution, or as a result of the state of war, or on the basis of agreements concluded, or to be concluded, by the Three Powers with other Allied countries, neutral countries or former allies of Germany.

2. The Federal Republic shall abide by such provisions regulating German external assets in Austria as are set forth in any agreement to which the Powers now in occupation of Austria are parties or as may be contained in the future State Treaty with Austria.

3. No claim or action shall be admissible against persons who shall have acquired or transferred title to property on the basis of the measures referred to in paragraph 1 and 2 of this Article, or against international organizations, foreign governments or persons who have acted upon instructions of such organizations or governments.

Article 3

1. — La République Fédérale ne soulèvera, dans l'avenir, aucune objection contre les mesures qui ont été prises ou qui seront prises à l'égard des avoirs allemands à l'étranger ou des autres biens saisis au titre des réparations ou des restitutions, ou en raison de l'état de guerre, ou en se fondant sur les accords que les Trois Puissances ont conclus ou pourront conclure avec d'autres pays alliés, avec des pays neutres ou avec d'anciens alliés de l'Allemagne.

2. — La République Fédérale se conformera aux dispositions relatives aux avoirs allemands en Autriche, qui figurent dans tout accord auquel les Puissances actuellement en occupation en Autriche sont partie ou qui pourront figurer dans le futur Traité d'Etat avec l'Autriche.

3. — Ne sont pas recevables les réclamations et les actions dirigées contre des personnes qui ont acquis ou transféré des droits de propriété, en vertu des mesures visées aux paragraphes 1 et 2 du présent Article, ainsi que contre des organismes internationaux, des gouvernements étrangers ou des personnes qui ont agi sur instruction de ces organismes ou de ces gouvernements étrangers.

Artikel 4

(1) Soweit deutsche Auslandswerte noch nicht übertragen oder liquidiert worden sind oder über die Liquidationserlöse noch nicht verfügt ist, kann die Bundesrepublik über diese Werte Vereinbarungen mit allen Staaten schließen, mit denen sich Deutschland seit dem 1. September 1939 im Kriegszustand befunden hat, die aber nicht Mitglieder der Interalliierten Reparations-Agentur (IARA) sind.

(2) Die Bundesrepublik kann ferner mit den Mitgliedstaaten der IARA Vereinbarungen schließen, die sich jedoch nur beziehen dürfen auf:

(a) Vermögensarten, welche die Mitgliedsstaaten der IARA gemäß Teil III der Verrechnungsregeln

Article 4

1. Where German external assets have not been transferred or liquidated, or where no disposition has been made in respect of the proceeds of their liquidation, the Federal Republic may negotiate agreements regarding them with all countries which have been at war with Germany since 1 September 1939 but are not members of the Inter-Allied Reparation Agency (IARA).

2. Moreover, the Federal Republic may negotiate agreements with the member countries of IARA, provided such agreements relate only to

(a) property of the types which member countries of the IARA may, under Part III of the IARA account-

Article 4

1. — Dans les cas où les avoirs allemands à l'étranger n'ont pas été transférés ou liquidés, ou lorsqu'aucune mesure de disposition n'a été prise à l'égard des produits de leur liquidation, la République Fédérale peut négocier des accords concernant ces avoirs avec tous les pays qui ont été en guerre avec l'Allemagne depuis le 1er septembre 1939, mais qui ne sont pas membres de l'Agence Interalliée des Réparations (IARA).

2. — En outre, la République Fédérale peut négocier des accords avec les pays membres de l'IARA, sous réserve que ces accords visent uniquement:

(a) les biens appartenant aux catégories que les pays membres de l'IARA sont, en vertu du Titre III

der IARA freiwillig von der Buchung zu ihren Lasten gemäß Teil II dieser Regeln ausschließen können,

(b) auf Reichsmark lautende, in Deutschland ausgegebene Wertpapiere,

(c) Ruhegehälter und Renten,

(d) einen Endtermin für die Beschlagnahme deutschen Eigentums in Ländern, in denen ein solcher noch nicht festgesetzt ist.

(3) Bezüglich des in Portugal, Spanien, Schweden und der Schweiz in Anspruch genommenen deutschen Auslandsvermögens, über das von den Drei Mächten geschlossene Abkommen in Kraft sind oder sein werden, kann die Bundesrepublik zur Durchführung dieser Abkommen mit den genannten Staaten Vereinbarungen über Art und Umfang der Entschädigung schließen, die an die früheren deutschen Eigentümer der Werte in diesen Ländern zu zahlen ist. Die Drei Mächte sind berechtigt, an den Verhandlungen darüber teilzunehmen.

(4) Abgesehen von den in den vorangehenden Absätzen dieses Artikels genannten Fragen ist die Bundesrepublik befugt, nach entsprechender Mitteilung an die Drei Mächte mit jedem Lande auch über andere die deutschen Auslandswerte betreffende Fragen Vereinbarungen zu schließen, es sei denn, daß die Drei Mächte dem ausdrücklich widersprechen.

Artikel 5

Die Bundesrepublik wird Vorsorge treffen, daß die früheren Eigentümer der Werte, die auf Grund der in Artikel 2 und 3 dieses Teiles bezeichneten Maßnahmen beschlagnahmt worden sind, entschädigt werden.

SIEBENTER TEIL

Verschleppte Personen und Flüchtlinge

Artikel 1

Die Bundesrepublik verpflichtet sich:

(a) (gestrichen)
(b) (gestrichen)
(c) (gestrichen)

(d) die Fortführung der Arbeiten zu gewährleisten, die gegenwärtig vom Internationalen Suchdienst durchgeführt werden;

(e) die ordnungsgemäße Betreuung und Instandhaltung der Gräber alliierter ziviler Kriegsopfer (falls von den beteiligten Staaten nicht anderweitig vorgesehen), verschleppter Personen und nichtdeutscher Flüchtlinge im Bundesgebiet zu übernehmen und Pilgerfahrten von Angehörigen zu diesen Gräbern zu erleichtern;

ing rules, voluntarily exclude from the charge to be made under Part II of the rules;

(b) securities of German issue expressed in Reichsmarks;

(c) pensions;

(d) a final date for sequestration of German property in countries in which such a date has not yet been determined

3. Regarding property taken as German assets in Portugal, Spain, Sweden and Switzerland with respect to which agreements concluded by the Three Powers are, or will be, in force, the Federal Republic may negotiate with those countries arrangements in implementation of such agreements concerning the nature and amount of compensation to be paid to former German owners of assets in those countries The Three Powers shall have the right to participate in such negotiations

4. Apart from the questions referred to in the preceding paragraphs of this Article, the Federal Republic may, after due notification to the Three Powers negotiate with any country agreements on other questions concerning German external assets unless the Three Powers specifically object thereto.

Article 5

The Federal Republic shall ensure that the former owners of property seized pursuant to the measures referred to in Articles 2 and 3 of this Chapter shall be compensated.

CHAPTER SEVEN

Displaced Persons and Refugees

Article 1

The Federal Republic undertakes

(a) Deleted.
(b) Deleted.
(c) Deleted.

(d) to assure the continuance of the operations presently carried out by the International Tracing Service;

(e) to assume the proper care and maintenance of the graves of Allied civilian war victims (unless otherwise provided for by the nations concerned), displaced persons and non-German refugees in the Federal territory and to facilitate pilgrimages by relatives to these graves;

des règles de comptabilisation de l'IARA, en droit d'exclure volontairement du montant à porter à leur débit conformément aux dispositions du Titre II de ces règles;

(b) les titres d'émission allemande libellés en Reichsmark;

(c) les pensions;

(d) une date limite pour la mise sous séquestre des biens allemands dans les pays dans lesquels une telle date n'a pas encore été déterminée.

3. — En ce qui concerne les biens pris ou bloqués en tant qu'avoirs allemands à l'étranger en Espagne, au Portugal, en Suède et en Suisse, au sujet desquels des accords conclus par les Trois Puissances sont ou seront en viqueur la République Fédérale peut négocier avec ces Etats des arrangements pour l'application de ces accords et relatifs à la nature et au montant de l'indemnisation à accorder aux anciens propriétaires allemands de biens situés dans ces pays Les Trois Puissances auront le droit de participer à ces négociations.

4. — Exception faite des problèmes visés aux paragraphes précédents du présent Article, la République Fédérale peut, après en avoir dûment avisé les Trois Puissances négocier avec tout Etat des accords sur d'autres questions concernant les avoirs allemands à l'étranger, à moins que les Trois Puissances ne s'y opposent de manière expresse.

Article 5

La République Fédérale veillera à ce que les anciens propriétaires de biens saisis en exécution des mesures visées aux Articles 2 et 3 du présent Chapitre recoivent une indemnisation.

CHAPITRE SEPTIEME

Personnes Déplacées et Réfugiés

Article 1

La République Fédérale s'engage:

(a) supprimé;
(b) supprimé;
(c) supprimé;

(d) à assurer la continuation des opérations actuellement effectuées par le Service International des Recherches;

(e) à assumer l'entretien et la conservation sur le territoire fédéral des tombes des victimes civiles alliées de la guerre (à moins qu'il n'y soit autrement pourvu par les nations intéressées), et des tombes des personnes déplacées et des réfugiés non allemands, ainsi qu'à faciliter les pèlerinages des membres des familles des morts sur ces tombes;

(f) den Behörden der Drei Mächte und anderer beteiligter alliierter Staaten bei der Exhumierung und Überführung der Leichen von Kriegsopfern die gleichen Möglichkeiten wie bisher zu gewähren.

Artikel 2

Die Bundesrepublik wird für die ordnungsgemäße Betreuung und Instandhaltung der Gräber alliierter Soldaten im Bundesgebiet (falls von den beteiligten Staaten oder den diesen Zwecken dienenden Organisationen dieser Staaten nicht anderweitig vorgesehen) Sorge tragen und die Tätigkeit dieser Organisationen erleichtern. Jede der Drei Mächte wird in ihrem Mutterland für die ordnungsgemäße Betreuung und Instandhaltung der Gräber deutscher Soldaten Sorge tragen und die Tätigkeit von Organisationen erleichtern, die diesen Zwecken dienen.

Artikel 3

(gestrichen)

Artikel 4

Die Drei Mächte erklären sich bereit, nötigenfalls Verhandlungen über die Übersiedlung von Flüchtlingen in das Bundesgebiet mit den Regierungen der Staaten zu führen, in denen die Bundesrepublik keine diplomatischen Vertretungen unterhält.

ACHTER TEIL

Ansprüche gegen Deutschland

(gestrichen, einschließlich Anhang)

NEUNTER TEIL

Gewisse Ansprüche gegen fremde Nationen und Staatsangehörige

Artikel 1

Vorbehaltlich der Bestimmungen einer Friedensregelung mit Deutschland dürfen deutsche Staatsangehörige, die der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen, gegen die Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind oder mit Deutschland im Kriegszustand waren oder in Artikel 5 des Fünften Teils dieses Vertrags genannt sind, sowie gegen deren Staatsangehörige keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen dieser Staaten oder mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht in der Bundesrepublik geltend machen.

(f) to afford to the authorities of the Three Powers and other Allied nations concerned the same facilities as they now enjoy for the exhumation and removal of bodies of war victims.

Article 2

The Federal Republic will see to the proper care and maintenance of the graves of Allied soldiers in the Federal territory, unless otherwise provided for by the nations concerned or by organizations of such nations serving that purpose, and will facilitate the work of such organizations. Each of the Three Powers will see to the proper care and maintenance of the graves of German soldiers in its metropolitan territory and will facilitate the activities of organizations serving that purpose.

Article 3

Deleted.

Article 4

The Three Powers declare themselves willing to conduct, when the necessity arises, negotiations concerning the transfer of refugees to the Federal territory with the Governments of those countries in which the Federal Republic has no diplomatic representation.

CHAPTER EIGHT

Claims against Germany

Deleted with Annex.

CHAPTER NINE

Claims against Foreign Nations or Nationals

Article 1

Without prejudice to the terms of a peace settlement with Germany, German nationals who are subject to the jurisdiction of the Federal Republic shall not assert against countries which have signed or acceded to the United Nations Declaration of 1 January 1942, or have been at war with Germany, or are specified in Article 5 of Chapter Five of the present Convention, or against the nationals of such countries, claims of any description arising out of actions taken or authorized by the Governments of these countries between 1 September 1939 and 5 June 1945 because of the existence of a state of war in Europe, nor shall such claims be asserted in any court of the Federal Republic by any person.

(f) à accorder aux autorités des Trois Puissances et des autres nations alliées intéressées les mêmes facilités que celles dont elles jouissent actuellement, pour l'exhumation et le transfert des corps des victimes de la guerre.

Article 2

La République Fédérale veillera à l'entretien et à la conservation des tombes des soldats alliés sur le territoire fédéral, à moins qu'il n'y soit autrement pourvu par les nations intéressées ou par les organisations de ces nations consacrées à ces tâches, et facilitera les travaux de ces organisations. Chacune des Trois Puissances veillera à l'entretien et à la conservation des tombes des soldats allemands sur son territoire métropolitain, et facilitera l'activité des organisations consacrées à ces tâches.

Article 3

— supprimé —

Article 4

Les Trois Puissances se déclarent prêtes à mener, en cas de besoin, des négociations avec les Gouvernements des pays dans lesquels la République Fédérale ne possède pas de représentation diplomatique, pour le transfert de réfugiés vers le territoire fédéral.

CHAPITRE HUITIEME

Réclamations à l'encontre de l'Allemagne

— supprimé —
(y compris l'Annexe)

CHAPITRE NEUVIEME

Réclamations à l'encontre des Nations Etrangères ou des Ressortissants Etrangers

Article 1

Sans préjudice des dispositions d'un règlement de paix avec l'Allemagne, aucune réclamation d'aucune sorte résultant d'actes accomplis ou autorisés, entre le 1er septembre 1939 et le 5 juin 1945 en raison de l'existence de l'état de guerre en Europe, par les Gouvernements des nations qui ont signé la Déclaration des Nations-Unies du 1er janvier 1942 ou y ont adhéré ou qui ont été en guerre avec l'Allemagne ou qui sont énumérées à l'Article 5 du Chapitre Cinquième de la présente Convention, ne pourra être présentée à l'encontre de ces nations ou de leurs ressortissants, par un ressortissant allemand soumis à la juridiction de la République Fédérale, ni par aucune personne devant aucun tribunal de la République Fédérale.

Artikel 2

Vorbehaltlich der Bestimmungen einer Friedensregelung mit Deutschland bestätigt die Bundesrepublik, daß keine Regierungsansprüche im Namen Deutschlands wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen der in Artikel 1 dieses Teils bezeichneten Staaten oder mit ihrer Ermächtigung zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind, vor den Verhandlungen über die Friedensregelung erhoben werden können.

Article 2

Without prejudice to the terms of a peace settlement with Germany, the Federal Republic confirms that no governmental claims on behalf of Germany arising out of actions taken or authorized by the Governments of the countries referred to in Article 1 of this Chapter between 1 September 1939 and 5 June 1945 because of the existence of a state of war in Europe may be asserted prior to the negotiation of the peace settlement.

Article 2

Sans préjudice des dispositions d'un règlement de paix avec l'Allemagne, la République Fédérale confirme qu'aucune réclamation gouvernementale au nom de l'Allemagne, résultant d'actes accomplis ou autorisés par les Gouvernements des nations visées à l'Article 1 du présent Chapitre entre le 1er septembre 1939 et le 5 juin 1945, en raison de l'existence de l'état de guerre en Europe, ne peut être présentée avant la négociation du règlement de paix.

Artikel 3

(1) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten bis zum Inkrafttreten einer Friedensregelung mit Deutschland.

(2) Die Bundesrepublik erkennt an, daß sie oder die ihrer Herrschaftsgewalt unterliegenden Personen keine Ansprüche irgendwelcher Art gegen die Drei Mächte oder eine von ihnen oder gegen Organisationen oder Personen, die in ihrem Namen oder unter ihrer Autorität tätig waren, geltend machen werden wegen Handlungen oder Unterlassungen, welche die Drei Mächte oder eine von ihnen oder Organisationen oder Personen, die in ihrem Namen oder unter ihrer Autorität tätig waren, zwischen dem 5. Juni 1945 und dem Inkrafttreten dieses Vertrags mit Bezug auf Deutschland, deutsche Staatsangehörige, deutsches Eigentum oder in Deutschland begangen haben.

(3) Die Bundesrepublik übernimmt die Verantwortlichkeit für die Entscheidung über Entschädigungsansprüche für Besatzungsschäden, die zwischen dem 1. August 1945 und dem Inkrafttreten dieses Vertrags entstanden sind und für die nach den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 47 der Alliierten Hohen Kommission (abgeändert durch Gesetz Nr. 79 der Alliierten Hohen Kommission) Entschädigung zu leisten ist, und für die Befriedigung dieser Ansprüche. Die Bundesrepublik wird bestimmen, welche weiteren der in Absatz (2) dieses Artikels genannten und im Bundesgebiet entstandenen Ansprüche zu befriedigen angemessen ist und wird die zur Bestimmung und Befriedigung dieser Ansprüche erforderlichen Maßnahmen treffen.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht für Ansprüche aus Verträgen, die Zahlungen aus den nationalen Fonds einer der Drei Mächte vorsehen.

(5) Die Bundesregierung wird alle Entscheidungen, die in bezug auf Ansprüche der in Absatz (3) dieses Artikels bezeichneten Art von den Behörden der Drei Mächte oder einer von ihnen vor Inkrafttreten dieses Vertrags getroffen worden sind, durchführen, soweit sie nicht bereits durchgeführt sind.

Article 3

1. The provisions of this Article are applicable during the period until the entry into force of a peace settlement with Germany.

2. The Federal Republic recognizes that no claims of any kind arising out of acts or omissions of the Three Powers or any one of them, or of organizations or persons who have acted on their behalf or under their authority, which took place in respect of Germany, German nationals or German property, or in Germany, between 5 June 1945 and the entry into force of the present Convention, may be asserted by the Federal Republic or by persons subject to its jurisdiction against the Three Powers or any one of them or against organizations or persons who have acted on their behalf or under their authority.

3. The Federal Republic assumes responsibility for the decision and satisfaction of claims for compensation for occupation damages which were sustained between 1 August 1945 and the entry into force of the present Convention and for which compensation is payable under the provisions of Allied High Commission Law No. 47 as amended by Allied High Commission Law No. 79. The Federal Republic will determine which of the other claims referred to in paragraph 2 of this Article, insofar as they arose in the Federal territory, should appropriately be satisfied and will take such measures as are necessary for the determination and satisfaction of such claims.

4. The provisions of this Article shall not apply to claims arising under contracts providing for payments from national funds of any of the Three Powers.

5. The Federal Government shall carry out all decisions taken with regard to claims specified in paragraph 3 of this Article by the authorities of the Three Powers or any one of them before the entry into force of the present Convention unless such decisions have already been carried out.

Article 3

1. — Les dispositions du présent Article sont applicables au cours de la période s'étendant jusqu'à l'entrée en vigueur d'un règlement de paix avec l'Allemagne.

2. — La République Fédérale reconnaît qu'aucune réclamation d'aucune sorte résultant d'actes ou d'omissions des Trois Puissances ou de l'une d'entre elles, ou d'organismes ou de personnes ayant agi en leur nom, ou sous leur autorité, intervenus en Allemagne ou en relation avec l'Allemagne, les ressortissants ou les biens allemands entre le 5 juin 1945 et la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, ne pourra être présentée par la République Fédérale ni par toute personne soumise à sa juridiction à l'encontre des Trois Puissances ou de l'une d'entre elles ou à l'encontre des organismes ou des personnes ayant agi en leur nom ou sous leur autorité.

3. — La République Fédérale assume la responsabilité des décisions relatives aux demandes d'indemnisation pour les dommages d'occupation qui ont été subis entre le 1er août 1945 et la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et qui, en vertu de la Loi No 47 de la Haute Commission Alliée, modifiée par la Loi No 79 de la Haute Commission Alliée, sont susceptibles d'indemnisation, et elle assume la responsabilité du règlement de ces demandes. La République Fédérale détermine celles des autres réclamations visées au paragraphe 2 du présent Article, et ayant pris naissance sur le territoire fédéral, qu'il serait approprié de régler et prend toutes les mesures nécessaires afin de prévoir le principe de la décision et de la réglementation de ces réclamations.

4. — Les dispositions du présent Article ne s'appliquent pas aux réclamations nées à l'occasion de contrats prévoyant des paiements à prélever sur les fonds nationaux de l'une des Trois Puissances.

5. — Le Gouvernement Fédéral exécutera, dans la mesure où elles n'ont pas encore été exécutées, toutes les décisions concernant les réclamations visées au paragraphe 3 du présent Article, prises par les Trois Puissances ou l'une d'entre elles avant l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Artikel 4

(1) Gemäß der durch den Briefwechsel vom 19. und 21. Mai 1952 zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission getroffenen Vereinbarung sind Vermögenswerte der Joint Export-Import Agency auf die Bundesrepublik übertragen worden oder werden solche Vermögenswerte übertragen werden; gemäß dieser Vereinbarung hat die Bundesrepublik gewisse Verbindlichkeiten übernommen.

(2) Die Bundesrepublik bestätigt ihre Verpflichtung, in Übereinstimmung mit diesem Briefwechsel die Drei Mächte und jede von ihnen von allen bestehenden oder zukünftig erwachsenden Verbindlichkeiten freizustellen, die sich aus den Transaktionen der Joint Export-Import Agency oder einer Dienststelle, deren Funktionen von der Joint Export-Import Agency übernommen worden sind oder aus anderen Außenhandels- oder Devisen-Transaktionen ergeben, welche von den Drei Mächten oder einer von ihnen vorgenommen worden und in dem Briefwechsel bezeichnet sind.

(3) Vom Austausch des in Absatz (1) dieses Artikels erwähnten Briefwechsels an unterliegen seine Bestimmungen in gleicher Weise wie dieser Vertrag im Falle von Streitigkeiten der Entscheidung durch das Schiedsgericht.

Article 4

1. Pursuant to the terms of the agreement embodied in the exchange of letters between the Chairman of the Allied High Commission and the Federal Chancellor of the Federal Republic of Germany of 19 and 21 May 1952, assets of the Joint Export-Import Agency have been or will be transferred to the Federal Republic, and the Federal Republic has undertaken certain obligations.

2. The Federal Republic confirms its undertaking in accordance with such exchange of letters to indemnify the Three Powers and each of them with respect to all liabilities, either now existing or hereafter arising, in connection with the operations of the Joint Export-Import Agency or any agency whose functions were taken over by it or in connection with other foreign trade or foreign exchange operations conducted by the Three Powers or any of them and referred to in the exchange of letters.

3. The provisions of the exchange of letters referred to in paragraph 1 of this Article shall be subject, in the event of a dispute arising after the date of the exchange, to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal in the same manner as the present Convention.

Article 4

1. — Aux termes de l'accord figurant dans l'échange de lettres entre le Président de la Haute Commission Alliée et le Chancelier de la République Fédérale, en date des 19 et 21 mai 1952, les fonds de l'Agence Commune d'Exportation et d'Importation ont été ou seront transférés à la République Fédérale, et la République Fédérale s'est engagée à assumer certaines obligations.

2. — La République Fédérale confirme son engagement, conformément à cet échange de lettres, de garantir les Trois Puissances et chacune d'entre elles contre toutes revendications actuelles et futures, relatives aux opérations de l'Agence Commune d'Exportation et d'Importation ou de tout autre organisme dont les fonctions ont été assumées par ladite agence, ou relatives à d'autres opérations en matière de commerce extérieur ou en matière de changes menées par les Trois Puissances ou l'une d'entre elles et visées dans ledit échange de lettres.

3. — Les dispositions de l'échange de lettres visé au paragraphe 1 du présent Article seront soumises, dans le cas d'un litige survenu après la date de cet échange de lettres, à la compétence du Tribunal d'Arbitrage selon les mêmes modalités que la présente Convention.

ZEHNTER TEIL

Ausländische Interessen in Deutschland

Artikel 1

(1) Die Bundesrepublik wird, soweit dies nicht schon geschehen ist, alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, daß die in Absatz (3) dieses Artikels genannten Staaten, Personen und Gesellschaften die Rückgabe ihres Eigentums in seinem jetzigen Zustand und die Wiederherstellung ihrer Rechte und Interessen im Bundesgebiet erlangen, soweit diese Güter, Rechte oder Interessen einer diskriminierenden Behandlung unterworfen waren. Diese Güter, Rechte und Interessen der in Absatz (3) genannten Staaten, Personen und Gesellschaften sind durch die Bundesrepublik von allen Beschränkungen und Belastungen jeder Art, denen sie infolge der diskriminierenden Behandlung unterworfen wurden, zu befreien. Bei der Rückgabe oder Wiederherstellung sowie bei der Beseitigung der Beschränkungen oder Belastungen dürfen keine Kosten erhoben werden. Um jedoch eine ungerechtfertigte Bereicherung der im Absatz (3) genannten Staaten, Personen und Gesellschaften zu verhindern, können der Billigkeit entsprechende Bedingungen auferlegt werden.

CHAPTER TEN

Foreign Interests in Germany

Article 1

1. Insofar as this has not already been done, the Federal Republic will take all steps necessary to ensure that the nations persons and companies referred to in paragraph 3 of this Article shall be able to secure the return of their property in its present condition, and the restoration of their rights and interests, in the Federal territory to the extent to which such property, rights or interests suffered discriminatory treatment. The property, rights and interests of the nations, persons and companies referred to in paragraph 3 shall be freed by the Federal Republic from all encumbrances and charges of any kind to which they may have become subject as a result of discriminatory treatment. No costs shall be imposed either in connection with the return or restoration or with the removal of encumbrances or charges. Equitable conditions may, however, be imposed to prevent the unjust enrichment of any nation, person or company referred to in paragraph 3.

CHAPITRE DIXIEME

Intérêts Etrangers en Allemagne

Article 1

1. — Pour autant que cela n'ait pas encore été fait, la République Fédérale prenda toutes les dispositions nécessaires pour mettre les nations personnes et sociétés visées au paragraphe 3 du présent Article en mesure d'obtenir la restitution de leurs biens dans leur état actuel et la restauration de leurs droits et intérêts sur le territoire fédéral dans la mesure où ces biens, droits et intérêts ont subi un traitement discriminatoire. Les biens, droits et intérêts des nations, personnes et sociétés visées au paragraphe 3 seront libérés par la République Fédérale de toutes charges ou servitudes quelconques auxquelles ils auraient pu être soumis par suite d'un traitement discriminatoire. Aucun droit ne sera prélevé soit à l'occasion de leur restitution ou de leur restauration, soit à l'occasion de la levée de ces charges ou servitudes. Toutefois, des conditions équitables pourront être imposées pour éviter un enrichissement injuste de l'une des nations, personnes ou sociétés visées au paragraphe 3.

(2) Mit Inkrafttreten dieses Vertrags wird die Bundesrepublik das im Anhang zu diesem Teile geregelte Verfahren für die Anmeldung und Bearbeitung von Ansprüchen auf Grund dieses Artikels und für die Befriedigung von auf solchen Ansprüchen beruhenden Entscheidungen einrichten und die Bestimmungen dieses Verfahrens in geeigneter Weise bekanntmachen. Derartige Ansprüche sind binnen zwölf Monaten nach Einrichtung dieses Verfahrens anzumelden. Die Bundesrepublik wird den Beteiligten auf deren Ersuchen, soweit möglich, alle Auskünfte über die Treuhandverwaltung der Güter, Rechte und Interessen zur Verfügung stellen.

2. On the entry into force of the present Convention, the Federal Republic shall establish, and give adequate publicity to, the procedure described in the Annex to this Chapter for the filing and consideration of claims based on the provisions of this Article and for the satisfaction of awards based on such claims. Such claims shall be filed within twelve months from the establishment of such procedure. The Federal Republic shall also make available, so far as possible, all information concerning the administration by custodians of property, rights or interests to any interested party who may request it.

2. — Lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, la République Fédérale instituera la procédure prévue dans l'Annexe au présent Chapitre pour le dépôt et l'examen des demandes fondées sur les dispositions du présent Article et pour l'exécution des décisions qui seront rendues à leur égard. Elle donnera à cette procédure toute la publicité appropriée. Ces demandes devront être présentées dans les douze mois de l'institution de cette procédure. La République Fédérale devra également, dans toute la mesure du possible, porter à la connaissance de toute partie intéressée qui en fera la demande tous renseignements concernant la gestion, par des administrateurs séquestres, de ces biens, droits et intérêts.

(3) Anspruchsberechtigt auf Grund dieses Artikels sind:

(a) die Vereinten Nationen und ihre Staatsangehörigen,

(b) die Rechtsnachfolger dieser Staatsangehörigen und

(c) die Gesellschaften deutschen Rechts, an denen Staatsangehörige der Vereinten Nationen beteiligt sind,

unter der Voraussetzung, daß diese Staatsangehörigen oder ihre Rechtsnachfolger, abgesehen von unmittelbaren Rechtsnachfolgern kraft gesetzlicher Erbfolge oder testamentarischer Verfügung, zur Zeit der diskriminierenden Behandlung Staatsangehörige der Vereinten Nationen waren.

3. The following shall be entitled to claim under the provisions of this Article:

(a) United Nations and their nationals,

(b) the successors of such nationals, and

(c) companies organized under German law in which United Nations nationals own participation,

provided that such nationals or, except in the case of direct successors by inheritance or testamentary disposition, their successors were United Nations nationals at the date of the discriminatory treatment.

3. — Les entités et personnes suivantes auront qualité pour présenter des réclamations en application des dispositions du présent Article:

(a) les Nations-Unies et leurs ressortissants;

(b) les successeurs de ces ressortissants; et

(c) les sociétés constituées selon le droit allemand dans lesquelles des ressortissants des Nations-Unies possèdent des participations;

sous réserve que ces ressortissants ou leurs successeurs, sauf dans le cas des successeurs en ligne directe par voie d'héritage ou de dispositions testamentaires, aient été ressortissants des Nations-Unies à la date du traitement discriminatoire.

(4) Im Sinne dieses Artikels umfaßt der Ausdruck „diskriminierende Behandlung" Maßnahmen aller Art, die zwischen dem 1. September 1939 und dem 8. Mai 1945 auf Güter, Rechte und Interessen auf Grund außerordentlicher, nicht allgemein auf alle nichtdeutschen Güter, Rechte oder Interessen anwendbarer Bestimmungen angewandt worden sind und die eine Schädigung, Entziehung oder Benachteiligung zur Folge hatten, ohne daß die Beteiligten ihre freie Zustimmung gegeben oder eine angemessene Entschädigung erhalten hätten. Handlungen oder Unterlassungen auf Grund der deutschen Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens vom 15. Januar 1940 (und deren Änderungen) oder auf Grund anderer Bestimmungen, die einen ähnlichen Zweck verfolgten, können als diskriminierend angesehen werden, obwohl sie sich im Rahmen dieser Verordnung, ihrer Änderungen oder dieser anderen Bestimmungen hielten, wenn es sich ergibt, daß

(a) die ausländischen Güter, Rechte oder Interessen dadurch einen Schaden erlitten haben und

(b) dieser Schaden ohne Verletzung dieser Verordnung, ihrer Änderungen oder dieser anderen Bestimmungen hätte vermieden werden können.

4. The term "discriminatory treatment" as used in this Article shall mean action of all kinds applied between 1 September 1939 and 8 May 1945 to any property, rights or interests, as a result of any exceptional measures which were not applicable generally to all non-German property, rights or interests, and giving rise to prejudice, deprivation or impairment without the free consent of the interested parties and without adequate compensation. Anything done or omitted under the German Ordinance on the Treatment of Enemy Properties of 15 January 1940 or any amendment thereto, or any other regulations having a similar purpose, may be held to amount to discriminatory treatment, even though within the scope of such Ordinance, amendments or regulations, where it appears that

(a) injury to foreign property, rights or interests resulted therefrom; and

(b) the injury inflicted could have been avoided without infringing such Ordinance, amendments or regulations.

4. — L'expression «traitement discriminatoire», au sens du présent Article, désigne les mesures de toute nature appliquées entre le 1er septembre 1939 et le 8 mai 1945 à tous biens, droits et intérêts par suite de tout traitement exceptionnel qui n'était pas généralement applicable à tous les biens, droits et intérêts non-allemands, et qui ont eu pour effet d'occasionner des préjudices, pertes ou dommages quelconques sans le libre consentement des parties intéressées et sans indemnisation appropriée. Tout acte ou omission intervenu en application de l'Ordonnance allemande sur le Traitement des Biens Ennemis, en date du 15 janvier 1940, de tous amendements à cette Ordonnance ou de toutes autres réglementations ayant des buts analogues, pourra être considéré comme constituant un traitement discriminatoire, même s'il entrait dans le cadre de cette Ordonnance, de ces amendements ou de ces réglementations, lorsqu'il apparaîtra:

(a) qu'il en est résulté un dommage à un bien étranger ou à des droits ou intérêts étrangers; et

(b) que le dommage causé aurait pu être évité sans violer cette Ordonnance, ces amendements ou ces réglementations.

(5) Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung auf Ansprüche, die im Dritten und Vierten Teile dieses Vertrags geregelt sind.

(6) Unter die Bestimmungen dieses Artikels sollen nicht die Entschädigungsansprüche für Verluste oder Schäden an den Gütern, Rechten oder Interessen fallen, die auf diskriminierende Behandlung zurückzuführen sind oder sich auf andere Weise unmittelbar oder mittelbar aus dem Kriege ergeben; das Recht einer der Vereinten Nationen, während der Verhandlungen über eine Friedensregelung Entschädigungsansprüche dieser Art für ihre eigenen Güter, Rechte und Interessen sowie für die ihrer Staatsangehörigen geltend zu machen, bleibt jedoch unberührt.

5. The provisions of this Article are not applicable to claims which are dealt with under Chapters Three and Four of the present Convention.

6. The provisions of this Article are not intended to cover compensation for loss or damage to property, rights or interests due to discriminatory treatment or resulting indirectly or directly from the war by any other means, but shall not affect the right of any of the United Nations to advance during negotiation for a peace settlement any claim for compensation of this nature with respect to its own or its nationals' property, rights or interests.

5. — Les dispositions du présent Article ne sont pas applicables aux demandes traitées aux Chapitres Troisième et Quatrième de la présente Convention.

6. — Les dispositions du présent Article n'ont pas pour objet de régler la question de l'indemnisation pour pertes ou dommages causés aux biens, droits ou intérêts et dus à un traitement discriminatoire ou résultant indirectement ou directement de la guerre de toute autre manière, mais elles n'affectent pas le droit de l'une quelconque des Nations-Unies de présenter, au cours de la négociation du règlement de paix, des demandes d'indemnisation de cette nature en ce qui concerne ses propres biens, droits ou intérêts ou ceux de ses ressortissants.

Artikel 2

Die Bundesgesetze über Ausschlußfristen und Verjährungsfristen vom 28. Dezember 1950 und 30. März 1951 (Gesetz über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen und Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen, Bundesgesetzblatt 1950 Seite 821 und 1951, Teil I Seite 213) sowie das Gesetz Nr. 67 der Alliierten Hohen Kommission über denselben Gegenstand bleiben, soweit sie ausländische Gläubiger deutscher Schuldner berühren, in Kraft. Diese Rechtsvorschriften sollen von der Bundesrepublik im Einvernehmen mit den anderen Unterzeichnerstaaten auf der Grundlage der Bestimmungen des Londoner Abkommens über deutsche Auslandsschulden vom 27. Februar 1953 einer Nachprüfung unterworfen werden, soweit diese Rechtsvorschriften Ansprüche betreffen, auf die sich das Abkommen bezieht.

Article 2

Insofar as they affect foreign creditors of German debtors, the Federal laws on periods of limitation (including preclusion and prescription) of 28 December 1950 and 30 March 1951 (Gesetz über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen und Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen, Bundesgesetzblatt 1950 Seite 821 und 1951 Teil I Seite 213) together with Allied High Commission Law No. 67 on the same subject, shall be maintained in force. This legislation shall be reviewed by the Federal Republic in agreement with the other Signatory States on the basis of the provisions of the Agreement on German External Debts, concluded in London on 27 February 1953, in so far as this legislation involves claims dealt with in that Agreement.

Article 2

Dans la mesure où elles affectent les créanciers étrangers de débiteurs allemands, les lois fédérales relatives aux délais de prescription et de forclusion (Gesetz über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen und Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen, Bundesgesetzblatt 1950, Seite 821 und 1951 Teil I Seite 213), en date du 28 décembre 1950 et du 30 mars 1951, ainsi que la Loi No 67 de la Haute Commission Alliée relative au même objet, seront maitenues en vigueur. Cette législation sera sujette à révision par la République Fédérale en accord avec les autres Etats Signataires sur la base des dispositions de l'Accord sur les Dettes Extérieures Allemandes conclu à Londres le 27 février 1953 dans la mesure où cette législation se rapporte à des créances traitées dans cet Accord.

Artikel 3

Unbeschadet der Bestimmungen der endgültigen Friedensregelung mit Deutschland werden die Vereinten Nationen und ihre Staatsangehörigen in gleicher Weise wie deutsche Staatsangehörige, die ihren Wohnsitz im Bundesgebiet haben, nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik und der Länder Entschädigungen für die Kriegsschäden erhalten, die sie an ihrem im Bundesgebiet belegenen Eigentum erlitten haben, soweit es sich nicht um die Eingliederungshilfe und die Wohnraumhilfe handelt.

Article 3

Without prejudice to the terms of the final peace settlement with Germany, the United Nations and their nationals shall enjoy, on the same basis as German nationals residing in the Federal territory, such compensation for war damage relating to property located in the Federal territory as may be provided by the Federal Republic or any of its Länder, but not Integration Aid (Eingliederungshilfe) or Housing Aid (Wohnraumhilfe).

Article 3

Sans préjudice des dispositions du règlement final de paix avec l'Allemagne, les Nations-Unies et leurs ressortissants participeront, sur la même base que les ressortissants allemands résidant sur le territoire fédéral, à toute indemnisation pour dommages de guerre, concernant les biens situés sur le territoire fédéral, qui pourra être prévue par la République Fédérale ou l'un de ses Länder, dans la mesure où il ne s'agira pas de l'Aide au Reclassement (Eingliederungshilfe) ou de l'Aide au Logement (Wohnraumhilfe).

Artikel 4

Die Bundesrepublik bestätigt, daß nach deutschem Recht der Kriegszustand als solcher die vor Eintritt des Kriegszustandes durch Verträge oder andere Verpflichtungen begründeten Verbindlichkeiten zur Bezahlung von Geldschulden und die vor diesem Zeitpunkt erworbenen Rechte nicht berührt.

Article 4

The Federal Republic reaffirms that under German law the state of war shall not in itself be regarded as affecting obligations to pay pecuniary debts arising out of obligations and contracts which existed, and rights which were aquired, before the commencement of the state of war.

Article 4

La République Fédérale réaffirme que, en vertu du droit allemand, l'état de guerre ne devra pas, en soi, être considéré comme affectant les obligations de payer les dettes en espèces nées d'obligations et de contrats qui existaient ou de droits qui étaient acquis avant le commencement de l'état de guerre.

Artikel 5

Die Staatsangehörigen der Vereinten Nationen oder die Rechtsnachfolger dieser Staatsangehörigen, die selbst Staatsangehörige der Vereinten Nationen sind, sind berechtigt, innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags Klage zwecks Revision der zwischen dem 1. September 1939 und dem 8. Mai 1945 erlassenen Urteile deutscher Gerichte zu erheben, wenn sie als Parteien an dem Verfahren beteiligt und physisch, moralisch oder rechtlich zu einer angemessenen Vertretung ihres Falles nicht in der Lage waren.

Article 5

Any United Nations national, or the successor of such a national who is also a United Nations national, shall have the right to institute, within one year from the entry into force of the present Convention, an action for the revision of any judgment delivered by a German Court between 1 September 1939 and 8 May 1945 in any proceeding in which such national was a party and was physically, morally or legally unable to make adequate presentation of his case.

Article 5

Tout ressortissant des Nations-Unies, ou tout successeur de ce ressortissant qui possède également la qualité de ressortissant des Nations-Unies, aura le droit d'introduire, dans un délai d'un an à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention, une demande en révision de tout jugement prononcé par un tribunal allemand entre le 1er septembre 1939 et le 8 mai 1945, dans tout procès auquel il était partie et dans lequel il a été dans l'impossibilité physique, morale ou juridique d'exposer sa cause d'une manière satisfaisante.

Artikel 6

(1) Bis zur endgültigen Regelung der sich aus dem Krieg ergebenden Ansprüche gegen Deutschland sind die in Absatz (2) dieses Artikels näher bestimmten Personen und ihr Vermögen von allen Sondersteuern, -abgaben oder -auflagen befreit, die sich tatsächlich auf das Vermögen auswirken und zu dem besonderen Zweck auferlegt werden, Lasten zu decken, die sich aus dem Kriege oder aus Reparationen oder Restitutionen an eine der Vereinten Nationen ergeben.

(2) Wird eine solche Steuer, Abgabe oder Auflage nur zu einem Teil für die in Absatz (1) dieses Artikels bezeichneten Zwecke erhoben, so richtet sich die zu gewährende Befreiung grundsätzlich danach, in welchem Ausmaß die Steuern, Abgaben oder Auflagen den genannten Zwecken dienen. In den besonderen Fällen der Abgaben, die durch die Gesetzgebung des Zweizonenwirtschaftsrates und die entsprechende Gesetzgebung der Länder Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg-Hohenzollern über die Soforthilfe und durch das Gesetz über den Lastenausgleich vom 14. August 1952 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 446) vorgeschrieben werden, sind die in den nachstehenden Bestimmungen dieses Artikels bezeichneten Personen und Vermögenswerte in dem dort vorgesehenen Umfange von den Leistungen befreit, die in dem Sechsjahreszeitraum vom 1. April 1949 bis 31. März 1955 als Soforthilfeabgabe und im Rahmen des Lastenausgleichs als Vermögensabgabe zu entrichten wären:

(a) Natürliche Personen, die am Währungsstichtag (21. Juni 1948) Staatsangehörige einer der Vereinten Nationen waren, und nach deutschem Recht selbständig abgabepflichtige Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach den Gesetzen einer der Vereinten Nationen errichtet worden sind, werden bei unbeschränkter Abgabepflicht hinsichtlich aller Vermögenswerte befreit, die ihnen sowohl am 21. Juni 1948 als auch am 8. Mai 1945 gehörten, oder bei beschränkter Abgabepflicht hinsichtlich der Vermögenswerte, die ihnen in der Bundesrepublik oder in Berlin (West) gehörten. Angehörige eines in Artikel 1 (c) des Gesetzes Nr. 54 der Alliierten Hohen Kommission

Article 6

1. Pending a final settlement of claims against Germany arising out of the war, the persons defined in paragraph 2 of this Article, and their property, shall be exempt from any exceptional taxes, levies or imposts, the incidence of which is in fact on property, imposed for the specific purpose of meeting charges arising out of the war or out of reparation or restitution to any of the United Nations.

2. Where any such tax, levy or impost is levied only partly for the purposes described in paragraph 1 of this Article, the exemption to be granted shall in principle be proportionate to the part of such taxes, levies or imposts imposed for these purposes. In the particular cases of the levies prescribed by the legislation of the Bizonal Economic Council and by the corresponding legislation of the Länder of Rhineland - Palatinate, Baden and Württemberg-Hohenzollern, concerning Immediate Aid (Soforthilfe) and by the Law on Equalisation of Burdens of 14 August 1952 (Bundesgesetzblatt I Seite 446), the persons and property described in the following provisions of this Article shall be exempted, to the extent provided, from payments falling due in the six-year period from 1 April 1949 to 31 March 1955 as Immediate Aid levies, and as the property levy under the Equalization of Burdens:

(a) natural persons who were nationals of any of the United Nations on the currency reform date (21 June 1948), and companies, associations of persons and trusts (Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen), which are independently liable for taxation under German law, organized under the laws of one of the United Nations, shall, if subject to unlimited tax liability, be exempted in respect of all property owned by them both on 21 June 1948 and on 8 May 1945 or, if subject to limited tax liability, in respect of all property owned by them in the Federal Republic or Berlin (West). Citizens of any territorial entity or nation referred to in sub-paragraph (c) of Article 1 of Allied

Article 6

1. — En attendant un règlement final des créances sur l'Allemagne résultant de la guerre, les personnes visées au paragraphe 2 du présent Article, ainsi que leurs biens, seront exonérés de tous impôts, taxes ou prélèvements exceptionnels dont l'incidence frappe, en fait, les biens et qui sont expressément destinés à couvrir les charges résultant de la guerre ou des réparations ou des restitutions au profit de l'une quelconque des Nations-Unies.

2. — Lorsqu'un tel impôt, taxe ou prélèvement n'est imposé que partiellement pour les fins mentionnées au paragraphe 1 du présent Article, l'exonération qui sera accordée sera, en principe, proportionnelle à la partie de ces impôts, taxes ou prélèvements affectée à ces fins. Dans le cas particulier des impositions prescrites par la législation du Conseil Economique de la Bizone et par les législations correspondantes des Länder de Rhénanie-Palatinat, de Bade et du Wurtemberg-Hohenzollern sur l'Aide Immédiate (Soforthilfe), et par la Loi sur la Péréquation des Charges en date du 14 août 1952 (Bundesgesetzbl. I, S. 446), les personnes et les biens visés dans les dispositions ci-après du présent Article seront exonérés, dans la mesure prévue, des paiements à effectuer dans la période de six ans allant du 1er avril 1949 au 31 mars 1955, au titre des impôts de l'Aide Immédiate et des impôts sur les biens prévus en vertu de la Péréquation des Charges:

(a) les personnes physiques qui étaient ressortissants de l'une quelconque des Nations-Unies à la date de la réforme monétaire (21 juin 1948), ainsi que les sociétés, associations de personnes et groupements de biens (Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen) qui sont indépendamment soumis à imposition en vertu du droit allemand, constitués en vertu des lois de l'une des Nations-Unies, seront, s'ils sont imposables sans limitation, exonérés en ce qui concerne tous les biens qu'ils possédaient tant le 21 juin 1948 que le 8 mai 1945, ou, s'ils sont partiellement imposables, exonérés en ce qui concerne tous les biens qu'ils possèdent sur le territoire fédéral ou à Berlin (Ouest). Les citoyens

bezeichneten Staates oder Gebietes genießen die gleiche Befreiung, wenn sie zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen dem 1. September 1939 und dem 21. Juni 1948 die Staatsangehörigkeit einer der Vereinten Nationen hatten.

(b) Nach deutschem Recht gegründete, selbständig abgabepflichtige Gesellschaften, an denen die in Unterabsatz (a) bezeichneten natürlichen Personen oder Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen sowohl am 21. Juni 1948 als auch am 8. Mai 1945 entweder unmittelbar oder über andere Gesellschaften eine Beteiligung von mindestens 85 v.H. besessen haben, werden entsprechend dieser Beteiligungsquote befreit.

(c) Natürliche Personen, die nicht gemäß Unterabsatz (a) dieses Absatzes einen Anspruch auf Befreiung haben und im Rahmen der in Artikel 1 Absatz (1) Unterabsatz (a) des Dritten Teils dieses Vertrags bezeichneten Gesetzgebung Rückerstattung oder Entschädigung beansprucht haben oder beanspruchen, werden für die ersten 150 000 DM des Wertes oder Betrages aller Vermögenswerte befreit, die ihnen auf Grund rechtskräftiger Entscheidung oder beurkundeter Vereinbarung im Rahmen dieser Gesetzgebung zugeflossen sind oder zufließen und mit denen sie nach den Vorschriften über die Soforthilfeabgabe oder über die Vermögensabgabe für den Lastenausgleich zu diesen Abgaben heranzuziehen wären.

(d) Die in Unterabsatz (a) bis (c) dieses Absatzes bestimmten Befreiungen werden nicht dadurch unwirksam, daß die betreffenden Vermögenswerte an oder nach dem 21. Juni 1948 auf andere Personen übergegangen sind oder übergehen.

(3) Für die Zwecke des Unterabsatzes (a) des Absatzes (2) dieses Artikels ist ein Vermögensgegenstand, der dem Abgabepflichtigen am 21. Juni 1948, jedoch nicht am 8. Mai 1945 gehört hat, so zu behandeln, als ob er ihm am 8. Mai 1945 gehört hätte

(a) wenn der Gegenstand am 8. Mai 1945 einer Person (gleichgültig welcher Staatsangehörigkeit) gehört hat, von der er ihn von Todes wegen (auf Grund gesetzlicher Erbfolge oder mehrerer gesetzlicher Erbfolgen oder auf Grund letztwilliger Verfügungen) erworben hat, oder

(b) wenn der Abgabepflichtige den Gegenstand nach dem 8. Mai 1945 im Austausch gegen anderes Vermögen, das ihm zu diesem Zeitpunkt gehört hat, z. B. durch Kauf, erworben hat, oder

(c) wenn es sich um rückerstattete Vermögenswerte irgendwelcher Art handelt, ohne Rücksicht auf die in

High Commission Law No. 54 shall enjoy the same exemption if they had the nationality of any of the United Nations at any time between 1 September 1939 and 21 June 1948;

(b) companies organized under German law, which are independently liable for taxation, in which the natural persons or companies, associations of persons or trusts described in sub-paragraph (a) of this paragraph owned on 21 June 1948 and on 8 May 1945, directly or through the medium of other companies, a shareholding interest of at least 85 per cent. shall be exempted in proportion to such shareholding interest;

(c) natural persons who do not qualify for exemption under sub-paragraph (a) of this paragraph and who claim or have claimed restitution or compensation pursuant to the legislation referred to in sub-paragraph (a) of paragraph 1 of Article 1 of Chapter Three of the present Convention shall be exempted on the first DM 150,000 in value or amount of property of any kind which has been or will be transferred to them under orders, decisions or recorded agreements pursuant to such legislation which would be taxable under the provisions concerning Immediate Aid levies or the property levy under the Equalization of Burdens;

(d) the exemptions prescribed in sub-paragraphs (a) to (c) inclusive of this paragraph shall not become inoperative on the ground that the property concerned has devolved upon other persons on or after 21 June 1948.

3. For the purposes of sub-paragraph (a) of paragraph 2 of this Article, property which the owner on 21 June 1948 did not own on 8 May 1945 shall be deemed to have been owned by him on 8 May 1945 if

(a) the property was owned on 8 May 1945 by a person (of any nationality), from whom he acquired it through succession on death (by one or a series of inheritances or testamentary dispositions); or

(b) he acquired the property after 8 May 1945 in exchange for other property owned by him on that date (for example, through purchase); or

(c) the property concerned is restituted property of any kind, without limitation as to the value or amount,

de toute entité territoriale ou de toute nation, visés à l'alinéa (c) de l'Article I de la Loi No 54 de la Haute Commission Alliée, bénéficieront de la même exonération si, à quelque époque que ce soit entre le 1er septembre 1939 et le 21 juin 1948, ils avaient la nationalité de l'une quelconque des Nations-Unies;

(b) les sociétés constituées selon le droit allemand, qui sont indépendamment soumises à imposition, et dans lesquelles les personnes physiques ou sociétés, associations de personnes ou groupements de biens visés à l'alinéa (a) du présent paragraphe possédaient, tant le 21 juin 1948 que le 8 mai 1945, directement ou par l'intermédiaire d'autres sociétés, une participation de 85 % au moins dans le capital-actions, seront exonérées proportionnellement à cette participation;

(c) les personnes physiques qui ne sont pas qualifiées pour être exonérées aux termes de l'alinéa (a) du présent paragraphe, et qui réclament ou ont réclamé une restitution ou une indemnisation en vertu de la législation visée à l'alinéa (a) du paragraphe 1 de l'Article 1 du Chapitre Troisième de la présente Convention, seront exonérées, pour la première fraction de 150.000 DM., en valeur ou en espèces, des biens de toutes sortes qui leur ont été ou qui leur seront transférés en exécution d'ordres, d'arrêtés, de décisions ou d'accords enregistrés en vertu de cette législation, et qui seraient sujets à imposition aux termes des dispositions relatives aux impôts au titre de l'Aide Immédiate et aux impôts sur les biens, prévus en vertu de la Péréquation des Charges;

(d) les exonérations prévues aux alinéas (a) à (c) inclus du présent paragraphe ne deviendront pas caduques du fait que le bien en cause aura été dévolu à d'autres personnes le 21 juin 1948 ou après cette date.

3. — Pour l'application de l'alinéa (a) du paragraphe 2 du présent Article, tout bien que le détenteur possédait le 21 juin 1948, mais non le 8 mai 1945, sera considéré comme ayant été en sa possession le 8 mai 1945:

(a) si ce bien était possédé le 8 mai 1945 par une personne (quelle que soit sa nationalité) de laquelle il l'a acquis par voie de succession à la suite d'un décès (au moyen d'un ou plusieurs héritages ou dispositions testamentaires); ou

(b) si le détenteur a acquis ce bien après le 8 mai 1945 par voie d'échange contre d'autres biens qu'il possédait à cette date (par exemple par voie d'achat); ou

(c) si le bien en cause est un bien restitué, de quelque nature qu'il soit, sans limitation quant à sa

Unterabsatz (c) des Absatzes (2) dieses Artikels bezeichnete Beschränkung des Wertes oder Betrages

(4) Für die Zwecke des Unterabsatzes (b) des Absatzes (2) dieses Artikels gilt Absatz (3) dieses Artikels entsprechend.

(5) Übersteigen die Zahlungen, die auf Grund der Vorschriften über die Soforthilfeabgabe von natürlichen und juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen geleistet worden sind, die nach Absatz (2) dieses Artikels Anspruch auf Befreiung haben, die Beträge der Vermögensabgabe, die unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Absatzes (2) auf den gleichen Zeitraum entfallen, so ist der Unterschiedsbetrag spätestens drei Monate nach Rechtskraft des Bescheides der deutschen Finanzbehörde über die Vermögensabgabe zu erstatten oder auf die Verbindlichkeiten an Abgaben und Steuern anzurechnen, die bis zur Rechtskraft des Bescheides über die Vermögensabgabe fällig geworden sind oder in den folgenden drei Monaten fällig werden.

(6) In den Fällen, in denen natürliche Personen, Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen auf Grund dieses Artikels Befreiungen von der Vermögensabgabe genießen, sind sie bei der Vermögensabgabe weder im Hinblick auf diese Befreiung noch im Hinblick auf die Nichtzahlung der Vermögensabgabe oder der Soforthilfeabgabe zu höheren jährlichen Zahlungen für die Zeit nach Ablauf des Befreiungszeitraums verpflichtet als zu denjenigen, die nichtbefreite Abgabepflichtige, welche die Soforthilfeabgabe voll entrichtet haben, jährlich zu zahlen verpflichtet sind. Wird die Anrechnung der Soforthilfeabgabe bei Berechnung der Vermögensabgabe in der in dem dem Bundestag vorliegenden Gesetzentwurf (Bundestagsdrucksache Nr. 3300) vorgesehenen Weise vorgenommen, d. h. in der Weise, daß die Soforthilfeabgabe von der gesamten Abgabeschuld abgezogen wird, so ist in den Fällen, in denen Soforthilfeabgabe nicht erhoben worden ist, von der gesamten Abgabeschuld das Dreifache des Jahresgrundbetrages der Vermögensabgabe abzuziehen; als Jahresgrundbetrag gilt dabei der Betrag, der sich aus der Anwendung der Jahresabgabesätze auf die gesamte Abgabeschuld ergibt.

(7) Bei der Berechnung anderer Lastenausgleichsabgaben sind natürliche Personen, Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die auf Grund dieses Artikels Befreiungen von der Vermögensabgabe genießen, so zu behandeln, als ob sie zur vollen Vermögensabgabe herangezogen worden wären.

(8) Bei Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung des Unterabsatzes (b) des Absatzes (2) dieses Artikels ist

referred to in sub-paragraph (c) of paragraph 2 of this Article.

4. For the purposes of sub-paragraph (b) of paragraph 2 of this Article, the provisions of paragraph 3 of this Article shall be applicable *mutatis mutandis*

5. Where payments made under the provisions of the Immediate Aid by natural persons, companies, associations of persons and trusts entitled to exemption under paragraph 2 of this Article exceed amounts of the property levy falling due for the same period taking into account the provisions of paragraph 2, the overpayment shall, not later than three months after the effective date of the notice of assessment issued by the German tax office concerning the property levy, be either refunded or set off against liabilities due for payment or which become due within three months thereafter.

6. In cases in which natural persons, companies, associations of persons or trusts enjoy exemption from the property levy by virtue of this Article, the annual amount to be paid in respect of the property levy for the period after the expiration of the exemption period shall not, either because of this exemption or because of the non-payment of the property levy or the Immediate Aid levy, be higher than the annual amount which would be payable by non-exempted natural persons, companies, associations of persons or trusts who have paid the Immediate Aid levy in full. If in computing the property levy the Immediate Aid levy is to be set off in the manner proposed in the draft law submitted to the Bundestag (Bundestag Document No. 3300), that is, by deduction of the Immediate Aid levy from the total liability for the property levy, then in cases where the Immediate Aid levy has not been imposed, three times the basic annual payment under the property levy is to be deducted from the total liability; the basic annual payment shall for this purpose be the amount resulting from the application of the annual contribution rates to the total liability.

7. In computing the liability for the purposes of any other levy under the Equalization of Burdens Law, natural persons, companies, associations of persons and trusts enjoying the exemptions unde this Article shall be treated as though they had paid the full amount of the property levy.

8. In cases under sub-paragraph (b) of paragraph 2 of this Article both the company, and any shareholder

valeur ou à son montant, visé à l'alinéa (c) du paragraphe 2 du présent Article.

4. — Pour l'application de l'alinéa (b) du paragraphe 2 du présent Article, les dispositions du paragraphe 3 s'appliquent *mutatis mutandis*.

5. — Lorsque des paiements, effectués en vertu des dispositions de la législation sur l'Aide Immédiate par des personnes physiques, des sociétés, des associations de personnes ou des groupements de biens en droit de bénéficier d'une exonération en application du paragraphe 2 du présent Article, dépassent le montant de l'impôt sur les biens dû pour la même période, compte tenu des dispositions du paragraphe 2, les sommes versées en excédent seront, au plus tard trois mois après la date d'échéance de l'avertissement émis par le bureau fiscal allemand au titre de l'impôt sur les biens, soit remboursées, soit déduites des sommes à régler ou de celles qui seront à régler dans les trois mois suivants.

6. — Dans les cas où des personnes physiques, des sociétés, des associations de personnes ou des groupements de biens bénéficient d'exemptions d'impôts sur les biens en vertu du présent Article, le montant annuel à acquitter au titre de l'impôt sur les biens pour la période suivant la date d'expiration de la période d'exemption ne peut être, soit en raison de cette exemption, soit en raison du non-paiement de l'impôt sur les biens ou de la taxe d'Aide Immédiate, plus élevé que le montant annuel qui serait payable par des personnes physiques, des sociétés, des associations de personnes ou des groupements de biens non exemptés qui auraient payé dans sa totalité la taxe d'Aide Immédiate. Lorsque, dans le calcul de l'impôt sur les biens, la taxe d'Aide Immédiate est décomptée de la manière prévue dans le projet de loi soumis au Bundestag (Document du Bundestag N° 3300) c'est-à-dire déduite du total des sommes dues au titre de l'impôt sur les biens, le triple du versement de base annuel à ce titre doit être, dans les cas où la taxe d'Aide Immédiate n'a pas été imposée, déduit du total des sommes dues. A cet effet, la somme provenant de l'application du taux de la contribution annuelle à l'obligation fiscale totale sera considérée comme constituant le versement de base annuel.

7. — Dans le calcul des sommes dues au titre de toutes autres taxes en vertu de la Loi sur la Péréquation des Charges, les personnes physiques, les sociétés, les associations de personnes et les groupements de biens bénéficiant d'exemptions en vertu du présent Article, devront être considérés comme ayant payé la totalité de l'impôt sur les biens

8. — Dans les cas visés à l'alinéa (b) du paragraphe 2 du présent Article, la société, ainsi que tout action-

zur Einlegung der gesetzlichen Rechtsmittel sowohl die Gesellschaft als auch jeder Anteilseigner befugt, der glaubt, daß die Gesellschaft im Hinblick auf seine Beteiligung befreit ist.

Artikel 7

Um die Interessen fremder Staatsangehöriger zu schützen, bleiben die folgenden Rechtsvorschriften in Kraft:

(a) Aus dem Umstellungsrecht:

(i) (gestrichen)

(ii) Gesetz Nr. 57 der Alliierten Hohen Kommission über die Rechtsstellung bestimmter Geldinstitute für die Zwecke der Währungsreformgesetzgebung und Gesetz Nr. 65 der Alliierten Hohen Kommission über die dritte Änderung von Rechtsvorschriften über die Währungsreform, welche die Umstellungsgesetze ergänzen, abändern oder auslegen.

(b) (gestrichen)

(c) Aus sonstigen Rechtsgebieten:

(i) (gestrichen)

(ii) (gestrichen)

(iii) Gesetz Nr. 34 der Alliierten Hohen Kommission über die Anwendung der Gesetzgebung über Bodenreform auf Vermögen von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in der Fassung der Gesetze Nr. 50, 60, 64 und 72 der Alliierten Hohen Kommission; diese gelten jedoch ferner als dahin abgeändert,

1. daß die in Gesetz Nr. 34 Artikel 2 Abs. 2 vorgesehene, mit dem Erwerb beginnende einjährige Frist bei einem Erwerb durch gesetzliche Erbfolge oder auf Grund einer testamentarischen Verfügung nur für einen Erwerb gilt, der vor dem 31. Dezember 1952 eintritt;

2. daß ein Grundbesitzer, dessen nichtdeutsche Staatsangehörigkeit bestritten und der deswegen nicht in der Lage war, bis zum 29. Februar 1952 über seinen Grundbesitz gemäß Gesetz Nr. 34 der Alliierten Hohen Kommission, Artikel 2 Absatz 1 zu verfügen, innerhalb eines Jahres von dem Tage, an dem festgestellt wurde oder wird, daß er nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, über seinen Grundbesitz verfügen kann;

3. daß Grundbesitzer, die sowohl die deutsche wie eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit besaßen, im Sinne dieser Gesetze als nichtdeutsche Staatsangehörige gelten, wenn

who believes the company should be exempted with respect to his participation, shall be entitled to all legal remedies available.

Article 7

In order to protect the interests of Foreign nationals, the following legislation shall be maintained in force:

(a) in the field of Monetary Reform legislation:

(i) Deleted.

(ii) Allied High Commission Laws No. 57 (Status of Certain Financial Institutions under Currency Reform Legislation) and No. 65 (Third Amendment of Legislation Concerning Monetary Reform) which supplement, amend and interpret the Conversion Laws;

(b) Deleted.

(c) in other fields:

(i) Deleted.

(ii) Deleted.

(iii) Allied High Commission Law No. 34 on Application of Land Reform to the Property of Non-German Nationals, as amended by Allied High Commission Laws Nos 50, 60, 64 and 72; these laws shall, however, be deemed to be further amended as follows:

(1) the period of one year commencing on the date of acquisition provided for in paragraph 2 of Article 2 of Law No. 34 shall, in respect of an acquisition by inheritance or testamentary disposition, apply only to an acquisition which has taken place prior to 31 December 1952;

(2) an owner of land, whose possession of non-German nationality was in dispute and who for this reason was not in a position to dispose of his land prior to 29 February 1952 pursuant to paragraph 1 of Article 2 of Allied High Commission Law No. 34, may within a period of one year commencing on the date on which it was or will be established that he did not possess German nationality, dispose of his land;

(3) owners of land who were of German as well as of non-German nationality shall within the meaning of these laws, be deemed to be non-German nationals, if at any time

naire qui estime que la société devrait être exonérée en considération de sa participation, seront en droit d'utiliser tous les recours légaux qui leur seront ouverts.

Article 7

Afin de protéger les intérêts des ressortissants étrangers, la législation ci-après sera maintenue en vigueur:

(a) dans le domaine de la législation sur la réforme monétaire:

(i) supprimé;

(ii) les Lois de la Haute Commission Allié No 57 (statut de certains établissements financiers aux termes de la législation sur la réforme monétaire) et No 65 (portant troisième amendement à la législation sur la réforme monétaire) qui complètent, amendent et interprètent les Lois de Conversion;

(b) supprimé;

(c) dans d'autres domaines:

(i) supprimé;

(ii) supprimé;

(iii) la Loi No 34 de la Haute Commission Alliée, portant application de la législation sur la réforme agraire aux biens des ressortissants non allemands, amendée par les Lois No 50, 60, 64 et 72 de la Haute Commission Alliée; ces lois seront, toutefois, considérées comme étant à leur tour amendées comme suit:

(1) le délai d'un an à compter de la date de l'acquisition, prévu au paragraphe 2 de l'Article 2 de la Loi No 34 de la Haute Commission Alliée, ne s'applique, en ce qui concerne une acquisition par héritage ou par disposition testamentaire, qu'à une acquisition ayant eu lieu avant le 31 décembre 1952;

(2) un propriétaire terrien dont l'appartenance à une nationalité non allemande a été contestée et qui, pour ce motif, n'a pas été en mesure de disposer de sa terre avant le 29 février 1952 en vertu du paragraphe 1 de l'Article 2 de la Loi No 34 de la Haute Commission Alliée, peut en disposer dans un délai d'un an à compter de la date à laquelle il a été ou sera établi qu'il n'était pas de nationalité allemande;

(3) les propriétaires terriens, qui possédaient à la fois la nationalité allemande et une nationalité non allemande, seront, au sens de ces lois, considérés comme ressortissants

ihr Vermögen zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen dem 1. September 1939 und dem 8. Mai 1945 irgendeiner der Bestimmungen der deutschen Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens vom 15. Januar 1940 (und deren Änderungen) oder anderen Bestimmungen, die einen ähnlichen Zweck verfolgten, unterlag. In diesem Falle ist eine Verfügung über den Grundbesitz bis zum 31. Dezember 1952 zulässig.

between 1 September 1939 and 8 May 1945 their property was subject to any of the provisions of the German Ordinance on the Treatment of Enemy Properties of 15 January 1940 or any amendment thereto, or any other regulations having a similar purpose. In such case disposition of the land shall be permissible until 31 December 1952.

non allemands, si, à une époque quelconque entre le 1er septembre 1939 et le 8 mai 1945, leurs biens ont été soumis à l'une quelconque des dispositions de l'Ordonnance allemande sur le Traitement des Biens Ennemis, en date du 15 janvier 1940, de tous amendements à cette Ordonnance, ou de tout autre réglementation ayant des buts analogues. Dans ce cas, la cession de la terre sera autorisée jusqu'au 31 décembre 1952.

Artikel 8

(1) Das Gesetz Nr. 8 der Alliierten Hohen Kommission über gewerbliche, literarische und künstlerische Eigentumsrechte ausländischer Staaten und Staatsangehöriger in der durch die Gesetze Nr. 30, 39, 41 und 66 der Alliierten Hohen Kommission abgeänderten Fassung sowie die Erste und Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz Nr. 8 der Alliierten Hohen Kommission vom 8. Mai 1950 und vom 9. November 1950 (Bundesgesetzblatt Seite 357 und Seite 785) bleiben in Kraft.

(2) Die Vorschriften des Gesetzes Nr. 8 (in abgeänderter Fassung) der Alliierten Hohen Kommission über die Regelung von Streitigkeiten aus der Anwendung dieses Gesetzes gelten jedoch als abgeändert wie folgt:

(a) Gegen jede letztinstanzliche Entscheidung des Patentamtes oder seines Großen Senats sowie gegen jede erstinstanzliche Entscheidung der ordentlichen Gerichte kann im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 12 dieses Teils und der Satzung der Schiedskommission Berufung an die in Artikel 12 dieses Teils erwähnte Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland eingelegt werden.

(b) Die Befugnisse der Besatzungsbehörden auf Grund des Gesetzes Nr. 8 Artikel 2 letzter Satz und Artikel 7 Absatz 3 erlöschen hiermit.

Article 8

1. Allied High Commission Law No. 8 on Industrial, Literary and Artistic Property Rights of Foreign Nations and Nationals, as amended by Allied High Commission Laws Nos. 30, 39, 41 and 66, together with the First and Second Implementing Ordinances under Allied High Commission Law No. 8 of 8 May 1950 and 9 November 1950 (Bundesgesetzblatt Seite 357 und Seite 785), shall be maintained in force.

2. However, the provisions of Allied High Commission Law No. 8, as amended, governing the settlement of disputes arising out of the application of that Law, shall be deemed to be amended as follows:

(a) an appeal may be taken to the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany referred to in Article 12 of this Chapter from any decision of last instance of the Patent Office or of its Grand Senate or from any decision in the first instance of the regular courts, in accordance with the provisions of Article 12 of this Chapter and the Charter of the Arbitral Commission.

(b) the powers of the Occupation Authorities under the last sentence of Article 2 and paragraph 3 of Article 7 of Law No. 8 shall lapse.

Article 8

1. — La Loi No 8 de la Haute Commission Alliée, relative aux droits de propriété industrielle, littéraire et artistique des Nations Etrangères et de leurs ressortissants, amendée par les Lois Nos 30, 39, 41 et 66 de la Haute Commission Alliée, ainsi que la première et la seconde Ordonnance en date du 8 mai 1950 et du 9 novembre 1950 portant application de la Loi No 8 de la Haute Commission Alliée (Bundesgesetzblatt, Seite 357 und Seite 785) seront maintenues en vigueur.

2. — Toutefois, les dispositions de la Loi No 8, amendée, de la Haute Commission Alliée, qui régissent le règlement des différends naissant de l'application de cette Loi, seront considérées comme amendées ainsi qu'il suit :

(a) toute décision prononcée en dernière instance par l'Office des Brevets ou par son Grand Sénat, ou toute décision prononcée en première instance par les tribunaux de droit commun pourra faire l'objet d'un appel devant la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne visée à l'Article 12 du présent Chapitre, conformément aux dispositions de ce même Article et de la Charte de la Commission Arbitrale ;

(b) les pouvoirs des Autorités d'Occupation aux termes de la dernière phrase de l'Article 2 et du paragraphe 3 de l'Article 7 de la Loi No 8 cesseront d'exister.

Artikel 9

(1) Im Sinne dieses Teils hat der Ausdruck „Vereinte Nationen" dieselbe Bedeutung wie im Gesetz Nr. 54 der Alliierten Hohen Kommission, das zu diesem Zwecke in Kraft bleibt.

(2) Soweit nicht anders bestimmt, hat der Ausdruck „Staatsangehörige der Vereinten Nationen" in diesem Teile die folgende Bedeutung:

(a) Natürliche Personen, die Staatsangehörige einer der Vereinten Nationen sind. Natürliche Personen, die die Staatsangehörigkeit einer der Vereinten Nationen und zu-

Article 9

1. For the purposes of this Chapter, the term "United Nations" shall have the same meaning as in Allied High Commission Law No. 54, which is maintained in force for those purposes.

2. For the purposes of this Chapter, the term "United Nations nationals" shall, except as otherwise herein provided, mean:

(a) natural persons who are nationals of any of the United Nations. Natural persons who have the nationality of one of the United Nations and also German nationality shall be

Article 9

1. — Au sens du présent Chapitre, l'expression « Nations Unies » a la même signification que dans la Loi No 54 de la Haute Commission Alliée, qui est maintenue en vigueur à cet effet.

2. — Au sens du présent Chapitre, l'expression « ressortissants des Nations Unies » désigne, sauf dispositions contraires :

(a) les personnes physiques qui sont ressortissants de l'une des Nations-Unies. Les personnes physiques possédant la nationalité de l'une des Nations-Unies et en même

gleich die deutsche Staatsangehörigkeit haben, werden ausschließlich als Staatsangehörige einer der Vereinten Nationen angesehen, wenn ihr Vermögen in Deutschland zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen dem 1. September 1939 und dem 8. Mai 1945 irgendeiner der Bestimmungen der deutschen Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens vom 15. Januar 1940 (und deren Änderungen) oder anderen Bestimmungen, die einen ähnlichen Zweck verfolgten, unterlag, sofern es nicht durch Sondergenehmigung des Reichsjustizministers davon ausgenommen war.

(b) Körperschaften und Vereinigungen, die nach dem Recht einer der Vereinten Nationen organisiert sind.

deemed to be exclusively nationals of the United Nations if, at any time between 1 September 1939 and 8 May 1945, their property in Germany was subject to any of the provisions of the German Ordinance on the Treatment of Enemy Properties of 15 January 1940 or any amendment thereto, or any other regulations having a similar purpose, unless it was exempted therefrom by specific permission of the Reich Minister of Justice;

(b) juristic persons or associations of persons established under the laws of one of the United Nations.

temps la nationalité allemande, seront considérées comme étant uniquement ressortissantes des Nations-Unies si, à un moment quelconque entre le 1er septembre 1939 et le 8 mai 1945, leurs biens en Allemagne ont été soumis à l'une des dispositions de l'Ordonnance allemande sur le Traitement des Biens Ennemis, en date du 15 janvier 1940, de tous amendements à cette Ordonnance ou de toute autre réglementation ayant des buts analoques, à moins qu'elles n'en aient été exemptées par autorisation expresse du Ministre de la Justice du Reich;

(b) les personnes morales ou associations de personnes constituées selon le droit de l'une des Nations-Unies.

Artikel 10

Schließt die Bundesrepublik mit einer anderen Macht in Angelegenheiten, die unter die Artikel 1 bis 9 dieses Teils fallen, Vereinbarungen, die für diese andere Macht günstiger sind als die entsprechenden Bestimmungen dieser Artikel, so sind die Vorteile dieser neuen Vereinbarungen ohne weiteres auf alle Mächte auszudehnen, denen die entsprechenden Bestimmungen dieses Teils zugute kommen.

Article 10

If the Federal Republic concludes with any other Power, on matters within the scope of Articles 1 to 9 inclusive of this Chapter, arrangements more favourable to such other Power than the corresponding provisions of those Articles, the benefits of such new arrangements shall automatically be extended to all Powers benefiting from the corresponding provisions of those Articles.

Article 10

Si la République Fédérale conclut avec toute autre Puissance, en des matières couvertes par les Articles 1 à 9 inclus du présent Chapitre, des arrangements plus favorables pour cette Puissance que les dispositions correspondantes de ces Articles, le bénéfice de ces nouveaux arrangements sera étendu automatiquement à toutes les Puissances bénéficiant des dispositions correspondantes desdits Articles.

Artikel 11

In der Erwartung, daß die Vereinten Nationen dieselbe Politik gegenüber der Bundesrepublik führen werden, erklärt die Bundesrepublik ihre Absicht, eine allgemeine Politik der Nichtdiskriminierung gegenüber den Vereinten Nationen und ihren Staatsangehörigen sowie gegenüber den Gütern, Rechten und Interessen dieser Nationen und ihrer Staatsangehörigen zu befolgen und in Angelegenheiten, die diese Nationen und ihre Staatsangehörigen und deren Güter, Rechte und Interessen auf dem Gebiete der Niederlassung und der Schiffahrt berühren, ihnen im allgemeinen dieselbe Behandlung wie den eigenen Staatsangehörigen und die Meistbegünstigung zu gewähren. Die Bundesrepublik erklärt sich ferner bereit, mit den Vereinten Nationen Verträge gemäß diesen Grundsätzen abzuschließen.

Article 11

In the expectation that such a policy will be applied by such Nations toward the Federal Republic, the Federal Republic declares its intention to pursue a general policy of non-discrimination toward the United Nations and their nationals and toward the property, rights and interests of such Nations and nationals, and in general to accord national and most-favoured nation treatment in matters affecting such Nations and nationals and their property, rights and interests in the field of establishment and navigation. The Federal Republic further declares its readiness to enter into treaties with the United Nations based on these principles.

Article 11

Dans l'attente qu'une telle politique sera appliquée par ces nations à l'égard de la République Fédérale, celle-ci déclare son intention de poursuivre une politique générale de non-discrimination à l'égard des Nations-Unies et de leurs ressortissants, ainsi qu'à l'égard des biens, droits et intérêts des Nations-Unies et de leurs ressortissants, et d'accorder en général le traitement national et le traitement de la nation la plus favorisée dans les questions affectant ces nations, leurs ressortissants et leurs biens, droits et intérêts, dans le domaine de l'établissement et de la navigation. La République Fédérale se déclare, en outre, prête à conclure avec les Nations-Unies des traités fondés sur ces principes.

Artikel 12

(1) Gegen die nachstehenden Entscheidungen kann auf Antrag der beteiligten Partei innerhalb von dreißig Tagen nach der Zustellung Berufung an die in Artikel 7 des Fünften Teils dieses Vertrags bezeichnete Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland gemäß den Bestimmungen ihrer Satzung eingelegt werden:

(a) Entscheidungen der im Anhang zu Artikel 1 dieses Teils bezeichneten Bundesoberbehörde gemäß Artikel 1 dieses Teils;

Article 12

1. The following decisions may be appealed to the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany, referred to in Article 7 of Chapter Five of the present Convention, in accordance with the provisions of its Charter, upon application to the Commission by the party concerned within thirty days after the service thereof:

(a) decisions under Article 1 of this Chapter of the Federal Higher Authority referred to in the Annex thereto;

Article 12

1. — Les décisions suivantes sont susceptibles d'appel devant la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne, visée à l'Article 7 du Chapitre Cinquième de la présente Convention, conformément aux dispositions de la Charte de cette Commission, sur demande adressée à la Commission par la partie intéressée dans les trente jours de la notification de la décision:

(a) les décisions prises conformément à l'Article 1 du présent Chapitre par l'Autorité Fédérale Supérieure visée à l'Annexe au présent Chapitre;

(b) Entscheidungen eines Verwaltungsgerichtes erster Instanz wegen diskriminierender Behandlung gemäß Artikel 3;

(c) Entscheidungen deutscher Gerichte erster Instanz (ordentliche Gerichte, Verwaltungsgerichte, Steuergerichte oder andere Gerichte), welche die Anwendung der Artikel 2, 4 und 5 betreffen;

(d) Entscheidungen der Finanzgerichte erster Instanz gemäß Artikel 6;

(e) erstinstanzliche Entscheidungen der ordentlichen Gerichte im Streitverfahren oder in der freiwilligen Gerichtsbarkeit gemäß Artikel 7;

(f) letztinstanzliche Entscheidungen des Deutschen Patentamtes oder seines Großen Senats im Falle des Gesetzes Nr. 8 der Alliierten Hohen Kommission oder gegen erstinstanzliche Entscheidungen der ordentlichen Gerichte auf Grund dieses Gesetzes gemäß Artikel 8 dieses Teils.

Beschwerden auf Grund des Artikels 2 letzter Satz und des Artikels 7 Absatz 3 des Gesetzes Nr. 8 der Alliierten Hohen Kommission, die bei Inkrafttreten dieses Vertrags bei dem auf Grund der Durchführungsverordnung Nr. 1 zum Gesetz Nr. 8 (in abgeänderter Fassung) errichteten Beschwerdeausschuß für Patentsachen anhängig sind, gehen hiermit an die Schiedskommission über und werden von ihr in derselben Weise weiterbehandelt wie Berufungen auf Grund dieses Artikels.

Die Anrufung der Schiedskommission gemäß Unterabsatz (b) bis (f) dieses Absatzes steht dem Fortgang des Verfahrens vor den deutschen Gerichten und Behörden über andere strittige Fragen nicht entgegen. Hält es jedoch die Kommission für notwendig, um die Interessen einer Partei zu schützen, so kann sie die Aussetzung eines Verfahrens vor den deutschen Gerichten oder Behörden bis zu ihrer Entscheidung über die ihr vorgelegte Frage anordnen.

(2) Legt die von einer Entscheidung nach Unterabsatz (b) bis (f) des Absatzes (1) dieses Artikels betroffene Partei, statt die Schiedskommission anzurufen, gegen diese Entscheidung ein Rechtsmittel bei einem deutschen Gericht ein, so kann sie gegen die Entscheidung der deutschen höheren Instanz über die Punkte, wegen derer sie die Schiedskommission hätte anrufen können, die Schiedskommission nicht mehr anrufen. Wenn in einer Entscheidung der in Unterabsatz (b) bis (f) des Absatzes (1) genannten Instanzen die Voraussetzungen für eine Berufung an die Schiedskommission nicht gegeben waren, jedoch eine deutsche höhere Instanz eine Entscheidung fällt, die nach Auffassung einer Partei die in

(b) decisions of an administrative court of first instance in regard to discriminatory treatment under Article 3;

(c) decisions of German courts of first instance (regular courts, administrative courts, finance courts or other courts) relating to the application of Articles 2, 4 and 5;

(d) decisions of the finance courts of first instance under Article 6;

(e) decisions of the regular courts of first instance in contentious or non-contentious matters under Article 7;

(f) decisions of the last instance of the German Patent Office or its Grand Senate under Allied High Commission Law No. 8 or decisions of the regular courts of first instance under that Law pursuant to Article 8.

Appeals under the last sentence of Article 2 and paragraph 3 of Article 7 of Allied High Commission Law No. 8, pending on the entry into force of the present Convention before the Patent Appeal Board established by Regulation No. 1 under Law No. 8 (amended), are hereby transferred to the Arbitral Commission and shall be dealt with by it in the same manner as appeals under this Article.

Appeal to the Arbitral Commission pursuant to sub-pragraphs (b) to (f) inclusive of this paragraph shall not bar the continuance of proceedings before the German courts and authorities on other issues in dispute. If, however, the Commission deems it necessary in order to protect the interests of a party to the proceeding it may order the stay of further proceedings before the German courts or authorities pending the Commission's decision on the question referred to it.

2. If the party affected by a decision referred to in sub-paragraphs (b) to (f) inclusive of paragraph 1 of this Article appeals from the decision to a German court instead of appealing to the Arbitral Commission, such party may not appeal thereafter to the Arbitral Commission against the decision of the German court of higher instance on points on which he could have appealed to the Arbitral Commission. If, in a decision referred to in sub-paragraphs (b) to (f) inclusive of paragraph 1, the requirements for an appeal to the Arbitral Commission did not exist, but if a German court of higher instance renders a decision which in the opinion of the party concerned violates the Articles of this Chapter

(b) les décisions d'un tribunal administratif de première instance en matière de traitement discriminatoire conformément à l'Article 3;

(c) les décisions des tribunaux allemands de première instance (juridiction de droit commun, juridictions administratives, tribunaux des finances ou autres tribunaux) relatives à l'application des Articles 2, 4 et 5;

(d) les décisions des tribunaux des finances de première instance conformément à l'Article 6;

(e) les décisions des tribunaux de droit commun de première instance en matière de procédure contentieuse ou de juridiction gracieuse, conformément à l'Article 7;

(f) les décisions prononcées en dernière instance par l'Office allemand des Brevets ou par son Grand Sénat, conformément à la Loi No 8 de la Haute Commission Alliée, ou les décisions prononcées par des tribunaux de droit commun de première instance, conformément à cette Loi, aux termes de l'Article 8.

Les demandes d'appel en vertu de la dernière phrase de l'Article 2 et du paragraphe 3 de l'Article 7 de la Loi No 8 de la Haute Commission Alliée, en instance à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention devant la Commission d'Appel en matière de Brevets, instituée par le Règlement No 1 pris en application de la Loi No 8 (amendée), sont transférées à la Commission Arbitrale et seront examinées par elle de la même manière que les demandes d'appel présentées en vertu du présent Article.

L'appel interjeté devant la Commission Arbitrale conformément aux alinéas (b) à (f) inclus du présent paragraphe n'interrompra pas le déroulement de la procédure devant les tribunaux allemands ou autorités allemandes sur les autres questions en litige. Toutefois, si la Commission le juge nécessaire pour protéger les intérêts de l'une des parties, elle peut ordonner de suspendre la procédure devant les tribunaux allemands ou les autorités allemandes jusqu'à ce qu'elle ait statué sur la question qui lui est soumise.

2. — Si la partie affectée par une décision mentionnée dans les alinéas (b) à (f) inclus du paragraphe 1 du présent Article fait appel de cette décision devant un tribunal allemand au lieu d'en appeler à la Commission Arbitrale, cette partie ne peut ultérieurement interjeter appel devant la Commission Arbitrale contre la décision de l'instance supérieure allemande sur les points qui auraient pu faire l'objet d'un appel à la Commission Arbitrale. Si la décision de l'une des instances mentionnées dans les alinéas (b) à (f) inclus du paragraphe 1 n'a pas présenté les conditions requises pour faire l'objet d'un appel devant la Commission Arbitrale, mais si une instance supérieure allemande a rendu

Absatz (1) genannten Artikel dieses Teils verletzt, so kann die Partei gegen die Entscheidung der deutschen höheren Instanz die Schiedskommission anrufen.

referred to in paragraph 1, such party may appeal from the decision of the higher German court to the Arbitral Commission.

une décision qui, de l'avis de la partie en cause, viole les Articles du présent Chapitre mentionnés au paragraphe 1, cette partie peut faire appel de la décision de l'instance supérieure allemande devant la Commission Arbitrale.

(3) Die Kommission ist weiterhin ermächtigt, in den in Absatz (1) dieses Artikels genannten Fällen eine Entscheidung zu treffen, falls eine endgültige Entscheidung innerhalb eines Jahres nach der Anhängigmachung bei dem zuständigen deutschen Gericht oder der zuständigen deutschen Behörde nicht erlassen worden ist und die betreffende Partei die Sache innerhalb einer Frist von dreißig Tagen nach Ablauf dieses Jahres der Kommission zur Entscheidung vorlegt.

3. The Commission shall also be authorized to render a decision in any case referred to in paragraph 1 of this Article where the appropriate German court or authority has not rendered a final decision within one year following submission to it and where the party concerned submits the matter for the decision of the Commission within thirty days after the expiration of that year.

3.— La Commission sera également autorisée à prononcer une décision dans les cas mentionnés au paragraphe 1 du présent Article lorsque le tribunal allemand ou l'autorité allemande compétent n'aura pas rendu de décision définitive un an après qu'un tel cas lui aura été soumis et lorsque la partie intéressée soumettra la question à la Commission pour décision, dans les trente jours suivant l'expiration de cette période d'une année.

(4) In den in Absatz (1), (2) oder (3) dieses Artikels genannten Fällen kann die Kommission eine endgültige Entscheidung erlassen oder die Sache mit Anweisungen, die ihr geeignet erscheinen, an das Gericht oder die Behörde zurückverweisen.

4. In any case referred to in paragraphs 1, 2 or 3 of this Article, the Commission may render a final decision or may remand the case to the court or authority concerned, with such instructions as the Commission deems necessary or appropriate.

4. — Dans les cas mentionnés aux paragraphes 1, 2 et 3 du présent Article, la Commission pourra prononcer une décision définitive; elle pourra aussi renvoyer l'affaire au tribunal ou à l'autorité intéressé, avec les instructions qu'elle estimera nécessaires ou appropriées.

(5) Entscheidungen und Anweisungen der Kommission sind endgültig und für alle deutschen Gerichte und Behörden verbindlich.

5. Decisions and instructions of the Commission shall be final and binding on all German courts and authorities.

5. — Les décisions et les instructions de la Commission seront définitives et lieront tous les tribunaux allemands et toutes les autorités allemandes.

ANHANG ZUM ZEHNTEN TEIL

§ 1

(1) Für die Entgegennahme, Bearbeitung und Bescheidung von Anträgen auf Rückgabe und Wiederherstellung gemäß Absatz (2) des Artikels 1 des vorstehenden Teils wird die Bundesregierung eine Bundesoberbehörde errichten. Die Bundesregierung kann Vorschriften zur Durchführung der Bestimmungen dieses Anhanges erlassen.

(2) Alle deutschen Gerichte und Behörden haben dieser Bundesoberbehörde Rechts- und Amtshilfe gemäß Artikel 35 des Grundgesetzes zu leisten.

§ 2

(1) Anträge auf Rückgabe und Wiederherstellung sind schriftlich oder zu Protokoll bei dieser Bundesoberbehörde zu stellen.

(2) Die Anträge sollen enthalten:

(a) Vor- und Zuname und Anschrift des Anspruchsberechtigten, gegebenenfalls auch seines Rechtsvorgängers;

(b) Bezeichnung der diskriminierenden Maßnahme und der von ihr betroffenen Güter, Rechte oder Interessen;

ANNEX TO CHAPTER TEN

Section 1

1. The Federal Government shall establish a Federal Higher Authority (Bundesoberbehörde) to receive, to consider and to decide on applications for return and restoration under paragraph 2 of Article 1 of the foregoing Chapter. The Federal Government may issue regulations for carrying out the provisions of this Annex.

2. All German courts and authorities shall render the Federal Higher Authority legal and other official assistance pursuant to Article 35 of the Basic Law.

Section 2

1. Applications for return or restoration shall be made in writing, or by oral statement to be recorded, to the Federal Higher Authority.

2. Applications shall include

(a) first name, last name and address of the claimant and of his predecessor in title when applicable;

(b) description of the discriminatory measure and of the property, rights or interests affected by it;

ANNEXE AU CHAPITRE DIXIEME

Paragraphe 1

1. — Le Gouvernement Fédéral instituera une Autorité Fédérale Supérieure (Bundesoberbehörde) pour recevoir, examiner et trancher les demandes de restitution et de restauration, conformément au paragraphe 2 de l'Article 1 du Chapitre qui précède. Le Gouvernement Fédéral peut émettre des règlements pour l'exécution des dispositions de la présente Annexe.

2. — Tous les tribunaux allemands et autorités allemandes doivent, conformément à l'Article 35 de la Loi Fondamentale, prêter une aide judiciaire et administrative à l'Autorité Fédérale Supérieure.

Paragraphe 2

1. — Les demandes de restitution ou de restauration doivent être présentées à l'Autorité Fédérale Supérieure, soit par écrit, soit oralement à fin de procès-verbal.

2. — Ces demandes doivent comporter:

(a) le prénom, le nom et l'adresse de l'ayant-droit et, le cas échéant, de la personne dont il tient ses droits;

(b) l'indication de la mesure discriminatoire et des biens, droits ou intérêts touchés par cette mesure;

(c) Staatsangehörigkeit des Anspruchsberechtigten, gegebenenfalls auch seines Rechtsvorgängers, zur Zeit der diskriminierenden Maßnahme.

(3) Die Anträge sollen, wenn möglich, Angaben darüber enthalten, an wen die Güter, Rechte und Interessen übertragen wurden und wer über diese zur Zeit der Antragstellung verfügt.

(4) Dem Antrag sollen ferner alle dem Anspruchsberechtigten zugänglichen Unterlagen über die Güter, Rechte und Interessen sowie über die hierüber getroffenen diskriminierenden Maßnahmen in Urschrift oder beglaubigter Abschrift beigefügt werden. Auf Verlangen ist die Urschrift vorzulegen.

§ 3

Für das Verfahren vor der Bundesoberbehörde werden Kosten nicht erhoben, es sei denn, daß es sich um mutwillige oder offenbar unbegründete Anträge handelt.

§ 4

(1) Die Bundesoberbehörde führt die erforderlichen Ermittlungen von Amts wegen durch. Sie kann zu diesem Zwecke Beweise erheben, insbesondere Zeugen, Sachverständige und Beteiligte vernehmen oder durch ein Gericht vernehmen lassen. Falls eine Beeidigung erforderlich erscheint, ist der Eid vor einem Gericht zu leisten. Die Bundesoberbehörde ist zuständig für die Abnahme von eidesstattlichen Versicherungen.

(2) Als Beteiligte gelten außer den Anspruchsberechtigten alle Personen, deren Rechte durch die Rückgabe und die Wiederherstellung betroffen würden.

(3) Den Beteiligten ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Sie können sich durch Vertreter oder Rechtsberater vertreten lassen. Von den zum Zwecke von Vernehmungen gemäß Satz 2 des Absatzes (1) dieses Paragraphen anberaumten Terminen sind sie zu benachrichtigen; sie können diesen Terminen beiwohnen. Schriftsätze eines Beteiligten sind den übrigen Beteiligten mitzuteilen.

§ 5

Die Bundesoberbehörde hat, wenn die Verwirklichung des Anspruchs auf Rückgabe und Wiederherstellung gefährdet erscheint, die zur Sicherstellung der Güter, Rechte oder Interessen erforderlichen vorläufigen Maßnahmen anzuordnen.

(c) nationality of the claimant and of his predecessor in title, when applicable, at the time of the discriminatory measure.

3. Applications shall, if possible, include information concerning the person to whom the property, rights or interests were transferred, and concerning the person holding the property, rights or interests at the time of filing of the application.

4. Furthermore, all information and documents available to the claimant which refer to the property, rights or interests and to the discriminatory measure taken in respect of the property, rights or interests shall be attached to the application in the original or in a certified copy. On request, the original shall be submitted.

Section 3

Proceedings before the Federal Higher Authority shall be free of charge, except where frivolous or obviously unfounded applications are involved.

Section 4

1. The Federal Higher Authority shall on its own motion (von Amts wegen) conduct the necessary investigations. For this purpose it may take evidence, in particular hear witnesses, experts and the parties concerned or cause their hearing before a court. Where a hearing under oath appears necessary, such oath shall be sworn before a court. The Federal Higher Authority shall be authorized to accept statements in lieu of oaths (eidesstattliche Versicherungen).

2. In addition to the claimants, all persons shall be considered parties concerned whose rights would be affected by the return or restoration.

3. The parties concerned shall be afforded an opportunity to state their views. They may be represented by agents or counsel. They shall be notified of the dates of the hearings ordered for the purpose of interrogation, pursuant to the second sentence of paragraph 1 of this section, and may attend these hearings. The documents filed by a party concerned shall be transmitted to the other parties.

Section 5

Where realization of the return or restoration claim appears to be endangered, the Federal Higher Authority shall order the necessary interim measures to be taken for safeguarding the property, rights or interests.

(c) la nationalité de l'ayant-droit et, le cas échéant, celle de la personne dont il tient ses droits, à l'époque à laquelle la mesure discriminatoire est intervenue.

3. — La demande doit comprendre, si possible, des renseignements sur la personne à qui les biens, droits ou intérêts ont été transférés et sur celle qui détient les biens, droits ou intérêts à la date du dépôt de la demande.

4. — De plus, doivent être joints, en original ou en copie certifiée conforme, tous les renseignements et toutes les pièces dont dispose l'ayant-droit et qui concernent les biens, droits ou intérêts ainsi que les mesures discriminatoires dont ces derniers ont fait l'objet. L'original doit être présenté sur demande.

Paragraphe 3

La procédure devant l'Autorité Fédérale Supérieure est exempte de frais, à moins qu'il ne s'agisse de demandes présentées à la légère (mutwillig) ou manifestement mal fondées.

Paragraphe 4

1. — L'Autorité Fédérale Supérieure procède d'office (von Amts wegen) à toutes les enquêtes nécessaires. Elle peut à cet effet procéder à la recherche de preuves et, en particulier, procéder ou faire procéder par un tribunal à l'audition de témoins, d'experts ou de parties intéressées. Chaque fois qu'il apparaît nécessaire de faire prêter serment, ce serment doit être prêté devant un tribunal. L'Autorité Fédérale Supérieure est compétente pour recevoir toute déclaration écrite tenant lieu de serment (eidesstattliche Versicherung).

2. — Sont considérées comme parties intéressés, outre l'ayant-droit, toutes personnes dont les droits seraient affectés par la restitution ou la restauration.

3. — Les parties intéressées doivent se voir accorder la possibilité d'exposer leur point de vue. Elles peuvent se faire représenter par des agents ou des conseils. Elles doivent être avisées des audiences fixées pour les auditions prévues dans la seconde phrase de l'alinéa 1 du présent paragraphe, et peuvent assister à ces audiences. Les pièces soumises par l'une des parties intéressées doivent être communiquées aux autres parties.

Paragraphe 5

L'Autorité Fédérale Supérieure peut, lorsque la réalisation du droit à restitution et à restauration lui paraît menacée, ordonner toutes mesures conservatoires nécessaires à la sauvegarde des biens, droits ou intérêts en cause.

§ 6

Die Bundesoberbehörde soll auf eine gütliche Einigung der Beteiligten hinwirken. Ein zwischen den Beteiligten geschlossener Vergleich ist zu Protokoll zu nehmen.

§ 7

Die Entscheidungen der Bundesoberbehörde sind schriftlich zu begründen und den Beteiligten zuzustellen.

§ 8

(1) Die Bundesoberbehörde trifft alle Maßnahmen, die zur Rückgabe und Wiederherstellung erforderlich sind, oder stellt fest, welche Maßnahmen die nach Lage des Falles zuständige Behörde zu treffen hat.

(2) Die Bundesoberbehörde ist insbesondere berechtigt, soweit dies zur Rückgabe und Wiederherstellung erforderlich ist, Enteignungen zugunsten der Bundesrepublik anzuordnen, welche die Rückgabe oder Wiederherstellung vornimmt. Art und Höhe der Entschädigung der von der Enteignung Betroffenen regelt ein Bundesgesetz.

ELFTER TEIL

Erleichterungen für die Botschaften und Konsulate der Drei Mächte in der Bundesrepublik

(gestrichen)

ZWOLFTER TEIL

Zivile Luftfahrt

Artikel 1

Die Bundesrepublik übernimmt die volle Verantwortung für den Bereich der zivilen Luftfahrt im Bundesgebiet vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 2 bis 6 dieses Teils und jeder anderen gleichzeitig mit diesem Vertrag in Kraft tretenden Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten.

Artikel 2

Die Bundesrepublik verpflichtet sich, dem im Jahre 1944 in Chikago abgefaßten Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt beizutreten, sobald dies gemäß den Bestimmungen des genannten Abkommens möglich ist. Bis zu ihrem Beitritt verpflichtet sich die Bundesrepublik

(a) die Bestimmungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt und die des Abkommens über den Internationalen Transit-Luftverkehr von 1944 anzuwenden und einzuhalten, und zwar gegenüber jedem mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhaltenden anderen Staat, der sich bereit erklärt, die Bundesrepublik auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu behandeln. Die Bundes-

Section 6

The Federal Higher Authority shall use its good offices to bring about an amicable settlement between the parties concerned A compromise reached by the parties shall be recorded.

Section 7

Decisions of the Federal Higher Authority shall state in writing the reasons upon which they are based and shall be served upon the parties concerned

Section 8

1. The Federal Higher Authority shall take all measures required for the return and restoration or shall determine which measures shall be taken by the authority competent in the circumstances of the case

2. The Federal Higher Authority shall, in particular, be empowered to order, where necessary for the purpose of return or restoration, expropriation in favour of the Federal Republic, which shall effect the return or restoration The nature and amount of the compensation to persons affected by the expropriation shall be fixed by a Federal law

CHAPTER ELEVEN

Facilities for the Embassies and Consulates of the Three Powers in the Federal Republic

Deleted.

CHAPTER TWELVE

Civil Aviation

Article 1

The Federal Republic will assume full responsibility in the field of civil aviation in the Federal territory, subject to the provisions of Articles 2 to 6 inclusive of this Chapter and of any other agreement between the Three Powers and the Federal Republic which enters into force simultaneously with the present Convention.

Article 2

The Federal Republic undertakes to adhere to the Convention on International Civil Aviation drawn up in Chicago in 1944 as soon at it is possible for it to do so in accordance with the terms of that Convention. Pending such adherence, the Federal Republic undertakes

(a) to apply and abide by the provisions of the Convention on International Civil Aviation and the International Air Services Transit Agreement of 1944, with respect to any other State which has declared its willingness to extend reciprocal treatment to the Federal Republic and which maintains diplomatic relations with the Fedèral Republic. The Federal Republic will make known its position in

Paragraphe 6

L'Autorité Fédérale Supérieure doit s'efforcer de provoquer un arrangement à l'amiable entre les parties intéressées Tout compromis intervenu entre les parties intéressées doit faire l'objet d'un procès-verbal.

Paragraphe 7

Les décisions de l'Autorité Fédérale Supérieure doivent être motivées par écrit et notifiées aux personnes intéressées.

Paragraphe 8

1. — L'Autorité Fédérale Supérieure prend toutes mesures nécessaires à la restitution et à la restauration, ou arrête les mesures que doit prendre l'autorité compétente selon les circonstances

2. — L Autorité Fédérale Supérieure est en particulier habilitée à ordonner, dans la mesure nécessaire à la restitution et à la restauration, des expropriations au profit de la République Fédérale, qui se chargera de la restitution et de la restauration. Une loi fédérale réglera la nature et le montant de l'indemnisation des personnes atteintes par l'expropriation.

CHAPITRE ONZIEME

Facilités dont disposeront les Ambassades et les Consulats des Trois Puissances sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne

— supprimé —

CHAPITRE DOUZIEME

Aviation Civile

Article 1

La République Fédérale assumera toutes les responsabilités dans le domaine de l'aviation civile sur le territoire fédéral, sous réserve des dispositions des Articles 2 à 6 inclus du présent Chapitre et de tout autre accord conclu entre les Trois Puissances et la République Fédérale et entrant en vigueur en même temps que la présente Convention.

Article 2

La République Fédérale s'engage à adhérer à la Convention sur l'Aviation Civile Internationale, élaborée à Chicago en 1944, dès que cela lui sera possible conformément aux dispositions de ladite Convention. En attendant qu'intervienne cette adhésion, la République Fédérale s'engage:

(a) à appliquer et respecter les dispositions de la Convention sur l'Aviation Civile Internationale et de l'Accord de 1944 relatif au Transit des Services Aériens Internationaux, à l'égard de tout autre État qui se sera déclaré prêt à lui accorder un traitement de réciprocité et qui entretiendra des relations diplomatiques avec elle. La République Fédérale fera connaître sa position à cet égard aux

republik wird ihren diesbezüglichen Standpunkt den betreffenden Staaten bekanntgeben und die zur Erfüllung dieser Verpflichtung erforderlichen geeigneten Vereinbarungen abschließen;

(b) auf den Betrieb der internationalen zivilen Luftfahrt im Luftraum der Bundesrepublik die Grundsätze der internationalen Luftnavigation sowie die Normen, Methoden und empfohlenen Verfahren anzuwenden, die in dem Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt von 1944 vorgesehen sind;

(c) den Luftfahrzeugen fremder Staaten, denen gegebenenfalls Rechte zum Betrieb von Fluglinien oder zur Benutzung des Luftraums der Bundesrepublik eingeräumt werden, zur Ausübung dieser Rechte die gleichen Rechte und Privilegien hinsichtlich der Benutzung von Navigations- und sonstigen Einrichtungen in der Bundesrepublik zu gewähren, die den zivilen Luftfahrzeugen der Bundesrepublik in gleichliegenden Fällen eingeräumt werden oder würden.

this respect to the States concerned and will enter into appropriate arrangements necessary to put this undertaking into effect;

(b) to apply to the international civil aviation operations into and through the air space of the Federal Republic the fundamental principles of international air navigation and the standards, procedures and recommended practices as provided for by the Convention on International Civil Aviation of 1944;

(c) to accord to aircraft of foreign countries which may be granted rights to engage in air services or to operate in the air space of the Federal Republic, in the exercise of those rights, the same rights and privileges with respect to the use of air navigation and other facilities in the Federal Republic as are or would be accorded to civil aircraft of the Federal Republic in similar operations.

Etats intéressés et conclura les arrangements appropriés nécessaires à la mise en application de cet engagement;

(b) à appliquer à l'exploitation de l'aviation civile internationale dans l'espace aérien de la République Fédérale les principes fondamentaux de la navigation aérienne internationale ainsi que les standards, les procédures et les méthodes recommandés que prévoit la Convention sur l'Aviation Civile Internationale de 1944;

(c) à accorder aux aéronefs des pays étrangers, auxquels pourrait être consenti le droit d'exploiter des services aériens ou d'opérer dans l'espace aérien de la République Fédérale, dans l'exercice de ce droit, les mêmes droits et privilèges en ce qui concerne l'utilisation, dans la République Fédérale, de facilités de navigation aérienne et d'autres facilités que ceux qui sont ou seraient accordés pour des opérations analogues aux aéronefs civils de la République Fédérale.

Artikel 3

Die Bundesrepublik ist bereit, in ihren zweiseitigen Luftverkehrsabkommen und -vereinbarungen eine liberale Politik ohne Diskriminierungen zu verfolgen.

Article 3

The Federal Republic agrees to pursue, in its bilateral air transport agreements and arrangements, a liberal and non-discriminatory policy.

Article 3

La République Fédérale convient de poursuivre, dans ses accords et arrangements bilatéraux sur le transport aérien, une politique libérale et non discriminatoire.

Artikel 4

(1) Die Bundesrepublik wird den Luftverkehrsgesellschaften jedes Staates erlauben, ihren Betrieb einschließlich der Kabotage im Bundesgebiet auf einer Grundlage fortzuführen, die nicht ungünstiger ist als die beim Inkrafttreten dieses Vertrags für sie vorhandene Grundlage. Diese Erlaubnis darf für die Dauer eines Jahres vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags an oder aber bis zum Wirksamwerden von Luftverkehrsabkommen oder einer sonstigen mit dem betreffenden Staat vereinbarten Befugnis, je nachdem welcher Zeitpunkt der frühere ist, nicht zurückgezogen werden. Diese Erlaubnis darf jedoch, wenn Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen oder eine sonstige Befugnis begonnen haben oder von einer der Parteien innerhalb dieser einjährigen Frist vorgeschlagen werden, nicht zurückgezogen werden, ehe eine Übereinkunft hierüber erzielt worden ist, es sei denn, daß eine solche Übereinkunft innerhalb eines Jahres vom Zeitpunkt des Verhandlungsvorschlages einer der Parteien an nicht zustande kommt.

(2) Bei der Kabotage können solche Privilegien trotzdem zurückgezogen werden, falls und sobald ein deutsches Luftverkehrsunternehmen eine Linie einrichtet, die das öffentliche Verkehrsbedürfnis auf einer oder mehreren Strecken deckt, die auf Grund

Article 4

1. The Federal Republic will permit the air carriers of any State to continue their operations, including cabotage, in the Federal territory on a basis not less favourable than that enjoyed by them on the entry into force of the present Convention. Such permission shall not be withdrawn for a period of one year from the entry into force of the present Convention or until the coming into effect of air transport agreements or other authorization agreed with such State, whichever is earlier, provided that, where negotiations for an air transport agreement or other authorization have been begun or proposed by either party within such period of one year, such permission shall not be withdrawn before agreement has been reached thereon or, in event of failure to reach agreement, until the expiry of one year from the date of the proposal by either party for negotiations.

2. With respect to cabotage, such privileges may nevertheless be withdrawn if and when a German airline provides service adequate to meet public needs over a route or routes now serviced through the cabotage privileges of a foreign air carrier.

Article 4

1. — La République Fédérale autorisera les transporteurs aériens de tout Etat à poursuivre leur exploitation, y compris le cabotage, sur le territoire fédéral sur une base qui ne sera pas moins favorable que celle dont ils bénéficieront à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention. Cette autorisation ne sera pas retirée jusqu'à la date d'expiration d'une période d'une année à partir de l'entrée en vigueur de la présente Convention, ou jusqu'à la date d'entrée en application d'accords sur le transport aérien ou d'autres autorisations convenues avec cet Etat, selon celle de ces deux dates qui sera la plus rapprochée, sous réserve que, lorsque des négociations en vue d'un accord sur le transport aérien ou d'une autre autorisation auront été commencées ou proposées par l'une des parties pendant cette période d'un an, l'autorisation ne sera pas retirée avant qu'un accord n'ait été conclu à ce sujet, ou, dans le cas où un accord ne pourra être conclu, avant l'expiration d'un délai d'une année à partir de la date à laquelle des négociations auront été proposées par l'une des parties.

2. — En ce qui concerne le cabotage, ces privilèges pourront néanmoins être retirés au cas et au moment où une entreprise aérienne allemande assurera un service suffisant pour faire face aux besoins publics sur un ou plusieurs itinéraires actuellement

gegenwärtiger Kabotageprivilegien einer ausländischen Luftverkehrsgesellschaft bedient werden. Jede Änderung, die keine Zurückziehung bei Inkrafttreten dieses Vertrags bestehender Kabotageprivilegien nach sich zieht, unterliegt den Bestimmungen des Absatzes (1) dieses Artikels und hat gemäß den einschlägigen Grundsätzen und Bestimmungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt zu erfolgen.

(3) Unter der Bezeichnung „deutsches Luftverkehrsunternehmen" ist ein Luftverkehrsunternehmen zu verstehen, das überwiegend im Eigentum deutscher Staatsangehöriger oder der deutschen öffentlichen Hand steht und von ihnen tatsächlich kontrolliert wird.

Any change not involving withdrawal of cabotage privileges enjoyed on the entry into force of the present Convention shall be subject to the provisions of paragraph 1 of this Article and shall be made in accordance with the relevant principles and provisions of the Convention on International Civil Aviation.

3. The term "German airline" means an airline substantially owned and effectively controlled by German nationals or governmental authorities.

desservis par un transporteur aérien étranger en vertu des privilèges de cabotage dont il bénéficie. Tout changement n'impliquant pas un retrait des privilèges de cabotage existant à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention tombera sous le coup des dispositions du paragraphe 1 du présent Article et sera effectué conformément aux dispositions et aux principes applicables de la Convention sur l'Aviation Civile Internationale.

3. — L'expression « entreprise aérienne allemande » désigne une entreprise aérienne dont une partie importante de la propriété et le contrôle effectif appartiennent à des ressortissants allemands ou à des autorités gouvernementalles allemandes.

Artikel 5

(1) Bei der Ausübung ihrer Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin werden die Drei Mächte weiterhin jeden Luftverkehr nach und von den Berliner Luftschneisen regeln, die von der alliierten Kontrollbehörde festgelegt wurden. Die Bundesrepublik verpflichtet sich, diesen Verkehr in jeder Weise auf einer Grundlage zu erleichtern und zu unterstützen, die nicht ungünstiger ist, als die beim Inkrafttreten dieses Vertrags bestehende Grundlage; sie verpflichtet sich, den uneingeschränkten und unbehinderten Durchflug der Luftfahrzeuge der Drei Mächte durch ihren Luftraum auf dem Wege nach und von Berlin zu erleichtern und zu unterstützen. Sie ist bereit, alle erforderlichen technischen Landungen dieser Luftfahrzeuge zu gestatten und ist damit einverstanden, daß diese Luftfahrzeuge Fluggäste, Ladung und Post zwischen Orten außerhalb der Bundesrepublik und Berlin sowie zwischen der Bundesrepublik und Berlin befördern.

(2) Durch die Bestimmungen dieses Artikels werden Kabotageprivilegien innerhalb des Bundesgebietes weder gewährt noch berührt.

Article 5

1. In the exercise of their responsibilities with respect to Berlin, the Three Powers will continue to regulate all air traffic to and from the Berlin air corridors established by the Allied Control Autority. The Federal Republic undertakes to facilitate and assist such traffic in every way on a basis no less favourable than that enjoyed on the entry into force of the present Convention; it undertakes to facilitate and assist unlimited and unimpeded passage through its air space for aircraft of the Three Powers en route to and from Berlin. The Federal Republic agrees to permit any necessary technical stops by such aircraft and further agrees that such aircraft may carry passengers, cargo and mail between places outside the Federal Republic and Berlin and between the Federal Republic and Berlin.

2. Nothing in this Article shall confer or affect any cabotage privileges within the Federal territory.

Article 5

1. — Dans l'exercice de leurs responsabilités en ce qui concerne Berlin, les Trois Puissances continueront à réglementer tout le trafic aérien à destination ou en provenance des couloirs aériens de Berlin établis par l'Autorité Alliée de Contrôle. La République Fédérale s'engage à faciliter ce trafic et à lui apporter toute l'aide nécessaire sur une base qui ne sera pas moins favorable que celle dont il bénéficiera à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention. Elle s'engage à faciliter et à aider le passage, sans limite ni obstacle, à travers son espace aérien, des aéronefs des Trois Puissances, en route vers Berlin ou en provenance de cette ville. La République Fédérale convient de permettre à ces aéronefs toutes les escales techniques nécessaires et convient, en outre, que ces aéronefs pourront transporter des passagers, du fret et du courrier entre les territoires extérieurs à la République Fédérale et Berlin et entre la République Fédérale et Berlin.

2. — Les dispositions du présent Article ne confèrent ou n'affectent aucun privilège de cabotage sur le territoire de la République Fédérale.

Artikel 6

In Ausübung ihrer Verantwortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes werden die Drei Mächte weiterhin die Kontrolle bezüglich der Luftfahrzeuge der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausüben, die den Luftraum der Bundesrepublik benützen.

Article 6

In the exercise of their responsibilities relating to Germany as a whole, the Three Powers will continue to exercise control with respect to aircraft of the Union of Soviet Socialist Republics utilizing the air space of the Federal Republic.

Article 6

Dans l'exercice de leurs responsabilités en ce qui concerne l'Allemagne dans son ensemble, les Trois Puissances continueront à exercer le contrôle des aéronefs de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques utilisant l'espace aérien de la République Fédérale.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter diesen Vertrag, einen der in Artikel 8 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten aufgeführten Verträge, unterschrieben.

IN FAITH WHEREOF the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective Governments have signed the present Convention, being one of the related Conventions listed in Article 8 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention qui constitue l'une des Conventions rattachées énumérées dans l'Article 8 de la Convention sur les relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne.

Geschehen zu BONN am sechsundzwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Adenauer

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
Dean Acheson

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland
gezeichnet:
Anthony Eden

Für die Französische Republik
gezeichnet:
Robert Schuman

Done at BONN this twenty-sixth day of May, 1952, in three texts, in the English, French and German languages, all being equally authentic.

For the United States of America
signed:
Dean Acheson

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
signed:
Anthony Eden

For the French Republic
signed:
Robert Schuman

For the Federal Republic of Germany
signed:
Adenauer

Fait à BONN, le vingt-sixième jour du mois de mai 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Pour la République Française
signé:
Robert Schuman

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
signé:
Anthony Eden

Pour les Etats-Unis d'Amérique
signé:
Dean Acheson

Pour la République Fédérale d'Allemagne
signé:
Adenauer

ANHANG

zum Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen

Satzung der Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland

ABSCHNITT I

Dauer, Sitz, Zusammensetzung und Organisation

Artikel 1

(1) Die Kommission wird für die Dauer von zehn Jahren vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung an errichtet.

(2) Dieser Zeitabschnitt kann durch Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik (nachstehend als „die Drei Mächte" und zusammen mit der Bundesrepublik als „die Unterzeichnerstaaten" bezeichnet) verkürzt oder verlängert werden.

(3) Nach Ablauf dieses Zeitabschnittes führt die Kommission ihre Amtsgeschäfte weiter, bis alle bei ihr zu diesem Zeitpunkt anhängigen Fälle erledigt sind.

ANNEX

to the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation

Charter of the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany

PART I

Duration, Seat, Composition and Organization

Article 1

1. The Commission is established for a period of ten years to run from the entry into force of the present Charter.

2. This period may be curtailed or extended by agreement between the Governments of the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic (hereinafter referred to as "the Three Powers") and of the Federal Republic of Germany (all collectively hereinafter referred to as "the Signatory States").

3. After the date of expiration of this period, the Commission will continue to function to complete the determination of any cases pending before it at that date.

ANNEXE

à la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation

Charte de la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne

TITRE I

Durée, Siège, Composition et Organisation

Article 1

1. — La Commission est instituée pour une durée de dix années, qui commenceront à courir à compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Charte.

2. — Cette période pourra être abrégée ou étendue par accord entre les Gouvernements de la République Française, des Etats-Unis d'Amérique et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (ci-après dénommés « les Trois Puissances ») et de la République Fédérale d'Allemagne (ci-après conjointement dénommés « les Etats Signataires »).

3. — Après la date d'expiration de cette période, la Commission continuera à fonctionner pour achever le règlement des affaires en instance devant elle à cette date.

Artikel 2

Die Kommission hat ihren Sitz an demselben Ort wie das in Artikel 9 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten erwähnte Schiedsgericht. Die Kommission kann jedoch, wenn sie dies für angebracht hält, auch an anderen Orten Sitzungen abhalten und Amtsgeschäfte wahrnehmen.

Article 2

The seat of the Commission shall be at the seat of the Arbitration Tribunal referred to in Article 9 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany The Commission may, however, sit and exercise its functions elsewhere when it deems it desirable to do so.

Article 2

Le siège de la Commission sera situé au siège du Tribunal d'Arbitrage visé à l'Article 9 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne. La Commission peut, toutefois, siéger et exercer ses fonctions ailleurs lorsqu'elle le juge désirable.

Artikel 3

(1) Die Kommission besteht aus neun ständigen Mitgliedern, die in ihrem Lande die Fähigkeit zum Richteramte oder gleichwertige Fähigkeiten besitzen müssen.

(2) Die neun ständigen Mitglieder der Kommission werden folgendermaßen bestellt:

(a) Drei Mitglieder werden von der Bundesregierung ernannt;

(b) drei Mitglieder werden von den Regierungen der Drei Mächte ernannt, und zwar von jeder der Drei Mächte ein Mitglied; und

(c) drei Mitglieder (im folgenden als „neutrale Mitglieder" bezeichnet), die nicht Staatsangehörige eines Staates sein dürfen, der am Kriege teilgenommen hat, werden durch Übereinkunft zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte ernannt

(3) Die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte werden einander spätestens dreißig Tage nach Inkrafttreten dieser Satzung die Namen der Mitglieder mitteilen, die sie erstmalig zu ernennen haben. Innerhalb derselben Frist werden sich die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte über die Namen der drei neutralen Mitglieder einigen. Sind bei Ablauf dieser Frist ein oder mehrere neutrale Mitglieder noch nicht ernannt, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes um ihre Ernennung ersuchen.

(4) Die Ernennung der Mitglieder für frei werdende Sitze erfolgt nach demselben Verfahren, das für die Ernennung der zu ersetzenden ständigen Mitglieder maßgeblich ist. Bleibt jedoch ein Sitz, dessen Inhaber von der Bundesregierung oder von einer der Regierungen der Drei Mächte zu ernennen ist, länger als einen Monat unbesetzt, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, für diesen Sitz vorläufig eine Persönlichkeit zu benennen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Staates, der am Kriege teilgenommen hat, besitzt, und die für eine Zeit von sechs Monaten oder bis zur Ernennung eines endgültigen Mitgliedes im gewöhnlichen Verfahren im Amte bleibt, falls diese Ernennung nicht

Article 3

1. The Commission shall be composed of nine permanent members who shall have the qualifications required in their respective countries for appointment to judicial office or equivalent qualifications

2. The nine permanent members of the Commission shall be appointed as follows:

(a) three members appointed by the Governments of the Three Powers, one by each Government;

(b) three members appointed by the Federal Government; and

(c) three members (hereinafter referred to as "the neutral members") appointed by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government, none of whom shall be a national of any State which participated in the War

3. The Governments of the Three Powers and the Federal Government shall make known their first appointments not later than thirty days after the entry into force of the present Charter Within the same period, the Governments of the Three Powers and the Federal Government shall agree upon the three neutral members If, after the expiry of such period, one or more of the neutral members shall not have been appointed, either the Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to appoint such neutral member or members.

4. Appointments to fill vacancies shall be made in the same manner as the appointment of the permanent member to be replaced However, if a vacancy to be filled by the Government of one of the Three Powers or the Federal Government is not so filled within one month of its occurring, either the Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to make an interim appointment to the vacancy of a person who shall not be a national of any State which participated in the War and who shall serve for a period of six months or until the vacancy is filled in the normal manner, whichever is longer If the member to be replaced is a neutral member, the Governments of the

Article 3

1. — La Commission se compose de neuf membres permanents, qui doivent réunir les conditions requises pour être nommés dans leurs pays respectifs à des fonctions judiciaires ou posséder des aptitudes équivalentes.

2. — Les neuf membres permanents de la Commission sont ainsi désignés:

(a) trois membres sont nommés par les Gouvernements des Trois Puissances, à raison d'un membre par chacun d'entre eux;

(b) trois membres sont nommés par le Gouvernement Fédéral;

(c) trois membres (ci-après dénommés « les membres neutres »), qui ne seront pas ressortissants d'un État ayant participé à la guerre, sont nommés par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral.

3. — Les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral notifieront, au plus tard trente jours après la date d'entrée en vigueur de la présente Charte, les noms des premiers membres qu'il leur appartient de nommer. Dans ce même délai, les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral se mettront d'accord sur les noms des trois membres neutres. Si, à l'expiration de ce délai, un ou plusieurs membres neutres n'ont pas été nommés, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral pourront demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à leur nomination.

4. — La nomination aux sièges devenus vacants se fait selon la même méthode que celle qui a été suivie pour la nomination des membres permanents à remplacer Toutefois, si un siège, dont le titulaire doit être nommé par l'un des Gouvernements des Trois Puissances ou par le Gouvernement Fédéral, reste vacant pendant plus d'un mois, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral peuvent demander au Président de la Cour Internationale de Justice de nommer à titre intérimaire une personne qui ne soit pas ressortissant d'un État ayant participé à la guerre, et qui restera en fonction pendant un délai de six mois ou jusqu'à la nomination d'un titulaire par le procédé normal, au cas où cette nomination n'interviendrait

innerhalb der genannten Frist erfolgt. Ist das zu ersetzende Mitglied ein neutrales Mitglied, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes um seine Ernennung ersuchen, wenn die in Unterabsatz (c) des Absatzes (2) dieses Artikels vorgesehene Übereinkunft nicht innerhalb eines Monats nach dem Zeitpunkt, in dem der Sitz frei wurde, erzielt werden kann.

(5) Die Kommission kann durch Mehrheitsbeschluß einen Sitz für frei geworden erklären, wenn nach ihrer Auffassung ein Mitglied ohne hinreichenden Grund in einer Angelegenheit, an der es mitzuwirken hatte, den Sitzungen ferngeblieben ist oder sich geweigert hat, an ihnen teilzunehmen.

(6) Die Regierung jedes Staates, der dieser Satzung gemäß Artikel 17 beigetreten ist, kann durch eine an die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte gerichtete förmliche Mitteilung ein beigeordnetes Mitglied ernennen. Jedes beigeordnete Mitglied muß die in Absatz (1) genannten Voraussetzungen erfüllen und ist den Bestimmungen des Absatzes (5) dieses Artikels unterworfen. Die ernennende Regierung kann eine frei gewordene Stelle durch eine an die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte gerichtete förmliche Mitteilung besetzen.

(7) Der Kommission dient als Geschäftsstelle das Sekretariat des Schiedsgerichtes.

Artikel 4

(1) Die ständigen Mitglieder werden für die Amtsdauer der Kommission einschließlich der in Absatz (3) des Artikels 1 vorgesehenen zusätzlichen Frist ernannt. Beigeordnete Mitglieder können für kürzere Zeit oder für einzelne Fälle ernannt werden.

(2) Die Mitglieder der Kommission dürfen keine Tätigkeit ausüben, die mit der normalen Wahrnehmung ihres Amtes unvereinbar ist; sie dürfen an der Erledigung einer bestimmten Angelegenheit nicht mitwirken, mit der sie in anderer Eigenschaft bereits befaßt waren oder an der sie unmittelbar interessiert sind. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Absatzes entscheidet die Kommission.

(3) (a) Die Mitglieder der Kommission genießen während ihrer Amtsdauer und nach deren Ablauf Immunität gegen gerichtliche Verfolgung wegen in Ausübung ihres Amtes vorgenommener Handlungen.

(b) Die Mitglieder der Kommission, die nichtdeutscher Staatsangehörigkeit sind, genießen im Bundesgebiet außerdem die Vorrechte und Immunitäten, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen zustehen. Werden im Gebiete einer der Drei Mächte

Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to make such appointment, if the agreement envisaged by sub-paragraph (c) of paragraph 2 of this Article has not been reached within one month of the vacancy occurring.

5. The Commission may, by majority vote, declare a vacancy if, in its opinion, a member has, without reasonable excuse, failed or refused to participate in the hearing or decision of a case to which he has been assigned.

6. The Government of any State which has acceded to the present Charter pursuant to Article 17 hereof may appoint a member adjoint by notification addressed to the Governments of the Three Powers and the Federal Government. Any such member adjoint shall meet the requirements specified in paragraph 1 and shall be subject to the provisions of paragraph 5 of this Article. The appointing Government may fill a vacancy by notification addressed to the Governments of the Three Powers and the Federal Government.

7. The Secretariat of the Arbitration Tribunal shall serve the Commission as its administrative office.

Article 4

1. The permanent members shall be appointed for the duration of the Commission including the additional period provided for in paragraph 3 of Article 1 of the present Charter. Members adjoint may be appointed for shorter periods or for particular cases.

2. Members of the Commission shall not engage in any activity incompatible with the proper exercise of their duties, nor shall they participate in the adjudication of any case with which they have previously been concerned in another capacity or in which they have a direct interest. Differences of opinion regarding the applicability of this paragraph shall be resolved by the Commission.

3. (a) During and after their terms of office, the members of the Commission shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their official duties.

(b) The members of the Commission who are not of German nationality shall, moreover, enjoy in the Federal territory the same privileges and immunities as are accorded members of diplomatic missions. If sittings or official acts take place in the territory of one

qu'après l'expiration de ce délai. Lorsque le membre à remplacer est un membre neutre, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral peuvent demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à la nomination, si l'accord prévu par l'alinéa (c) du paragraphe 2 du présent Article n'a pas été réalisé dans le délai d'un mois après le début de la vacance.

5. — La Commission peut, par vote majoritaire, déclarer une vacance, lorsque, à son avis, l'un des membres s'est abstenu ou a refusé, sans excuse valable, de siéger dans une affaire pour laquelle il a été désigné.

6. — Le Gouvernement de tout État qui a accédé à la présente Charte, conformément à son Article 17, peut nommer un membre adjoint par notification adressée aux Gouvernements des Trois Puissances et au Gouvernement Fédéral. Tout membre adjoint devra remplir les conditions énoncées au paragraphe 1 et sera soumis aux dispositions du paragraphe 5 du présent Article. Le Gouvernement qui nomme un membre adjoint peut pourvoir un siège devenu vacant par notification adressée aux Gouvernements des Trois Puissances et au Gouvernement Fédéral

7. — En ce qui concerne les services administratifs, la Commission utilisera les services du Secrétariat du Tribunal d'Arbitrage.

Article 4

1. — Les membres permanents de la Commission sont nommés pour la durée de la Commission, y compris la période supplémentaire prévue au paragraphe 3 de l'Article 1 de la présente Charte. Les membres adjoints peuvent être nommés pour une période plus courte ou pour un cas particulier.

2. — Les membres de la Commission ne peuvent se livrer à aucune activité incompatible avec l'exercice normal de leurs fonctions, ni participer au règlement d'aucune affaire dont ils ont eu antérieurement à s'occuper à un autre titre ou s'ils ont un intérêt direct dans cette affaire. En cas de contestation sur l'application du présent paragraphe, la Commission statue.

3. — (a) Pendant la durée et après l'expiration de leur mandat, les membres de la Commission jouiront de l'immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions.

(b) Les membres de la Commission qui ne sont pas de nationalité allemande jouissent, en outre, sur le territoire fédéral, des mêmes privilèges et immunités que ceux qui sont prévus pour les membres des missions diplomatiques. Si des séances ont lieu sur le territoire

Sitzungen abgehalten oder Amtshandlungen vorgenommen, so genießen die Mitglieder der Kommission, die nicht dem Staate angehören, in dem die Sitzung stattfindet oder die Amtshandlung vorgenommen wird, in diesem Lande die diplomatischen Immunitäten und Vorrechte.

(4) Die Mitglieder der Kommission haben sich vor Aufnahme ihrer Tätigkeit in öffentlicher Sitzung zu verpflichten, ihr Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben.

(5) Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes (5) des Artikels 3 dieser Satzung kann ein Mitglied vor Ablauf seiner Amtszeit nur durch Übereinkunft zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte abberufen werden und,

(a) falls es sich um ein von der Regierung eines beigetretenen Staates ernanntes Mitglied handelt, im Einvernehmen mit der betreffenden Regierung;

(b) falls es sich um ein von dem Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernanntes Mitglied handelt, mit Zustimmung des Präsidenten dieses Gerichtshofes.

(6) Die Mitglieder können jederzeit von ihrem Amt zurücktreten, indem sie die ernennende Regierung oder die ernennenden Regierungen und den Präsidenten der Kommission hiervon schriftlich in Kenntnis setzen. Sie haben jedoch ihr Amt weiterzuführen, bis ihre Nachfolger ihr Amt angetreten haben, es sei denn, daß die ernennende Regierung oder die ernennenden Regierungen und der Präsident eine andere Vereinbarung treffen.

Artikel 5

(1) Die Kommission wählt aus dem Kreise der drei neutralen Mitglieder für zwei Jahre ihren Präsidenten. Der Präsident kann wiedergewählt werden Wenn er der Kommission nicht mehr als Mitglied angehört, wählt die Kommission einen neuen Präsidenten, nachdem ein Nachfolger für ihn in seiner Eigenschaft als Mitglied der Kommission bestellt ist. Die übrigen neutralen Mitglieder haben die Stellung von Vizepräsidenten.

(2) Die Kommission tagt unter dem Vorsitz des Präsidenten oder eines Vizepräsidenten entweder in Plenarsitzung oder in Kammern von drei Mitgliedern.

(3) Die Plenarsitzung umfaßt grundsätzlich alle ständigen Mitglieder der Kommission. Ein Quorum von fünf Mitgliedern genügt zur Bildung des Plenums; es kann nur bei Anwesenheit einer ungeraden Zahl von Mitgliedern beraten und entscheiden; auf jeden Fall muß die Zahl der von der Bundesregierung ernannten Mitglieder und die Zahl der von den Regierungen der Drei Mächte ernannten Mitglieder gleich sein; ferner muß ihm stets mindestens ein neutrales Mitglied angehören. Beigeordnete Mitglieder dürfen an der Plenarsitzung nicht teilnehmen.

of the Three Powers, the members of the Commission who are not of the nationality of the country in which the sitting or act takes place shall enjoy diplomatic privileges and immunities in such country.

4. Every member of the Commission shall, before taking office, make a declaration at a public session that he will exercise his duties impartially and conscientiously.

5. Subject to the provisions of paragraph 5 of Article 3 of the present Charter, no member may be dismissed before the expiry of his term of office, except by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government and,

(a) in the case of a member appointed by the Government of an acceding State, with the agreement of such Government;

(b) in the case of a member appointed by the President of the International Court of Justice, with the consent of its President.

6. Any member may at any time resign his office by giving due notice thereof under his hand to the appointing Government or Governments and to the President of the Commission. But he shall continue in office until his successor has taken his seat, unless the appointing Government or Governments and the President agree otherwise.

Article 5

1. The Commission shall elect its President from the three neutral members to serve for two years. The President shall be eligible for re-election. If the President shall cease to be a member of the Commission, the Commission shall elect a new President after his successor as a member of the Commission has been appointed. The remaining neutral members shall serve as Vice-Presidents.

2. The Commission, presided over by the President or one of the Vice-Presidents, shall sit either in plenary session or in Chambers of three members.

3. A plenary session shall, in principle, include all the permanent members of the Commission. A quorum of five members shall suffice to constitute a plenary session; it shall be composed of an uneven number of members, and in any case shall consist of an equal number of the members appointed by the Governments of the Three Powers and of those appointed by the Federal Government, and at least one neutral member. Members adjoint shall not take any part in a plenary session.

de l'une des Trois Puissances ou si des actes officiels y sont accomplis, les membres de la Commission qui ne sont pas ressortissants du pays dans lequel la séance a lieu ou dans lequel l'acte est accompli, jouissent dans ce pays des privilèges et immunités diplomatiques.

4. — Tout membre de la Commission doit, avant d'entrer en fonction, prendre, en séance publique, l'engagement d'exercer ses attributions en pleine impartialité et en toute conscience.

5. — Sous réserve des dispositions du paragraphe 5 de l'Article 3 de la présente Charte, aucun membre ne peut être révoqué avant l'expiration de son mandat, si ce n'est par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral, ou

(a) s'il s'agit d'un membre nommé par le Gouvernement d'un État ayant accédé à la Charte, en accord avec ce Gouvernement;

(b) s'il s'agit d'un membre qui a été nommé par le Président de la Cour Internationale de Justice, avec le consentement de ce dernier.

6. — Tout membre peut, en tout temps, résigner ses fonctions en donnant un préavis, dûment signé, au Gouvernement ou aux Gouvernements qui l'ont nommé ainsi qu'au Président de la Commission, mais, à moins d'accord contraire entre le ou les Gouvernements qui ont procédé à la nomination et le Président, il devra continuer à exercer ses fonctions jusqu'à ce qu'il soit effectivement remplacé.

Article 5

1. — La Commission élit son Président pour deux ans, parmi les trois membres neutres. Le Président peut être reélu. Si le Président cesse d'appartenir à la Commission, la Commission élit un nouveau Président après désignation de celui qui lui succède dans sa qualité de membre. Les autres membres neutres sont Vice-Présidents.

2. — La Commission siège sous la présidence du Président ou de l'un des Vice-Présidents, soit en assemblée plénière, soit en Chambre de trois membres.

3. — L'assemblée plénière comprend, en principe, tous les membres permanents de la Commission. Le quorum nécessaire à la validité de ses délibérations est de cinq membres; elle ne peut délibérer qu'en nombre impair; elle doit en tout cas comprendre un nombre égal de membres nommés par les Gouvernements des Trois Puissances et de membres nommés par le Gouvernement Fédéral, et au moins un membre neutre. Les membres adjoints ne doivent pas participer aux délibérations de l'assemblée plénière.

(4) (a) Die Kammern bestehen aus je einem von der Bundesregierung ernannten, einem von den Regierungen der Drei Mächte ernannten und einem neutralen Mitglied. Die Kommission entscheidet in Plenarsitzung über die Verteilung der Mitglieder auf die Kammern, bestimmt die Arten von Angelegenheiten, die von den einzelnen Kammern zu entscheiden sind, oder weist eine bestimmte Angelegenheit einer Kammer zu. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (5) des Artikels 13 dieser Satzung gilt die von einer Kammer in einer ihr zugewiesenen Angelegenheit gefällte Entscheidung als endgültige Entscheidung der Kommission.

(b) In den vor Kammern verhandelten Fällen, in denen eine der Drei Mächte, einer ihrer Staatsangehörigen oder ihrer Einwohner Prozeßpartei ist, gehört das von dieser Macht bestellte Mitglied der Kammer an, es sei denn, daß die Partei mit einer anderen Regelung einverstanden ist.

(c) In den vor Kammern verhandelten Fällen, die nicht zu den in Unterabsatz (b) dieses Absatzes angeführten Fällen gehören, gilt folgendes:

(i) Ist ein beigetretener Staat oder einer seiner Staatsangehörigen oder Einwohner Prozeßpartei, so wird auf Antrag, der von dem beigetretenen Staat an den Präsidenten zu richten ist, das von den Drei Mächten ernannte Mitglied durch ein von dem beigetretenen Staate ernanntes beigeordnetes Mitglied ersetzt.

(ii) Sind mehrere beigetretene Staaten oder Staatsangehörige oder Einwohner mehrerer beigetretener Staaten Prozeßparteien, so können sich diese Staaten, Staatsangehörigen oder Einwohner damit einverstanden erklären, daß das von den Drei Mächten ernannte Mitglied durch eines der beigeordneten Mitglieder ersetzt wird, das von einem Staate ernannt ist, der oder dessen Staatsangehörige oder Einwohner Prozeßparteien sind; diese Ersetzung erfolgt auf Antrag aller beteiligten Staaten, Staatsangehörigen oder Einwohner. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, so behält das von den Drei Mächten ernannte Mitglied seinen Sitz in der Kammer.

(5) Die Verhandlungen der Kommission sind öffentlich, sofern die Kommission nicht anders beschließt. Die Beratungen der Kommission sind und bleiben geheim; das gleiche gilt für Tatsachen, von denen die Kommission in nicht öffentlicher Sitzung Kenntnis erhalten hat.

4. (a) Chambers shall be composed of one of the members appointed by the Governments of the Three Powers, one of the members appointed by the Federal Government and one neutral member. The Commission in plenary session shall nominate the members of such Chambers, define the categories of cases with which a Chamber will be concerned or assign a particular case to a Chamber. Subject to the provisions of paragraph 5 of Article 13 of the present Charter, any decision of a Chamber, on a case assigned to it, shall be deemed to be a final decision of the Commission.

(b) In cases heard by Chambers where any of the parties is one of the Three Powers or its national or resident, the member appointed by the Government of such Power shall sit unless such party otherwise agrees.

(c) In cases heard by Chambers, other than those referred to in sub-paragraph (b) of this paragraph,

(i) where any of the parties is one of the acceding States or its national or resident, the member appointed by the Government of one of the Three Powers shall be replaced by the member adjoint appointed by the Government of such acceding State upon the latter's application to the President;

(ii) where more than one of the parties are acceding States or nationals or residents of acceding States, such States, nationals or residents may agree to the replacement of the member appointed by the Government of one of the Three Powers by one of the members adjoint appointed by the Governments of the States which, or whose nationals or residents, are parties, and such replacement shall be made upon application of all the States, nationals or residents concerned. In default of such agreement, the member appointed by the Government of one of the Three Powers shall sit in the Chamber.

5. The Commission shall sit in public unless it decides otherwise. The deliberations of the Commission shall be and shall remain secret as shall all facts brought to its attention in closed session.

4. — (a) Les Chambres sont composées d'un des membres nommés par les Gouvernements des Trois Puissances, d'un des membres nommés par le Gouvernement Fédéral et d'un membre neutre. La Commission, en assemblée plénière, répartit les membres entre les Chambres, détermine les catégories d'affaires dont les Chambres connaissent, ou attribue à une Chambre une affaire déterminée. Sous réserve des dispositions du paragraphe 5 de l'Article 13 de la présente Charte, toute décision rendue par une Chambre, sur une affaire qui lui a été dévolue, sera considérée comme une décision définitive rendue par la Commission.

(b) Lorsqu'une affaire est examinée par une Chambre et que l'une des Trois Puissances ou l'un de ses ressortissants ou résidants est partie à la procédure, le membre nommé par le Gouvernement de cette Puissance siègera dans la Chambre, sauf accord contraire de cette partie.

(c) Lorsqu'une affaire, autre que celles visées à l'alinéa (b) du présent paragraphe, est examinée par une Chambre:

(i) lorsque l'un des États ayant adhéré à la Charte, ou l'un de ses ressortissants ou résidants est partie à la procédure, le membre nommé par le Gouvernement de l'une des Trois Puissances sera remplacé par le membre adjoint nommé par cet État sur la demande de ce dernier adressée au Président;

(ii) lorsque plusieurs États ayant adhéré à la Charte, ou des ressortissants ou résidants de ces États sont parties à la procédure, ces États, ressortissants ou résidants peuvent se mettre d'accord sur le remplacement du membre nommé par le Gouvernement de l'une des Trois Puissances par l'un des membres adjoints nommés par les États intéressés, ce remplacement étant effectué à la demande de ces États. A défaut d'un tel accord, le membre nommé par le Gouvernement de l'une des Trois Puissances siègera dans la Chambre.

5. — Les audiences sont publiques, à moins que la Commission n'en décide autrement. Les délibérations de la Commission sont et demeurent secrètes. Il en est de même pour les faits dont elle a eu connaissance à huis clos.

ABSCHNITT II

Zuständigkeit, Befugnisse und anwendbares Recht

Artikel 6

(1) Die Kommission ist zuständig für die Entscheidung aller Streitigkeiten, die in Artikel 7 des Fünften Teiles und in Artikel 12 des Zehnten Teiles des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (nachstehend als „der Vertrag" bezeichnet) genannt sind. Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes (2) des Artikels 9 und des Artikels 10 der Satzung des Schiedsgerichtes entscheidet die Kommission über den Umfang ihrer Zuständigkeit. Der Präsident der Kommission kann das Schiedsgericht um ein Rechtsgutachten gemäß Artikel 25 der Satzung des Schiedsgerichtes über den Umfang der Zuständigkeit der Kommission ersuchen.

(2) Die Kommission hat für Streitigkeiten im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeit, die ihr in erster Instanz oder als Berufungsinstanz unterbreitet werden, ausschließliche Gerichtsbarkeit; kein Gericht der Unterzeichnerstaaten oder eines anderen Staates und kein anderes nationales oder internationales Organ ist in diesen Angelegenheiten zuständig.

(3) Die Kommission ist auch für andere Angelegenheiten zuständig, die ihr jeweils durch Vereinbarung der Unterzeichnerstaaten zugewiesen werden. Ist ein beigetretener Staat an der Angelegenheit unmittelbar interessiert, so ist auch die Zustimmung seiner Regierung erforderlich.

(4) Streitigkeiten innerhalb der Zuständigkeit der Kommission können anhängig gemacht werden von den Unterzeichnerstaaten, den Staaten, die dieser Satzung beigetreten sind, den Staatsangehörigen oder Einwohnern dieser Staaten oder der von diesen Staaten verwalteten oder kontrollierten Gebietseinheiten oder von Staaten oder Gebietseinheiten, deren auswärtige Beziehungen von einem Unterzeichnerstaat oder beigetretenen Staat wahrgenommen werden. Das gleiche gilt für juristische Personen, die nach dem Recht dieser Staaten oder Gebietseinheiten errichtet sind.

(5) Die Kommission entscheidet über Rechts- und Tatfragen.

Artikel 7

(1) Die Kommission, oder in dringenden Fällen der Präsident, kann durch Verfügung die einstweiligen Maßnahmen anordnen, die zur Sicherung der Rechte der Parteien bis zum Erlaß des Urteils der Kommission erforderlich sind. Die von dem Präsidenten auf Grund dieses Artikels erlassene Verfügung kann von der Kommission innerhalb von zweiundsiebzig Stunden nach ihrer Zustellung an die Parteien bestätigt, geändert oder aufgehoben werden.

PART II

Competence, Powers and Applicable Law

Article 6

1. The Commission shall have jurisdiction in all disputes envisaged under Article 7 of Chapter Five and Article 12 of Chapter Ten of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation (hereinafter referred to as "the Convention"). Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 9 and of Article 10 of the Charter of the Arbitration Tribunal, the Commission may decide questions as to the extent of its jurisdiction. The President of the Commission may ask the Arbitration Tribunal for an advisory opinion, under Article 25 of its Charter, as to the extent of the jurisdiction of the Commission.

2. The jurisdiction, in the first instance or on appeal, as the case may be, of the Commission in disputes within its competence which are submitted to it shall be exclusive and no court or tribunal of the Signatory States or of any other State, nor any other national or international body, shall have jurisdiction in such disputes.

3. The Commission shall also have jurisdiction in any other matter which may be referred to it from time to time by agreement between the Signatory States. If any acceding State is directly concerned in the matter, the consent of its Government shall also be necessary.

4. Disputes within the jurisdiction of the Commission may be submitted by any of the Signatory States or any State which has acceded to the present Charter, by a national or resident of any such State or of any territorial entity which is administered or controlled by any such State or for whose international relations such State is responsible, or by a juristic person established under the laws of any such State or territorial entity.

5. The Commission shall be competent to decide questions of law and fact.

Article 7

1. The Commission or, in a case of urgency, the President shall have the power to issue such orders as may be necessary to conserve the respective rights of the parties pending the judgment of the Commission. Any orders issued by the President under this Article may be confirmed, amended or annulled by the Commission within seventy-two hours after the notification thereof to the parties.

TITRE II

Compétence, pouvoirs et droit applicable

Article 6

1. — La Commission est compétente pour statuer sur les litiges visés à l'Article 7 du Chapitre Cinquième et à l'Article 12 du Chapitre Dixième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation (ci-après dénommée «la Convention») Sans préjudice des dispositions du paragraphe 2 de l'Article 9 de la Charte du Tribunal d'Arbitrage et de l'Article 10 de cette même Charte, la Commission peut statuer sur les questions relatives à l'étendue de sa compétence. Le Président de la Commission peut demander au Tribunal d'Arbitrage de donner, conformément à l'Article 25 de la Charte de ce Tribunal, un avis consultatif sur l'étendue de la compétence de la Commission.

2. — La compétence de la Commission en première instance ou en appel, selon le cas, en ce qui concerne les litiges relevant de sa juridiction, sera exclusive et aucun tribunal des États Signataires ou de tout autre État, ni aucun autre organisme national ou international n'aura compétence en ce qui concerne ces litiges.

3. — La Commission sera également compétente pour connaître de toute autre question qui pourra lui être soumise en tout temps par accord entre les États Signataires. Si cette question intéresse directement un État ayant adhéré à la Charte, le consentement du Gouvernement de cet État sera également nécessaire.

4. — Les litiges relevant de la compétence de la Commission peuvent lui être soumis par tout État Signataire ou tout État ayant accédé à la présente Charte, ou par les ressortissants ou résidants de cet État ou de toute entité territoriale administrée ou contrôlée par cet État ou pour les relations internationales de laquelle cet État est responsable ou par toute personne morale constituée en vertu des lois de cet État ou de cette entité territoriale.

5. — La Commission pourra connaître de questions de droit et de fait.

Article 7

1. — La Commission, ou, en cas d'urgence, le Président, a le pouvoir d'ordonner toutes les mesures conservatoires du droit de chaque partie qui peuvent être nécessaires en attendant sa décision définitive. Tout ordre émis par le Président en vertu du présent Article peut être confirmé, modifié ou annulé par la Commission dans un délai de soixante douze heures après sa notification aux parties.

(2) Ist eine von einer solchen Verfügung der Kommission oder ihres Präsidenten betroffene Partei vor deren Erlaß nicht gehört worden, so kann sie bei der Kommission die Abänderung oder Aufhebung der Verfügung beantragen; die Fristen und die Bedingungen für diesen Antrag werden in der in Artikel 14 vorgesehenen Verfahrensordnung geregelt.

Artikel 8

Die Kommission legt ihren Entscheidungen die Bestimmungen des Vertrags und der in ihm für anwendbar erklärten Rechtsvorschriften zugrunde. Bei der Auslegung dieser Bestimmungen und, soweit eine Ergänzung dieser Bestimmungen oder eine Ausfüllung von Lücken erforderlich ist, wendet sie die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts sowie der Gerechtigkeit und Billigkeit an.

ABSCHNITT III

Verfahren

Artikel 9

(1) Die Amtssprachen der Kommission sind deutsch, englisch und französisch. Der Präsident kann mit Zustimmung der Parteien anordnen, daß bei der Verhandlung über eine bestimmte Angelegenheit nur eine oder zwei dieser Sprachen gebraucht werden.

(2) Die Entscheidungen der Kommission sind in allen drei Sprachen auszufertigen.

Artikel 10

Das Verfahren vor der Kommission wird eingeleitet durch Einreichung einer Klageschrift, die eine Darlegung der Tatsachen, die dem Streite zugrunde liegen und Rechtsausführungen des Klägers enthält. Sofern die Kommission nicht anders entscheidet, ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der Klageschrift eine Klagebeantwortung einzureichen. Weitere Schriftsätze sind gegebenenfalls gemäß den Verfügungen der Kommission einzureichen.

Artikel 11

(1) Staaten werden als Parteien vor der Kommission durch Prozeßbevollmächtigte vertreten. Sie können Rechtsberater hinzuziehen.

(2) Natürliche Personen können vor der Kommission persönlich erscheinen oder durch einen Rechtsberater vertreten werden, juristische Personen entweder durch ihre gesetzlichen Vertreter oder durch Rechtsberater.

(3) Ist ein Staatsangehöriger oder Einwohner eines Staates Prozeßpartei, so kann ein Bevollmächtigter der Regierung dieses Staates mündlich und schriftlich Rechtsausführungen machen und Anträge stellen.

2. Any party affected by such an order of the Commission or of the President who shall not have been heard prior to the making thereof may apply to the Commission for the amendment or annulment of the order at such time and in such manner as may be prescribed in the rules of procedure envisaged in Article 14 of the present Charter.

Article 8

In arriving at its decisions, the Commission shall apply the provisions of the Convention and of legislation made applicable thereby. Where necessary to supplement or interpret such provisions, or in the absence of any relevant provisions, it shall apply the general principles of international law and of justice and equity.

PART III

Procedure

Article 9

1. The official languages of the Commission shall be French, English and German. However, the President may, with the consent of the parties, direct that only one or two of these languages shall be used in the proceedings in any cause.

2. Decisions of the Commission shall be delivered in all three languages.

Article 10

Proceedings before the Commission shall be instituted by a written complaint which shall contain a statement of the facts giving rise to the dispute and the arguments put forward by the complainant. Unless the Commission decides otherwise, an answer to the complaint shall be filed within one month of the service of the complaint. Further pleadings, if any, shall be filed as the Commission may direct.

Article 11

1. States as parties to the proceedings before the Commission shall be represented by agents. They may be assisted by counsel.

2. Natural persons may appear before the Commission either in person or by counsel, and juristic persons either by authorized representatives or by counsel.

3. Any government agent shall be authorized to present orally and in writing arguments and submissions in cases to which a national or resident of his State is a party.

2. — Toute partie dont les droits sont affectés par un tel ordre de la Commission ou du Président et qui n'aura pas été entendue avant que cet ordre soit émis, peut présenter une requête à la Commission en vue de la modification ou de l'annulation de cet ordre, au moment et dans les conditions qui pourront être prévus par les règles de procédure envisagées à l'Article 14 de la présente Charte.

Article 8

Pour rendre ses décisions, la Commission appliquera les dispositions de la Convention et de la législation rendue applicable par la Convention. Lorsqu'il sera nécessaire de compléter ou d'interpréter ces dispositions, ou en l'absence de dispositions applicables, la Commission appliquera les principes généraux du droit international, de la justice et de l'équité.

TITRE III

Procédure

Article 9

1. — Les langues officielles de la Commission sont le francais, l'anglais et l'allemand. Toutefois, le Président peut, avec le consentement des parties, décider que seule l'une d'elles ou deux d'entre elles seront employées dans la procédure d'une affaire.

2. — Les décisions de la Commission seront rendues dans les trois langues.

Article 10

Les litiges sont portés devant la Commission par une requête écrite contenant un exposé des faits qui donnent lieu au litige ainsi que les arguments invoqués par le demandeur. A moins que la Commission n'en décide autrement, le défendeur doit produire son mémoire en réponse dans le mois suivant la notification de la requête. La Commission peut, le cas échéant, inviter les parties à produire des mémoires complémentaires.

Article 11

1. — Lorsqu'un État est partie à un différend soumis à la Commission, il est représenté devant elle par un agent. Il peut se faire assister par un conseil.

2. — Les personnes physiques peuvent présenter leur cause devant la Commission soit en comparaissant en personne, soit en se faisant représenter par un conseil. Les personnes morales peuvent faire présenter leur cause par des représentants qualifiés ou par un conseil.

3. — Tout agent d'un Gouvernement est autorisé à présenter oralement et par écrit les arguments et conclusions en faveur des causes auxquelles un ressortissant ou un résidant de son État est partie.

(4) Die Kommission bestimmt die Voraussetzungen für die Zulassung als Rechtsberater.

(5) Die in diesem Artikel genannten Prozeßbevollmächtigten, Rechtsberater und gesetzlichen Vertreter juristischer Personen genießen Immunität gegen gerichtliche Verfolgung wegen der in Ausübung ihrer Tätigkeit vorgenommenen Handlungen. Eine persönlich erscheinende Privatpartei genießt dieselbe Immunität.

4. The Commission may prescribe the qualifications which counsel must possess in order to be admitted.

5. The agents, counsel and representatives referred to in this Article shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their duties. Any natural persons appearing in person shall enjoy the same immunity.

4. — La Commission peut prescrire les conditions que le conseil doit remplir pour être admis.

5. — Les agents, conseils et représentants visés au présent Article bénéficient de l'immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions. Les personnes physiques qui comparaissent en personne bénéficient d'une immunité analogue.

Artikel 12

Die Kommission kann die Vorlegung von Urkunden und sonstigen Beweismitteln verlangen; sie kann Zeugen vorladen und anordnen, daß Gutachten erstattet und Ermittlungen angestellt werden. Zu diesem Zweck kann sie die Gerichte der Unterzeichnerstaaten oder der beigetretenen Staaten um Rechtshilfe ersuchen.

Article 12

The Commission shall have power to demand the production of evidence, documentary or other, to require the attendance of witnesses to testify, to request expert opinion, and to direct inquiries to be made. To this end the Commission may request the aid of the courts of any Signatory or acceding State.

Article 12

La Commission peut exiger la production de documents et de toutes autres preuves, elle peut faire comparaître des témoins et ordonner des expertises et des enquêtes. A cette fin, la Commission peut demander aux tribunaux de tout État Signataire ou ayant accédé à la présente Charte de lui apporter leur aide.

Artikel 13

(1) Die Kommission fällt ihre Entscheidungen in der Form von Urteilen oder Verfügungen; sie entscheidet durch die Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

(2) Vorbehaltlich dieses Artikels sowie des Absatzes (2) des Artikels 9 und des Artikels 10 der Satzung des Schiedsgerichtes sind die Endentscheidungen (Urteile und Verfügungen) der Kommission für die Parteien verbindlich und Rechtsmittel dagegen nicht gegeben.

(3) Die Urteile ergehen schriftlich und in öffentlicher Sitzung. Sie enthalten den Tatbestand und die Urteilsgründe.

(4) Endentscheidungen des Plenums der Kommission sind mit Rechtsmitteln nicht anfechtbar. Die endgültige Entscheidung über eine einer Kammer zugewiesene Angelegenheit muß von der Kommission in Plenarsitzung gefällt werden, wenn die Kammer beschließt, die Angelegenheit an das Plenum zu verweisen, bevor sie selbst eine endgültige Entscheidung gefällt hat.

(5) Wenn die Kammer oder das Plenum es zuläßt, kann gegen Entscheidungen der Kammern aus Rechtsgründen Berufung an das Plenum eingelegt werden. Die Zulassung dieser Berufung muß innerhalb von dreißig Tagen nach Zustellung der schriftlichen Entscheidung an die Partei behinfällig, wenn das Rechtsmittel nicht hinfällig, wenn das Rechtsmittel nicht innerhalb von dreißig Tagen nach Gewährung der Zulassung eingelegt wird.

(6) Eine von einem Mitglied der Kommission als Einzelrichter erlassene Verfügung kann innerhalb von dreißig Tagen nach ihrer Zustellung an

Article 13

1. All decisions of the Commission shall be in the form of judgments or orders and shall be by majority vote of the members taking part.

2. Subject only to this Article and to paragraph 2 of Article 9 and Article 10 of the Charter of the Arbitration Tribunal, all final judgments and orders of the Commission shall be binding on all parties and shall not be subject to appeal.

3. All judgments shall be delivered in writing and in open court. They shall include a statement of the facts and the reasons on which they are based.

4. Final decisions of the Commission in plenary session shall not be subject to appeal. The final decision on a case assigned to a Chamber must be taken by the Arbitral Commission in plenary session if the Chamber, before it has pronounced a final decision, decides to refer the case to the plenary session.

5. Decisions of the Chambers may, by leave of the Chamber or the plenary session, be appealed on the law to the plenary session. Leave to appeal shall be sought within thirty days from the time the written decision is served upon the party, and such leave shall lapse if no appeal is lodged within thirty days from the date on which it is granted.

6. An appeal shall always lie to the plenary session or the Chamber from any order made by a member of the Commission sitting singly, within

Article 13

1. — Les décisions de la Commission sont rendues sous forme de jugements ou d'ordres et à la majorité des membres présents.

2. — Sous la seule réserve des dispositions du présent Article ainsi que du paragraphe 2 de l'Article 9 de la Charte du Tribunal d'Arbitrage, et de l'Article 10 de cette même Charte, tous les jugements et ordres définitifs de la Commission seront obligatoires pour toutes les parties et ne seront pas susceptibles de recours.

3. — Les jugements sont rendus par écrit et en audience publique. Ils comprennent un exposé des faits et sont motivés.

4. — Les décisions définitives prises par la Commission siégeant en assemblée plénière ne sont pas susceptibles de recours. La décision définitive sur une affaire attribuée à une Chambre doit être prise par la Commission siégeant en assemblée plénière si la Chambre, avant de prendre une décision définitive, décide de renvoyer l'affaire devant l'assemblée plénière.

5. — Les décisions des Chambres peuvent, sur autorisation de la Chambre intéressée, ou de l'assemblée plénière, faire l'objet d'un appel, sur les questions de droit, devant la Commission siégeant en assemblée plénière. L'autorisation d'appel doit être sollicitée dans les trente jours suivant la date à laquelle la décision est signifiée par écrit à la partie en cause. Cette autorisation deviendra caduque si l'appel n'est pas interjeté dans les trente jours suivant la date d'octroi de l'autorisation.

6. — Appel peut dans tous les cas être interjeté devant la Commission siégeant en assemblée plénière, ou devant une Chambre, de toute décision prise

die betreffende Partei beim Plenum oder bei der Kammer angefochten werden.

(7) Eine Revision einer Endentscheidung kann bei der Kommission nur auf Grund der Entdeckung einer Tatsache beantragt werden, die geeignet ist, einen entscheidenden Einfluß auf die Entscheidung auszuüben, und die vor Verkündung der Entscheidung sowohl der Kommission als auch der antragstellenden Partei unbekannt war. Die Kommission entscheidet in Plenarsitzung, ob dem Antrage stattzugeben ist.

thirty days after service of such order upon the party concerned.

7. The revision of a final decision may not be requested of the Commission except upon the grounds of the discovery of a fact which is of such a nature as to exercise a decisive influence, and of which the Commission and the party requesting revision had been unaware before the pronouncement of the decision. The Commission sitting in plenary session shall decide whether such a revision is warranted.

par un membre de la Commission siégeant comme juge unique. Cet appel peut être interjeté dans les trente jours suivant la date à laquelle la décision est signifiée à la partie en cause.

7. — La révision d'une décision définitive ne peut être demandée à la Commission qu'en raison de la découverte d'un fait de nature à exercer une influence décisive et qui, avant le prononcé de la décision, était inconnu de la Commission et de la partie qui demande la révision. La Commission siégeant en assemblée plénière décide si la révision est justifiée.

Artikel 14

(1) Das Verfahren besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Auf Antrag beider Parteien kann von dem mündlichen Teil abgesehen werden.

(2) Die Kommission gibt sich eine Verfahrensordnung, die im Einklang mit dieser Satzung steht. Diese Verfahrensordnung soll insbesondere den Erlaß von Versäumnisurteilen vorsehen, wenn eine Partei nicht erscheint oder Schriftsätze einzureichen unterläßt. Sie kann auch die Übertragung besonderer Aufgaben an einzelne Mitglieder der Kommission vorsehen.

Article 14

1. The proceedings shall consist of two parts: written and oral. Oral proceedings may be dispensed with if both parties so request.

2. The Commission shall determine rules of procedure consistent with the present Charter. These rules may provide for the rendering of judgments on default if a party fails to appear or to file pleadings. They may also provide for the assignment to any member of the Commission of special duties.

Article 14

1. — La procédure comprend une phase écrite et une phase orale. La procédure orale peut être supprimée sur demande des deux parties.

2. — La Commission arrêtera, dans le cadre de la présente Charte, les règles de sa procédure qui pourront, notamment, prévoir le cas où des jugements seront rendus par défaut, si une partie s'abstient de comparaître ou de produire un mémoire. Cette procédure pourra également prévoir la désignation d'un membre de la Commission qui sera chargé de fonctions spéciales.

Artikel 15

(1) Die Kommission wird eine Gerichtskostenordnung erlassen, die auch Vorschriften über die Bewilligung des Armenrechts für Kläger oder Beklagte enthält.

(2) Im allgemeinen tragen die Parteien ihre Prozeßkosten. Die Kommission kann jedoch in dem Ausnahmefall von mutwilliger oder schikanöser Prozeßführung einer Partei die Kosten auferlegen; dies ist in dem Urteil zu begründen.

Article 15

1. The Commission may adopt rules of assessment for court costs, including rules enabling persons to sue or be sued *in forma pauperis*.

2. In general, each party to a proceeding shall pay its own costs. However, the Commission may make an order as to the costs of parties in exceptional cases, recording its reasons as a part of the judgment, where the proceedings have been found to be malicious or vexatious.

Article 15

1. — La Commission peut fixer la procédure d'évaluation des frais de justice, y compris une procédure permettant au demandeur ou au défendeur de bénéficier de l'assistance judiciaire.

2. — En règle générale, chaque partie à une procédure paiera ses propres frais. Toutefois, la Commission peut, dans des cas exceptionnels, et en incorporant les motifs de sa décision dans le jugement, se prononcer sur les dépens, lorsqu'il est reconnu que la procédure était de mauvaise foi ou vexatoire.

ABSCHNITT IV

Verwaltung und Aufwand

Artikel 16

(1) Die Unterzeichnerstaaten und die dieser Satzung beigetretenen Staaten tragen die Kosten für die Gehälter und Vergütungen der von ihnen ernannten Mitglieder.

(2) Die Unterhaltungskosten der Kommission, einschließlich der Gehälter und der Vergütungen für die neutralen Mitglieder, werden zu gleichen Teilen von der Bundesrepublik einerseits und den Drei Mächten andererseits getragen.

PART IV

Administration and Expenses

Article 16

1. Each of the Signatory States and any State acceding to the present Charter shall bear the full charge by way of salary and allowances of each of the members of the Commission appointed by itself.

2. The operating costs of the Commission (including the salaries and allowances of the neutral members) shall be borne equally by the Three Powers, on the one hand, and the Federal Republic, on the other.

TITRE IV

Administration et frais

Article 16

1. — Chacun des États Signataires et tout État qui adhère à la présente Charte supportera entièrement la charge des traitements et indemnités de chacun des membres de la Commission qui est nommé par lui.

2. — Les frais de fonctionnement de la Commission (y compris les traitements et indemnités des membres neutres) seront supportés à parts égales par les Trois Puissances, d'une part, et par la République Fédérale, d'autre part.

(3) Ein ergänzendes Verwaltungsabkommen der Unterzeichnerstaaten regelt die Verwaltung der Kommission, die Unterbringung der Kommission, ihrer Mitglieder und ihres Personals, die Gehälter und Vergütungen für die neutralen Mitglieder, die Anstellung des Personals und dessen Gehälter.

3. The administration of the Commission, the accommodation of the Commission, its members and its staff, the salaries and allowances of the neutral members, staff appointments and staff salaries shall be regulated by a subsidiary administrative agreement between the Signatory States.

3. — Les questions administratives intéressant la Commission, les locaux dont disposeront la Commission, ses membres et son personnel, les traitements et indemnités des membres neutres, ainsi que la nomination du personnel et ses traitements, seront réglées par un accord administratif subsidiaire entre les États Signataires.

ABSCHNITT V

Schlußbestimmungen

Artikel 17

(1) Diese Satzung tritt gleichzeitig mit dem Vertrage in Kraft.

(2) Jeder Staat kann dieser Satzung beitreten, indem er dies auf diplomatischem Wege schriftlich den Unterzeichnerstaaten anzeigt und seine Beitrittserklärung zur Satzung bei der Bundesregierung hinterlegt. Die Satzung ist für die beitretenden Staaten von der Hinterlegung ihrer Beitrittserklärungen an bindend.

(3) Ein Staat, der dieser Satzung beitritt, gilt damit voll als Partei des im Fünften und Zehnten Teil des Vertrags enthaltenen Übereinkommens zwischen den Unterzeichnerstaaten.

(4) Mit seinem Beitritt unterwirft sich der Staat den Entscheidungen des Schiedsgerichtes auf Grund des Absatzes (2) des Artikels 9 der Satzung des Schiedsgerichtes, soweit diese Entscheidungen den Umfang der Zuständigkeit der Kommission betreffen.

PART V

Final Clauses

Article 17

1. The present Charter shall enter into force on the entry into force of the Convention.

2. Any State may accede to the present Charter by written notification addressed to each of the Signatory States through diplomatic channels and by the deposit with the Federal Government of an instrument of accession to the present Charter The present Charter shall be binding on each acceding State as of the date of deposit of its instrument of accession.

3. Any State which accedes to the present Charter shall be deemed to become thereby a principal party to the agreement between the Signatory States contained in Chapter Five and Chapter Ten of the Convention.

4. Any State acceding to the present Charter agrees to be bound by decisions of the Arbitration Tribunal pursuant to paragraph 2 of Article 9 of its Charter concerning the extent of the jurisdiction of the Commission.

TITRE V

Dispositions finales

Article 17

1. — La présente Charte entrera en vigueur à la date d'entrée en vigueur de la Convention.

2. — Tout État peut accéder à la présente Charte en notifiant par écrit sa décision à chacun des États Signataires par la voie diplomatique, et en déposant auprès du Gouvernement de la République Fédérale un instrument d'accession à la présente Charte. La présente Charte liera tout État qui y accède à compter de la date de dépôt de l'instrument d'accession.

3. — Tout État accédant à la présente Charte sera considéré de ce fait comme partie à l'accord conclu entre les États Signataires contenu dans les Chapitres Cinquième et Dixième de la Convention.

4. — Tout État accédant à la présente Charte se reconnaît lié par les décisions du Tribunal d'Arbitrage, prises conformément au paragraphe 2 de l'Article 9 de sa Charte, en ce qui concerne l'étendue de la compétence de la Commission.

Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder

(in der gemäß Liste V zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung)

Agreement on the Tax Treatment of the Forces and their Members

(as amended by Schedule V to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954)

Accord relatif au Régime Fiscal applicable aux Forces et aux Membres des Forces

(texte amendé conformément à l'Annexe V du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 Octobre 1954)

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

sind wie folgt übereingekommen:

THE UNITED STATES OF AMERICA,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND,

THE FRENCH REPUBLIC

and

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

Agree as follows:

LA REPUBLIQUE FRANCAISE,

LES ETATS-UNIS D'AMERIQUE,

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD

et

LA REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE

conviennent des dispositions suivantes:

Artikel 1

Steuerliche Behandlung der Streitkräfte

(1) Die Streitkräfte (im Sinne von Ziffer 5 des Artikels 1 des Vertrags über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland, im folgenden „Truppenvertrag" genannt) sind von den Steuern befreit, die bei Inkrafttreten dieses Abkommens nach deutschem Steuerrecht erhoben werden, soweit sich nicht aus diesem Abkommen etwas anderes ergibt.

(2) Zölle und andere Steuern auf Einfuhren und Ausfuhren durch die Streitkräfte sind in Artikel 34, Verbrauchsteuer beim Bezug von Waren aus dem Inlande in Absatz (1) des Artikels 33 und Umsatzsteuer auf Lieferungen und Leistungen für die Streitkräfte in Absatz (2) des Artikels 33 des Truppenvertrags geregelt.

(3) Die Steuerbefreiung gemäß Absatz (1) dieses Artikels tritt nicht ein, soweit die Steuern durch eine Beteiligung der Streitkräfte am allgemeinen deutschen Wirtschaftsverkehr und für das diesem Wirtschaftsverkehr gewidmete Vermögen entstehen; sie tritt ferner nicht ein für die Verbrauchsteuer auf Waren aus inländischen Herstellungsbetrieben der Streitkräfte, für die Wechselsteuer und für die Beförderungsteuer.

(4) Falls die Streitkräfte künftig Grundbesitz erwerben, wird eine besondere Vereinbarung über die Steuerpflicht der Streitkräfte hinsichtlich der auf dem Erwerb des Grundbesitzes und auf dem Eigentum an dem Grundbesitz ruhenden deutschen Steuern getroffen.

(5) Die steuerliche Behandlung der Streitkräfte in bezug auf Steuern, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens neu eingeführt werden, bleibt besonderen Vereinbarungen vorbehalten.

Article 1

Tax Treatment of the Forces

1. The Forces (which expression in this Agreement shall have the meaning given in paragraph 5 of Article 1 of the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany, hereinafter referred to as the "Forces Convention") shall be exempt from taxes which are levied in accordance with German taxation legislation in effect on the entry into force of the present Agreement, except as otherwise provided in the present Agreement.

2. Customs duties and other taxes on imports and exports of the Forces are dealt with in Article 34 of the Forces Convention; excise taxes on the purchase by the Forces of goods in the Federal Republic are dealt with in paragraph 1 and turnover tax on deliveries to, and services for, the Forces in paragraph 2 of Article 33 of that Convention.

3. Tax exemption in accordance with paragraph 1 of this Article shall not apply, to the extent that taxes are due as a result of commercial trading by the Forces in the German economy nor to property used for this purpose, nor shall it apply to the excise tax on goods manufactured by the Forces in Germany, to the tax on Bills of Exchange, or to the Transportation Tax.

4. The liability of the Forces to German taxes on the acquisition and ownership of real property shall be dealt with in a special agreement, in the event that the Forces in the future acquire real property.

5. The treatment of the Forces in respect of taxes which may be introduced after the entry into force of the present Agreement shall be the subject of special agreements.

Article 1

Régime fiscal des Forces

1. — Sauf dispositions contraires prévues dans le présent Accord, les Forces (cette expression dans le présent Accord a la signification indiquée au paragraphe 5 de l'Article 1 de la Convention sur les Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres dans la République Fédérale d'Allemagne, ci-après désignée sous le terme « Convention sur les Forces »), sont exemptées des impôts qui, à la date d'entrée en vigueur du présent Accord, sont perçus en vertu du droit fiscal allemand.

2. — La question des taxes douanières et des autres impôts sur les importations et les exportations est réglée par l'Article 34 de la Convention sur les Forces, celle des impôts de consommation perçus lors de l'achat de marchandises en Allemagne est réglée par le paragraphe 1 de l'Article 33 de cette Convention. Les impôts sur le chiffre d'affaires relatifs aux fournitures et aux prestations pour les Forces sont réglés par le paragraphe 2 de l'Article 33 de la même Convention.

3. — Les dispositions du paragraphe 1 du présent Article relatives à l'immunité fiscale ne s'appliquent pas lorsque le fait générateur de l'impôt résulte de la participation des Forces à l'ensemble de l'activité économique allemande et il en est de même en ce qui concerne les biens affectés à cette activité; les dispositions de ce paragraphe ne s'appliquent pas davantage en matière d'impôts de consommation sur les marchandises fabriquées par les entreprises des Forces, en matière d'impôt sur les effets de commerce et d'impôt sur les transports.

4. — Pour le cas où les Forces alliées acquerraient à l'avenir des biens fonciers, un arrangement particulier sera pris en ce qui concerne l'assujettissement des Forces aux impôts allemands frappant l'acquisition ou la propriété de biens fonciers.

5. — Le régime fiscal applicable aux Forces pour les impôts créés après l'entrée en vigueur du présent Accord fera l'objet d'arrangements particuliers.

Artikel 2

Steuerliche Behandlung der Mitglieder der Streitkräfte

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses oder jedes anderen einschlägigen Abkommens zwischen den Unterzeichnerstaaten sind die Mitglieder der Streitkräfte (im Sinne von Ziffer 7 des Artikels 1 des Truppenvertrags) zur Zahlung der durch die bestehenden deutschen Rechtsvorschriften auferlegten Steuern verpflichtet; das gilt mit der Maßgabe, daß diese Bestimmung ein Mitglied der Streitkräfte nicht eines Vorrechtes beraubt, das auf Grund eines zwischenstaatlichen Abkommens mit der Bundesrepublik besteht und auf das das Mitglied sonst Anspruch hätte.

(2) Werden nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens in der Bundesrepublik Gesetze über neue direkte Steuern oder neue Abgaben, die sachlich direkte Steuern darstellen, erlassen, so bedarf deren Anwendung auf die Mitglieder der Streitkräfte eines besonderen Abkommens zwischen den Unterzeichnerstaaten, das ohne Verzug abzuschließen ist.

(3) Für die Begründung einer Steuerpflicht nach dem deutschen Steuerrecht gilt

(a) die Tatsache, daß eine Person sich als Mitglied der Streitkräfte im Bundesgebiet aufhält, nicht als Begründung eines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts im Bundesgebiet. Dies gilt nicht hinsichtlich der Versicherungssteuer, soweit es sich um die Zahlungen des Versicherungsentgelts an einen Versicherer handelt, der im Bundesgebiet seinen Wohnsitz (Sitz, Geschäftsleitung) hat. Der Ausschluß der Begründung eines Wohnsitzes im Bundesgebiet hat ferner nicht zur Folge, daß die Mitglieder der Streitkräfte als ausländische Abnehmer im Sinne des Umsatzsteuerrechts anzusehen sind;

(b) bewegliches Eigentum, gleich welchen Ursprungs, das sich infolge der Anwesenheit des Eigentümers als Mitglied der Streitkräfte im Bundesgebiet befindet und zum persönlichen oder häuslichen Gebrauch des Eigentümers bestimmt ist, als nicht im Bundesgebiet befindlich. Bei Kraftfahrzeugen gilt dies nur, wenn sie mit einem Zulassungskennzeichen der Streitkräfte versehen sind.

(4) Zusätzlich zu der durch den vorstehenden Absatz (3) dieses Artikels zuerkannten Steuerfreiheit sind die Mitglieder der Streitkräfte von allen deutschen Steuern und Abgaben auf Einkommen befreit, das sie als Entgelt für ihre dienstliche Tätigkeit bei den Streitkräften im Bundesgebiet erhalten. Sie genießen ferner die gleichen steuerlichen Vergünstigungen, die nach den deutschen Steuergesetzen Militärpersonen gewährt werden.

Article 2

Tax Treatment of Members of the Forces

1. Subject to the provisions of this or any other applicable agreement between the Signatory States, "members of the Forces" (which expression in this Agreement shall have the meaning given in paragraph 7 of Article 1 of the Forces Convention) shall be liable to taxes levied in accordance with existing German taxation legislation provided, however, that this provision shall not deprive a member of the Forces of any benefits which exist by reason of an intergovernmental agreement with the Federal Republic and which he could otherwise claim.

2. If, after the entry into force of the present Agreement, any law is enacted in the Federal Republic concerning new direct taxes, or levies which have the effect of direct taxes, its application to members of the Forces shall be the subject of a special agreement between the Signatory States, which shall be concluded without delay.

3. For the basis of tax liability under German law

(a) a person shall not be deemed to have acquired residence or domicile in the Federal territory by reason of his presence as a member of the Forces therein. This shall not apply in respect of the insurance tax, insofar as concerns the payment of an insurance premium to an insurer who has his normal place of busines in the Federal territory. Further, the fact that no residence is established in the Federal territory shall not mean that members of the Forces are to be regarded as foreign purchasers for the purpose of the turnover tax legislation;

(b) movable property, whatever its origin, situated in the Federal territory by reason of the presence of its owner as a member of the Forces, and intended for his personal or domestic use, shall be deemed not to be situated in the Federal territory. In the case of motor vehicles, this provision shall apply only when they bear registration plates issued by the Forces.

4. Additionally to the exemption from taxation conferred by paragraph 3 of this Article, members of the Forces shall be exempt from all German taxes and levies on payments which they receive as remuneration for their official activities with the Forces in the Federal territory. Further, they shall enjoy the taxation benefits which are granted by German taxation legislation to military personnel.

Article 2

Régime fiscal applicable aux membres des Forces

1. — Sous réserve des dispositions de la présente Convention ou de tout accord conclu entre les Etats Signataires, les «membres des Forces» (cette expression dans le présent Accord a la signification indiquée au paragraphe 7 de l'Article 1 de la Convention sur les Forces), sont assujettis au paiement des impôts prévus par la législation allemande existante; la présente disposition est applicable dans la mesure où elle ne prive pas un membre des Forces d'un avantage prévu par un accord international conclu avec la République Fédérale, et auquel il serait par ailleurs en droit de prétendre.

2. — Si, après la mise en vigueur du présent Accord, la République Fédérale promulgue des lois établissant de nouveaux impôts directs ou de nouvelles taxes ayant en fait le caractère d'impôts directs, un accord particulier à conclure sans délai entre les Etats Signataires déterminera les modalités d'application de ces prélèvements aux membres des Forces.

3. — Les critères suivants détermineront les modalités d'assujettissement à l'impôt en droit fiscal allemand:

(a) le fait pour une personne de résider en territoire fédéral en tant que membre des Forces n'est pas considéré comme domicile ou résidence habituels en ce territoire. Cette disposition n'est pas applicable en ce qui concerne l'impôt sur les assurances, lorsqu'il s'agit du versement de la prime à un assureur ayant son domicile (siège, direction) en territoire fédéral. Cette exception aux dispositions sur le domicile n'a d'ailleurs pas pour conséquence de faire considérer les membres des Forces comme acheteurs étrangers au sens des textes régissant l'impôt sur le chiffre d'affaires;

(b) les biens meubles se trouvant sur le territoire fédéral du fait de la présence de leur propriétaire en qualité de membre des Forces et destinés à son usage personnel ou familial, sont considérés comme ne se trouvant pas sur le territoire fédéral, quelle qu'en soit l'origine. Cette disposition n'est applicable aux véhicules automobiles que s'ils sont pourvus de plaques d'immatriculation délivrées par les Forces.

4. — Outre les immunités fiscales reconnues aux termes du paragraphe 3 du présent Article, les membres des Forces sont exonérés de tous impôts et taxes allemands sur les revenus perçus à titre de rémunération pour les fonctions officielles qu'ils exercent auprès des Forces sur le territoire fédéral. Ils bénéficient de plus des mêmes privilèges fiscaux que ceux accordés au personnel militaire en vertu de la législation fiscale allemande.

Artikel 3

Biersteuer

(1) Bier, das von den Streitkräften unmittelbar aus einem inländischen Herstellungsbetrieb bezogen wird, ist von der Verbrauchsteuer befreit. Die Steuerbefreiung gilt nur für Einkäufe durch die amtlichen Beschaffungsstellen der Streitkräfte zum Verbrauch durch die Streitkräfte oder ihre Mitglieder

(2) Bier, das die Streitkräfte oder ihre Mitglieder im Rahmen der Bestimmungen der Artikel 34 und 35 des Truppenvertrags in das Bundesgebiet verbringen, ist von der Verbrauchsteuer befreit.

(3) Die Streitkräfte werden bei jedem Bezug von Bier eine Bescheinigung ausstellen, in der bestätigt wird, daß das Bier, das nach Gattung und Menge genau zu bezeichnen ist, ausschließlich zum Verbrauch durch die Streitkräfte oder ihre Mitglieder bestimmt ist.

Article 3

Beer Tax

1. Beer which is procured by the Forces directly from a German manufacturer shall be exempt from excise tax. The exemption from taxation shall apply only to purchases by the official procurement agencies of the Forces for consumption by the Forces or their members

2. Beer which the Forces or their members bring into the Federal territory under the provisions of Articles 34 and 35 of the Forces Convention shall be exempt from excise tax.

3. Whenever the Forces procure beer, they shall certify that the beer, which is to be described exactly as to type and quantity, is intended exclusively for consumption by the Forces or their members.

Article 3

Impôt sur la bière

1. — La bière achetée par les Forces directement à une entreprise de brasserie allemande est exemptée de l'impôt de consommation. L'exemption fiscale ne s'applique qu'aux achats effectués par les services d'achats officiels des Forces et destinés à la consommation par les Forces ou par leurs membres

2. — La bière importée en territoire fédéral par les Forces ou leurs membres dans le cadre des dispositions des Articles 34 et 35 de la Convention sur les Forces, est exemptée de l'impôt de consommation

3. — Lors de chaque achat de bière, les Forces délivreront une attestation certifiant que cette bière, dont la nature et la quantité devront être spécifiées exactement, est exclusivement destinée à la consommation par les Forces ou leurs membres.

Artikel 4

Steuerliche Behandlung der Organisationen und Unternehmen im Dienste der Streitkräfte

(1) Die in Artikel 1 und 2 dieses Abkommens enthaltenen Steuerbefreiungen gelten vorbehaltlich besonderer Vereinbarungen zwischen den Unterzeichnerstaaten für die in Artikel 36 des Truppenvertrags bezeichneten Organisationen und Unternehmen sowie ihre Angestellten, für die in Unterabsatz (b) des Absatzes (2) daselbst bezeichneten Unternehmen, jedoch mit folgenden Ausnahmen:

(a) Besteuerung ihrer Angestellten;

(b) Steuern auf Einkommen und Gewinn;

(c) Steuern auf Betriebsvermögen im Bundesgebiet.

(2) Die in Artikel 3 dieses Abkommens enthaltene Steuerbefreiung findet nur auf solche in Absatz (1) des Artikels 36 des Truppenvertrags genannte Organisationen Anwendung, deren Dienste für die Streitkräfte den Verkauf von Bier an die Mitglieder der Streitkräfte umfassen.

Article 4

Tax Treatment of Organizations and Enterprises Serving the Forces

1. Except as may otherwise be provided in special agreements between the Signatory States, the tax exemptions contained in Articles 1 and 2 of the present Agreement shall apply to the organizations and enterprises, and their employees referred to in Article 36 of the Forces Convention; provided, however, that they shall apply to the enterprises referred to in sub-paragraph (b) of paragraph 2 of that Article with the following exceptions:

(a) taxation of their employees;

(b) taxation on their income and profits;

(c) taxation on their business property in the Federal territory.

2. The tax exemption contained in Article 3 of the present Agreement shall apply only to those organizations referred to in paragraph 1 of Article 36 of the Forces Convention whose service to the Forces includes the sale of beer to the members of the Forces.

Article 4

Traitement fiscal des organisations et entreprises au service des Forces

1. — Sous réserve d'accords particuliers entre les Etats Signataires, les organisations et entreprises designées à l'Article 36 de la Convention sur les Forces bénéficient des exemptions fiscales prévues aux Articles 1 et 2 du présent Accord Les entreprises désignées à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'Article 36 de la Convention sur les Forces ne bénéficient toutefois de ces exemptions fiscales que compte tenu des exceptions qui suivent:

(a) leurs employés sont assujettis à l'impôt

(b) elles acquittent les impôts sur les revenus et les bénéfices;

(c) elles acquittent les impôts sur les biens affectés aux activités professionnelles sur le territoire fédéral

2. — L'exemption fiscale mentionnée à l'Article 3 du présent Accord ne s'applique qu'aux organisations visées au paragraphe 1 de l'Article 36 de la Convention sur les Forces dont les services auprès des Forces comprennent la vente de bière aux membres des Forces.

Artikel 5*)

Zuständigkeit des Schiedsgerichtes

Alle Streitigkeiten, die sich zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten aus den Bestimmungen dieses Abkommens ergeben und welche die Parteien nicht durch Verhandlungen oder auf eine andere zwischen allen Unterzeichnerstaaten vereinbarte Weise beizulegen vermögen, unterliegen der Zuständigkeit des Schiedsgerichts, das durch Artikel 9 des in Bonn am

Article 5*)

Jurisdiction of Arbitration Tribunal

All disputes arising between the Three Powers and the Federal Republic under the provisions of the present Agreement which the parties are not able to settle by negotiations or by other means agreed between all the Signatory States, shall be subject to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal established by Article 9 of the Convention on Relations between

Article 5*)

Compétence du Tribunal d'Arbitrage

Tous les litiges entre les Trois Puissances et la République Fédérale résultant de l'application des dispositions du présent Accord, que les parties ne parviennent pas à régler par des négociations ou par tous autres moyens agréés par l'ensemble des Etats Signataires, relèvent de la compétence du Tribunal d'Arbitrage institué par l'Article 9 de la Conven-

*) Artikel 5 ist durch ein am 26. Juli 1952 in Bonn unterzeichnetes Protokoll eingefügt worden.

*) Article 5 was inserted by a Protocol signed at Bonn on 26 July 1952

*) L'Article 5 a été inséré en vertu du Protocole signé à Bonn le 26 Juillet 1952.

26. Mai 1952 unterzeichneten Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten errichtet wird, in der gleichen Weise und mit der gleichen Wirkung, als ob dieses Abkommen in Absatz (1) des Artikels 8 dieses Vertrags als Zusatzvertrag aufgeführt wäre.

the Three Powers and the Federal Republic of Germany signed at Bonn on 26 May 1952, in the same manner and with t' e same effect as though the present Agreement were listed in paragraph 1 of Article 8 of that Convention as a related Convention.

tion sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, signée à Bonn le 26 mai 1952, dans les mêmes conditions et avec les mêmes effets que si cet Accord était énuméré au paragraphe 1 de l'Article 8 de cette Convention en tant que Convention rattachée.

Artikel 6

Schlußbestimmungen

(1) (gestrichen)

(2) (gestrichen)

(3) (gestrichen)

(4) Dieses Abkommen wird in den Archiven der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese wird jedem Unterzeichnerstaat beglaubigte Ausfertigungen übermitteln und jeden Unterzeichnerstaat vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens in Kenntnis setzen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu BONN am sechsundzwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Article 6

Final Provisions

1. Deleted.

2. Deleted.

3. Deleted.

4. The present Agreement shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which will furnish each Signatory State with certified copies thereof and notify each State of the date of the entry into force of the present Agreement.

IN FAITH WHEREOF the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective Governments have signed the present Agreement.

Done at BONN this twenty-sixth day of May, 1952, in three texts, in the English, French and German languages, all being equally authentic.

Article 6

Dispositions finales

1. — supprimé.

2. — supprimé.

3. — supprimé.

4. — Le présent Accord sera déposé dans les archives du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne; celui-ci remettra à chaque Etat Signataire des expéditions certifiées conformes et informera chaque Etat Signataire de la date d'entrée en vigueur du présent Accord.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

Fait à BONN, le vingt-sixième jour du mois de mai 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:

Adenauer

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland
gezeichnet:

Anthony Eden

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:

Dean Acheson

Für die Französische Republik
gezeichnet:

Robert Schuman

For the United States of America
signed:

Dean Acheson

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
signed:

Anthony Eden

For the French Republic
signed:

Robert Schuman

For the Federal Republic of Germany
signed:

Adenauer

Pour la République Française
signé:

Robert Schuman

Pour les Etats-Unis d'Amérique
signé:

Dean Acheson

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
signé:

Anthony Eden

Pour la République Fédérale d'Allemagne
signé:

Adenauer

Ergänzende Dokumente

Related Documents

Documents rattachés

Briefe,
die am 23. Oktober 1954 in Paris anläßlich der Unterzeichnung des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland ausgetauscht worden sind

Letters
exchanged at Paris on 23 October 1954, on the signing of the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany

Lettres
échangées à Paris le 23 octobre 1954 à l'occasion de la signature du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne

I

Schreiben der Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 23. Oktober 1954 betreffend die Liste der in Artikel 2 des Protokolls erwähnten Rechtsvorschriften.

Letters from the three High Commissioners to the Federal Chancellor concerning legislation in the fields of disarmament and demilitarization (Protocol, Article 2).

Lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par les Hauts Commissaires au Chancelier Fédéral au sujet des textes legislatifs visés à l'Article 2 du Protocole.

(Übersetzung)

Paris, den 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz

dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Ich nehme Bezug auf Artikel 2 des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland, der die Rechte behandelt, die den Vereinigten Staaten, England und Frankreich auf den Gebieten der Abrüstung und Entmilitarisierung weiterhin zustehen.

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die folgenden Rechtsvorschriften einschließlich der zu ihnen erlassenen Durchführungsverordnungen, diejenigen sind, auf welche sich Artikel 2 bezieht:

Gesetz Nr. 7 der Alliierten Hohen Kommission — Uniformen und Abzeichen.

Gesetz Nr. 16 der Alliierten Hohen Kommission — Ausschaltung des Militarismus.

Gesetz Nr. 22 der Alliierten Hohen Kommission — abgeändert durch Gesetz Nr. 53 und Gesetz Nr. 68 der Alliierten Hohen Kommission — Überwachung von Stoffen, Einrichtungen und Ausrüstungen auf dem Gebiete der Atomenergie.

Gesetz Nr. 24 der Alliierten Hohen Kommission, abgeändert durch Gesetz Nr. 61 und Gesetz Nr. 78 der Alliierten Hohen Kommission — Überwachung bestimmter Gegenstände, Erzeugnisse, Anlagen und Geräte.

Gesetz Nr. 23 der US-Militärregierung, abgeändert durch Entscheidung Nr. 12 der Alliierten Hohen Kommission — Überwachung der wissenschaftlichen Forschung.

Gesetz Nr. 23 der Britischen Militärregierung, abgeändert durch Entscheidung Nr. 12 der Alliierten Hohen Kommission — Überwachung der wissenschaftlichen Forschung.

Verordnung Nr. 231 des Hohen Kommissars der Französischen Republik in Deutschland, abgeändert durch Entscheidung Nr. 12 der Alliierten Hohen Kommission — Überwachung der wissenschaftlichen Forschung.

Paris, 23 October 1954

His Excellency, *)

The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

I refer to Article 2 of the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany which deals with the rights retained by the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic relating to the fields of disarmament and demilitarization.

I have the honor to inform you that the following legislation, including regulations issued thereunder, is the existing legislation in the fields referred to in Article 2:

Allied High Commission Law No. 7 — Uniforms and Insignia.

Allied High Commission Law No. 16 — Elimination of Militarism.

Allied High Commission Law No. 22, amended by AHC Law Nos. 53 and 68 — Control of Materials, Facilities and Equipment Relating to Atomic Energy.

Allied High Commission Law No. 24, amended by AHC Law Nos. 61 and 78 — Control of Certain Articles, Products, Installations and Equipment.

US Military Government Law No. 23 as amended by AHC Decision No. 12 — Control of Scientific Research.

British Military Government Law No. 23 as amended by AHC Decision No. 12 — Control of Scientific Research.

Ordinance No. 231 of the French High Commissioner in Germany, as amended by AHC Decision No. 12 — Control of Scientific Research.

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence

Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Je me réfère à l'Article 2 du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, qui traite des droits conservés par la République Française, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et les Etats-Unis d'Amérique et se rapportant aux domaines du désarmement et de la démilitarisation.

J'ai l'honneur de vous faire savoir que les textes législatifs suivants, y compris les Règlements pris pour leur application, constituent la législation en vigueur dans les domaines visés audit Article 2:

— Loi N° 7 de la Haute Commission Alliée
Uniformes et insignes.

— Loi N° 16 de la Haute Commission Alliée
Elimination du Militarisme.

— Loi N° 22 de la Haute Commission Alliée, amendée par les Lois Nos 53 et 68 de la Haute Commission Alliée
Contrôle des Produits, Installations et Equipements ayant trait à l'énergie atomique.

— Loi N° 24 de la Haute Commission Alliée, amendée par les Lois Nos 61 et 78 de la Haute Commission Alliée
Contrôle de certains articles, produits, installations et équipements.

— Loi N° 23 du Gouvernement Militaire Américain, modifiée par la Décision N° 12 de la Haute Commission Alliée
Contrôle de la Recherche Scientifique.

— Loi N° 23 du Gouvernement Militaire Britannique, modifiée par la Décision N° 12 de la Haute Commission Alliée
Contrôle de la Recherche Scientifique.

— Ordonnance N° 231 du Haut Commissaire de la République Française en Allemagne, modifiée par la Décision N° 12 de la Haute Commission Alliée
Contrôle de la Recherche Scientifique.

Alliiertes Kontrollratsgesetz Nr. 23 — Verbot militärischer Bauten in Deutschland.

Das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland soll nicht als eine Vereinbarung im Sinne des Artikels 1 des Zwölften Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen gelten.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

James B. Conant
Hoher Kommissar
der Vereinigten Staaten
für Deutschland

Control Council Law No. 23 — Prohibition of Military Construction in Germany.

The Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany shall not be considered to be an agreement within the meaning of Article 1 of Chapter Twelve of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurances of my highest consideration.

James B. Conant
United States High Commissoner
for Germany

— Loi N° 23 du Conseil de Contrôle Interdiction d'ériger des constructions militaires en Allemagne.

Le Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation ne sera pas considéré comme un accord au sens de l'Article 1 du Chapitre Douzième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier Fédéral, les assurances de ma très haute considération.

André François-Poncet
Ambassadeur de France
Haut Commissaire
de la République en Allemagne

*) *Ein gleichlautendes Schreiben hat der Hohe Kommissar des Vereinigten Königreiches an den Bundeskanzler gerichtet.*
An identical letter was addressed to the Federal Chancellor by the United Kingdom High Commissioner.
Une lettre analogue a été adressée par le Haut Commissaire du Royaume-Uni au Chancelier Fédéral.

II a

Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Außenminister vom 23. Oktober 1954 betreffend Revision der Abrüstungs- und Entmilitarisierungskontrollen.

Letters from the Federal Chancellor to each of the three Foreign Ministers concerning the review of controls relating to disarmament and demilitarization.

Lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par le Chancelier Fédéral à chacun des trois Ministres des Affaires Etrangères au sujet de la révision des contrôles dans les domaines du désarmement et de la démilitarisation.

Paris, den 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz *)
dem Herrn Minister des Auswärtigen
der Vereinigten Staaten von Amerika

Herr Minister,

Das am heutigen Tag in Paris unterzeichnete Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland bestimmt, daß in der etwaigen Übergangsperiode zwischen dem Inkrafttreten des Protokolls und dem Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik die bestehenden Rechte auf dem Gebiet der Abrüstung und Entmilitarisierung weiterhin zustehen; die

(Translation)

Paris, 23 October 1954

His Excellency,
The Secretary of State
of the United States of America

Mr. Minister,

Under the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris today, provision is made that during the period, if any, between its entry into force and the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution, the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic will retain their existing rights relating to the fields of disarmament and demilitarization, and the controls in those fields will be applied by a Joint-

(Traduction)

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Président du Conseil
Ministre des Affaires Etrangères
de la République Française

Monsieur le Président,

Le Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé ce jour à Paris, prévoit qu'au cours de la période comprise entre son entrée en vigueur et l'entrée en vigueur des arrangements sur la Contribution Allemande à la Défense, si une telle période existe, la République Française, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et les Etats-Unis d'Amérique conserveront leurs droits existants dans les domaines du désarmement et de la démilitarisation et que les contrôles dans ces domaines

*) *Gleichlautende Schreiben sind an die Außenminister des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik gerichtet worden.*
Identical letters were addressed to the Foreign Ministers of the United Kingdom and the French Republic.
Des lettres analogues ont été adressées aux Ministres des Affaires Etrangères du Royaume-Uni et de la République Française par le Chancelier Fédéral.

Kontrolle auf beiden Gebieten wird durch einen gemeinsamen Viermächte-Ausschuß ausgeübt. Ich würde es begrüßen, wenn Sie die in dieser Hinsicht in London erzielte Übereinkunft bestätigen würden, wonach die Regierungen, die dieses Protokoll unterzeichnet haben, die Angelegenheit gegen Ende des Jahres 1954 nach Maßgabe der dann im Hinblick auf das Inkrafttreten des Protokolls bestehenden Lage überprüfen werden. Desgleichen würde ich die Bestätigung des ebenfalls in London erzielten Übereinkommens begrüßen, wonach die vier Regierungen gleichzeitig die Ausübung der Kontrollen im Hinblick darauf überprüfen werden, daß die Bundesrepublik in die Lage versetzt wird, ihren künftigen Verteidigungsbeitrag vorzubereiten.

Ich benutze diesen Anlaß, um Sie, Herr Minister, meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Adenauer

Four-Power Commission. I should appreciate it if you would confirm the agreement which we reached at London in this connection that at the end of 1954 the Governments which have signed this Protocol will review this matter in the light of the situation then existing with regard to the entry into force of the Protocol. I should likewise appreciate confirmation of the agreement also reached in this connection at London that, at the same time, the four Governments will review the exercise of the controls with a view to permitting preparation by the Federal Republic for its future defence contribution.

I take this opportunity to assure you, Mr. Minister, of my highest consideration.

Adenauer

seront exercés par une Commission Mixte des Quatre Puissances. Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me confirmer l'accord que nous avons conclu à Londres, de manière qu'à la fin de 1954 les Gouvernements qui ont signé aujourd'hui ce Protocole reconsidèrent cette question, compte-tenu de la situation qui existera alors en ce qui concerne l'entrée en vigueur du Protocole. J'attacherais, de même, du prix à recevoir confirmation de l'accord également conclu à Londres, selon lequel les quatre Gouvernements reconsidéreront l'exercice des contrôles afin de permettre à la République Fédérale d'Allemagne de préparer sa contribution future à la Défense.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, les assurances de ma très haute considération.

Adenauer

II b

Schreiben der Außenminister vom 23. Oktober 1954 betreffend die Bestätigung des Schreibens II a.

Letters from the Foreign Ministers to the Federal Chancellor replying to letter No. II a.

Lettres en date du 23 octobre 1954 des Ministres des Affaires Etrangères, accusant réception des lettres II a.

(Übersetzung)

Paris, den 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz

dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das wie folgt lautet:

(wie unter II a)

Ich stimme den in Ihrem Brief enthaltenen Vereinbarungen zu.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

John Foster Dulles
Außenminister
der Vereinigten Staaten von Amerika

Paris, 23 October 1954

His Excellency, *)

The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

I have the honor to acknowledge the receipt of your letter of today's date, which reads as follows:

(as in No. II a)

I confirm the agreements to which you refer in your letter.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurances of my highest consideration.

John Foster Dulles
Secretary of State
United States of America

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence

Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

J'ai l'honneur d'accuser la réception de votre lettre de ce jour, ainsi conçue:

(voir texte de la lettre II a)

Je confirme les accords mentionnés dans votre lettre.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier Fédéral, les assurances de ma très haute considération.

Pierre Mendès-France
Président du Conseil
Ministre des Affaires Etrangères
de la République Française

*) *Ein gleichlautendes Schreiben hat der Außenminister des Vereinigten Königreiches an den Bundeskanzler gerichtet.*
An identical letter was addressed to the Federal Chancellor by the Foreign Secretary of the United Kingdom.
Une lettre analogue a été adressée par le Ministre des Affaires Etrangères du Royaume-Uni au Chancelier Fédéral.

III

Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Außenminister vom 23. Oktober 1954 betreffend das Recht eines Militärbefehlshabers zum Schutze seiner Streitkräfte.

Letters from the Federal Chancellor to each of the three Foreign Ministers relating to the right of a military commander to protect his Forces.

Lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par le Chancelier Fédéral à chacun des trois Ministres des Affaires Etrangères au sujet du droit d'un chef militaire de protéger ses Forces.

Paris, 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz *)
dem Herrn Minister des Auswärtigen
der Vereinigten Staaten von Amerika

Herr Minister,

Ich nehme Bezug auf Absatz 7 des Artikels 5 des am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichneten Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten, wonach, abgesehen vom Falle eines Notstandes, jeder Militärbefehlshaber berechtigt ist, im Falle einer unmittelbaren Bedrohung seiner Streitkräfte die angemessenen Schutzmaßnahmen (einschließlich des Gebrauchs von Waffengewalt) unmittelbar zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Gefahr zu beseitigen. Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß es sich hierbei um ein nach Völkerrecht und damit auch nach deutschem Recht jedem Militärbefehlshaber zustehendes Recht handelt.

Ich möchte dementsprechend feststellen, daß das in Absatz 7 des Artikels 5 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten erwähnte Recht durch die Streichung des Absatzes, wie sie das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland vorsieht, nicht berührt wird.

Ich benutze diesen Anlaß, um Sie, Herr Minister, meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Adenauer

(Translation)

Paris, 23 October 1954

His Excellency,
The Secretary of State
of the United States of America.

Mr. Minister,

I refer to paragraph 7 of Article 5 of the Convention on Relations between the Federal Republic of Germany and the Three Powers signed at Bonn on 26 May 1952, which provides that, independently of a state of emergency, a military commander may, if his Forces are imminently menaced, take such immediate action appropriate for their protection (including the use of armed force) as is requisite to remove the danger. The Federal Government is of the opinion that this is the inherent right of any military commander according to international law and therefore German law.

I therefore wish to say that the right referred to in paragraph 7 of Article 5 of the Convention on Relations between the Federal Republic of Germany and the Three Powers will not be affected by the deletion of that paragraph as provided by the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany.

I take this opportunity to assure you, Mr. Minister, of my highest consideration.

Adenauer

(Traduction)

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Président du Conseil
Ministre des Affaires Etrangères
de la République Française

Monsieur le Président,

Je me réfère au paragraphe 7 de l'Article 5 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale, signée à Bonn le 26 mai 1952, et qui stipule qu'indépendamment de l'état de crise, tout chef militaire peut, si ses Forces sont sous le coup d'une menace imminente, prendre, pour leur protection, toutes les mesures immédiates appropriées (y compris le recours à la force armée) qui sont nécessaires pour écarter le danger. Le Gouvernement Fédéral estime qu'il s'agit là d'un droit implicite que possède tout chef militaire d'après le droit international et, par suite, d'après le droit allemand.

Je désire préciser que, de ce fait, le droit visé au paragraphe 7 de l'Article 5 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale n'est pas affecté par la suppression de ce paragraphe, prévue par le Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, les assurances de ma très haute considération.

Adenauer

*) *Gleichlautende Schreiben sind an die Außenminister des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik gerichtet worden.*

Identical letters were addressed to the Foreign Ministers of the United Kingdom and the French Republic.

Des lettres analogues ont été adressées aux Ministres des Affaires Etrangères du Royaume-Uni et de la République Française par le Chancelier Fédéral.

IVa

Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 betreffend Kartellpolitik.

Letters from the Federal Chancellor to each of the three High Commissioners relating to cartel policy.

Lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par le Chancelier Fédéral à chacun des trois Hauts Commissaires au sujet de la politique anti-cartels.

Paris, 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz *)

dem Herrn Hohen Kommissar
der Vereinigten Staaten von Amerika

Herr Botschafter,

Die Bundesregierung bekennt sich zu dem Grundsatz, daß die Freiheit des Wettbewerbs die wichtigste Grundlage der von ihr vertretenen sozialen Marktwirtschaft ist. Sie hat diese Auffassung in dem Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen niedergelegt. Dieser Entwurf hat die grundsätzliche Zustimmung des Bundesrats gefunden. Dem Bundestag hat die Bundesregierung den Entwurf schon in der ersten Wahlperiode unterbreitet; sie wird ihn demnächst erneut zur Beschlußfassung vorlegen. Die Bundesregierung hat damit zu erkennen gegeben, daß ihr die Verabschiedung eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ein ernstes Anliegen ist. Sie ist gewillt, an der bisher von ihr verfolgten Kartellpolitik festzuhalten und dahin zu wirken, daß die Freiheit des Wettbewerbs durch ein deutsches Gesetz umfassend und wirksam geschützt wird. In diesem Bestreben wird sie sich auch gegen alle Versuche wenden, die alliierten Vorschriften, welche jetzt Wettbewerbsbeschränkungen und Monopole verbieten (Gesetz Nr. 56 der amerikanischen Militärregierung, Verordnung Nr. 78 der britischen Militärregierung und Verordnung Nr. 96 des französischen Oberkommandierenden in Deutschland), aufzuheben oder zu ändern, bevor ein deutsches Gesetz in Kraft tritt, das allgemeine Bestimmungen gegen Wettbewerbsbeschränkungen enthält.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

(Translation)

Paris, 23 October 1954

His Excellency,

The United States High Commissioner

Mr. Ambassador,

The Federal Government adheres to the principle that freedom of competition is the most important basis of the policy of "social market economy" which it stands for. It has given expression to this attitude in the draft of a law against restraints of competition. This draft has received the approval in principle of the Bundesrat. The Federal Government has submitted the draft to the first Bundestag; it will submit it again in the near future to the Bundestag for its adoption. The Federal Government has thus shown that it earnestly desires the passing of a law against restraints of competition. It is determined to maintain the anti-cartel policy hitherto pursued by it and to work toward effective and comprehensive protection of freedom of competition by a German law. In this effort, the Federal Government will also oppose all efforts to repeal or modify the Allied legislation which now prohibits restraints of competition and monopolies (United States Military Government Law No. 56, British Military Government Ordinance No. 78, Ordinance No. 96 of the French Commander-in-Chief in Germany) before the coming into force of a German law containing general provisions against restraints of competition.

I take this opportunity to renew to you, Mr. Ambassador, the assurance of my high consideration.

Adenauer

(Traduction)

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence

Monsieur le Haut Commissaire
de la République Française
en Allemagne

Monsieur l'Ambassadeur,

Le Gouvernement Fédéral souscrit au principe selon lequel la libre concurrence constitue l'élément le plus important de la politique d'économie sociale qu'il préconise. Cette conception a été définie dans un projet de loi destinée à empêcher les restrictions à la libre concurrence. Ce projet de loi a déjà reçu une approbation de principe de la part du Conseil Fédéral. Le Gouvernement Fédéral a présenté ce projet de loi à la première Diète Fédérale; il le soumettra de nouveau, prochainement, à la Diète Fédérale actuelle, pour décision. Le Gouvernement Fédéral a ainsi manifesté l'intérêt qu'il porte à la promulgation d'une loi destinée à empêcher les restrictions à la libre concurrence. Il est décidé à maintenir la politique anti-cartels qu'il a poursuivie jusqu'à présent et à s'employer à assurer, par la promulgation d'une loi allemande, une protection totale et efficace de la libre concurrence. Dans cet esprit, il s'opposera également à toute mesure tendant à abroger ou à modifier, avant l'entrée en vigueur d'une loi allemande, contenant des dispositions générales contre les restrictions à la libre concurrence, les lois alliées (Loi No 56 du Gouvernement Militaire Américain, Ordonnance No 78 du Gouvernement Militaire Britannique et Ordonnance No 96 du Commandant en Chef Français) qui interdisent actuellement les restrictions à la libre concurrence ainsi que les monopoles.

Veuillez agréer, Monsieur l'Ambassadeur, les assurances de ma très haute considération.

Adenauer

*) *Gleichlautende Schreiben sind an die Hohen Kommissare des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik gerichtet worden.*

Identical letters were addressed to the High Commissioners of the United Kingdom and the French Republic.

Des lettres analogues ont été adressées aux Hauts Commissaires du Royaume-Uni et de la République Française par le Chancelier Fédéral.

IV b

Schreiben der Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 betreffend die Bestätigung des Schreibens IV a.

Letters from the High Commissioners to the Federal Chancellor replying to letter No. IV a.

Lettres en date du 23 octobre 1954 des Hauts Commissaires accusant réception des lettres IV a.

(Übersetzung)

Paris, den 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, in dem Sie erklären, daß sich die Bundesregierung gegen alle Versuche wenden wird, die alliierten Dekartellierungsvorschriften (Gesetz Nr. 56 der amerikanischen Militärregierung, Verordnung Nr. 78 der britischen Militärregierung, Verordnung Nr. 96 des französischen Oberkommandierenden in Deutschland) aufzuheben oder zu ändern, bevor ein deutsches Gesetz in Kraft tritt, das allgemeine Bestimmungen gegen Wettbewerbsbeschränkungen enthält.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

James B. Conant
Hoher Kommissar
der Vereinigten Staaten
für Deutschland

Paris, 23 October 1954

His Excellency, *)
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

I have the honor to acknowledge receipt of your letter of today's date stating that the Federal Government will oppose all efforts to repeal or modify the Allied decartelization legislation (United States Military Government Law No. 56, British Military Government Ordinance No. 78, Ordinance No. 96 of the French Commander-in-Chief in Germany) before the coming into force of a German law containing general provisions against restraints of competition.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurances of my highest consideration.

James B. Conant
United States High Commissioner
for Germany

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Au nom du Gouvernement de la République Française, j'ai l'honneur d'accuser la réception de votre lettre de ce jour, par laquelle vous déclarez que le Gouvernement Fédéral s'opposera à toute tentative visant à abroger ou à modifier la législation alliée de décartellisation (Loi N° 56 du Gouvernement Militaire Américain, Ordonnance N° 78 du Gouvernement Militaire Britannique et Ordonnance N° 96 du Commandant en Chef Français en Allemagne) avant l'entrée en vigueur d'une loi allemande contenant des dispositions générales interdisant les restrictions à la concurrence.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier Fédéral, les assurances de ma très haute considération.

André François-Poncet
Ambassadeur de France
Haut Commissaire
de la République en Allemagne

*) *Ein gleichlautendes Schreiben hat der Hohe Kommissar des Vereinigten Königreiches an den Bundeskanzler gerichtet.*
An identical letter was addressed to the Federal Chancellor by the United Kingdom High Commissioner.
Une lettre analogue a été adressée par le Haut Commissaire du Royaume-Uni au Chancelier Fédéral.

V a

Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 betreffend Gewährleistung der Weiterführung von Gewerben und freien Berufen.

Letters from the Federal Chancellor to each of the three High Commissioners concerning protection of the status of tradesmen and professions.

Lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par le Chancelier Fédéral à chacun des trois Hauts Commissaires au sujet de la protection du Statut du commerce et de la profession.

(Translation) *(Traduction)*

Paris, 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz *)
dem Herrn Hohen Kommissar
der Vereinigten Staaten von Amerika

Herr Botschafter,

Die Bundesregierung bekennt sich zu dem Grundsatz, daß die Rechtsstellung derjenigen Personen zu schützen ist, die seit dem 8. Mai 1945 unter erleichterten Voraussetzungen, welche durch

Paris, 23 October 1954

His Excellency,
The United States High Commissioner

Mr. Ambassador,

The Federal Government adheres to the principle that the legal position of those persons who, since 8 May 1945, under relaxed requirements established by laws, ordinances, directives or

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Haut Commissaire
de la République Française
en Allemagne

Monsieur l'Ambassadeur,

Le Gouvernement Fédéral souscrit au principe selon lequel la situation juridique des personnes qui, depuis le 8 mai 1945, ont commencé à exercer un commerce, un métier ou une profes-

Gesetze, Verordnungen, Direktiven oder sonstige Erlasse oder Anweisungen der Besatzungsbehörden geschaffen worden sind, ein Gewerbe oder eine freie Berufstätigkeit aufgenommen und bis heute fortgesetzt haben. Die Bundesregierung wird sich gegen alle Bestrebungen wenden, die dahin gehen könnten, die erworbene Rechtsstellung dieser Personen zu beeinträchtigen. Sie ist im übrigen der Auffassung, daß die Ausübung der gewerblichen oder freiberuflichen Tätigkeit der genannten Personen schon nach Artikel 2 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen geschützt ist.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

other orders or instructions of the Occupation Authorities, have commenced a trade or a free profession and have continued it up to the present time, should be protected. The Federal Government will oppose all efforts which may tend to impair the legal position which these persons have obtained. Moreover it is the view of the Federal Government that the exercise of such trade or free profession by these persons is already protected under Article 2 of Chapter One of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation.

I take this opportunity to renew to you, Mr. Ambassador, the assurance of my high consideration.

Adenauer

sion libérale et ont continué à l'exercer jusqu'à cette date, dans des conditions assouplies par les lois, ordres, directives ou autres textes ou instructions des Autorités d'Occupation, doit être protégée. Le Gouvernement Fédéral s'opposera à toute tentative qui viserait à remettre en cause la situation juridique acquise par ces personnes. Par ailleurs, le Gouvernement Fédéral estime que l'exercice par ces personnes d'un commerce ou d'une profession libérale est déjà protégé par les dispositions de l'Article 2 du Chapitre Premier de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation.

Veuillez agréer, Monsieur l'Ambassadeur, les assurances de ma très haute considération.

Adenauer

*) *Gleichlautende Schreiben sind an die Hohen Kommissare des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik gerichtet worden.*

Identical letters were addressed to the High Commissioners of the United Kingdom and the French Republic.

Des lettres analogues ont été adressées aux Hauts Commissaires du Royaume-Uni et de la République Française par le Chancelier Fédéral.

V b

Schreiben der Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 betreffend die Bestätigung des Schreibens V a.

Letters from the High Commissioners to the Federal Chancellor replying to letter No. V a.

Lettres en date du 23 octobre 1954 des Hauts Commissaires, accusant réception des lettres Va.

(Übersetzung)

Paris, den 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz

dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das sich mit der Rechtsstellung der Personen befaßt, die ein Gewerbe oder eine freie Berufstätigkeit aufgenommen haben.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

James B. Conant
Hoher Kommissar
der Vereinigten Staaten
für Deutschland

Paris, 23 October 1954

His Excellency, *)

The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

I have the honor to acknowledge receipt of your letter of today's date concerning the legal position of persons engaged in a trade or free profession.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurances of my highest consideration.

James B. Conant
United States High Commissioner
for Germany

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence

Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Au nom du Gouvernement de la République Française, j'ai l'honneur d'accuser la réception de votre lettre de ce jour relative à la situation juridique des personnes exerçant un commerce ou une profession libérale.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier Fédéral, les assurances de ma très haute considération.

André François-Poncet
Ambassadeur de France
Haut Commissaire
de la République en Allemagne

*) *Ein gleichlautendes Schreiben hat der Hohe Kommissar des Vereinigten Königreiches an den Bundeskanzler gerichtet.*

An identical letter was addressed to the Federal Chancellor by the United Kingdom High Commissioner.

Une lettre analogue a été adressée par le Haut Commissaire du Royaume-Uni au Chancelier Fédéral.

VI a

Schreiben der Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 23. Oktober 1954 betreffend Auskünfte über innere Rückerstattung.

Letters from the High Commissioners to the Federal Chancellor relating to facilities for information about internal restitution.

Lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par les Hauts Commissaires au Chancelier Fédéral au sujet des renseignements concernant les restitutions internes.

(Übersetzung)

Paris, den 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Im Verlauf der Vier-Mächte-Verhandlungen in London im Oktober 1954 wurde eine Vereinbarung dahingehend erzielt, Absatz 5 (a), (b) und (c) des Artikels 3 des Dritten Teils (Innere Rückerstattung) des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen zu streichen und die in diesen gestrichenen Bestimmungen enthaltenen Angelegenheiten zum Gegenstand eines Briefwechsels zu machen.

Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika gehen davon aus, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland damit einverstanden ist, daß je ein Beamter, der von den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika bestimmt wird, um seiner Regierung über den Fortschritt des Rückerstattungsprogramms Bericht zu erstatten, alle angemessenen Erleichterungen erhält und daß diesem alle notwendigen Auskünfte, einschließlich Statistiken und Berichte, geliefert werden, wie sie bisher den obenerwähnten Regierungen unterbreitet worden sind.

Für eine Bestätigung der obigen Vereinbarung wäre ich Ihnen dankbar.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

James B. Conant
Hoher Kommissar der
Vereinigten Staaten für Deutschland

Paris, 23 October 1954

His Excellency, *)
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

In the course of the Four Power Conference in London in October 1954, it was agreed to delete paragraph 5 (a), (b) and (c) of Article 3 of Chapter Three (Internal Restitution) of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation and to make the matters covered by these deleted provisions the subject of an Exchange of Letters.

It is the understanding of the Governments of the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic that the Government of the Federal Republic of Germany agrees that an official, designated by each of the Governments of the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic for the purpose of reporting to his Government on the progress of the Restitution program, shall be granted reasonable facilities and shall be supplied with all necessary information including Statistics and Reports as heretofore submitted to the aforesaid Governments.

Your confirmation of the above agreement would be appreciated.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurances of my highest consideration.

James B. Conant
United States High Commissioner
for Germany

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Au cours de la conférence des Quatre Puissances à Londres, en octobre 1954, il a été convenu de supprimer les paragraphes 5 (a), (b) et (c) de l'Article 3 du Chapitre Troisième (Restitutions Internes) de la Convention sur le Règlement de Questions Issues de la Guerre et de l'Occupation et de traiter dans un échange de lettres les questions qui avaient fait l'objet des dispositions supprimées.

Les Gouvernements de la République Française, du Royaume-Uni de Grande Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique comprennent que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne est d'accord pour qu'un agent, désigné par chacun des Gouvernements de la République Française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique et chargé de tenir son Gouvernement informé de l'exécution du programme des restitutions, bénéficie de toutes facilités jugées raisonnables et reçoive toutes informations nécessaires, y compris les statistiques et rapports adressés jusqu'ici aux Gouvernements précités.

Je vous serais obligé de bien vouloir me confirmer votre accord sur les dispositions ci-dessus.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier Fédéral, les assurances de ma très haute considération.

André François-Poncet
Ambassadeur de France
Haut Commissaire
de la République en Allemagne

*) *Ein gleichlautendes Schreiben hat der Hohe Kommissar des Vereinigten Königreiches an den Bundeskanzler gerichtet.*
An identical letter was addressed to the Federal Chancellor by the United Kingdom High Commissioner.
Une lettre analogue a été adressée par le Haut Commissaire du Royaume-Uni au Chancelier Fédéral.

VI b

Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Hohen Kommissare betreffend die Bestätigung der Schreiben VI a.

Letters from the Federal Chancellor to each of the three High Commissioners replying to letter No. VI a.

Lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par le Chancelier Fédéral à chacun des trois Hauts Commissaires, accusant réception des lettres VI a.

Paris, 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz *)
dem Herrn Hohen Kommissar
der Vereinigten Staaten von Amerika

Herr Botschafter,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

(wie unter VI a)

Ich beehre mich, Ihnen das Einverständnis der Bundesregierung mit dem Inhalt dieses Schreibens zu übermitteln.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

(Translation)

Paris 23 October 1954

His Excellency,
The United States High Commissioner

Mr. Ambassador,

I have the honor to acknowledge receipt of your letter of today's date which is worded as follows:

(as in No. VI a)

I have the honor to assure you of the agreement of the Federal Government to the terms of that letter.

I take this opportunity to renew to you, Mr. Ambassador, the assurance of my high consideration.

Adenauer

(Traduction)

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Haut Commissaire
de la République Française
en Allemagne

Monsieur l'Ambassadeur,

J'ai l'honneur d'accuser la réception de votre lettre de ce jour, reproduite ci-après:

(voir texte de la lettre VI a)

J'ai l'honneur de vous confirmer l'accord du Gouvernement Fédéral sur les termes de cette lettre.

Veuillez agréer, Monsieur l'Ambassadeur, les assurances de ma très haute considération.

Adenauer

*) *Gleichlautende Schreiben sind an die Hohen Kommissare des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik gerichtet worden.*

Identical letters were addressed to the High Commissioners of the United Kingdom and the French Republic.

Des lettres analogues ont été adressées aux Hauts Commissaires du Royaume-Uni et de la République Française par le Chancelier Fédéral.

VII a

Schreiben der Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 23. Oktober 1954 betreffend Auskünfte über Entschädigungen für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung.

Letters from the High Commissioners to the Federal Chancellor relating to facilities for information about compensation for victims of Nazi persecution.

Lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par les Hauts Commissaires au Chancelier Fédéral au sujet des renseignements concernant l'indemnisation des victimes de la persécution nationale-socialiste.

(Übersetzung)

Paris, 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Im Verlauf der Vier-Mächte-Verhandlungen über die Beendigung des Besatzungsregimes wurde eine Vereinbarung dahingehend erzielt, Absatz 4 des Vierten Teils (Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung) des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen zu streichen, wobei Einverständnis darüber bestand, daß die in diesem Absatz behandelten Angelegenheiten Gegenstand eines Briefwechsels sein sollten.

Paris, 23 October 1954

His Excellency, *)
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

In the course of the Four Power Talks on the Termination of the Occupation Regime it has been agreed to delete paragraph 4 of Chapter Four (Compensation for Victims of Nazi Persecution) of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation on the understanding that the matters dealt with therein would be covered by an Exchange of Letters.

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Au cours de la conférence des Quatre Puissances sur la fin du régime d'occupation, il a été convenu de supprimer le paragraphe 4 du Chapitre Quatrième (Indemnisation des Victimes du Nazisme) de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, étant entendu que les questions qui y sont traitées feraient l'objet d'un échange de lettres.

Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika gehen davon aus, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland damit einverstanden ist, daß den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika oder den von ihnen ermächtigten Stellen angemessene Möglichkeiten gewährt werden, alle in dem Vierten Teil des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen behandelten Angelegenheiten zu beobachten, soweit nichtdeutsche Staatsangehörige oder nicht im Bundesgebiet wohnhafte Personen betroffen sind.

Ferner haben die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten die im Verlauf der Verhandlungen von den Vertretern der Bundesregierung abgegebenen Versicherungen zur Kenntnis genommen, wonach die Verpflichtungen der Bundesrepublik gemäß Absatz 4 (b) des Vierten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen, soweit sie nicht schon in den deutschen Rechtsvorschriften enthalten sind, für die Bundesregierung eine natürliche Verpflichtung darstellen, die sie in Zukunft freiwillig zu übernehmen bereit ist. Auf Grund dieser Zusicherungen haben die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten die Streichung der obenerwähnten Bestimmung angenommen.

Für eine Bestätigung der obigen Vereinbarung wäre ich Ihnen dankbar.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

James B. Conant

Hoher Kommissar
der Vereinigten Staaten
für Deutschland

It is understood by the Governments of the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic that the Government of the Federal Republic of Germany agrees that adequate opportunities be afforded to the Governments of the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic, or their authorized agents, for the observation of all matters dealt with in Chapter Four of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation insofar as non-German nationals or non-residents of the Federal territory are involved. Furthermore, the Governments of the United States, the United Kingdom and the French Republic have noted the assurances which have been given in the course of the negotiations by the representatives of the Government of the Federal Republic and according to which the undertakings which the Federal Republic has contracted under paragraph 4 (b) of Chapter Four of the Settlement Convention, insofar as they are not already covered by German law, represent for the Federal Government a natural obligation which it is prepared voluntarily to assume in the future. On the basis of these assurances, the Governments of the United States, the United Kingdom and the French Republic have accepted the deletion of the above-mentioned provision.

Your confirmation of the above agreement would be appreciated.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurances of my highest consideration.

James B. Conant

United States High Commissioner
for Germany

Les Gouvernements de la République Française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique comprennent que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne est d'accord pour donner aux Gouvernements de la République Française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique, ou à leurs agents qualifiés, la possibilité d'exercer leurs observations dans les domaines traités au Chapitre Quatrième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, dans la mesure où des ressortissants non allemands ou des personnes ne résidant pas sur le territoire fédéral sont en cause.

En outre, les Gouvernements de la France, du Royaume-Uni et des Etats-Unis ont pris acte des assurances qui ont été données, au cours des négociations, par les représentants de la République Fédérale, et aux termes desquelles les engagements qu'avait contractés la République Fédérale, en vertu du paragraphe 4 (b) du Chapitre Quatrième de la Convention de Règlement, dans la mesure où ils n'étaient pas déjà couverts par le Droit allemand, constituaient pour la République Fédérale une obligation naturelle qu'elle était disposée à assumer volontairement dans l'avenir. Sur la base de ces assurances, les Gouvernements de la France, du Royaume-Uni et des Etats-Unis ont accepté la suppression de la disposition visée ci-dessus.

Je vous serais obligé de bien vouloir me confirmer votre accord sur les dispositions ci-dessus.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier Fédéral, les assurances de ma très haute considération.

André François-Poncet

Ambassadeur de France
Haut Commissaire
de la République en Allemagne

*) *Ein gleichlautendes Schreiben hat der Hohe Kommissar des Vereinigten Königreiches an den Bundeskanzler gerichtet.*
An identical letter was addressed to the Federal Chancellor by the United Kingdom High Commissioner.
Une lettre analogue a été adressée par le Haut Commissaire du Royaume-Uni au Chancelier Fédéral.

VII b

Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Hohen Kommissare betreffend die Bestätigung des Schreibens VII a.

Letters from the Federal Chancellor to each of the three High Commissioners replying to letter No. VII a.

Lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par le Chancelier Fédéral à chacun des trois Hauts Commissaires, accusant réception des lettres VII a.

Paris, 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz *)
dem Herrn Hohen Kommissar
der Vereinigten Staaten von Amerika

Herr Botschafter,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

(wie unter VII a)

Ich beehre mich, Ihnen das Einverständnis der Bundesregierung mit dem Inhalt dieses Schreibens zu übermitteln.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

(Translation)

Paris, 23 October 1954

His Excellency,
The United States High Commissioner

Mr. Ambassador,

I have the honor to acknowledge receipt of your letter of today's date which is worded as follows:

(as in No. VII a)

I have the honor to assure you of the agreement of the Federal Government to the terms of that letter.

I take this opportunity to renew to you, Mr. Ambassador, the assurance of my high consideration.

Adenauer

(Traduction)

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Haut Commissaire
de la République Française
en Allemagne

Monsieur l'Ambassadeur,

J'ai l'honneur d'accuser la réception de votre lettre de ce jour, reproduite ci-après:

(voir texte de la lettre VII a)

J'ai l'honneur de vous confirmer l'accord du Gouvernement Fédéral sur les termes de cette lettre.

Veuillez agréer, Monsieur l'Ambassadeur, les assurances de ma très haute considération.

Adenauer

VIII a

Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 betreffend Erleichterungen für Botschaften und Konsulate.

Letters from the Federal Chancellor to each of the three High Commissioners relating to facilities for Embassies and Consulates.

Lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par le Chancelier Fédéral à chacun des trois Hauts Commissaires au sujet des facilités pour les Ambassades et les Consulats.

Paris, 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz *)
dem Herrn Hohen Kommissar
der Vereinigten Staaten von Amerika

Herr Botschafter,

(1) Ich nehme Bezug auf Artikel 13 des Ersten Teils des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen, der in Liste IV des heute in Paris unterzeichneten Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland enthalten ist, und beehre mich, Ihnen das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit folgender Regelung, die zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und der Französischen Republik vereinbart wurde, mitzuteilen.

(Translation)

Paris, 23 October 1954

His Excellency,
The United States High Commissioner

Mr. Ambassador,

1. With reference to Article 13 of Chapter One of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation included in Schedule IV of the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany signed at Paris this day, I have the honor to inform you of the agreement of the Government of the Federal Republic of Germany to the following arrangements which have been concerted between representatives of the Governments of the Federal Republic, the United Kingdom, the United States and the French Republic.

(Traduction)

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Haut Commissaire
de la République Française en
Allemagne

Monsieur l'Ambassadeur,

1. Me référant à l'Article 13 du Chapitre Premier de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, figurant dans l'Annexe IV du Protocole sur la Cessation du Régime d'occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé ce jour à Paris, j'ai l'honneur de vous marquer l'accord du Gouvernement de la République Fédérale sur les dispositions suivantes, dont il a été convenu entre les représentants du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, du Gouvernement de la République Française, du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique.

---

*) *Gleichlautende Schreiben sind an die Hohen Kommissare des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik gerichtet worden.*

Identical letters were addressed to the High Commissioners of the United Kingdom and the French Republic.

Des lettres analogues ont été adressées par le Chancelier Fédéral aux Hauts Commissaires du Royaume-Uni et de la République Française.

(2) Das in Artikel 13 des Ersten Teils des genannten Vertrags erwähnte Eigentum umfaßt:

(a) (i) bewegliches und unbewegliches Bundeseigentum, es sei denn, daß es der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost unterliegt;

(ii) bewegliches und unbewegliches Eigentum des früheren Deutschen Reiches, das im Zeitpunkt des Inkrafttretens des genannten Vertrags auf Grund des Bundesgesetzes zwecks vorläufiger Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligungen vom 21. Juli 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I, Seite 467) und der Verordnung zur Durchführung des § 6 dieses Gesetzes vom 26. Juli 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I, Seite 471) der Verwaltung des Bundes unterliegt, es sei denn, daß es der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost unterliegt;

(b) bewegliches und unbewegliches Eigentum der Länder der Bundesrepublik Deutschland und ihrer politischen Untergliederungen;

(c) bewegliches und unbewegliches Privateigentum;

(d) Gebäude, die aus Mitteln des Besatzungskosten- oder Auftragsausgabenhaushalts der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder errichtet worden sind;

(e) bewegliches Eigentum, das aus Mitteln des Besatzungskosten- oder Auftragsausgabenhaushalts erworben worden ist.

(3) Das in den Unterabsätzen (a), (b), (c) und (d) des vorstehenden Absatzes bezeichnete Eigentum wird nach Anhörung der Beteiligten und unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika während der Übergangszeit in gegenseitigem Einvernehmen zwischen Vertretern, die zu diesem Zweck von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika[1]) bestimmt werden und unter Mitwirkung der Protokollabteilung des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik Deutschland festgestellt. Eigentum der in den Unterabsätzen (a), (b), (c) und (d) des vorstehenden Absatzes bezeichneten Art, das von der gemäß diesem Absatz zu treffenden Feststellung nicht umfaßt wird, wird freigegeben.

[1]) Im Schreiben an den Hohen Kommissar des Vereinigten Königreiches ist, soweit nicht der Zusammenhang dies ausschließt, jeweils auf die »Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland«. Bezug genommen

Im Schreiben an den Hohen Kommissar der Französischen Republik tritt statt dessen die »Regierung der Französischen Republik«.

2. The property referred to in Article 13 of Chapter One of the said Convention comprises:

(a) (i) movable and immovable property belonging to the Federal Republic, other than property administered by the German Federal Railways or Federal Post;

(ii) movable and immovable property previously owned by the former Reich which, on the entry into force of the said Convention, is subject to the administration of the Federal Republic in accordance with the Law for a Provisional Settlement of the Legal Status of Reich Property and the Prussian Shares of 21 July 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 467) and the Ordinance for the Implementation of Article 6 of the that Law, of 26 July 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 471), other than property administered by the German Federal Railways or Federal Post;

(b) movable and immovable property belonging to the consistuent Länder of the Federal Republic of Germany and their political subdivisions;

(c) privately owned movable and immovable property;

(d) immovable property the construction of which was financed out of occupation costs or mandatory expenditure funds of the Federal Republic of Germany or its constituent Länder;

(e) movable property acquired from occupation costs or mandatory expenditure funds.

3. The property referred to in subparagraphs (a), (b), (c) and (d) of the foregoing paragraph shall be determined after hearing the interested parties and taking into account the special needs of the Government of the United States of America[1]) during the transitional period, by mutual agreement between representatives to be designated for that purpose by the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United States of America respectively, and with the co-operation of the Protocol Department of the Federal Foreign Office Property of the types specified in sub-paragraphs (a), (b), (c) and (d) of the foregoing paragraph which is not included in the determination made pursuant to this paragraph will be released.

[1]) In the letter addressed to the High Commissioner of the United Kingdom, reference throughout, except where the context otherwise requires, is to "the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland" where "the Government of the United States of America" is mentioned

In the letter addressed to the High Commissioner of the French Republic, the reference is to "the Government of the French Republic"

2. Les biens visés à l'Article 13 du Chapitre Premier de la dite Convention comprennent:

(a) (i) les biens meubles et immeubles appartenant à la République Fédérale d'Allemagne, autres que les biens administrés par les Chemins de fer fédéraux ou les Postes fédérales;

(ii) les biens meubles et immeubles antérieurement possédés par l'ancien Reich dont le Gouvernement Fédéral, lors de l'entrée en vigueur de la dite Convention, assure l'administration, conformément à la Loi Fédérale relative au Règlement Provisoire du Statut Juridique des Biens du Reich et des Biens de la Prusse en date du 21 juillet 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 467) et à l'Ordonnance relative à l'application de l'Article 6 de ladite Loi, du 26 juillet 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 471), autres que les biens administrés par les Chemins de fer fédéraux ou les Postes fédérales;

(b) les biens meubles et immeubles appartenant aux Länder constituant la République Fédérale d'Allemagne ou à leurs subdivisions politiques;

(c) les biens meubles et immeubles privés;

(d) les biens immeubles dont les frais de construction ont été imputés sur les budgets de frais d'occupation ou de dépenses imposées à la charge de la Republique Fédérale d'Allemagne ou des Länder la constituant;

(e) les biens meubles acquis sur les budgets de frais d'occupation ou de dépenses imposées.

3. Les biens visés aux alinéas (a), (b), (c) et (d) du paragraphe précédent seront déterminés d'un commun accord (18) entre des représentants désignés à cet effet par chacun des Gouvernements de la République Française[1]), d'une part, et de la République Fédérale, d'autre part, en collaboration avec le Service du Protocole du Ministère Fédéral des Affaires Etrangères, après audition des parties intéressées et compte tenu des besoins particuliers du Gouvernement de la République Française,[1]) au cours de la période transitoire. Les biens visés aux alinéas (a), (b), (c) et (d) du paragraphe précédent qui ne seraient pas compris dans la liste établie conformément à la procédure prévue au présent paragraphe seront libérés.

[1]) Dans les lettres adressées aux Hauts Commissaires du Royaume-Uni et des Etats-Unis d'Amérique, il est fait référence, sauf si le contexte nécessite une autre rédaction, respectivement au »Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord« ou au »Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique« partout où le Gouvernement de la République Française est mentionné.

(4) Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wird bestrebt sein, ihr Recht auf Benutzung des in den Unterabsätzen (a), (b), (c) und (d) des Absatzes (2) bezeichneten Eigentums in privatrechtliche Mietverhältnisse umzuwandeln.

Bei Vereinbarung der Höhe des Mietzinses für das in Unterabsatz (a) des Absatzes (2) bezeichnete Eigentum wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in angemessenem Rahmen entgegenkommen.

Der Mietzins für das in den Unterabsätzen (b) und (c) des Absatzes 2 bezeichnete Eigentum ist auf Grund des ortsüblichen Mietzinses festzusetzen. Bei dem in Unterabsatz (d) des Absatzes 2 bezeichneten Bundeseigentum wird für die Zeit von 9 Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen eine Vergütung lediglich für die Benutzung des Bodens bezahlt, wobei jedoch öffentliche Lasten und Abgaben für besondere Leistungen und für örtliche Verbesserungen, die vom Grundstückseigentümer für das betreffende Grundstück zu zahlen sind, zu berücksichtigen sind. Nach Ablauf des genannten Zeitabschnitts ist sowohl für den Boden als auch für die Gebäude eine den Umständen nach angemessene Miete zu zahlen.

Die Bundesregierung wird der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika beim Abschluß von Mietverträgen über das in den Unterabsätzen (b) und (c) des Absatzes 2 bezeichnete Eigentum ihre guten Dienste zur Verfügung stellen.

(5) Werden Mietverträge gemäß dem vorstehenden Absatz nicht geschlossen, so hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen an eine Nutzungsvergütung zu entrichten. Die Höhe der Nutzungsvergütung sowie der Vergütung für etwaige nach Inkrafttreten des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen eingetretene Schäden richtet sich nach der Bundesleistungsgesetzgebung, die auch bezüglich der Art und Weise der Benutzung Anwendung findet. Bis zum Inkrafttreten dieser Gesetzgebung gilt die bisherige Grundlage für die Bemessung der Vergütung für das durch die Botschaft und Konsulate gemäß Artikel 13 des Ersten Teils des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen und diesem Schreiben benutzte Eigentum weiter.

4. The Government of the United States of America will endeavour to convert its right of use of the property referred to in sub-paragraphs (a), (b), (c) and (d) of paragraph 2 above into tenancy arrangements under private law.

With respect to property referred to in sub-paragraph (a) of paragraph 2 the Government of the Federal Republic of Germany will meet the Government of the United States of America to a reasonable extent in agreeing the amount of the rent.

Rents for property referred to in sub-paragraphs (b) and (c) of paragraph 2 shall be based on those usual in the locality for the property concerned. So far as concerns Federal property referred to in sub-paragraph (d) of paragraph 2, for the period of nine months after the entry into force of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation, compensation shall be paid only in respect of the use of the land, taking into account, however, public charges and charges for special services or assessments for local improvements payable by the owner of the land in respect of such land. After such period a rent which is reasonable in the circumstances shall be paid for both land and buildings.

The Government of the Federal Republic will place its good offices at the disposal of the Government of the United States of America for the conclusion of tenancy arrangements with respect to property referred to in sub-paragraphs (b) and (c) of paragraph 2.

5. If tenancy agreements pursuant to the foregoing paragraph are not concluded, the Government of the United States of America shall pay compensation for use (Nutzungsvergütung) from the entry into force of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation. The amount of such compensation as well as the amount of compensation to be paid for damage which occurs after the entry into force of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation shall be determined in accordance with the Federal legislation relating to the procurement of goods, services and land for official agencies (Bundesleistungsgesetzgebung) which shall also apply to the manner of use of the property. Until the entry into force of this legislation, the hitherto existing basis for the assessment of compensation (Vergütung) for the property used, in accordance with Article 13 of Chapter One of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation and this letter, by the Embassy and Consulates shall continue to operate.

4. Le Gouvernement de la République Française s'efforcera de convertir son droit d'usage des biens visés aux alinéas (a), (b), (c) et (d) du paragraphe 2 ci-dessus en régime de location de droit privé.

En ce qui concerne les biens visés à l'alinéa (a) du paragraphe 2, le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne prendra en considération, dans une mesure raisonnable, le point de vue du Gouvernement de la République Française, lors de la fixation du montant des loyers.

Pour les biens visés aux alinéas (b) et (c) du paragraphe 2, les loyers seront fixés sur la base des prix pratiqués dans la localité pour le type de propriété en cause. Pour autant qu'il s'agisse des biens fédéraux visés à l'alinéa (d) du paragraphe 2, et pour une période de neuf mois après l'entrée en vigueur de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, une redevance ne sera payée que pour le seul usage du terrain, compte tenu, toutefois, des charges publiques, des frais afférents à la prestation de certains services ou des taxes particulières perçues pour des améliorations locales, qui seraient à la charge du propriétaire du terrain. Après cette période, un loyer raisonnable, compte tenu des circonstances, sera acquitté à la fois pour le terrain et pour les constructions.

En ce qui concerne les biens visés aux alinéas (b) et (c) du paragraphe 2, le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne offrira au Gouvernement de la République Française ses bons offices pour la conclusion des baux.

5. Au cas où les baux prévus au paragraphe précédent n'auraient pas été conclus, le Gouvernement de la République Française acquittera une indemnité d'utilisation (Nutzungsvergütung) à compter de la date d'entrée en vigueur de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation. Le montant de cette indemnité, ainsi que le montant des indemnités à acquitter en raison de dommages causés après l'entrée en vigueur de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, seront définis, conformément aux dispositions de la législation fédérale concernant la fourniture de biens, services et terrains aux organismes officiels (Bundesleistungsgesetzgebung), qui s'appliqueront également au mode d'utilisation des biens en cause. Jusqu'à l'entrée en vigueur de cette législation, les indemnités (Vergütung) pour les biens utilisés, conformément à l'Article 13 du Chapitre Premier de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation et à la présente lettre, par l'Ambassade et les Consulats, continueront à être calculées sur les bases actuelles.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird für die Abnutzung ihres in den Unterabsätzen (a) und (d) des Absatzes 2 bezeichneten Eigentums keine Entschädigung beanspruchen, und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wird keine Ansprüche auf Vergütung für Verbesserungen erheben, die von ihr an derartigem Eigentum vorgenommen worden sind.

The Government of the Federal Republic of Germany will not demand compensation for wear and tear of its property referred to in sub-paragraphs (a) and (d) of paragraph 2, and the Government of the United States of America will not demand compensation for improvements made by it to such property.

Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne ne réclamera pas d'indemnités pour l'usure ou la dépréciation des biens visés aux alinéas (a) et (d) du paragraphe 2, et le Gouvernement de la République Française ne réclamera pas d'indemnités pour les améliorations apportées par lui à ces biens.

(6) Die Freigabe des in Unterabsatz (c) des Absatzes 2 bezeichneten Eigentums hat Vorrang und wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt und in jedem Fall spätestens sechs Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen erfolgen, es sei denn, daß über derartiges Eigentum Mietverträge gemäß Absatz 4 abgeschlossen worden sind.

6. The release of property referred to in sub-paragraph (c) of paragraph 2 will be given priority and will be effected at the earliest possible moment and in any case not later than six months after the entry into force of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation, unless, in respect of any such property, tenancy arrangements have been concluded in pursuance of paragraph 4.

6. Les biens visés à l'alinéa (c) du paragraphe 2, seront libérés par priorité, le plus tôt possible, et, dans tous les cas, au plus tard six mois après la date d'entrée en vigueur de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, à moins que ces biens n'aient fait l'objet d'accords de location, conformément aux dispositions du paragraphe 4.

Das in Unterabsatz (e) des Absatzes 2 bezeichnete Eigentum wird spätestens neun Monate nach Inkrafttreten des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen freigegeben. Die Weiterbenutzung dieses Eigentums nach diesem Zeitpunkt wird den Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bilden.

Property referred to in sub-paragraph (e) of paragraph 2 will be released not later than nine months after the entry into force of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation. Its continued use after that date will be the subject of negotiation between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United States of America.

Les biens visés à l'alinéa (e) du paragraphe 2, seront libérés au plus tard neuf mois après la date d'entrée en vigueur de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation. L'usage de ces biens, après cette date, fera l'objet de négociations entre le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République Française.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika verpflichtet sich, alles sonstige in Absatz 2 bezeichnete Eigentum zum frühestmöglichen Zeitpunkt freizugeben, und zwar jedenfalls, sobald es von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika für ihre Botschaft und Konsulate nicht mehr benötigt wird.

The Government of the United States of America undertakes to release all other property referred to in paragraph 2 at the earliest possible moment and in any case as soon as it becomes surplus to the requirements of the Government of the United States of America with regard to its Embassy and Consulates.

Le Gouvernement de la République Française s'engage à libérer tous les autres biens visés au paragraphe 2, le plus tôt possible, et, dans tous les cas, dès qu'ils ne seront plus indispensables au Gouvernement de la République Française pour ses Ambassade et Consulats.

Die Bundesregierung wird bestrebt sein, durch Errichtung von Neubauten anderweitige Unterkunft zur Anmietung oder zum Ankauf durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika verfügbar zu machen.

The Government of the Federal Republic will endeavour, by the construction of new buildings, to make available alternative accommodation for rental or purchase by the Government of the United States of America.

Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne s'efforcera, par la construction de nouveaux immeubles, de fournir des locaux de remplacement, qui pourront être loués ou achetés par le Gouvernement de la République Française.

(7) Die Mitglieder der Botschaft und Konsulate der Vereinigten Staaten von Amerika, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind berechtigt, die für den Gebrauch der von den Streitkräften der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik auf Grund des Artikels 36 des Vertrags über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland oder auf Grund ähnlicher Bestimmungen in Abkommen, die gegebenenfalls an Stelle dieses Vertrags treten, bestimmten Einrichtungen der nichtdeutschen Organisationen zu benutzen.

7. The personnel of the Embassy and Consulates of the United States of America not possessing German nationality shall be entitled to make use of the facilities of the non-German organizations established by the Forces of the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic pursuant to Article 36 of the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany or to similar provisions, if any, in Agreements which may supersede that Convention.

7. Les membres de l'Ambassade et des Consulats du Gouvernement de la République Française, qui n'ont pas la nationalité allemande, ont le droit d'utiliser les installations des organisations non allemandes, établies par les Forces du Gouvernement de la République Française, du Royaume-Uni de Grande-Betragne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique, en vertu de l'Article 36 de la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces Etrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne ou de toutes clauses analogues, s'il en existe, figurant dans les accords remplaçant cette Convention.

(8) Durch die Bestimmungen des Artikels 13 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen oder dieses Schreibens wird das Eigentum nicht

8. Nothing in Article 13 of Chapter One of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation or in this letter shall be deemed to affect pro-

8. Les dipositions de l'Article 13 du Chapitre Premier de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation ou de la présente lettre ne sont pas applicables

berührt, das von den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik für den Gebrauch ihrer Streitkräfte benötigt wird.

(9) Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das Einverständnis Ihrer Regierung mit dem oben Dargelegten bestätigen würden.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

perty required by the Governments of the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic for the use of their Armed Forces.

9. I should be grateful if you would confirm the agreement of your Government with the foregoing.

I take this opportunity to renew to you, Mr. Ambassador, the assurance of my high consideration.

Adenauer

aux biens nécessaires aux Gouvernements de la République Française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique pour les besoins de leurs Forces Armées.

9. Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me confirmer l'accord de votre Gouvernement sur ce qui précède.

Veuillez agréer, Monsieur l'Ambassadeur, les assurances de ma très haute considération.

Adenauer

VIII b

Schreiben der Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 betreffend die Bestätigung des Schreibens VIII a.

Letters from each of the three High Commissioners to the Federal Chancellor replying to letter No. VIII a.

Lettres en date du 23 octobre 1954 des Hauts Commissaires, accusant réception des lettres VIII a.

(Übersetzung)

Paris, den 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Ich beehre mich, den Eingang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das wie folgt lautet:

(wie unter VIII a)

Ich habe die Ehre, Ihnen das Einverständnis meiner Regierung mit dem oben Dargelegten mitzuteilen.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

James B. Conant
Hoher Kommissar
der Vereinigten Staaten
für Deutschland

Paris, 23 October 1954

His Excellency, *)
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

I have the honor to acknowledge receipt of your letter of today's date which is worded as follows:

(as in No. VIII a)

I have the honor to inform you that my Government accepts the understandings set out in your letter.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurances of my highest consideration.

James B. Conant
United States High Commissioner
for Germany

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

J'ai l'honneur d'accuser la réception de votre lettre de ce jour, reproduite ci-après:

(voir texte de la lettre VIII a)

J'ai l'honneur de vous faire savoir que mon Gouvernement donne son accord à l'arrangement exposé dans votre communication.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier Fédéral, les assurances de ma très haute considération.

André François-Poncet
Ambassadeur de France
Haut Commissaire
de la République en Allemagne

*) *Ein gleichlautendes Schreiben hat der Hohe Kommissar des Vereinigten Königreiches an den Bundeskanzler gerichtet.*
An identical letter was addressed to the Federal Chancellor by the United Kingdom High Commissioner.
Une lettre analogue a été adressée par le Haut Commissaire du Royaume-Uni au Chancelier Fédéral.

IX a

Schreiben der Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 23. Oktober 1954 betreffend Luftverkehr nach und von den Berliner Luftschneisen.

Letters from the High Commissioners to the Federal Chancellor relating to air traffic to and from the Berlin air corridors.

Lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par les Hauts Commissaires au Chancelier Fédéral au sujet du trafic aérien à destination et en provenance des couloirs aériens de Berlin.

(Übersetzung)

Paris, den 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Ich beehre mich, auf Artikel 5 des Zwölften Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen, der in dem am heutigen Tage in Paris unterzeichneten Protokoll angeführt ist, Bezug zu nehmen und darf namens der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika im Einvernehmen mit den Regierungen der Französischen Republik und des Vereinigten Königreichs die Erklärung abgeben, daß in Ausübung der Verantwortlichkeiten aus diesem Artikel einem Antrag auf Genehmigung von Luftverkehr nach und von den Berliner Luftschneisen durch Luftfahrzeuge anderer Staaten als der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, der Französischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erst dann entsprochen werden wird, wenn die Bundesregierung den Vertretern der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der Französischen Republik mitgeteilt hat, daß sie bereit ist, das Recht zum Überfliegen des Bundesgebiets einzuräumen.

Ich unterstelle, daß eine Genehmigung für das Überfliegen des Bundesgebiets für diese Flüge dem Antragsteller erst dann erteilt werden wird, wenn die Vertreter der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der Französischen Republik der Bundesregierung mitgeteilt haben, daß sie bereit sind, dem Antrag auf Genehmigung von Luftverkehr nach und von den Berliner Luftschneisen zu entsprechen.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

James B. Conant
Hoher Kommissar
der Vereinigten Staaten
für Deutschland

Paris, 23 October 1954

His Excellency, *)
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

I refer to Article 5 of Chapter Twelve of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation referred to in the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany signed in Paris this day and wish to state on behalf of the Government of the United States of America, in agreement with the Governments of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic, that, in the exercise of the responsibilities under the said Article, an application for authorization of air traffic to and from the Berlin air corridors by aircraft of Powers other than the United States, the United Kingdom, the French Republic and the Union of Soviet Socialist Republics will be approved only after notification by the Federal Government to the representatives of the United States, the United Kingdom and the French Republic that the Federal Government is willing to grant the right to overfly the Federal territory.

I understand that a permit for the overflight of the Federal territory on these flights will be issued to the applicant only after notification to the Federal Government by the representatives of the United States, the United Kingdom and the French Republic that they are willing to approve the application for authorization of air traffic to and from the Berlin air corridors.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurances of my highest consideration.

James B. Conant
United States High Commissioner
for Germany

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

J'ai l'honneur de me référer à l'Article 5 du Chapitre Douzième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, visé dans le Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé ce jour, à Paris, et je tiens à déclarer au nom du Gouvernement de la République Française, en accord avec les Gouvernements du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique, que dans l'exercice des responsabilités résultant dudit Article, une demande d'autorisation de trafic aérien à destination et en provenance des couloirs aériens de Berlin par des aéronefs des Puissances autres que la République Française, les Etats-Unis, le Royaume-Uni et l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques ne sera approuvée que lorsque les représentants de la République Française, du Royaume-Uni et des Etats-Unis auront reçu notification du Gouvernement Fédéral de son intention d'accorder le droit de survol du territoire fédéral.

Il est entendu qu'une autorisation de survol du territoire fédéral concernant ces vols ne sera délivrée au demandeur que lorsque le Gouvernement Fédéral aura reçu notification des représentants de la République Française, du Royaume-Uni et des Etats-Unis de leur intention d'approuver la demande d'autorisation de trafic aérien à destination et en provenance des couloirs aériens de Berlin.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier Fédéral, les assurances de ma très haute considération.

André François-Poncet
Ambassadeur de France
Haut Commissaire
de la République en Allemagne

*) *Ein gleichlautendes Schreiben hat der Hohe Kommissar des Vereinigten Königreiches an den Bundeskanzler gerichtet.*
An identical letter was addressed to the Federal Chancellor by the United Kingdom High Commissioner.
Une lettre analogue a été adressée par le Haut Commissaire du Royaume-Uni au Chancelier Fédéral.

IX b

Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 betreffend die Bestätigung des Schreibens IX a.

Letters from the Federal Chancellor to the three High Commissioners replying to letter No. IX a.

Lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par le Chancelier Fédéral à chacun des Hauts Commissaires, accusant réception des lettres IX a.

Paris, 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz *)
dem Herrn Hohen Kommissar
der Vereinigten Staaten
von Amerika

Herr Botschafter,

Ich beehre mich, den Eingang Ihres heutigen Schreibens betreffend Artikel 5 des Zwölften Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß ich mit seinem Inhalt einverstanden bin.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

(Translation)

Paris, 23. October 1954

His Excellency,
The United States
High Commissioner

Mr. Ambassador,

I have the honor to acknowledge receipt of your letter of today's date relating to Article 5 of Chapter Twelve of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation, and to inform you that I agree with its contents.

I take this opportunity to renew to you, Mr. Ambassador, the assurance of my high consideration.

Adenauer

(Traduction)

Paris, le 23 Octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Haut Commissaire
de la République Française
en Allemagne

Monsieur l'Ambassadeur,

J'ai l'honneur d'accuser la réception de votre lettre de ce jour relative à l'Article 5 du Chapitre Douzième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation et de vous faire connaître que je donne mon accord au contenu de cette lettre.

Veuillez agréer, Monsieur l'Ambassadeur, les assurances de ma très haute considération.

Adenauer

*) *Gleichlautende Schreiben sind an die Hohen Kommissare des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik gerichtet worden.*

Identical letters were addressed to the High Commissioners of the United Kingdom and the French Republic.

Des lettres analogues ont été adressées par le Chancelier Fédéral aux Hauts Commissaires du Royaume-Uni et de la République Française.

Xa

Schreiben des Bundeskanzlers vom 23. Oktober 1954 an jeden der drei Außenminister betreffend Bestätigung von Briefen, die im Jahre 1952 ausgetauscht worden sind.

Letters from the Federal Chancellor to each of the three Foreign Ministers confirming the letters exchanged in 1952.

Lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par le Chancelier Fédéral à chacun des trois Ministres des Affaires Etrangères au sujet de la confirmation des lettres échangées en 1952.

Paris, 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz *)
dem Herrn Minister des Auswärtigen
der Vereinigten Staaten von Amerika

Herr Minister,

Im Verlauf der Verhandlungen betreffend das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland, das heute unterzeichnet wurde, wurden die verschiedenen Schreiben berücksichtigt, die im Mai 1952 im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten und der Zusatzverträge ausgetauscht worden sind. Der Wortlaut dieser Schreiben ist im Bundesgesetzblatt 1954, Teil II, Nr. 3, Seite 242 — 320 abgedruckt.

Im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Bundesrepublik ihrerseits die in diesen Schreiben gegebenen Zusicherungen und übernommenen Verpflichtungen bestätigt, mit der Ausnahme, daß sie die Schreiben Nr. 3, 5, 13, 14, 15 und 19 als nicht mehr anwendbar betrachtet und daß die in der diesem Briefe beigefügten Liste bezeichneten Schreiben als den Bestimmungen jener Liste gemäß abgeändert gelten. Ich wäre Ihnen für eine Mitteilung darüber dankbar, ob die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ihrerseits die von ihr in diesem Schreiben gegebenen Zusicherungen und übernommenen Verpflichtungen bestätigt.

Liste der Änderungen
(Bundesgesetzblatt 1954 Teil II Nr. 3)

Schreiben
Nr. 1 Absatz 3 Seite 242

Zu ersetzen durch:

»Sie haben deshalb beschlossen, ihr Recht in bezug auf Berlin in einer Weise auszuüben, welche der Bundesrepublik die Erfüllung ihrer in Abschrift angeschlossenen Erklärung betreffend Hilfe-

(Translation)

Paris, 23 October 1954

His Exellency,
The Secretary of State
of the United States of America

Mr. Minister

In the course of negotiation of the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany signed today, note was taken of various letters exchanged in May, 1952, in connection with the signing of the Convention on Relations between the Federal Republic of Germany and the Three Powers and the related Conventions. The texts of these letters are set out in the Federal Republic's Official Gazette (Bundesgesetzblatt) 1954, Part II, Number 3, pages 242 to 320 inclusive.

In the name of the Government of the Federal Republic of Germany I have the honor to inform you that the Federal Republic for its part confirms the assurances given and the obligations undertaken in these letters except that it considers that the letters Nos. 3, 5, 13, 14, 15 and 19 are no longer applicable, and that those letters described in the schedule attached to this letter shall be considered to have been amended in accordance with the terms of that schedule. I shall be grateful if you would inform me whether the Government of the United States of America for its part confirms the assurances given and the obligations undertaken by it in these letters.

Schedule of Amendments
(Bundesgesetzblatt 1954 Teil II Nr. 3)

Letter
No. 1, paragraph 3 page 242

Substitute:

"For this reason they have decided to exercise their right relating to Berlin in such a way as to facilitate the carrying out by the Federal Republic of its Declaration on Aid to Berlin, of

(Traduction)

Paris, le 23 Octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Président du Conseil
Ministre des Affaires Etrangères
de la République Française

Monsieur le Président,

Au cours de la négociation du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé ce jour, note a été prise de diverses lettres, échangées en mai 1952, en relation avec la signature de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne et des Conventions rattachées. Le texte de ces lettres figure dans le Journal Officiel de la République Fédérale (Bundesgesetzblatt), année 1954, Partie II, Numéro 3, Pages 242 à 320 incluse.

Au nom du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, j'ai l'honneur de vous faire savoir que la République Fédérale, pour sa part, confirme les assurances données et les engagements pris par la République Fédérale dans ces lettres, à l'exception des lettres Nos 3, 5, 13, 14, 15 et 19 dont elle considère qu'elles ne sont plus applicables, et que les lettres mentionnées dans la liste jointe à la présente lettre seront considérées comme ayant été amendées conformément aux termes de cette liste.

Je vous serais reconnaissant de me faire savoir si le Gouvernement de la République Française, pour sa part, confirme les assurances données et les engagements pris par lui dans ces lettres.

Liste des amendments
(Bundesgesetzblatt 1954 Teil II N° 3)

Lettre
N° 1 paragraphe 3 page 242

Remplacer par le texte suivant:

«C'est pourquoi elles sont décidées à exercer leur droit concernant Berlin de manière à faciliter l'exécution, par la République Fédérale, de sa Déclaration sur l'Aide à Berlin, dont une

*) *Gleichlautende Schreiben sind an die Außenminister des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik gerichtet worden.*

Identical letters were addressed to the Foreign Ministers of the United Kingdom and the French Republic.

Des lettres analogues ont été adressées par le Chancelier Fédéral aux Ministres des Affaires Etrangères du Royaume-Uni et de la République Française.

leistungen für Berlin erleichtert und den Bundesbehörden gestattet, die Vertretung Berlins und der Berliner Bevölkerung nach außen sicherzustellen.«

Hinzuzufügen ist:

»Erklärung der Bundesrepublik betreffend Hilfeleistungen für Berlin

Im Hinblick auf die besondere Rolle, die Berlin für die Selbstbehauptung der freien Welt gespielt hat und ferner zu spielen berufen ist,

im Bewußtsein der Verbundenheit der Bundesrepublik mit Berlin als der vorgesehenen Hauptstadt eines freien wiedervereinigten Deutschlands,

in dem Willen, diese Verbundenheit im Rahmen des Status Berlins zu festigen,

in dem Willen, ihre Hilfeleistungen für den politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Berlins fortzusetzen, und

in dem Bestreben, die Stellung Berlins auf allen Gebieten zu festigen und zu stärken und insbesondere, soweit möglich, eine Verbesserung in der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Berlins, einschließlich seiner Produktionskapazität und seines Beschäftigungsstandes, herbeizuführen,

erklärt die Bundesrepublik,

(a) daß sie das ihrerseits Erforderliche tun wird, um durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen die Aufrechterhaltung eines ausgeglichenen Haushalts in Berlin zu gewährleisten;

(b) daß sie die geeigneten Maßnahmen für eine angemessene und gerechte Behandlung Berlins bei der Kontrolle und Zuteilung von knappen Rohstoffen und Bedarfsgegenständen treffen wird;

(c) daß sie geeignete Maßnahmen treffen wird, um die der Bundesrepublik aus auswärtigen Quellen zur Verfügung stehenden Mittel auch Berlin für seinen notwendigen weiteren wirtschaftlichen Aufbau zugute kommen zu lassen;

(d) daß sie alle geeigneten Maßnahmen treffen wird, die zur Förderung der Erteilung von öffentlichen und privaten Aufträgen an die Berliner Wirtschaft beitragen;

(e) daß sie die Entwicklung des Berliner Außenhandels fördern und Berlin in allen handelspolitischen Fragen so günstig behandeln wird, wie es die Umstände gestatten, und daß sie Berlin im Rahmen

which a copy is annexed, and to permit the Federal authorities to ensure representation of Berlin and of the Berlin population outside Berlin."

Annex the following:

"Declaration of the Federal Republic on Aid to Berlin

In view of the special role which Berlin has played and is destined to play in the future for the self-preservation of the free world,

aware of the ties connecting the Federal Republic with Berlin as the prospective capital of a free, reunified, Germany,

resolved to consolidate these ties within the framework of the status of Berlin,

resolved to continue its aid to the political, cultural, economic and financial reconstruction of Berlin, and

motivated by the desire to strengthen and to reinforce the position of Berlin in all fields, and in particular to bring about in so far as possible an improvement in the economic and financial situation in Berlin including its productive capacity and level of employment,

the Federal Republic undertakes

(a) to take all necessary measures on its part in order to ensure the maintenance of a balanced budget in Berlin through appropriate assistance;

(b) to take adequate measures for the equitable treatment of Berlin in the control and allocation of materials in short supply;

(c) to take adequate measures to ensure that Berlin also benefits from resources at the disposal of the Federal Republic received from outside sources, for the necessary further economic reconstruction of Berlin;

(d) to take all appropriate measures designed to promote the placing of public and private orders in the Berlin economy;

(e) to promote the development of Berlin's external trade, to accord Berlin such favored treatment in all matters of trade policy as circumstances warrant and to provide Berlin within the limit of possibility

copie est annexée, et à permettre aux autorités fédérales d'assurer la représentation de Berlin et de la population berlinoise à l'extérieur.»

Annexe

«Déclaration de la République Fédérale sur l'Aide à Berlin

En considération du rôle spécial que Berlin a joué en faveur du monde libre et est appelé à jouer dans l'avenir,

Consciente des liens étroits de la République Fédérale avec Berlin, en tant que capitale future d'une Allemagne réunifiée dans la liberté,

Résolue à consolider ces liens dans le cadre du statut de Berlin,

Résolue à continuer d'apporter son concours à la reconstruction politique, culturelle, économique et financière de Berlin,

Et soucieuse de consolider et de renforcer la position de Berlin dans tous les domaines, et notamment d'assurer, dans toute la mesure du possible, une amélioration de la situation économique et financière à Berlin, y compris la capacité de production de la ville et le marché du travail,

La République Fédérale déclare:

(a) qu'elle fera, de son côté, le nécessaire pour garantir l'équilibre budgétaire de Berlin par des mesures de secours appropriées;

(b) qu'elle prendra les mesures appropriées pour assurer à Berlin un traitement équitable dans le contrôle et la répartition des produits en quantité insuffisante;

(c) qu'elle prendra les mesures appropriées pour que Berlin bénéficie des ressources, provenant de l'extérieur, dont dispose la République Fédérale, en vue de la nécessaire continuation de la reconstruction économique de Berlin;

(d) qu'elle prendra toutes les mesures appropriées pour favoriser la passation de commandes publiques et privées à Berlin;

(e) qu'elle encouragera le développement du commerce extérieur de Berlin, fera bénéficier Berlin de toutes mesures de faveur en toute matière de politique commerciale que les circonstances pourraient justi-

des Möglichen und in Anbetracht der Einbeziehung Berlins in die Devisenbewirtschaftung der Bundesrepublik mit den erforderlichen Devisen ausstatten wird;

(f) daß sie die ihrerseits erforderlichen Maßnahmen ergreifen wird, um zu gewährleisten, daß Berlin im Währungsgebiet der Deutschen Mark (West) bleibt und daß eine angemessene Geldversorgung in der Stadt aufrechterhalten wird;

(g) daß sie an der Aufrechterhaltung einer ausreichenden Bevorratung Berlins für Notfälle mithelfen wird;

(h) daß sie sich nach besten Kräften bemühen wird, die Handelsverbindungen sowie die Verkehrsverbindungen und -einrichtungen zwischen Berlin und dem Gebiet der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten und zu verbessern und an dem Schutz oder der Wiederherstellung dieser Verbindungen und Einrichtungen nach Maßgabe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel mitzuwirken;

(i) daß sie bemüht bleiben wird, die durch die Aufnahme von Flüchtlingen entstehende überdurchschnittliche Belastung Berlins wie bisher auszugleichen;

(j) daß sie die Vertretung Berlins und der Berliner Bevölkerung nach außen sicherstellen und die Einbeziehung Berlins in die von der Bundesrepublik abgeschlossenen internationalen Abkommen erleichtern wird, soweit dies nicht nach der Natur der betreffenden Abkommen ausgeschlossen ist.

Adenauer«

and in consideration of the participation of Berlin in the foreign currency control by the Federal Republic, with the necessary foreign currency;

(f) to take all necessary measures on its part to ensure that the city remains in the currency area of the Deutsche Mark West, and that an adequate money supply is maintained in the city;

(g) to assist in the maintaining in Berlin of adequate stock-piles of supplies for emergencies;

(h) to use its best efforts for the maintenance and improvement of trade and of communications and transportation facilities between Berlin and the Federal territory, and to co-operate in accordance with the means at its disposal in their protection or their re-establishment;

(i) to continue its efforts to compensate, as heretofore, the disproportionate burden placed on Berlin as a result of the admission of refugees;

(j) to ensure the representation of Berlin and of the Berlin population outside Berlin, and to facilitate the inclusion of Berlin in the international agreements concluded by the Federal Republic, provided that this is not precluded by the nature of the agreements concerned.

Adenauer"

fier et fournira à Berlin, dans la mesure du possible et compte tenu de la participation de Berlin au contrôle de devises étrangères établi par la République Fédérale, les devises étrangères nécessaires;

(f) qu'elle prendra, de son côté, toutes les dispositions nécessaires pour faire en sorte que la ville reste dans la zone monétaire du Deutsche Mark occidental et que les diponibilités monétaires appropriées soient maintenues dans la ville;

(g) qu'elle contribuera au maintien dans la ville d'approvisionnements suffisants pour faire face à toute éventualité;

(h) qu'elle s'efforcera, par tous les moyens dont elle dispose, d'assurer l'entretien et l'amélioration du commerce, des communications et des moyens de transport entre Berlin et le territoire de la République Fédérale et qu'elle coopérera, selon les moyens à sa disposition, à leur protection ou à leur rétablissement;

(i) qu'elle poursuivra ses efforts pour réduire, dans les mêmes conditions que jusqu'ici, la charge disproportionnée que l'admission des réfugiés impose à Berlin;

(j) qu'elle assurera la représentation de Berlin et de la population berlinoise à l'extérieur, et qu'elle facilitera l'inclusion de Berlin dans les accords internationaux conclus par la République Fédérale, sauf si cela est exclu par la nature des accords en question.

Adenauer»

Nr. 2 Absatz 1 Seite 244

Die Worte »Absatz 1 (c) des Artikels« sind zu ersetzen durch das Wort »Artikel«.

Nr. 9 zweiter Satz Seite 252

Die Worte »Gesetz Nr. 23« sind zu streichen.

Nr. 11 erster Satz Seite 308

Nach der Jahreszahl »1947« sind die Worte »oder die an dessen Stelle tretenden Bestimmungen« einzufügen.

Ich benutze diesen Anlaß, um Sie, Herr Minister, meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Adenauer

No. 2, paragraph 1 page 244

Delete the words "sub-paragraph (c) of paragraph 1 of".

No. 9, second sentence page 252

Delete the words "Law No. 23".

No. 11, first sentence page 308

Insert after "1947" the words "or such provisions as may replace them".

I take this opportunity to assure you, Mr. Minister, of my highest consideration.

Adenauer

No 2 paragraphe 1 page 244

Supprimer les mots «paragraphe 1 (c)».

No 9 2ème phrase page 252

Supprimer «Loi No 23».

No 11 1ère phrase page 308

Ajouter après «1947» les mots «ou des dispositions qui pourraient les remplacer».

Veuillez agréer, Monsieur le Président, les assurances de ma très haute considération.

Adenauer

X b

Schreiben der Außenminister vom 23. Oktober 1954 betreffend die Bestätigung des Schreibens X a.

Letters from the Foreign Ministers to the Federal Chancellor replying to letter No. X a.

Lettres en date du 23 octobre 1954 des Ministres des Affaires Etrangères, accusant réception des lettres X a.

(Übersetzung)

Paris, den 23. Oktober 1954

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, mit dem Sie im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die in den verschiedenen Schreiben, auf die in Ihrem Schreiben Bezug genommen ist, gegebenen Zusicherungen und übernommenen Verpflichtungen bestätigen.

Im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bestätige ich die in den von Ihnen erwähnten Schreiben von meiner Regierung gegebenen Zusicherungen und übernommenen Verpflichtungen, vorbehaltlich der in der Liste zu Ihren Briefen aufgeführten Änderungen und mit der Maßgabe, daß die Briefe Nr. 3, 5, 13, 14, 15 und 19 nicht mehr anwendbar sind.

Ich bestätige ferner die Erklärung über Reparationen vom 25. Mai 1952, die auf Seite 316 der in Ihrem Schreiben erwähnten Nummer des Bundesgesetzblattes wiedergegeben ist.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

John Foster Dulles
Außenminister der
Vereinigten Staaten von Amerika

Anlage: Liste der Änderungen

(wie unter X a)

Paris, 23 October 1954

His Excellency, *)
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

I have the honor to acknowledge receipt of your letter of today's date in which you, in the name of the Government of the Federal Republic of Germany, confirm the assuances given and the obligations undertaken by the Federal Republic in the various letters referred to in your letter.

On behalf of the Government of the United States of America I confirm the assurances given and the obligations undertaken by that Government in the letters which you mention, subject to the amendments listed in the Schedule to your letter and with the understanding that letters Nos. 3, 5, 13, 14, 15 and 19 are no longer applicable.

I am also glad to confirm the declaration made on May 25, 1952 concerning reparations which appears at page 316 of the issue of the Federal Government's Official Gazette mentioned in your letter.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurances of my highest consideration.

John Foster Dulles
Secretary of State
United States of America

Enclosure: Schedule of Amendments

(as in No. X a)

Paris, le 23 octobre 1954

Son Excellence
Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre en date de ce jour, par laquelle vous confirmez, au nom du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, les assurances données et les engagements pris par la République Fédérale d'Allemagne dans les diverses lettres auxquelles votre lettre se réfère.

Au nom du Gouvernement de la République Française, je confirme les assurances données et les engagements pris par ce Gouvernement dans les lettres que vous mentionnez, compte tenu des amendements énumérés dans la liste annexée à votre lettre et étant entendu que les lettres publiées sous les Nos 3, 5, 13, 14, 15 et 19 au Journal Officiel de la République Fédérale 1954, Partie II, Numéro 3 et reproduites sous les Nos 3, 17, 11, 13, 12 et 7 dans le projet de Loi N° 5404 (Annexes), soumis à l'Assemblée Nationale Française au cours de la Session de 1953, ne sont plus applicables.

Je confirme également la Déclaration du 25 mai 1952, concernant les Réparations, qui figure à la page 316 du numéro du Journal Officiel de la République Fédérale mentionné dans votre lettre et reproduite à la page 181 du projet de Loi rappelé dans le précédent alinéa.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier Fédéral, les assurances de ma très haute considération.

Pierre Mendès-France
Président du Conseil
Ministre des Affaires Etrangères
de la République Française

Ci-joint: Liste des Amendements

(voir texte de la lettre X a)

---

*) *Ein gleichlautendes Schreiben hat der Außenminister des Vereinigten Königreiches an den Bundeskanzler gerichtet.*
An identical letter was addressed to the Federal Chancellor by the Foreign Secretary of the United Kingdom.
Une lettre analogue a été adressée par le Ministre des Affaires Etrangères du Royaume-Uni au Chancelier Fédéral.

Briefe,
die im Mai 1952 anläßlich der Unterzeichnung der Bonner Verträge ausgetauscht und durch den Brief X vom 23. Oktober 1954 bestätigt oder geändert worden sind

Letters
exchanged at Bonn in May 1952,
on the signing of the Bonn Conventions,
and confirmed or amended according
to letter No. X of 23 October 1954

Lettres
échangées en mai 1952 à l'occasion de la signature
des Accords de Bonn et confirmées ou amendées aux termes
de la lettre X du 23 octobre 1954

1

Schreiben der drei Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die Ausübung des von den Drei Mächten vorbehaltenen Rechtes in bezug auf Berlin (in der Fassung des Briefes X vom 23. Oktober 1954).

Letter from the three High Commissioners to the Federal Chancellor concerning exercise of the reserved right relating to Berlin (as amended by letter No. X of 23 October 1954).

Lettre en date du 26 mai 1952 adressée par les trois Hauts Commissaires au Chancelier Fédéral au sujet de l'exercice du droit réservé aux trois Puissances en ce qui concerne Berlin (telle qu'amendée par la lettre X du 23 octobre 1954).

(Übersetzung)

26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Wie wir Ihnen im Laufe unserer Erörterungen über die Verträge zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik, die heute unterzeichnet worden sind, schon angekündigt haben, wird nach Inkrafttreten dieser Verträge der von den Militärgouverneuren hinsichtlich der Artikel 23 und 144 Absatz 2 des Grundgesetzes am 12. Mai 1949 ausgesprochene Vorbehalt von den Drei Mächten in Ausübung ihres Rechtes in bezug auf Berlin mit Rücksicht auf die internationale Lage formell aufrechterhalten werden.

Die Drei Mächte erklären in diesem Zusammenhang, daß sie sich deswegen nicht weniger der für die Bundesrepublik bestehenden Notwendigkeit, Berlin Hilfe zu leisten, und der Vorteile bewußt sind, welche mit der Verfolgung einer der Politik der Bundesrepublik gleichartigen Politik durch Berlin verbunden sind.

Sie haben deshalb beschlossen, ihr Recht in bezug auf Berlin in einer Weise auszuüben, welche der Bundesrepublik die Erfüllung ihrer in Abschrift angeschlossenen Erklärung betreffend Hilfeleistungen für Berlin erleichtert und den Bundesbehörden gestattet, die Vertretung Berlins und der Berliner Bevölkerung nach außen sicherzustellen.

Gleichermaßen werden sie keine Einwände dagegen erheben, daß Berlin gemäß einem angemessenen, von der Alliierten Kommandatura zugelassenen Verfahren die Gesetzgebung der Bundesrepublik übernimmt, insbesondere die Gesetzgebung über

26 May 1952

His Excellency,
The Chancellor of the Federal
Republic of Germany

Mr. Chancellor,

As we have already advised you during our discussions on the Conventions between the Three Powers and the Federal Republic which have been signed today, the reservation made on 12 May 1949 by the Military Governors concerning Articles 23 and 144 (2) of the Basic Law will, owing to the international situation, be formally maintained by the Three Powers in the exercise of their right relating to Berlin after the entry into force of those Conventions.

The Three Powers wish to state in this connection that they are nonetheless conscious of the necessity for the Federal Republic to furnish aid to Berlin and of the advantages involved in the adoption by Berlin of policies similar to those of the Federation.

For this reason they have decided to exercise their right relating to Berlin in such a way as to facilitate the carrying out by the Federal Republic of its Declaration on Aid to Berlin, of which a copy is annexed, and to permit the Federal authorities to ensure representation of Berlin and of the Berlin population outside Berlin.

Similarly, they will have no objections if, in accordance with an appropriate procedure authorized by the Allied Kommandatura, Berlin adopts the same legislation as that of the Federal Republic, in particular regarding currency, credit and foreign exchange,

26 Mai 1952

Son Excellence
Le Chancelier de la
République Fédérale
d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Au cours de nos discussions sur les Conventions entre les Trois Puissances et la République Fédérale, qui ont été signées aujourd'hui, nous avons déjà eu l'occasion de vous aviser qu'en raison de la situation internationale, les Trois Puissances, dans l'exercice de leur droit concernant Berlin, maintiendront formellement, après l'entrée en vigueur de ces Conventions, la réserve formulée le 12 mai 1949 par les Commandants en Chef au sujet des Articles 23 et 144 (2) de la Loi Fondamentale.

Les Trois Puissances tiennent à déclarer à ce propos qu'elles n'en sont pas moins conscientes de la nécessité, pour la République Fédérale, d'apporter son aide à Berlin et des avantages que peut présenter l'adoption, par Berlin, d'une politique semblable à celle du Bund.

C'est pourquoi elles sont décidées à exercer leur droit concernant Berlin de manière à faciliter l'exécution, par la République Fédérale, de sa Déclaration sur l'Aide à Berlin, dont une copie est annexée, et à permettre aux autorités fédérales d'assurer la représentation de Berlin et de la population berlinoise à l'extérieur.

Dans le même esprit, elles ne s'opposeront pas à ce que, selon une procédure appropriée autorisée par la Kommandatura Interalliée, Berlin adopte la même législation que celle de la République Fédérale, en particulier en ce qui concerne la monnaie, le crédit et

Währung, Kredit und Devisen, Staatsangehörigkeit, Paßwesen, Ein- und Auswanderung, Auslieferung, Einheit des Zoll- und Handelsgebietes, Handels- und Schiffahrtsverträge, Freizügigkeit des Warenverkehrs und Außenhandels- und Zahlungsabkommen.

Im Hinblick auf die Erklärung der Bundesrepublik, betreffend Hilfeleistungen für Berlin und die Belastung des Bundeshaushalts durch die Besatzungskosten der Drei Mächte in Berlin gemäß den geltenden gesetzlichen Vorschriften, sind die Drei Mächte bereit, die Bundesregierung vor der Festsetzung ihrer Berliner Besatzungskostenhaushalte zu konsultieren. Es ist ihre Absicht, diese Kosten auf der niedrigsten Grundlage festzusetzen, die mit der Aufrechterhaltung der Sicherheit Berlins und der dort stationierten alliierten Streitkräfte vereinbar ist.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

John J. McCloy

Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland

Ivone Kirkpatrick

Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs in Deutschland

Für die Regierung der Republik Frankreich

André François-Poncet

Hoher Kommissar der Republik Frankreich in Deutschland

nationality, passports, emigration and immigration, extradition, the unification of the customs and trade area, trade and navigation agreements, freedom of movement of goods, and foreign trade and payments arrangements.

In view of the declaration of the Federal Republic concerning material aid to Berlin and the charge on the Federal budget of the occupation costs of the Three Powers in Berlin in accordance with the provisions of existing legislation, the Three Powers will be prepared to consult with the Federal Government prior to their establishment of their Berlin occupation cost budgets. It is their intention to fix such costs at the lowest level consistent with maintaining the security of Berlin and of the Allied Forces located there.

For the Government of the United States of America

John J. McCloy

U.S. High Commissioner for Germany

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Ivone Kirkpatrick

U.K. High Commissioner for Germany

For the Government of the Republic of France

André François-Poncet

French High Commissioner for Germany

les changes, la nationalité, les passeports, l'émigration et l'immigration, l'extradition, l'unité du territoire douanier et commercial, les traités de commerce et de navigation, la liberté de circulation des marchandises et les accords en matière de commerce extérieur et de paiement.

En raison de la déclaration de la République Fédérale concernant l'aide matérielle à Berlin et l'imputation sur le budget fédéral des frais d'occupation des Trois Puissances à Berlin, conformément aux dispositions de la législation en vigueur, les Trois Puissances sont prêtes à consulter le Gouvernement Fédéral avant d'établir leur budget des frais d'occupation à Berlin. Il est dans leurs intentions de maintenir ces frais au niveau minimum compatible avec le maintien de la sécurité de Berlin et des Forces alliées stationnées dans cette ville.

Pour le Gouvernement de la République Française

André François-Poncet

Haut Commissaire de la République Française en Allemagne

Pour le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique

John J. McCloy

Haut Commissaire Américain en Allemagne

Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

Ivone Kirkpatrick

Haut Commissaire Britannique en Allemagne

Erklärung der Bundesrepublik betreffend Hilfeleistung für Berlin

Im Hinblick auf die besondere Rolle, die Berlin für die Selbstbehauptung der freien Welt gespielt hat und ferner zu spielen berufen ist,

im Bewußtsein der Verbundenheit der Bundesrepublik mit Berlin als der vorgesehenen Hauptstadt eines freien wiedervereinigten Deutschlands,

in dem Willen, diese Verbundenheit im Rahmen des Status Berlins zu festigen,

in dem Willen, ihre Hilfeleistungen für den politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Berlins fortzusetzen, und

in dem Bestreben, die Stellung Berlins auf allen Gebieten zu festigen und zu stärken und insbesondere, soweit möglich, eine Verbesserung in der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Berlins einschließlich seiner Produktionskapazität und seines Beschäftigungsstandes, herbeizuführen

erklärt die Bundesrepublik

Declaration of the Federal Republic on Aid to Berlin

In view of the special role which Berlin has played and is destined to play in the future for the self-preservation of the free world,

aware of the ties connecting the Federal Republic with Berlin as the prospective capital of a free, reunified, Germany,

resolved to consolidate these ties within the framework of the status of Berlin,

resolved to continue its aid to the political, cultural, economic and financial reconstruction of Berlin, and

motivated by the desire to strengthen and to reinforce the position of Berlin in all fields, and in particular to bring about in so far as possible an improvement in the economic and financial situation in Berlin including its productive capacity and level of employment,

the Federal Republic undertakes

Déclaration de la République Fédérale sur l'Aide à Berlin

En considération du rôle spécial que Berlin a joué en faveur du monde libre et est appelé à jouer dans l'avenir,

Consciente des liens étroits de la République Fédérale avec Berlin, en tant que capitale future d'une Allemagne réunifiée dans la liberté,

Résolue à consolider ces liens dans le cadre du statut de Berlin,

Résolue à continuer d'apporter son concours à la reconstruction politique, culturelle, économique et financière de Berlin,

Et soucieuse de consolider et de renforcer la position de Berlin dans tous les domaines, et notamment d'assurer, dans toute la mesure du possible, une amélioration de la situation économique et financière à Berlin, y compris la capacité de production de la ville et le marché du travail,

La République Fédérale déclare:

(a) daß sie das ihrerseits Erforderliche tun wird, um durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen die Aufrechterhaltung eines ausgeglichenen Haushalts in Berlin zu gewährleisten;

(b) daß sie die geeigneten Maßnahmen für eine angemessene und gerechte Behandlung Berlins bei der Kontrolle und Zuteilung von knappen Rohstoffen und Bedarfsgegenständen treffen wird;

(c) daß sie geeignete Maßnahmen treffen wird, um die der Bundesrepublik aus auswärtigen Quellen zur Verfügung stehenden Mittel auch Berlin für seinen notwendigen weiteren wirtschaftlichen Aufbau zugute kommen zu lassen;

(d) daß sie alle geeigneten Maßnahmen treffen wird, die zur Förderung der Erteilung von öffentlichen und privaten Aufträgen an die Berliner Wirtschaft beitragen;

(e) daß sie die Entwicklung des Berliner Außenhandels fördern und Berlin in allen handelspolitischen Fragen so günstig behandeln wird, wie es die Umstände gestatten, und daß sie Berlin im Rahmen des Möglichen und in Anbetracht der Einbeziehung Berlins in die Devisenbewirtschaftung der Bundesrepublik mit den erforderlichen Devisen ausstatten wird;

(f) daß sie die ihrerseits erforderlichen Maßnahmen ergreifen wird, um zu gewährleisten, daß Berlin im Währungsgebiet der Deutschen Mark (West) bleibt und daß eine angemessene Geldversorgung in der Stadt aufrechterhalten wird;

(g) daß sie an der Aufrechterhaltung einer ausreichenden Bevorratung Berlins für Notfälle mithelfen wird;

(h) daß sie sich nach besten Kräften bemühen wird, die Handelsverbindungen sowie die Verkehrsverbindungen und -einrichtungen zwischen Berlin und dem Gebiet der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten und zu verbessern und an dem Schutz oder der Wiederherstellung dieser Verbindungen und Einrichtungen nach Maßgabe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel mitzuwirken;

(i) daß sie bemüht bleiben wird, die durch die Aufnahme von Flüchtlingen entstehende überdurchschnittliche Belastung Berlins wie bisher auszugleichen;

(j) daß sie die Vertretung Berlins und der Berliner Bevölkerung nach außen sicherstellen, und die Einbeziehung Berlins in die von der Bundesrepublik abgeschlossenen internationalen Abkommen erleichtern wird, soweit dies nicht nach der Natur der betreffenden Abkommen ausgeschlossen ist.

gez. Adenauer

(a) to take all necessary measures on its part in order to ensure the maintenance of a balanced budget in Berlin through appropriate assistance;

(b) to take adequate measures for the equitable treatment of Berlin in the control and allocation of materials in short supply;

(c) to take adequate measures to ensure that Berlin also benefits from resources at the disposal of the Federal Republic received from outside sources, for the necessary further economic reconstruction of Berlin;

(d) to take all appropriate measures designed to promote the placing of public and private orders in the Berlin economy;

(e) to promote the development of Berlin's external trade, to accord Berlin such favored treatment in all matters of trade policy as circumstances warrant and to provide Berlin within the limit of possibility and in consideration of the participation of Berlin in the foreign currency control by the Federal Republic, with the necessary foreign currency;

(f) to take all necessary measures on its part to ensure that the city remains in the currency area of the Deutsche Mark West, and that an adequate money supply is maintained in the city;

(g) to assist in the maintaining in Berlin of adequate stock-piles of supplies for emergencies;

(h) to use its best efforts for the maintenance and improvement of trade and of communications and transportation facilities between Berlin and the Federal territory, and to co-operate in accordance with the means at its disposal in their protection or their re-establishment;

(i) to continue its efforts to compensate, as heretofore, the disproportionate burden placed on Berlin as a result of the admission of refugees;

(j) to ensure the representation of Berlin and of the Berlin population outside Berlin, and to facilitate the inclusion of Berlin in the international agreements concluded by the Federal Republic, provided that this is not precluded by the nature of the agreements concerned.

(signed) Adenauer

(a) qu'elle fera, de son côté, le nécessaire pour garantir l'équilibre budgétaire de Berlin par des mesures de secours appropriées;

(b) qu'elle prendra les mesures appropriées pour assurer à Berlin un traitement équitable dans le contrôle et la répartition des produits en quantité insuffisante;

(c) qu'elle prendra les mesures appropriées pour que Berlin bénéficie des ressources, provenant de l'extérieur, dont dispose la République Fédérale, en vue de la nécessaire continuation de la reconstruction économique de Berlin;

(d) qu'elle prendra toutes les mesures appropriées pour favoriser la passation de commandes publiques et privées à Berlin;

(e) qu'elle encouragera le développement du commerce extérieur de Berlin, fera bénéficier Berlin de toutes mesures de faveur en toute matière de politique commerciale que les circonstances pourraient justifier et fournira à Berlin, dans la mesure du possible et compte tenu de la participation de Berlin au contrôle de devises étrangères établi par la République Fédérale, les devises étrangères nécessaires;

(f) qu'elle prendra, de son côté, toutes les dispositions nécessaires pour faire en sorte que la ville reste dans la zone monétaire du Deutsche Mark occidental et que les disponibilités monétaires appropriées soient maintenues dans la ville;

(g) qu'elle contribuera au maintien dans la ville d'approvisionnements suffisants pour faire face à toute éventualité;

(h) qu'elle s'efforcera, par tous les moyens dont elle dispose, d'assurer l'entretien et l'amélioration du commerce, des communications et des moyens de transport entre Berlin et le territoire de la République Fédérale et qu'elle coopérera, selon les moyens à sa disposition, à leur protection ou à leur rétablissement;

(i) qu'elle poursuivra ses efforts pour réduire, dans les mêmes conditions que jusqu'ici, la charge disproportionnée que l'admission des réfugiés impose à Berlin;

(j) qu'elle assurera la représentation de Berlin et de la population berlinoise à l'extérieur, et qu'elle facilitera l'inclusion de Berlin dans les accords internationaux conclus par la République Fédérale, sauf si cela est exclu par la nature des accords en question.

signé: Adenauer

2

Schreiben der drei Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die Ausübung des von den Drei Mächten vorbehaltenen Rechtes in bezug auf Deutschland als Ganzes (in der Fassung des Briefes X vom 23. Oktober 1954).

Letter from the three High Commissioners to the Federal Chancellor concerning the exercise of the reserved right relating to Germany as a whole (as amended by letter No. X of 23 October 1954).

Lettre en date du 26 mai 1952 adressée par les trois Hauts Commissaires au Chancelier Fédéral au sujet de l'exercice du droit réservé aux trois Puissances en ce qui concerne l'Allemagne dans son ensemble (telle qu'amendée par la lettre X du 23 octobre 1954).

(Übersetzung)

26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Im Verlauf unserer kürzlichen Besprechungen baten Sie uns um Bestätigung, daß das Recht in bezug auf Deutschland als Ganzes, das sich die Drei Mächte in Artikel 2 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vorbehalten haben, nicht dahin ausgelegt werden kann, daß ihnen hierdurch gestattet wird, die zwischen ihnen und der Bundesrepublik durch die heute unterzeichneten Verträge hergestellten Beziehungen nachteilig zu beeinflussen.

Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß unsere Regierungen das in Frage stehende Recht nicht dahingehend auslegen, als erlaube es den Drei Mächten von ihren der Bundesrepublik in den heute unterzeichneten Verträgen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen abzuweichen.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

John J. McCloy

Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland

Ivone Kirkpatrick

Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs in Deutschland

Für die Regierung der Republik Frankreich

André François-Poncet

Hoher Kommissar der Republik Frankreich in Deutschland

26 May 1952

His Excellency,
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

In the course of our recent conversations you asked us to confirm that the right relating to Germany as a whole reserved by the Three Powers in Article 2 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, cannot be interpreted as permitting them to affect adversely the relations established between themselves and the Federal Republic by the Conventions signed today.

We have the honour to inform you that our Governments do not interpret the right in question as permitting the Three Powers to derogate from their undertakings to the Federal Republic in the Conventions signed today.

For the Government
of the United States of America

John J. McCloy

U.S.High Commissioner for Germany

For the Government
of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland

Ivone Kirkpatrick

U.K. High Commissioner for Germany

For the Government
of the Republic of France

André François-Poncet

French High Commissioner
for Germany

26 Mai 1952

Son Excellence
Le Chancelier de la
République Fédérale
d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Au cours de nos récents entretiens, vous nous avez demandé de vous confirmer que le droit concernant l'Allemagne dans son ensemble, que les Trois Puissances se sont réservé à l'Article 2 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, ne pouvait être interprété comme permettant aux Trois Puissances de mettre en cause les relations établies entre elles et la République Fédérale, par les Conventions signées ce jour.

Nous avons l'honneur de vous faire savoir que nous n'interprétons pas le droit en question comme permettant aux Trois Puissances de déroger aux engagements pris à l'égard de la République Fédérale, dans les Conventions signées ce jour.

Pour le Gouvernement
de la République Française

André François-Poncet

Haut Commissaire de la République Française en Allemagne

Pour le Gouvernement
des Etats-Unis d'Amérique

John J. McCloy

Haut Commissaire Américain en Allemagne

Pour le Gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord

Ivone Kirkpatrick

Haut Commissaire Britannique
en Allemagne

4

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten an den Bundesminister der Finanzen betreffend die Rechte der für die Streitkräfte arbeitenden Banken und ihrer Bediensteten.

Letter from the United States High Commissioner to the Federal Minister of Finance relating to privileges to be extended to banks in the service of the Forces.

Lettre adressée par le Haut Commissaire des Etats-Unis au Ministre Fédéral des Finances au sujet des privilèges des banques au service des Forces.

(Übersetzung)

Amt des Hohen Kommissars
der Vereinigten Staaten für Deutschland
Bad Godesberg, Mehlemer Aue

Herrn Fritz Schäffer *)
Finanzminister der Bundesrepublik
Deutschland

Sehr geehrter Herr Minister Schäffer,

Hinsichtlich der Rechte, die den Banken eingeräumt werden sollen, welche im Rahmen des Absatzes (2) a des Artikels 36 des „Vertrags über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland" für die Streitkräfte arbeiten, möchte ich folgendes ausführen:

Die Vorrechte, die diesen Banken als Unternehmen eingeräumt werden sollen, werden auf diejenigen beschränkt bleiben, die in Absatz 5 des Artikels 36 des Vertrages aufgeführt sind; jedoch werden die Banken den Streitkräften auch hinsichtlich der in Artikel 4 des in Artikel 33 dieses Vertrages erwähnten Sonderabkommens aufgeführten Steuern auf Einkommen, auf Gewinn und auf Vermögen gleichgestellt.

Was die Bediensteten der Banken anbelangt, so werden sie den Mitgliedern der Streitkräfte nur in folgendem Umfange gleichgestellt:

(a) Aufrechterhaltung der Strafgerichtsbarkeit über diese Bediensteten in bezug auf strafbare Handlungen gegen die Vereinigten Staaten oder auf strafbare Handlungen, deren Gegenstand amerikanisches Eigentum ist, soweit es sich um Handlungen im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit bei den Banken handelt;

(b) Bereitstellung von Unterkunft (Liegenschaften) in Fällen, in denen der Abschluß eines privaten Mietvertrages nicht durchführbar ist (dessen Kosten sonst vom amerikanischen Schatzamt bestritten würden);

(c) das Recht, Militärzahlungsmittel zu besitzen und zu verwenden;

(d) Genuß der den Mitgliedern der Streitkräfte eingeräumten Steuerbefreiungen, soweit die Bediensteten Aufgaben erfüllen, die sonst von militärischen Zahlmeistern der Vereinigten Staaten erfüllt würden.

Gestatten Sie, Herr Minister, die erneute Versicherung meiner Hochachtung.

John J. McCloy
Hoher Kommissar der
Vereinigten Staaten für Deutschland

*) Das Original des Schreibens trägt kein Datum; das Schreiben ist am 26. Mai 1952 abgesandt worden und am gleichen Tage eingegangen.

Office of the United States
High Commissioner for Germany
Bad Godesberg, Mehlemer Aue

Mr. Fritz Schäffer, *)
Minister for Finance for the
Federal Republic of Germany

Dear Minister Schaeffer,

Concerning the privileges to be extended to the banks which serve the Forces under paragraph 2 (a) of Article 36 of the "Convention Concerning the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany":

The privileges to be extended to these banks as organizations will be limited to those set forth in paragraph 5 of Article 36 of the Convention except that the banks will also be assimilated to the Forces with respect to income profits and property taxes as set forth in Article 4 of the Special Agreement referred to in Article 33 of this Convention.

So far as employees of the banks are concerned they will only be assimilated to members of the Forces to this extent:

(a) retaining criminal jurisdiction over them in respect to crimes against the United States or United States property arising out of their duties with the banks;

(b) the provision of accomodation where private rental is not practicable (the cost of which otherwise comes from the United States Treasury);

(c) the privilege to possess and use scrip; and

(d) enjoyment of the tax exemptions granted members of the Forces, so far as the employees perform functions which otherwise would be performed by military fiscal agents of the United States.

Please, accept, Sir, the renewed assurance of my high esteem.

John J. McCloy
United States High Commissioner
for Germany

*) Although undated this letter was forwarded on 26 May 1952.

(Traduction)

Office du Haut Commissaire
Américain en Allemagne
Bad Godesberg, Mehlemer Aue

M. Fritz Schäffer *)
Ministre des Finances
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Ministre,

Au sujet des privilèges à accorder aux banques qui sont au service des Forces en vertu du paragraphe 2 (a) de l'Article 36 de la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale.

J'ai l'honneur de vous faire savoir que les privilèges à leur accorder, en tant qu'organisations, seront limités à ceux visés au paragraphe 5 de l'Article 36 de ladite Convention, sous réserve que les banques soient également assimilées aux Forces en ce qui concerne le revenu net et les impôts sur les biens mentionnés à l'Article 4 de l'Accord Spécial visé à l'Article 33 de la Convention.

En ce qui concerne les employés de ces banques, ils ne seront assimilés aux membres des Forces que dans la mesure suivante:

(a) ils seront soustraits à la compétence pénale en ce qui concerne les délits commis contre les Etats-Unis ou les biens des Etats-Unis dans l'exercice de leurs fonctions;

(b) ils disposeront de logements lorsqu'une location privée n'est pas possible (les frais en sont supportés par le Trésor américain);

(c) ils seront habilités à posséder et à utiliser des signes monétaires militaires;

(d) ils bénéficieront des exonérations fiscales accordées aux membres des Forces pour autant qu'ils accomplissent des fonctions qui auraient dû, en leur absence, être accomplies par des agents militaires fiscaux des Etats-Unis.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma haute considération.

John J. McCloy
Haut Commissaire
Américain en Allemagne

*) L'original de cette lettre ne porte pas de date; elle a été envoyée le 26 mai 1952 et reçue le même jour.

6 a

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Alliierten Hohen Kommission an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die von den Streitkräften ausgestellten Zahlungsermächtigungen.

Letter from the United States High Commissioner in his capacity as Chairman of the Council of the Allied High Commission to the Federal Chancellor relating to payment authorizations issued by the Forces.

Lettre en date du 26 mai 1952 adressée par le Haut Commissaire des Etats-Unis, en qualité de Président du Conseil de la Haute Commission Alliée, au Chancelier Fédéral au sujet des autorisations de paiement émises par les Forces.

(Übersetzung)

Alliierte Hohe Kommission
für Deutschland
Der Rat

Bonn-Petersberg

26. Mai 1952 AGSEC (52) 485

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Ich beziehe mich auf Artikel 6 Ziffer 2 des Finanzvertrages, in dem vorgesehen ist, daß die zuständigen deutschen Behörden nach Vorlage einer von den Streitkräften ausgestellten Zahlungsermächtigung die Zahlung in Höhe des in der Zahlungsermächtigung ausgewiesenen Betrages vornehmen. Es besteht Einverständnis darüber, daß es im Interesse aller Beteiligten liegt, daß die Zahlung so beschleunigt wie möglich geleistet wird.

Ich gehe daher davon aus, daß Einverständnis darüber besteht, daß die zuständigen deutschen Behörden bei der Abwicklung dieser Zahlungen wie folgt verfahren werden:

1. Vorbehaltlich der Ziffer 3 ist die Zahlung innerhalb von 15 Tagen nach Vorlage der Zahlungsermächtigung zu leisten.

2. Lohn- und Gehaltszahlungen sind innerhalb einer Woche nach Vorlage der Zahlungsermächtigung zu leisten.

3. In Ausnahmefällen kann die in Ziffer 1 vorgesehene Zahlungsfrist überschritten werden, wenn die zuständigen Behörden der Streitkräfte nicht widersprechen. Die deutschen Behörden werden den Behörden der Streitkräfte von der Notwendigkeit einer solchen Fristüberschreitung unter Angabe der Gründe vorher Kenntnis geben.

Ich bitte, mir Ihr Einverständnis mit dem Inhalt dieses Schreibens zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

John J. McCloy
Vorsitzender

Allied High Commission
for Germany
The Council

Bonn-Petersberg

26 May 1952 AGSEC (52) 485

His Excellency
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

I refer to paragraph 2 of Article 6 of the Finance Convention which provides that the appropriate German authorities shall, after presentation to them of a payment authorization issued by the Forces, effect the payment in the amount shown in the payment authorization. It is agreed to be in the interest of all concerned that payment shall be made as early as possible.

Accordingly, I understand it has been agreed that the appropriate German authorities will deal with such payments as follows:

1. Except as provided in paragraph 3, payment shall be made within fifteen days after presentation of the payment authorization.

2. Payment of wages and salaries shall be effected within one week after presentation of the payment authorization.

3. In exceptional cases the payment period referred to in paragraph 1 may be exceeded if the appropriate authorities of the Forces do not object. The German authorities will give prior notice to the authorities of the Forces of the necessity for such an extension of the period and the reasons therefor.

I would appreciate your confirmation of this understanding.

I beg Your Excellency to accept the renewed assurance of my highest consideration.

John J. McCloy
Chairman

(Traduction)

Haute Commission Alliée
en Allemagne
Le Conseil

Bonn-Petersberg,

le 26 Mai 1952 AGSEC (52) 485

Son Excellence
Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale
d'Allemagne

Monsieur le Chancelier,

J'ai l'honneur de me référer au paragraphe 2 de l'Article 6 de la Convention Financière qui prévoit que les autorités allemandes compétentes, après présentation d'une autorisation de paiement émise par les Forces, effectueront le paiement du montant spécifié sur cette autorisation. Il a été admis, dans l'intérêt de toutes les parties en cause, que ce paiement serait effectué aussitôt que possible.

Je comprends, par conséquent, qu'il a été convenu que les autorités allemandes compétentes effectueront ces paiements de la manière suivante:

(1) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3, le paiement sera effectué dans le délai de quinze jours suivant la présentation de l'autorisation de paiement.

(2) Le paiement des salaires et traitements sera effectué dans un délai d'une semaine après présentation de l'autorisation de paiement.

(3) Dans des cas exceptionnels, la période prévue pour le paiement, visé au paragraphe 1, peut être prorogée si les autorités compétentes des Forces n'y voient pas d'objection. Les autorités allemandes aviseront, au préalable, les autorités des Forces de la nécessité de cette prorogation et en indiqueront les raisons.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me confirmer que vous acceptez l'accord ci-dessus.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier, l'assurance de ma très haute considération.

John J. McCloy
Président

6b

Schreiben des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des Schreibens 6a.

Letter from the Federal Chancellor to the Chairman of the Council of the Allied High Commission replying to letter No. 6a.

Lettre en date du 26 mai 1952 adressée par le Chancelier Fédéral au Président du Conseil de la Haute Commission Alliée, accusant réception de la lettre 6a.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Mai 1952

An
den Vorsitzenden des Rates
der Alliierten Hohen Kommission
für Deutschland

Seiner Exzellenz
Herrn John J. McCloy

Herr Hoher Kommissar,

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, in dem Sie sich auf Artikel 6 Ziffer 2 des Finanzvertrages beziehen. Mit dem Inhalt Ihres Schreibens erkläre ich mich einverstanden.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

(Translation)

Bonn, 26 May 1952

The Chairman of the Council
of the Allied High Commission
for Germany,

His Excellency,
Mr. John J. McCloy

Mr. High Commissioner,

I am honored to acknowledge receipt of your letter of this date, in which you refer to paragraph 2 of Article 6 of the Finance Convention. I am in agreement with the contents of your letter.

I avail myself of this opportunity to renew to you, Mr. High Commissioner, the assurance of my highest consideration.

Adenauer

(Traduction)

Bonn, le 26 Mai 1952

Son Excellence
Monsieur John J. McCloy
Président du Conseil
de la Haute Commission Alliée

Monsieur le Haut Commissaire,

J'ai l'honneur de vous confirmer la réception de votre lettre de ce jour dans laquelle vous vous référez au paragraphe 2 de l'Article 6 de la Convention Financière. Je déclare donner mon accord au contenu de votre lettre.

Je saisis cette occasion, Monsieur le Haut Commissaire, pour vous renouveler l'assurance de ma très haute considération.

Adenauer

7a

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Alliierten Hohen Kommission an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend Schadensersatzansprüche wegen Besatzungsschäden.

Letter from the United States High Commissioner in his capacity as Chairman of the Council of the Allied High Commission to the Federal Chancellor relating to claims arising from occupation damages.

Lettre en date du 26 mai 1952 adressée par le Haut Commissaire des Etats-Unis, en qualité de Président du Conseil de la Haute Commission Alliée, au Chancelier Fédéral au sujet de réclamations afférentes à des dommages d'occupation présentées à l'encontre des Forces.

(Übersetzung)

Alliierte Hohe Kommission
für Deutschland
Der Rat

Bonn-Petersberg
26. Mai 1952 AGSEC (52) 486

Seiner Exellenz
dem Herrn Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Ich nehme Bezug auf Artikel 10 Absatz 1 des Finanzvertrages, der vorsieht, daß Zahlungen der Bundesrepublik zur Abgeltung der in Artikel 3

Allied High Commission
for Germany
The Council

Bonn-Petersberg
26 May 1952 AGSEC (52) 486

His Excellency,
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany,

Mr. Chancellor,

I refer to paragraph 1 of Article 10 of the Finance Convention which provides that payments by the Federal Republic in satisfaction of any claims

(Traduction)

Haute Commission Alliée
en Allemagne
Le Conseil

Bonn-Petersberg,
le 26 Mai 1952 AGSEC (52) 486

Son Excellence
Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier,

Je me réfère au paragraphe 1 de l'Article 10 de la Convention Financière qui prévoit que les paiements effectués par la Républiques Fédérale

des Neunten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen genannten Schadensersatzansprüche nur in dem zwischen der Bundesrepublik und den beteiligten Mächten vereinbarten Umfang zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehen.

referred to in Article 3 of Chapter Nine of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation may be charged to the funds for the support of the Forces only to the extent agreed between the Federal Republic and the Powers concerned.

pour faire droit à toute réclamation visée à l'Article 3 du Chapitre Neuvième de la Convention sur le Règlement de Question issues de la Guerre et de l'Occupation ne peuvent être imputés sur les fonds destinés à l'entretien des Forces que dans la mesure adoptée par accord entre la République Fédérale et les Puissances intéressées.

Ich darf bemerken, daß die Drei Mächte damit einverstanden sind, daß Zahlungen, die die Bundesrepublik gemäß Artikel 3 Absatz 3 des Neunten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen zur Abgeltung von Ansprüchen auf Grund des Gesetzes Nr. 47 der Alliierten Hohen Kommission wegen solcher Besatzungsschäden leistet, die innerhalb der letzten drei Monate vor dem Inkrafttreten des Finanzvertrages entstehen, zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte nach Maßgabe des Artikels 6 des Finanzvertrages gehen.

I wish to say that the Three Powers agree that payments made by the Federal Republic, in accordance with paragraph 3 of Article 3 of Chapter Nine of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation, upon claims under Allied High Commission Law No. 47 for occupation damage suffered within three months before the date of entry into force of the Finance Convention, may be charged to the funds for the support of the Forces in accordance with Article 6 of the Finance Convention.

Je tiens à vous signaler que les Trois Puissances conviennent que les paiements effectués par la République Fédérale, conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'Article 3 du Chapitre Neuvième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, en satisfaction de réclamations présentées au titre de la Loi No 47 de la Haute Commission Alliée et afférentes à des dommages d'occupation intervenus dans les trois mois précédant la date d'entrée en vigueur de la Convention Financière, peuvent être imputés sur les fonds destinés à l'entretien des Forces, conformément aux dispositions de l'Article 6 de la Convention Financière.

Ich darf weiterhin gemäß unserer Absprache vom 21. Mai 1952 bemerken, daß die Drei Mächte damit einverstanden sind, daß Beträge, die als Besatzungskosten und Auftragsausgaben gegen zwischen dem 1. April 1952 und dem 1. November 1952 von den Streitkräften und Behörden der Besatzungsmächte ausgestellte Zahlungsdokumente verausgabt werden, zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehen, soweit diese Beträge einen monatlichen Durchschnitt von 600 Millionen DM übersteigen.

Furthermore, in accordance with our understanding of 21 May 1952, I wish to say that the Three Powers agree to charge to the funds for the support of the Forces any amounts expended as occupation costs and mandatory expenditures against payment documents issued by the Occupation Forces and Authorities between 1 April 1952 and 1 November 1952, to the extent that such amounts exceed a monthly average of DM 600 million.

En outre, comme suite à notre accord du 21 mai 1952, je tiens à vous signaler que les Trois Puissances admettent l'imputation sur les fonds destinés à l'entretien des Forces de toutes sommes dépensées au titre des Frais d'Occupation et des Dépenses Imposées, au vu de documents de paiement émis par les Forces et Autorités d'Occupation entre le Ier avril 1952 et le Ier novembre 1952, dans la mesure où ces sommes dépasseront une moyenne mensuelle de six cents millions de DM.

Die oben wiedergegebenen Abmachungen sind unter der Voraussetzung getroffen, daß der Finanzvertrag nicht vor dem 1. November 1952 in Kraft treten wird, und es besteht Einigkeit darüber, daß, falls der Vertrag vor diesem Termin in Kraft treten sollte, über die beiden oben wiedergegebenen Abmachungen neu verhandelt werden muß.

The agreements expressed above are based upon the assumption that the Finance Convention will not enter into force before 1 November 1952, and it is agreed that, if the Convention should enter into force before that date, it will be necessary to reconsider both of the above agreements.

Les accords visés ci-dessus sont basés sur l'hypothèse que la Convention Financière n'entrera pas en vigueur avant le 1er novembre 1952 et il est admis que, si cette Convention entrait en vigueur avant cette date, il serait nécessaire de reconsidérer les deux accords ci-dessus.

Ich bitte, mir Ihr Einverständnis mit dieser Abmachung zu bestätigen.

I would appreciate your confirmation of the above agreement.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me confirmer que vous acceptez l'accord ci-dessus.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

I beg Your Excellency to accept the renewed assurance of my highest consideration.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier Fédéral, l'assurance de ma très haute considération.

John J. McCloy
Vorsitzender

John J. McCloy
Chairman

John J. McCloy
Président

7 b

Schreiben des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des Schreibens 7 a.

Letter from the Federal Chancellor to the Chairman of the Council of the Allied High Commission replying to letter No. 7 a.

Lettre en date du 26 mai 1952 adressée par le Chancelier Fédéral au Président du Conseil de la Haute Commission Alliée, accusant réception de la lettre 7 a.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Mai 1952

An den Vorsitzenden des Rates
der Alliierten Hohen Kommission
für Deutschland

Seiner Exzellenz Herrn John J. McCloy

Herr Hoher Kommissar,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Briefes vom heutigen Tage betreffend Schadensersatzansprüche wegen Besatzungsschäden zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß ich mich mit seinem Inhalt einverstanden erkläre.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

(Translation)

Bonn, 26 May 1952

The Chairman of the Council
of the Allied High Commission
for Germany,

His Excellency, Mr. John J. McCloy

Mr. High Commissioner,

I am honored to acknowledge the receipt of your letter of this date concerning claims arising from occupation damages and to inform you, that I am in agreement with its contents.

I avail myself of this opportunity to renew to you, Mr. High Commissioner, the assurance of my highest consideration.

Adenauer

(Traduction)

Bonn, le 26 Mai 1952

Son Excellence
Monsieur John J. McCloy
Président du Conseil
de la Haute Commission Alliée

Monsieur le Haut Commissaire,

J'ai l'honneur de confirmer la réception de votre lettre de ce jour relative à la satisfaction de réclamations afférentes à des dommages d'occupation et de vous faire connaître que je donne mon accord au contenu de cette lettre.

Je saisis également cette occasion, Monsieur le Haut Commissaire, pour vous renouveler l'assurance de ma plus haute considération.

Adenauer

8 a

Schreiben der drei Außenminister an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die Aufrechterhaltung gewisser Kontrollratsvorschriften

Letter from the three Foreign Ministers to the Federal Chancellor relating to the maintenance in force of certain Control Council legislation.

Lettre en date du 26 mai 1952 adressée par les trois Ministres des Affaires Etrangères au Chancelier Fédéral au sujet du maintien de certains textes législatifs du Conseil de Contrôle.

(Übersetzung)

26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Die Drei Mächte teilen Ihnen mit, daß sie in Ausübung ihrer in Artikel 2 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten genannten Rechte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung darum ersuchen,

26 May 1952

His Excellency,
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

The Three Powers advise you that, in the exercise of their rights relating to Berlin and to Germany as a whole, including the unification of Germany and a peace settlement, referred to in Article 2 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, they will require that the following legislation of the Control Council be

26 Mai 1952

Son Excellence
Le Chancelier de la
République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Les Trois Puissances vous font savoir qu'elles doivent exiger, dans l'exercice de leurs droits en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble, y compris l'unification de l'Allemagne et un règlement de paix, visés à l'Article 2 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale, que la législation suivante du Conseil

daß die folgenden Rechtsvorschriften des Kontrollrates durch die Bundesrepublik im Bundesgebiet nicht außer Kraft gesetzt werden: Proklamation Nr. 1 und Direktiven Nr. 1, 2, 4 bis 7, 11 bis 13, 17, 20, 21, 34, 36, 42, 43, 49, 51 und 53.

Nichts in diesem Schreiben verfolgt den Zweck oder darf so ausgelegt werden, daß es in irgendeiner Weise die neuen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten abändert, wie sie durch den Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten und die Zusatzverträge geschaffen werden.

Dean Acheson
Minister des Auswärtigen
der Vereinigten Staaten von Amerika

Anthony Eden
Ihrer Britischen Majestät
Minister des Auswärtigen

Robert Schuman
Außenminister
der Republik Frankreich

not deprived of effect in the Federal territory by the Federal Republic: Proclamation No. 1 and Directives Nos. 1, 2, 4—7, 11—13, 17, 20, 21, 34, 36, 42, 43, 49, 51 and 53.

Nothing in this letter is intended to or shall be construed as modifying in any way the new relations between the Three Powers and the Federal Republic established by the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany and the related Conventions.

Dean Acheson
Secretary of State United States
of America

Anthony Eden
Her Britannic Majesty's Principal
Secretary of State for Foreign Affairs

Robert Schuman
Foreign Minister
of the Republic of France

de Contrôle ne soit pas privée d'effet sur le territoire fédéral par la République Fédérale: Proclamation No 1, Directives Nos 1, 2, 4—7, 11—13, 17, 20, 21, 34, 36, 42, 43, 49, 51 et 53.

Cette lettre n'a pas pour but et ne saurait être interprétée comme ayant pour objet d'affecter en aucune façon les nouvelles relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale, établies par la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne et les Conventions rattachées.

Robert Schuman
Ministre des Affaires Etrangères
de la République Française

Dean Acheson
Secrétaire d'Etat
des Etats-Unis d'Amérique

Anthony Eden
Secrétaire d'Etat Principal
pour les Affaires Etrangères
de Sa Majesté Britannique

8 b

Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Außenminister vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des Schreibens 8 a.

Letters from the Federal Chancellor to each of the three Foreign Ministers replying to letter No. 8 a.

Lettres en date du 26 mai 1952 adressées par le Chancelier Fédéral à chacun des trois Ministres des Affaires Etrangères, accusant réception de la lettre 8 a.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Mai 1952

Seiner Exzellenz *)
dem Minister des Auswärtigen
der Vereinigten Staaten von Amerika*)
Herrn Dean Acheson

Herr Minister,

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 26. Mai 1952. Die Bundesregierung nimmt zur Kenntnis, daß nach Auffassung der Drei Mächte die Aufrechterhaltung der in jenem Schreiben aufgeführten Kontrollratsvorschriften im Zusammenhang mit ihren Rechten betreffend Berlin und Deutschland als Ganzes notwendig ist. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß diese Vorschriften größtenteils Bestimmungen über das interne Verfahren des Kontrollrats darstellen, die nicht der deutschen Gesetzgebungshoheit unterliegen können und denen daher durch deutsche gesetzgebende

(Translation)

Bonn, 26 May 1952

His Excellency,
The Secretary of State
of the United States of America,
Dean Acheson

Mr. Secretary,

I acknowledge receipt of your letter of 26 May 1952. The Federal Government notes that, in the opinion of the Three Powers, the maintenance of the Control Council Provisions listed in that letter is necessary in connection with their rights relating to Berlin and to Germany as a whole. The Federal Government is of the opinion that these provisions for the most part represent provisions of internal procedure of the Control Council which cannot be the subject of German legislative authority and which, therefore, cannot be deprived of effect by German legislative bodies. The Federal

(Traduction)

Bonn, le 26 Mai 1952

Son Excellence
Le Ministre des Affaires Etrangères
de la République Française
Monsieur Robert Schuman

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 26 Mai 1952. Le Gouvernement Fédéral a pris note que, dans l'opinion des Trois Puissances, le maintien des textes législatifs du Conseil de Contrôle énumérés dans cette lettre était nécessaire, en relation avec leurs droits en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble. Le Gouvernment Fédéral estime que ces dispositions concernent en majeure partie des questions de procédure interne du Conseil de Contrôle qui ne relèvent pas de la compétence du législateur allemand et qui, en conséquence, ne peuvent être dépourvues

*) *Gleichlautende Schreiben sind an die Außenminister des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik gerichtet worden.*

Identical letters were addressed to the Foreign Ministers of the United Kingdom and the French Republic.

Des lettres analogues ont été adressées par le Chancelier Fédéral aux Ministres des Affaires Etrangères du Royaume-Uni et de la République Française.

Organe die Wirksamkeit nicht entzogen werden kann. Die Bundesregierung erkennt an, daß der Rest dieser Vorschriften, die sich auf den Interzonenverkehr beziehen, unter die Rechte der Drei Mächte betreffend Berlin und Deutschland als Ganzes fällt.

Ich benutze diesen Anlaß, um Sie, Herr Minister, meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Adenauer

Government recognizes that the remainder of these provisions, which relate to interzonal traffic, fall within the right of the Three Powers relating to Berlin and to Germany as a whole.

I avail myself of this opportunity to renew to you, Mr. Secretary, the assurance of my highest consideration.

Adenauer

d'effet par les organismes législatifs allemands. Le Gouvernment Fédéral reconnaît que les autres dispositions, qui ont trait au trafic interzone, entrent dans le cadre des droits des Trois Puissances en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble.

Je saisis cette occasion, Monsieur le Ministre, pour vous transmettre l'assurance de ma très haute considération.

Adenauer

9

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Rates der Alliierten Hohen Kommission an den Bundeskanzler vom 23. Mai 1952 betreffend die Außerwirksamkeitsetzung gewisser Kontrollratsvorschriften (in der Fassung des Briefes X vom 23. Oktober 1954).

Letter from the United States High Commissioner in his capacity as Chairman of the Council of the Allied High Commission to the Federal Chancellor relating to the deprivation of effect of certain Control Council legislation (as amended by letter No. X of 23 October 1954).

Lettre en date du 23 mai 1952 adressée par le Haut Commissaire des Etats-Unis, en qualité de Président du Conseil de la Haute Commission Alliée, au Chancelier Fédéral au sujet de la privation d'effet de certains textes législatifs du Conseil de Contrôle (telle qu'amendée par la lettre X du 23 octobre 1954).

(Übersetzung)

Alliierte Hohe Kommission
für Deutschland
Der Rat

Bonn-Petersberg

23. Mai 1952 AGSEC (52) 476

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Im Laufe der Besprechungen über den Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen hat die Bundesregierung die Alliierte Hohe Kommission ersucht, bestimmte Gesetze des Kontrollrats im Gebiet der Bundesrepublik außer Wirksamkeit zu setzen. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß der Rat der Alliierten Hohen Kommission nach Prüfung dieses Ersuchens beschlossen hat, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages über die Beziehungen zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik Deutschland und der Zusatzverträge an im Gebiet der Bundesrepublik folgende Kontrollratsgesetzgebung außer Wirksamkeit zu setzen: Proklamation Nr. 2, Gesetz Nr. 25 und die Artikel III, IV und V vom Gesetz Nr. 10.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den erneuten Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

John J. McCloy
Vorsitzender

Allied High Commission for Germany
The Council

Bonn-Petersberg

23 May 1952 AGSEC (52) 476

His Excellency,
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

In the course of negotiation of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation, the Federal Government has requested the Allied High Commission to deprive of effect in the territory of the Federal Republic certain legislation of the Control Council. I have the honor to inform you that the Council of the Allied High Commission, after consideration of this request, has decided that it will deprive of effect in the Federal territory, with effect from the date of coming into force of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany and the related Conventions, the following legislation of the Control Council: Proclamation No. 2, Law No. 25, and Articles III, IV and V of Law Nr. 10.

I beg Your Excellency to accept the renewed assurance of my highest consideration.

John J. McCloy
Chairman

(Traduction)

Haute Commission Alliée
en Allemagne
Le Conseil

Bonn-Petersberg,

le 23 Mai 1952 AGSEC (52) 476

Son Excellence
Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier,

Au cours de la négociation de la Convention sur le Réglement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, le Gouvernement Fédéral a demandé à la Haute Commission Alliée de priver d'effet, sur le territoire de la République Fédérale, certains textes législatifs du Conseil de Contrôle. J'ai l'honneur de vous faire savoir que le Conseil de la Haute Commission Alliée, après avoir étudié cette demande, a décidé de priver d'effet sur le territoire de la République Fédérale, à compter de la date d'entrée en vigueur de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne et des Convention rattachées les textes législatifs suivants du Conseil de Contrôle: Proclamation No 2, Loi No 25 et Articles III, IV et V de la Loi No 10.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier, l'assurance de ma très haute considération.

John J. McCloy
Président

10a

Schreiben der drei Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die in Artikel 2 Absatz 2 des Ersten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen genannten Verträge.

Letter from the three High Commissioners to the Federal Chancellor relating to Treaties referred to in paragraph 2 of Article 2 of Chapter One of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation.

Lettre en date du 26 mai 1952 adressée par les trois Hauts Commissaires au Chancelier Fédéral au sujet des traités et accords mentionnés à l'Article 2, paragraphe 2, du Chapitre Premier de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation.

(Übersetzung)

26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

In dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen ist in Absatz 2 des Artikels 2 des Ersten Teiles eine Bestimmung aufgenommen, wonach alle Rechte und Verpflichtungen, die für eine oder mehrere der drei westlichen Besatzungszonen aus bestimmten Verträgen und internationalen Abkommen herrühren, die von den Besatzungsbehörden oder von einer oder mehreren Regierungen der Drei Mächte abgeschlossen wurden, in Kraft sind und bleiben, als ob sie aus gültigen, von der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträgen oder internationalen Abkommen herrührten. In der genannten Bestimmung wird auf eine Liste solcher Verträge und internationaler Abkommen verwiesen, die Ihnen mit einer Mitteilung der Hohen Kommissare namens ihrer Regierungen zugeleitet werden soll.

Dieses Schreiben sowie die ihm beigefügte Liste (über die von Ihren Vertretern und den Vertretern der Drei Mächte Einigung erzielt worden ist) sollen als die in der vorstehend genannten Bestimmung des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen erwähnte Mitteilung und Liste gelten. Wir würden Ihre Bestätigung begrüßen, daß Sie dieses Schreiben und die beigefügte Liste als die in dem Vertrag erwähnte Mitteilung und Liste annehmen.

Für die Regierung
der Vereinigten Staaten von Amerika
John J. McCloy
Hoher Kommissar der Vereinigten
Staaten von Amerika

Für die Regierung
des Vereinigten Königreichs
von Großbritannien und Nordirland
Ivone Kirkpatrick
Hoher Kommissar des Vereinigten
Königreichs für Deutschland

Für die Regierung
der Republik Frankreich

André François-Poncet
Hoher Kommissar der Republik
Frankreich in Deutschland

26 May 1952

His Excellency,
The Chancellor of the Federal
Republic of Germany

Mr. Chancellor,

In the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation, a provision is included in paragraph 2 of Article 2, Chapter One, to the effect that all rights and obligations arising under certain treaties and international agreements concluded on behalf of one or more of the three Western Zones of Occupation by the Occupation authorities, or by one or more of the Governments of the Three Powers, are and shall remain valid as though they had arisen under effective treaties and international agreements concluded by the Federal Republic. The provision in question makes reference to a list of such treaties and international agreements to be transmitted to you with a communication from the High Commissioners on behalf of their Governments.

This letter and the list enclosed with it (which has been agreed upon by your representatives and the representatives of the Three Powers) are intended to be the communication and list referred to in the above-mentioned provision of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation. We should be grateful if you would confirm your acceptance of this letter and the enclosed list as constituting the communication and list referred to in the Convention.

For the Government
of the United States of America
John J. McCloy
U.S. High Commissioner for Germany

For the Government
of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland
Ivone Kirkpatrick
U.K. High Commissioner for Germany

For the Government
of the Republic of France

André François-Poncet
French High Commissioner for Germany

26 Mai 1952

Son Excellence
Le Chancelier de la
République Fédérale
d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Dans la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation figure, au paragraphe 2 de l'Article 2 du Chapitre Premier, une disposition prévoyant que tous les droits et obligations résultant de certains traités ou accords internationaux conclus pour le compte de l'une ou plusieurs des trois zones occidentales d'occupation, par les autorités occupantes ou par l'un ou plusieurs des Gouvernements des Trois Puissances, sont et demeureront valables comme s'ils résultaient de traités ou d'accords internationaux valablement conclus par la République Fédérale. Cette disposition fait allusion à la liste des traités et accords internationaux en question qui doit vous être transmise dans une communication faite par les Hauts Commissaires au nom de leurs Gouvernements.

Cette lettre et la liste ci-annexée (acceptée à la fois par vos représentants et par les représentants des Trois Puissances) représentent la communication et la liste visées dans la disposition ci-dessus de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation. Nous vous serions reconnaissants de bien vouloir confirmer que vous considérez cette lettre et la liste y annexée comme constituant la communication et la liste visées dans la dite Convention.

Pour le Gouvernement
de la République Française
André François-Poncet
Haut Commissaire de la République
Française en Allemagne

Pour le Gouvernement
des Etats-Unis d'Amérique

John J. McCloy
Haut Commissaire Américain
en Allemagne

Pour le Gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord
Ivone Kirkpatrick
Haut Commissaire Britannique
en Allemagne

10 b

Mit dem Schreiben Nr. 10 a übersandte Liste der Verträge.

List of Treaties enclosed with Letter No. 10 a.

Liste des traités jointe à la lettre 10 a.

Technische Abkommen oder Vereinbarungen mit dem Charakter von Abkommen, die für eine oder mehrere der westlichen Zonen Deutschlands von einer oder mehreren der drei westlichen Besatzungsmächte mit ausländischen Staaten, Territorien oder Besitzungen oder mit einzelnen internationalen Organisationen geschlossen sind.

(Diese Liste ist geteilt, um, soweit festgestellt werden kann, diejenigen Verträge und Abkommen, die sich noch in Kraft befinden (Teil I), und diejenigen, die außer Kraft getreten sind (Teil II), aufzuzeigen. Jedoch ist die Nennung eines besonderen Vertrages in einem dieser beiden Teile nicht als vollgültiger Beweis seines gegenwärtigen Status aufzufassen.)

Technical Agreements or Understandings in the Nature of Agreements with Foreign Countries, Territories or Possessions and with certain International Organizations made on behalf of one or more of the Western Zones of Germany by one or more of the Three Western Occupying Powers.

(This list is subdivided to show, as far as can be determined, those treaties and agreements still in force (Part I) and those out of force (Part II). However, the appearance of a particular treaty in either of these categories is not to be construed as conclusive evidence of its actual status.)

Accords Techniques ou Ententes sous forme d'Accords conclus pour le compte de l'une ou plusieurs des Zones Occidentales d'Allemagne par l'une ou plusieurs des Trois Puissances d'Occupation avec des Pays Etrangers, des Territoires ou Possessions et avec Certaines Organisations Internationales.

(La présente liste est divisée en plusieurs parties de manière à faire ressortir, autant qu'il a été possible de le déterminer, ceux des accords ou ententes toujours en vigueur (Partie I) et ceux qui ne le sont pas (Partie II). Cependant l'inscription d'un accord dans l'une ou l'autre partie ne saurait être interprétée comme une preuve péremptoire de son statut actuel.)

(Übersetzung)

Teil I

Noch geltende Verträge

ÖSTERREICH

Treibstoff und Kraft

1. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und Österreich betreffend die Umleitung des Rissbachs und anderer kleiner Flüsse im österreichischen Tirol

29. Juni 1948,

ratifiziert vom Zweimächtekontrollamt am 25. August 1948

Reisekontrolle

1. Kleines Grenzabkommen zwischen den französischen Zonen von Deutschland und Österreich

1. Februar 1948 (Bregenz)

Abgeändert am: 2. Februar 1950 (Lindau)

2. Kleines Grenzabkommen zwischen der amerikanischen Zone Deutschlands und der amerikanischen und französischen Zone Österreichs

15. Mai 1949

3. Kleines Walsertal Jungholz. Abkommen zwischen dem CTB und Österreich. Kontrolle des Verkehrs zwischen den österreichischen Enklaven und Österreich

26. Juni 1950

Bestätigung eines Abkommens von 1890

Part I

Agreements Still in Force

AUSTRIA

Fuel and Power

1. Agreement by the US/UK Military Governments and Austria providing for diversion of the Rissbrock and other small streams in Austrian Tyrol.

June 29, 1948

Ratified by the Bipartite Control Office.

August 25, 1948

Travel Control

1. Frontalier agreement between French Zones of Germany and Austria.

February 1, 1948 (Bregenz)

Amended February 2, 1950 (Lindau)

2. Frontalier agreement between US Zone of Germany and US/French Zones of Austria.

May 15, 1949

3. Kleines Walsertal Jungholz agreement between the CTB and Austria. Control of traffic between the Austrian enclaves and Austria.

July 26, 1950

Reaffirmation of an agreement of 1890

Partie I

Accords en vigueur

AUTRICHE

Combustibles et énergie

1. Accord entre les Gouvernements Militaires américain et britannique et l'Autriche sur le détournement du cours du Rissbrook et d'autres petites rivières en Tyrol autrichien.

29 juin 1948

Ratifié le 25 août 1948 par l'Office de Contrôle Bipartite.

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier entre les zones françaises d'Allemagne et d'Autriche.

1er février 1948 (Bregenz)

Amendé le 2 février 1950 (Lindau)

2. Accord frontalier entre la zone américaine d'Allemagne et les zones américaine et française d'Autriche.

15 mai 1949

3. Accord «Kleines Walsertal Jungholz» entre l'Office Tripartite de la Circulation et l'Autriche Contrôle de la circulation entre les enclaves autrichiennes et l'Autriche.

26 juillet 1950

Confirmation d'un accord de 1890

4. Abkommen über den Donauverkehr zwischen alliierten Behörden in Österreich und der Danube River Field Organization. IWT (Inland Water Transport Division), Zweimächtekontrollamt in Frankfurt und Regensburg.

Betrifft den Verkehr von auf der Donau beschäftigten Personen und ist anwendbar auf Schiffer aus Österreich und Jugoslawien.

1. Mai 1949

5. Abkommen betreffend Zugspitze-Garmisch. Dieses Abkommen wurde vom CTB, deutschen und österreichischen Behörden erzielt, um den kurzfristigen kleinen Grenzausflugsverkehr zwischen Garmisch und der Zugspitze über Griesen (den Kreuzungspunkt in jeder Richtung) zu erleichtern

Noch in Kraft.

Alle für die Kontrolle von Reisenden erforderlichen Anweisungen ergingen örtlich im Mai 1950 an die deutschen Behörden.

4. Agreement concerning Danube traffic between the Allied authorities in Austria and the Danube River Field Organization, IWT Division, Bipartite Control Office, at Frankfurt and Ratisbourne.

Concerns the movement of persons engaged in work on the Danube, applicable to boatmen from Austria and Yugoslavia

May 1, 1949

5. Agreement in respect of Zugspitze-Garmisch. This agreement was reached by the CTB, German and Austrian authorities to facilitate short term frontalier excursion traffic between Garmisch and Zugspitze via Griesen (the crossing point in each direction)

Still in force.

All necessary instructions for control of travellers were issued locally to the German authorities in May 1950.

4 Accord sur le trafic danubien entre les autorités alliées en Autriche et l'Office local du Danube. Service IWT, Bureau de Contrôle Bipartite à Francfort et à Ratisbonne.

Concerne le mouvement des personnes travaillant sur le Danube, et s'applique aux bateliers d'Autriche et de Yougoslavie

1er mai 1949

5. Accord «Zugspitze-Garmisch». Cet accord a été conclu par l'Office Tripartite de la Circulation et les autorités allemandes et autrichiennes pour faciliter les excursions frontalières de courte durée entre Garmisch et la Zugspitze via Griesen (point de passage dans chaque sens).

Encore en vigueur

BELGIEN

Verkehr

1. Abkommen betreffend die Rückgabe und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und Belgien vom 5. April 1950 und vom 21. März 1951.

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion mit Einschluß von Belgisch-Kongo und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands, verhandelt am 11. Juni 1948 und von den betreffenden Regierungen am 6. August 1948 ratifiziert.

2. Drittes Zusatzprotokoll zu dem Handelsvertrag zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Amerikanisch-Britischen Militärregierung für Deutschland vom 6. August 1948. Unterzeichnet in Frankfurt am 16. November 1949, rückwirkend in Kraft seit Oktober 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der belgischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen

Päckchen aus Deutschland an Kriegsgefangene.

1. August 1947

Reisekontrolle

1. Kleines Grenzabkommen zwischen Belgien und der französischen Zone Deutschlands.

23. April 1948 (Koblenz)

BELGIUM

Transport

1. Rolling stock restitution and exchange agreements between the Allied High Commission and Belgium dated April 5, 1950, and March 21, 1951.

Trade and Payments

1. Protocol between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Military Governments for Germany (US/UK) covering trade and payments between the Belgo-Luxembourg Economic Union, including the Belgian Congo and the US/UK occupied areas of Germany, negotiated on June 11, 1948, and ratified by the Governments concerned on August 6, 1948.

2 Third Additional Trade Protocol to the Trade agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and Military Governments of Germany (US/UK) of August 6, 1948, signed in Frankfurt November 16, 1949, to come into force retroactively as of October 1949.

Posts and Telecommunications

1. Postal agreement between the Allied Control Authority and the Postal and Telecommunications Administration of Belgium

Parcels from Germany to prisoners-of-war.

August 1, 1947

Travel Control

1. Frontalier agreement between Belgium and the French Zone of Germany.

April 23, 1948 (Koblenz)

BELGIQUE

Transports

1. Accord sur la restitution et l'échange de matériel roulant entre la Haute Commission Alliée et la Belgique, en date des 5 avril 1950 et 21 mars 1951.

Commerce et paiements

1. Protocole entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne sur le commerce et les paiements entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise, y compris le Congo belge et les Territoires occupés US/UK en Allemagne, conclu le 11 juin 1948 et ratifié par les Gouvernements intéressés le 6 août 1948.

2. Troisième Protocole additionnel à l'Accord de commerce entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, du 6 août 1948, signé à Francfort le 16 novembre 1949 pour entrer en vigueur avec effet rétroactif à la date d'octobre 1949

Postes et télécommunications

1 Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et télécommunications de Belgique

Colis en provenance d'Allemagne destinés aux prisonniers de guerre.

1er août 1947

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier entre la Belgique et la zone française d'Allemagne.

23 avril 1948 (Coblence)

2. Kleines Grenzabkommen zwischen Belgien und der britischen Zone Deutschlands.

1. März 1949

3. Abkommen über die Ausstellung von Grenzpassierscheinen zwischen Deutschland und den an Belgien zur Zeit der Grenzberichtigungen übertragenen Gebieten.

14. April 1949

Kriegstote

1. Abkommen zwischen der amerikanischen Militärregierung und dem belgischen Innenministerium.

Überführung der belgischen Toten in die Heimat.

6. Dezember 1949

IRO und verschleppte Personen

1. Abkommen zwischen der amerikanischen HICOG und Belgien über die Rückkehr von in Belgien neuangesiedelten verschleppten Personen nach Deutschland. Geschlossen am 1. Januar 1951 in Bonn zwischen einem Vertreter der DP-Abteilung der HICOG und der Belgischen Botschaft.

2. Frontalier agreement between Belgium and the British Zone of Germany.

March 1, 1949

3. Agreement concerning the delivery of frontalier laissez-passer between Germany and territories turned over to Belgium at the time of rectifications of boundaries.

April 14, 1949

War Dead

1. Agreement between the US Military Government and the Belgian Ministry of the Interior.

Repatriation of Belgian War Dead.

December 6, 1949

IRO and DPs

1. Agreement between US HICOG and Belgium regarding return to Germany of DPs resettled in Belgium. Arranged on January 1, 1951, in Bonn between representatives of DP Division, HICOG, and Belgian Embassy.

2. Accord frontalier entre la Belgique et la zone britannique d'Allemagne.

1er mars 1949

3. Accord concernant la délivrance de laissez-passer frontaliers valables pour la circulation entre l'Allemagne et les territoires cédés à la Belgique au moment de l'ajustement des frontières.

14 avril 1949

Morts de guerre

1. Accord entre le Gouvernement Militaire américain en Allemagne et le Ministère de l'Intérieur belge.

Rapatriement des corps des morts de guerre belges.

6 décembre 1949

O.I.R. et Personnes Déplacées

1. Accord entre le Haut Commissariat américain en Allemagne et la Belgique sur le retour en Allemagne des Personnes Déplacées réinstallées en Belgique. Conclu le 1er janvier 1951 à Bonn entre le représentant du Service des Personnes Déplacées du Haut Commissariat américain en Allemagne et l'Ambassade de Belgique.

BULGARIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zahlungsabkommen vom 11. November 1947 zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien.

2. Am 31. August 1949 in Frankfurt paraphiertes Protokoll zur Erweiterung und Abänderung des Zahlungsabkommens vom 11. November 1947 zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich) und der Volksrepublik Bulgarien.

3. Am 28. Juli 1950 paraphiertes und am 7. November 1950 unterzeichnetes erstes Zusatzprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und den durch die Vereinigten Staaten/Vereinigtes Königreich besetzten Gebieten Deutschlands vom 4. Oktober 1947.

BULGARIA

Trade and Payments

1. Payments agreement dated November 11, 1947, between the Military Governments for Germany (US/UK) and the Government of the People's Republic of Bulgaria.

2. Protocol to extend and amend the Payments agreement dated November 11, 1947, between the Military Governments of Germany (US/UK) and the People's Republic of Bulgaria, initialled in Frankfurt, August 31, 1949.

3. First Additional Protocol with reference to the agreement covering trade between the People's Republic of Bulgaria and the US/UK Occupied Areas of Germany, dated October 4, 1947, initialled July 28, 1950, and signed November 7, 1950.

BULGARIE

Commerce et paiements

1. Accord de paiements du 11 novembre 1947 entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement de la République populaire de Bulgarie.

2. Protocole visant à proroger et amender l'Accord de paiements du 11 novembre 1947 entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et la République populaire de Bulgarie, paraphé à Francfort le 31 août 1949.

3. Premier Protocole additionnel à l'Accord sur les échanges commerciaux entre la République populaire de Bulgarie et les Territoires occupés US/UK en Allemagne, en date du 4 octobre 1947, paraphé le 28 juillet 1950 et signé le 7 novembre 1950.

CHINA

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und China, wonach auf die besetzten und unter Kontrolle stehenden Gebiete die Meistbegünstigungsbehandlung angewandt werden soll.

3. Juli 1948

CHINA

Trade and Payments

1. Agreement between the USA and China providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 3, 1948

CHINE

Commerce et paiements

1. Accord entre les Etats-Unis et la Chine tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

3 juillet 1948

DÄNEMARK

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zahlungsabkommen zwischen der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland, Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich und der Kgl. Dänischen Regierung, paraphiert in Frankfurt am 25. November 1949.

Reisekontrolle

1. Kleines Grenzabkommen zwischen Dänemark und dem CTB. Verkehr von Südschleswig nach Dänemark.

Briefwechsel.

5. August 1950

DENMARK

Trade and Payments

1. Payments agreement between the Allied High Commission for Germany (US/UK and France) and the Royal Danish Government, initialled in Frankfurt, November 25, 1949.

Travel Control

1. Frontalier agreement between Denmark and the CTB Traffic from South Schleswig to Denmark.

Exchange of letters.

August 5, 1950

DANEMARK

Commerce et paiements

1. Accord de paiements entre la Haute Commission Alliée en Allemagne (Etat-Unis, Royaume-Uni et France) et le Gouvernement royal du Danemark, paraphé à Francfort, le 25 novembre 1949.

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier entre le Danemark et l'Office Tripartite de la Circulation. Trafic du Schleswig du Sud vers le Danemark.

Echange de lettres.

5 août 1950

EKUADOR

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Republik Ekuador und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland über den Handel zwischen Ekuador und der Bundesrepublik Deutschland. Unterzeichnet am 16. Januar 1950.

ECUADOR

Trade and Payments

1. Payments agreement between the Government of the Republic of Ecuador and the Allied High Commission for Germany covering trade between Ecuador and the Federal Republic of Germany, signed January 16, 1950.

EQUATEUR

Commerce et paiements

1. Accord de paiements entre le Gouvernement de la République de l'Equateur et la Haute Commission Alliée en Allemagne, concernant le commerce entre l'Equateur et la République Fédérale d'Allemagne, signé le 16 janvier 1950.

VEREINIGTE STAATEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen und der britischen Militärregierung und Triest einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits.

15. Oktober 1948

2. Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen und der britischen Militärregierung und den Vereinigten Staaten von Amerika.

14. Juli 1948

3. Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der französischen Militärregierung und den Vereinigten Staaten von Amerika.

9. Juli 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen der amerikanischen, der britischen und der französischen Militärregierung und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen der Vereinigten Staaten von Amerika.

Internationaler Geldanweisungsdienst (nur nach Deutschland) für Überweisungen persönlicher Art oder solche an Familienangehörige oder zu wohltätigen Zwecken.

31. Januar 1949

UNITED STATES

Trade and Payments

1. Economic Cooperation Agreement between the US/UK Military Governments and Trieste on the one hand, and the U.S. on the other.

October 15, 1948

2. Economic Cooperation Agreement between the US/UK Military Governments and the U.S.A.

July 14, 1948

3. Economic Cooperation Agreement between the French Military Government and the U.S.A.

July 9, 1948

Posts and Telecommunications

1. Postal agreement between the US/UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the U.S.A.

International Money Order Service (incoming only) for remittances of a personal, family or charitable nature.

January 31, 1949

ETATS-UNIS

Commerce et paiements

1. Accord de coopération économique entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et Trieste d'une part et les Etats-Unis d'autre part.

15 octobre 1948

2. Accord de coopération économique entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et les Etat-Unis.

14 juillet 1948

3. Accord de coopération économique entre le Gouvernement Militaire français en Allemagne et les Etats-Unis.

9 juillet 1948

Postes et télécommunications

1. Accord postal conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications des Etats-Unis.

Service international des mandats (à l'arrivée seulement), versements ayant un caractère personnel, familial ou charitable.

31 janvier 1949

FRANKREICH

Verkehr

1. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und Frankreich vom 24. Februar 1950, 2. April 1951 und 27. September 1951.

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der französischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen

Pakete aus Deutschland an Kriegsgefangene.

1. Dezember 1947

2. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der französischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Pakete von Kriegsgefangenen nach Deutschland.

1. März 1947

Reisekontrolle

1. Bestimmungen über den kleinen Grenzverkehr zwischen Frankreich und dem benachbarten deutschen Gebiet

Erlaß des französischen Innenministeriums vom 6. März 1946, zwecks Durchführung den Präfekten der Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle mitgeteilt, in der französischen Zone durch den französischen Oberbefehlshaber bekanntgemacht.

FRANCE

Transport

1. Rolling stock restitution and exchange agreements between the Allied High Commission and France dated February 24, 1950, April 2, 1951, and September 27, 1951.

Posts and Telecommunications

1. Postal agreement between the Allied Control Authority and the Postal and Telecommunications Administration of France

Parcels from Germany to prisoners-of-war

December 1, 1947

2. Postal agreement between the Allied Control Authority and the Postal and Telecommunications Administration of France.

Parcels from prisoners-of-war to Germany.

March 1, 1947

Travel Control

1 Regulations in respect of frontalier travel between France and the adjoining German territory.

Decree dated March 6, 1946, from the French Ministry of the Interior, notified for execution to the Prefects of Haut-Rhin, Bas-Rhin and Moselle, promulgated in the French Zone by the French C.i.C.

FRANCE

Transports

1. Accords sur la restitution et l'échange de matériel roulant conclus entre la Haute Commission Alliée et le Gouvernement français, en date des 24 février 1950, 2 avril 1951 et 27 septembre 1951.

Postes et télécommunications

1. Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration française des postes et télécommunications.

Colis en provenance d'Allemagne destinés aux prisonniers de guerre.

1er décembre 1947

2. Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration française des postes et télécommunications

Colis de prisonniers de guerre à destination de l'Allemagne.

1er mars 1947

Contrôle de la circulation

1. Règlements sur la ciculation frontalière entre la France et le territoire limitrophe allemand.

Décret en date du 6 mars 1946 du Ministère de l'Intérieur français, notifié pour exécution aux Préfets du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle. Promulgué en zone française par le Commandant en Chef français en Allemagne.

UNGARN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll über die Besprechungen einer Gemischten Kommission der Ungarischen Volksrepublik und der Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich). Paraphiert am 22. November 1950 und unterzeichnet in Budapest am 29. Mai 1951.

2. Protokoll zwischen der Regierung der Ungarischen Republik und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich), paraphiert in Frankfurt am 6 August 1948.

Verkehr

1. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und Ungarn vom 28. Januar 1952.

HUNGARY

Trade and Payments

1 Protocol of the discussions of a Mixed Commission of the Government of the People's Republic of Hungary and the Military Governments of Germany (US, UK and French) initialled November 22, 1950, and signed Budapest, May 29, 1951.

2. Protocol between the Government of the Hungarian Republic and Military Governments for Germany (US/UK) initialled in Frankfurt, August 6, 1948

Transport

1. Rolling stock restitution and exchange agreement between the Allied High Commission for Germany and Hungary of January 28, 1952.

HONGRIE

Commerce et paiements

1. Protocole des discussions d'une commission mixte du Gouvernement de la République populaire de Hongrie avec les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 22 novembre 1950 et signé à Budapest, le 29 mai 1951.

2. Protocole entre le Gouvernement de la République populaire de Hongrie et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, paraphé à Francfort, le 6 août 1948.

Transports

1. Accord sur la restitution et l'échange de matériel roulant entre la Haute Commission Alliée et la Hongrie, du 28. janvier 1952.

IRAN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Handelsabkommen zwischen der Regierung des Kaiserreichs Iran und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 25. Mai 1949 und unterzeichnet am 1. Juli 1949.

IRAN

Trade and Payments

1. Trade agreement between the Government of the Empire of Iran and the US UK and French Military Governments of Germany, initialled Frankfurt, May 25, 1949.

IRAN

Commerce et paiements

1. Accord de commerce entre le Gouvernement de l'Empire d'Iran et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 25 mai 1949 à Francfort.

2. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung des Kaiserreichs Iran und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 25. Mai 1949 und unterzeichnet am 1. Juli 1949.

2. Payments agreement between the Government of the Empire of Iran and the US, UK and French Military Governments of Germany. Initialled in Frankfurt May 25, 1949, and signed July 1, 1949.

2. Accord de paiements entre le Gouvernement de l'Empire d'Iran et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne. Paraphé à Francfort, le 25 mai 1949 et signé le 1er juillet 1949.

ISLAND

Arbeitskräfte

1. Abkommen mit Island. Ein Abkommen über die Anwerbung von deutschen Arbeitskräften für Island, abgeschlossen zwischen der britischen Militärregierung und der Regierung des Landes Schleswig-Holstein einerseits und der isländischen Regierung andererseits.

Mai 1949

ICELAND

Labour

1. Agreement with Iceland. An agreement for the recruitment of German labour for Iceland concluded between, on the one hand, UK Military Government and the Land Government of Schleswig-Holstein and, on the other, the Icelandic Government.

May 1949

ISLANDE

Main-d'œuvre

1. Accord avec l'Islande. Accord sur le recrutement de la main-d'œuvre allemande pour l'Islande, conclu entre, d'une part, le Gouvernement Militaire britannique en Allemagne et le Gouvernement de Land du Schleswig-Holstein et, d'autre part, le Gouvernement islandais.

Mai 1949

ITALIEN

Verkehr

1. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und Italien vom 16. März 1950.

Kriegstote

1. Abkommen zwischen der Militärregierung der Vereinigten Staaten und dem Italienischen Generalkonsulat über die Überführung italienischer Kriegstoter.

7. November 1949

ITALY

Transport

1. Rolling stock restitution and exchange agreement between the Allied High Commission and Italy dated March 16, 1950.

War Dead

1. Agreement between US Military Government and the Italian Consulate General.
Repatriation of Italian War Dead.

November 7, 1949

ITALIE

Transports

1. Accord sur la restition et l'échange de matériel roulant, conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Italie, le 16 mars 1950.

Morts de guerre

1. Accord entre le Gouvernement Militaire américain en Allemagne et le Consulat Général d'Italie
Rapatriement des corps des morts de guerre italiens.

7 novembre 1949

LUXEMBURG

Verkehr

1. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung und Luxemburg über den Wiederaufbau von Grenzbrücken vom 29. Januar 1949.

2. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und Luxemburg vom 11. Mai 1950.

Reisekontrolle

1. Abkommen über Fischerboote und kleine Vergnügungsfahrzeuge auf Grenzflüssen zwischen der französischen Zone und Luxemburg.

25. April 1947

LUXEMBOURG

Transport

1. Agreement between the French Military Government and Luxembourg on reconstruction of border bridges dated January 29, 1949.

2. Rolling stock restitution and exchange agreement between the Allied High Commission and Luxembourg dated May 11, 1950.

Travel Control

1. Agreement concerning fishing and small pleasure craft ou boundary rivers between the French Zone and Luxembourg.

April 25, 1947

LUXEMBOURG

Transports

1. Accord entre le Gouvernement Militaire français et le Luxembourg sur la reconstruction de ponts frontières, en date du 29 janvier 1949.

2. Accord sur la restitution et l'échange de matériel roulant conclu entre la Haute Commission Alliée et le Luxembourg, en date du 11 mai 1950.

Contrôle de la circulation

1. Accord entre la zone française et le Luxembourg sur la pêche et les petits bâtiments de plaisance sur les rivières frontalières.

25 avril 1947

NORWEGEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zahlungsabkommen zwischen der amerikanischen, der britischen und der französischen Militärregierung für Deutschland einerseits und der Kgl. Norwegischen Regierung andererseits, paraphiert in Frankfurt am 9. September 1949.

NORWAY

Trade and Payments

1. Payments agreement between the Military Government for Germany (US, UK and French) and the Royal Norwegian Government, initialled Frankfurt, September 9, 1949.

NORVEGE

Commerce et paiements

1. Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement royal de Norvège, paraphé à Francfort, le 9 septembre 1949.

DIE NIEDERLANDE

Verkehr

1. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und den Niederlanden vom 31. August 1950.

THE NETHERLANDS

Transport

1. Rolling stock restitution and exchange agreement between the Allied High Commission and the Netherlands dated August 31, 1950.

PAYS-BAS

Transports

1. Accord sur la restitution et l'échange de matériel roulant conclu entre la Haute Commission Alliée et les Pays-Bas, le 31 août 1950.

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Genehmigtes Protokoll über Handelsbesprechungen zwischen einer die amerikanische, die britische und die französische Militärregierung vertretenden westdeutschen Delegation und einer niederländischen Delegation, paraphiert in Frankfurt am 7. September 1949, und ein Zahlungsabkommen zwischen der amerikanischen, der britischen und der französischen Militärregierung für Deutschland einerseits und dem Königreich der Niederlande andererseits, paraphiert in Frankfurt am 7. September 1949.

2. Zusatzabkommen zu dem Zahlungsabkommen vom 7. September 1949 zwischen der amerikanischen, der britischen und der französischen Militärregierung für Deutschland einerseits und dem Königreich der Niederlande andererseits, paraphiert am 2. Februar 1950 und unterzeichnet am 16. März 1950.

Trade and Payments

1. Agreed Minute of trade discussions between a Western German Delegation representing the US, UK and French Military Governments and a Netherlands Delegation, initialled in Frankfurt, September 7, 1949, and a Payments agreement between the Military Governments for Germany (US, UK and French) and the Government of the Kingdom of the Netherlands, initialled Frankfurt, September 7, 1949.

2. Additional agreement to the Payments agreement between the Military Governments for Germany (US, UK and French) and the Government of the Kingdom of the Netherlands, dated September 7, 1949, initialled February 2, 1950 and signed March 16, 1950.

Commerce et paiements

1. Procès-verbal approuvé des discussions sur le commerce entre une délégation de l'Allemagne occidentale représentant les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et une délégation des Pays-Bas, paraphé à Francfort le 7 septembre 1949, et accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas, paraphé à Francfort le 7 septembre 1949.

2. Accord additionnel à l'Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas du 7 septembre 1949, paraphé le 2 février 1950 et signé le 16 mars 1950.

Reisekontrolle

1. Niederländisch-deutsches Abkommen über Grenzpassierscheine.
15. Oktober 1949

Mehrfach abgeändert (16. November 1949, 6. Januar 1950, 15./21. Februar 1950, 5. Dezember 1950, 5. März 1951, 10. Mai 1951, 2. Juni 1951, 24. Juli 1951, 10. August 1951).

Travel Control

1. Netherland - German agreement concerning frontalier laissez-passer.
October 15, 1949

Amended on several occasions (November 16, 1949, January 6, 1950, 15/21 February 1950, December 5, 1950, March 5, 1951, May 10, 1951, June 2, 1951, July 24, 1951, August 10, 1951).

Contrôle de la circulation

1. Accord germano-néerlandais sur les laissez-passer frontaliers.
15 octobre 1949

Amendé à plusieurs reprises (16 novembre 1946, 6 janvier 1950, 15/21 février 1950, 5 décembre 1950, 5 mars 1951, 10 mai 1951, 2 juin 1951, 24 juillet 1951, 10 août 1951).

Kriegstote

1. Abkommen zwischen dem amerikanischen Hohen Kommissar und der Niederländischen Mission für die Erfassung von Gräbern, wonach holländische Kriegstote in die Niederlande überführt werden sollen.
18. August 1950

War Dead

1. Agreement between the US High Commissioner and the Netherlands Graves Registration Mission providing for repatriation of Dutch war dead to the Netherlands.

August 18, 1950

Morts de guerre

1. Accord entre le Haut Commissaire américain et la Mission néerlandaise d'enregistrement des tombes sur le rapatriement des corps des morts de guerre néerlandais vers les Pays-Bas.

18 août 1950

POLEN

Verkehr

1. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission für die Regierungen Frankreichs, Belgiens und der Niederlande einerseits und der Polnischen Regierung andererseits, vom 8. Juli 1950.

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Handelsabkommen zwischen der Regierung der Republik Polen und der amerikanischen, der britischen und der französischen Militärregierung für Deutschland, paraphiert am 30. Juni 1949.

2. Genehmigtes Protokoll der Besprechungen einer Gemischten Kommission der Regierung der Polnischen Republik und der amerikanischen, der britischen und der französischen Militärregierungen für Deutschland, paraphiert am 6. Juli 1950 und unterzeichnet am 9. Oktober 1950.

3. Zahlungsabkommen zwischen der Republik Polen und den amerikanischen, britischen und französischen Militärregierungen für Deutschland, paraphiert am 30. Juni 1949.

POLAND

Transport

1. Rolling stock restitution and exchange agreement between the Allied High Commission for the Governments of France, Belgium and the Netherlands on the one hand and the Government of Poland on the other hand, dated July 8, 1950.

Trade and Payments

1. Trade agreement between the Government of the Republic of Poland and the US, UK and French Military Government of Germany, initialled June 30, 1949.

2. Agreed Minutes of the discussions of a Mixed Commission from the Government of the Polish Republic and the US, UK and French Military Governments for Germany, initialled July 6, 1950 and signed October 9, 1950.

3. Payments agreement between the Republic of Poland and the Military Governments of Germany, US, UK and French, initialled Frankfurt, June 30, 1949.

POLOGNE

Transports

1. Accord sur la restitution et l'échange de matériel roulant conclu entre la Haute Commission Alliée pour les Gouvernements de la France, de la Belgique et des Pays-Bas d'une part, et le Gouvernement de la Pologne d'autre part, en date du 8 juillet 1950.

Commerce et paiements

1. Accord de commerce entre le Gouvernement de la République de Pologne et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 30 juin 1949.

2. Procès-verbal approuvé des discussions d'une Commission mixte du Gouvernement de la République polonaise avec les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 6 juillet 1950 et signé le 9 octobre 1950.

3. Accord de paiements entre la République de Pologne et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 30 juin 1949.

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Arbeitskräfte

1. Aktion „Handwerker": Ein Plan für die Anwerbung von Arbeitern, die durch das britische Kriegsministerium in der Cyrenaika beschäftigt werden sollen. Er wurde von dem britischen Element des Ausschusses für Arbeitsfragen der Alliierten Hohen Kommission im Einverständnis mit dem amerikanischen und dem französischen Element mit der Bundesregierung ausgehandelt. Kein formelles Abkommen.
3. Oktober 1949

2. „Sudeten"-Vorhaben: Ein Abkommen über die Anwerbung sudetendeutscher Arbeiter zwecks Beschäftigung in Großbritannien, abgeschlossen von der amerikanischen Militärregierung für Deutschland.
18. März 1949

3. „Nordsee"-Vorhaben: Ein zwischen der britischen Militärregierung und dem britischen Ministerium für Arbeit und nationalen Dienst zustande gekommenes Abkommen. Es wurde kein offizielles Abkommen unterzeichnet.
Juni 1948

4. „Westward Ho"-Vorhaben: Ein zwischen der amerikanischen Militärregierung und dem britischen Ministerium für Arbeit und nationalen Dienst zustande gekommenes Abkommen. Kein offizielles Abkommen, Fristen und Bedingungen in ZEI, Nr. 9.
Mai 1947

UNITED KINGDOM

Labour

1. Operation "Artisan": A scheme for recruitment of workers for employment by the British War Department in Cyrenaica, negotiated by the UK Element of the Labour Affairs Committee of the Allied High Commission with the consent of the US and French elements with the Federal Government. No formal agreement.
October 3, 1949

2. "Sudeten" Scheme: An agreement for the recruitment of Sudeten workers for employment in Great Britain concluded by UK and US Military Governments in Germany.
March 18, 1949

3. "North Sea" Scheme: An agreement arranged between UK Military Government and the UK Ministry of Labour and National Service. No formal agreement was signed.
June 1948

4. "Westward Ho" Scheme: An agreement arranged between US Military Government and the UK Ministry of Labour and National Service. No formal agreement, terms and conditions contained in ZEI, No. 9.
May 1947

ROYAUME-UNI

Main d'œuvre

1. Opération «Artisan»: Programme de recrutement d'ouvriers devant être employés par le Ministère de la Guerre britannique en Cyrénaïque, par l'Elément britannique du Comité du Travail de la Haute Commission Alliée avec le consentement des Eléments américain et français et du Gouvernement Fédéral.
Accord non officiel.
3 octobre 1949

2. Programme «Sudeten»: Accord sur le recrutement de travailleurs des Sudètes devant être employés en Grande-Bretagne, conclu entre les Gouvernements Militaires britannique et américain en Allemagne.
18 mars 1949

3. Programme «Mer du Nord»: Arrangement entre le Gouvernement Militaire britannique et le Ministère britannique du Travail et le Service National. Aucun accord officiel n'a été signé.
Juin 1948

4. Programme «Westward Ho»: Arrangement entre le Gouvernement Militaire américain et le Ministère britannique du Travail et le Service National. Aucun accord officiel, clauses et conditions figurent au document ZEI, No 9.
Mai 1947

SAARGEBIET

Reisekontrolle

1. Kleines Grenzabkommen zwischen dem Saargebiet und der französischen Zone.
1. Juli 1948

Mehrfach durch die Gemischte Kommission abgeändert (26. Oktober 1948, 19. Mai 1949, 23. Dezember 1949, 26. Juli 1950).

2. Bestimmungen über den kleinen Grenzverkehr zwischen dem Saargebiet und der Bundesrepublik.
1. Februar 1951

Vervollständigt am 2. März 1951 und abgeändert am 19. Juli 1951.

THE SAAR

Travel Control

1. Frontalier agreement between the Saar territory and the French Zone.
July 1, 1948

Amended on several occasions by the Mixed Commission (October 26, 1948, May 19, 1949, December 23, 1949, July 26, 1950).

2. Frontalier regulations for frontalier travel between the Saar and the Federal Republic.
February 1, 1951

Completed on March 2, 1951 and amended on July 19, 1951.

SARRE

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier entre la Sarre et la zone française.
1er juillet 1948

Amendé à plusieurs reprises par la Commission mixte (26 octobre 1948, 19 mai 1949, 23 décembre 1949, 26 juillet 1950).

2. Règlements frontaliers concernant la circulation entre la Sarre et la République Fédérale.
1er février 1951

Complété le 2 mars 1951 et amendé le 19 juillet 1951.

SOWJETISCHE MILITÄRVERWALTUNG

Kraft und Treibstoff

1. Abkommen zwischen dem britischen Militärgouverneur und der sowjetischen Militärverwaltung Stromlieferungen an die britische Zone von dem Kraftwerk Harbke gegen Braunkohle aus der Gegend von Helmstedt.
1. Oktober 1948

SOVIET MILITARY ADMINISTRATION

Power and Fuel

1. Agreement between UK Military Governor and Soviet Military Administration. Supply of power to British Zone from Harbke Power Station in exchange for brown coal from Helmstedt area.
October 1, 1948

ADMINISTRATION MILITAIRE SOVIETIQUE

Energie électrique et combustibles

1. Accord entre le Gouverneur Militaire britannique et l'Administration Militaire Soviétique sur la fourniture d'énergie à la zone britannique par la centrale d'énergie électrique de Harbke en échange de lignite provenant de la région de Helmstedt.
1er octobre 1948

Kriegstote

1. Abkommen zwischen dem amerikanischen Hohen Kommissar und den sowjetischen Besatzungsbehörden über die Rückführung der Leichen von Sowjetbürgern in die Sowjetunion und über die ständige Unterhaltung von sowjetischen Gräbern in Deutschland.

4. Mai 1951

War Dead

1. Agreement between the US High Commissioner and Soviet Occupation authorities providing for repatriation of remains of Soviet citizens to the Soviet Union and also providing for the perpetual maintenance of Soviet graves in Germany.

May 4, 1951

Morts de guerre

1. Accord entre le Haut Commissaire des Etats-Unis et les autorités d'occupation soviétiques au sujet du rapatriement vers l'Union soviétique des corps des citoyens soviétiques, prévoyant également l'entretien perpétuel des tombes soviétiques en Allemagne.

4 mai 1951

SCHWEIZ

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zahlungsabkommen zwischen den amerikanischen, britischen und französischen Militärregierungen für Deutschland und der Schweizerischen Bundesregierung, paraphiert am 27. August 1949 in Bern

2. Genehmigtes Protokoll über bestimmte finanzielle Angelegenheiten zwischen einer Delegation der drei Westzonen Deutschlands und einer schweizerischen Delegation, unterzeichnet in Bern am 27. August 1949.

3. Sonderprotokoll über den Transfer von Löhnen, Gehältern, Pensionen, Renten und Arzthonoraren im kleinen Grenzverkehr zwischen Westdeutschland und der Schweiz. Paraphiert in Bern im August 1949.

Verkehr

1. Vertrag über die Regulierung des Oberrheins, unterzeichnet von Frankreich (für die französische Zone) und der Schweiz, vom 19. Dezember 1947.*)

Reisekontrolle

1. Kleines Grenzabkommen betreffend die Kontrolle von Personen und Waren zwischen der französischen Zone Deutschlands und der Schweiz.

3. November 1945 (Bern)

(Dieses Abkommen sieht die Einsetzung einer Gemischten Kommission für seine Durchführung vor. Diese hat bisher 10 Sitzungen abgehalten.)

2. Abkommen zwischen dem CTB und der Schweiz betreffend den Touristenverkehr an der deutsch-schweizerischen Grenze.

16. Oktober 1950

Abgeändert am 24./25. Oktober 1950.

Betrifft die Grenzgebiete beider Länder.

SWITZERLAND

Trade and Payments

1. Payments agreement between the Military Governments for Germany, US, UK and France, and the Swiss Federal Government, initialled Berne, August 27, 1949.

2. Agreed Minutes of certain financial matters between a Delegation of the three Western Zones of Germany and a Swiss Delegation signed in Berne, August 27, 1949.

3. Special protocol concerning the transfer of wages, salaries, pensions, annuities, and doctors fees in frontalier traffic between Western Germany and Switzerland, initialled Berne, August 1949.

Transport

1. Convention for the regularisation of the upper Rhine by France (on behalf of the French Zone) and Switzerland dated December 19, 1947.

Travel Control

1. Frontalier agreement in respect of the control of persons and goods between the French Zone of Germany and Switzerland.

November 3, 1945 (Berne)

(This agreement provides for the establishment of a mixed commission to resume its proper operation. It has met on ten occasions.)

2. Agreement between CTB and Switzerland in respect of tourists on the German/Swiss frontier.

October 16, 1950

Amended on 24/25 October 1950.

Concerns the frontalier zones of both countries.

SUISSE

Commerce et paiements

1. Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement Fédéral Suisse, paraphé à Berne, le 27 août 1949.

2. Procès-verbal agréé des discussions concernant certaines questions financières, entre une délégation des trois zones occidentales d'Allemagne et une délégation suisse, signé à Berne, le 27 août 1949.

3. Protocole spécial sur le transfert des traitements, salaires, pensions, annuités et honoraires médicaux dans le trafic frontalier entre l'Allemagne occidentale et la Suisse, paraphé à Berne en août 1949.

Transports

1. Convention sur la régularisation du cours supérieur du Rhin, signée par la France (au nom de la France et de la zone française) et la Suisse, le 19 décembre 1947.

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier concernant le contrôle des personnes et des marchandises franchissant la frontière entre la zone française d'Allemagne et la Suisse.

3 novembre 1945 (Berne)

(Cet accord prévoit la création d'une commission mixte chargée de reprendre ses activités. Cette commission s'est réunie dix fois).

2. Accord entre l'Office Tripartite de la Circulation et la Suisse au sujet des touristes à la frontière germano-suisse, en date du 16 octobre 1950.

Amendé les 24/25 octobre 1950.

Se rapporte aux zones frontalières des deux pays.

TSCHECHOSLOWAKEI

Verkehr

1. Abkommen vom 10. August 1949 zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten) und der Tschechoslowakei über den Austausch von rollendem Material.

CZECHOSLOVAKIA

Transport

1. Rolling stock exchange agreement between the Military Governments for Germany (UK and US) and Czechoslovakia dated August 10, 1949.

TCHECOSLOVAQUIE

Transports

1. Accord relatif à l'échange de matériel roulant conclu entre les Gouvernements Militaires britannique et américain en Allemagne et la Tchécoslovaquie, le 10 août 1949.

*) Die Bundesrepublik beabsichtigt, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Genehmigtes Protokoll über Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung der Tschechoslowakischen Republik und Vertretern der Alliierten Hohen Kommissare für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich), paraphiert in Frankfurt am Main am 21. Oktober 1949.

2. Abkommen zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Republik und der Militärregierung für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich) über den Austausch von Waren, Dienstleistungen und Zahlungen zwischen der Tschechoslowakei und den durch die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Paraphiert am 30. September 1948, unterzeichnet am 3. Dezember 1948.

3. Protokoll über Zahlungen in Abänderung des Zahlungsabkommens vom 5 September 1947 in der durch die Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich) und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik abgeänderten Fassung, paraphiert in Frankfurt am 21. Oktober 1949.

Trade and Payments

1. Agreed Minute of the discussions between representatives of the Government of the Republic of Czechoslovakia and representatives of the Allied High Commissioners of Germany (US, UK and French) initialled in Frankfurt, October 21, 1949.

2. Agreement between the Government of the Republic of Czechoslovakia and the Military Governments of Germany (US/UK) concerning the exchange of goods, services and payments between Czechoslovakia and the US/UK Occupied Areas of Germany Initialled September 30, 1948, signed December 3, 1948.

3. Protocol on payments to amend the Payments agreement dated September 5, 1947 as amended, between Military Governments for Germany (US, UK and French) and the Government of the Republic of Czechoslovakia, initialled Frankfurt, October 21, 1949.

Commerce et paiements

1. Procès-verbal agréé des discussions entre des représentants du Gouvernement de la République tchécoslovaque et des représentants des Hauts Commissaires Alliés en Allemagne (britannique, américain et français), paraphé à Francfort, le 21 octobre 1949.

2. Accord entre le Gouvernement de la République de Tchécoslovaquie et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, sur l'échange de marchandises, de services et les paiements entre la Tchécoslovaquie et les territoires occupés US/UK en Allemagne. Paraphé le 30 septembre 1948, signé le 3 décembre 1948.

3. Protocole sur les paiements amendant l'Accord de paiements du 5 septembre 1947, amendé, entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français et le Gouvernement de la République tchécoslovaque, paraphé à Francfort, le 21 octobre 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der tschechoslowakischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Pakete aus Deutschland an Kriegsgefangene.

15. November 1947

Posts and Telecommunications

1. Postal agreement between Allied Control Authority and Postal and Telecommunications Administration of Czechoslovakia.

Parcels from Germany to prisoners-of-war.

November 15, 1947

Postes et télécommunications

1. Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de Tchécoslovaquie

Colis en provenance d'Allemagne destinés aux prisonniers de guerre.

15 novembre 1947

IRO und verschleppte Personen

1. Protokoll der am 28. und 30. Januar 1950 in Prag abgehaltenen Besprechung zwischen Vertretern der Hohen Kommission und der Tschechoslowakei über technische Einzelheiten bezüglich der Auswanderung von 20 000 Volksdeutschen aus der Tschechoslowakei, die mit ihren schon in Deutschland angesiedelten Familien vereint werden sollen.

IRO and DPs

1. Minutes of discussion between representatives of the High Commission and CSR held in Prague on January 28 and 30, 1950 concerning technical details in connection with the emigration of 20.000 persons of German ethnic origin from Czechoslovakia for the purpose of joining their families already established in Germany.

O.I.R. et Personnes Déplacées

1. Procès-verbal des discussions entre les représentants de la Haute Commission Alliée et de la République tchécoslovaque réunis à Prague les 28 et 30 janvier 1950, au sujet des détails techniques se rapportant à l'émigration de 20.000 personnes d'origine ethnique allemande venant de Tchécoslovaquie pour rejoindre leurs familles déjà installée en Allemagne.

URUGUAY

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen der Regierung der Republica Oriental del Uruguay und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland über den Handel zwischen Uruguay und der Bundesrepublik Deutschland. Paraphiert in Frankfurt/Main am 11. Oktober 1949.

2. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Republica Oriental del Uruguay und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland. Paraphiert am 11. Oktober 1949.

URUGUAY

Trade and Payments

1. Agreement between the Government of the Republic Oriental of Uruguay and the Allied High Commission for Germany, covering trade between Uruguay and the Federal Republic of Germany, initialled Frankfurt, October 11, 1949.

2. Payments agreement between the Government of the Republic Oriental of Uruguay and the Allied High Commission of Germany, initialled October 11, 1949.

URUGUAY

Commerce et paiements

1. Accord entre le Gouvernement de la République Orientale d'Uruguay et la Haute Commission Alliée en Allemagne sur les échanges commerciaux entre l'Uruguay et la République Fédérale d'Allemagne, paraphé à Francfort, le 11 octobre 1949.

2. Accord de paiements entre le Gouvernement de la République Orientale d'Uruguay et la Haute Commission Alliée en Allemagne, paraphé le 11 octobre 1949.

JUGOSLAWIEN

Verkehr

1. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und Jugoslawien vom 22. April 1950.

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll zwischen der Regierung der Volks-Bundesrepublik Jugoslawien und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland zur Abänderung des Zahlungsabkommens zwischen der Regierung der Volks-Bundesrepublik Jugoslawien und der britischen und der amerikanischen Militärregierung für Deutschland vom 28. April 1948 in der durch Abänderungen vom 31. März 1949 und vom 2. September 1949 abgeänderten Fassung, paraphiert in Frankfurt am 21. November 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen des jugoslawischen Post- und Fernmeldewesens.

Pakete aus Deutschland für Kriegsgefangene.

15. Oktober 1947

Reisekontrolle

1. Abkommen über den Donauverkehr zwischen den alliierten Behörden in Österreich und der Danube River Field Organization, IWT (Inland Water Transport Division) Zweimächtekontrollamt in Frankfurt und Regensburg.

Betrifft den Verkehr auf der Donau beschäftigter Personen und ist anwendbar auf Schiffe aus Österreich und Jugoslawien.

1. Mai 1949

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Post- und Fernmeldewesen

Weltpostverein

Das Reich war Vollmitglied dieser Organisation. Die Bundesrepublik ist nicht Mitglied oder assoziiertes Mitglied des Weltpostvereins. Mit AGSEC (49) 315 stellte die Alliierte Hohe Kommission ausdrücklich fest, daß die Bundesrepublik das Verfahren, die Bestimmungen und die Empfehlungen des Weltpostvereins beachten werde. Diese Verpflichtung wird in Kraft bleiben, bis die Bundesregierung durch Beitritt zu dem Verein die unmittelbare Verantwortung hierfür übernimmt.

Verschleppte Personen und Internationale Flüchtlingsorganisation

1.*) Abkommen zwischen IRO und dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa. Fest-

*) Mit der endgültigen Auflösung der IRO entfällt die Verpflichtung.

YUGOSLAVIA

Transport

1. Rolling stock restitution and exchange agreement between the Allied High Commission and Yugoslavia dated April 22, 1950.

Trade and Payments

1. Protocol between the Government of the People's Federal Republic of Yugoslavia and the Allied High Commission for Germany, amending the Payments agreement between the Government of the People's Federal Republic of Yugoslavia and the Military Governments for Germany, US/UK dated April 28, 1948 as amended by an amendment dated March 31, 1949 and an amendment dated September 2, 1949, initialled in Frankfurt on November 21, 1949.

Posts and Telecommunications

1. Postal agreement between the Allied Control Authority and Postal and Telecommunications Administrations of Yugoslavia.

Parcels from Germany to prisoners-of-war.

October 15, 1947

Travel Control

1. Agreement concerning Danube traffic between the Allied authorities in Austria and the Danube River Field Organization, IWT Division, Bipartite Control Office, at Frankfurt and Ratisbonne.

Concerns the movement of persons engaged in work on the Danube, applicable to boatmen from Austria and Yugoslavia.

May 1, 1949

INTERNATIONAL ORGANIZATIONS

Posts and Telecommunications

Universal Postal Union

The Reich was full member of this organization. The Federal Republic is not a member or associate member of the U.P.U. By AGSEC (49) 315, the A.H.C. specified that the Federal Republic would observe the procedure, regulations and recommendations of the U.P.U. This obligation will remain in force until the Federal Government, by acceding to the Union, assumes direct responsibility for such observance.

Displaced Persons and International Refugee Organization

1.*) Agreement between IRO and the Commander-in-Chief European Command, US Army. Definition of the

*) With the final liquidation of IRO this obligation will cease to exist.

YOUGOSLAVIE

Transports

1. Accord sur la restitution et l'échange de matériel roulant conclu entre la Haute Commission Alliée et la Yougoslavie, le 22 avril 1950.

Commerce et paiements

1. Protocole entre le Gouvernement de la République Fédérale populaire de Yougoslavie et la Haute Commission Alliée en Allemagne amendant l'Accord de paiements conclu entre le Gouvernement de la République Fédérale populaire de Yougoslavie et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, le 28 avril 1948, amendé le 31 mars 1949 et le 2 septembre 1949, paraphé à Francfort le 21 novembre 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et télécommunications de Yougoslavie.

Colis en provenance d'Allemagne destinés aux prisonniers de guerre.

15 octobre 1947

Contrôle de la circulation

1. Accord sur le trafic danubien entre les autorités alliées en Autriche et l'Office local du Danube, Service IWT, Bureau de Contrôle Bipartite à Francfort et à Ratisbonne.

Concerne le mouvement des personnes travaillant sur le Danube, et s'applique aux bateliers d'Autriche et de Yougoslavie.

1er mai 1949

ORGANISATIONS INTERNATIONALES

Postes et télécommunications

Union Postale Universelle

Le Reich était membre à droits égaux de cette organisation La République Fédérale n'est ni membre ni associée de l'Union Postale Universelle La Haute Commission Alliée spécifie dans l'AGSEC (49) 315 que la République Fédérale observerait la procédure, les règlements et les recommandations de l'Union Postale Universelle Cette obligation restera en vigueur jusqu'à ce que le Gouvernement Fédéral, en devenant membre de cette Union, soit directement responsable de cette observation.

Organisation Internationale des Réfugiés et Personnes Déplacées

1.*) Accord entre l'O I. R. et le Commandant en Chef américain Commandement d'Europe. Définition des fonc-

*) L'obligation cessera d'exister lors de le liquidation définitive.

legung der beiderseitigen Aufgaben und Verantwortung der IRO und des Oberbefehlshabers der amerikanischen Streitkräfte bezüglich der verschleppten Personen und der nichtdeutschen Flüchtlinge in Deutschland.

28. Juli 1948

2.*) Abkommen zwischen der amerikanischen Militärregierung und der IRO.

9. Juli 1947

Wohlfahrt

1. UN (UNICEF) Abkommen zwischen UNICEF und der französischen, der britischen und der amerikanischen Militärregierung. Unterstützung und Übermittlung von Liebesgaben an bedürftige Kinder in Deutschland. (Fertiggestellt am 3. April und 22. Juni 1949.)

2. April 1949

2. LICROSS (Liga der Rotkreuz-Gesellschaften) — Abkommen zwischen LICROSS und der amerikanischen Militärregierung über Liebesgabensendungen und Lieferungen für Wohlfahrtszwecke.

14. Juni 1947

Reisekontrolle

1. Zentralkommission für die Rheinschiffahrt

Abkommen über den Verkehr auf dem Rhein — Ausstellung von Reiseausweisen und Kontrolle der Bewegung im Rheinverkehr beschäftigter Personen.

1946

MEHRSEITIGE VERTRÄGE

Verkehr

1. Beitritt Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten für ihre Besatzungszonen in Deutschland zu dem Abkommen über die Freiheit des Straßenverkehrs betreffend:

(a) Freiheit des Transit-Güterverkehrs auf Straßen,

(b) Freiheit des Nicht-Transit-Güterverkehrs auf Straßen,

(c) Freiheit des internationalen Touristenverkehrs auf Straßen,

(d) Möglichst freiheitliche Anwendung der Genehmigungssysteme für den ganzen internationalen Fahrgastverkehr auf Straßen, insbesondere für die nicht unter (c) fallende internationale Touristenbeförderung

(Aufgezeichnet in dem Protokoll der ECE Arbeitsgruppe — E/ECE/TRANS/32.)

1. Januar 1948

*) Mit der endgültigen Auflösung der IRO entfällt die Verpflichtung.

relative functions and responsibilities of IRO and the Commander-in-Chief, U.S. Army, in respect of DP's and non-German refugees in Germany.

July 28, 1948

2.*) Agreement between the U.S. Military Government and IRO.

July 9, 1947

Welfare

1. UN (UNICEF) Agreement between UNICEF and French, British and US Military Governments. Assistance and delivery of gifts to needy children in Germany. (Completed April 3 and June 22, 1949).

April 2, 1949

2. LICROSS (League of Red Cross Societies) Agreement between LICROSS and US Military Government concerning gift shipments and welfare supplies.

June 14, 1947

Travel Control

1. Central Rhine Commission:

Agreement concerning Rhine traffic. Issue of travel documents and control of movement of persons working in Rhine traffic.

1946

MULTILATERAL AGREEMENTS

Transport

1. Accession by France, UK and US on behalf of their respective occupation zones in Germany to agreement on freedom of the road with regard to:

(a) freedom of transit for transport of goods by road;

(b) freedom of transport of goods by road other than in transit;

(c) freedom of international tourist traffic by road;

(d) the most liberal application of the authorization systems for all international passenger transport by road, and, in particular, for international tourist traffic services not falling under (c).

Recorded in the Minutes of the ECE working party—E/ECE/TRANS/32.

January 1, 1948

*) With the final liquidation of IRO this obligation will cease to exist.

tions et responsabilités incombant à l'O.I.R. et au Commandant en Chef américain, en ce qui concerne les personnes déplacées et les réfugiés non-allemands en Allemagne.

28 juillet 1948

2.*) Accord entre le Gouvernement Militaire américain et l'O.I.R.

9 juillet 1947

Accords en matière d'assistance

1. Nations Unies (UNICEF). Accord entre l'UNICEF et les Gouvernements Militaires français, britannique et américain en Allemagne. Aide et envoi de colis-cadeaux aux enfants nécessiteux en Allemagne (Complété les 3 avril et 22 juin 1949).

2 avril 1949

2. LICROSS (Ligue des Sociétés de Croix-Rouge — Accord conclu entre LICROSS et le Gouvernement Militaire américain en Allemagne relatif aux expéditions de colis-cadeaux et de fournitures à titre d'assistance.

14 juin 1947

Contrôle de la circulation

1. Commission centrale du Rhin

Accord concernant le trafic rhénan. Délivrance de documents de circulation et contrôle du mouvement des personnes employées dans la navigation du Rhin.

1946

ACCORDS MULTILATERAUX

Transports

1. Accession par la France, le Royaume-Uni et les Etats-Unis pour le compte de leur zone respective en Allemagne à l'Accord sur la liberté de la route à:

a) la liberté de transit pour le transport routier de marchandises;

b) la liberté du transport routier de marchandises autres qu'en transit;

c) la liberté de circulation routière des touristes internationaux;

d) l'application la plus libérale des systèmes autorisant tout transport routier de voyageurs internationaux et, en particulier, en ce qui concerne les services touristiques internationaux ne tombant pas sous c).

(Inscrit dans les procès-verbaux du Groupe de Travail de la Commission économique pour l'Europe — E/ECE/TRANS/32). 1er janvier 1948

*) L'obligation cessera d'exister lors de la liquidation définitive.

2. Internationales Übereinkommen über den Güterverkehr;
Internationales Übereinkommen über den Personenverkehr.

(Das Reich war Vollmitglied beider Organisationen Die Bundesrepublik ist bisher kein Mitglied, wendet jedoch die Bestimmungen der Übereinkommen an.)

Post- und Fernmeldewesen

Abkommen über internationale Post- und Fernmelde-Dienste, die sich auf Gesamtdeutschland beziehen und von der Alliierten Kontrollbehörde mit fremden Verwaltungen abgeschlossen wurden, soweit sie nicht durch Abkommen oder Abmachungen ersetzt sind, die inzwischen zur Anwendung gelangt sind.

Radio-Frequenzen

1. Internationale Verwaltungs-Luftfahrtkonferenz, Genf 1948. Zuteilung von Luftfahrtfrequenzen. (Anforderungen für die Dienste der Besatzungsstreitkräfte, die zur Unterstützung der zivilen Luftfahrt dienen, wurden unterbreitet und angenommen.)

2. International Merchandises Convention.
International Passengers Convention.

(Reich was full member of both organizations. The Federal Republic is not, so far, a member but it implements the regulations of the Conventions).

Posts and Telecommunications

1. Agreements concerning international postal and telecommunications services relating to Germany as a whole, concluded by the Allied Control Authority with foreign administrations, in so far as replacement agreements or arrangements have not been put into application since then.

Radio Frenquencies

1. International Administrative Aeronautical Conference, Geneva. 1948. Allocation of aviation frequencies. (Requirements were submitted and met for occupying forces services operated in support of civil aviation.)

2. Convention internationale sur les marchandises.
Convention internationale sur les voyageurs

(Le Reich était membre à droits égaux de ces deux organisations. La République Fédérale n'est pas encore membre mais applique les règlements de ces Conventions).

Postes et télécommunications

Accord relatif aux services internationaux — Postes et Télécommunications — concernant l'Allemagne dans son ensemble, conclu par l'Autorité Alliée de Contrôle avec des administrations étrangères dans la mesure où des accords de remplacement ou autres accords n'auraient pas depuis été mis en application.

Fréquences Radio

1. Conférence administrative aéronautique internationale, Genève 1948. Attribution de fréquences d'aviation. (Les besoins ont été soumis en ce qui concerne les services des Forces d'occupation travaillant au profit de l'aviation civile; satisfaction leur a été donnée).

Teil II

Außer Kraft getretene Verträge

ALASKA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Alaska andererseits.
Fernsprechdienst.
15. April 1949

ALGERIEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Algerien.
Fernsprechdienst.
5. Juni 1949

ARGENTINIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und

Part II

Agreements out of Force

ALASKA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Alaska.

Telephone service.
April 15, 1949

ALGERIA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Algeria.

Telephone service.
June 5, 1949

ARGENTINA

Trade and Payments

1. Protocol governing trade and payments. US, UK and French Military Governments of Germany and the Government of the Argentine Republic,

Partie II

Accords non en vigueur

ALASKA

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de l'Alaska.

Service téléphonique.
15 avril 1949

ALGERIE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de l'Algérie.
Service téléphonique.
5 juin 1949

ARGENTINE

Commerce et paiements

1. Protocole réglementant le commerce et les paiements, conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Alle-

Frankreichs für Deutschland und der Regierung der Argentinischen Republik. Wirksam vom 5. Mai 1949 bis zum 31. März 1950 und ergänzt durch das Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Argentinischen Republik vom 9. Juni 1950 für ein Jahr, mit selbsttätiger Verlängerung, falls nicht gekündigt.

effective from May 5, 1949, until March 31, 1950, and further supplemented by Trade and Payment Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of the Argentine of June 9, 1950 for one year, subject to automatic extension unless termination notice is given.

magne et le Gouvernement de la République Argentine, en vigueur du 5 mai 1949 au 31 mars 1950; complété ultérieurement par l'Accord de commerce et de paiement intervenu entre le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République Argentine, le 9 juin 1950, pour une année, sujet à tacite reconduction sauf notification de résiliation.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich und Argentinien.

Telegraphendienst.

24. November 1947
26. November 1947

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and Argentine.

Telegraph service.

November 24, 1947
November 26, 1947

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Argentine.

Service télégraphique

24 novembre 1947
26 novembre 1947

ÖSTERREICH

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll zwischen Österreich und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Österreich und den Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland vom 15 August 1948, mit Geltungsdauer bis zum 14. August 1949.

2. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen vom 14. April 1949 zwischen Vertretern der österreichischen Regierung und den Militärgouverneuren der Besatzungszonen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland zur Abänderung des Zahlungsabkommens vom 11. Juli 1947 und zu dessen Ausdehnung auf die französische Besatzungszone Deutschlands, sowie zur Ausdehnung des Protokolls vom 15. August 1948 auf den Handel zwischen Österreich und der französischen Besatzungszone Deutschlands.

3. Sonderabkommen vom 26. August 1947 zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland und Österreich über die Zahlungen für Kohle und Elektrizität zwischen Österreich und den Besatzungszonen des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten in Deutschland.

4. Zahlungsabkommen vom 11. Juli 1947 zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland und Österreich. Erweitert am 14. April 1949 zwecks Ausdehnung auf die französische Besatzungszone Deutschlands.

5. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen von Vertretern der Militärregierungen in Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Österreich) vom 14. April 1949 zwecks Ausdehnung auf die französische Besatzungszone Deutschlands.

AUSTRIA

Trade and Payments

1. Protocol between Austria and the US and UK Military Governments covering trade and payments between Austria and the US and UK occupied areas of Germany, of August 15, 1948, to remain in effect until August 14, 1949.

2. Agreed Minutes of discussions of April 14, 1949, between representatives of the Government of Austria and the Military Governors of the US, UK and French occupied areas of Germany amending the Payments agreement of July 11, 1947 and extending it to include the French Zone of Occupation of Germany and the extension of the Protocol of August 15, 1948 to include trade between Austria and the French Zone of Germany.

3. Special agreement of August 26, 1947 between the US and UK Military Governments of Germany and Austria concerning payment for coal and electricity between Austria and the UK and US Zones of Germany.

4. Payments agreement between the US and UK Military Governments of Germany and Austria of July 11, 1947 extended on April 14, 1949 to include the French Zone of Occupation in Germany.

5. Agreed Minute of discussions of representatives of the Military Governments of Germany (US, UK and France) and the Austrian Federal

AUTRICHE

Commerce et paiements

1. Protocole entre l'Autriche et les Gouvernements Militaire américain et britannique en Allemagne sur le commerce et les paiements entre l'Autriche et les territoires occupés US/UK en Allemagne, du 15 août 1948, qui restera en vigueur jusqu'au 14 août 1949.

2. Procès-verbaux agréés des discussions, du 14 avril 1949, entre les représentants du Gouvernement d'Autriche et les Gouvernements Militaires des zones américaine, britannique et française d'occupation, amendant l'Accord sur les paiements, du 11 juillet 1947, et l'étendant à la zone française d'occupation en Allemagne et extension du Protocole du 15 août 1948 au commerce entre l'Autriche et la zone française d'occupation en Allemagne.

3. Accord spécial en date du 26 août 1947 entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et en Autriche concernant les paiements pour charbon et énergie électrique entre l'Autriche et les zones américaine et britannique en Allemagne.

4. Accord de paiements conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et en Autriche, le 11 juillet 1947, et étendu, le 14 avril 1949 à la zone française d'occupation en Allemagne.

5. Procès-verbal agréé des discussions entre représentants des Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne

reich und Frankreich) und der österreichischen Bundesregierung vom 5. August 1949 für den Zeitraum vom 15. August 1949 bis zum 14. August 1950.

Government of August 5, 1949, to cover period August 15, 1949, to August 14, 1950.

et le Gouvernement Fédéral d'Autriche, du 5 août 1949, valable pour la période du 15 août 1949 au 14 août 1950.

6. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Österreich über die Anwendung der Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete.

2. Juli 1948

6. Agreement between the USA and Austria providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 2, 1948

6. Accord entre les Etats-Unis et l'Autriche tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

2 juillet 1948

Treibstoff und Kraft

1. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der österreichischen Regierung. Austausch von Kraftstrom.

7. Juli 1947

(Da noch keine endgültige Festsetzung der Kurse für die Zahlung erfolgt ist, sind trotz Ablaufs des Abkommens gewisse Verpflichtungen noch nicht geregelt.)

Fuel and Power

1. Agreement between the US/UK Military Governments and the Government of Austria. Exchange of Power.

July 7, 1947

(Since final rates in payment have not yet been determined there are certain obligations outstanding despite the expiry of the agreement.)

Combustibles et énergie

1. Accord entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement d'Autriche. Echange d'énergie.

7 juillet 1947

(Etant donné que les tarifs définitifs de paiement n'ont pas encore été détermines, certaines obligations restent encore en instance malgré l'expiration de l'accord).

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der Verwaltung für das Fernmeldewesen von Österreich.

Fernsprechdienst.

31. August 1949

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der österreichischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Telegraphendienst.

31. August 1949

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Austria.

Telephone service.

August 31, 1949

2. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Government and the postal and telecommunications administration of Austria.

Telegraph service.

August 31, 1949

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications d'Autriche.

Service téléphonique.

31 août 1949

2. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications d'Autriche.

Service télégraphique.

31 août 1949

Recht und Unterdrückung von Verbrechen

1. Abkommen zwischen dem französischen Element der Alliierten Hohen Kommission und Österreich über den Verzicht beider Parteien auf die Einziehung von Gebühren für die Erledigung von Rechtshilfeersuchen.

14. Februar 1950

Law and Repression of Crime

1. Agreement between the French element of the Allied High Commission and Austria concerning the renunciation by both parties of the collection of duties resulting from the execution of rogatory commissions.

February 14, 1950

Affaires judiciaires et pénales

1. Accord entre l'Elément français de la Haute Commission Alliée et l'Autriche tendant à la renonciation par les deux parties à la perception de droits sur l'exécution des commissions rogatoires.

14 février 1950

BAHAMA-INSELN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen der Bahama-Inseln.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

BAHAMAS

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Bahamas.

Telephone service.

April 15, 1949

LES BAHAMAS

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications des Bahamas.

Service téléphonique.

15 avril 1949

BARBADOS

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Barbados.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

BARBADOS

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Barbados.

Telephone service.

April 15, 1949

LA BARBADE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de la Barbade.

Service téléphonique.

15 avril 1949

BELGIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Memorandum über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den verbundenen Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Brüssel am 20. Februar 1947.

2. Bericht und Empfehlungen der in Berlin zwischen Vertretern der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich) abgehaltenen Konferenz, einschließlich eines Protokolls zwischen der belgischen Regierung auch im Namen der luxemburgischen Regierung und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich) über den Handel zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den durch die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Unterzeichnet in Berlin am 25. Oktober 1947.

3. Zahlungsabkommen zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich) und der belgischen Regierung im Namen des eigenen Staates und des Großherzogtums Luxemburg über Zahlungen aus dem Handel zwischen dem belgischen Währungsgebiet und dem von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebiet Deutschlands. Paraphiert am 21. Januar 1949. Geltungsdauer bis 31. Dezember 1949.

4. Zusatzprotokoll zum Handelsabkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) vom 6. August 1948. Unterzeichnet in Frankfurt am 31. Januar 1949.

5. Protokoll zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich) in Abänderung des Zahlungsabkommens vom 16. Februar 1949. Unterzeichnet in Brüssel am 11. Juni 1949.

6. Abänderungen zu dem Protokoll zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich) vom 1. Juli 1949. Unterzeichnet in Frankfurt am 16. November 1949.

BELGIUM

Trade and Payments

1. Memorandum on trade and commerce relations between the Belgo/Luxembourg Economic Union and the combined US and UK Zones of Occupation in Germany, signed in Brussels, February 20, 1947.

2. Report and Recommendations of the conference held at Berlin between representatives of the Belgo/Luxembourg Economic Union and of the Military Governments for Germany (US, UK) including a Protocol between the Belgian Government and on behalf of the Luxembourg Government and the Military Governments for Germany (US and UK) concerning trade between the Belgo/Luxembourg Economic Union and the US/UK occupied areas of Germany, signed in Berlin, October 25, 1947.

3. Payments agreement between the Military Governments for Germany, US, UK and French, and the Belgian Government acting in their name and in the name of the Grand Duchy of Luxembourg, covering payment for trade between the Belgian monetary area and the US, UK and French occupied areas of Germany, initialled January 21, 1949 to remain in force until December 31, 1949.

4. Additional Trade Protocol to the Trade agreement between the Belgo/Luxembourg Economic Union and the Military Governments for Germany (US/UK) dated August 6, 1948 and signed in Frankfurt, January 21, 1949.

5. Protocol between the Belgo/Luxembourg Economic Union and the Military Governments for Germany, US, UK and French, amending the Payments agreement dated February 16, 1949 and signed in Brussels, June 11, 1949.

6. Amendments to the Protocol between the Belgo/Luxembourg Economic Union and the Military Governments for Germany, US, UK and French, of July 1, 1949, signed at Frankfurt, November 16, 1949.

BELGIQUE

Commerce et paiements

1. Mémorandum sur les relations commerciales entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la bizone d'occupation (US/UK) en Allemagne, signé à Bruxelles, le 20 février 1947.

2. Rapport et recommandations de la conférence tenue à Berlin entre représentants de l'Union économique belgo-luxembourgeoise et représentants des Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, comprenant un Protocole entre le Gouvernement belge agissant également au nom du Gouvernement luxembourgeois et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne sur le commerce entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les zones d'occupation américaine et britannique en Allemagne, signé à Berlin, le 25 octobre 1947.

3. Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement belge agissant en son nom propre et au nom du Grand-Duché de Luxembourg, concernant le paiement d'échanges commerciaux entre la zone monétaire belge et les zones d'occupation américaine, britannique et française en Allemagne, paraphé le 21 janvier 1949 et devant rester en vigueur jusqu'au 31 décembre 1949.

4. Protocole additionnel à l'Accord de commerce conclu entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, en date du 6 août 1948 et signé le 21 janvier 1949, à Francfort.

5. Protocole entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, amendant l'Accord de paiements du 16 février 1949, signé à Bruxelles, le 11 juin 1949.

6. Amendements du Protocole entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, du 1er juillet 1949, signé à Francfort, le 16 novembre 1949.

7. Zweites Zusatzprotokoll zum Handelsabkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs vom 6. August 1948 Unterzeichnet in Brüssel am 11 Juni 1949

8. Zweites Zusatzprotokoll zum Dritten Zusatzhandelsprotokoll zum Handelsabkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) vom 6. August 1948 Paraphiert in Frankfurt am 21. Oktober 1950. Unterzeichnet am 20. Dezember 1950.

9. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Belgien über die Anwendung der Meistbegünstigungsbehandlung auf die besetzten und unter Kontrolle stehenden Gebiete.

2. Juli 1948

7. Second Additional Trade Protocol to the Trade agreement between the Belgo/Luxembourg Economic Union and Military Governments of US/UK dated August 6, 1948, and signed in Brussels, June 11, 1949.

8. Second Additional Protocol to the Third Additional Trade Protocol to the Trade agreement between the Belgo/Luxembourg Economic Union and the Military Governments for Germany (US/UK) dated August 6, 1948 initialled in Frankfurt, October 21, 1950 and signed December 20, 1950.

9. Agreement between the USA and Belgium providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 2, 1948

7. Deuxième Protocole additionnel à l'Accord de commerce entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, en date du 6 août 1948, signé à Bruxelles, le 11 juin 1949.

8. Deuxième Protocole additionnel au troisième Protocole de commerce additionnel à l'Accord de commerce entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, en date du 6 août 1948, paraphé à Francfort, le 21 octobre 1950 et signé le 20 décembre 1950.

9. Accord entre les Etats-Unis et la Belgique tendant à l'application du traitement de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

2 juillet 1948

Reisekontrolle

1. Abkommen zwischen der britischen Zone und Belgien über die Abschiebung von Personen, die illegal die Grenze überschreiten.

17. September 1947

Travel Control

1. Agreement between the British Zone and Belgium in respect of the deportation of illegal frontier crossers.

September 17, 1947.

Contrôle de la circulation

1. Accord entre la zone britannique et la Belgique sur le refoulement de personnes traversant la frontière illégalement.

17 septembre 1947

Arbeit

1. „Schwarzer Diamant" Abkommen zwischen der Regierung Seiner Majestät, der belgischen Regierung und der IRO.

Ein Abkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs, der belgischen Regierung und der Internationalen Flüchtlings-Organisation. Abgeschlossen vom britischen Element der Kontrollkommission für Deutschland im Namen der Regierung Seiner Majestät für die Aufnahme von verschleppten Personen aus der britischen Zone Deutschlands durch Belgien. Dieses Abkommen sieht vor, daß verschleppte Personen (und ihre Familien) in Belgien als Arbeiter für den Kohlenbergbau aufgenommen werden

21. Mai 1947

Ratifiziert durch Ihrer Majestät Regierung am 3. September 1947.

Die Anwerbung wurde eingestellt, da keine weiteren verschleppten Personen angefordert wurden.

Labour

1. "Black Diamond" — HMG/IRO/Belgian Government agreement.

An agreement between the UK Government, Belgian Government and the International Refugee Organization concluded by the British element of CCG on behalf of H.M.G. for the admittance to Belgium of DPs from the British Zone of Germany. This agreement provides for the admission into Belgium of DPs (and their families) for work in the coal mines.

May 21, 1947 and

ratified by H.M.G. September 3, 1947.

Recruitment ceased as no further DPs were required.

Main-d'oeuvre

1. «Black Diamond» — Accord entre le Gouvernement de Sa Majesté, l'O.I.R. et le Gouvernement belge.

Accord entre le Gouvernement du Royaume-Uni, le Gouvernement belge et l'Organisation Internationale des Réfugiés, conclu par l'Elément britannique et la Commission de Contrôle en Allemagne au nom du Gouvernement de Sa Majesté sur l'admission en Belgique de personnes déplacées en provenance de la zone britannique d'Allemagne. Cet accord tend à l'admission en Belgique de personnes déplacées (et de leurs familles) pour travailler dans les mines de charbon.

21 mai 1947 et

ratifié par le Gouvernement de Sa Majesté le 3 septembre 1947.

Le recrutement fut interrompu une fois tous les besoins remplis.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreiches und den belgischen Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen

Telegraphendienst.

27. August 1947

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreiches und der belgischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

2. April 1947

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Belgium.

Telegraph service.

August 27, 1947

2. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and tele-telecommunications administration of Belgium.

Telephone service.

April 2, 1947

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de Belgique.

Service télégraphique.

27 août 1947

2. Accord sur les télécommunications entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de Belgique.

Service téléphonique.

2 avril 1947

3. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der belgischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen

Internationaler Fernsprechdienst.

1. Februar 1948

4. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der Verwaltung für das belgische Post- und Fernmeldewesen.

Luftpostdienst — nur in einer Richtung.

15. Dezember 1947

3. Telecommunications agreement between the Allied Control Authority and the postal and telecommunications administration of Belgium.

International telephone service.

February 1, 1948

4. Postal agreement between the Allied Control Authority and the postal and telecommunication administration of Belgium.

Airmail service — incoming only.

December 15, 1947

3. Accord sur les télécommunications entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et télécommunications de Belgique.

Service téléphonique international.

1er février 1948

4. Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et télécommunications de Belgique

Poste aérienne — à l'arrivée seulement.

15 décembre 1947

BELGISCH-KONGO

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Belgisch-Kongo.

Fernsprechdienst.

15. Juli 1949

BELGIAN CONGO

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Belgian Congo.

Telephone service.

July 15, 1949

CONGO BELGE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications du Congo belge.

Service téléphonique.

15 juillet 1949

BELGIEN-LUXEMBURG

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Handelsabkommen zwischen der französischen Zone Deutschlands und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion.

6. März 1948

2. Handelsabkommen zwischen der französischen Zone in Deutschland und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion. Ergänzt durch ein Finanzabkommen und ein Memorandum über das Ausführungsverfahren.

31. Juli und 1. August 1947

Vervollständigt durch das vereinbarte Protokoll über die Sitzung der Gemischten Kommission.

25. April 1948

3. Handelsabkommen zwischen der französischen Zone Deutschlands und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion.

Ergänzt durch ein Finanzabkommen.

28. Januar 1947

4. Protokoll über den Handel zwischen der französischen Zone Deutschlands und Belgien. Ergänzt durch ein Finanzabkommen.

25. Mai 1946

5. Protokoll über den Handel zwischen der französischen Zone Deutschlands und Luxemburg.

9. März 1946

BELGO-LUXEMBOURG

Trade and Payments

1. Agreement concerning trade between the French Zone of Germany and the Belgo-Luxembourg Economic Union.

March 6, 1948

2. Agreement concerning trade between the French Zone in Germany and the Belgium - Luxembourg Economic Union. Supplemented by financial agreement and memorandum concerning the procedure of execution

July 31, and August 1, 1947

Completed by agreed Minutes of the meeting of the Mixed Commission.

April 25, 1948

3. Agreement concerning trade between the French Zone of Germany and the Belgo-Luxembourg Economic Union

Supplemented by financial agreement.

January 28, 1947

4. Protocol covering trade between the French Zone of Germany and Belgium Supplemented by a financial agreement.

May 25, 1946

5. Protocol covering trade between the French Zone of Germany and Luxembourg.

March 9, 1946

UNION BELGO-LUXEMBOURGEOISE

Commerce et paiements

1. Accord sur le commerce entre la zone française d'Allemagne et l'Union économique belgo-luxembourgeoise.

6 mars 1948

2. Accord sur le commerce entre la zone française d'Allemagne et l'Union économique belgo-luxembourgeoise. Complété par un accord financier et un mémorandum au sujet de la procédure d'exécution

31 juillet et 1er août 1947

Complété par les procès-verbaux agréés de la réunion de la Commission mixte.

25 avril 1948

3. Accord de commerce entre la zone française d'Allemagne et l'Union économique belgo-luxembourgeoise.

Complété par un accord financier.

28 janvier 1947

4. Protocole concernant les échanges commerciaux entre la zone française d'Allemagne et la Belgique

Complété par un accord financier.

25 mai 1946

5. Protocole concernant les échanges commerciaux entre la zone française d'Allemagne et le Luxembourg.

9 mars 1946

Zusatzprotokoll über den Handel zwischen der französischen Zone Deutschlands und Luxemburg.

6. Vereinbartes Protokoll einer Sitzung der Gemischten Kommission zwischen einer Delegation der französischen Zone Deutschlands und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion über frühere Handelsabkommen. Paraphiert am 10.—11. Juni 1947.

Additional Protocol concerning trade between the French Zone of Germany and Luxembourg.

6. Agreed Minutes of a meeting of the Mixed Commission between a delegation of the French Zone of Germany and the Belgo-Luxembourg Economic Union covering former trade agreements, initialled 10—11 June, 1947.

Protocole additionnel concernant les échanges commerciaux entre la zone française d'Allemagne et le Luxembourg.

6. Procès-verbaux agréés d'une réunion de la Commission mixte avec une délégation de la zone française d'Allemagne et de l'Union économique belgo-luxembourgeoise relatifs aux anciens accords de commerce paraphés les 10 et 11 juin 1947.

BERMUDAS-INSELN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen der Bermudas-Inseln.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

BERMUDAS

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Bermudas.

Telephone service.

April 15, 1949

LES BERMUDES

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications des Bermudes.

Service téléphonique.

15 avril 1949

BRASILIEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und Brasilien.

Telegraphendienst (Mit der Companhia Radiotelegrafica Brasileira, 26. November 1947; Companhia Radio International do Brasil, 24. November 1947).

BRAZIL

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and Brazil.

Telegraph service (With Companhia Radiotelegrafica Brasileira, Nov. 26, 1947; Companhia Radio International do Brasil, Nov. 24, 1947).

BRESIL

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Brésil.

Service télégraphique (avec la Companhia Radiotelegrafica Brasileira, le 26 novembre 1947; avec la Companhia Radio International do Brasil, le 24 novembre 1947).

BULGARIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Memorandum über Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Regierung der Volksrepublik Bulgarien und den Zonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland, unterzeichnet in Berlin, Oktober 1947.

2. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen der Gemischten Kommission aus Vertretern der Volksrepublik Bulgarien und der Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich) über den Handel während des Zeitraums zwischen dem 1. September und dem 31. Dezember 1949, zur Verlängerung des am 4. Oktober 1947 unterzeichneten Abkommens.

BULGARIA

Trade and Payments

1. Memorandum on trade and commercial relations between the Government of the People's Republic of Bulgaria and the US and UK Areas of Germany, signed in Berlin, October, 1947.

2. Agreed Minutes of discussions of the Mixed Commission of Representatives of the People's Republic of Bulgaria and the Military Governments for Germany (US/UK and French) regarding trade during the period September 1 — December 31, 1949, extending the Agreement signed on October 4, 1947.

BULGARIE

Commerce et paiements

1. Mémorandum sur les relations commerciales entre le Gouvernement de la République populaire de Bulgarie et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé à Berlin, en octobre 1947.

2. Procès-verbaux agréés des discussions de la Commission mixte des représentants de la République populaire de Bulgarie et des Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, concernant le commerce pendant la période du 1er septembre au 31 décembre 1949, prorogeant l'Accord signé le 4 octobre 1947.

KANADA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der kanadischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

30. April 1947

CANADA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Canada.

Telephone service.

April 30, 1947

CANADA

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications du Canada.

Service téléphonique.

30 avril 1947

CHILE

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Republik Chile und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich) vom 14. April 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und Chile.

Telegraphendienst.

26. November 1947

CHILE

Trade and Payments

1. Payments agreement between the Government of the Republic of Chile and the Military Governments of Germany, US, UK and French, initialled in Frankfurt, April 14, 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and Chile

Telegraph service.

November 26, 1947

CHILI

Commerce et paiements

1. Accord de paiements entre le Gouvernement de la République du Chili et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 14 avril 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Chili.

Service télégraphique.

26 novembre 1947

KOLUMBIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen der Junta del Control de Cambios Importaciones y Exportaciones der Republik Kolumbien und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland Paraphiert in Frankfurt am 14. Juni 1949.

2. Erweiterung des Abkommens vom 14. Juni 1949 durch Briefwechsel zwischen dem kolumbianischen Delegierten und der Verwaltung für Wirtschaft, datiert Frankfurt, den 2. Februar 1950.

3. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Junta Directa del Control de Cambios Importaciones y Exportaciones der kolumbianischen Republik. Unterzeichnet in Frankfurt am 15. Juni 1950. Gültig bis 30. Juni 1951.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und Kolumbien.

Telegraphendienst.

24. November 1947

COLOMBIA

Trade and Payments

1. Agreement between Junta del Control de Cambios Importaciones Exportaciones of the Republic of Colombia and the US, UK and French Military Governments of Germany, initialled in Frankfurt on June 14, 1949.

2. Extension of the agreement of June 14, 1949 by Exchange of Letters between the Colombia Delegate and Verwaltung für Wirtschaft, dated Frankfurt February 2, 1950.

3. Agreement between the Federal Republic of Germany and the Junta Directa del Control de Cambios Importaciones Exportaciones of the Republic of Colombia, signed Frankfurt, June 15, 1950, to remain in force until June 30, 1951.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and Colombia.

Telegraph service.

November 24, 1947

COLOMBIE

Commerce et paiements

1. Accord conclu entre «Junta del Control de Cambios Importaciones y Exportaciones» de la République de Colombie et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 14 juin 1949.

2. Extension de l'Accord du 14 juin 1949 par un échange de lettres entre la délégation de la Colombie et la «Verwaltung für Wirtschaft», en date du 2 février 1950 (Francfort).

3. Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la «Junta Directa del Control de Cambios Importaciones y Exportaciones» de la République de Colombie, signé à Francfort, le 15 juin 1950, devant rester en vigueur jusqu'au 30 juin 1951.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et la Colombie.

Service télégraphique.

24 novembre 1947

KOREA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der koreanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

15. Juli 1949

KOREA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Korea.

Telephone service.

July 15, 1949

COREE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de Corée.

Service téléphonique.

15 juillet 1949

COSTARICA

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Regierung von Costarica und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 15. August 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Costarica.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

COSTA RICA

Trade and Payments

1. Trade and payments agreement between the Government of Costa Rica and Military Governments for Germany, US, UK and French, initialled in Frankfurt on August 15, 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between US UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Costa Rica

Telephone service.

April 15, 1949

COSTA-RICA

Commerce et paiements

1 Accord de commerce et de paiements conclu entre le Gouvernement de Costa-Rica et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 15 août 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de Costa-Rica.

Service téléphonique.

15 avril 1949

GOLDKÜSTE

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen der Goldküste.

Fernsprechdienst.

15. November 1949

GOLD COAST

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the Allied High Commission and the postal and telecommunications administration of the Gold Coast.

Telephone service.

November 15, 1949

CÔTE DE L'OR

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications de la Côte de l'Or.

Service téléphonique.

15 novembre 1949

DÄNEMARK

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll über Handels- und Zahlungsverkehr zwischen der Militärregierung der französischen Zone und Dänemark.

5. November 1946

Handelsabkommen — Militärregierung der französischen Zone und Dänemark. Ergänzt durch ein Finanzabkommen.

22. Juli 1948

2. Zahlungsabkommen vom 5. Oktober 1947 zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) und der Königlich-Dänischen Regierung.

3. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs über Zahlungen im Handel zwischen den amerikanischen und britischen Zonen Deutschlands einerseits und Dänemark andererseits.

22. Oktober 1947

4. Protokoll zwischen der Königlich-Dänischen Regierung und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten / Vereinigtes Königreich) über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Dänemark und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten deutschen Gebieten. Paraphiert am 29. Juli 1948, unterzeichnet am 21. August 1948.

DENMARK

Trade and Payments

1. Protocol governing trade and payments between the Military Government of the French Zone and Denmark.

November 5, 1946

Trade agreement — Military Government of the French Zone and Denmark. Supplemented by a financial agreement.

July 22, 1948

2. Payments agreement dated October 5, 1947 between the Military Governments for Germany (US/UK) and the Royal Danish Government.

3. Agreement between the US and UK Military Governments in respect of payments concerning trade between the UK and US Zones of Germany and Denmark.

October 22, 1947

4. Protocol between the Royal Danish Government and Military Governments for Germany (US/UK) covering trade and payments between Denmark and the US/UK occupied areas of Germany, initialled July 29, 1948, signed August 21, 1948.

DANEMARK

Commerce et paiements

1. Protocole réglementant le commerce et les paiements entre le Gouvernement Militaire de la zone française et le Danemark.

5 novembre 1946

Accord de commerce — Gouvernement Militaire de la zone française et le Danemark. Complété par un accord financier.

22 juillet 1948

2. Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement Royal du Danemark, du 5 octobre 1947.

3. Accord entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne relatif au règlement des échanges commerciaux entre les zones d'occupation américaine et britannique et le Danemark.

22 octobre 1947

4. Protocole entre le Gouvernement Royal du Danemark et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne concernant le commerce et les paiements entre le Danemark et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, paraphé le 29 juillet 1948, signé le 21 août 1948.

5. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen der Gemischten Kommission zwischen Dänemark und den durch die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands in Frankfurt. Paraphiert am 5. Februar 1949.

5. Agreed Minutes of the discussion of the Mixed Commission between Denmark and the US/UK and French occupied areas of Germany, Frankfurt, initialled February 5, 1949.

5. Procès-verbaux agréés des discussions de la Commission mixte entre le Danemark et les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, paraphé à Francfort, le 5 février 1949.

6. Zusatzprotokoll zur Erweiterung und Abänderung des Zahlungsabkommens vom 5. Oktober 1947 zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) und der Königlich-Dänischen Regierung über Zahlungen im Handelsverkehr zwischen Dänemark und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands in der abgeänderten, jetzt gültigen Fassung. Paraphiert am 8. Februar 1949.

6. Additional Protocol to extend and amend the Payments agreement dated October 5, 1947, between the Military Governments for Germany (US/UK) and the Royal Danish Government, covering payments for trade between Denmark and the US/UK occupied areas of Germany, as amended and presently in existence, initialled February 8, 1949.

6. Protocole additionnel en vue d'étendre et d'amender l'Accord de paiements du 5 octobre 1947 conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement Royal du Danemark, concernant le paiement des échanges commerciaux entre le Danemark et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, modifié et actuellement en vigueur, paraphé le 8 février 1949.

7. Vereinbartes Memorandum zwischen dem Königlich-Dänischen Konsul und der Joint Export/Import Agency, Frankfurt Unterzeichnet in Frankfurt am 3. Juni 1949.

7. Agreed memorandum between the Royal Danish Consul and the Joint Export/Import Agency, Frankfurt, signed in Frankfurt, June 3, 1949.

7. Mémorandum agréé entre le Consul royal du Danemark et la JEIA, Francfort, signé à Francfort, le 3 juin 1949.

8. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen einer Gemischten Kommission aus Vertretern der Königlich-Dänischen Regierung und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich und Frankreich). Unterzeichnet in Kopenhagen am 15. Juli 1949

8. Agreed Minutes of discussions of a Mixed Commission of representatives of the Royal Danish Government and the Military Governments for Germany (US/UK and French), signed in Copenhagen, July 15, 1949.

8. Procès-verbaux agréés des discussions d'une Commission mixte de représentants du Gouvernement Royal du Danemark et des Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, signés à Copenhague, le 15 juillet 1949.

9. Zahlungsabkommen zwischen den Militärregierungen für Deutschland und der Königlich-Dänischen Regierung über Zahlungen im Handelsverkehr und für Dienstleistungen zwischen Dänemark und den von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands Paraphiert in Kopenhagen am 15 Juli 1949 Unterzeichnet am 5. August 1949

9. Payments agreement between Military Governments for Germany and the Royal Danish Government, covering payments for trade and services between Denmark and the US/UK and French occupied areas of Germany, initialled in Copenhagen, July 15, 1949, signed August 5, 1949.

9. Accord de paiements conclu entre les Gouvernements Militaires en Allemagne et le Gouvernement Royal du Danemark, concernant le paiement des échanges commerciaux et des services entre le Danemark et les zones d'occupation américaine, britannique et française en Allemagne. Paraphé à Copenhague, le 15 juillet 1949, signé le 5 août 1949.

Anmerkung: Abgelöst durch das Zahlungsabkommen zwischen der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland und der Königlich-Dänischen Regierung. Paraphiert in Frankfurt am 25. November 1949.

Note: Superseded by Payments agreement between the Allied High Commission for Germany and the Royal Danish Government, initialled in Frankfurt, November 25, 1949.

Note: Remplacé par l'Accord de paiements entre la Haute Commission Alliée en Allemagne et le Gouvernement Royal du Danemark, paraphé à Francfort, le 25 novembre 1949.

10. Erstes Zusatzprotokoll zum Protokoll vom 21 August 1948 zwischen der Königlich-Dänischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Dänemark und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Unterzeichnet in Frankfurt am 24. November 1949.

10. First Additional Protocol to the Protocol between the Royal Danish Government and the Military Governments for Germany, US/UK, covering trade and payments between Denmark and the US/UK occupied areas of Germany, of August 21, 1948, signed in Frankfurt, November 24, 1949.

10. Premier Protocole additionnel au Protocole entre le Gouvernement Royal du Danemark et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, concernant le commerce et les paiements entre le Danemark et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, en date du 21 août 1948, signé à Francfort, le 24 novembre 1949.

11. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Dänemark, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

2. Juli 1948

11. Agreement between the USA and Denmark providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 2, 1948

11. Accord entre les Etats-Unis et le Danemark tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

2 juillet 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der alliierten Kontrollbehörde und der dänischen Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens.
Internationaler Fernsprechdienst.
1. Februar 1948

2. Postalisches Abkommen zwischen der alliierten Kontrollbehörde und der dänischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.
Luftpostdienst — nur eingehend.
15. April 1947

Reisekontrolle

1. Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zwischen der 21 britischen Armeegruppe und Dänemark.
3. April 1946

IRO und verschleppte Personen

1. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung in der französischen Zone Deutschlands und Dänemark über die Umsiedlung von 12 000 deutschen Flüchtlingen von Dänemark nach der französischen Zone Deutschlands.
26. November 1947

2. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung in der französischen Zone Deutschlands und Dänemark über die Umsiedlung von 15 000 deutschen Flüchtlingen von Dänemark nach der französischen Zone Deutschlands.
16. Juli 1947

3. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung in der französischen Zone Deutschlands und Dänemark über die Umsiedlung von 15 000 deutschen Flüchtlingen von Dänemark nach der französischen Zone Deutschlands.
1. Oktober 1948

4. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung in der französischen Besatzungszone und Dänemark über die Umsiedlung von 2 500 deutschen Flüchtlingen von Dänemark nach der französischen Zone Deutschlands.
1. Januar 1949

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the Allied Control Authority and the postal and telecommunications administration of Denmark.
International telephone service.
February 1, 1948

2. Postal agreement between the Allied Control Authority and the postal and communications administration of Denmark.
Airmail service — incoming only.
April 15, 1947

Travel Control

1. Frontalier agreement between British 21st Army Group and Denmark.
April 3, 1946

IRO and DPs

1. Agreement between the French Military Government in the French Zone of Germany and Denmark concerning the transfer from Denmark to the French Zone of Germany of 12,000 German refugees.
November 26, 1947

2. Agreement between the French Military Government in the French Zone of Germany and Denmark concerning the transfer from Denmark to the French Zone of Germany of 15,000 German refugees.
July 16, 1947

3. Agreement between the French Military Government in the French Zone of Germany and Denmark concerning the transfer from Denmark to the French Zone of Germany of 15,000 German refugees.
October 1, 1948

4. Agreement between the French Military Government in the French Zone of Occupation and Denmark concerning the transfer from Denmark to the French Zone of Germany of 2,500 German refugees.
January 1, 1949

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et télécommunications du Danemark.
Service téléphonique international.
1er février 1948

2. Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications du Danemark.
Poste aérienne — à l'arrivée seulement.
15 avril 1947

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier entre le 21ème Groupe d'armées britannique et le Danemark.
3 avril 1946

O.I.R. et Personnes Déplacées

1. Accord entre le Gouvernement Militaire français de la zone française d'Allemagne et le Danemark concernant le transfert en zone française d'Allemagne de 12.000 réfugiés allemands venant du Danemark.
26 novembre 1947

2. Accord entre le Gouvernement Militaire français de la zone française d'Allemagne et le Danemark concernant le transfert en zone française de 15.000 réfugiés allemands venant du Danemark.
16 juillet 1947

3. Accord entre le Gouvernement Militaire français de la zone française d'Allemagne et le Danemark concernant le transfert en zone française d'Allemagne de 15.000 réfugiés allemands venant du Danemark.
1er octobre 1948

4. Accord entre le Gouvernement Militaire français de la zone française d'occupation et le Danemark concernant le transfert en zone française d'Allemagne de 2.500 réfugiés allemands du Danemark.
1er janvier 1949

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens der Dominikanischen Republik
Fernsprechdienst.
15. April 1949

DOMINICAN REPUBLIC

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Dominican Republic.
Telephone service.
April 15, 1949

REPUBLIQUE DOMINICAINE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la République Dominicaine.
Service téléphonique.
15 avril 1949

ÄGYPTEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen der Königlich-Ägyptischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Ägypten und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands.

21. Dezember 1948

2. Zahlungsabkommen zwischen der Königlich-Ägyptischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland über die Kreditierung und Amortisation von Verpflichtungen, die aus dem Handelsverkehr zwischen Ägypten und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands entstanden sind, vom 21. Dezember 1948.

3. Abänderung zu dem Abkommen zwischen der Königlich-Ägyptischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland vom 21. Dezember 1948 zur Ausdehnung des Abkommens auf den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Ägypten und der französischen Besatzungszone Deutschlands.

4. Protokoll zu dem Abkommen zwischen der Königlich-Ägyptischen Regierung und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich und Frankreich) vom 21. Dezember 1948 in der abgeänderten Fassung vom 17. Mai 1949. Paraphiert in Frankfurt am 9. September 1949. Unterzeichnet am 10. November 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen der Hohen Kommission und der ägyptischen Verwaltung für Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

20. Oktober 1949

EGYPT

Trade and Payments

1. Agreement between the Royal Egyptian Government and the Military Governments for Germany (US/UK) concerning trade and payments between Egypt and the US/UK occupied areas of Germany.

December 21, 1948

2. Payments agreement between the Royal Egyptian Government and the Military Governments for Germany (US/UK) covering the crediting and amortization of obligations resulting from trade between Egypt and the US/UK occupied areas of Germany, dated December 21, 1948.

3. Amendment to the agreement between the Royal Egyptian Government and the Military Governments of Germany (US/UK) of December 21, 1948, extending the agreement to cover trade and payments between Egypt and the French Zone of Occupation in Germany.

4. Protocol to the agreement between the Royal Egyptian Government and the Military Governments for Germany (US/UK and French), of December 21, 1948 and amended May 17, 1949, initialled Frankfurt, September 9, 1949, signed November 10, 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the Allied High Commission and postal and telecommunications administration of Egypt.

Telephone service.

October 20, 1949

EGYPTE

Commerce et paiements

1. Accord entre le Gouvernement Royal de l'Egypte et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, concernant le commerce et les paiements entre l'Egypte et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, en date du 21 décembre 1948.

2. Accord de paiements entre le Gouvernement Royal de l'Egypte et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, concernant l'ouverture de crédits et l'amortissement d'obligations résultant du commerce entre l'Egypte et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, en date du 21 décembre 1948.

3. Amendement à l'Accord conclu entre le Gouvernement Royal de l'Egypte et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne du 21 décembre 1948, étendant l'Accord au commerce et aux paiements entre l'Egypte et la zone française d'occupation d'Allemagne.

4. Protocole à l'Accord entre le Gouvernement Royal de l'Egypte et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne du 21 décembre 1948, amendé le 17 mai 1949, paraphé à Francfort le 9 septembre 1949, signé le 10 novembre 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et télécommunications de l'Egypte.

Service téléphonique.

20 octobre 1949

EKUADOR

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Ekuador und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland über den Handelsverkehr zwischen Ekuador und der Bundesrepublik Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 25. Oktober 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Ekuador.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

ECUADOR

Trade and Payments

1. Agreement between the Government of the Republic of Ecuador and the Allied High Commission for Germany, covering trade between Ecuador and the Federal Republic of Germany, initialled Frankfurt, October 25, 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Ecuador.

Telephone service.

April 15, 1949

EQUATEUR

Commerce et paiements

1. Accord entre le Gouvernement de la République de l'Equateur et la Haute Commission Alliée en Allemagne, concernant le commerce entre l'Equateur et la République Fédérale d'Allemagne, paraphé à Francfort, le 25 octobre 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de l'Equateur.

Service téléphonique.

15 avril 1949

SPANIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zusatzabkommen zum Handelsabkommen zwischen der spanischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland vom 1 Februar 1949 Paraphiert in Frankfurt am 11. November 1949

2. Protokoll zwischen der spanischen Regierung und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland in Abänderung des Zahlungsabkommens vom 1. Februar 1949 zwischen der spanischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland in Abänderung des Zahlungsabkommens vom Februar 1949. Paraphiert in Frankfurt am 11. November 1949

3. Zahlungsabkommen zwischen der spanischen Regierung und den Militärregierungen der Besatzungszonen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland vom 18. Dezember 1948. Unterzeichnet im Februar 1949.

4. Handelsabkommen zwischen der spanischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland
18. Dezember 1948

5. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien, wonach die Meistbegünstigungsklausel auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll
10. Mai 1948

SPAIN

Trade and Payments

1. Supplement to the trade agreement between the Government of Spain and the Military Governments of Germany US UK and French of February 1, 1949, initialled in Frankfurt on November 11, 1949.

2. Protocol between the Government of Spain and the Allied High Commission for Germany amending the payments agreement dated February 1, 1949, between the Government of Spain and the Military Governments for Germany, US, UK and French, amending the Payments agreement of February 1949, initialled Frankfurt, November 11, 1949.

3. Payments agreement between the Government of Spain and the Military Governments of US UK and French Zones of Occupation in Germany, December 18, 1948, signed February 1949.

4. Trade agreement between the Government of Spain and the Military Governments of Germany, US, UK and French. December 18. 1948

5. Agreement between the USA and Spain providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.
May 10, 1948

ESPAGNE

Commerce et paiements

1 Complément à l'Accord de commerce entre le Gouvernement espagnol et les Gouvernements Militaires américain britannique et français en Allemagne, du 1er février 1949, paraphé à Francfort, le 11 novembre 1949.

2. Protocole entre le Gouvernement espagnol et la Haute Commission Alliée en Allemagne amendant l'Accord de paiements du 1er février 1949 entre le Gouvernement espagnol et les Gouvernements Militaires américain britannique et français en Allemagne, amendant l'Accord de paiements du 1er février 1949, paraphé à Francfort, le 11 novembre 1949.

3. Accord de paiements entre le Gouvernement espagnol et les Gouvernements Militaires des zones d'occupation américaine britannique et française en Allemagne, du 18 décembre 1948, signé en février 1949.

4 Accord de commerce entre le Gouvernement espagnol et les Gouvernements Militaires américain britannique et français en Allemagne. 18 décembre 1948

5. Accord entre les Etats-Unis et l'Espagne tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions sous occupation et contrôle.
10 mai 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der spanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen

Internationaler Postdienst.
1. September 1948
(Am 15. Oktober 1948 auf die Westsektoren von Berlin ausgedehnt).

2 Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens in Spanien und seinen Besitzungen

Fernsprechdienst.
15 September 1949

3. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der spanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Telegraphendienst
1. Dezember 1949

Posts and Telecommunications

1. Postal agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Spain

International postal service.
September 1, 1948
(extended to the Western Sectors of Berlin on October 15, 1948.)

2. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Spain and possessions:

Telephone service.
September 15. 1949

3. Telecommunications agreement between the Allied High Commission and the postal and telecommunications administration of Spain.

Telegraph service.
December 1, 1949

Postes et télécommunications

1. Accord postal entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications d'Espagne.

Service postal international.
1er septembre 1948
(étendu aux secteurs occidentaux de Berlin, le 15 octobre 1948)

2. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications d'Espagne et ses possessions.

Service téléphonique.
15 septembre 1949

3. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications d'Espagne.

Service télégraphique.
1er décembre 1949

VEREINIGTE STAATEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits.

Telegraphendienst
mit der Commercial Cable Co., Inc.
26. November 1947
mit Western Union Telegraph Co.
29. November 1947
RCA Communications, Inc.
11. Oktober 1947
McKay Radio and Telegraph Co.
18. Oktober 1947.

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits.
Telegraphendienst.
1. Februar 1948

(Mit der American Telephone and Telegraph Co.)

3. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen der Vereinigten Staaten
Luftpostdienst — nur eingehend.
15. September 1946

UNITED STATES

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the United States.

Telegraph service.
with the Commercial Cable Co., Inc.
November 26, 1947;
with Western Union Telegraph Co.
November 29, 1947;
RCA Communications, Inc
October 11, 1947;
McKay Radio and Telegraph Co.
October 18, 1947.

2. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the United States.

Telegraph service.
February 1, 1948

(With American Telephone and Telegraph Co.)

3. Postal agreement between the Allied Control Authority and the postal and telecommunications administration of the US
Airmail service — incoming only.
September 15, 1946

ETATS-UNIS

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et les Etats-Unis.

Service télégraphique
avec Commercial cable Co., Inc.
26 novembre 1947,
avec Western Union Telegraph Co.
29 novembre 1947,
avec RCA Communication, Inc.
11 octobre 1947,
avec McKay Radio and Telegraph Co.
18 octobre 1947.

2. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et les Etats-Unis.

Service télégraphique.
1er février 1948

(avec American Telephone and Telegraph Co.)

3. Accord postal entre l'Autorité Alliée de contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications des Etats-Unis.
Poste aérienne — arrivée seulement.
15 septembre 1946

FINNLAND

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Memorandum über Handelsbeziehungen zwischen Finnland und den vereinigten britischen und amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands. Unterzeichnet in Berlin im August 1947.

Anmerkung: Ersetzt durch das Handelsabkommen zwischen der Finnischen Regierung und den Militärregierungen Deutschlands (amerikanisch, britisch und französisch). Paraphiert am 3. Februar 1949

2. Zahlungsabkommen vom 12. September 1947 zwischen Finnland und den vereinigten amerikanischen und britischen Besatzungszonen Deutschlands

Anmerkung: Ersetzt durch das Handelsabkommen zwischen der Finnischen Regierung und den Militärregierungen für Deutschland (amerikanisch, britisch und französisch). Unterzeichnet am 3. Februar 1949

3. Vereinbartes Protokoll über die Sitzungen der Vertreter der Finnischen Regierung und Vertreter der Joint Export/Import Agency. Unterzeichnet in Frankfurt am 25. Juni 1948.

Anmerkung: Ersetzt durch das am 3. Februar 1949 paraphierte Handelsabkommen zwischen der finnischen Regierung und den Militärregierungen für Deutschland (amerikanisch, britisch und französisch).

FINLAND

Trade and Payments

1. Memorandum on trade and commercial relations between Finland and the combined British and US Zones of Occupation in Germany, signed in Berlin, August 1947

Note. Superseded by Trade agreement between the Government of Finland and the Military Governments of Germany (US, UK and French) initialled February 3, 1949.

2. Payments agreement of September 12, 1947, between Finland and the combined US/UK Zones of Occupation in Germany

Note: Superseded by Payments agreement between the Government of Finland and Military Governments for Germany (US, UK and French) signed February 3, 1949.

3. Agreed Minutes of meetings between reprensentatives of the Government of Finland and representatives of the Joint Export/Import Agency, signed Frankfurt, June 25, 1948.

Note: Superseded by Trade agreement between the Government of Finland and the Military Governments of Germany (US/UK and French) initialled February 3, 1949.

FINLANDE

Commerce et paiements

1. Mémorandum concernant les échanges commerciaux entre la Finlande et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Berlin, en août 1947.

Note: remplacé par l'Accord de commerce entre le Gouvernement de Finlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 3 février 1949.

2. Accord de paiements du 12 septembre 1947 entre la Finlande et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne.

Note: remplacé par l'Accord de paiements entre le Gouvernement de Finlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, signé le 3 février 1949

3. Procès-verbaux agréés de réunions entre représentants du Gouvernement de Finlande et représentants de la JEIA, signés à Francfort, le 25 juin 1948.

Note: remplacé par l'Accord de commerce entre le Gouvernement de Finlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 3 février 1949.

4. Handelsabkommen zwischen der Finnischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert am 3. Februar 1949.

Anmerkung: Dieses Abkommen tritt an die Stelle des Memorandums über die Handelsbeziehungen zwischen Finnland und den vereinigten britischen und amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands vom 5. August 1947 und des vereinbarten Protokolls zwischen der Finnischen Regierung und Vertretern der Joint Export/Import Agency vom 26. Juni 1948.

5. Briefwechsel zwischen dem Generaldirektor der JEIA und dem finnischen Konsul über die Besprechungen hinsichtlich des bestehenden Abkommens über den Handels- und Zahlungsverkehr und in Ergänzung dieser Abkommen. Unterzeichnet in Frankfurt am 11. Juli 1949.

6. Erstes Zusatzprotokoll zu dem am 3. Februar 1949 abgeschlossenen Abkommen zwischen der Finnischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 17. Dezember 1949, unterzeichnet am 27. Mai 1950.

7. Zweites Zusatzprotokoll zum Handelsabkommen zwischen den amerikanischen, britischen und französischen Militärregierungen Deutschlands und der Finnischen Regierung vom 3. Februar 1949. Paraphiert im Dezember 1950 und unterzeichnet am 28. Januar 1951.

8. Ergänzungsprotokoll zum Zweiten Zusatzprotokoll vom 25. Januar 1951. Paraphiert in Bonn am 19. Mai 1951.

9. Zahlungsabkommen zwischen der Finnischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Unterzeichnet am 3. Februar 1949. Dieses Abkommen tritt an die Stelle des Zahlungsabkommens zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der Finnischen Regierung vom 12. September 1947.

4. Trade aggrement between the Government of Finland and the Military Governments of Germany, US, UK and French, initialled February 3, 1949.

Note: This Agreement supersedes the Memorandum on Trade and Commercial Relations between Finland and the Combined British and US Zones of Occupation in Germany, dated August 5, 1947, and Agreed Minutes between the Government of Finland and representatives of the Joint Export/Import Agency, dated June 26, 1948.

5. Exchange of letters between the Director General of JEIA and the Finnish Consul covering conversations regarding the Trade and Payments Agreement in force and supplementing these Agreements, signed Frankfurt, July 11, 1949.

6. First Additional Protocol to the Trade agreement concluded on February 3, 1949 between the Government of Finland and the Military Governments for Germany, US/UK and French, initialled Frankfurt, December 17, 1949, signed May 27, 1950.

7. Second Additional Protocol to the Trade agreement between the American, British and French Military Governments of Germany and the Government of Finland, dated February 3, 1949, initialled December 1950 and signed January 28, 1951.

8. Supplementary Additional Protocol to the Second Additional Protocol dated January 25, 1951, initialled in Bonn, May 19, 1951.

9. Payments agreement between the Government of Finland and the Military Governments for Germany, US, UK and French, signed February 3, 1949. This agreement supersedes Payments agreement of September 12, 1947, between the Military Governments for Germany, US, UK and Government of Finland.

4. Accord de commerce entre le Gouvernement de Finlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 3 février 1949.

Note: cet accord remplace le mémorandum concernant les échanges commerciaux entre la Finlande et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, en date du 5 août 1947 et les procès-verbaux agréés entre le Gouvernement de Finlande et les représentants de la JEIA, en date du 26 juin 1948.

5. Echange de lettres entre le directeur général de la JEIA et le consul de Finlande sur les accords de commerce et de paiements en vigueur et complétant ces accords, signé à Francfort, le 11 juillet 1949.

6. Premier Protocole additionnel à l'Accord de commerce conclu le 3 février 1949 entre le Gouvernement de Finlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 17 décembre 1949, signé le 27 mai 1950.

7. Deuxième Protocole additionnel à l'Accord de commerce entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement de Finlande, en date du 3 février 1949, paraphé en décembre 1950 et signé le 28 janvier 1951.

8. Protocole additionnel supplémentaire au deuxième Protocole additionnel du 25 janvier 1951, paraphé à Bonn, le 19 mai 1951.

9. Accord de paiements conclu entre le Gouvernement de Finlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, signé le 3 février 1949. Cet accord remplace l'Accord de paiements du 12 septembre 1947 conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement de Finlande.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Finnischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.
1. Januar 1949

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der Finnischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Telegraphendienst.
19. August 1947

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Finland.

Telephone service.
January 1, 1949

2. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Finland.

Telegraph service.
August 19, 1947

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Finlande

Service téléphonique.
1er janvier 1949

2. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Finlande

Service télégraphique.
19 août 1947

FRANKREICH

Transport

1. Abkommen zwischen Frankreich und der französischen Militärregierung in Deutschland sowie zwischen Frankreich und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland über den Austausch von rollendem Material.

18. März 1948

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll über den Handelsverkehr im Grenzgebiet und die gegenseitige Gewährung von Erleichterungen zwischen den französischen Departements Rhein und Mosel und dem Land Baden.

29. September 1948

2. Vereinbartes Protokoll über Handelsbesprechungen zwischen Delegationen der französischen Regierung und der amerikanischen, britischen und französischen Militärgouverneure in Deutschland. Unterzeichnet am 21. Juli 1949.

3. Zusatzprotokoll zu dem am 16. Dezember 1948 zwischen der Regierung der Französischen Republik und den amerikanischen, britischen und französischen Gouverneuren in Deutschland abgeschlossenen Zahlungsabkommen. Paraphiert am 21. Juli 1949.

4. Handelsabkommen zwischen der französischen Regierung und den amerikanischen, britischen und französischen Militärgouverneuren in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 21. Juli 1949. Unterzeichnet am 5. August 1949.

5. Protokoll in Abänderung des Zahlungsabkommens vom 16. Dezember 1948 zwischen der Regierung der Französischen Republik und den amerikanischen, britischen und französischen Militärgouverneuren in Deutschland. Paraphiert am 21. Mai 1949.

6. Vereinbartes Protokoll einer Gemischten Kommission (bestehend aus Vertretern) der amerikanischen, britischen und französischen Militärregierung für Deutschland und der französischen Regierung. Unterzeichnet in Frankfurt am 26 Februar 1949.

7. Zahlungsabkommen zwischen der französischen Regierung und den Militärgouverneuren der von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebiete Deutschlands. Paraphiert in Berlin im November 1948. Unterzeichnet am 16. Dezember 1948.

8. Handelsabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland und der französischen Regierung. Paraphiert in Berlin im November 1948. Gültig bis zum 30. Juni 1949.

9. Memorandum über eine Sitzung der amerikanischen und britischen Behörden in Deutschland und einer die französische Regierung vertretenden Delegation, die anberaumt worden war zur

FRANCE

Transport

1. Rolling stock exchange agreements between France and the French Military Government in Germany, and between France and the US and UK Military Governments in Germany, March 18, 1948.

Trade and Payments

1. Protocol concerning frontalier trade and exchange of facilities between the French Rhine and Moselle Departments and the Land Baden.

September 29, 1948

2. Agreed Minutes relating to trade negotiations between Delegations representing the French Government and the US, UK and French Military Governors in Germany, signed July 21, 1949.

3. Additional Protocol to the Payments agreement concluded on December 16, 1948, between the Government of the French Republic and the US, UK and French Military Governors in Germany.

4. Trade agreement between the French Government and the US, UK and French Military Governors in Germany, initialled Frankfurt, July 21, 1949, signed August 5, 1949.

5. Protocol modifying the Payments agreement of December 16, 1948 between the Government of the French Republic and the US, UK and French Military Governors of Germany, initialled May 21, 1949.

6. Agreed Minutes of a Mixed Commission of the US, UK and the French Military Governments of Germany, and the French Government, signed Frankfurt, February 26, 1949.

7. Payments agreement between the French Government and the Military Governors of the US, UK and French occupied areas of Germany, initialled in Berlin, November 1948, signed December 16, 1948.

8. Trade agreement between the US, UK and French Military Governors of Germany and the French Government initialled in Berlin, November 1948, remaining in force until June 30, 1949.

9. Memorandum of a meeting between the US and British Authorities in Germany and a Delegation representing the French Government convened to discuss commercial and

FRANCE

Transports

1. Accords sur l'échange de matériel roulant entre la France et le Gouvernement Militaire français en Allemagne, et entre la France et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, le 18 mars 1948.

Commerce et paiements

1. Protocole concernant le commerce frontalier et l'échange de prestations entre les départements français du Rhin et de la Moselle et le Land de Bade.

29 septembre 1948

2. Procès-verbal agréé sur les négociations commerciales entre des délégations représentant le Gouvernement français et les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne, signé le 21 juillet 1949.

3. Protocole additionnel à l'Accord de paiements conclu le 16 décembre 1948 entre le Gouvernement de la République française et les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 21 juillet 1949.

4. Accord de commerce entre le Gouvernement français et les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 21 juillet 1949, signé le 5 août 1949.

5. Protocole modifiant l'Accord de paiements du 16 décembre 1948, conclu entre le Gouvernement de la République française et les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 21 mai 1949.

6. Procès-verbaux agréés d'une Commission mixte des Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, et le Gouvernement français, signé à Francfort, le 26 février 1949.

7. Accord de paiements entre le Gouvernement français et les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Berlin, en novembre 1948, signé le 16 décembre 1948.

8. Accord de commerce entre les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement français, paraphé à Berlin, en novembre 1948, restant en vigueur jusqu'au 30 juin 1949.

9. Mémorandum d'une réunion entre les Autorités américaines et britanniques en Allemagne et une délégation représentant le Gouvernement français convoquée afin de discuter

Erörterung von Fragen kommerzieller und finanzieller Art, welche die vereinigten amerikanischen und britischen Besatzungszonen Deutschlands und die Französische Union berühren. Unterzeichnet in Paris am 21. Mai 1947.

financial problems affecting the combined US/UK Zones of Occupation in Germany and the French Union, signed in Paris, May 21, 1947.

les problèmes commerciaux et financiers affectant la bizone (US/UK) d'Allemagne et l'Union française, signé à Paris, le 21 mai 1947.

10. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auch auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete Anwendung finden soll.

28. Juni 1948

10. Agreement between the USA and France providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

June 28, 1948

10. Accord entre les Etats-Unis et la France tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

28 juin 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der französischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprech- und Telegraphendienst.

28. April 1947

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of France.

Telephone and telegraph.

April 28, 1947

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de France.

Téléphone et télégraphe.

28 avril 1947

Arbeit

1. Technisches Abkommen zwischen den Militärregierungen Frankreichs und der Vereinigten Staaten über die Anwerbung von Arbeitskräften für Frankreich in der amerikanischen Besatzungszone.

5. Februar 1948

2. Abkommen zwischen der französischen Regierung und der IRO über die Anwerbung von Arbeitskräften für Frankreich und Algerien

18. Januar 1948

3. Technisches Abkommen zwischen den französischen und britischen Militärregierungen über die Anwerbung von Arbeitskräften für Frankreich in der britischen Zone.

15. Dezember 1947

4. Anwerbungsabkommen zwischen der amerikanischen Militärregierung und der französischen Regierung

Ein zwischen der amerikanischen Militärregierung und der französischen Regierung abgeschlossenes Abkommen (wie niedergelegt in dem Schriftwechsel vom 25. Oktober 1947) über die Anwerbung von deutschen Arbeitskräften in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands für die Arbeit in Frankreich. Dieses Abkommen wird ergänzt durch das technische Abkommen zwischen der amerikanischen Militärregierung und der französischen Regierung vom 5. Februar 1948. Dieses Abkommen sieht die Anwerbung von höchstens 20 000 Arbeitern in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands zur Beschäftigung in Frankreich vor.

5. Englisch-französisches Abkommen.

Ein am 29./30 September 1947 zwischen den Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs geschlossenes Abkommen über die Anwerbung deutscher und DP-Arbeiter. Ergänzt durch ein technisches Abkom-

Labour

1. Technical agreement between French and US Military Governments concerning the recruiting in the US Zone of workers for France.

February 5, 1948

2. Agreement between French Government and IRO concerning the recruiting of workers for France and Algeria.

January 18, 1948

3. Technical agreement between French and British Military Governments concerning recruiting in the British Zone of workers for France.

December 15, 1947

4. Recruitment agreement between the US Military Government and the Government of France

An agreement concluded between the US military Government and the Government of France (as embodied in the exchange of letters on October 25, 1947) on recruitment of German workers in the US Zone of Germany for work in France. This agreement is supplemented by the technical agreement between the US Military Government and the Government of France dated February 5, 1948. This agreement provides for the recruitment of not more than 20.000 workers from the US Zone of Germany for employment in France.

5. Anglo-French Agreement.

An agreement for the recruitment of German and Displaced Persons workers concluded between UK and French Governments on 29/30 September 1947, supplemented by a technical agreement between the British and

Main-d'œuvre

1 Accord technique entre les Gouvernements Militaires français et américain concernant le recrutement en zone américaine de main-d'œuvre pour la France.

5 février 1948

2. Accord entre le Gouvernement français et l'O.I.R. concernant le recrutement de main-d'œuvre pour la France et l'Algérie.

18 janvier 1948

3. Accord technique entre les Gouvernements Militaires français et britannique concernant le recrutement en zone britannique de main-d'œuvre pour la France.

15 décembre 1947

4. Accord de recrutement entre le Gouvernement Militaire américain et le Gouvernement français.

Accord conclu entre le Gouvernement Militaire américain et le Gouvernement français (comme indiqué dans l'échange de lettres du 25 octobre 1947) sur le recrutement de travailleurs allemands de la zone américaine d'Allemagne pour travailler en France. Cet accord est complété par un accord technique entre le Gouvernement Militaire américain et le Gouvernement français, en date du 5 février 1948. Cet accord prévoit le recrutement de 20.000 travailleurs au total de la zone américaine d'Allemagne pour être employés en France.

5. Accord anglo-français.

Accord ayant pour but le recrutement de travailleurs allemands et de personnes déplacées conclu entre les Gouvernements britannique et français les 29 et 30 septembre 1947, complété par un accord technique entre

men zwischen den britischen und französischen Oberkommandierenden in Deutschland vom 15. Dezember 1947.

29./30. September 1947

Anwerbung von 25 000 deutschen Arbeitern aus der britischen Zone Deutschlands und von 12 500 verschleppten Personen aus den britischen Zonen Deutschlands und Österreichs und 12 500 Volksdeutschen aus der britischen Zone Österreichs und Polen aus dem Vereinigten Königreich.

Kriegstote

1. Abkommen zwischen dem französischen und dem amerikanischen Oberbefehlshaber. Rückführung von Leichnamen französischer Staatsangehöriger, die in Deutschland gestorben sind.

13. Juli 1948

GAMBIA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Gambia.

Fernsprechdienst.

15. November 1949

GIBRALTAR

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Gibraltar andererseits.

Fernsprechdienst.

15. September 1949

GRIECHENLAND

Handels- und Zahlungsverkehr

1 Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen einer Gemischten Kommission von Vertretern der Königlich-Griechischen Regierung und der Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 25. Juli 1949

2. Protokoll zum Zahlungsabkommen vom 16. März 1949 zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland einerseits und der Königlich-Griechischen Regierung andererseits. Paraphiert in Frankfurt am 25. Juli 1949.

3 Memorandum über Handelsbeziehungen zwischen der Königlich-Griechischen Regierung und den vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Athen im November 1947.

4. Protokoll über den Handel zwischen der französischen Zone und Griechenland ergänzt durch ein Finanzabkommen.

23. April 1948

French Commanders in Chief in Germany dated December 15, 1947.

September 29/30, 1947

Recruitment of 25.000 German workers from British Zones of Germany and 12.500 DPs from British Zones of Germany and Austria and 12.500 Volksdeutsche from the British Zone of Austria and Poles from UK.

War Dead

1. Agreement between the French and US Commanders-in-Chief Repatriation of bodies of French nationals who died in Germany.

July 13, 1948

GAMBIA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the Allied High Commission and the postal and telecommunications administration of Gambia.

Telephone service.

November 15, 1949

GIBRALTAR

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Gibraltar.

Telephone service.

September 15, 1949

GREECE

Trade and Payments

1. Agreed Minutes of discussions of the Mixed Commission of representatives of the Royal Greek Government and of Military Governments for Germany, US, UK and French, initialled in Frankfurt, July 25, 1949.

2. Protocol to the Payments agreement dated March 16, 1949 between the Military Governments for Germany, US, UK and French and the Royal Greek Government, initialled July 25, 1949.

3. Memorandum on Trade and Commercial Relations between the Royal Government of Greece and the combined US, UK Zones of Occupation in Germany, signed in Athens, November, 1947.

4. Protocol covering trade between the French Zone and Greece supplemented by financial agreement.

April 23, 1948

les Commandants en Chef britannique et français en Allemagne, en date du 15 décembre 1947

29 et 30 septembre 1947

Recrutement de 25.000 travailleurs allemands de la zone britannique d'Allemagne et de 12.500 personnes déplacées des zones britanniques d'Allemagne et d'Autriche et de 12.500 personnes d'appartenance ethnique allemande de la zone britannique d'Autriche et de Polonais du Royaume-Uni.

Morts de guerre

1. Accord entre les Commandants en Chef français et américain. Rapatriement des corps de citoyens français morts en Allemagne.

13 juillet 1948

GAMBIE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications de Gambie.

Service téléphonique.

15 novembre 1949

GIBRALTAR

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Gibraltar.

Service téléphonique.

15 septembre 1949

GRECE

Commerce et paiements

1. Procès-verbaux agréés des discussions d'une Commission mixte de représentants du Gouvernement Royal de la Grèce et de représentants des Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphés à Francfort, le 25 juillet 1949.

2. Protocole à l'Accord de paiements du 16 mars 1949 entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement Royal de la Grèce, paraphé le 25 juillet 1949.

3. Mémorandum concernant les échanges commerciaux entre le Gouvernement Royal de la Grèce et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Athènes en novembre 1947.

4. Protocole concernant le commerce entre la zone française et la Grèce, complété par un accord financier.

23 avril 1948

5. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Griechenland, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

2. Juli 1948

6. Zahlungsabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland einerseits und der Königlich-Griechischen Regierung andererseits. Paraphiert im Februar 1949 und unterzeichnet am 16. März 1949.

7. Handelsabkommen zwischen der Königlich-Griechischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt im Februar 1949, unterzeichnet am 16. März 1949.

5. Agreement between the USA and Greece providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 2, 1948

6. Payments agreement between the Military Governments of Germany, US, UK and French, and the Royal Greek Government. Initialled February 1949 and signed March 16, 1949.

7. Trade agreement between Royal Government of Greece and the Military Governments for Germany, US, UK and French, initialled Frankfurt, February 1949, signed March 16, 1949.

5. Accord entre les Etats-Unis et la Grèce tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

2 juillet 1948

6. Accord de paiements conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement Royal de la Grèce, paraphé en février 1949 et signé le 16 mars 1949.

7. Accord de commerce conclu entre le Gouvernement Royal de la Grèce et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort en février 1949, signé le 16 mars 1949.

GUATEMALA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Guatemala.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

GUATEMALA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Guatemala.

Telephone service.

April 15, 1949

GUATEMALA

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Guatémala.

Service téléphonique.

15 avril 1949

HAITI

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Haiti.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

HAÏTI

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Haïti.

Telephone service.

April 15, 1949

HAÏTI

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Haïti.

Service téléphonique.

15 avril 1949

HONDURAS

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Honduras.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

HONDURAS

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Honduras.

Telephone service.

April 15, 1949

HONDURAS

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Honduras.

Service téléphonique.

15 avril 1949

UNGARN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll über Besprechungen zwischen einer Gemischten Kommission der Regierung der Volksrepublik Ungarn und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert am 30. März 1950.

2. Protokoll zwischen Vertretern der Regierung der Volksrepublik Ungarn und den Vertretern der Alliierten

HUNGARY

Trade and Payments

1. Protocol on discussions held by a Mixed Commission of the Government of the People's Republic of Hungary and the Military Governments for Germany, US, UK and French, initialled March 30, 1950.

2. Protocol between representatives of the Government of the People's Republic of Hungary and the repre-

HONGRIE

Commerce et paiements

1. Protocole des discussions d'une Commission mixte composée de représentants du Gouvernement de la République populaire de Hongrie et de représentants des Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 30 mars 1950.

2. Protocole entre les représentants du Gouvernement de la République populaire de Hongrie et les représen-

Hohen Kommissare der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 19. Oktober 1949.

3. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung der Volksrepublik Ungarn und Vertretern der Alliierten Hohen Kommissare der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 19. Oktober 1949.

4. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen der Gemischten Kommission der Ungarischen Republik und der Besatzungszone der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 3. Juni 1949.

5. Protokoll zur Erweiterung und Abänderung des Zahlungsabkommens vom 5. Oktober 1947 zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland einerseits und der ungarischen Regierung über Zahlungen im Handelsverkehr zwischen Ungarn und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands in der abgeänderten und derzeit gültigen Fassung. Paraphiert in Frankfurt am 3. Juni 1949.

6. Zahlungsabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland und der Ungarischen Regierung.

5. Oktober 1947

7. Memorandum über Handelsbeziehungen zwischen der Ungarischen Republik und den vereinigten amerikanischen und britischen Besatzungszonen in Deutschland. Unterzeichnet in Budapest.

September 1947

INDIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Vereinbartes Protokoll über die Sitzungen von Vertretern des Dominiums Indien und Vertretern der drei Westzonen Deutschlands. Unterzeichnet in Frankfurt am 23. Juni 1949.

2. Vereinbartes Protokoll über die Sitzungen von Vertretern des Dominiums Indien und Vertretern der Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Frankfurt am 28 Juli 1948.

INDONESIEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der indonesischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

1. April 1949

sentatives of the Allied High Commissioners for Germany, (US, UK and French), initialled Frankfurt, October 19, 1949.

3. Agreed Minutes of the discussions between representatives of the Government of the People's Republic of Hungary and representatives of the Allied High Commissioners for Germany (US, UK and French), initialled Frankfurt, October 19, 1949.

4. Agreed Minutes of the discussions of the Mixed Commission of the Hungarian Republic and the US, UK and French occupied zones of Germany, initialled Frankfurt, June 3, 1949.

5. Protocol to extend and amend the Payments agreement dated October 5, 1947, between the US and UK Military Governments of Germany and the Hungarian Government, covering payments for trade between Hungary and the US and UK occupied areas of Germany, as amended and presently in existence. Initialled Frankfurt, June 3, 1949.

6. Payments agreement between the US, UK Military Governments of Germany and the Hungarian Government.

October 5, 1947

7. Memorandum on trade and commercial relations between the Hungarian Republic and the combined US and British Zones of Occupation in Germany, signed in Budapest.

September 1947

INDIA

Trade and Payments

1. Agreed Minutes of meetings of representatives of the Dominion of India and representatives of the three Western Zones of Germany, signed in Frankfurt on June 23, 1949.

2. Agreed Minutes of meetings between representatives of the Dominion of India and representatives of the US/UK Military Government in Germany signed in Frankfurt on July 28, 1948.

INDONESIA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Indonesia.

Telephone service.

April 1, 1949

tants des Hauts Commissaires Alliés en Allemagne (américain, britannique et français), paraphé à Francfort, le 19 octobre 1949.

3. Procès-verbaux agréés des discussions entre les représentants du Gouvernement de la République populaire de Hongrie et les représentants des Hauts Commissaires Alliés en Allemagne (américain, britannique et français), paraphés à Francfort, le 19 octobre 1949.

4. Procès-verbaux agréés des discussions d'une Commission mixte de la République hongroise et des zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, paraphés à Francfort, le 3 juin 1949.

5. Protocole étendant et amendant l'Accord de paiements du 5 octobre 1947, conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement hongrois sur le paiement des échanges commerciaux entre la Hongrie et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, amendé et actuellement en vigueur, paraphé à Francfort, le 3 juin 1949.

6. Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement hongrois.

5 octobre 1947

7. Mémorandum sur les échanges commerciaux entre le Gouvernement de la République hongroise et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Budapest.

septembre 1947

INDES

Commerce et paiements

1. Procès-verbaux agréés des réunions de représentants du Dominion des Indes et de représentants des trois zones occidentales d'Allemagne, signés à Francfort, le 23 juin 1949.

2. Procès-verbaux agréés de réunions de représentants du Dominion des Indes et de représentants des Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, signés à Francfort, le 28 juillet 1948.

INDONESIE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications d'Indonésie.

Service téléphonique.

1er avril 1949

IRAN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll zwischen der Regierung des Kaiserreichs Iran und den Alliierten Hohen Kommissaren der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland zur Abänderung des Zahlungsabkommens vom 1. Juli 1949. Unterzeichnet in Frankfurt am 31. Oktober 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der iranischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

15. November 1949

IRAN

Trade and Payments

1. Protocol between the Government of the Empire of Iran and the Allied High Commissioners for Germany, US, UK and French, amending the Payments agreement dated July 1, 1949, signed in Frankfurt, 31 October 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the Allied High Commission and the postal and telecommunications administration of Iran.

Telephon service.

November 15, 1949

IRAN

Commerce et paiements

1. Protocole entre le Gouvernement de l'Empire Iranien et les Hauts Commissaires Alliés américain, britannique et français en Allemagne, amendant l'Accord de paiements en date du 1er juillet 1949, signé à Francfort, le 31 octobre 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications d'Iran.

Service téléphonique.

15 novembre 1949

IRLAND

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Irland und den Militärregierungen der von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands.

16. Juni 1949

2. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Irland, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Verwaltung stehende Gebiete angewandt werden soll.

28. Juni 1948

IRELAND

Trade and Payments

1. Agreement between the Government of the Republic of Eire and the Military Governments of US, UK and French occupied areas of Germany, June 16, 1949.

2. Agreement between the USA and Ireland providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

June 28, 1948

IRLANDE

Commerce et paiements

1. Accord entre le Gouvernement de la République d'Irlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, en date du 16 juin 1949.

2. Accord entre les Etats-Unis et l'Irlande tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

28 juin 1948

ISLAND

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Island, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete aufgewandt werden soll.

3. Juli 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der isländischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Telegraphendienst.

4. Juli 1947

ICELAND

Trade and Payments

1. Agreement between the USA and Iceland providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 3, 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Iceland.

Telephon service.

July 4, 1947

ISLANDE

Commerce et paiements

1. Accord entre les Etats-Unis et l'Islande tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

3 juillet 1948

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications d'Islande.

Service télégraphique.

4 juillet 1947

ISRAEL

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der israelischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

15. November 1949

ISRAEL

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the Allied High Commission and the postal and telecommunications administration of Israel.

Telephon service.

November 15, 1949

ISRAEL

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications d'Israël.

Service télégraphique.

15 novembre 1949

ITALIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1 Protokoll zwischen der italienischen Regierung und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland zur Abänderung des Zahlungsabkommens vom Mai 1947 Paraphiert in Frankfurt am 28 September 1949

2 Vereinbartes Protokoll über Handelsbesprechungen der Gemischten Kommission von Vertretern der drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Paraphiert in Rom am 28. April 1949

3. Zahlungsabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland einerseits und der Italienischen Regierung andererseits Paraphiert in Rom am 26. April 1949.

4. Vereinbarte Niederschrift über Handelsverhandlungen zwischen der italienischen Delegation und den Vertretern der vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland Unterzeichnet in Frankfurt am 3. September 1948

5. Memorandum über das Abkommen betreffend den Handel und die Handelsbeziehungen zwischen Italien und den vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland Unterzeichnet in Berlin im Juni 1947

6. Zahlungsabkommen zwischen Italien und den vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland Mai 1947.

7 Protokoll über den Handelsverkehr zwischen der französischen Zone und Italien Ergänzt durch ein Zahlungsabkommen.

24. April 1947

8. Protokoll über den Handelsverkehr zwischen der französischen Zone und Italien Ergänzt durch ein Zahlungsabkommen.

31 März 1948

9. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Italien wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll

28. Juni 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der italienischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

5. Juli 1947

ITALY

Trade and Payments

1. Protocol between the Italian Government and the Allied High Commission for Germany amending the Payments agreement of May 1947, initialled Frankfurt, September 28, 1949.

2. Agreed Minutes of trade discussions of the Mixed Commission between representatives of the three Western Zones of Occupation in Germany, initialled in Rome, April 28, 1949.

3. Payments agreement between the Military Governors for Germany, US, UK and French and the Italian Government, initialled in Rome, April 26, 1949.

4. Agreed Record of the trade negotiations between the Italian Delegation and the representatives of the Combined US/UK Zones of Occupation in Germany, signed Frankfurt, September 3, 1948.

5. Memorandum of agreement on trade and commercial relations between the Italian Delegation and the representatives of the Combined US/UK Zones of Occupation in Germany, signed in Berlin, June 1947.

6. Payments agreement between Italy and the Combined US/UK Zones of Occupation in Germany, May 1947.

7. Protocol covering trade between the French Zone and Italy supplemented by an agreement concerning payments.

April 24, 1947

8. Protocol covering trade between French Zone and Italy supplemented by an agreement concerning payments.

March 31, 1948

9. Agreement between the USA and Italy providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

June 28, 1948

Handels- und Zahlungsverkehr

1 Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administrations of Italy.

Telephone service.

July 5, 1947

ITALIE

Commerce et paiements

1. Protocole entre le Gouvernement italien et la Haute Commission Alliée en Allemagne, amendant l'Accord de paiements de mai 1947, paraphé à Francfort, le 28 septembre 1949

2. Procès-verbal agréé de discussions commerciales de la Commission mixte composée de représentants des trois zones d'occupation occidentales d'Allemagne, paraphé à Rome, le 28 avril 1949.

3 Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement italien, paraphé à Rome, le 26 avril 1949.

4. Procès-verbal agréé des négociations commerciales entre la délégation italienne et les représentants de la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Francfort, le 3 septembre 1948.

5. Mémorandum de l'Accord sur les échanges commerciaux entre l'Italie et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Berlin en juin 1947.

6. Accord de paiements entre l'Italie et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, mai 1947.

7. Protocole sur le commerce entre la zone française et l'Italie, complété par un accord sur les paiements

24 avril 1947

8. Protocole sur le commerce entre la zone française et l'Italie, complété par un accord sur les paiements

31 mars 1940

9. Accord entre les Etats-Unis et l'Italie tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées ou contrôlées.

28 juin 1948

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications d'Italie.

Service téléphonique.

5 juillet 1947

JAPAN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Finanzabkommen über den Handel zwischen den von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands und dem besetzten Japan. Paraphiert in Tokio am 4. Oktober 1949.

2. Handelsabkommen zwischen den von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands und dem besetzten Japan. Paraphiert am 22. Juli 1949. In Kraft ab 1. August 1949.

3. Handelsabkommen zwischen den von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands und dem besetzten Japan. Unterzeichnet in Tokio am 31. Oktober 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der japanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.
1. Februar 1949

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der japanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Telegraphendienst und Herstellung einer direkten Funkverbindung.
20. Dezember 1949

3. Postabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der japanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Internationaler Postdienst.
15. Oktober 1948

JAPAN

Trade and Payments

1. Financial arrangement for trade between the US, UK and French occupied areas of Germany and Occupied Japan, initialled in Tokyo, October 4, 1949.

2. Trade agreement between the US, UK and French occupied areas of Germany andOccupied Japan, initialled July 22, 1949, effective as from August 1, 1949.

3. Trade agreement between the US, UK and French occupied areas of Germany and Occupied Japan, signed in Tokyo, October 31, 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Japan.

Telephone service.
February 1, 1949

2. Telecommunications agreement between the Allied High Commission and the postal and telecommunications administration of Japan.

Telegraph service and establishment of direct radio circuit.
December 20, 1949

3. Postal agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Japan.

International postal service.
October 15, 1948

JAPON

Commerce et paiements

1. Accord financier concernant le commerce entre les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne et le Japon occupé, paraphé à Tokio, le 4 octobre 1949.

2. Accord de commerce entre les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne et le Japon occupé, paraphé le 22 juillet 1949, entré en vigueur le 1er août 1949.

3. Accord de commerce conclu entre les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne et le Japon occupé, signé à Tokio, le 31 octobre 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Japon.

Service téléphonique.
1er février 1949

2. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications du Japon.

Service télégraphique et établissement de circuits radio directs.
20 décembre 1949

3. Accord postal conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Japon.

Service postal international
15 octobre 1948

LUXEMBURG

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll über den Handelsverkehr zwischen der französischen Besatzungszone und Luxemburg.
9. März 1946

Ergänzt durch ein Zusatzprotokoll vom 17 Oktober 1946

2. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Luxemburg, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auch auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.
3. Juli 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der luxemburgischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen

Fernsprech- und Telegraphendienst.
1. April 1947

LUXEMBOURG

Trade and Payments

1. Protocol concerning trade between the French Zone of Occupation and Luxembourg.
March 9, 1946

Supplemented by an additional protocol dated October 17, 1946

2. Agreement between the USA and Luxembourg providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.
July 3, 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Luxembourg.

Telephone and telegraph.
April 1, 1947

LUXEMBOURG

Commerce et paiements

1. Protocole concernant les échanges commerciaux entre la zone française d'occupation et le Luxembourg, 9 mars 1946

Complété par un Protocole additionnel du 17 octobre 1946.

2. Accord entre les Etats-Unis et le Luxembourg tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.
3 juillet 1948

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Luxembourg.

Téléphone et télégraphe.
1er avril 1947

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der luxemburgischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Internationaler Fernsprechdienst.

1. Februar 1948

Reisekontrolle

1. Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zwischen der französischen Zone und Luxemburg betreffend den Verkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

13. Juli 1946

Abgeändert am 24. April 1947

2. Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zwischen Luxemburg und der französischen Zone Deutschlands.

27. Dezember 1945

3. Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zwischen Luxemburg und der französischen Zone.

10. Januar 1950

Arbeitskräfte

1. Anwerbungsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Luxemburg:

Das am 15. August 1949 zwischen der amerikanischen Militärregierung und der Luxemburgischen Regierung abgeschlossene Abkommen über die Anwerbung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands. Dieses Abkommen wird ergänzt durch das „Lohn- und Stundenabkommen für Landarbeiter".

15. August 1949

MAROKKO

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der marokkanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

5. Juni 1949

NIKARAGUA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Nikaragua.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

NIGERIEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Nigerien.

Fernsprechdienst.

15. November 1949

2. Telecommunications agreement between the Allied Control Authority and the postal and telecommunications administration of Luxembourg.

International telephone service.

February 1, 1948

Travel Control

1. Frontalier agreement between the French Zone and Luxembourg concerning transfer of agricultural products.

July 13, 1946

Amended April 24, 1947

2. Frontalier agreement between Luxembourg and the French Zone of Germany.

December 27, 1945

3. Frontalier agreement between Luxembourg and the French Zone.

January 10, 1950

Labour

1. US Luxembourg Recruitment Agreement:

The agreement concluded between the US Military Government and the Government of Luxembourg on August 15, 1949 for the recruitment of agricultural labour in the US Zone of Germany. This agreement is supplemented by the "Wage and Hour Agreement for Farm Hands".

August 15, 1949

MOROCCO

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Morocco.

Telephone service.

June 5, 1949

NICARAGUA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Nicaragua.

Telephone service.

April 15, 1949

NIGERIA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the Allied High Commission and the postal and telecommunications administration of Nigeria.

Telephone service.

November 15, 1949

2. Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications du Luxembourg.

Service téléphonique international.

1er février 1948

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier entre la zone française et le Luxembourg concernant le transport des produits agricoles.

13 juillet 1946

amendé le 24 avril 1947

2. Accord frontalier entre le Luxembourg et la zone française d'Allemagne.

27 décembre 1945

3. Accord frontalier entre le Luxembourg et la zone française.

10 janvier 1950

Main-d'œuvre

1. Accord sur le recrutement entre le Gouvernement Militaire américain et le Luxembourg:

Accord conclu entre le Gouvernement Militaire américain et le Gouvernement du Luxembourg le 15 août 1949 sur le recrutement de main-d'oeuvre agricole dans la zone américaine d Allemagne. Cet accord est complété par l' «Accord sur les salaires et heures de travail des travailleurs agricoles».

15 août 1949

MAROC

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Maroc.

Service téléphonique.

5 juin 1949

NICARAGUA

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Nicaragua.

Service téléphonique.

15 avril 1949

NIGERIA

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications de Nigéria.

Service téléphonique.

15 novembre 1949

NORWEGEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Vereinbartes Protokoll über Handelsbesprechungen zwischen einer Delegation der drei Westzonen Deutschlands und einer norwegischen Delegation. Paraphiert am 16. September 1949

2. Vereinbartes Protokoll über Besprechungen der Gemischten Kommission von Norwegen einerseits und den Besatzungszonen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland andererseits. Paraphiert in Frankfurt am 17. Februar 1949.

3. Zusatzprotokoll zur Erweiterung und Abänderung des Zahlungsabkommens vom 30. Juli 1948 zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der Königlich Norwegischen Regierung betreffend Zahlungen im Handelsverkehr zwischen Norwegen und den Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Paraphiert am 17. Februar 1949

4. Protokoll über den Handelsverkehr zwischen der französischen Zone und Norwegen. Ergänzt durch Finanzabkommen.

5. Juli 1948

5. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der Königlich Norwegischen Regierung betreffend Zahlungen im Handelsverkehr zwischen Norwegen und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Paraphiert in Frankfurt am 1. Juli 1948. Unterzeichnet am 30. Juli 1948.

6. Protokoll zwischen der Königlich Norwegischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland betreffend den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Norwegen und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Paraphiert am 1. Juli 1948.

7. Protokoll zwischen der Königlich Norwegischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland betreffend den Handel zwischen Norwegen und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands Unterzeichnet in Oslo im August 1947

8. Protokoll betreffend den Handelsverkehr zwischen der französischen Zone und Norwegen. Ergänzt durch Finanzabkommen.

4. August 1947

Erweitert durch Notenwechsel vom 21. Januar 1948 und 23. März 1948.

NORWAY

Trade and Payments

1. Agreed Minutes of trade discussions between a Delegation of the three Western Zones of Germany and a Norwegian Delegation, initialled September 16, 1949.

2. Agreed Minutes of discussions of the Mixed Commission of Norway and the US, UK and French Occupied Zones of Germany, initialled Frankfurt, February 17, 1949.

3. Additional Protocol to extend and amend the Payments agreement dated July 30, 1948, between the Military Governments for Germany, US UK and the Royal Norwegian Government covering payment for trade between Norway and the US/UK occupied areas of Germany, initialled February 17, 1949.

4. Protocol covering trade between French Zone and Norway Supplemented by financial agreement

July 5, 1948

5. Agreement between the Military Governments for Germany (US/UK) and the Royal Norwegian Government, covering payment for trade between Norway and the US/UK occupied areas of Germany, initialled Frankfurt, July 1, 1948, and signed July 30, 1948.

6. Protocol between the Royal Norwegian Government and the Military Governments for Germany (US/UK) covering trade and payments between Norway and the US/UK occupied areas of Germany, initialled July 1, 1948.

7. Protocol between the Royal Norwegian Government and the Military Governments for Germany (US/UK) covering trade between Norway and the US/UK occupied areas of Germany, signed Oslo, August 1947.

8. Protocol covering trade between French Zone and Norway Supplemented by financial agreement

August 4, 1947

Extended by exchange of notes dated January 21, 1948 and March 23, 1948.

NORVEGE

Commerce et paiements

1. Proces-verbaux agréés de discussions relatives aux échanges commerciaux, entre une délégation des trois zones occidentales d'Allemagne et une délégation norvégienne, paraphés le 16 septembre 1949

2. Procès-verbaux agréés des discussions de la Commission mixte de la Norvege et des zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, paraphés à Francfort, le 17 février 1949.

3. Protocole additionnel visant à étendre et à amender l'Accord de paiements en date du 30 juillet 1948, conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement Royal de Norvege concernant les paiements afférents aux échanges commerciaux entre la Norvege et les territoires d'occupation américain et britannique d'Allemagne, paraphé le 17 février 1949.

4. Protocole concernant les échanges commerciaux entre la zone française et la Norvège. Complété par un accord financier.

5 juillet 1948

5. Accord entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement Royal de Norvège, relatif au règlement des échanges commerciaux entre la Norvège et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, paraphé à Francfort, le 1er juillet 1948 et signé le 30 juillet 1948.

6. Protocole entre le Gouvernement Royal de Norvège et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne relatif au commerce et aux paiements entre la Norvège et les territoires occupés américain et britannique d'Allemagne, paraphé le 1er juillet 1948.

7. Protocole entre le Gouvernement Royal de Norvège et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne concernant les échanges commerciaux entre la Norvège et les territoires occupés américain et britannique d'Allemagne, signé à Oslo, août 1947.

8. Protocole concernant les échanges commerciaux entre la zone française et la Norvège. Complété par un accord financier.

4 août 1947

Étendu par un échange de notes en date des 21 janvier 1948 et 23 mars 1948.

9. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Norwegen, wonach die Meistbegünstigungbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete Anwendung finden soll. 3. Juli 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der norwegischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprech- und Telegraphendienst.
29. März 1947

2. Abkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der norwegischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Internationaler Fernsprechdienst.
1. Februar 1948

9. Agreement between the USA and Norway providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 3, 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Norway.

Telephone and telegraph.
March 29, 1947

2. Telecommunications agreement between the Allied Control Authority and the postal and telecommunications administration of Norway.

International telephone service.
February 1, 1948

9. Accord entre les Etats-Unis et la Norvège tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

3 juillet 1948

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la Norvège.

Téléphone et télégraphe.
29 mars 1947

2. Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de Norvège.

Service téléphonique international.
1er février 1948

PANAMA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Panama.

Fernsprechdienst.
15. April 1949

PANAMA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Panama.

Telephone service.
April 15, 1949

PANAMA

Postes et télécommunications

1 Accord entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Panama.

Service téléphonique.
15 avril 1949

NIEDERLANDE

Transport

1. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und den Niederlanden über die Rückerstattung von Schiffen von den und an die Niederlande.

20. Januar 1947

THE NETHERLANDS

Transport

1. Agreement between the Military Governments for Germany (UK and US) and the Netherlands on the restitution of craft from and to the Netherlands, dated January 20, 1947.

PAYS-BAS

Transports

1. Accord entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et les Pays-Bas sur la restitution de navires par les Pays-Bas et à ceux-ci, en date du 20 janvier 1947.

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen zwischen einer Delegation aus der französischen Besatzungszone Deutschlands und den Niederlanden über frühere Handelsabkommen.

Paraphiert 23. Oktober 1946

2. Handelsprotokoll zwischen der niederländischen Regierung und der Militärregierung der französischen Besatzungszone.

9. August 1947

Ergänzt durch ein Memorandum über das Ausführungsverfahren und ein vereinbartes Protokoll über die Verhandlungen vom 23. August 1948 betreffend die Finanzbestimmungen des Abkommens.

3. Protokoll über den Handel zwischen der französischen Besatzungszone und den Niederlanden, ergänzt durch ein Finanzabkommen.

29. September 1947

Vervollständigt durch das vereinbarte Protokoll der Gemischten Kommission vom 7. Januar 1948

Trade and Payments

1. Agreed minutes of discussions between a delegation of the French Zone of Germany and the Netherlands covering former trade agreements, initialled October 23, 1946.

2. Commercial Protocol between the Dutch Government and the Military Government of the French Zone of Occupation.

August 9, 1947

Supplemented by memorandum concerning the procedure of execution and agreed minutes of the negotiations of August 23, 1948 relating to the financial dispositions of the agreement.

3. Protocol concerning trade between the French Zone of Occupation and the Netherlands supplemented by a financial agreement.

September 29, 1947

Completed by agreed Minutes of the Mixed Commission of January 7, 1948.

Commerce et paiements

1. Procès-verbaux agréés de discussion entre une délégation de la zone française d'Allemagne et les Pays-Bas concernant d'anciens accords de commerce, paraphés le 23 octobre 1946.

2. Protocole commercial entre le Gouvernement néerlandais et le Gouvernement Militaire de la zone française d'occupation.

9 août 1947

Complété par un mémorandum concernant la procédure d'exécution et procès-verbaux agréés des négociations du 23 août 1948 relatives aux dispositions financières de l'accord.

3. Protocole concernant le commerce entre la zone française d'occupation et les Pays-Bas, complété par un accord financier

29 septembre 1947

Complété par des procès-verbaux agréés de la Commission mixte en date du 7 janvier 1948.

4. Protokoll über den Handel zwischen der französischen Besatzungszone und den Niederlanden.
20. Januar 1947

5. Memorandum über die Handelsbeziehungen zwischen dem Königreich der Niederlande und den vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Den Haag, Januar 1947.

6. Vorläufiges Abkommen zwischen den Militärgouverneuren der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland und den Niederlanden betreffend die Zahlungen im Handelsverkehr zwischen den Niederlanden und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Unterzeichnet am 15. Februar 1947.

7. Handelsabkommen zwischen dem Königreich der Niederlande und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 31. Juli 1948.

8. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen der Gemischten Kommission der Niederlande und der drei deutschen Westzonen. Paraphiert in Frankfurt am 17. Dezember 1948.

9. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen der Gemischten Kommission der Niederlande und der drei deutschen Westzonen. Unterzeichnet in Den Haag am 26. März 1949.

10. Protokoll zur Erweiterung und Ergänzung des Abkommens vom 15. Februar 1947 zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der niederländischen Regierung betreffend die Zahlungen im Handelsverkehr zwischen den Niederlanden und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands in der abgeänderten und zur Zeit bestehenden Fassung. Paraphiert in Den Haag am 26. März 1949.

11. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen zwischen einer westdeutschen Delegation und einer niederländischen Delegation, welche die Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs vertritt. Unterzeichnet in Frankfurt am 24. September 1949.

12. Vereinbartes Protokoll über die Verhandlungen über den niederländisch-deutschen Handelsverkehr. Paraphiert in Frankfurt am 2. Februar 1950.

Dieses Abkommen erweiterte den Handelsverkehr auf der Grundlage der bestehenden von den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs abgeschlossenen Abkommen.

4. Protocol concerning trade between the French Zone of Occupation and the Netherlands.
January 20, 1947

5. Memorandum on trade and commercial relations between the Kingdom of the Netherlands and the Combined US and British Zones of Occupation in Germany, signed at The Hague, January 1947.

6. Provisional agreement between Military Governors for Germany, US/UK and the Netherlands covering payment for trade between the Netherlands and US/UK occupied areas of Germany, signed February 15, 1947.

7. Commercial agreement between the Kingdom of the Netherlands and the Military Governments for Germany, US/UK, initialled Frankfurt, July 31, 1948.

8. Agreed Minutes of the discussions of the Mixed Commission of the Netherlands and the three Western Zones of Germany, initialled Frankfurt, December 17, 1948.

9. Agreed Minutes of the discussions of the Mixed Commission of the Netherlands and the three Western Zones of Germany, signed The Hague, March 26, 1949.

10. Protocol to extend and supplement the agreement dated February 15, 1947 between the Military Governments of Germany (US/UK) and the Netherlands Government covering payment for trade between the Netherlands and the US/UK occupied areas of Germany, as amended and presently in existence. Initialled at The Hague, March 26, 1949.

11. Agreed Minutes of discussions between a Western German Delegation and a Netherlands Delegation representing the US, UK and French Military Governments, signed in Frankfurt, September 24, 1949.

12. Agreed Minutes of the negotiations on Netherlands/German trade, initialled in Frankfurt, February 2, 1950.

This agreement extended that trade on the basis of the existing agreements concluded by the Military Governments for Germany, US, UK and French.

4. Protocole concernant le commerce entre la zone d'occupation française et les Pays-Bas.
20 janvier 1947

5. Mémorandum sur les échanges commerciaux entre le Royaume des Pays-Bas et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à La Haye, en janvier 1947.

6. Accord provisoire entre les Gouvernements Militaires américain et britannique et les Pays-Bas sur les paiements commerciaux entre les Pays-Bas et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé le 15 février 1947.

7. Accord de commerce entre le Royaume des Pays-Bas et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, paraphé à Francfort, le 31 juillet 1948.

8. Procès-verbaux des discussions de la Commission mixte des représentants des Pays-Bas et des représentants des trois zones occidentales d'Allemagne, paraphés à Francfort, le 17 décembre 1948.

9. Procès-verbaux agréés des discussions de la Commission mixte de représentants des Pays-Bas et de représentants des trois zones occidentales d'Allemagne, signés à La Haye, le 26 mars 1949.

10. Protocole étendant et complétant l'Accord du 15 février 1947 conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement des Pays-Bas sur les paiements commerciaux entre les Pays-Bas et les zones d'occupation américaine et anglaise d'Allemagne, amendé et actuellement en vigueur. Paraphé à La Haye le 26 mars 1949.

11. Procès-verbal agréé des discussions entre une délégation de l'Allemagne occidentale et une délégation des Pays-Bas représentant les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, signé à Francfort, le 24 septembre 1949.

12. Procès-verbaux agréés des négociations sur le commerce entre les Pays-Bas et l'Allemagne, paraphés à Francfort, le 2 février 1950.

Cet accord étendait ce commerce sur la base des accords existants conclus par les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne.

13. Vereinbartes Protokoll über die Verhandlungen über den Handelsverkehr zwischen den Niederlanden und Deutschland. Paraphiert in Den Haag am 17. Mai 1950 und vereinbartes Protokoll betreffend den Zahlungsverkehr zwischen den Niederlanden und Deutschland, unterzeichnet in Bonn am 13. November 1950.

14. Protokoll betreffend den deutsch-niederländischen-indonesischen Handelsverkehr. Paraphiert in Den Haag am 26. August 1950. Unterzeichnet in Bonn am 13. November 1950.

15. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den Niederlanden, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

2. Juli 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der niederländischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

April 1947

2. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der niederländischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Luftpostdienst — nur eingehend.

15. Dezember 1947

Reisekontrolle

1. Abkommen zwischen dem niederländischen Justizministerium und dem Combined Travel Board.

17. April 1950

Zur Erleichterung der Erteilung von Sichtvermerken und Einreisegenehmigungen an Personen mit Auslandsreisepässen.

Arbeitskräfte

1. Vorhaben: „Verschleppte Personen für Holland". Gemeinsamer Plan von Ihrer Majestät Regierung, der Internationalen Flüchtlingsorganisation und den Niederlanden.

Abkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs, der niederländischen Regierung und der Internationalen Flüchtlingsorganisation über die Aufnahme Verschleppter Personen aus der britischen Zone Deutschlands in Holland.

22. Oktober 1947

Recht und Unterdrückung von Verbrechen

1. Abkommen zwischen dem französischen Element der Alliierten Hohen Kommission für die drei Länder der französischen Zone einerseits

13. Agreed Minutes of the negotiations on Netherlands/German trade initialled at The Hague, May 17, 1950 and agreed minutes covering payments between the Netherlands and Germany, signed at Bonn, November 13, 1950.

14. Protocol on German/Netherlands/Indonesian trade, initialled at The Hague, August 26, 1950, signed at Bonn, November 13, 1950.

15. Agreement between the USA and the Netherlands providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 2, 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Netherlands.

Telephone service.

April 1947

2. Postal agreement between the Allied Control Authority and the postal telecommunications administration of the Netherlands.

Airmail service—incoming only.

December 15, 1947

Travel Control

1. Agreement between the Netherlands Ministry of Justice and the Combined Travel Board.

April 17, 1950

To facilitate the obtaining of visas and entry permits by persons holding passports for foreign travel.

Labour

1. DPs for Holland Scheme — HMG/IRO/Netherlands Scheme

An agreement between the UK Government, Dutch Government and the International Refugee Organization for the admittance into Holland of DPs from the British Zone of Germany.

October 22, 1947

Law and Repression of Crime

1. Agreement between the French element of the Allied High Commission, on behalf of the three Länder of the French Zone and the

13. Procès-verbaux agréés des négociations sur le commerce entre les Pays-Bas et l'Allemagne, paraphés à La Haye, le 17 mai 1950 et procès-verbaux agréés concernant les paiements entre les Pays-Bas et l'Allemagne, signés à Bonn, le 13 novembre 1950.

14. Protocole sur le commerce entre l'Allemagne, les Pays-Bas et l'Indonésie, paraphé à La Haye, le 26 août 1950, signé à Bonn, le 13 novembre 1950.

15. Accord entre les Etats-Unis et les Pays-Bas tendant à l application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

2 juillet 1948

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications des Pays-Bas.

Service téléphonique.

avril 1947

2. Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications des Pays-Bas.

Poste aérienne — arrivée seulement.

15 décembre 1947

Contrôle de la circulation

1. Accord entre le Ministère de la Justice néerlandais et l'Office Tripartite de la Circulation.

17 avril 1950

En vue de faciliter aux personnes détenant des passeports valables pour les voyages à l'étranger l'obtention de visas et de permis d'entrée.

Main-d'oeuvre

1. Programme: « Personnes Déplacées à destination des Pays-Bas » — Plan établi par le Gouvernement de Sa Majesté, l'O.I.R. et les Pays-Bas.

Accord entre le Gouvernement britannique, le Gouvernement néerlandais et l'Organisation Internationale des Réfugiés sur l'admission aux Pays-Bas de Personnes Déplacées en provenance de la zone britannique d'Allemagne.

22 octobre 1947

Affaires judiciaires et pénales

1. Accord entre l'Elément français de la Haute Commission Alliée, au nom des trois Länder de la zone française, et les Pays-Bas sur la communication

und den Niederlanden andererseits betreffend die gegenseitige Bekanntgabe von Urteilen, die durch ihre Gerichtshöfe über Staatsangehörige ihrer Länder verhängt werden

19. September 1949

Netherlands concerning the mutual communication of the sentences imposed by their tribunals against citizens of their respective countries.

September 19, 1949

réciproque des condamnations infligées par leurs tribunaux aux ressortissants du pays de l'autre contractant.

19 septembre 1949

PERU

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und Peru.

Telegraphendienst.

24. November 1947

PERU

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and Peru.

Telegraph service.

November 24, 1947

PEROU

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Pérou.

Service télégraphique.

24 novembre 1947

PHILIPPINEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der philippinischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Errichtung einer direkten Funk-, Telefon- und Telegraphenverbindung.

19. Oktober 1949

PHILIPPINES

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the Allied High Commission and the postal and telecommunications administration of the Philippines.

Establishment of direct radio telephone and telegraph circuits.

October 19, 1949

PHILIPPINES

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications des Philippines.

Installation de circuits radios, téléphoniques et télégraphiques directs.

19 octobre 1949

POLEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Handelsabkommen zwischen der Regierung der Republik Polen und den Militärregierungen der Besatzungszonen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 20. Dezember 1948.

2. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Republik Polen und den Militärregierungen der Besatzungszonen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 20. Dezember 1948.

3. Memorandum über Handelsbeziehungen zwischen Polen und den Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Warschau im Oktober 1947.

POLAND

Trade and Payments

1. Trade agreement between the Government of the Republic of Poland and the Military Governments of the US, UK and French Zones of Occupation in Germany, initialled Frankfurt, December 20, 1948.

2. Payments agreement between the Government of the Republic of Poland and the Military Governments of the US, UK and French Zones of Occupation in Germany, initialled Frankfurt, December 20, 1948.

3. Memorandum on trade and commercial relations between Poland and the US/UK Zones of Occupation in Germany, signed Warsaw, October 1947.

POLOGNE

Commerce et paiements

1. Accord de commerce entre le Gouvernement de la République de Pologne et les Gouvernements Militaires des zones d'occupation américaine, britannique et française en Allemagne, paraphé à Francfort, le 20 décembre 1948.

2. Accord de paiements entre le Gouvernement de la République de Pologne et les Gouvernements Militaires des zones d'occupation américaine, britannique et française en Allemagne, paraphé à Francfort, le 20 décembre 1948.

3. Mémorandum relatif aux échanges commerciaux entre la Pologne et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé à Varsovie, en octobre 1947.

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der polnischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Luftpostdienst — nur eingehend.

15. Januar 1947

Posts and Telecommunications

1. Postal agreement between the Allied Control Authority and the postal and telecommunications administration of Poland.

Airmail service — incoming only.

January 15, 1947

Postes et télécommunications

1. Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de la Pologne.

Poste aérienne — arrivée seulement.

15 janvier 1947

PORTUGAL

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Portugal, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

28. September 1948

PORTUGAL

Trade and Payments

1. Agreement between the USA and Portugal providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

September 28, 1948

PORTUGAL

Commerce et paiements

1. Accord entre les Etats-Unis et le Portugal tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

28 septembre 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der portugiesischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

1. März 1949

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Portugal

Telephone service.

March 1, 1949

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Portugal.

Service téléphonique.

1er mars 1949

SÜDRHODESIEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der südrhodesischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

15. November 1949

SOUTHERN RHODESIA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the Allied High Commission and the postal and telecommunications administration of Southern Rhodesia.

Telephone service.

November 15, 1949

RHODESIE DU SUD

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications de la Rhodésie du Sud.

Service téléphonique.

15 novembre 1949

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll eines in London unterzeichneten Handelsabkommens zwischen der britischen Regierung und der Militärregierung der französischen Besatzungszone

19./20. November 1947

2. Vereinbartes Protokoll über die Besprechung zwischen Vertretern der Regierung Seiner Majestät in dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und einer die Militärregierungen der von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebiete Deutschlands vertretenden Delegation. Unterzeichnet am 18. August 1949

3. Abkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland einerseits und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland andererseits über die Regelung des Zahlungsverkehrs. Paraphiert in Frankfurt am 30. Juni 1949.

4. Vereinbartes Abkommen über die Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und einer die von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebiete Deutschlands vertretenden Delegation Unterzeichnet in Frankfurt am 1. April 1949.

5. Vereinbartes Protokoll über Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung Seiner Majestät in dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und einer Delegation der von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Zonen Deutschlands. Unterzeichnet in London am 8. März 1949.

6. Vereinbartes Abkommen über Sitzungen von Vertretern der Regierung des Vereinigten Königreichs und der Joint Export Import Agency. Paraphiert in Höchst am 12. Mai 1948.

UNITED KINGDOM

Trade and Payments

1. Protocol of trade agreement signed in London between the British Government and the Military Government of the French Zone of Occupation.

19/20 November, 1947

2. Agreed Minutes of discussions between representatives of H.M. Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and a Delegation representing the Military Governments of the US/UK and French areas of occupation in Germany, signed August 18, 1949.

3. Agreement between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the US, UK and French Military Governments of Germany for the regulation of payments, initialled Frankfurt, June 30, 1949.

4. Agreed Minutes of discussions between representatives of H.M. Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and a Delegation representing the US, UK and French areas of occupation in Germany, signed Frankfurt, April 1, 1949.

5. Agreed Minutes of discussions between representatives of H.M. Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and a Delegation of the US, UK and French Occupied Zones of Germany, signed London, March 8, 1949.

6. Agreed Minutes of meetings between representatives of the Government of the UK and the Joint Export/Import Agency, initialled Hoechst, May 12, 1948.

ROYAUME-UNI

Commerce et paiements

1. Protocole de l'Accord de commerce signé à L ndres entre le Gouvernement britannique et le Gouvernement Militaire de la zone française d'occupation.

19 et 20 novembre 1947

2 Procès-verbaux agréés des discussions entre représentants du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et une délégation représentant les Gouvernements Militaires des zones d'occupation américaine, britannique et française en Allemagne, signés le 18 août 1949.

3. Accord entre le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, réglementant les paiements, paraphé à Francfort, le 30 juin 1949.

4. Procès-verbal agréé des discussions entre représentants du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et une délégation représentant les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, signé à Francfort, le 1er avril 1949.

5. Procès-verbaux agréés des discussions entre des représentants du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et une délégation des zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, signés à Londres le 8 mars 1949.

6. Procès-verbaux agréés d'une réunion entre représentants du Gouvernement du Royaume-Uni et des représentants de la JEIA, paraphé à Hoechst, le 12 mai 1948.

7. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

6. Juli 1948

7. Agreement between the USA and United Kingdom providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 6, 1948

7. Accord entre les Etats-Unis et le Royaume-Uni tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

6 juillet 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen des Vereinigten Königreichs.

Telegraphendienst.

15. August 1947

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of the United Kingdom.

Telegraph service.

August 15, 1947

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Royaume-Uni.

Service télégraphique.

15 août 1947

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen des Vereinigten Königreichs.

Fernsprechdienst.

27. März 1947

2. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of the United Kingdom.

Telephone service.

March 27, 1947

3. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Großbritannien.

Luftpostdienst — nur eingehend.

15. September 1946

3. Postal agreement between the Allied Control Authority and the postal and telecommunications administration of Great Britain.

Airmail service — incoming only.

September 15, 1946

SAN MARINO

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von San Marino.

Fernsprechdienst.

10. Mai 1949

SAN MARINO

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of San Marino.

Telephone service.

May 10, 1949

SAINT-MARIN

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Saint-Marin.

Service téléphonique.

10 mai 1949

SALVADOR

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Salvador.

Fernsprechdienst.

5. Mai 1949

SALVADOR

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Salvador.

Telephone service.

May 5, 1949

SALVADOR

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications du Salvador.

Service téléphonique.

5 mai 1949

SAARGEBIET

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der saarländischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Der Postdienst wird auf eine internationale Grundlage gestellt.

1. Oktober 1948

THE SAAR

Posts and Telecommunications

1. Postal agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Saar.

Postal service placed on an international basis.

October 1, 1948

SARRE

Postes et télécommunications

1. Accord postal conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la Sarre.

Service postal établi sur une base internationale.

1er octobre 1948

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der saarländischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

1. März 1949

3. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der saarländischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Einrichtung des Dienstes auf internationaler Grundlage.

1. März 1949

SIERRA LEONE

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Sierra Leone.

Fernsprechdienst.

15. November 1949

SCHWEDEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1 Abänderung des Abkommens über den Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands vom 25. Mai 1949. Unterzeichnet in Frankfurt am 26. November 1949.

2. Drittes Zusatzprotokoll zu dem am 19. April 1948 unterzeichneten und später auf die von Frankreich besetzten Gebiete Deutschlands ausgedehnten Protokoll über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Unterzeichnet in Frankfurt am 26. November 1949.

3. Abkommen betreffend Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands. Paraphiert in Frankfurt am 5. Mai 1949.

4. Briefwechsel zwischen dem schwedischen Konsul und dem Generaldirektor der JEIA, wodurch zusätzliche Listen zu dem Zusatzprotokoll vom 14. Januar 1949 aufgestellt werden. Frankfurt, den 29. März 1949.

5. Zusatzprotokoll über den Handelsverkehr zwischen Schweden und der Bizone im Jahre 1949. Unterzeichnet am 14. Januar 1949.

6. Protokoll über die Anwendung des Abkommens über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den vereinigten Besatzungsgebieten der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland auf das von Frankreich besetzte Gebiet. Unterzeichnet in Berlin am 5. Februar 1949.

2. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Saar.

Telephone service.

March 1, 1949

3. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Saar.

Establishment of service on an international basis.

March 1, 1949

SIERRA LEONE

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the Allied High Commission and the postal and telecommunications administration of Sierra Leone.

Telephone service.

November 15, 1949

SWEDEN

Trade and Payments

1. Amendment of the agreement covering payments between Sweden and the US/UK and French occupied areas of Germany dated May 25, 1949, signed Frankfurt, November 26, 1949.

2. Third additional protocol to the protocol covering trade and payments between Sweden and the US/UK occupied areas of Germany, signed April 19, 1948, and later extented to the French occupied areas of Germany, signed Frankfurt, November 26, 1949.

3. Agreement covering payments between Sweden and the US/UK and French occupied areas of Germany, initialled in Frankfurt May 5, 1949.

4. Exchange of letters between the Swedish Consul and the Director General of JEIA establishing supplementary lists to the additional Protocol of January 14, 1949, dated Frankfurt, March 29, 1949.

5. Additional Protocol regarding Swedish bizonal trade during 1949, signed January 14, 1949.

6. Protocol concerning the application to the French occupied area of Germany of the agreement relating to trade and payments between Sweden and the combined US/UK occupied areas of Germany, signed in Berlin, February 5, 1949.

2. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la Sarre.

Service téléphonique.

1er mars 1949

3. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la Sarre.

Etablissement du service sur une base internationale.

1er mars 1949

SIERRA-LEONE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications de Sierra-Leone.

Service téléphonique.

15 novembre 1949

SUEDE

Commerce et paiements

1. Amendement à l'Accord concernant les paiements entre la Suède et les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, en date du 25 mai 1949, signé à Francfort, le 26 novembre 1949.

2. 3ème Protocole additionnel au Protocole concernant le commerce et les paiements entre la Suède et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé le 19 avril 1948, et par la suite étendu à la zone d'occupation française d'Allemagne, signé à Francfort, le 26 novembre 1949.

3. Accord sur les paiements entre la Suède et les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, paraphé à Francfort, le 5 mai 1949.

4. Echange de lettres entre le consul de Suède et le directeur général de la JEIA établissant des listes complémentaires au Protocole additionnel du 14 janvier 1949, daté Francfort, le 29 mars 1949.

5. Protocole additionnel concernant le commerce entre la Suède et la bizone pour l'année 1949, signé le 14 janvier 1949.

6. Protocole concernant l'application à la zone d'occupation française d'Allemagne de l'Accord sur le commerce et les paiements entre la Suède et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Berlin, le 5 février 1949.

7. Sonderprotokoll betreffend den Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Unterzeichnet in Berlin im Dezember 1948.

8. Sonderabkommen zwischen der Königlich Schwedischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland. Unterzeichnet in Frankfurt am 19. August 1948.

9. Protokoll zwischen der schwedischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Paraphiert in Berlin am 19. April 1948.

10. Memorandum betreffend Schiffsverkehr zwischen Schweden und der Bizone. Unterzeichnet in Frankfurt im August 1948.

11. Protokoll betreffend den Handel zwischen der französischen Zone und Schweden. Dieses Protokoll wurde durch ein Finanzabkommen und ein Memorandum über das Anwendungsverfahren ergänzt.

10. Oktober 1947

Vervollständigt durch ein vereinbartes Protokoll der in Paris am 4., 5. und 6. August 1948 abgehaltenen Sitzungen.

12. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der schwedischen Regierung über den Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Zonen Deutschlands. Unterzeichnet am 5. Oktober 1947.

13. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Schweden, wonach die Meistbegünstigungsklausel auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

3. Juli 1948

7. Special Protocol relating to payments between Sweden and the US/UK occupied areas of Germany, signed in Berlin, December 1948.

8. Special agreement between the Royal Swedish Government and the Military Governments for Germany, US/UK signed Frankfurt, August 19, 1948.

9. Protocol between the Swedish Government and the Military Government of Germany, US/UK covering trade and payments between Sweden and the US/UK occupied areas of Germany, initialled in Berlin, April 19, 1948.

10. Memorandum concerning Swedish bizonal shipping, signed in Frankfurt, August 1948.

11. Protocol covering trade between the French Zone and Sweden. This protocol was supplemented by a financial agreement and a memorandum concerning the procedure of implementation.

October 10, 1947

Completed by agreed minutes of meetings held in Paris 4/5/6 August, 1948.

12. Agreement between the Military Governments for Germany, US, UK and the Swedish Government covering payments between Sweden and the US/UK occupied zones of Germany, signed October 5, 1947.

13. Agreement between the USA and Sweden providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 3, 1948

7. Protocole spécial concernant les paiements entre la Suède et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé à Berlin, en décembre 1948.

8. Accord spécial entre le Gouvernement Royal de Suède et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, signé à Francfort, le 19 août 1948.

9. Protocole entre le Gouvernement suédois et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne visant le commerce et les paiements entre la Suède et les zones d'occupation britannique et américaine d'Allemagne, paraphé à Berlin, le 19 avril 1948.

10. Mémorandum concernant la navigation entre la Suède et la bizone, signé à Francfort, en août 1948.

11. Protocole concernant les échanges commerciaux entre la zone française et la Suède. Ce Protocole a été complété par un arrangement financier et un mémorandum concernant la procédure d'application.

10 octobre 1947

Complété par les procès-verbaux agréés d'une réunion tenue à Paris les 4, 5 et 6 août 1948.

12. Accord entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement suédois sur les paiements entre la Suède et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé le 5 octobre 1947.

13. Accord entre les Etats-Unis et la Suède tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

3 juillet 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der schwedischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Telegraphendienst.

März 1947

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der schwedischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

24. April 1947

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Sweden.

Telegraph service.

March 1947

2. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Sweden.

Telephone service.

April 24, 1947

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique et l'Administration des postes et des télécommunications de Suède.

Service téléphonique.

mars 1947

2. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique et l'Administration des postes et des télécommunications de Suède.

Service téléphonique

24 avril 1947

3. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der schwedischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen

Internationaler Fernsprechdienst.

1. Februar 1948

4. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der schwedischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Luftpostdienst — nur eingehend.

20. März 1947

SCHWEIZ

Transport

1. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung und der Schweiz über deutsche Eisenbahnen in der Schweiz vom 9. Dezember 1947, wonach eine vorläufige Regelung für den Betrieb der deutschen Eisenbahnen in der Schweiz getroffen wird.

2. Abkommen über den Austausch von rollendem Material zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der Schweiz andererseits vom 23. Juni 1949.

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Vereinbartes Protokoll über die Handelsbesprechungen zwischen einer Delegation der drei deutschen Westzonen und einer schweizerischen Delegation. Unterzeichnet in Bern am 27. August 1949

2. Vereinbartes Protokoll über die Handelsbesprechungen zwischen der schweizerischen Delegation und Vertretern der vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Frankfurt am 23. August 1948.

3. Memorandum über ein Abkommen betreffend den Handelsverkehr zwischen der Schweiz und den vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Berlin im Juni 1947.

4. Protokoll über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen dem deutschen Grenzgebiet und der Schweiz.

7. Juni 1946

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der schweizerischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprech- und Telegraphendienst.

25. Juni 1947

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der schweizerischen Verwaltung für das Post und Fernmeldewesen.

Internationaler Fernsprechdienst.

1. Februar 1948

3. Telecommunications agreement between the Allied Control Authority and the postal and telecommunications administration of Sweden.

International telephone service.

February 1, 1948

4. Postal agreement between the Allied Control Authority and the postal and telecommunications administration of Sweden.

Airmail service — incoming only.

March 20, 1947

SWITZERLAND

Transport

1. Agreement between the French Military Government and Switzerland on German railways in Switzerland dated December 9, 1947 providing for provisional regulation of the operation of German railways in Switzerland.

2. Rolling stock exchange agreement between the Military Governments for Germany (UK, US and French) and Switzerland dated June 23, 1949.

Trade and Payments

1. Agreed Minutes of trade discussions between a Delegation of the three Western Zones of Germany and a Swiss Delegation, signed in Berne, August 27, 1949.

2. Agreed Minutes of the trade discussions between the Swiss Delegation and representatives of the combined US/UK Zones of Occupation in Germany, signed in Frankfurt, August 23, 1948.

3. Memorandum of agreement on trade and commercial relations between Switzerland and the combined US/UK Zones of Occupation in Germany, signed in Berlin, June 1947.

4. Protocol covering trade and payments between the German frontalier Zone and Switzerland.

June 7, 1946

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration for Switzerland.

Telephone and Telegraph.

June 25, 1947

2. Telecommunications agreement between the Allied Control Authority and the postal and telecommunications administration of Switzerland.

International telephone service.

February 1, 1948

3. Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorite Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de Suède.

Service téléphonique international.

1er février 1948

4. Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de Suède.

Poste aérienne — arrivée seulement.

20 mars 1947

SUISSE

Transports

1. Accord du 9 décembre 1947 entre le Gouvernement Militaire français et la Suisse sur les chemins de fer allemands en Suisse tendant au règlement provisoire de l'exploitation des chemins de fer allemands en Suisse.

2. Accord sur l'échange de matériel roulant conclu entre les Gouvernements Militaires britannique, américain et français en Allemagne et la Suisse, le 23 juin 1949.

Commerce et paiements

1. Procès-verbaux agréés des discussions commerciales entre une délégation représentant les trois zones occidentales d'Allemagne et une délégation suisse, signés à Berne, le 27 août 1949.

2. Procès-verbaux agréés des discussions commerciales entre la délégation suisse et les représentants de la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signés à Francfort, le 23 août 1948.

3. Mémorandum de l'Accord sur les échanges commerciaux entre la Suisse et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Berlin, en juin 1947.

4. Protocole visant le commerce et les paiements entre la zone frontalière allemande et la Suisse.

7 juin 1946

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique et l'Administration des postes et des télécommunications de la Suisse.

Téléphone et télégraphe.

25 juin 1947

2. Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de la Suisse.

Service téléphonique international.

1er février 1948

3. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der schweizerischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Luftpostdienst — nur eingehend.

5. März 1947

Arbeitskräfte

1. Abkommen über die Beschäftigung deutscher Hausgehilfinnen in der Schweiz.

11. Juli 1946

SURINAM

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Surinam.

Fernsprechdienst.

25. Juni 1949

TANGER

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Tanger.

Fernsprechdienst.

5. Juni 1949

TSCHECHOSLOWAKEI

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Memorandum über Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und den Vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Berlin am 31. Januar 1947.

2. Memorandum über Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und den Vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in Deutschland. Unterzeichnet in Prag im Juli 1947.

3. Zahlungsabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik vom 5. September 1947

4. Zusatzhandelsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Republik und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) vom 3. Dezember 1948. Paraphiert am 19. Februar 1949. Hierdurch wurde das Abkommen, den Handel mit der französischen Zone einzuschließen, aufgehoben.

5. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen einer Gemischten Kommission, die vom 29 September bis zum 22. Dezember 1950 gemäß Artikeln 5 und 7 des Abkommens zwischen der Tschechoslowakischen Re-

3. Postal agreement between the Allied Control Authority and the postal and telecommunications administration of Switzerland.

Airmail service — incoming only.

March 5, 1947

Labour

1. Agreement concerning the introduction in Switzerland of German maids.

July 11, 1946

SURINAM

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Surinam.

Telephone service.

June 25, 1949

TANGIERS

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Tangiers

Telephone service.

June 5, 1949

CZECHOSLOVAKIA

Trade and Payments

1. Memorandum on Trade and Commercial Relations between Czechoslovakia and the combined US/UK Zones of Occupation in Germany, signed in Berlin, January 31, 1947.

2. Memorandum on Trade and Commercial Relations between Czechoslovakia and the combined US and British Zones of Occupation in Germany, signed in Prague, July 1947.

3 Payments agreement between Military Governments for Germany, US/UK and the Government of the Republic of Czechoslovakia, dated September 5, 1947.

4. Additional Trade Protocol to the agreement between the Government of the Republic of Czechoslovakia and Military Governments for Germany (US/UK), dated December 3, 1948, initialled February 19, 1949, which act ended the agreement to include trade with the French Zone.

5. Agreed Minutes of the discussion of a Mixed Commission held from September 29 to December 22, 1950, in accordance with Articles 5 and 7 of the Agreement between the Czechoslovakian Republic and the Military

3. Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de la Suisse.

Poste aérienne — arrivée seulement.

5 mars 1947

Main-d'œuvre

1. Accord sur l'introduction de bonnes allemandes en Suisse.

11 juillet 1946

SURINAM

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Surinam.

Service téléphonique.

25 juin 1949

TANGER

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américan, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Tanger.

Service téléphonique.

5 juin 1949

TCHECOSLOVAQUIE

Commerce et paiements

1. Mémorandum sur les échanges commerciaux entre la Tchécoslovaquie et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Berlin, le 31 janvier 1947.

2. Mémorandum sur les échanges commerciaux entre la Tchécoslovaquie et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Prague, en juillet 1947.

3. Accord de paiements conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement de la République de Tchécoslovaquie, en date au 5 septembre 1947.

4. Protocole de commerce additionnel à l'Accord entre le Gouvernement de la République de Tchécoslovaquie et les Gouvernements Militaires américain et britannique d'Allemagne, en date du 3 décembre 1948, paraphé le 19 février 1949, mettant fin à l'Accord tendant à inclure le commerce avec la zone française.

5. Procès-verbaux agréés des discussions d'une Commission mixte ayant eu lieu du 29 septembre au 22 décembre 1950, conformément aux articles 5 et 7 de l'Accord entre la République tchécoslovaque et les Gouvernements

publik und den Militärregierungen für Deutschland vom 3. Dezember 1948 in der revidierten Fassung vom 21. Oktober 1949. Paraphiert am 21. Dezember 1950, jedoch am 17. Juli 1951 noch nicht unterzeichnet.

6. Protokoll über Zahlungen zur Erweiterung und Abänderung des Zahlungsabkommens vom 5 September 1947 zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich) und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik vom 29. Juni 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der tschechoslowakischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprech- und Telegraphendienst.

26. April 1947

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der tschechoslowakischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Internationaler Fernsprechdienst.

1. Februar 1948

3. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der tschechoslowakischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Luftpostdienst — nur eingehende Post.

15. Dezember 1947

Governments for Germany, dated December 3, 1948, as revised on October 21, 1949 Initialled December 21, 1950 but not yet signed as on July 17, 1951.

6. Protocol on Payments to extend and amend the Payments agreement, dated September 5, 1947, between the Military Governments for Germany (US/UK) and the Government of the Republic of Czechoslovakia, dated June 29, 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Czechoslovakia.

Telephone and telegraph.

April 26, 1947

2. Telecommunications agreement between the Allied Control Authority and Postal and Telecommunications Administration of Czechoslovakia.

International telephone service.

February 1, 1948

3. Postal agreement between the Allied Control Authority and the postal and telecommunications administration of Czechoslovakia.

Airmail service — incoming only.

December 15, 1947

Militaires en Allemagne, en date du 3 décembre 1948, revisé le 21 octobre 1949. Paraphés le 21 décembre 1950, mais non encore signés à la date du 17 juillet 1951.

6. Protocole sur les paiements, prorogeant et amendant l'Accord de paiements du 5 septembre 1947 entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement de la République de Tchécoslovaquie, du 29 juin 1949.

TRINIDAD

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Trinidad.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

TRINIDAD

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Trinidad.

Telephone service.

April 15, 1949

LA TRINITE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la Trinité.

Service téléphonique.

15 avril 1949

TUNESIEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der tunesischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

5. Juni 1949

TUNISIA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Tunisia.

Telephone service.

June 5, 1949

TUNISIE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la Tunisie.

Service téléphonique.

5 juin 1949

TÜRKEI

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen zwischen Vertretern der Türkischen Republik und einer die Militärgouverneure der von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten deutschen Gebiete vertretenden Delegation. Unterzeichnet am 10. August 1949.

TURKEY

Trade and Payments

1. Agreed Minutes of discussions between representatives of the Republic of Turkey and a Delegation representing the Military Governors of the US/UK and French areas of occupation in Germany, signed August 10, 1949.

TURQUIE

Commerce et paiements

1. Procès-verbaux agréés des discussions entre des représentants de la République de Turquie et une délégation représentant les Gouvernements Militaires des zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, signés le 10 août 1949.

2. Handelsabkommen zwischen der Türkei und der französischen Zone Deutschlands. Dieses Abkommen wurde ergänzt durch ein Zahlungsabkommen und ein Memorandum über das Durchführungsverfahren.
19. April 1948

3. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.
4. Juli 1948

4. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Türkischen Republik und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 16. Dezember 1948.

5. Handelsabkommen zwischen der Regierung der Türkischen Republik und den Militärgouverneuren der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 16. Dezember 1948.

URUGUAY

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen der Regierung der Republica Oriental von Uruguay und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland über den Handelsverkehr zwischen Uruguay und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Paraphiert in Frankfurt am 7. Oktober 1948.

2. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Republik Uruguay und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 7. Oktober 1948.

JUGOSLAWIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll zum Zahlungsabkommen vom 28. April 1948. Paraphiert in Frankfurt am 19. August 1949.

2. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen zwischen Vertretern der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und einer die Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs vertretenden Delegation. Unterzeichnet in Frankfurt am 19. August 1949.

3. Handelsabkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland vom 5. März 1949.

4. Protokoll über Zahlungsabkommen in Erweiterung und Abänderung des als Anhang „F" dem Protokoll vom 28. April 1948 beigefügten Zahlungsabkommens betreffend Zahlungen im Handelsverkehr zwischen Jugoslawien und den von den Vereinigten

2. Trade agreement between Turkey and French Zone of Germany. This agreement was supplemented by an agreement on payments and a memorandum concerning the procedure of implementation.
April 19, 1948

3. Agreement between USA and Turkey providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.
July 4, 1948

4. Payments agreement between the Government of the Republic of Turkey and the US, UK and French Military Governments of Germany, initialled in Frankfurt, December 16, 1948.

5. Trade agreement between the Government of the Republic of Turkey and the US, UK and French Military Governors of Germany, initialled in Frankfurt on December 16, 1948.

URUGUAY

Trade and Payments

1. Agreement between the Government of the Republic Oriental of Uruguay and the Military Governments for Germany, US, UK, covering trade between Uruguay and the US/UK occupied areas of Germany, initialled Frankfurt, October 7, 1948.

2. Payments agreement between the Government of the Republic of Uruguay and the Military Governments for Germany, US/UK, initialled Frankfurt, October 7, 1948.

YUGOSLAVIA

Trade and Payments

1. Protocol to the payments agreement dated April 28, 1948, initialled Frankfurt, August 19, 1949.

2. Agreed Minutes of discussions between representatives of the People's Federal Republic of Yugoslavia and a Delegation representing the Military Governments of Germany, US, UK and French, signed Frankfurt, August 19, 1949.

3. Trade agreement between the People's Federal Republic of Yugoslavia and the Military Governments for Germany, US, UK and French, Frankfurt, March 5, 1949.

4. Protocol on payments agreement extending and amending the payments agreement covering payment for trade between Yugoslavia and the US/UK occupied areas of Germany, attached as Annex "F" to the Protocol dated April 28, 1948, concluded by the

2. Accord de commerce entre la Turquie et la zone française d'Allemagne. Cet accord a été complété par un accord de paiements et un mémorandum concernant la procédure d'application.
19 avril 1948

3. Accord entre les Etats-Unis et la Turquie tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.
4 juillet 1948

4. Accord de paiements entre le Gouvernement de la République de Turquie et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 16 décembre 1948.

5. Accord de commerce entre le Gouvernement de la République de Turquie et les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 16 décembre 1948.

URUGUAY

Commerce et paiements

1. Accord entre le Gouvernement de la République Orientale d'Uruguay et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, concernant le commerce entre l'Uruguay et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne. Paraphé à Francfort, le 7 octobre 1948.

2. Accord de paiements entre le Gouvernement de la République Orientale d'Uruguay et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, paraphé à Francfort, le 7 octobre 1948.

YOUGOSLAVIE

Commerce et paiements

1. Protocole à l'Accord de paiements du 28 avril 1948, paraphé à Francfort, le 19 août 1949.

2. Procès-verbaux des discussions entre représentants de la République Fédérale populaire de Yougoslavie et une délégation représentant les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, signés à Francfort, le 19 août 1949.

3. Accord de commerce entre la République Fédérale populaire de Yougoslavie et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, Francfort, le 5 mars 1949.

4. Protocole à l Accord de paiements en vue d'étendre et d'amender l'Accord de paiements sur les paiements commerciaux entre la Yougoslavie et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, joint en annexe «F» au Protocole du 28 avril

Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Abgeschlossen durch die Regierung der Volksrepublik Jugoslawien und die Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland Paraphiert in Frankfurt am 5. März 1949.

5. Protokoll zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien vom 28. April 1948

6 Protokoll zwischen der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland betreffend den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands Unterzeichnet in Belgrad im August 1947.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der jugoslawischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen andererseits.

Fernsprechdienst.

15. März 1949

Government of the People's Republic of Yugoslavia and the Military Governments for Germany, US/UK, initialled Frankfurt, March 5, 1949.

5. Protocol between the Military Governments for Germany, US/UK, and the Government of the People's Federal Republic of Yugoslavia, dated April 28, 1948.

6. Protocol between the Government of the People's Federal Republic of Yugoslavia and the Military Governments of Germany US/UK, covering trade and payments between the People's Federal Republic of Yugoslavia and the US/UK occupied areas of Germany, signed in Belgrade, August 1947.

Posts and Telecommunications

1 Telecommunications agreement between the US and UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Yugoslavia.

Telephone service.

March 15, 1949

1948, conclu entre le Gouvernement de la République Fédérale populaire de Yougoslavie et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, paraphé à Francfort, le 5 mars 1949.

5. Protocole entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement de la République Fédérale populaire de Yougoslavie, en date du 28 avril 1948.

6. Protocole entre le Gouvernement de la République Fédérale populaire de Yougoslavie et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, concernant le commerce et les paiements entre la République Fédérale populaire de Yougoslavie et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé à Belgrade, en août 1947.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français et l'Administration des postes et des télécommunications de la Yougoslavie.

Service téléphonique.

15 mars 1949

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

IRO und Verschleppte Personen

1. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung und der UNRRA vom 18 Februar 1946 Verteilung des Aufgabengebiets und der Verantwortlichkeit zwischen dem Generaldirektor der UNRRA und der französischen Militärregierung in der französischen Zone Deutschlands.

2. Abkommen zwischen der IRO und dem Britischen Element des Kontrollrats für Deutschland Festlegung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten der IRO und des Elements des Vereinigten Königreichs im Kontrollrat betreffend Verschleppte Personen und nichtdeutsche Flüchtlinge in Deutschland.

28. Juni 1947

Wohlfahrt

1. CARE (Cooperative for American Remittance for Europe Incorporated) —. Abkommen zwischen CARE und der Militärregierung der Vereinigten Staaten über Liebesgabensendungen und Wohlfahrtslieferungen.

5. Juni 1946

INTERNATIONAL ORGANIZATIONS

IRO and DPs

1. Agreement between French Military Government and UNRRA, February 18, 1946 Relative functions and responsibilities of the Director General of UNRRA and the French Military Government in the French Zone of Germany.

2. Agreement between IRO and the British Element of the Control Commission for Germany. Definition of the relative functions and responsibilities of IRO and the UK element of CCG in respect of DPs and non-German refugees in Germany.

June 28, 1947

Welfare

1. CARE (Cooperative for American Remittance for Europe Incorporated) —. Agreement between CARE and US Military Government concerning gift shipments and welfare supplies.

June 5, 1946

ORGANISATIONS INTERNATIONALES

O.I.R. et Personnes Déplacées

1. Accord entre le Gouvernement Militaire français et l'UNRRA, du 18 février 1946, relatif aux fonctions et responsabilités du directeur général de l'UNRRA et du Gouvernement Militaire français de la zone française d'Allemagne.

2. Accord entre l'O. I. R. et l'Elément britannique de la Commission de Contrôle en Allemagne Définition des fonctions et responsabilités incombant à l'O. I. R. et l'Elément britannique de la Commission de Contrôle en Allemagne concernant les personnes déplacées et les réfugiés non allemands en Allemagne.

28 juin 1947

Accords en matière d'assistance

1. CARE —.

Accord conclu entre CARE et le Gouvernement Militaire américain relatif aux expéditions de colis-cadeaux et de fournitures à titre d'assistance.

5 juin 1946

2. CRALOG (Council of Relief Agencies Licensed for Occupation in Germany) —.

Abkommen zwischen CRALOG und der Militärregierung der Vereinigten Staaten über Liebesgabensendungen und Wohlfahrtslieferungen.

16. Mai 1947

3. Abkommen zwischen dem Centre d'Entr'Aide International und der Militärregierung der Vereinigten Staaten über Liebesgabensendungen und Wohlfahrtslieferungen.

1947

2. CRALOG (Council of Relief Agencies Licensed for Occupation in Germany) —.

Agreement between CRALOG and US Military Government concerning gift shipments and welfare supplies.

Mai 16, 1947

3. Agreement between Centre d'Entr'Aide International and US Military Government concerning gift shipments and welfare supplies.

1947

2. CRALOG (Conseil des organismes de secours autorisés à exercer leur activité en Allemagne) —

Accord conclu entre CRALOG et le Gouvernement Militaire américain relatif aux expéditions de colis-cadeaux et de fournitures à titre d'assistance.

16 mai 1947

3. Accord conclu entre le Centre d'Entr'aide International et le Gouvernement Militaire américain relatif aux expéditions de colis-cadeaux et de fournitures à titre d'assistance.

1947

MEHRSEITIGE VERTRÄGE

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen in allen Staaten der Welt.

Erweiterung des Durchgangs-Paketpostverkehrs durch Deutschland.

(Erweiterung des Viermächte-Beschlusses, wonach dieser Dienst eingeschränkt wurde.)

20. Oktober 1948

2. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Abkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Telegraphendienst.

1. Dezember 1947

3. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Durchgangspost durch Deutschland.

1. Januar 1947

4. Staaten im europäischen Bereich.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten im europäischen Bereich.

Durchgangspaketpost durch Deutschland.

1. Oktober 1947

5. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Postlagernde Sendungen.

1. August 1947

MULTILATERAL

Posts and Telecommunications

1. Postal agreements between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administrations of all countries of the world.

Extension of transit parcel post service through Germany.

(Extension of quadripartite decision which limited this service.)

October 20, 1948

2. All countries except Spain and Japan.

Telecommunications agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Telegraph service.

December 1, 1947

3. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Transit mail through Germany.

January 1, 1947

4. Countries in the European Regime.

Postal agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of countries in the European Regime.

Transit parcel post through Germany.

October 1, 1947

5. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Poste restante.

August 1, 1947

ACCORDS MULTILATERAUX

Postes et télécommunications

1. Accord postal conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays du monde.

Extension du service des colis postaux en transit à travers l'Allemagne.

(Extension de la décision quadripartite limitant ce service.)

20 octobre 1948

2. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Service télégraphique.

1er décembre 1947

3. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Courrier en transit à travers l'Allemagne.

1er janvier 1947

4. Pays européens.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications des pays en Europe.

Colis postaux en transit à travers l'Allemagne.

1er octobre 1947

5. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Poste restante.

1er août 1947

6. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Eingeschriebene Sendungen.

1. Januar 1948

7. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Internationale Antwortscheine. (Nur in Richtung nach Deutschland.)

21. Juni 1946

8. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Postkarten mit bezahlter Antwortkarte. (Nur in Richtung nach Deutschland.)

15. Februar 1948

9. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Liebesgaben-Paketpostdienst.

15. Januar 1947

10. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Päckchen — bis zu 2 Kilogramm.

1. Januar 1948

11. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Sendungen in Blindenschrift.

15. Mai 1947

12. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Geschäftspapiere und Mustersendungen.

15. September 1947

6. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Registered mail.

January 1, 1948

7. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

International reply coupons. (Incoming to Germany only.)

June 21, 1946

8. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Reply paid postcards. (Incoming to Germany only.)

February 15, 1948

9. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Gift parcel post service.

January 15, 1947

10. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Small packets — up to 2 kilograms.

January 1, 1948

11. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Braille matter.

May 15, 1947

12. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

September 15, 1947

6. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Courrier recommandé.

1er janvier 1948

7. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Coupons-réponse internationaux arrivant en Allemagne seulement.

21 juin 1946

8. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Cartes postales avec réponse payée arrivant en Allemagne seulement.

15 février 1948

9. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Service postal pour les colis-cadeaux.

15 janvier 1947

10. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Petits colis jusqu'à 2 kilogrammes.

1er janvier 1948

11. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Courrier en «Braille».

15 mai 1947

12. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Documents commerciaux et échantillons.

15 septembre 1947

13. Alle Staaten außer Spanien und Japan

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Bebilderte Briefumschläge

1. September 1947

13. All countries except Spain and Japan

Postal agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Illustrated envelopes.

September 1, 1947

13 Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon

Enveloppes illustrées.

1er septembre 1947

14 Alle Staaten außer Spanien und Japan

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan

Ansichtskarten.

15. Juni 1947

14. All countries except Spain and Japan

Postal agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Illustrated postcards.

June 15. 1947

14. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Cartes postales illustrées.

15 juin 1947

15. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan

Briefe und Karten.

1. April 1946

15. All countries except Spain and Japan

Postal agreements between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Letters and cards.

April 1, 1946

15. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Lettres et cartes.

1er avril 1946

16. Alle Europäischen Staaten außer Spanien.

Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen des Post- und Fernmeldewesens aller europäischen Staaten außer Spanien.

Durchgangs-Fernmeldedienst.

16. Dezember 1946

16. All European countries except Spain.

Telecommunication agreement between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all European countries except Spain

Transit telecommunications service.

December 16, 1946

16. Tous les pays européens sauf l'Espagne.

Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays européens sauf l'Espagne.

Service de télécommunications en transit.

16 décembre 1946

Radio-Frequenzen

1. Konferenz über den Funk-Schifffahrtsverkehr auf dem Rhein, Den Haag 1949.

16. April 1949

(Die Militärgouverneure der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs erklärten sich mit den für den Funkdienst auf dem Rhein eingerichteten Verfahren einverstanden.)

2. Konferenz über die Radio-Verwaltung in der Region I, Genf 1949. Zuteilung von Frequenzen für mobile Dienste in Europa.

(Der Bedarf der Besatzungstruppen und der deutsche Bedarf an niedrigen und mittleren Frequenzbereichen wurden angemeldet und genehmigt.)

3. Vorläufige Frequenzen-Behörde und Internationale Stelle für die Registrierung von Frequenzen, Genf, 1948—50. Aufstellung einer neuen internationalen Frequenzen-Liste.

(Der Bedarf Deutschlands und der Besatzungstruppen wurde auf Drei-Mächte-Basis angegeben Die neue internationale Frequenzenliste wurde bisher noch nicht veröffentlicht.)

Radio Frequencies

1. Conference on Rhine River Radio Navigation, The Hague 1949

April 16, 1949

(Agreement was given by the US, UK and French Military Governors to procedures established for Rhine River Radio Communications.)

2. Regional I Admin. Radio Conference, Geneva 1949. Allocation of frequencies for mobile services in Europe.

(Requirements for occupying forces and German requirements in low and medium frequency bands were submitted and agreed.)

3. Provisional Frequency Board and International Frequency Registration Board, Geneva, 1948—50 Production of a new International Frequency List.

(German and occupational force requirements were presented on a tripartite basis. New International Frequency List has not yet been published.)

Fréquences radio

1 Conférence sur les transmissions radio pour la navigation sur le Rhin, La Haye 1949.

16 avril 1949

(Accord donné par les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français sur les procédures instituées en ce qui concerne les transmissions radio sur le Rhin.)

2. Conférence sur l'administration de la radio dans la region I, Genève 1949. Allocation de fréquences pour les services mobiles en Europe.

(Les besoins des Forces d'occupation et les besoins allemands en matière de basses et de moyennes fréquences ont été soumis et approuvés.)

3. Bureau provisoire des fréquences et bureau international d'immatriculation des fréquences, Genève, 1948—50. Publication d'une nouvelle liste internationale de fréquences.

(Les besoins allemands et les besoins des Forces d'occupation ont été présentés sur une base tripartite. La nouvelle liste internationale de fréquences n'a pas encore été publiée.)

10c

Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der Hohen Kommissare vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des Schreibens 10a und einen Vorbehalt hinsichtlich der Verträge, die sich auf die Saar beziehen.

Letters from the Federal Chancellor to each of the three High Commissioners confirming letter No. 10a and expressing a reservation as to the treaties referring to the Saar.

Lettres en date du 26 mai 1952 adressées par le Chancelier Fédéral à chacun des Hauts Commissaires accusant réception de la lettre 10a avec une réserve quant aux traités concernant la Sarre.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Mai 1952

Seiner Exzellenz *)
dem Hohen Kommissar der
Vereinigten Staaten von Amerika
Herrn John J. McCloy
Mehlem

Herr Hoher Kommissar,

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 26. Mai 1952 beehre ich mich zu bestätigen, daß Ihr Schreiben und die beigefügte Liste die in Absatz 2 des Artikels 2 des Ersten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen genannte Mitteilung darstellen.

Im Verlauf der Verhandlungen haben meine Vertreter erklärt, daß die Einbeziehung von Verträgen und internationale Abkommen in diese Liste, die sich auf die Saar beziehen, sowie die sich daraus ergebende Übernahme gewisser Verpflichtungen durch die Bundesrepublik hinsichtlich dieser sich auf die Saar beziehenden Verträge und internationalen Abkommen in keiner Weise eine Anerkennung des gegenwärtigen Status an der Saar durch die Bundesrepublik enthält. Ich wiederhole diese Erklärung und wäre Ihnen verbunden, wenn Sie bestätigen würden, daß die Einbeziehung gewisser sich auf die Saar beziehender Verträge und Abkommen in diese Liste in keiner Weise eine Anerkennung des gegenwärtigen Status an der Saar durch die Bundesrepublik darstellt.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

(Translation)

Bonn, 26 May 1952

His Excellency,
The United States High Commissioner
for Germany, Mr. John J. McCloy,
Mehlem

Mr. High Commissioner,

I have the honor, in reply to your letter of 26 May 1952, to confirm that your letter, and the list enclosed with it, constitute the communication referred to in paragraph 2 of Article 2 of Chapter One of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation.

In the course of the negotiations, my representatives have declared that the inclusion in this list of treaties and international agreements referring to the Saar, and the consequent assumption of certain undertakings by the Federal Republic with regard to these treaties and international agreements referring to the Saar, does not imply any recognition by the Federal Republic of the present status of the Saar. I repeat this declaration and would be grateful if you would confirm that the inclusion in the list of certain treaties and agreements referring to the Saar does not constitute any recognition by the Federal Republic of the present status of the Saar.

I avail myself of this opportunity to renew to you, Mr. High Commissioner, the assurance of my highest consideration.

Adenauer

(Traduction)

Bonn, le 26 mai 1952

Son Excellence
Monsieur l'Ambassadeur
François-Poncet
Haut Commissaire
de la République Française
en Allemagne

Monsieur le Haut Commissaire,

J'ai l'honneur, en réponse à votre lettre du 26 mai 1952, de vous confirmer que votre lettre et la liste y annexée constituent la communication visée au paragraphe 2 de l'Article 2 du Chapitre Premier de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation.

Au cours de la négociation, mes représentants ont déclaré que la présence, dans cette liste, de traités et d'accords internationaux se référant à la Sarre et la prise en charge de certains engagements par la République Fédérale qui en résulte en ce qui concerne les traités et accords internationaux relatifs à la Sarre, n'impliquent, de la part de la République Fédérale, aucune reconnaissance du statut actuel de la Sarre. Je tiens à réitérer cette déclaration et je vous serais reconnaissant de bien vouloir me confirmer que la présence, dans la liste, de certains traités et accords concernant la Sarre ne constitue aucune reconnaissance de la part de la République Fédérale du statut actuel de la Sarre.

Je saisis cette occasion pour vous renouveler, Monsieur le Haut Commissaire, l'assurance de ma plus haute considération.

Adenauer

*) *Gleichlautende Schreiben sind an die Hohen Kommissare des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik gerichtet worden.*

Identical letters were addressed to the High Commissioners of the United Kingdom and the French Republic.

Des lettres analogues ont été adressées par le Chancelier Fédéral aux Hauts Commissaires du Royaume-Uni et de la République Française.

10 d

Schreiben der drei Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des in dem Schreiben 10 c enthaltenen Saar-Vorbehalts.

Letter from the three High Commissioners to the Federal Chancellor replying to letter No. 10 c concerning a reservation as to the status of the Saar.

Lettre en date du 26 mai 1952 adressée par les trois Hauts Commissaires au Chancelier Fédéral au sujet de la réserve sur la Sarre figurant dans la lettre 10 c.

(Übersetzung)

26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 26. Mai 1952 beehren wir uns zu bestätigen, daß die Regierungen der Drei Mächte zustimmen, daß die Einbeziehung bestimmter, sich auf die Saar beziehender Verträge und Abkommen in die unserem Schreiben vom 26. Mai 1952 beigefügte Liste in keiner Weise eine Anerkennung des gegenwärtigen Status an der Saar durch die Bundesrepublik darstellt.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

John J. McCloy

Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland

Ivone Kirkpatrick

Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs für Deutschland

Für die Regierung der Republik Frankreich

André François-Poncet

Hoher Kommissar der Republik Frankreich in Deutschland

26 May 1952

His Excellency,
The Chancellor
of the Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

We have the honour, in reply to your letter of 26 May 1952, to confirm that the Governments of the Three Powers agree that the inclusion in the list of certain treaties and agreements enclosed with our letter of 26 May 1952, referring to the Saar, does not constitute any recognition by the Federal Republic of the present status of the Saar.

For the Government
of the United States of America

John J. McCloy

U.S. High Commissioner for Germany

For the Government
of the United Kingdom
of Great Britain and Northern Ireland

Ivone Kirkpatrick

U.K. High Commissioner for Germany

For the Government
of the Republic of France

André François-Poncet

French High Commissioner for Germany

26 mai 1952

Son Excellence
Le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Nous avons l'honneur, en réponse à votre lettre du 26 mai 1952, de vous confirmer que les Gouvernements des Trois Puissances acceptent que la présence dans la liste de certains traités et accords jointe à notre lettre du 26 mai 1952 et concernant la Sarre ne constitue aucune reconnaissance par la République Fédérale du statut actuel de la Sarre.

Pour le Gouvernement
de la République Française

André François-Poncet

Haut Commissaire
de la République Française
en Allemagne

Pour le Gouvernement
des Etats-Unis d'Amérique

John J. McCloy

Haut Commissaire Américain
en Allemagne

Pour le Gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord

Ivone Kirkpatrick

Haut Commissaire Britannique
en Allemagne

11

Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der Hohen Kommissare vom 26. Mai 1952 betreffend Funkdienste (in der Fassung des Briefes X vom 23. Oktober 1954).

Letters from the Federal Chancellor to each of the three High Commissioners relating to radio frequencies (as amended by letter No. X of 23 October 1954).

Lettres en date du 26 mai 1952 adressées par le Chancelier Fédéral à chacun des Hauts Commissaires au sujet des fréquences radio (telles qu'amendées par la lettre X du 23 octobre 1954).

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Mai 1952

Seiner Exzellenz *)

dem Hohen Kommissar der
Vereinigten Staaten von Amerika
Herrn John J. McCloy

Herr Hoher Kommissar,

Im Namen der Bundesregierung erkläre ich, daß diese nach dem Inkrafttreten des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten die Bestimmungen des Artikels 44 des Internationalen Fernmeldevertrages von Atlantic City vom 2. Oktober 1947 oder die an dessen Stelle tretenden Bestimmungen hinsichtlich der Funkverbindungen oder Funkdienste der Drei Mächte, der anerkannten Privatunternehmen und anderen ordnungsmäßig errichteten Unternehmen im Gebiet der Drei Mächte anwenden wird, die auf Wellenlängen betrieben werden, welche durch das Abkommen von Kopenhagen (1948) zugeteilt worden sind.

Obwohl die Bundesregierung sich durch das Abkommen von Kopenhagen nicht gebunden fühlt, erkennt sie demgemäß an, daß keine schädlichen Störungen für die Funkverbindungen oder Funkdienste durch Funkstellen im Bundesgebiet verursacht werden dürfen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Regierung von dem Inhalt dieses Schreibens unterrichten würden.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

(Translation)

Bonn, 26 May 1952

His Excellency,

The United States High Commissioner
for Germany,
Mr. John J. McCloy

Mr. High Commissioner,

On behalf of the Federal Government, I declare that, after the entry into force of the Convention on the Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, it will apply the provisions of Article 44 of the International Telecommunications Convention signed at Atlantic City on 2 October 1947 or such provisions as may replace them, in respect of the radio services or communication facilities of the Three Powers, the recognized private enterprises and other duly authorized enterprises within the territories of the Three Powers wich are operated on frequencies allotted under the Agreement of Copenhagen (1948).

Although the Federal Government does not feel bound by the Agreement of Copenhagen, it accordingly recognizes that no harmful interference with these radio services or communications may be caused by radio stations in the Federal territory.

I shall be grateful if you will inform your Government of the contents of this letter.

I avail myself of this opportunity to renew to you, Mr. High Commissioner, the assurance of my highest consideration.

Adenauer

(Traduction)

Bonn, le 26 mai 1952

Son Excellence

Monsieur l'Ambassadeur
François-Poncet
Haut Commissaire
de la République Française
en Allemagne

Monsieur le Haut Commissaire,

Je déclare, au nom du Gouvernement Fédéral, qu'après l'entrée en vigueur de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, il appliquera les dispositions de l'Article 44 de la Convention internationale des Télécommunications, signée à Atlantic-City le 2 octobre 1947 ou des dispositions qui pourraient les remplacer, en ce qui concerne les communications et services radioélectriques des Trois Puissances, aux exploitations privées reconnues et autres exploitations dûment autorisées sur le territoire des Trois Puissances, qui fonctionnent conformément aux attributions de fréquences de la Convention de Copenhague (1948).

En conséquence, et bien qu'il ne se considère pas lié par l'Accord de Copenhague, le Gouvernement Fédéral reconnaît qu'aucun brouillage nuisible ne doit être causé à ces communications ou services radio-électriques par des exploitations radioélectriques fonctionnant sur le territoire de la République Fédérale.

J'attacherais du prix à ce que vous portiez le contenu de cette lettre à la connaissance de votre Gouvernement.

Je saisis cette occasion, Monsieur le Haut Commissaire, pour vous renouveler l'assurance de ma plus haute considération.

Adenauer

*) *Gleichlautende Schreiben sind an die Hohen Kommissare des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik gerichtet worden.*

Identical letters were addressed to the High Commissioners of the United Kingdom and the French Republic.

Des lettres analogues ont été adressées par le Chancelier Fédéral aux Hauts Commissaires du Royaume-Uni et de la République Française.

12a

Schreiben des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 25. Mai 1952 betreffend Gewerbefreiheit.

Letter from the Federal Chancellor to the Chairman of the Council of the Allied High Commission relating to the freedom to engage in trade and professions.

Lettre en date du 25 mai 1952 adressée par le Chancelier Fédéral au Président du Conseil de la Haute Commission Alliée au sujet du libre exercice des professions.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 25. Mai 1952

An
den Vorsitzenden des Rates
der Alliierten Hohen Kommission
Seiner Exzellenz
Herrn John McCloy

Herr Hoher Kommissar,

Um die seit langer Zeit zwischen der deutschen und der alliierten Seite geführten Erörterungen über die Frage der Gewerbefreiheit zu einem für beide Seiten befriedigenden Abschluß zu bringen, habe ich mich am 11. März 1952 bereit erklärt, Ihnen eine briefliche Erklärung zu dieser Frage zu übermitteln. Bei den genannten Erörterungen sind die Vertreter der Drei Mächte und der Bundesregierung zu der übereinstimmenden Auffassung gelangt, daß für Fragen der Gewerbefreiheit nur das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland maßgebend ist, über dessen Auslegung allein das Bundesverfassungsgericht bindend zu entscheiden hat. Aus diesem Grunde begrüße ich es, daß die Drei Mächte von ihrem ursprünglichen Wunsche, Bestimmungen über die Gewerbefreiheit in das Vertragswerk aufzunehmen, Abstand genommen haben. Ich verkenne jedoch nicht, daß eine baldige Klärung der sich aus dem Grundgesetz ergebenden Auslegungsfragen insbesondere mit Rücksicht auf die künftige Gesetzgebung, wünschenswert ist. Die Bundesregierung wird daher, sofern die zur Zeit bei dem Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren keine Möglichkeit zu einer ausreichenden Klärung der Fragen geben sollten, eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts herbeiführen, sobald sich Veranlassung bietet, einen Antrag nach § 76 Nr. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht zu stellen.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

(Translation)

Bonn, 25 May 1952

The Chairman of the
Council of the Allied High Commission
for Germany,
His Excellency,
Mr. John J. McCloy

Mr. High Commissioner,

In order to bring the discussions on the question of «Gewerbefreiheit», which have been going on for a long time between the German and Allied representatives to a conclusion satisfactory to both parties, I offered, on 11 March 1952, to transmit to you a declaration on this point, in the form of a letter. On the occasion of the discussions referred to, both the representatives of the Three Powers and of the Federal Government concurred that on questions of «Gewerbefreiheit» the Basic Law for the Federal Republic of Germany is alone decisive, and that the Federal Constitutional Court should have the exclusive right to make binding decisions on the interpretation of said Basic Law. For this reason I rejoice that the Three Powers have waived their original desire to incorporate provisions regarding «Gewerbefreiheit» in the Contractual Agreements. I realize, however, that an early clarification of the interpretation issues deriving from the Basic Law is desirable, particularly in consideration of future legislation. Should the proceedings at that time pending before the Federal Constitutional Court not provide any opportunity for an adequate clarification of the issues, the Federal Government shall ask for a decision of the Federal Constitutional Court, as soon as an occasion arises for the filing of an application under Article 76, Section 2 of the Law concerning the Federal Constitutional Court.

I avail myself of this opportunity to renew to you, Mr. High Commissioner, the assurance of my highest consideration.

Adenauer

(Traduction)

Bonn, le 25 mai 1952

Son Excellence
Monsieur John J. McCloy
Président du Conseil
de la Haute Commission Alliée

Monsieur le Haut Commissaire,

En vue de parvenir à une conclusion satisfaisante pour les deux parties dans les négociations en cours depuis une période prolongée entre les représentants allemands et alliés, au sujet de la question de la liberté des entreprises, je me suis déclaré prêt, le 11 mars 1952, à vous adresser une déclaration écrite à ce sujet. Lors des négociations précitées, les représentants des Trois Puissances et du Gouvernement Fédéral ont admis à l'unanimité que les questions relatives à la liberté des entreprises n'étaient régies que par la Loi Fondamentale de la République Fédérale d'Allemagne et que seul le Tribunal Constitutionnel Fédéral était compétent pour donner de la Loi Fondamentale une interprétation obligatoire. Pour cette raison, je suis heureux que les Trois Puissances aient renoncé à leur désir initial d'inclure dans le texte des Arrangements Contractuels des dispositions sur la liberté des entreprises. Je ne méconnais cependant point l'opportunité de trancher rapidement les questions d'interprétation touchant la Loi Fondamentale, en particulier eu égard à la future législation. De ce fait, dans la mesure où les procédures en instance devant le Tribunal Constitutionnel Fédéral ne doivent pas permettre de régler ces questions de manière satisfaisante, le Gouvernement Fédéral provoquera une décision du Tribunal Constitutionnel Fédéral dès qu'il disposera du motif voulu pour formuler une requête telle que prévue à l'Article 76, alinéa 2, de la Loi sur le Tribunal Constitutionnel Fédéral.

Je saisis également cette occasion pour vous renouveler, Monsieur le Haut Commissaire, l'assurance de ma plus haute considération.

Adenauer

12 b

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 27. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des Schreibens 12 a.

Letter from the United States High Commissioner in his Capacity as Chairman of the Council of the Allied High Commission to the Federal Chancellor replying to letter No. 12 a.

Lettre en date du 27 mai 1952 adressée par le Haut Commissaire des Etats-Unis, en qualité de Président du Conseil de la Haute Commission Alliée, au Chancelier Fédéral, accusant réception de la lettre 12 a.

(Übersetzung)

Alliierte Hohe Kommission
für Deutschland
Der Rat

Bonn — Petersberg
27. Mai 1952 AGSEC (52) 531

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Im Namen der Alliierten Hohen Kommission beehre ich mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 25. Mai 1952 zu bestätigen, wonach die Bundesregierung gewährleisten wird, daß die Frage der Verfassungsmäßigkeit von Einschränkungen der Gewerbefreiheit vor das Bundesverfassungsgericht gebracht werden wird, falls diese Fragen in naher Zukunft in den bei jenem Gericht zur Zeit anhängigen Verfahren entschieden werden.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

John J. McCloy
Vorsitzender

Allied High Commission
for Germany
The Council

Bonn — Petersberg
27 May 1952 AGSEC (52) 531

His Excellency
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

On behalf of the Allied High Commission I have the honor to acknowledge receipt of your letter of 25 May 1952 stating that the Federal Government will ensure that the constitutionality of restrictions on freedom to engage in a trade or profession will be brought before the Federal Constitutional Court in the event that such issues are not decided within the near future in the cases now pending before that Court.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurance of my highest consideration.

John J. McCloy
Chairman

(Traduction)

Haute Commission Alliée
en Allemagne
Le Conseil

Bonn — Petersberg
le 27 mai 1952 AGSEC (52) 531

Son Excellence
Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier,

Au nom de la Haute Commission Alliée, j'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre du 25 mai 1952 par laquelle vous faites savoir à la Haute Commission Alliée que le Gouvernement Fédéral prendra les mesures nécessaires afin d'assurer que la question de la constitutionnalité soit soumise à la Cour Constitutionnelle Fédérale, au cas où cette question ne serait pas tranchée dans un bref avenir à l'occasion des questions dont la Cour est saisie actuellement.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier, l'assurance de ma très haute considération.

John J. McCloy
Président

16a

Schreiben jedes der drei Außenminister an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die Durchführung der Steuerfreiheit von Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften.

Letters from each of the Three Foreign Ministers to the Federal Chancellor relating to tax immunities of successor organizations and trust corporations.

Lettres en date du 26 mai 1952 adressées par chacun des trois Ministres des Affaires Etrangères au Chancelier Fédéral au sujet des immunités fiscales pour les organisations successorales et les « trust corporations ».

(Übersetzung)

26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland.

Herr Bundeskanzler,

Artikel 5 des Dritten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen sieht vor, daß Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften, die auf Grund der in Absatz (a) des Artikels 1 dieses Teiles erwähnten Rechtsvorschriften ernannt worden sind, weiterhin die beim Inkrafttreten des Vertrages für sie geltenden Steuerfreiheiten zu gewähren sind, soweit sie Steuern betreffen, die der Bundesrepublik zufließen. Die Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften genießen bei Inkrafttreten des Vertrages die Steuerfreiheiten, die nach deutschem Recht solchen Organisationen gewährt werden, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dienen. Die in dem Vertrage vorgesehene Steuerbefreiung bezieht sich nur auf die Steuern, die der Bundesrepublik zufließen. Da unsere Regierungen von der Voraussetzung ausgegangen sind, daß eine Schlechterstellung der Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften durch Abschluß des Vertrages icht eintreten soll, bitte ich Sie, mir zu bestätigen, daß, soweit von diesen Organisationen nach Inkrafttreten des Vertrages Steuern oder Abgaben an Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) zu zahlen sind, von denen sie gegenwärtig befreit sind, die Bundesregierung die Steuer- und Abgabenforderungen unmittelbar mit den anfordernden Behörden in einer solchen Weise regeln wird, daß die Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften nicht verpflichtet sein werden, hierfür irgendeine Zahlung zu leisten.

Dean Acheson
Minister des Auswärtigen
der Vereinigten Staaten von Amerika

26 May 1952

His Excellency, *)
The Chancellor
of the Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor:

Article 5 of Chapter Three of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation provides that successor organizations and trust corporations appointed pursuant to the legislation referred to in paragraph (a) of Article 1 thereof, shall continue to be granted the tax immunities enjoyed by them on the entry into force thereof, where those immunities involve taxes accruing to the Federation. The successor organizations and the trust corporations will enjoy on the entry into force of the Convention those tax immunities which, under German law, are granted to organizations directly and exclusively serving purposes useful to the public The tax immunity provided for in the Convention relates only to taxes which accrue to the Federation. As my Government started from the premise that the position of the successor organizations and trust corporations should not be worsened as a result of the conclusion of the Convention, I should like you to confirm to me that where taxes or levies regarding which those organizations now enjoy tax immunity may, after the entry into force of the Convention, be payable by them to the Länder, Gemeinden or Gemeindeverbände, the Federal Government will settle the claims for those taxes or levies directly with the claimant authorities in such a way that the successor organizations and trust corporations will not be liable to make any payment thereon.

Dean Acheson
Secretary of State
United States of America

26 mai 1952

Son Excellence
Le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

L'Article 5 du Capitre Troisième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation prévoit que les organisations successorales et les « trust corporations », désignées en application de la législation mentionnée au paragraphe (a) de l'Article 1 de ce Chapitre, continueront à jouir de l'immunité fiscale dont elles bénéficient à la date d'entrée en vigueur de la Convention, lorsque ces immunités concernent des impôts dont le produit revient à la Fédération. Les organisations successorales et les « trust corporations » jouiront, à l'entrée en vigueur de la Convention, de celles des immunités fiscales qui, en vertu du droit allemand, sont accordées aux organisations servant directement et exclusivement des buts d'intérêt public. Cette exonération prévue dans la Convention a trait uniquement aux impôts dont le produit revient à la Fédération. Comme mon Gouvernement est parti du principe que la situation des organisations successorales et des « trust corporations » ne devrait pas subir d'aggravations à la suite de la conclusion de la Convention, je tiendrais à ce que vous me confirmiez que, lorsque des taxes ou des impôts concernant les organisations qui, actuellement, jouissent d'une immunité fiscale pourraient, après l'entrée en vigueur de la Convention, devoir être payés aux Länder, aux communes ou aux associations de communes, le Gouvernement Fédéral réglera directement avec les autorités en cause les réclamations en ce qui concerne ces taxes ou impôts de telle façon que les organisations successorales et les « trust corporations » ne seront tenues d'effectuer aucun paiement à ce titre.

Robert Schuman
Ministre des Affaires Etrangères
de la République Française

*) *Ein gleichlautendes Schreiben hat der Außenminister des Vereinigten Königreiches an den Bundeskanzler gerichtet.*
An identical letter was addressed to the Federal Chancellor by the Foreign Secretary of the United Kingdom.
Une lettre analogue a été adressée par le Ministre des Affaires Etrangères du Royaume-Uni au Chancelier Fédéral.

16 b

Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Außenminister vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des Schreibens 16 a.

Letters from the Federal Chancellor to each of the three Foreign Ministers replying to letter No. 16 a.

Lettres en date du 26 mai 1952 adressées par le Chancelier Fédéral à chacun des trois Ministres des Affaires Etrangères, accusant réception des lettres 16 a.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Mai 1952

Seiner Exzellenz *)
dem Minister des Auswärtigen
der Vereinigten Staaten von Amerika
Herrn Dean Acheson

Herr Minister,

In Beantwortung Ihres heutigen Briefes stimme ich mit Euer Exzellenz überein, daß durch Abschluß des Vertrages die Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften nicht schlechter gestellt werden sollen. Demgemäß bestätige ich Ihnen, daß die Bundesregierung, sofern von diesen Organisationen nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages irgendwelche Steuern und Abgaben erhoben werden sollten, die den Ländern oder Gemeinden (Gemeindeverbänden) ganz oder teilweise zufließen und die nach deutschem Recht von Organisationen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dienen, nicht erhoben werden, die Steuer- und Abgabenforderungen unmittelbar mit den anfordernden Behörden in einer solchen Weise regeln wird, daß die Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften nicht verpflichtet sein werden, hierfür irgendeine Zahlung zu leisten.

Ich benutze diesen Anlaß, um Sie, Herr Minister, meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Adenauer

(Translation)

Bonn, 26 May 1952

His Excellency,
The Secretary of State
of the United States of America,
Dean Acheson

Mr. Secretary,

In reply to your letter of today I agree that the position of the successor organizations and trust corporations should not be worsened as a result of the conclusion of the Convention. Accordingly I confirm that if, after the entry into force of the Convention, any taxes or levies which are not under German law imposed on German organizations directly and exclusively serving purposes useful to the public, and which accrue in whole or in part to the Länder, Gemeinden or Gemeindeverbände, are imposed upon the successor organizations and trust corporations, then the Federal Government will settle the claims for those taxes or levies directly with the claimant authorities in such a way that the successor organizations and trust corporations will not be liable to make any payment thereon.

I avail myself of this opportunity to assure you, Mr. Secretary, of my highest consideration.

Adenauer

(Traduction)

Bonn, le 26 mai 1952

Son Excellence
Le Ministre des Affaires Etrangères
de la République Française
Monsieur Robert Schuman

Monsieur le Ministre,

En réponse à votre lettre de ce jour, j'accepte que la situation des organisations successorales et des « trust corporations » ne subisse pas d'aggravations à la suite de la conclusion de la Convention. En conséquence, je vous confirme que si, après l'entrée en vigueur de cette Convention, des taxes ou des impôts qui ne frappent pas, en vertu du Droit allemand, des organisations allemandes servant directement et exclusivement des buts d'intérêt public et qui reviennent en tout ou en partie aux Länder, aux communes ou aux associations de communes, sont mis à la charge d'organisations successorales ou de « trust corporations », le Gouvernement Fédéral règlera directement les réclamations concernant ces impôts et ces taxes avec les autorités en cause, de telle façon que les organisations successorales et les « trust corporations » ne seront tenues d'effectuer aucun paiement à ce titre.

Je saisis cette occasion pour vous exprimer à nouveau, Monsieur le Ministre, l'assurance de ma plus haute considération.

Adenauer

*) *Gleichlautende Schreiben sind an die Außenminister des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik gerichtet worden.*

Identical letters were addressed to the Foreign Ministers of the United Kingdom and the French Republic.

Des lettres analogues ont été adressées par le Chancelier Fédéral aux Ministres des Affaires Etrangères du Royaume-Uni et de la République Française.

17

Erklärung der Drei Mächte in der Bonner Außenministerkonferenz am 25. Mai 1952 zu Artikel 1 des Sechsten Teils des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen.

Declaration of the Three Powers at the Conference of the Foreign Ministers in Bonn on 25 May 1952 relating to Article 1 of Chapter Six of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation.

Déclaration des Trois Puissances relative à l'Article 1 du Chapitre Sixième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, faite au cours de la réunion des Ministres des Affaires Etrangères à Bonn le 25 mai 1952.

(Übersetzung)

Erklärung über Reparationen

Die Regierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs erklären, daß sie irgendwelche Reparationsansprüche aus der laufenden Produktion nicht geltend gemacht haben und nicht geltend zu machen beabsichtigen. Sie haben sich der Forderung solcher Reparationen durch irgendeine andere Macht beharrlich widersetzt und beabsichtigen dies auch in Zukunft zu tun. Die französische Regierung nimmt von dieser tatsächlichen Lage Kenntnis und erklärt sich daher mit Artikel 1 des Sechsten Teils des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen einverstanden.

Formula on Reparations

The United States and United Kingdom Governments declare that they have not asserted and do not intend to assert any claim for reparations out of current production. They have consistently opposed, and intend to oppose the exaction of such reparations by any other Power. The French Government takes note of the situation of fact and therefore associates itself with Article 1 of Chapter Six of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation.

Déclaration agréée concernant les Réparations

Le Gouvernement américain et le Gouvernement britannique déclarent qu'ils n'ont présenté aucune demande de réparations sur la production courante et qu'ils n'ont pas l'intention d'en présenter. Ils se sont constamment opposés et ont l'intention de s'opposer, à l'avenir, aux prélèvements de semblables réparations par une Puissance quelconque. Le Gouvernement français prend note de cette situation de fait et donne en conséquence son accord à l'Article 1 du Chapitre Sixième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation.

18a

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Alliierten Hohen Kommission an den Bundeskanzler vom 19. Mai 1952 betreffend die Vermögenswerte der JEIA

Letter from the United States High Commissioner in his capacity as Chairman of the Council of the Allied High Commission to the Federal Chancellor relating to the transfer of JEIA assets to the Federal Republic.

Lettre en date du 19 mai 1952 adressée par le Haut Commissaire des Etats-Unis, en qualité de Président du Conseil de la Haute Commission Alliée, au Chancelier Fédéral au sujet des avoirs de la J. E. I. A.

(Übersetzung)

Alliierte Hohe Kommission
für Deutschland
Der Rat

Bonn-Petersberg
19. Mai 1952 AGSEC (52) 459

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Gemäß den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 56 der Alliierten Hohen Kommission werden die Vermögenswerte der Joint Export-Import Agency

Allied High Commission
for Germany
The Council

Bonn-Petersberg
19 May 1952 AGSEC (52) 459

His Excellency
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor:

In accordance with the provisions of AHC Law No. 56, the assets of the Joint Export-Import Agency, except some still outstanding foreign exchange

(Traduction)

Haute Commission Alliée
en Allemagne
Le Conseil

Bonn-Petersberg
le 19 mai 1952 AGSEC (52) 459

Son Excellence
Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Conformément aux dispositions de la Loi No 56 de la Haute Commission Alliée, les avoirs de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation,

(Vereinigtes Ausfuhr- und Einfuhramt) mit Ausnahme einiger noch ausstehender Devisenforderungen zu den folgenden vereinbarten Bedingungen auf die Bundesrepublik übertragen:

1. Von den Ansprüchen, die im Zusammenhang mit den Geschäften der Joint Export-Import Agency oder irgendeiner Stelle der Militärregierung, deren Aufgaben von der Joint Export-Import Agency übernommen wurden, entstanden sind, wird die Bundesregierung diejenigen befriedigen, die von den Liquidatoren der Joint Export-Import Agency, von der Alliierten Hohen Kommission oder einer anderen zuständigen alliierten Dienststelle anerkannt werden; jedoch haftet sie den Gläubigern der Joint Export-Import Agency oder irgendeiner Dienststelle der Militärregierung, deren Aufgaben von der Joint Export-Import Agency übernommen wurden, weder mit den ihr übertragenen Vermögenswerten noch mit sonstigen anderen Vermögenswerten der Bundesrepublik. Die Übertragung erfolgt ohne Beeinträchtigung der Forderungen der alliierten Regierungen gegen die Bundesregierung, die auf Grund der Deutschland nach dem Kriege geleisteten wirtschaftlichen Hilfe besteht.

2. Zu den erwähnten Vermögenswerten gehören auch die bei der Bank deutscher Länder im Namen der Joint Export-Import Agency geführten Guthaben, die sich aus Export- und Importgeschäften ergaben, welche in den drei Westzonen Deutschlands und den drei Westsektoren von Berlin mit Hilfe des Betriebskapitals durchgeführt wurden, das von den Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt wurde. Die Devisenguthaben wurden der Bank deutscher Länder zur Verfügung gestellt, um den Devisenbedarf der Bundesrepublik zu decken, wobei sich die Hohen Kommissare jedoch ihre Rechte in bezug auf diese Devisenbeträge vorbehalten haben. Diese Rechte an den Devisenguthaben gelten als am 1. Oktober 1949 auf die Bundesrepublik übergegangen.

3. Die bei der Bank deutscher Länder im Namen der Joint Export-Import Agency geführten DM-Guthaben sind von den Liquidatoren für die Abwicklung der Angelegenheiten der Joint Export-Import Agency verwendet worden; jedoch finden auf den Liquidationskonten gewisse finanzielle Berichtigungen sowohl in DM als auch in ausländischer Währung ihren Niederschlag, die durch den Zusammenschluß des Außenhandels der französischen Zone mit demjenigen der US/UK Zone (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) erforderlich waren, da es unmöglich war, diese Berichtigungen vor dem 1. Oktober 1949 durchzuführen. Vorbehaltlich der in den folgenden Absätzen festgelegten Bedingungen schlagen die Hohen Kommissare ferner vor, daß die gegenwärtig auf den Liquidationskonten geführten DM-Guthaben einschließ-

receivables, will be transferred to the Federal Republic upon the following agreed terms:

1. The Federal Government shall satisfy such of the claims which have arisen in connection with the operations of the Joint Export-Import Agency or of any Agency of Military Government whose functions were assumed by the Joint Export-Import Agency as the liquidators of the Joint Export-Import Agency or the Allied High Commission or other appropriate Allied Agency shall allow, but shall not be liable towards any creditor of the Joint Export-Import Agency or of any Agency of Military Government whose functions were assumed by the Joint Export-Import Agency, either with the assets transferred or with any other assets of the Federal Republic. The transfer will be without prejudice to the claims of the Allied Governments against the Federal Government for post-war economic assistance to Germany.

2. Included among the assets referred to are the balances held by the Bank deutscher Länder on behalf of the Joint Export-Import Agency which were derived from the import and export operations conducted in the three Western Zones of Germany and the three Western Sectors of Berlin with the assistance of working capital contributed by the French, United Kingdom and United States Governments. The foreign exchange balances were made available to the Bank deutscher Länder to meet the foreign exchange requirements of the Federal Republic, although the High Commissioners have reserved their rights in respect of these foreign exchange sums. These rights to the foreign exchange balances will be deemed to have passed to the Federal Republic on 1st October 1949.

3. The DM balances held by the Bank deutscher Länder in the name of the Joint Export-Import Agency have been employed by the liquidators in winding up the affairs of the Joint Export-Import Agency, but the liquidation accounts also reflect certain financial adjustments both in DM and in foreign currency required by the fusion of the foreign trade operations of the French Zone with those of the US/UK Zones, since it was impossible to conclude these before the 1st October 1949. Subject to the conditions stated in the following paragraphs, the High Commissioners further propose that the DM banlances at present held in liquidation accounts, including the sum of DM 28,846,250 derived from a sterling payment by the Government of the United Kingdom to the Joint Export-Import Agency on the 30th June

à l'exception de quelques créances libellées en devises étrangères restant à recouvrer, seront transférés à la République Fédérale selon les termes de l'accord ci-dessous:

1. — Le Gouvernement Fédéral donnera satisfaction aux revendications qui sont nées à l'occasion du fonctionnement de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation ou de tout organisme du Gouvernement Militaire dont les attributions ont été assumées par l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation et qui ont été admises par les liquidateurs de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation ou par la Haute Commission Alliée ou par tout autre organisme allié compétent, mais ne sera pas responsable vis-à-vis des créanciers de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation ou de tout autre organisme du Gouvernement Militaire dont les attributions ont été assumées par l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation, soit sur les avoirs transférés, soit sur tous autres avoirs de la République Fédérale. Le transfert s'effectuera sans préjudice des revendications des Gouvernements alliés contre le Gouvernement Fédéral au titre de l'assistance économique d'après-guerre à l'Allemagne.

2. — Sont compris dans les avoirs visés ci-dessus les soldes détenus par la Bank deutscher Länder pour le compte de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation et provenant des opérations d'importation et d'exportation effectuées dans les trois zones occidentales d'Allemagne et les trois secteurs occidentaux de Berlin au moyen de fonds de roulement fournis par les Gouvernements de la République Française, du Royaume-Uni et des Etats-Unis. Les soldes en devises étrangères avaient été mis à la disposition de la Bank deutscher Länder pour faire face aux besoins de la République Fédérale en devises, bien que les Hauts Commissaires aient réservé leurs droits sur ces sommes en devises. Ces droits sur les soldes en devises étrangères seront considérés comme ayant été transférés à la République Fédérale le 1er octobre 1949.

3. — Les soldes en deutsche marks détenus par la Bank deutscher Länder au nom de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation ont été employés par les liquidateurs au cours des opérations de liquidation de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation, mais les comptes de liquidation reflètent également certains ajustements financiers, tant en deutsche marks qu'en devises étrangères, rendus nécessaires par la fusion des opérations de commerce extérieur de la zone française avec celles des zones américaine et britannique, puisqu'il avait été impossible de les conclure avant le 1er octobre 1949. Sous réserve des dispositions figurant aux paragraphes ci-dessous, les Hauts Commissaires proposent en outre que les soldes en deutsche marks figurant actuellement aux comptes de liquidation — y com-

lich des Betrages von 28 846 250 DM, der aus einer Sterling-Zahlung der Regierung des Vereinigten Königreichs an die Joint Export-Import Agency vom 30. Juni 1950 als Beitrag an Stelle von Einfuhren für Unterstützungszwecke resultiert, nunmehr an die Bundesregierung übertragen werden. Über die gegenwärtige finanzielle Lage der Joint Export-Import Agency gibt die beigefügte Bilanz per 31. Dezember 1951 *) Aufschluß.

1950 as contribution in lieu of relief imports, shall now be transferred to the Federal Government. The present financial position of the Joint Export-Import Agency is shown in the annexed statement as of 31 December 1951.*)

pris la somme de DM. vingt huit millions huit cent quarante six mille deux cent cinquante provenant d'un versement en Sterling effectué par le Gouvernement du Royaume-Uni au profit de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation à la date du 30 juin 1950, au titre de contribution en remplacement d'importations de secours soient maintenant transférés au Gouvernement Fédéral. La situation financière actuelle de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation arrêtée à la date du 31 décembre 1951 est indiquée dans l'état annexe.*)

4. Die Bundesregierung verpflichtet sich, die Hohen Kommissare und deren Regierungen — einzeln und insgesamt — auf deren jeweiliges Ersuchen von allen bestehenden oder noch entstehenden Verbindlichkeiten freizustellen, die mit den in Absatz (1) bis (3) erwähnten Geschäften oder mit solchen Geschäften in Zusammenhang stehen, die zwecks Hilfeleistung oder zwecks Leistung von Beiträgen an die deutsche Wirtschaft abgeschlossen wurden. Die Bundesregierung erklärt sich gleichermaßen einverstanden, die von den Liquidatoren der Joint Export-Import Agency, der Alliierten Hohen Kommission oder einer anderen zuständigen alliierten Dienststelle anerkannten Ansprüche auch dann zu befriedigen, wenn die letzteren es in Sonderfällen für zweckmäßig erachtet haben, die Zahlung ohne Anerkennung der Rechtsgrundlage solcher Forderungen (ex gratia awards) anzuordnen.

4. The Federal Government undertakes to indemnify the High Commissioners and their Governments, and each of them, upon request, in respect of all liabilities either now existing or hereafter arising, in connection with the operations referred to in paragraphs 1 to 3 hereof, or in connection with transactions entered into in supplying aid and contributions to the German economy. Likewise the Federal Government agrees to satisfy claims allowed by the liquidators of the Agency, the Allied High Commission, or other appropriate Allied Agency, where the latter shall, in special cases, have deemed it advisable to order payment without recognizing the legal basis of such claims (*ex gratia* awards).

4. — Le Gouvernement Fédéral s'engage à garantir les Hauts Commissaires et leurs Gouvernements, ainsi que chacun d'entre eux, sur demande, vis-à-vis de toutes responsabilités actuelles ou futures du fait des opérations visées aux paragraphes 1 à 3 de la présente lettre ou des transactions conclues en vue de fournir une aide ou des contributions à l'économie allemande. De même, le Gouvernement Fédéral s'engage à donner satisfaction aux revendications admises par les liquidateurs de l'Agence, par la Haute Commission Alliée ou par tout autre organisme allié compétent, lorsque ces derniers auront, dans des cas spéciaux, estimé judicieux d'ordonner des paiements tout en ne reconnaissant pas le fondement juridique de ces revendications (versements à titre gracieux).

5. Die Bundesregierung wird bei der Bank deutscher Länder im Namen der deutschen Bundesregierung ein Sonderkonto mit der Bezeichnung »JEIA-Fonds« errichten. Die Hohen Kommissare werden die in Absatz (3) dieses Schreibens erwähnten Guthaben auf dieses Konto einzahlen. Die Bundesregierung, die Joint Export-Import Agency und ihre Dienststellen werden gleichfalls diejenigen Beträge auf dieses Konto einzahlen, die von Zeit zu Zeit auf Grund der Realisierung der Vermögenswerte der Joint Export-Import Agency anfallen. Ferner wird die Verwaltungs- und Verrechnungs-GmbH (VVG) auf das Sonderkonto „JEIA-Fonds" diejenigen Guthaben überweisen, die sich aus der Eintreibung der an sie abgetretenen, der Joint Export-Import Agency zustehenden Forderungen ergeben.

5. The Federal Government will open a special account in the Bank deutscher Länder in the name of the Federal Government of Germany to be known as the JEIA Fund", The High Commissioners will pay the funds referred to in paragraph 3 of this letter into this account. The Federal Government and the Joint Export-Import Agency and their Agencies will also pay into this account those moneys which arise from time to time from the disposition of the property of the Agency. Furthermore, the Verwaltungs- und Verrechnungs-GmbH (VVG) will transfer into the special account JEIA Fund" such balances resulting from the collection of assigned receivables as pertain to JEIA.

5. — Le Gouvernement Fédéral fera ouvrir dans les livres de la Bank deutscher Länder un compte spécial au nom du Gouvernement Fédéral d'Allemagne, intitulé « Fonds J.E.I.A. ». Les Hauts Commissaires verseront à ce compte les fonds visés au paragraphe 3 de la présente lettre. Le Gouvernement Fédéral et l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation, ainsi que leurs services, verseront également à ce compte les sommes qui pourront provenir de la vente des biens de l'Agence. De plus, la Verwaltungs- und Verrechnungs-GmbH (VVG) virera au compte spécial « Fonds J.E.I.A. » les soldes résultant du recouvrement des créances appartenant à l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation.

6. Die Joint Export-Import Agency hat dem Bundesministerium der Finanzen bereits eine Liste derjenigen noch ausstehenden Forderungen gegen die Joint Export-Import Agency übergeben, die gegenwärtig noch bearbeitet werden. Um sicherzustellen, daß genügend Gelder vorhanden sind, um die von den Liquidatoren der Joint Export-Import Agency, der Alliierten Hohen Kommission oder einer anderen zuständigen Alliierten Dienststelle anerkannten Forderungen zu befriedigen und alle bei der aktiven und passiven Prozeßtätigkeit im Zusammenhang mit Forderungen und Schulden der Joint Export-Import Agency entstehenden

6. The Joint Export-Import Agency has already transmitted to the Federal Ministry of Finance a list of the outstanding active claims against the Agency which are presently under consideration. In order to assure the availability of sufficient funds to satisfy such claims as the liquidators of the Agency, the Allied High Commission, or other appropriate Allied Agency shall allow, to cover any expenses incurred in prosecuting and defending claims by and against the Agency, and to cover the administrative expenses of the Agency (to the extent that these are not provided for from occupation costs), DM 50 million

6. — L'Agence Commune d'Importation et d'Exportation a déjà transmis au Ministère Fédéral des Finances une liste des revendications en cours contre elle-même et actuellement soumises à son examen. En vue de rendre disponibles des fonds suffisants pour satisfaire celles des revendications que les liquidateurs de l'Agence, la Haute Commission Alliée ou tout autre organisme allié compétent admettront pour couvrir toutes dépenses résultant des instances en demande ou en défense introduites par ou contre l'Agence et pour couvrir les dépenses administratives de l'Agence (dans la mesure où celles-ci ne sont

*) Nicht abgedruckt.

*) Not reproduced.

*) Non reproduit.

Kosten sowie die Verwaltungskosten der Joint Export-Import Agency (soweit nicht aus Besatzungskosten getragen) zu decken, werden 50 000 000 DM aus dem JEIA-Fonds gesperrt. Die „ex gratia awards", die von den Liquidatoren der Joint Export-Import Agency oder von der Alliierten Hohen Kommission oder von einer anderen zuständigen alliierten Dienststelle zugebilligt werden und zu deren Leistung die Bundesregierung sich verpflichtet, werden auf 10 000 000 DM beschränkt, es sei denn, daß die Vertragsparteien etwas anderweitiges vereinbaren. Obwohl nicht angenommen wird, daß die für diese Zwecke erforderlichen Beträge annähernd so hoch sein werden, erscheint es ratsam, diese Summe zunächst mit der Maßgabe zurückzuhalten, daß diese Beträge auf Grund gegenseitiger Übereinkunft je nach Fortschritt der Liquidation allmählich verringert werden können. Soweit die Bezahlung derartiger Ansprüche und Kosten in einer fremden Währung erfolgen muß, stellt die Bundesregierung die notwendigen Devisen zur Verfügung.

of the "JEIA Fund" will be blocked. The *ex gratia* awards allowed by the liquidators of the Joint Export-Import Agency or the Allied High Commission or other appropriate Allied Agency, which the Federal Government undertakes to satisfy, are limited to DM 10,000,000 except as mutually agreed between the parties hereto. Although it is not anticipated that the amounts required for these purposes will be nearly so great, it is thought prudent to reserve these sums for the time being, subject to progressive reduction by mutual agreement as the liquidation proceeds. In so far as payment of such claims and expenses is required in a foreign currency, the Federal Government will make available such currency.

pas prélevées sur les frais d'occupation), cinquante millions de DM. du «Fonds J.E.I.A.» seront bloqués. Les versements à titre gracieux autorisés par les liquidateurs de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation, ou par la Haute Commission Alliée ou par tout autre organisme allié compétent, et que le Gouvernement Fédéral s'engage à effectuer, sont limités à dix millions de DM., sauf accord entre les parties aux présentes. Bien qu'il ne soit pas envisagé que les montants nécessaires atteignent un chiffre aussi élevé, il apparaît prudent de mettre ces sommes en réserve pour le moment, sauf à les réduire progressivement, par accord mutuel, au fur et à mesure des opérations de liquidation. Dans la mesure où le règlement de ces revendications et de ces dépenses devra être effectué en devises étrangères, le Gouvernement Fédéral fournira ces devises.

7. Die Bundesregierung wird den Rest des JEIA-Fonds dergestalt verwenden, daß sie mit der Alliierten Hohen Kommission oder einer anderen zuständigen alliierten Dienststelle zu vereinbarende Beträge zu ebenfalls zu vereinbarenden Zwecken abhebt. Gewisse Beträge sind der Bundesregierung bereits aus dem Fonds der Liquidatoren im voraus zur Verfügung gestellt worden.

7. The Federal Government shall make use of the remainder of the Joint Export-Import Agency funds by withdrawing therefrom such sums for such purposes as may be agreed with the Allied High Commission or other appropriate Allied Agency. Certain sums have already been made available to the Federal Government in advance out of the funds held by the liquidators.

7. — Le Gouvernement Fédéral utilisera le solde des fonds de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation en prélevant les sommes nécessaires aux fins qui pourraient être décidées d'un commun accord avec la Haute Commission Alliée ou tout autre organisme allié compétent. Certaines sommes ont déjà été mises à la disposition du Gouvernement Fédéral, à titre d'avances sur les fonds détenus par les liquidateurs.

8. Die Hohen Kommissare werden aus ihrem Aktenmaterial der Bundesregierung alle Auskünfte erteilen, die nötig sind, um die Eintreibung der möglicherweise existierenden Vermögenswerte zu erleichtern, oder um diejenigen anderen Zwecke zu verfolgen, mit denen die Hohen Kommissare sich einverstanden erklären.

8. The High Commissioners will supply the Federal Government with such information obtainable from their records as is necessary to facilitate the collection of outstanding potential assets transferred to the Federal Government, or for such other purposes as the High Commissioners may agree.

8. — Les Hauts Commissaires fourniront au Gouvernement Fédéral les renseignements qui figurent dans leurs dossiers dans la mesure nécessaire pour faciliter le recouvrement des créances transférées au Gouvernement Fédéral ou pour tout autre motif qui serait agréé par les Hauts Commissaires.

9. Sie werden gebeten, im Namen der Bundesregierung die in diesem Schreiben enthaltenen Vorschläge für die Übertragung der in Absätzen (2) und (3) erwähnten Vermögenswerte zu den in diesem Schreiben niedergelegten Bedingungen anzunehmen und sich gleichzeitig mit den in den Absätzen 1, 4, 5, 6 und 7 erwähnten Bestimmungen einverstanden zu erklären.

9. You are requested to accept on behalf of the Federal Government the proposals in this letter for the transfer of the assets referred to in paragraphs 2 and 3 above on the terms set out in this letter and at the same time to agree to the terms referred to in paragraphs 1, 4, 5, 6 and 7, above.

9. — Il vous est demandé d'accepter au nom du Gouvernement Fédéral les propositions contenues dans la présente lettre et relatives au transfert des avoirs visés aux paragraphes 2 et 3 ci-dessus, dans les conditions précisées par cette lettre et, en même temps, de donner votre accord aux stipulations figurant aux paragraphes 1, 4, 5, 6 et 7 ci-dessus.

10. Der deutsche, englische und französische Wortlaut des vorliegenden Schreibens sind gleich maßgebend.

10. The German, English and French texts of the present letter shall be of equal authenticity.

10. — Les textes allemand, anglais et français de la présente lettre feront également foi.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurance of my highest consideration.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier, l'assurance de ma très haute considération.

John J. McCloy
Vorsitzender

John J. McCloy
Chairman

John J. McCloy
Président

18b

Schreiben des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Rates der Hohen Kommission vom 21. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des Schreibens 18a.

Letter from the Federal Chancellor to the Chairman of the Council of the Allied High Commission replying to letter No. 18a.

Lettre en date du 21 mai 1952 adressée par le Chancelier Fédéral au Président du Conseil de la Haute Commission Alliée, accusant réception de la lettre 18a.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

311-00 II/6737/52

Bonn, den 21. Mai 1952

Seiner Exzellenz

dem geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission

Herrn John J. McCloy

Herr Hoher Kommissar,

Ich beehre mich, den Eingang Ihres Schreibens vom 19. Mai — AGSEC (52) 459 — betreffend die Liquidation der JEIA und die Übertragung ihrer Vermögenswerte auf die Bundesregierung zu bestätigen, und erkläre mich im Namen der Bundesregierung mit dessen Inhalt einverstanden.

Genehmigen Sie, Herr Hoher Kommissar, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Adenauer

(Translation)

311-00 II/6737/52

Bonn, 21 May 1952

His Excellency,

The Chairman of the Council of the Allied High Commission for Germany,

Mr. John J. McCloy

Mr. High Commissioner,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of 19 May 1952 — AGSEC(52)459 — concerning liquidation of J.E.I.A. and the transfer of its assets to the Federal Government. On behalf of the Federal Government I state that I agree with the contents of this letter.

Accept, Mr. High Commissioner, the expression of my highest consideration.

Adenauer

(Traduction)

311-00 II/6737/52

Bonn, le 21 Mai 1952

Son Excellence

Monsieur John J. McCloy

Président du Conseil de la Haute Commission Alliée

Monsieur le Haut Commissaire,

J'ai l'honneur de confirmer la réception de votre lettre du 19 Mai 1952 — AGSEC (52) 459 — concernant la liquidation de la J. E. I. A. et le transfert de ses avoirs au Gouvernement Fédéral. Au nom du Gouvernement Fédéral, je déclare donner mon accord au contenu de cette lettre.

Veuillez agréer, Monsieur le Haut Commissaire, l'assurance de ma très haute considération.

Adenauer

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — Verlag: Bundesanzeiger-Verlags-GmbH., Bonn/Köln — Druck: Bundesdruckerei, Bonn.
Das Bundesgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen, Teil I und Teil II
Laufender Bezug nur durch die Post Bezugspreis: vierteljährlich für Teil I = DM 4,—, für Teil II = DM 3,— (zuzüglich Zustellgebühr). Einzelstücke je angefangene 24 Seiten DM 0,40 (zuzüglich Versandgebühren) — Zusendung einzelner Stücke per Streifband gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesanzeiger-Verlags-GmbH.-Bundesgesetzblatt" Köln 399.
Preis dieser Ausgabe DM 4,80 zuzüglich Versandgebühren.